

**ALEXIS DE TOCQUEVILLE UND KARL MARX:  
IDEOLOGIE-LIEFERANTEN IM KALTEN KRIEG  
ODER KONKURRIERENDE ANALYTIKER DES  
SOZIALEN WANDELS?**

**Inaugural-Dissertation**

**zur Erlangung der Doktorwürde der**

**Philosophischen Fakultät III**

**der**

**Julius-Maximilians-Universität**

**Vorgelegt von:**

**Marion Schnarrenberger**

**97447 Brünnsstadt**

**Würzburg**

**2006**

Erstgutachter: Prof. Dr. Paul-Ludwig Weinacht

Zweitgutachter: Prof. Dr. Wolfgang Lipp

Tag des Kolloquiums: 15.05.2007

## Inhaltsverzeichnis:

I. EINLEITUNG – WAS IST DER UNTERSUCHUNGSGEGENSTAND DER ARBEIT UND DURCH WELCHE BESONDERHEITEN IST ER GEKENNZEICHNET?.....	4
II. ZU WELCHEN ERKENNTNISSEN GELANGTE DIE BISHER ERSCHIENENE LITERATUR UND WELCHEN EINFLUSS HATTEN DIE SIE UMGEBENDEN GESCHICHTLICHEN EREIGNISSE AUF SIE?.....	9
1. Die Phase des Kalten Krieges bzw. der Phase der ersten vorsichtigen Annäherung .....	9
a. Die politische und gesellschaftliche Situation in dieser Zeit .....	9
b. Die Vergleichsliteratur in der Phase Kalten Krieges bzw. der ersten vorsichtigen Annäherung.....	39
aa. Mayer, J.P.: Alexis de Tocqueville und Karl Marx: Affinitäten und Gegensätze, 1966 (Erstveröffentlichung 1958).....	39
bb. Geiss, Immanuel: Tocqueville und Marx, 1959.....	44
cc. Kiesinger, Kurt Georg: Die Prognosen des Grafen Alexis de Tocqueville am Beginn des industriellen Zeitalters, 1961 .....	47
dd. Aron, Raymond: Les grandes doctrines de sociologie historique, 1961 .....	53
dd. Aron, Raymond: Dix-huit leçons sur la société industrielle – leçon II : Tocqueville et Marx, 1962 ...	63
ee. Landshut, Siegfried: Alexis de Tocqueville. Das Zeitalter der Gleichheit, 1967 .....	70
c. Charakterisierung der Literatur in der Phase des Kalten Krieges (1945-1969).....	74
2. Die Phase der Entspannung bzw. Détente.....	76
a. Die politische und gesellschaftliche Situation in dieser Zeit .....	76
b. Die Vergleichsliteratur in der Phase der Entspannung .....	103
aa. Mayer, J.P.: Alexis de Tocqueville - Analytiker des Massenzeitalters, 1972.....	103
bb. Benson, Lee: Group Cohesion and Social and Ideological Conflict, 1973.....	108
cc. Steinert, Heinz; Treiber, Hubert: Die Revolution und ihre Theorien, 1975 .....	115
dd. Hornung, Klaus: Die Dialektik von Emanzipation und Despotismus. Alexis de Tocqueville und Karl Marx, 1976.....	137
ee. Wiener, Jon: Tocqueville, Marx, Weber, Nixon: Watergate in Theory, 1976.....	145
ff. Linares, Filadelfo: Die Revolution bei Marx und Tocqueville, 1977 .....	154
gg. Jokisch, Rodrigo: Die nichtintentionalen Effekte menschlicher Handlungen: Ein klassisches soziologisches Problem, 1981.....	165
hh. Aron, Raymond: Über die Freiheiten: Essay, 1981 .....	173
c. Charakterisierung der Literatur in der Phase der Entspannung .....	185
3. Die Phase der erneuten Konfrontation .....	187
a. Die politische und gesellschaftliche Situation in dieser Zeit .....	187
b. Die Vergleichsliteratur in der Phase der erneuten Konfrontation.....	211
aa. Platt, Gerald: Conditions for Collective Action: Material and Cultural Influences, 1984.....	211
bb. Dittgen, Herbert: Politik zwischen Freiheit und Despotismus, 1986.....	219
cc. Nugent, Walter: Tocqueville, Marx, and American Class Structure, 1988 .....	235
dd. Calhoun, Craig: Classical Social Theory and the French Revolution of 1848, 1989 .....	243
ee. Servoise, René; Tocquville et Karl Marx. Visionnaires, 1990 .....	251
c. Charakterisierung der Vergleichsliteratur in der Phase der erneuten Konfrontation .....	256
4. Die Phase nach der Wende des Jahres 1989/90 .....	256
a. Die politische und gesellschaftliche Stituation .....	257
b. Die Vergleichsliteratur nach der Wende 1989/90.....	279
aa. Whiteside, Kerry H.: Urbanisation and the Genealogy of Freedom in Marx and Tocqueville, 1992 .	279
bb. Boudon, Raymond: The «Cognitivist Modell» . A Generalized «rational-choice modell» , 1996....	282
cc. Mendras, Henri / Étienne, Jean: Les grands auteurs de la sociologie, 1996.....	290
dd. Finkielkraut, Alain: Le goût perdu de la liberté, 1997.....	294
ee. Thériault, Yvon J.: Sociologie, démocratie et aventure du sujet moderne, 1998.....	300
c. Charakterisierung der Vergleichsliteratur nach der Wende 1989/90.....	308
5. Die Grundlinien der vergleichenden Forschung über Alexis de Tocqueville und Karl Marx .....	310
III. SCHLUSSANALYSE.....	312
IV. LITERATURVERZEICHNIS .....	326

A. PRIMÄRLITERATUR .....	326
B. SEKUNDÄRLITERATUR.....	329
C. ABKÜRZUNGEN / BERICHTIGUNGEN .....	333

*„Ein Wissenschaftler wird nie verstehen, warum er allein deshalb an etwas glauben sollte, weil es in einem bestimmten Buche steht... Er wird niemals glauben, daß die Ergebnisse seiner eigenen Bemühungen endgültig sind.“*

[Albert Einstein in einem Brief an J. Lee, 10. September 1945; Einstein Archiv 57 - 601, hier zitiert nach: Calaprice, Alice: Einstein sagt, München 1997, S. 148]

## **I. EINLEITUNG – WAS IST DER UNTERSUCHUNGSGEGENSTAND DER ARBEIT UND DURCH WELCHE BESONDERHEITEN IST ER GEKENNZEICHNET?**

Gegenstand der Arbeit ist die bis in das Jahr 2000 erschienene Vergleichsliteratur zu Alexis de Tocqueville (★29. Juli 1805 in Paris; † 16. April 1859 in Cannes) und Karl Marx (★5. Mai 1818 in Trier; † 14. März 1883 in London),<sup>1</sup> die nicht nur auf ihre bisher gefundenen Erkenntnisse zu dieser Problematik sowie deren Wertigkeit für die Wissenschaft untersucht, sondern die auch dahingehend betrachtet werden soll, inwieweit sie durch die geschichtlichen Ereignisse ihrer Zeit bedingt und in ihren Einschätzungen beeinflusst war. Dabei wird von den folgenden vier Thesen ausgegangen: Erstens, dass die bisherigen vergleichenden Werke zu den Klassikern zwar eine Vielfalt von Erkenntnissen zu Tage förderten, deren wissenschaftlicher Wert allerdings sehr beschränkt ist, weil sie in der überwiegenden Zahl der Fälle aus sehr begrenzten Betrachtungen gewonnen und mangels gegenseitiger Diskussion auch keiner wissenschaftlichen Überprüfung unterzogen wurden. Zweitens, dass der Vergleich dieser beiden Theoretiker sowie die Art seiner Gestaltung in seinen Anfängen nicht unerheblich von den gesellschaftlichen und historischen Ereignissen der ihn umgebenden Zeit bedingt und mitbestimmt wurde. Drittens, dass Karl Marx zwar als Ideologielieferant des Ostblocks im Kalten Krieg diente, dass es im Westen den Wissenschaftlern jedoch nicht gelang mit Alexis de Tocqueville ein Pendant zu diesem Denker zu schaffen. Schließlich viertens, dass keine der Arbeiten versucht hat, das Werk von Alexis de Tocqueville und Karl Marx in seiner Gesamtheit und vor dem Hintergrund der wissenschaftlichen Realität des 19. Jahrhunderts zu vergleichen, wodurch ihnen verborgen blieb, dass es sich bei den beiden Theoretikern um konkurrierende Analytiker des sozialen Wandels handelte, die sich der in ihrer Zeit ganz neuen wissenschaftlichen Methode, nämlich der Empirie, zum ersten Male bedienten.

Bevor allerdings mit der Klärung der Thesen begonnen wird, soll zunächst noch geklärt werden, in welcher Weise die hier aufgestellten Thesen nachfolgend behandelt werden sollen. Die Arbeit ist zunächst bestrebt, die Fakten eingehend darzulegen, um so dem Leser die Möglichkeit einer unabhängigen Bewertung der abschließenden Auswertung zu geben. Diesem Bestreben liegt die von Max Weber in seinem Aufsatz *«Die „Objektivität“ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis»* formulierte Erkenntnis zugrunde, dass man einen gewissen gesellschaftlichen Erfolg bzw. ein gewisses gesellschaftliches Produkt mit um so größerer Sicherheit kausal erklären kann, um so gesicherter und umfassender die Kenntnisse über das Produkt sowie die anderen für die Erklärung in Betracht kommenden Geschehnisse sind, auch wenn im Rahmen der Sozialwissenschaften angesichts der Tatsache, dass deren Forschungsgebiet die unendliche Manigfaltigkeit von nach- und nebeneinander auftauchenden Vorgängen der menschlichen Lebenswirklichkeit ist, immer nur ein für die Menschen interessanter und Bedeutung habender Teil der individuellen Wirklichkeit untersucht werden kann.<sup>2</sup> Zu den in diesem Rahmen darzulegenden Fakten gehört zunächst eine Darlegung der geschichtlichen Ereignisse, unter deren Eindruck die einzelnen Arbeiten verfasst wurden sowie die Referierung der einzelnen Arbei-

---

<sup>1</sup> Die Arbeit von Olaf Miemic und Sascha Tamm war der Verfasserin erst am Ende der Arbeit zugänglich, so dass sie in dieser Arbeit nicht mehr berücksichtigt wurde.

<sup>2</sup> vgl. zu dieser Überzeugung Max Webers: Weber, Max: Die *«Objektivität» sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis*, abgedruckt in: Winkelmann, Johannes: *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*, S. 170 - 171, 178 - 179

ten mit einer daran anschließenden Herausarbeitung der für diese Arbeit relevanten Kernaussagen. Im Zusammenhang der hier gewählten Darstellung erscheint es sinnvoll, die Geschichte in vier Phasen zu unterteilen, nämlich diejenige des Kalten Krieges bzw. der ersten vorsichtigen Annäherung (1945 – 1969), diejenige der Entspannung (1969 – 1981), diejenige des neuauftretenden Konfliktes (1981 – 1989) sowie diejenige der Wende (1989 – 2000), denen dann die im jeweiligen Zeitraum erschienenen Arbeiten zugeordnet werden. Am Ende jeder Phase wird eine abschließende Analyse vorgenommen, in der nicht nur die Erkenntnisse und ihre Wertigkeit für die Wissenschaft, sondern auch der Grad der Verwobenheit des jeweiligen Werkes mit seiner Zeit beurteilt wird. Gerade bei dieser letzteren Beurteilung handelt es sich allerdings um einen Idealtypus, was nichts anderes bedeutet, als dass sie „durch einseitige *S t e i g e r u n g e i n e s* oder *e i n i g e r* Gesichtspunkte und durch den Zusammenschluss einer Fülle von diffus und diskret, hier mehr dort weniger, stellenweise gar nicht vorhandenen *E i n z e l*erscheinungen, die sich jenen herausgehobenen Gesichtspunkten fügen, zu einem in sich einheitlichen *G e d a n k e n* bilde“<sup>3</sup> gekennzeichnet sind. Bei den einzelnen Arbeiten kann also durchaus im konkreten Fall eine etwas abweichende Beurteilung gegeben sein, doch soll hier v. a. ein allgemeines Bild ihres wesentlichen Charakters gegeben werden. Die übergreifende Auswertung am Ende der Arbeit fasst das Ergebnis noch einmal zusammen und zeigt nochmals idealtypisch auf, wie der Vergleich von Alexis de Tocqueville und Karl Marx über den betrachteten Zeitraum gestaltet wurde.

Bevor jedoch die eigentlichen Arbeit in Angriff genommen wird, sollen zunächst noch einige Worte zu der etwas außergewöhnlichen Literatursituation des hier behandelten Themas gesagt werden: Im 19. Jahrhundert lassen sich mangels Schlagwortkatalogen keine Werke in diesem Bereich ausfindig machen, was sich v.a. dadurch erklärt, dass sich diese heute zu Klassikern gewordenen Männer in dieser Zeit einer abwechselnden Popularität erfreuten. Während Tocqueville bis in die 60iger Jahre des 19. Jahrhunderts mit seinem ersten Band von „*De la démocratie en Amérique*“ und dem Buch „*L’Ancien Régime et la Révolution*“ große Berühmtheit insbesondere in Frankreich und Großbritannien, aber auch bei ausgewählten Gelehrten in Deutschland genoss, mit dem großen Montesquieu verglichen wurde und für sein Werk „*Du système pénitencier aux États-Unis et son application*“ im August 1833 den *Prix Montoyon* der *Académie française* erhielt<sup>4</sup>, konnte Karl Marx zu Lebzeiten keine Auszeichnungen oder Preise erringen und seine Außenwirkung als Schriftsteller blieb – auch in seinen eigenen Kreisen – Zeit seines Lebens trotz seiner Tätigkeit als Redakteur der Rheinischen Zeitung sowie der Veröffentlichung zahlreicher, häufig von Engels verfasster Artikel, aber auch seiner heute äußerst bekannten Schriften „*Das Kapital*“ und „*Ökonomische Manuskripte*“ unbedeutend.<sup>5</sup> was durch sein meist auf den internen Bereich beschränktes Engagement im Bund der Kommunisten sowie der Internationalen nicht entscheidend verbessert wurde.<sup>6</sup> Es war damals – um mit den Worten

<sup>3</sup> Weber, Max: Die «Objektivität» sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis, in: Winkelmann, Johannes: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, Tübingen: 1982, S. 191

<sup>4</sup> vgl zur Popularität Tocquevilles: Jardin, André: Alexis de Tocqueville. Leben und Werk, Frankfurt a. Main, New York: 1991, S.162, 164, 166, 202/203 sowie S. 460-463; Briefe Tocquevilles: Tocqueville, Alexis de: Brief von Alexis de Tocqueville vom 21. September 1856 bzw. 29. Juli 1856 aus Tocqueville an Louis de Kergorlay, abgedruckt in: Mayer, J.P.: Alexis de Tocqueville. Oeuvres complètes. Tome XIII. Correspondance d’Alexis de Tocqueville et de Louis de Kergorlay, Paris : 1977, S. 314 bzw. S. 302-304 ; zur Wirkung in Deutschland : Eschenburg, Theodor : Tocquevilles Wirkung in Deutschland, abgedruckt in : Über die Demokratie in Amerika. Zweiter Teil von 1840, Zürich 1988, S. 489-562

<sup>5</sup> vgl.: Raddatz, Fritz J.: Karl Marx. Eine politische Biographie, Hamburg: 1975, S.99, 119, 125

<sup>6</sup> zur geringen Popularität von Marx in seiner Zeit vgl. die Aussagen bzw. Schilderungen der nachfolgend genannten Literaturstellen: Marx, Karl: Brief von Karl Marx, Friedrich Engels und Philippe-Charles Gigot vom 5. Mai 1846 aus Brüssel an Pierre-Joseph Proudhon in Lyon (MEGA, S. 7-8); Marx, Karl: Brief von Karl Marx, Friedrich Engels, Philippe-Charles Gigot und Wilhelm Wolff vom 15. Juni 1846 aus Brüssel an

Karl Liebknechts zu sprechen – „*nur eine winzige Minderheit innerhalb der Arbeiterklasse selbst, die sich zum Sozialismus emporgeschwungen hatte und unter den Sozialisten im wissenschaftlichen Sinne von Marx – im Sinne des «Kommunistischen Manifests» - nur eine Minderheit. Das Gros der Arbeiter, soweit es überhaupt zu politischem Leben erwacht war, steckte in dem Nebel sentimental demokratischer Wünsche und Redensarten, wie sie die achtundvierziger Bewegung nebst Vor- und Nachspielen kennzeichneten.[...]*”<sup>7</sup> Mit dem Ende der 60iger Jahre des 19. Jahrhunderts begann sich dieses Verhältnis allmählich umzukehren, denn die Werke von Tocqueville wurden immer weniger veröffentlicht und gelesen, während Marx und sein Gedankengut sich nach seinem Ableben im Jahre 1883 nicht

Adolph Köttgen in Eberfeld (MEGA, S. 12, 15); Engels, Friedrich: Briefe von Friedrich Engels vom 25.- 26. Oktober 1847 (MEGA, S. 111), 14.-15. November 1847 (MEGA, S. 118-119), 14. Januar 1848 (MEGA, S.127) bzw. 21. Januar 1848 (MEGA, S. 130) aus Paris an Karl Marx in Brüssel; Blanc, Louis: Brief von Louis Blanc vom 26. Oktober 1847 aus Paris an Karl Marx in Brüssel (MEGA, S. 371); Lüning, Heinrich Otto: Brief von Heinrich Otto Lüning vom 16 Juli 1847 aus Schooren bei Zürich an Karl Marx in Brüssel (MEGA: S. 346-347); Ewerbeck, August Hermann: Brief von August Hermann Ewerbeck vom 15. Mai 1846 an Karl Marx in Brüssel (MEGA, S. 202-203); Bernays, Karl Ludwig: Brief von Karl Ludwig Bernays vom 13. Juni 1846 aus Sarcelles an Karl Marx in Brüssel (MEGA, S. 227); London, Kommunistisches Korrespondenzkomitee. Brief des Kommunistischen Korrespondenzkomitees in London vom 6. Juni 1846 (MEGA, S. 219-220) sowie vom 17. Juli 1846 (MEGA, S. 251-253) an Karl Marx in Brüssel; Daniels, Roland: Brief von Roland Daniels vom 30. November 1846 aus Köln an Karl Marx in Brüssel (MEGA, S. 500); Daniels, Roland; Bürgers, Heinrich: Brief von Roland Daniels und Heinrich Bürgers geschrieben zwischen Ende Mai und Mitte Juni 1846 aus Köln an das Kommunistische Korrespondenzkomitee in Brüssel (MEGA, S. 212); Hess, Moses: Briefe von Moses Hess vom 29. Mai 1846 (MEGA, S. 211) sowie 5. Juni 1846 (MEGA, S. 218), aus Verviers an Karl Marx in Brüssel; Engels, Friedrich: Brief von Friedrich Engels vom 28.-30. September 1847 in Brüssel an Karl Marx in Zalt-Bommel (MEGA, 99-105); London, Zentralbehörde bzw. Korrespondenzkomitee: Brief des Kommunistischen Korrespondenzkomitees bzw. der Zentralbehörde des Bundes der Kommunisten in London vom 11. November 1846 (MEGA, S. 318-319) bzw. 18. Oktober 1847 (MEGA, S. 369-370) an das Kommunistische Korrespondenzkomitee bzw. Kreis in Brüssel, Bürgers, Heinrich: Brief von Heinrich Bürgers vom 30. August 1847 aus Köln an Karl Marx in Brüssel; Engels, Friedrich: Brief von Friedrich Engels vom 25. April 1848 aus Barmen an Karl Marx in Köln (MEGA, S. 152-153), alle Briefe sind abgedruckt in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED sowie der KPdSU: MEGA: Briefwechsel – 3. Abteilung – Band 2 – Text – Mai 1846 bis Dezember 1848, Berlin: 1979; Marx, Karl: Brief von Karl Marx vom 16. März 1848 aus Paris an Friedrich Engels in Brüssel; abgedruckt in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED: MEW, Band 27, Berlin: 1963, S.119; Na’aman Shlomo: Emanzipation und Messianismus. Leben und Werk des Moses Hess, Frankfurt, New York: 1982, S. 192-193, 196, 200-201, 210, 218, 225; Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in 15 Kapiteln, Kapitel I, Berlin: 1966, S. 30-33; The New Moral World: Meeting of English and Foreign Communists, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED und KpdSU: Der Bund der Kommunisten, Dokumente und Materialien. Band I 1836-1849, Berlin: 1970, S. 180-182; Engels, Friedrich: Vorwort zum Manifest der Kommunistischen Partei vom 1. Mai 1890, abgedruckt in: Marx, Karl: Das Kommunistische Manifest, Mit Vorreden von Karl Marx und Friedrich Engels sowie Vorworten von Karl Kautsky und Johannes Schult, Hamburg: 1846, S. 32; Herzen, Alexander: Mein Leben. Memoiren und Reflexionen 1852-1853, Band 1 und 2, Berlin: 1963, S.201; Liebknecht, Wilhelm: Karl Marx zum Gedächtnis. Ein Lebensabriss und Erinnerungen, abgedruckt in: ZK der SED: Mohr und General. Erinnerungen an Marx und Engels, Berlin: 1982, S. 58, 59; Mehring, Franz: Karl Marx. Geschichte seines Lebens, Leipzig: 1918, S. 336-340, 513; Bebel, August: Aus meinem Leben, Frankfurt a. Main: 1964, S. 747; Raddatz, Fritz J.: Karl Marx. Eine politische Biographie, Hamburg: 1975, S. 173 bzw. 168; Marx, Karl: Brief von Karl Marx von der 2. Augusthälfte 1851 aus London an Hermann Ebner in Frankfurt (MEW, Band 27, S. 571-577); Brief von Karl Marx von Mitte November 1853 aus London an Adolf Cluß in Washington (MEW, Band 28, S. 598-599); Briefe von Karl Marx vom 21. Dezember 1857 (MEW, Band 29, S. 547) sowie vom 8. Mai 1861 (MEW, Band 30, S.603) aus London an Ferdinand Lassalle in Düsseldorf bzw. Berlin; Brief von Karl Marx vom 11. Februar 1851 aus London an Friedrich Engels in Manchester (MEW, Band 27, S. 184-185); Briefe von Karl Marx vom 13. Februar 1860 (MEW, Band 30, S. 452) sowie vom 30. März 1860 (MEW, Band 30, S. 502) aus London bzw. Manchester an Justizrat Weber in Berlin; Brief von Karl Marx vom 1. Februar 1859 aus London an Joseph Weydemeyer in Milwaukee, abgedruckt in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED: MEW: a.a.O.

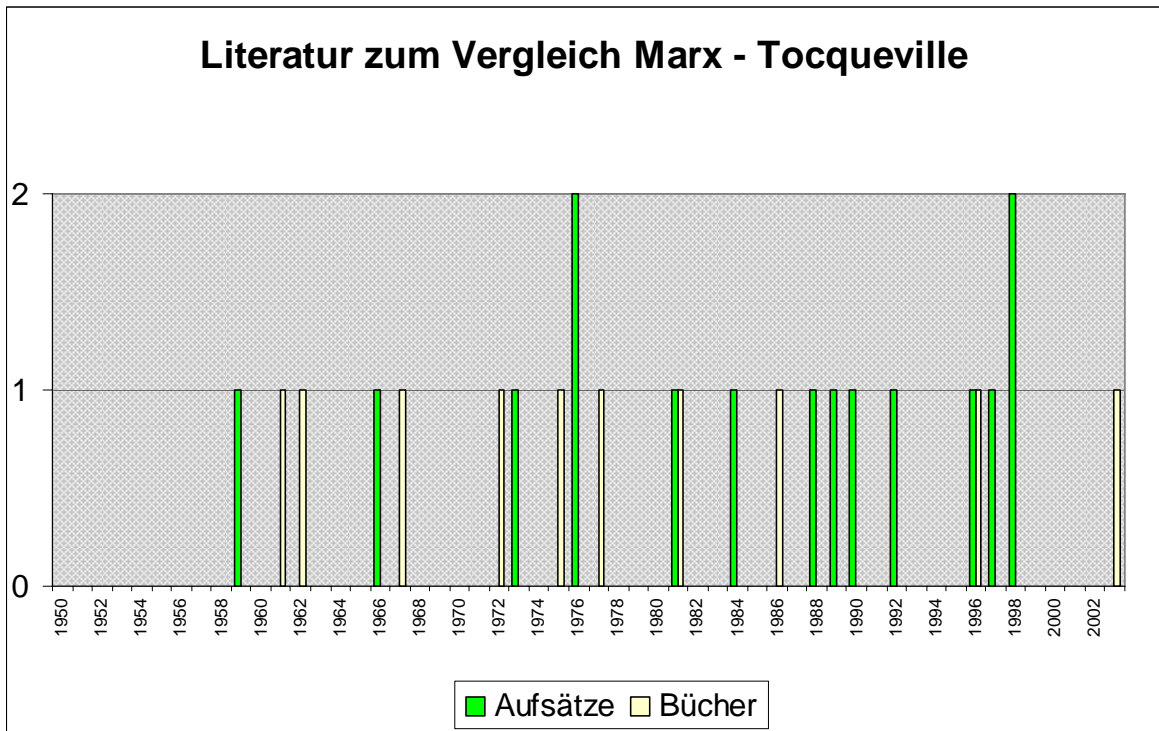
<sup>7</sup> Liebknecht, Wilhelm: Karl Marx zum Gedächtnis. Ein Lebensabriss und Erinnerungen, abgedruckt in: ZK der SED: Mohr und General. Erinnerungen an Marx und Engels, Berlin: 1982, S. 66-67



nur sehr schnell, sondern auch einen weitaus umgreifenderen Einfluss auf die Wissenschaft sowie auf die gesellschaftliche Entwicklung weltweit erlangte. Kam es aufgrund dieser zeitversetzten Popularität der beiden Denker zu keiner vergleichenden, wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit deren Gedankengut, so wurde dies noch zusätzlich durch den Umstand erschwert, dass Tocqueville und Marx, obwohl sie zur gleichen Zeit lebten und zumindest in den 40iger Jahren des 19. Jahrhunderts phasenweise beide parallel in Paris wirkten, in ihren Werken wenig Anlass dafür gaben, einen solchen Vergleich aufzugreifen: Zunächst beschäftigte sich Tocqueville, der Marx zeitlebens niemals begegnete, in keinem seiner Werke mit den später Weltruhm erlangenden marxischen Gesellschaftskonzepten oder Arbeiten und auch Marx erwähnt nur dreimal in seinen Werken jeweils einmal den Namen Tocqueville, nämlich in seinem Aufsatz „Zur Judenfrage“, dem Buch „Die heilige Familie“ sowie dem Werk „Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte“, so dass sich ein Vergleich der beiden Männer – zumal diese leicht zu übersehenden Erwähnungen in den letzten beiden Werken bis in unsere heutige Zeit nicht zur Kenntnis genommen wurden – auf den ersten Blick in ihrem eigenen Jahrhundert nicht anbot. Die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts war denn v.a. Marx gewidmet, dessen gesellschaftliches Konzept sich nach allgemeiner Ansicht 1917 in Russland nicht nur hatte durchsetzen können, sondern darüber hinaus unter Stalin auch große Erfolge aufzuweisen schien, während Tocqueville und seine Arbeiten bis 1930 völlig in Vergessenheit gerieten<sup>8</sup> und erst in den folgenden Jahren wieder in den Schatz der Wissenschaft zurückgebracht werden mussten. Diese Ausgangsvoraussetzungen führten dazu, dass erst Ende der 50iger Jahre des 20. Jahrhunderts mit J.P. Mayer, Immanuel Geiss und Raymond Aron der Vergleich zwischen Alexis de Tocqueville und Karl Marx aufgenommen wurde, allerdings ohne eine weitausgreifende Diskussion in Gang zu setzen, denn die Tatsache, dass die marxische Philosophie in ihrer leninistisch-stalinistisch Variante nach der Jahrhundertwende einen immer dominierenden Einfluss auf die historische und gesellschaftliche Realität bekam, drängte v.a. liberale Gesellschaftskonzepte in den Hintergrund, so dass der Vergleich dieser beiden Klassiker auch in dieser Hinsicht kaum auf Interesse stoßen konnte. An dieser Situation änderte die Wende des Jahres 1989/90 nichts entscheidendes, zumal die nur geringfügige und auch sehr einseitige Bezugnahme der beiden Klassiker aufeinander weiterhin einen solchen Vergleich nicht als Untersuchungsgebiet nahelegten und so wurden bis zum Jahre 2003 nicht einmal 30 Arbeiten zu dieser Thematik verfasst, wie die nachfolgende Graphik deutlich macht:

---

<sup>8</sup> Jardin, André: Alexis de Tocqueville. Leben und Werk, Frankfurt a. Main, New York: 1991, S. 495



## **II. ZU WELCHEN ERKENNTNISSEN GELANGTE DIE BISHER ERSCIENENE LITERATUR UND WELCHEN EINFLUSS HATTEN DIE SIE UMGEBENDEN GESCHICHTLICHEN EREIGNISSE AUF SIE?**

### ***1. Die Phase des Kalten Krieges bzw. der Phase der ersten vorsichtigen Annäherung***<sup>9</sup>

#### **a. Die politische und gesellschaftliche Situation in dieser Zeit**

Als im Jahr 1958 die erste Vergleichsarbeit über Marx und Tocqueville von J. P. Mayer erschien, hatten die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich bereits seit drei Jahren Schritte unternommen<sup>10</sup>, um die Phase des Kalten Krieges zu beenden, in der sie zur Gewährleistung einer freien und sicheren Entwicklung ihres Einflussbereiches bestrebt gewesen waren, eine Ausdehnung der sowjetischen Machtsphäre und des kommunistischen Herrschaftssystems über die Demarkationslinie hinaus in Richtung Westen zu verhindern<sup>11</sup>. Bereits während des Krieges im Jahre 1941 hatte die Sowjetunion, die zu diesem Zeitpunkt sowie bis zu ihrem Zusammenbruch 1991 niemals die Weltherrschaft anstrebte,<sup>12</sup> Versuche unternommen, ihren Einfluss in Europa auszudehnen, etwa indem sie Großbritannien bei den Verhandlungen zu einem gegenseitigen Bündnisvertrag anbot, Europa in zwei Machtsphären aufzuteilen, doch der endgültige Vertragstext verbot ihr schließlich, Gebietserweiterungen zu suchen und sich in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen.<sup>13</sup> Als sowjetische Truppen im Herbst 1944 allerdings Rumänien und Bulgarien eroberten, weil Stalin mehr und mehr die Expansion des amerikanischen Kapitalismus fürchtete, reiste Churchill am 9. Oktober 1944 nach Moskau und gestand Stalin den überwiegenden Teil des Einflusses in den Staaten Osteuropas zu, der 2 Tage später durch deren Außenminister noch zugunsten Moskaus verändert wurde. Im Februar 1945 gestanden der

---

<sup>9</sup> zur weiterführenden Lektüre dieses Abschnitts sind die nachfolgenden Werke zu nennen: Overesch, Manfred: Deutschland 1945-1949. Vorgeschichte und Gründung der Bundesrepublik, Düsseldorf: 1979; Benz, Wolfgang: Die Gründung der Bundesrepublik. Von der Bizone zum souveränen Staat, München: 1984 sowie Die Bundesrepublik Deutschland. Geschichte in vier Bänden, Frankfurt a. M.: erweitert 1989; Morsey, Rudolf: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, München: 1987; G. Gasteyer: Europa zwischen Spaltung und Einigung 1945-1990. Köln: 1990

<sup>10</sup> Die Westmächte, insbesondere die USA hatten im Mai 1955 begonnen, die Entspannung mit der Sowjetunion zu suchen: vgl. Löwenthal, Richard: Vom Kalten Krieg zur Ostpolitik, abgedruckt in: Löwenthal, Richard; Schwarz Hans-Peter: Die zweite Republik, 2. Auflage, Stuttgart: 1974, S. 627; Czempel, Ernst-Otto: Die Bundesrepublik und Amerika: Von der Okkupation zur Kooperation, abgedruckt in: Löwenthal, Richard; Schwarz, Hans-Peter: Die zweite Republik, 2. Auflage, Stuttgart: 1974, S. 566; diese Politik der Beschränkung der sowjetischen Macht in der Welt vertrat der Präsident Roosevelt nach seinem Tod ersetzende Truman: Berghe, Yvan Vanden: Der Kalte Krieg, 1917-1991, Leipzig: 2002, S. 96

<sup>11</sup> vgl. zu diesem Ziel der Westmächte: Löwenthal, Richard: Vom Kalten Krieg zur Ostpolitik, abgedruckt in: Löwenthal, Richard; Schwarz Hans-Peter: Die zweite Republik, 2. Auflage, Stuttgart: 1974, S. 604

<sup>12</sup> zu der Tatsache, dass die Sowjetunion niemals die Weltherrschaft anstrebte vgl.: Jackson, Gabriel: Zivilisation und Barbarei. Europa im 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M., Leipzig: 1999, S. 367

<sup>13</sup> zu diesen Bestrebungen Stalins beim britisch-sowjetischen Bündnisvertrag vgl.: Elze, Reinhard; Reppen, Konrad: Studienbuch Geschichte. Eine europäische Weltgeschichte. Band 2: Frühe Neuzeit. 19. und 20. Jahrhundert, 5. unveränderte Auflage, Stuttgart: 1999, S. 592-593

amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt und der britische Premier Winston S. Churchill in Jalta darüber hinaus zu, dass Moskau seine 1905 an Japan verlorenen Gebiete und Einflussbereiche zurückerhalten, vereinbarten aber zugleich, dass jeder Staat in Europa seine Regierungsform frei wählen können sollte<sup>14</sup> Obwohl das Potsdamer Abkommen<sup>15</sup> vom 2. August 1945 weitere Zugeständnisse an die wirtschaftlich desolante UdSSR<sup>16</sup> machte und einer Vertreibung der Deutschen aus Mitteleuropa ebenso zustimmte wie der wirtschaftlichen Ausbeutung ihrer deutschen Besatzungszone, so schrieb es jedoch darüber hinaus auch fest, dass Deutschland als eine Gesamtheit zu betrachten sei, dass in ihm Zentralverwaltungen für Finanzen, Verkehr, Außenhandel und Industrie eingerichtet werden sollten, dass seine endgültigen Grenzen auf einer noch abzuhaltenden Friedenskonferenz zu bestimmen wären und insbesondere dass die europäischen Nationalstaaten als unabhängige Einheiten wiederhergestellt werden sollten.<sup>17</sup> Der Sowjetunion gelang es noch im selben Jahr – häufig mit unfreien oder gefälschten Wahlen oder anderen unrechtmäßigen Mitteln - den Kommunisten in Jugoslawien, Albanien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Polen zur Macht zu verhelfen, womit sie gegen die zuletzt genannte Vereinbarung verstießen, was den in internationaler und osteuropäischer Politik, aber auch diplomatisch unerfahrenen und nach dem Tod Roosevelts am 12. April 1945 an die Macht gelangten Harry S. Truman im September 1946 dazu veranlasste, Moskau und seinen Satellitenstaaten keinen Kredit mehr zu gewähren.<sup>18</sup> Während Frankreich alle Bemühungen unterband im deut-

<sup>14</sup> zu diesen Aufteilungen der Einflussspären in Osteuropa vgl.: Berghe, Yvan Vanden: Der Kalte Krieg, 1917-1991, Leipzig: 2002, S. 77-81; zu den Ängsten Stalins vor einer Ausdehnung Amerikas vgl. S. 100, darüber hinaus aber auch: Benz, Wolfgang; Graml, Hermann: Fischer Weltgeschichte, Band 35: Das Zwanzigste Jahrhundert II. Europa nach dem Zweiten Weltkrieg. 1945 – 1982, Frankfurt a. Main: 1983, S.30

<sup>15</sup> etwas detailliertere Information zur Potsdamer Konferenz ist nachzulesen in: Elze, Reinhard; Repgen, Konrad: Studienbuch Geschichte. Eine europäische Weltgeschichte. Band 2: Frühe Neuzeit. 19. und 20. Jahrhundert, 5. unveränderte Auflage, Stuttgart: 1999, S. 600-602; sowie Vogt, Martin (Hrsg.): Deutsche Geschichte von den Anfängen bis zur Wiedervereinigung, 2. Auflage, Stuttgart: 1991, S. 733-734; zu der Vereinbarung jeden Staat seine Regierungsform frei wählen zu lassen vgl.: Jackson, Gabriel: Zivilisation und Barbarei. Europa im 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M., Leipzig: 1999, S. 318

<sup>16</sup> zur wirtschaftlich desolaten Situation der UdSSR vgl.: Berghe, Yvan Vanden: Der Kalte Krieg, 1917-1991, Leipzig: 2002, S. 95

<sup>17</sup> zu diesen Zielen der Potsdamer Konferenz vgl.: Schieder, Theodor: Handbuch der Europäischen Geschichte, Band 7, Stuttgart: 1979, S. 336; zu den Vereinbarungen des Potsdamer Abkommens vgl.: Elze, Reinhard; Repgen, Konrad: Studienbuch Geschichte. Eine europäische Weltgeschichte. Band 2: Frühe Neuzeit. 19. und 20. Jahrhundert, 5. unveränderte Auflage, Stuttgart: 1999, S. 600-601;607; zu den gebietlichen Regelungen nach 1945 vgl.: Burkhardt, Werner; Januschke, Bernd; Warner, Karl-Friedrich (Redaktion): Große Weltgeschichte in sechs Bänden, Band VI: Bewaffneter Friede (1871-1914) – Weltkriege – Zeit danach – Ferner Osten, Köln: 1992, S. 168-171; zu den Gebietsgewinnen, die die Sowjetunion in Asien aufgrund vorangegangener Abkommen machte sowie den Kolonieverlusten der europäischen Mächte vgl.: S. 172-178; einige Monate zuvor in Jalta hatten die Alliierten sich noch verpflichtet, jedem Staat in Europa seine Regierungsform frei wählen zu lassen: Jackson, Gabriel: Zivilisation und Barbarei. Europa im 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M., Leipzig: 1999, S. 318; ein reelles Bild der deutschen Gesellschaft im Jahre 1945 gibt: Hüttenberger, Peter: Deutsche Gesellschaft 1945, abgedruckt in: Funke, Manfred; Jacobsen, Hans-Adolf; Knütter, Hans-Helmuth; Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.): Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa, Bonn: 1987, S. 316-330

<sup>18</sup> zu Truman und seinem Erfahrungsschatz sowie seinen Maßnahmen gegenüber der Sowjetunion vgl.: Berghe, Yvan Vanden: Der Kalte Krieg, 1917-1991, Leipzig: 2002, S. 83; 98; zu den Entwicklungen in den Ostblockstaaten vgl. S. 101-112; im Jahr 1946 war es offensichtlich auch zu einem heftigen Konflikt über die Rückführung von Polen und Sowjetbürgern gekommen, die nicht in ihre Heimat zurück wollten und die die UdSSR als „Weißgardisten“ bezeichnete. Vgl.: Jackson, Gabriel: Zivilisation und Barbarei. Europa im 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M., Leipzig: 1999, S. 318-319; zu der politischen Situation in den osteuropäischen Ländern, S. 351-352; zur härteren, von Roosevelt abweichenden Gangart Trumans vgl.: Schmidt, Walter (leitender Hrsg.): Deutsche Geschichte. Band 9: Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung, der Kampf gegen die Spaltung Deutschlands und die Entstehung der DDR von 1945 bis 1949, Köln: 1989, S. 34 und S. 36

schen Reich eine Zentralverwaltung zu errichten, weil es den Deutschen endgültig jede Fähigkeit zu einem Angriffskrieg nehmen wollte und hoffte auf den Trümmern seines östlichen Nachbarn und Krieggegners seinen Großmachtstatus zu restaurieren und eine französische Hegemonie in Westeuropa zu erlangen,<sup>19</sup> begann Stalin nach der amerikanischen Kreditverweigerung im Winter 1946/47, den Machtbereich seines Landes auszudehnen und in einem osteuropäischen Land nach dem anderen kommunistische Militärdiktaturen zu erzwingen, die bis ins Frühjahr 1947 als Koalitionspartner in allen Regierungen des kontinentalen Westeuropas sitzenden Kommunisten auf einen antieuropäischen Kurs festzulegen<sup>20</sup> sowie das von den Amerikanern im Gegenzug für den Einzug westlicher Garnisonen und die Gewährung westlicher Sitze in Kontrollrat und Kommandantur geräumte Thüringen und Sachsen mit ihren Verwaltungsleuten zu besetzen.<sup>21</sup> Was die USA betraf, so hatte sie auf eine Rede Churchills am 5. März 1946 hin, den Schulterchluss mit Großbritannien vollzogen und erklärte sich im September desselben Jahres dazu bereit, ihre Zone mit der britischen zu vereinigen. Diese Freundschaft, aber auch die zunehmende Furcht vor der Ausdehnung des sowjetischen Machtbereichs führten dazu, dass Truman am 12. März 1947 im Kongress erklärte - als England aus finanziellen Gründen nicht mehr in der Lage war Griechenland und die Türkei gegen die kommunistischen Partisanenarmeen in ihren Ländern zu unterstützen - dass die Vereinigten Staaten alle freien Völker darin unterstützen müssten, ihr Schicksal selbst zu bestimmen (Truman-Doktrin).<sup>22</sup> Diese amerikanische Vorstellung, man müsse die Ausbreitung des sowjetischen Einflusses eindämmen, bewegte den Präsidenten darüber hinaus dazu, dem – wie Churchill meinte - lediglich noch einen „Schutthaufen, ein Knochenhaus, eine Brutstätte für Pest und Haß“<sup>23</sup> darstellenden Europa nach den Plänen des neuen Außenministers Marshall wirtschaftlich zu helfen (Politik des Containment und des Recovery).<sup>24</sup> Da sich alle europäischen Staaten, auch die Sowjetunion, an dem wirtschaftlichen Programm beteiligen können sollten, meldeten zu Beginn nicht nur die westeuropäischen Staaten, sondern auch die Tschechoslowakei und Ungarn Interesse an der amerikanischen Hilfe an, doch die Letzteren wurden von der Sow-

---

<sup>19</sup> vgl. zu diesen französischen Bestrebungen: Mirow, Jürgen: Geschichte des deutschen Volkes. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Band 2: 1850 bis heute, Gernsbach: 1996, S. 1054

<sup>20</sup> Nach 1947 kam es in Italien und Frankreich zu einer innenpolitischen Wende und die Kommunisten wurden von der Mitverantwortung in der Regierung ausgeschlossen, überhaupt sollten sie nach diesem Jahr keinen maßgeblichen Anteil an den nationalen Entscheidungen mehr haben, auch wenn sie an der Regierung beteiligt waren. Zum Gesagten vgl.: Schieder, Theodor: Handbuch der Europäischen Geschichte, Band 7, Stuttgart: 1979, S. 340; Elze, Reinhard; Repgen, Konrad: Studienbuch Geschichte. Eine europäische Weltgeschichte. Band 2: Frühe Neuzeit. 19. und 20. Jahrhundert, 5. unveränderte Auflage, Stuttgart: 1999, S. 637

<sup>21</sup> vgl. zum Gesagten: Löwenthal, Richard: Vom Kalten Krieg zur Ostpolitik, abgedruckt in: Löwenthal, Richard; Schwarz Hans-Peter: Die zweite Republik, 2. Auflage, Stuttgart: 1974, S. 610; Lipgens, Walter: Europäische Integration, abgedruckt in: Löwenthal, Richard; Schwarz Hans-Peter: Die zweite Republik, 2. Auflage, Stuttgart: 1974, S. 522; Hildermeier, Manfred: Die Sowjetunion 1917-1991, München: 2001, S. 68

<sup>23</sup> zu dieser Beschreibung Europas von Seiten Churchills vgl.: Rhodes, Robert James: Winston S. Churchill: His complete speeches. 1897-1963. Volume VII 1943-1949. New York, London: 1974, S. 7484; genaue Daten zur wirtschaftlichen Situation Europas nach dem Zweiten Weltkrieg liefert: Berghe, Yvan Vanden: Der Kalte Krieg, 1917-1991, Leipzig: 2002, S. 93-95

<sup>24</sup> vgl. zu dieser Aussage des amerikanischen Präsidenten Truman: Carlyle, Margaret: Documents on International Affairs 1947-1948, London, New York, Toronto: 1952, S. 6; zum Plan der USA Europa wirtschaftlich zu unterstützen: Schieder, Theodor: Handbuch der Europäischen Geschichte, Band 7, Stuttgart: 1979, S. 337; zur Truman-Doktrin und der amerikanischen Containment-Politik vgl. aber auch: Elze, Reinhard; Repgen, Konrad: Studienbuch Geschichte. Eine europäische Weltgeschichte. Band 2: Frühe Neuzeit. 19. und 20. Jahrhundert, 5. unveränderte Auflage, Stuttgart: 1999, S.606-607; 612-613; Jackson, Gabriel: Zivilisation und Barbarei. Europa im 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M., Leipzig: 1999, S. 321; zur wirtschaftlichen Entwicklung in Europa nach 1945, S. 322-325; zur zunehmenden Furcht Amerikas vor einer Ausdehnung des sowjetischen Machtbereichs vgl.: Mirow, Jürgen: Geschichte des deutschen Volkes. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Band 2: 1850 bis heute, Gernsbach: 1996, S. 1055

jetunion dazu gezwungen zurückzutreten,<sup>25</sup> weil die Bedingungen für die finanzielle Unterstützung daran geknüpft waren, dass sich die Länder Europas zusammenschließen, ihre Wirtschaftspolitik vereinheitlichen und eigenständig am Aufbau mitwirken und so für Moskau die Gefahr bestand, seine aufgebaute Positionen in Osteuropa wieder zu verlieren.<sup>26</sup> Die Weigerung Stalins sich am Marshall-Plan zu beteiligen, seine Anordnung an alle kommunistischen Parteien in West und Ost den Klassenkampf wieder zu entfachen, Propaganda gegen das Förderprogramm zu machen und den Plan durch Streiks zu sabotieren, führte nicht nur zu allgemeinen starken Stimmenverlusten der Kommunisten sowie in Italien und Frankreich zu parteiinternen Manövern, die ein Ausscheiden der stalinnahen Parteien aus der jeweiligen Regierung nach sich zogen, sondern veranlasste darüber hinaus auch die Westmächte 1947/48 die Währungsreform in den Westzonen Deutschlands sowie die ihre bereits gemachten Pläne für die Gründung der Bundesrepublik Deutschland, aber auch der OEEC (Organization of European Economic Cooperation)<sup>27</sup>, durchzuführen. Stalin, der durch die Aufrechterhaltung von Elend und Chaos eine Machtübernahme des Kommunismus auch für den westlichen Teil des europäischen Kontinents erreichen wollte, kündigte nach diesen Schritten des Westens seine Zusammenarbeit im Alliierten Kontrollrat am 20. März 1948 auf, blockierte am 24. Juni desselben Jahres die Zufahrtswege nach Berlin und unterbrach die Strom- sowie Kohleversorgung, in der Hoffnung das Unternehmen der ehemaligen Verbündeten dadurch zum Scheitern zu bringen.<sup>28</sup> Waren diese Schritte der Westmächte ganz im Sinne der Begründer der Bundesrepublik, die ebenfalls eine weitere Ausdehnung der Sowjetunion verhindern wollten, so stießen ihre weitergehenden Pläne, nämlich die politische und rechtliche Freiheit aller Deutschen in einem gemeinsamen Staat zu erreichen, bei den Verbündeten auf mehr oder weniger Sympathie, weil diese Bestrebungen von ihnen nicht als eigene vitale Interessen angesehen wurden.<sup>29</sup> Dennoch wurde die nationale Wiedervereinigung auch nach der Gründung der Bundesrepublik durch die Präambel des am 8. Mai 1949 beschlossenen Grundgesetzes offengehalten, indem man dort das neu entstandene Staatsgebilde zum Provisorium erklärte und von

---

<sup>25</sup> zum Interesse der Tschechoslowakei und Ungarns an der Teilnahme am Marshall-Plan vgl.: Schieder, Theodor: Handbuch der Europäischen Geschichte, Band 7, Stuttgart: 1979, S. 340; eine abweichende Darstellung der amerikanischen und sowjetischen Position gibt Berghe. Er sagt die USA hofften, dass sich der Osten nicht an dem Marshall-Plan beteiligen würde, weil sonst die Zustimmung des Kongresses gefährdet gewesen wäre. Sie wollten das wirtschaftliche Aufbauprogramm für Europa aber unbedingt haben, um der aufgrund ihrer landwirtschaftlichen Orientierung besser mit Nahrungsmitteln versorgten sowjetischen Zone etwas entgegenzusetzen zu können, um die Europäer am eigenen Leibe erfahren zu lassen, dass Demokratie und Marktwirtschaft besser wären, als Sozialismus. Im übrigen hätten die Amerikaner durch die Übernahme von Patenten und technischem Know-how ebenfalls einen Gegenwert von 10 Milliarden Dollar erhalten. Berghe ist zudem davon überzeugt, dass Europa auch ohne den Marshall-Plan einen wirtschaftlichen Aufschwung erlebt hätte, auch wenn er psychologisch sehr wertvoll gewesen wäre. Vgl. zu dieser Einschätzung und dieser Darstellung: Berghe, Yvan Vanden: Der Kalte Krieg, 1917-1991, Leipzig: 2002, S. 114-122; ein ganz andere Einschätzung hierzu hat: Jackson, Gabriel: Zivilisation und Barbarei. Europa im 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M., Leipzig: 1999, S. 321

<sup>26</sup> zu den Bedingungen und sowjetischen Befürchtungen bzgl. des Marshall-Plans vgl.: Vogt, Martin (Hrsg.): Deutsche Geschichte von den Anfängen bis zur Wiedervereinigung, 2. Auflage, Stuttgart: 1991, S. 742; Berghe vertritt hier eine andere Position:

<sup>27</sup> zur Gründung der OEEC vgl.: Vogt, Martin (Hrsg.): Deutsche Geschichte von den Anfängen bis zur Wiedervereinigung, 2. Auflage, Stuttgart: 1991, S. 742; zu Stalins Reaktion auf den Marshall-Plan sowie dem Ausscheiden der Kommunisten aus den Regierungen in Italien und Frankreich: Berghe, Yvan Vanden: Der Kalte Krieg, 1917-1991, Leipzig: 2002, S. 122

<sup>28</sup> zur Berlin-Blockade vgl. auch: Elze, Reinhard; Repgen, Konrad: Studienbuch Geschichte. Eine europäische Weltgeschichte. Band 2: Frühe Neuzeit. 19. und 20. Jahrhundert, 5. unveränderte Auflage, Stuttgart: 1999, S. 616-617; sowie Vogt, Martin (Hrsg.): Deutsche Geschichte von den Anfängen bis zur Wiedervereinigung, 2. Auflage, Stuttgart: 1991, S. 744-745

<sup>29</sup> zu diesem erlahmenden Willen der Westmächte ein einheitliches Deutschland wiederherzustellen vgl.: Schieder, Theodor: Handbuch der Europäischen Geschichte, Band 7, Stuttgart: 1979, S. 342

einer staatlichen Ordnung für eine Übergangszeit sprach. Die Sowjetunion musste angesichts der Tatsache, dass sie die Staatsgründung Westdeutschlands nicht hatte verhindern können, aber auch dem Umstand, dass die Berliner Bevölkerung über eine alliierte Luftbrücke versorgt wurde, schließlich einlenken und hob die Blockade am 12. Mai 1949 auf, so dass die ersten deutschen Wahlen am 14. August 1949 ohne weitere sowjetische Verhinderungsmaßnahmen stattfinden konnten.<sup>30</sup> Als am 20. September 1949 die erste souveräne Bundesregierung gebildet wurde, protestierte die Sowjetunion mit einer Note an die drei Westmächte gegen diese Bildung einer Separatregierung, die sie als einen Bruch der Vereinbarungen der Siegermächte bezeichnete und deren demokratische Legitimation sie bestritt. Noch im gleichen Monat zog der in der sowjetischen Zone ohne freie Wahlen gebildete „Deutsche Volksrat“ der Entscheidung des westlichen Teiles nach und gründete durch die Inkraftsetzung einer von ihm zunächst für ganz Deutschland konzipierten Verfassung auf dem sowjetischen Territorium die „Deutsche Demokratische Republik“, so dass der Konflikt der Besatzungsmächte im Westen und im Osten zu zwei Staaten und zwei Regierungen mit Anspruch ganz Deutschland zu repräsentieren geführt hatte, deren Legitimität beide Seiten wechselseitig nicht anerkannten und daher offizielle Beziehungen ablehnten.<sup>31</sup>

Mit der Errichtung der BRD war auch der 1933 emigrierte Philosoph und Soziologe Max Horkheimer wieder aus den Vereinigten Staaten zurückgekehrt und übernahm 1950 sein altes, an der Universität Frankfurt wiedererrichtetes „Institut für Sozialforschung“ und führte die kulturkritische Haltung aus dem späten Kaiserreich in neuem Gewand fort. Diese „neue“ sich als „Kritische Theorie“ bezeichnende Wissenschaftsrichtung knüpfte an die Aufklärung und an Marx an, strebte nach der höchstmöglichen Selbstverwirklichung des Einzelnen und lehnte daher die bestehenden Autoritäten ab und beschrieb die Gesellschaft als von kapitalistischer Ausbeutung geprägt. Die Tatsache, dass die Massen nicht mit den Intellektuellen übereinstimmten und dass die von Marx vorausgesagte proletarische Revolution in den westlichen Industriestaaten ausgeblieben war, erklärte man damit, dass die kapitalistische Kulturindustrie der Massenmedien im Interesse des Großkapitals die Massen manipulieren würde.<sup>32</sup>

In Folge der unter sehr gespannten Bedingungen entstandenen beiden deutschen Staaten sollte sich die Konfliktsituation zwischen den beiden weltpolitischen Machtsphären noch weiter zuspitzen, nicht nur weil die Sowjetunion durch die Zündung ihrer ersten Atombombe im Jahre 1949 das Monopol der USA in diesem Bereich brach und China am 1. Oktober desselben Jahres zur kommunistischen Volksrepublik wurde,<sup>33</sup> sondern weil Stalin nach dem durch Kritik an ihrer Ostasienpolitik bewirkten Abzug der Amerikaner aus dem Süden

---

<sup>30</sup> vgl. zum Verhalten der Sowjetunion als die Gründung eines westdeutschen Staates von den Westmächten in Angriff genommen wurde: Hildermeier, Manfred: Die Sowjetunion 1917-1991, München: 2001, S. 68

<sup>31</sup> vgl. zu diesen Ereignissen: Löwenthal, Richard: Vom Kalten Krieg zur Ostpolitik, abgedruckt in: Löwenthal, Richard; Schwarz Hans-Peter: Die zweite Republik, 2. Auflage, Stuttgart: 1974, S. 604-608; Lipgens, Walter: Europäische Integration, abgedruckt in: Löwenthal, Richard; Schwarz Hans-Peter: Die zweite Republik, 2. Auflage, Stuttgart: 1974, S. 628; zu den Ereignissen um die Gründung der beiden deutschen Staaten vgl. auch: Elze, Reinhard; Repgen, Konrad: Studienbuch Geschichte. Eine europäische Weltgeschichte. Band 2: Frühe Neuzeit. 19. und 20. Jahrhundert, 5. unveränderte Auflage, Stuttgart: 1999, S. 617-621

<sup>32</sup> zur Wiedererrichtung des „Instituts für Sozialforschung“ an der Universität Frankfurt sowie zu den Inhalten der Kritischen Theorie vgl.: Der Brockhaus in 15 Bänden, Band 6, 2. durchgesehene und aktualisierte Auflage, Leipzig; Mannheim: 2001/2002, S. 309 sowie Mirow, Jürgen: Geschichte des deutschen Volkes. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Band 2: 1850 bis heute, Gernsbach: 1996, S. 1042-1043

<sup>33</sup> zur Tatsache, dass die Sowjetunion 1949 ebenfalls zur Atommacht wurde und China zu seinem Machtbereich zählen konnte vgl.: Elze, Reinhard; Repgen, Konrad: Studienbuch Geschichte. Eine europäische Weltgeschichte. Band 2: Frühe Neuzeit. 19. und 20. Jahrhundert, 5. unveränderte Auflage, Stuttgart: 1999, S. 624

Koreas den kurz darauf folgenden Angriff der nordkoreanischen und chinesischen Truppen am 26. Mai 1950 gutgeheißen und damit die Westmächte zu der Überzeugung gebracht hatte, dass die UdSSR zumindest eine indirekte Aggression vorbereitete und ihr Staatsgebiet in Asien erweitern wollte.<sup>34</sup> Unter dem Eindruck von Stalins Äußerung kam es dann am 11. August 1950 zum Korea-Krieg,<sup>35</sup> dem ein äußerst schnelle Wiederbewaffnung der Amerikaner, aber auch der stalinistische Terror in Osteuropa folgte, dem tausende von Menschen, auch zahlreiche Regierungsmitglieder zum Opfer fielen. Darüber hinaus stimmte der amerikanische Außenminister Acheson angesichts dieser Entwicklung in Asien den beiden von Adenauer übermittelten Memoranden zu und unterstützte die dort formulierte Forderung nach einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft im Gegenzug für einen Abbau des Besatzungsstatuts,<sup>36</sup> was letztlich allerdings am 30. August 1954 an der Souveränitätsverluste nicht akzeptierenden Französischen Nationalversammlung scheitern und im Juni bzw. Juli 1955 zur Gründung einer in die NATO sowie die Westeuropäische Union eingliederten deutschen Armee, der Bundeswehr, führen sollte. Dieser über fünf Jahre andauernde, innerhalb Deutschlands von der CDU befürwortete, von der SPD abgelehnte Prozess einer Wiederbewaffnung Westdeutschlands<sup>37</sup> war für die Sowjetunion ein Zeitraum, in dem sie wie bereits Lenin versuchte, die Eingliederung des deutschen militärischen Potentials und damit der BRD insgesamt in eine gemeinsame Front der westlichen Gegner zu verhindern und zu diesem Zweck zu Kompromissen in der Deutschlandfrage bereit war, d.h. sie verlangte nun nicht mehr die Rückkehr zum Kontrollrat, sondern bot in unterschiedlich attraktiven Varianten wiederholt einen Friedensvertrag sowie freie Wahlen für eine gesamtdeutsche Regierung an.<sup>38</sup> Dieses Verhalten Moskaus änderte sich auch nicht durch den Tod Stalins am 5. März 1953, als Nikita Chrusčëv (Nikita Chruschtschow) nach einem Komplott mit den hohen Generälen und dem Leiter der Personalabteilung der

---

<sup>34</sup> zu den Ereignissen um den Korea-Krieg im Vorfeld vgl.: Berghe, Yvan Vanden: Der Kalte Krieg, 1917-1991, Leipzig: 2002, S. 142-145; zur Überzeugung der Amerikaner es handle sich um eine sowj. Expansion, S.148-149

<sup>35</sup> zu den näheren Umständen des Korea-Krieges und den Ausdehnungsbestrebungen der Sowjetunion in Asien vgl.: Burkhardt, Werner; Januschke, Bernd; Warner, Karl-Friedrich (Redaktion): Große Weltgeschichte in sechs Bänden, Band VI: Bewaffneter Friede (1871-1914) – Weltkriege – Zeit danach – Ferner Osten, Köln: 1992, S. 184-198 sowie Berghe, Yvan Vanden: Der Kalte Krieg, 1917-1991, Leipzig: 2002, S. 142-148

<sup>36</sup> die Ansicht, dass der Krieg in Korea die Verselbständigung der BRD vorantrieb, indem er ihr gegen manche innere Widerstände einen Verteidigungsbeitrag abrang, äußerte auch: Schieder, Theodor: Handbuch der Europäischen Geschichte, Band 7, Stuttgart: 1979, S. 341; zu den unterschiedlichen Bestrebungen von Adenauer und Schumacher, wohin sich die BRD ausrichten sollte, ob vollständig oder nur provisorisch nach Westen vgl.: Vogt, Martin (Hrsg.): Deutsche Geschichte von den Anfängen bis zur Wiedervereinigung, 2. Auflage, Stuttgart: 1991, S. 754-755; zu der Tatsache, dass Amerika nach dem Einmarsch der nordkoreanischen Truppen äußerst schnell aufrüstete und Stalin seinen Terror in Osteuropa begann vgl. Berghe, Yvan Vanden: Der Kalte Krieg, 1917-1991, Leipzig: 2002, S. 149; 159-160

<sup>37</sup> zu den inneren Auseinandersetzungen über die Wiederbewaffnung Deutschlands vgl. die etwas ausführlicheren Ausführungen von: Vogt, Martin (Hrsg.): Deutsche Geschichte von den Anfängen bis zur Wiedervereinigung, 2. Auflage, Stuttgart: 1991, S.757-761; zu den Protesten der Bevölkerung in dieser Zeit, aber auch 1957/58 gegen die Aufstellung von Raketen mit atomaren Sprengköpfen vgl.: Kielmansegg, Peter Graf: Die Deutschen und ihre Nation. Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland, Berlin: 2000, S. 320-322

<sup>38</sup> vgl. zu diesen Ereignissen im Detail: Löwenthal, Richard: Vom Kalten Krieg zur Ostpolitik, abgedruckt in: Löwenthal, Richard; Schwarz Hans-Peter: Die zweite Republik, 2. Auflage, Stuttgart: 1974, S. 611-626; zu den Umständen, die die Gründung der Bundeswehr begleiteten vgl. aber auch: Sommer, Theo: Wiederbewaffnung und Verteidigungspolitik, abgedruckt in: Löwenthal, Richard; Schwarz Hans-Peter: Die zweite Republik, 2. Auflage, Stuttgart: 1974, S. 580-588; zum die Wiedervereinigung ermöglichenden Angebot Stalins und der Umstrittenheit seiner Ernsthaftigkeit vgl.: Vogt, Martin (Hrsg.): Deutsche Geschichte von den Anfängen bis zur Wiedervereinigung, 2. Auflage, Stuttgart: 1991, S. 761-765, zur Gründung der Bundeswehr: S. 765-767



KPdSU, Georgi Malenkov, am 26. Juni 1953 den gefürchteten, zunächst aber aussichtsreichsten Kandidaten, den Geheimdienstchef Lawrenti Berija, festsetzen und nach einem Geheimprozess im Dezember desselben Jahres mit sechs seiner engsten Vertrauten hinrichten ließ.<sup>39</sup> Begleitet wurden diese Wiederbewaffnungspläne in Westdeutschland von einer breiten antikommunistischen und antisowjetischen Grundströmung in der Bevölkerung, die ihre Wurzel nicht nur in dem Schockerlebnis der eigenen Verbrechen hatte, sondern auch in den durch den Krieg bekannt gewordenen elenden Lebensverhältnissen der Bauern in Russland, den Berichten von Heimatvertriebenen, Zonenflüchtlingen und Kriegsgefangenen, der Ungewissheit über das Schicksal der noch nicht zurückgekehrten Soldaten, der akuten und realen Gefahr der Ausdehnung des Sowjetischen Machtbereichs sowie dem am 17. Juni 1953 durch die sowjetischen Truppen niedergeschlagenen Aufstand der DDR-Bürger gegen das politische Regime ihres Staates, mit dem Moskau seine gerade eben noch gehegten Pläne eines neutralen, nicht sowjetisierten Gesamtdeutschlands aufgeben musste und daher nicht länger auf einer Kursänderung der SED-Regierung bestand.<sup>40</sup> Neben dieser Stimmung existierte aber auch die Hoffnung auf Wiedervereinigung, denn der Sieg über die Stalinsche Berlinblockade gab der Vermutung Auftrieb, ein solches Ziel sei durch Beharrlichkeit zu erreichen.<sup>41</sup> Noch bevor die beiden Weltmächte ihre beiden Einflussphären auch militärisch endgültig abgrenzten, trafen sich im April 1955 im indonesischen Bandung 29 bereits unabhängige afrikanische und asiatische Staaten und erklärten sich zu blockfreien Staaten, d. h. sie legten ausdrücklich ihre Neutralität im Ost-West-Konflikt fest, vereinbarten allgemeine Abrüstung, das Verbot von Kernwaffen sowie den Kampf gegen Kolonialismus und Rassismus.<sup>42</sup> Kurz darauf wurde mit dem Austausch der Urkunden am 5. und 6. Mai 1955 das atlantische Militärbündnis des Westens und am 14. Mai 1955 der in seinen Zielsetzungen mit der NATO identische Warschauer Pakt bestehend aus der Sowjetunion, Bulgarien, Ungarn, Polen, Rumänien, der Tschechoslowakei und der DDR in Kraft gesetzt.<sup>43</sup> Für die Bundesrepublik brachte die Eingliederung in die NATO zwar die Wiedererlangung der für solch einen Schritt notwendigen vollen Souveränität, doch es führte auch zu einer Veränderung der weltpolitischen Lage: Hatten die Vereinigten Staaten bisher wegen der akuten Bedrohung durch die Sowjetunion, insbesondere aber wegen ihrem Ziel das amerikanische Führungssystem zu festigen und im Rahmen des-

---

<sup>39</sup> vgl. zu den Umständen des Machtwechsels in der Sowjetunion: Hildermeier, Manfred: Die Sowjetunion 1917-1991, München: 2001, S. 69-70

<sup>40</sup> zu den näheren Umständen des DDR-Aufstandes vom 17. Juni 1953, v. a. dem Umstand, dass er durch die 10% Erhöhung der Arbeitsnormen am 28. Mai 1953 ausgelöst worden war, vgl.: Elze, Reinhard; Repgen, Konrad: Studienbuch Geschichte. Eine europäische Weltgeschichte. Band 2: Frühe Neuzeit. 19. und 20. Jahrhundert, 5. unveränderte Auflage, Stuttgart: 1999, S. 640-641; bereits zu diesem Zeitpunkt wollten die Sowjets eine Entspannung der internationalen Situation und ein Ende des geteilten Deutschlands, dass nach ihrer Ansicht besser unter einer Viermächteverwaltung stehen sollte. Außerdem waren sie über die sehr hohen Flüchtlingszahlen erschreckt, doch die sowjetischen Liberalisierungspläne wurden mit dem DDR-Aufstand vom 17. Juni 1953 schnell zerschlagen. Vgl. zu diesen Umständen: Berghe, Yvan Vanden: Der Kalte Krieg, 1917-1991, Leipzig: 2002, S. 171-176

<sup>41</sup> vgl. zu der Stimmungslage der deutschen Bevölkerung: Löwenthal, Richard: Vom Kalten Krieg zur Ostpolitik, abgedruckt in: Löwenthal, Richard; Schwarz Hans-Peter: Die zweite Republik, 2. Auflage, Stuttgart: 1974, S. 609-610; Tenbruck, Friedrich H.: Alltagsnormen und Lebensgefühle in der Bundesrepublik: abgedruckt in: Löwenthal, Richard; Schwarz Hans-Peter: Die zweite Republik, 2. Auflage, Stuttgart: 1974, S. 299; vgl. aber auch die Ausführungen zur antisowjetischen Strömung in Deutschland bei: Glader, Hermann: Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Grundgesetz und Großer Koalition. 1949-1967, München, Wien: 1986, S. 44-56

<sup>42</sup> zum Zusammenschluss der blockfreien Staaten vgl.: Elze, Reinhard; Repgen, Konrad: Studienbuch Geschichte. Eine europäische Weltgeschichte. Band 2: Frühe Neuzeit. 19. und 20. Jahrhundert, 5. unveränderte Auflage, Stuttgart: 1999, S. 653

<sup>43</sup> zu den Umständen der Gründung des Warschauer Paktes vgl.: Schieder, Theodor: Handbuch der Europäischen Geschichte, Band 7, Stuttgart: 1979, S. 346

sen die Westeuropäer stärker an sich zu binden, zu beeinflussen und ökonomisch zu belasten versucht und gerade Deutschland als Nahtstelle Mitteleuropas gegen viel Widerstand der zu Eigenständigkeit und Entspannung mit dem Osten tendierenden Briten und Franzosen in seinen Wiederaufrüstungsbestrebungen und seiner Junktimklausel Abrüstung, Entspannung und Wiedervereinigung unterstützt, so war nach der Sicherung des westdeutschen Verteidigungsbeitrages die deutsche Frage nicht mehr so bedeutsam. Sowohl die amerikanischen als auch die russischen Führer mussten nämlich auf dem Genfer Gipfel Mitte Juli 1955 feststellen, dass nukleartechnisch eine Pattsituation vorlag, in der keine der beiden Seiten den Ausbruch eines Krieges mehr wünschen konnte, so dass sie nun bestrebt waren, das Risiko eines Konfliktes zu beschränken, womit die Chance für eine militärische Entspannung im thermonuklearen Wettrüsten sehr groß war. Hinzu kam, dass die Sowjetunion einsehen musste, dass sie die Wiederbewaffnung Deutschlands nicht mehr zu verhindern war. Da sie aber trotz dieser Situation weder dazu bereit war, dessen NATO-Beitritt zu akzeptieren noch angesichts der Westeinbindung der BRD auf Kosten der DDR und ihrer sozialistischen Errungenschaften die deutsche Frage zu diskutieren, ging sie dazu über, ihrem Sektor immer mehr staatliche Rechte, wie die Überwachung der Verbindungswege zwischen der BRD und Berlin, zu übertragen, während sie gleichzeitig auf internationaler Ebene die deutsche Wiedervereinigungsfrage umging, eine Legitimierung der DDR zu erreichen versuchte, erste Kontakte mit der BRD zur Normalisierung der Beziehungen aufnahm und sich v.a. auf das Nahziel Entspannung und Sicherung der bestehenden weltpolitischen Verhältnisse konzentrierte. Diese Haltung der beiden Großmächte ließ das deutsche Bestreben nach Wiedervereinigung in den Hintergrund geraten, ja für die Amerikaner sogar zunehmend zum Hindernis für eine immer wahrscheinlicher werdendere Ost-West-Entspannung werden, was Adenauers Überzeugung durch die Europa-Integration Westdeutschlands auch den späteren Anschluss des deutschen Ostens erreichen zu können auf unabsehbare Zeit als unreal erscheinen ließ.<sup>44</sup> Die Hoffnung auf eine Lösung der deutschen Frage hatte sich aber –wenn auch nur vage - in der westlichen Öffentlichkeit mit der Aufnahme des Genfer Gipfels durchsetzen können und wurde auch nicht durch dessen Scheitern beseitigt.<sup>45</sup> An dieser Situation änderte sich aber aus deutscher Sicht einiges durch das erfolglose Zusammentreten der Ende Oktober/ Anfang November 1955 wiederum in Genf stattfindende Außenministerkonferenz: Hier hatte Adenauer im Vorfeld der Konferenz bei seinen westlichen Verbündeten durchsetzen können, dass eine deutsche Wiedervereinigung jeglichem Aufbau eines europäischen Sicherheitssystem vorausgehen habe, wodurch er zwar einen taktischen Erfolg gegenüber den Westmächten hatte erreichen können, die ohne Bedingungen ein europäisches Sicherheitssystem errichtet hätten, aber er enttäuschte gleichzeitig die deutsche Hoffnung auf eine baldige Wiedervereinigung, welche er selbst zuvor geweckt hatte.<sup>46</sup>

---

<sup>44</sup> vgl zu den bisherigen Ausführungen dieses Absatzes: Löwenthal, Richard: Vom Kalten Krieg zur Ostpolitik, abgedruckt in: Löwenthal, Richard; Schwarz Hans-Peter: Die zweite Republik, 2. Auflage, Stuttgart: 1974, S. 626-630; Czempiel, Ernst-Otto: Die Bundesrepublik und Amerika: Von der Okkupation zur Kooperation, abgedruckt in: Löwenthal, Richard; Schwarz, Hans-Peter: Die zweite Republik, 2. Auflage, Stuttgart: 1974, S. 563; 565; Lipgens, Walter: Europäische Integration, abgedruckt in: Löwenthal, Richard; Schwarz Hans-Peter: Die zweite Republik, 2. Auflage, Stuttgart: 1974, S. 533

<sup>45</sup> vgl zu dieser öffentlichen Stimmung: Löwenthal, Richard: Vom Kalten Krieg zur Ostpolitik, abgedruckt in: Löwenthal, Richard; Schwarz Hans-Peter: Die zweite Republik, 2. Auflage, Stuttgart: 1974, S. 628

<sup>46</sup> vgl zu dieser Stimmung innerhalb der Westdeutschen Bevölkerung: Löwenthal, Richard: Vom Kalten Krieg zur Ostpolitik, abgedruckt in: Löwenthal, Richard; Schwarz Hans-Peter: Die zweite Republik, 2. Auflage, Stuttgart: 1974, S. 632; zu der atomaren Pattsituation vgl. auch die detaillierteren Ausführungen von Sommer, Theo: Wiederbewaffnung und Verteidigungspolitik, abgedruckt in: Löwenthal, Richard; Schwarz Hans-Peter: Die zweite Republik, 2. Auflage, Stuttgart: 1974, S. 588-589; zur Wiederbewaffnung Deutschlands vgl. auch: Elze, Reinhard; Repgen, Konrad: Studienbuch Geschichte. Eine europäische Weltgeschichte. Band 2: Frühe Neuzeit. 19. und 20. Jahrhundert, 5. unveränderte Auflage, Stuttgart: 1999, S. 625-630

Nach diesen Ereignissen erkannte auch die deutsche Bundesregierung, dass sich die internationale Öffentlichkeit auf den Fortbestand der deutschen Teilung einrichten würde und daher war sie überzeugt, dass sie im Interesse der Wiedervereinigung die internationale Anerkennung der DDR und die damit verbundene Aufwertung dieser verhindern müsse. Zu diesem Zweck erließ sie Ende 1955 die öffentliche Erklärung, dass sie die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der DDR als „unfreundlichen Akt“ ansehen würde (Hallstein-Doktrin), womit deutlich wurde, dass sich die deutsche Regierung bei der Aufnahme von Beziehungen zu Ostdeutschland Gegenmaßnahmen bis hin zum Abbruch der eigenen Kontakte zum verstoßenden Land vorbehielt. Mit diesem Schritt begann die BRD sich von der weiteren weltpolitischen Entwicklung abzukoppeln, denn nach dem durch den CIA initiierten Bekanntwerden der von Chruschtschow auf dem 56. Parteitag am 24. Februar 1956 eigentlich mit dem Ziel der Ausschaltung von den Radikalstalinisten Molotow und Lasar Kaganowitsch gehaltenen „Geheimrede“, die es nicht nur bei der Bekanntmachung des bisher unter Verschluss gehaltene Testament Lenins mit seinen Warnungen vor Stalin beliebte, sondern zum Unmut des seit einiger Zeit mehr Mitbestimmung fordernden Chinas auch Maßnahmen zur Entstalinisierung ankündigte und damit die naive Gläubigkeit vieler Kommunisten erschütterte,<sup>47</sup> kritisierte nicht nur die neue sozialistische Regierung Frankreichs die in Genf eingeschlagene deutsche Verhandlungstaktik mit ihrem Primat „deutsche Wiedervereinigung vor allgemeiner kontrollierter Abrüstung“, sondern auch die Köpfe der britischen Labour Party, die führenden Senatoren beider amerikanischer Parteien sowie eine wachsende Anzahl deutscher Politiker. Der Diplomat, Historiker, ehemalige Botschafter der USA in Moskau und seit 1956 Professor in Princeton George Kennan<sup>48</sup> schlug in einem Memorandum zur Besorgnis Adenauers sogar vor, der Westen solle die Entstalinisierung und Entsatellitisierung der osteuropäischen Regime fördern, indem er sich mit ihrer äußeren kommunistischen Herrschaftsform sowie ihrer Zugehörigkeit zur sowjetischen Sicherheitssphäre abfände und durch die Schaffung eines wiedervereinigten, neutralen Deutschlands den neutralen Gürtel in Mitteleuropa vervollständige. Während die Bundesregierung im Oktober 1956 versuchte, den Vorrang der Wiedervereinigung auch von den Vereinten Nationen bestätigen zu lassen, nachdem sie für ein ausführliches, diese Problematik bearbeitendes Memorandum bereits von den drei Westmächten die Zustimmung erhalten hatte, setzte die weltpolitische Entwicklung im Herbst dieses Jahres 1956 diesem Ansinnen ein jähes Ende: Einerseits marschierte die Sowjetunion in Ungarn ein und schlug den dortigen Volksaufstand nieder, nachdem Imre Nagy den Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt und den Status der Neutralität erklärt hatte;<sup>49</sup> andererseits gingen Franzosen und Briten mit Unterstützung israelischer Verbände militärisch gegen Ägypten vor, das den französisch finanzierten und bis vor kurzem noch britisch beherrschten Sueskanal einseitig und überraschend nach Einstellung der amerikanischen und englischen Hilfe für den Assuamstaudamm verstaatlicht hatte. Das Unternehmen der beiden europäischen Mächte fand ein jähes und zugleich das Selbstbewusstsein des Westen schwer schädigendes, aber für die Sowjetunion außenpolitisch sehr erfolgreiches Ende, als Mos-

---

<sup>47</sup> vgl. zur Geheimrede Chruschtschows: Elze, Reinhard; Reppen, Konrad: Studienbuch Geschichte. Eine europäische Weltgeschichte. Band 2: Frühe Neuzeit. 19. und 20. Jahrhundert, 5. unveränderte Auflage, Stuttgart: 1999, S. 641-642; 645 zu ihrem Inhalt, der Art ihrer Verbreitung und ihren Folgen vgl. aber auch: Bergehe, Yvan Vanden: Der Kalte Krieg, 1917-1991, Leipzig: 2002, S. 181-196 sowie Jackson, Gabriel: Zivilisation und Barbarei. Europa im 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M., Leipzig: 1999, S. 353

<sup>48</sup> vgl. zu diesen Angaben bzgl. George Kennan: Der Brockhaus in 15 Bänden, Band 7, 2. durchgesehene und aktualisierte Auflage, Leipzig; Mannheim: 2001/2002, S. 297

<sup>49</sup> vgl. zu den Bestrebungen Ungarns: Schieder, Theodor: Handbuch der Europäischen Geschichte, Band 7, Stuttgart: 1979, S. 346 sowie Elze, Reinhard; Reppen, Konrad: Studienbuch Geschichte. Eine europäische Weltgeschichte. Band 2: Frühe Neuzeit. 19. und 20. Jahrhundert, 5. unveränderte Auflage, Stuttgart: 1999, S. 643-645

kau mit dem Einsatz seiner Raketen gegen Großbritannien drohte und Amerika, aber auch die Weltöffentlichkeit das Vorgehen der beiden Mächte scharf verurteilte, was Frankreich dazu bewog, die Produktion eigener Kernwaffen in Erwägung zu ziehen und England den Entschluss fassen ließ, selbst ihre Atombomben zu Wasserstoffbomben weiterzuentwickeln.<sup>50</sup> Angesichts dieser Ereignisse gab es keinen Vorstoß der Bundesrepublik bei den Vereinten Nationen, da die erwünschten Ergebnisse nicht mehr zu erreichen waren und die Sowjetunion so kurz nach der Ungarnkrise nicht einmal mehr zur Errichtung eines neutralen europäischen Gürtels bereit gewesen wäre. Adenauer erkannte nun, das die BRD nicht mehr länger der weltweiten Entspannung entgegenstehen konnte und veränderte in dieser Situation daher seine Prioritäten dahingehend, dass er nun die Abrüstung zur unerlässlichen Voraussetzung echter Entspannung und damit der deutschen Wiedervereinigung erklärte. Darüber hinaus stellte sich der Bundesregierung angesichts der mit Ungarn entstandenen Entstalinisierungskrise die Frage, ob sie nicht der Hallstein-Doktrin zum Trotz Beziehungen mit osteuropäischen Staaten aufnehmen sollten, doch ein erster Versuch mit Polen Anfang November 1956 endete nach Intervention der Vertriebenenverbände am 31. Januar 1957 in dem Verzicht auf jede diplomatische Initiative gegenüber dem zeitweise in Fluß geratenen Osteuropa, so dass praktische Beziehungen von nun an nur noch mit der Sowjetunion möglich waren.<sup>51</sup>

Diese Kontaktaufnahme mit der Sowjetunion gestaltete sich aber ebenfalls sehr schwierig, denn bei der amerikanischen Regierung hatte sich seit 1955 nicht nur die Erkenntnis durchgesetzt, dass die Truppenstärken erhöht werden müssten, sondern auch der Wunsch ihre europäischen Grundtruppen mit Atomwaffen auszustatten, was die sowjetische Regierung ablehnte, aber die deutsche Regierung befürwortete, weil die Vereinigten Staaten nur unter dieser Bedingung dazu bereit waren, von einer drastischen Reduzierung ihrer Truppen auf dem europäischen Kontinent Abstand zu nehmen. Hinzu kam, dass dies für BRD die einzige Möglichkeit war, wie die Franzosen und Briten – wenn auch nur indirekt – in den Besitz von Kernwaffen zu kommen. Diese Befürwortung einer Stationierung amerikanischer Atomwaffen stieß bei der Opposition im deutschen Bundestag und den Gewerkschaften auf heftige Kritik, aber auch führende Atomwissenschaftler meldeten sich im Göttinger Manifest zu Wort, votierten gegen einen solchen Schritt und weigerten sich an der Herstellung, Erprobung oder Einsatz von solchen Waffen mitzuwirken, weil sie alle befürchteten, dass Deutschland zum Hauptaufmarschraum und zur Hauptstoßkraft der NATO für die Atomkriegführung in Europa werden würde. Bundesverteidigungsminister Strauß kritisierte den Appell der Wissenschaftler und verwies darauf, dass er an die falsche Adresse gerichtet sei, weil die Bundesregierung auf die Herstellung von Atomwaffen verzichtet habe und gar nicht die Absicht habe, die Bundeswehr mit strategischen Atomwaffen auszurüsten. „Auf ihrer Seite“ hatte die „Opposition“ auch die Sowjetunion, die solch einen Schritt verhindern wollte und daher Bonn den Rapacki-Plan vorlegte, der unter Berücksichtigung deutscher Einwände (etwa auch der Verhinderung einer durch Vertrag bewirkten Anerkennung der DDR) insbesondere das Verbot der Herstellung und Lagerung von atomaren Waffen in beiden deutschen Staaten, Polen und der Tschechoslowakei vorsah, was eine internationale Kontrolle sichern sollte. Das Scheitern des Rapacki-Plans war jedoch mit dem Beschluss, der NATO vom 9. Dezember 1957 Lager mit Atomsprengg-

---

<sup>50</sup> zu den Ereignissen bzgl. der Sueskrise vgl. auch: Elze, Reinhard; Repgen, Konrad: Studienbuch Geschichte. Eine europäische Weltgeschichte. Band 2: Frühe Neuzeit. 19. und 20. Jahrhundert, 5. unveränderte Auflage, Stuttgart: 1999, S. 630-631; sowie Burkhardt, Werner; Januschke, Bernd; Warner, Karl-Friedrich (Redaktion): Große Weltgeschichte in sechs Bänden, Band VI: Bewaffneter Friede (1871-1914) – Weltkriege – Zeit danach – Ferner Osten, Köln, S. 201-202 sowie Berghe, Yvan Vanden: Der Kalte Krieg, 1917-1991, Leipzig: 2002, S. 197-199

<sup>51</sup> vgl. zu dieser Entwicklungen: Löwenthal, Richard: Vom Kalten Krieg zur Ostpolitik, abgedruckt in: Löwenthal, Richard; Schwarz Hans-Peter: Die zweite Republik, 2. Auflage, Stuttgart: 1974, S. 633-637

köpfen für den Verteidigungsfall anzulegen und dem Oberbefehlshaber in Europa Mittelstreckenraketen zur Verfügung zu stellen, besiegelt und tatsächlich stellte sich die BRD durch einen Brief am 20. Januar 1958 auf die Seite der USA, indem sie sich mit deren Gegenposition solidarisierte. Zwischen dem 20. und 25. März 1958 stimmte der Bundestag der atomaren Ausrüstung der Bundesrepublik dann offiziell mehrheitlich zu, unbeeindruckt von den Protesten Münchner Studenten gegen einen solchen Schritt, doch der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer hatte noch vor der Schlussabstimmung eine Initiative für eine Volksbefragung angekündigt, weil ein solcher Schritt nach Ansicht seiner Partei den nationalen Notstand heraufbeschwören würde. In der Folge formierte sich die von der SPD initiierte Protestbewegung „Kampf dem Atomtod“, die von Gewerkschaftern, Theologen, Professoren und Schriftstellern unterstützt wurde und Massenkundgebungen gegen die Ausrüstung mit atomaren Sprengköpfen organisierte; in Hamburg, Bremen sowie hessischen Kommunen wurden sogar die von Ollenhauer angekündigten Volksbefragungen über die Atomausrüstung beschlossen, die jedoch auf Antrag der Bundesregierung vom Bundesverfassungsgericht am 30. Juli 1958 als verfassungswidrig ausgesetzt wurden. Gleich den Oppositionellen in der BRD hatte auch die Sowjetunion nach der NATO-Entscheidung vom Dezember 1957 die Hoffnung auf eine Verhinderung der Atomwaffestationierung in Westdeutschland noch nicht aufgegeben und daher am 8. Januar 1958 eine Gipfelkonferenz mit Mitgliedern beider Blöcke vorgeschlagen, auf der der Rapacki-Plan diskutiert werden sollte, wobei sie die Bundesrepublik am 13. März 1958 ermahnte, sich nicht in fremdem Interesse zum Hindernis einer Lösung zu machen. Bereits zuvor hatte die deutsche Regierung deutlich gemacht, dass sie keineswegs die weltweite Hoffnung auf Abrüstungsverhandlung zunichte machen wolle und daher nicht auf die Aufnahme der Wiedervereinigung in die Tagesordnung der Gipfelkonferenz bestehe und äußerte nach dem 13. März 1958 auch zum ersten Mal gegenüber der Sowjetunion, dass sie bereit wäre, die Wiedervereinigung auf unbestimmte Zeit zurückzustellen, wenn Ostdeutschland im Gegenzug dafür ein neutraler, aber freiheitlich-demokratischer Staat würde. Eine Anerkennung des bestehenden DDR-Regimes kam für Adenauer dagegen in keinem Falle in Frage. Der von der Sowjetunion initiierte Gipfel kam über die diplomatischen Vorgespräche niemals hinaus, da Chruschtschow Ende Mai 1958 die Gespräche abbrach, nachdem die Westmächte weiterhin eine durch freie Wahlen gewählte gesamtdeutsche Regierung zur Voraussetzung eines Friedensvertrages erklärten und er sich keine Hoffnungen mehr machte, auf diesem Wege die Annahme des Rapacki-Planes oder die allmähliche Legitimierung der DDR durchzusetzen.<sup>52</sup>

Bis Ende September 1958 setzte sich bei der sowjetischen Führung der Eindruck durch, sie könne die Stationierung von Atomwaffen in Westdeutschland verhindern und die Legitimierung der DDR erreichen, wenn es ihr gelänge, das Bündnis zwischen den USA und der Bundesrepublik zu sprengen. Gestärkt durch das Gefühl interkontinentale Raketen zu besitzen, begann Chruschtschow, dem es nach Auseinandersetzung mit innerparteilichen Kritikern gelungen war, neben dem Amt des Generalsekretärs auch den Vorsitz im Ministerrat zu erlangen, mit seiner beim sowjetisch-polnischen Freundschaftstreffen am 10. November 1958 in Moskau gehaltenen Rede massiven Druck auf den Westen auszuüben, indem er damit drohte, die Kontrolle der Zugangswege nach Berlin der souveränen DDR zu übertragen. Er wusste, dass die Westmächte damit vor die Entscheidung gestellt wurden, entweder

---

<sup>52</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Löwenthal, Richard: Vom Kalten Krieg zur Ostpolitik, abgedruckt in: Löwenthal, Richard; Schwarz Hans-Peter: Die zweite Republik, 2. Auflage, Stuttgart: 1974, S. 637-642; zum Göttinger Manifest der Atomwissenschaftler, aber auch den Studentenprotesten in München vgl.: Lehmann, Hans Georg: Deutschland-Chronik. 1945 bis 2000, überarbeitete und aktualisierte Auflage, Bonn: 2000, S. 124-125 sowie Kielmannsegg, Peter Graf: Die Deutschen und ihre Nation, Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschlands, Berlin: 2000, 320-322

nachzugeben und Berlin zu verlassen, wodurch das Bündnis für die BRD unglaublich geworden wäre oder – sofern sie blieben – mit der DDR zu verhandeln und ihr damit Staatsqualität zu geben, wenn sie keinen Krieg riskieren wollten. Bevor man aber tatsächlich zu diesem Mittel griff, bot man Adenauer am 22. November 1958 in einer durch den österreichischen Außenminister übermittelten Notiz indirekt den Verzicht dieser Maßnahme gegen Berlin an, wenn Deutschland seinerseits im Gegenzug dafür auf die atomare Wiederbewaffnung verzichte, was der deutsche Bundeskanzler jedoch ablehnte, so dass Chruschtschow am 27. November 1958 ohne einen erkenntlichen, dieses Vorgehen rechtfertigenden Anlass das interalliierte Abkommen über den Status Berlins kündigte. Aus diesem Vorgehen der Sowjetunion entwickelte sich eine über vier Jahre andauernde Krise, während der auch das Bündnis zwischen den Vereinigten Staaten und der BRD an seine Grenzen gelangte, was sich sehr schnell nach Chruschtschows Vorstoß zeigen sollte: Nachdem die Westmächte, die Bundesrepublik und die NATO zunächst die einseitige Kündigung internationaler Abkommen sowie die daraus entspringenden Rechte und Pflichten als unannehmbar bezeichnet und damit die Solidarität des westlichen Bündnisses erklärt hatten, reagierte die Sowjetunion allein auf die gleichzeitig vom Westen geäußerte Verhandlungsbereitschaft über die deutsche Gesamtsituation mit dem Entwurf eines detaillierten Friedensvertrages, der zwei neutralisierte und weitgehend demilitarisierte deutsche Staaten ebenso wie einen Austritt aus der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft erfordernde Meistbegünstigungsklausel für die ehemaligen Alliierten vorsah. In dieser Situation sahen sich Amerikaner und Briten, die weder zu einem nuklearen Krieg noch zur Aufgabe ihrer Rechte in Berlin bereit waren, zu Teilkonzessionen an die Sowjetunion gezwungen, die ihnen die starre, keine Anerkennung der DDR in irgendeiner Form duldennde Haltung Adenauers allerdings nicht zugestand, der glaubte, die Legitimität der BRD vor dem Volk sei unlösbar verbunden mit der Nichtanerkennung des Ostteiles und nur ein erfolgreicher Widerstand gegen das sowjetische Expansionsstreben sowie die gleichzeitige Eröffnung von Chancen eines friedlichen wirtschaftlichen Aufstiegs für sein Land im Rahmen weltweiter Abrüstungsabkommen könne auf lange Sicht die Unterwerfung Ostdeutschlands für die Sowjetunion zu solch einer Belastung werden lassen, dass sie bereit wäre, diese im Gegenzug gegen sicherheitspolitische Konzeptionen aufzugeben. Diese gegensätzlichen Positionen machten es sehr schwierig, ein gemeinsames Konzept für die von den Westmächten und der Sowjetunion für den 11. Mai 1959 beschlossene Außenministerkonferenz, die mit Beteiligung deutscher Berater stattfinden sollte, zu erarbeiten. Erst vor dem Beginn der Konferenz in Genf, gelang es den Westmächten mit Deutschland zusammen einen streng gekoppelten Drei-Stufen-Plan für die deutsche Wiedervereinigung, die europäische Sicherheit und eine deutsche Friedensvereinbarung zu entwickeln, aber abgesehen davon, dass er nicht die von der Sowjetunion geforderte endgültige Demilitarisierung und Neutralisierung Mitteleuropas vorsah, enthielt er auch nicht die von Amerikanern und Briten für erforderlich gehaltenen Konzessionen. Da der sowjetische Außenminister Gromyko diesem vom neuen amerikanischen Außenminister Herter vorgelegten, kaum Berührungspunkte mit ihrem zuvor gemachten Friedensplan aufweisenden Konzept nicht zustimmen wollte, kamen die Verhandlungen erst nach der kurzen wegen der Beerdigung des verstorbenen amerikanischen Außenministers Dulles einstimmig eingelegten Unterbrechung in Gang, als es gelang, sich darauf zu einigen, die deutschen Berater auch von nicht-öffentlichen Sitzungen auszuschließen. In der amerikanischen und britischen Öffentlichkeit hatte sich zwischenzeitlich eine Ungeduld gegen die „Starrheit“ des deutschen Kanzlers breit gemacht, doch nach dem vollständigen Ausschluss der deutschen Berater wurde allerdings sehr schnell offensichtlich, dass der Westen auch ohne westdeutsche Beteiligung aus einer Position der Schwäche verhandelte, denn der Sowjetunion gelang es danach sehr schnell, die Diskussion auf Berlin zu konzentrieren und den ehemaligen Kriegsverbände-

ten im Rahmen dieser Gespräche lediglich befristete Berlin-Rechte anzubieten, die diese allerdings nicht akzeptieren wollten und im Gegenzug für eine Dauerlösung bzgl. Berlins, eine Beibehaltung der bisherigen Garnisonenzahl, eine Beschränkung auf konventionelle Waffen, eine Kontrolle ihrer Transporte durch deutsches Personal trotz Beibehaltung der Grundverantwortlichkeiten sowie eine Vermeidung von Störungen der Öffentlichen Ordnung, aber auch Rechten und Interessen anderer anboten. Der sowjetische Außenminister erkannte diese schwache Position, lehnte dieses Angebot ab und war lediglich bereit, die Berlin-Rechte der Westmächte nicht nur ein Jahr, sondern 1 ½ Jahre zu gewähren, worauf diese allerdings keinesfalls eingehen wollten, so dass die Verhandlungen ergebnislos auf einen Termin drei Wochen später vertagt wurden. Obwohl die Westmächte auch noch eine fünfjährige bzw. bis zu einer früheren Wiedervereinigung andauernde UN-Kontrolle feindlicher Propaganda in Berlin anboten, blieben die Sowjets bei ihrem letzten Angebot, auch wenn es ihnen während der dreiwöchigen Unterbrechung durch die Äußerungen Chruschtschows, Gromyko habe keine Verhandlungsvollmacht und eine Wiedervereinigung auf nichtsozialistischer Basis komme nicht in Frage sowie der Drohung mit der DDR einen Friedensvertrag zu schließen, gelang, den amerikanischen Präsidenten Eisenhower zu einer Einladung des sowjetischen Führers nach Camp David zu bewegen. Der Gipfel hatte nicht nur die Schwäche der Westmächte offengelegt und der westlichen Öffentlichkeit die Aussichtslosigkeit jeglicher Diskussion mit den Sowjets über die deutsche Wiedervereinigung vor Augen geführt, sondern er hatte dem deutschen Bundeskanzler, Konrad Adenauer und dem amtierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, gezeigt, dass Deutschlands Verbündete zu höchst gefährlichen Konzessionen in Bezug auf die Natur und Dauer ihrer Rechte in Berlin bereit waren. Als Eisenhower Ende September 1959 aus Anlass des Besuches von Chruschtschow deutlich machte, dass er eine neue Rechtsgrundlage für die alliierte Präsenz in Westberlin aushandeln würde, wurde allgemein ersichtlich, dass sich die größte westliche Macht, die ihre Verteidigungspolitik aus Ersparnisgründen seit Jahren primär auf Kernwaffen ausgerichtet hatte und nun durch die Interkontinentalraketen der Sowjetunion verwundbar geworden war, nicht stark genug fühlte, um der Herausforderung ihres Gegners militärisch entgegenzutreten. In dieser für die BRD gefährlichen Situation, erwies sich die von Adenauer neu geknüpfte Freundschaft mit dem französischen Präsidenten de Gaulle als sehr nützlich, der sich die Bonner Unterstützung für das Konzept einer selbstständigen weltpolitischen Rolle Westeuropas sichern wollte und daher die Deutschen bei der nächsten internen Besprechung mit den Westmächten unterstützte und weitere Erleichterungen für das weitere sowjetische Vordringen nach Westen ablehnte, so dass Eisenhower – nachdem sich auch die Briten ihren europäischen Kollegen angeschlossen hatten- von seinem Ansinnen Abstand nahm und die Vier, ebenso wie später der NATO-Rat, die sowjetische Einladung zu einem Gipfeltreffen im Frühjahr 1960 in der UdSSR annahm.<sup>53</sup> Dieses letzte Zusammentreffen der Westmächte Ende Dezember 1959 konnte auch das bisher eher negativ eingestellte Klima der öffentlichen amerikanischen Diskussion beeinflussen, die von der neuen Widerstandsbereitschaft ihrer europäischen Verbündeten im Falle Berlins begannen beeindruckt zu sein.<sup>54</sup> So endeten die fünfziger Jahre für die BRD außenpolitisch sehr schwierig, doch die hohe Wahlbeteiligung in den Jahren 1949 (78,5%), 1953 (86,0%) sowie 1957 (87,8%) zeigte nicht nur, dass die westdeutschen Bür-

---

<sup>53</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Löwenthal, Richard: Vom Kalten Krieg zur Ostpolitik, abgedruckt in: Löwenthal, Richard; Schwarz Hans-Peter: Die zweite Republik, 2. Auflage, Stuttgart: 1974, S. 645-653; ausführlichere Informationen zum Verhältnis De Gaulle - Adenauer vgl.: Vogt, Martin (Hrsg.): Deutsche Geschichte von den Anfängen bis zur Wiedervereinigung, 2. Auflage, Stuttgart: 1991, S. 785-788

<sup>54</sup> vgl: Löwenthal, Richard: Vom Kalten Krieg zur Ostpolitik, abgedruckt in: Löwenthal, Richard; Schwarz Hans-Peter: Die zweite Republik, 2. Auflage, Stuttgart: 1974, S. 653; vgl. zu den Ausführungen des gesamten Absatzes auch: Elze, Reinhard; Reppen, Konrad: Studienbuch Geschichte. Eine europäische Weltgeschichte. Band 2: Frühe Neuzeit. 19. und 20. Jahrhundert, 5. unveränderte Auflage, Stuttgart: 1999, S. 631-632

ger die Wahl als eine selbstverständliche Pflicht betrachteten, sondern auch dass sie den neuen Staat, sowie dessen Verfassung akzeptierten.<sup>55</sup> Trotz dieser regen Teilnahme an den Wahlen wurde in diesem Jahrzehnt die Diskussion politischer Themen jeglicher Art von den Bürgern fast vollständig ausgeklammert oder zumindest neutralisiert und man konzentrierte sich auf die Aufgaben des Tages sowie auf die Werte der Familie, um die verschiedenen Ausfalls- und Depersonalisationserscheinungen auszubalancieren und zu heilen. Die Nachkriegsjahre hatten zahlreichen Deutschen viel Leid beschert, denn von zehn jungen Menschen hatte einer den Vater die Mutter oder beide Elternteile verloren, im Jahre 1953 bezog jeder Dritte Unterstützung von einer Sozial- oder Fürsorgeversicherung, 3,5 Millionen Bürger wurden vermisst, es gab Millionen von Flüchtlingen und Kriegsgeschädigte und Mangel- und Infektionskrankheiten waren weit verbreitet, so dass der Mittelstand angesichts dieser weit verbreiteten Not nicht nur die Fähigkeit zum Trauern verlor, sondern den Wunsch nach Wohlstand hegte und daher v.a. die Arbeit in den Mittelpunkt des Lebens rückte<sup>56</sup>. Es zeigten sich aber auch schon die typischen sozialen Muster entwickelter Industriegesellschaften, d. h. die anfängliche Befriedigung handfest-praktischer Bedürfnisse ging allmählich in Verfeinerung über, was die Eingewöhnung in den laufenden Konsum ahnen ließ, die Lebensstile individualisierten sich, die Arbeit wurde zusehends als Erwerb ausgegliedert, die Familien lösten sich aus schrumpfenden Verwandtschaften, aus Nachbarschaften sowie aus noch bestehenden oder wiedergewonnenen ständischen, regionalen, religiösen Gruppierungen, der Wohlstand ermöglichte der Familie die Befriedigung ihrer Bedürfnisse über den Markt, so dass Mitglieder, die sich allein um den Haushalt sorgten aus ihnen ausschieden und die Hausfrauen mit dem Arbeitsrest in der Isolierung städtischer Wohnungen allein blieben, die Sitte, dass die in der Wohnung lebenden berufstätigen Kinder ihren Verdienst in die gemeinsame familiäre Kasse einbrachten, verlor sich ebenso wie die Gewohnheit die Eltern in die eigene Wohnung aufzunehmen, schließlich ebneten ganz allgemein die gesellschaftlichen Unterschiede immer mehr ein. In den jüngeren und mobileren Teilen der städtischen Bevölkerung wuch zudem der ererbte Geschmack der Orientierung an der Modernität, überhaupt begann hier eine erste Faszination für modernen Komfort, für technisches Gerät, für einen modernen Lebensstil. Die Folgen dieser Entwicklung hin zur Industriegesellschaft zeigten sich zunächst nicht in der Ehe, da in ihr der partnerschaftliche Aufbau der Existenz noch Zeit, Kräfte und Aufmerksamkeit in Anspruch nahm und die Konsolidierung des Besitzes noch vor dem laufenden Konsum rangierte, sondern sie machten sich zuerst im Verhältnis zwischen Eltern und Kindern bemerkbar: Hier konnte einerseits der Vater seine Autorität nicht mehr über den zum bloßen Erwerbsmittel gewordenen Beruf sichern, weil der Nachwuchs hierin keinen Einblick mehr bekam, sondern musste innerhalb der Familie liegende Möglichkeiten zurückgreifen, andererseits wurden die Kinder immer mehr aus der Familie herausgezogen, weil diese ihre zukünftige Lebensstellung weder sichern noch steuern konnte, so dass Lebensentscheidungen über Beruf und Ehe, über Bekanntschaften und Lebensstil immer stärker von ihnen allein wahrgenommen wurde<sup>57</sup>. Als gemeinsame Lebensfigur verblieb allein die Orientierung auf den Aufbau der privaten Existenz, doch während die Eltern die Legi-

---

<sup>55</sup> zu den Wahlergebnissen der ersten drei deutschen Bundestagswahlen vgl.: Lehmann, Hans Georg:

Deutschland-Chronik. 1945 bis 2000, überarbeitete und aktualisierte Auflage, Bonn: 2000, S. 63, 68, 115,

<sup>56</sup> In Kritik zu dieser rein materiellen Lebenseinstellung der Deutschen, die jede Befassung mit der Vergangenheit ablehnte, schrieb Friedrich Dürrenmatt Mitte der 50iger Jahre die tragische Komödie „Der Besuch der alten Dame“; Ausführungen zu diesem Problem finden sich bei: Glaser, Hermann: Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Grundgesetz und Großer Koalition. 1949-1967, München: 1986, S.59-75

<sup>57</sup> Zu der Jugend der 50iger Jahre und deren aus der Nachkriegsnot geborenen ausgeprägten Pragmatismus vgl.: Glaser, Hermann: Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Grundgesetz und Großer Koalition. 1949-1967, München: 1986, S. 153-155



timationen der öffentlichen und privaten Daseinsverhältnisse befriedigt hinnahmen, hatten die vom Schock der Nachkriegszeit geprägten Jugendlichen keine Verwurzelungen, keine Erfolgserlebnisse mehr in diese Lebensfigur einzubringen. Diese über die erlebte Vergangenheit schweigende Elterngeneration, die allen Fragen nach geschichtlicher und politischer Verortung auswich, hinterließ in der mittleren und jüngeren Generation daher einen Hunger nach Information, nach Erfahrung, nach eigener Aufarbeitung der im Dritten Reich abgewürgten Traditionen, nach wirklichem Einblick in die Lebenswelten anderer Völker und Filme wie „Wir Wunderkinder“ von Kurt Hoffmann (1958), „Das Mädchen Rosemarie“ von Rolf Thiele (1958) machten sie kritisch gegenüber der eigenen Gesellschaft, indem sie zeigten, dass die Erfolgreichen des neuen Deutschlands kriminell, unmoralisch und v.a. immer noch die Eliten aus der Weimarer Zeit waren. Diese Situation führte in der Folge zu einem Generationenkonflikt, der auch durch das zunehmende Auseinanderdriften von Eltern und Kindern nicht verhindert werden konnte und der sich durch das vereinzelt Auftreten von Halbstarken sowie auffälligen oder gar kriminellen Jugendlichen bereits ankündigte.<sup>58</sup> Zwar herrschte in der jungen Generation der 50iger Jahre bereits Skepsis, Abwarten, Pragmatik, Distanz zu aller Ideologie sowie eine verschlossene, zweifelnde und gebrochene Haltung gegenüber jeglicher Normativität, doch noch bestanden die Unterschiede zwischen Stadt und Land sowie den sozialen Lebensstilen, noch blieben hinreichende Berührungen mit der Familie, noch war Konsum nicht zum zweiten Bedürfnis geworden, noch hatten das Auto und die Massenmedien die sozialen Verhältnisse nicht verflüssigt und die Grenzen des persönlichen Lebenshorizont aufgehoben, noch orientierte sich die Wissenschaft, die Literatur sowie das geistige Leben überwiegend am Kanon der geistigen Überlieferung, noch herrschte eine Generation vor, die auf Kulturmuster vor der Zeit Hitlers zurückgreifen konnte, noch erschien die neu herausgebildete Lebensform fest und dauerhaft, noch konnten beginnende Zweifel und Sinndefizite durch den Ausbau des privaten Besitzes sowie durch den gemeinsamen Erfolg des Wirtschaftswunders überdeckt werden, noch setzte der Aufbau des Landes die politischen Leistungen in ein direktes Verhältnis zu den Interessen aller Bürger und erlaubte es ihnen, sich in der Politik wiederzufinden, so dass man sie mit Vertrauen und Zufriedenheit aus einer Distanz und mit einigem Gleichmut verfolgen konnte, noch glaubte man angesichts der Luftbrücke für Berlin, die Westmächte seien entschlossen die Bundesrepublik zu schützen, noch gab eben dieses Ereignis die Hoffnung auf die Chance der Wiedervereinigung durch Beharrlichkeit und noch empfand man angesichts der geschichtlichen Erinnerung an die Einheit des Deutschen Reiches, angesichts persönlicher Verwandtschaften, angesichts täglicher Flüchtlingsströme, angesichts des Aufstandes vom 17. Juni 1953 die Teilung Deutschlands als unnatürlichen Zustand.<sup>59</sup> Dabei konnte die am 16. September 1947 am Bannwaldsee im Allgäu gegründete, im Grunde genommen in ihrer Ausrichtung diffuse „Gruppe 47“, die als „linkes Establishment“ v. a. über die Medien zu irritieren und zu provozieren vermochte, mit ihren Mitgliedern Günter Grass, Heinrich Böll, Ilse Aichinger, Ingeborg Bachmann u.a. im literarischen Bereich eine marktbeherrschende Stellung einnehmen<sup>60</sup>. Ganz allgemein schien sich damals aber auch, wie Tenbruck meint, eine gewisse bedauernde Sorge darüber breit zu machen, dass man der kommunistischen Heilslehre keine Auffassung von gleicher Kon-

---

<sup>58</sup> Glaser, Hermann: Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Grundgesetz und Großer Koalition. 1949-1967, München: 1986, S. 73

<sup>59</sup> Eine Beschreibung der Jugend der 50iger Jahre gibt auch: Glaser, Hermann: Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Grundgesetz und Großer Koalition. 1949-1967, München: 1986, S. 153-156

<sup>60</sup> Glaser, Hermann: Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Grundgesetz und Großer Koalition. 1949-1967, München: 1986, S. 185; Eggebrecht, Axel: Vorwort, in: Die zornigen alten Männer. Gedanken über Deutschland seit 1945, Reinbek bei Hamburg: 1979, S. 14

tur und Überzeugung entgegenstellen konnte.<sup>61</sup> Dieser Mangel an einer eigenen Heilslehre führte bereits in den ausklingenden 50iger Jahren zu einer Belebung des marxistischen Gedankengutes, doch in der SPD machte sich der Wunsch nach einer Beteiligung an der Regierungsverantwortung immer mehr breit und als die CDU/CSU die Wahlen im Jahre 1957 mit absoluter Mehrheit gewann, wurden im Frühjahr 1959 weitere Stimmen in der Sozialdemokratie laut, die ein straff organisiertes, streng kontrolliertes und speziell geschultes Mitgliederkader, wirtschaftliche Macht, wozu für sie auch die noch von der „CDU beherrschte“ Presse gehörte, sowie die Unabhängigkeit von den Gewerkschaften forderten.<sup>62</sup> Im November 1959 trug die SPD nicht nur diesem Stimmungswandel Rechnung, sondern trug auch den bereits seit Jahren im Raum stehenden Forderungen Fritz Erlers und Carlo Schmid Rechnung und löste sich vom Marxismus als Parteidoktrin. Von nun an befürwortete man die parlamentarische Demokratie, das Privateigentum, die Landesverteidigung und akzeptierte die Kirchen und Religionsgemeinschaften. Man äußerte öffentlich, dass der Sozialismus nur durch die Demokratie verwirklicht, diese wiederum nur durch den Sozialismus erfüllt werden könne und bekannte sich von nun an zu Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität als Grundwerten des neu formulierten demokratischen Sozialismus, der in der christlichen Ethik, im Humanismus und in der klassischen Philosophie Europas wurzle und keine letzten Wahrheiten verkünde. Auch bezüglich der Wirtschaftspolitik beschritt man neue Wege, denn die neue Formel in diesem Bereich hieß: „Wettbewerb soweit wie möglich – Planung soweit wie nötig“, so dass der Marxismus von nun an in der BRD politisch heimatlos geworden war. Bereits ein Jahr später sollte die SPD diesen Kurswechsel noch verfestigen: Am 30. Juni 1960 distanzierte sich Herbert Wehner im Namen seiner Partei schließlich auch von deren bisherigen Außen- und Sicherheitspolitik, die sich zum Primat der Wiedervereinigung bekannt und die Ablösung der bestehenden Militärpakte durch ein kollektives Sicherheitssystem gefordert hatte. Die neue Politik in diesem Bereich betrachtete von nun an nicht nur die NATO als Ausgangspunkt und Bezugsrahmen ihres Handelns, sondern befürwortete ausdrücklich eine gemeinsame Außenpolitik mit der Bundesregierung.<sup>63</sup>

---

<sup>61</sup> vgl. zu dieser Lebenshaltung innerhalb der deutschen Bevölkerung: Tenbruck, Friedrich H.: Alltagsnormen und Lebensgefühle in der Bundesrepublik: abgedruckt in: Löwenthal, Richard; Schwarz Hans-Peter: Die zweite Republik, 2. Auflage, Stuttgart: 1974, S. 292-299; im selben Sinne äußert sich: Vogt, Martin (Hrsg.): Deutsche Geschichte von den Anfängen bis zur Wiedervereinigung, 2. Auflage, Stuttgart: 1991, S. 789 sowie Kielmansegg, Peter Graf: Die Deutschen und ihre Nation. Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland, Berlin: 2000, S.320-322; Statistisches Material für diese Lebensbewusstsein der Deutschen findet sich aber auch in einem vom Institut für Demoskopie in Allensbach herausgegebenen Buch: Noelle-Neumann, Elisabeth; Piel, Edgar: Eine Generation später. Bundesrepublik Deutschland 1953-1979. Institut für Demoskopie Allensbach, München, New York, London: 1983, zur Ausklammerung der Politik aus dem allgemeinen Leben vgl. etwa S. 92

<sup>62</sup> vgl. zu diesen Plänen der SPD: Friedrichs Günter: Zur Strategie des koordinierten Angriffs. Wie kann die SPD die Mehrheit erringen?, abgedruckt in: Die neue Gesellschaft, 6. Jahrgang, Heft 3, Mai/Juni 1959, S. 220-226

<sup>63</sup> zur Tatsache, dass der Marxismus in Deutschland seit 1959 eine Wiederbelebung erfuhr vgl.: Elze, Reinhard; Repgen, Konrad: Studienbuch Geschichte. Eine europäische Weltgeschichte. Band 2: Frühe Neuzeit. 19. und 20. Jahrhundert, 5. unveränderte Auflage, Stuttgart: 1999, S. 675; zum ideologischen Wandel der SPD nach den für die CDU/CSU erfolgreichen Wahlen im Jahre 1959 vgl.: Vogt, Martin (Hrsg.): Deutsche Geschichte von den Anfängen bis zur Wiedervereinigung, 2. Auflage, Stuttgart: 1991, S. 773-774; Glaser, Hermann: Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Grundgesetz und Großer Koalition. 1949-1967, München, Wien: 1986, S. 30-36; zu der CDU und den Gründen ihres Erfolges sowie zur SPD und den Ursachen für die Änderung ihres Kurses in Bad Godesberg vgl.: Kielmansegg, Peter Graf: Die Deutschen und ihre Nation. Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland, Berlin: 2000, S. 261-267; zu den Kernaussagen des Godesberger Programms vgl.: Lehmann, Hans Georg: Deutschland-Chronik. 1945 bis 2000, Bonn: 2000: S. 116-117; 127;

Nachdem sich Frankreich, Großbritannien und Deutschland gegenüber den USA dahingehend hatten durchsetzen können, dass man das sowjetische Vordringen Richtung Westen nicht noch weiter erleichtern wollte, steuerte die Krise auf ihren ersten Höhepunkt zu, denn von nun an traten die Westmächte in der Berlin-Frage hart auf und Chruschtschow sah sich nach Androhung des Entzugs der Rechte für die geteilte Stadt dem geschlossenen Widerstand seiner bisher sehr nachgiebigen Gegner gegenüber: So warnte de Gaulle den sowjetischen Führer, echte Entspannung gebe es nur, wenn er seine Forderungen in der deutschen Frage zurückstelle und der amerikanische Außenminister Herter sowie sein Stellvertreter mahnten in ihren im April 1960 gehaltenen Reden u.a. an, dass Verletzungen des bestehenden Berlin-Abkommens könne das Vertrauen des Westens in andere Abmachungen, z.B. über Abrüstung, untergraben. Neben diesen Drohungen konnte Amerika nun darüber hinaus exakte Aufnahmen über den tatsächlichen Bestand der sowjetischen Raketenrüstung vorlegen und ließ in der Nacht vom 15. auf den 16. Mai 1960 einen Probealarm des Strategic Bomber Command durchführen, woraufhin Chruschtschow ohne nähere Angaben von Gründen und unter spektakulären Beleidigungen Eisenhowers das Gipfeltreffen am 16. Mai 1960 absagte. Er ließ sogar auf der UNO-Generalversammlung seinen Zorn über diese Entwicklung tatkräftig aus, indem er mit Fäusten und einem Schuh auf dem Pult trommelte.<sup>64</sup> Trotz dieses vehementeren Auftretens der Westmächte ließ sich die Sowjetunion nicht von ihrem Vorhaben abbringen, die Bundesrepublik vom westlichen Lager zu isolieren. Um dieses Ziel zu erreichen, versuchte sie erneut mit der Bundesregierung in Kontakt zu kommen und nahm daher im Oktober 1960 betont freundschaftlich Kontakt mit Bonn auf, dem sie im Gegenzug für die Festschreibung der deutschen Teilung, Erleichterungen für Berlin anbot, doch diese konnte sich zu solch einem Schritt, den sie bei ihren Verbündeten stets bestrebt war zu verhindern, nicht entschließen. Angesichts der deutschen Unbeweglichkeit wandte sich die sowjetische Führung daher wieder der amerikanischen Seite zu, die seit Januar 1961 den Demokraten John F. Kennedy zum neuen Oberhaupt hatte, und unterbreitete ihr am 4. Juni 1961 den alten Vorschlag, d.h. sie war bereit, einen Friedensvertrag auf Grundlage der bisherigen Verhältnisse sowie unter Preisgabe der Rechte in West-Berlin abzuschließen und drohte sie werde bei einer Nicht-Zustimmung der USA die Berlin-Rechte durch einen Separatvertrag mit der DDR einseitig aufheben. Kennedy war zu einem Friedensvertrag unter diesen Bedingungen nicht bereit, vielmehr wollte er zunächst sein Land aus der Position der Schwäche herausbringen, um dann auf lange Sicht einen Ausgleich mit den Sowjets anzustreben und so teilte er der sowjetischen Regierung im Juli 1961 mit, dass ein einseitiger östlicher Friedensvertrag ebenso wie eine einseitige Kündigung westlicher Berlin-Rechte unwirksam sei und machte in einer kurz darauf gehaltenen Rundfunkrede klar, dass er bei einem derartigen Vorgehen der Sowjetunion auch zu militärischen Schritten bereit wäre. Chruschtschow ließ sich von diesem harten Kurs der Amerikaner nicht beeindruckt, beharrte auf seiner Position, beschuldigte Kennedy, die Kriegshysterie entfacht und seinem Land ein Ultimatum gestellt zu haben und kündigte sowohl eine Verstärkung seiner Truppen an den Westgrenzen als auch eine Einberufung von Reservisten an, doch den Abschluss eines separaten östlichen Vertrages verschob er erneut, weil die DDR im Jahre 1961 immer höhere Flüchtlingszahlen zu verkräften hatte. Zwar hatten bereits im Jahre 1960 immer mehr Fachkräfte und Intellektuelle die DDR verlassen, weil Ulbricht die Berlin-Krise dazu benutzte, die Landwirtschaft zu kollektivieren sowie entsprechende Maßnahmen gegen die privaten Handwerker und Kleinhändler zu unternehmen, doch ein Jahr später stiegen die Zahlen noch weiter an, als die DDR-Bürger eine

---

<sup>64</sup> zu diesem Verhalten Chruschtschows auf der Generalversammlung der Vereinten Nationen vgl.: Burkhardt, Werner; Januschke, Bernd; Warner, Karl-Friedrich (Redaktion): Große Weltgeschichte in sechs Bänden, Band VI: Bewaffneter Friede (1871-1914) – Weltkriege – Zeit danach – Ferner Osten, Köln: 1992, S. 221

baldige Schließung des Berliner Fluchtweges fürchten mussten und sich noch schnell in den Westen absetzen wollten.<sup>65</sup>

Um diese Flüchtlingswelle aufzuhalten, begann die Polizei und das Militär der DDR in der Nacht zum 13. August 1961 West-Berlin durch Stacheldraht Hindernisse und Betonmauern vom Ostsektor abzuschließen und verkündete nach diesem Schritt, dass man mit dieser Maßnahme sich und seine Verbündeten gegen die Einschleusung westlicher Agenten und Spione schützen wolle und dass alle Grenzen West-Berlins mit der DDR in Zukunft Staatsgrenzen sein würden. Damit war man auf dem zweiten Höhepunkt der Krise, auch wenn die erste Reaktion der Westmächte, die sich auf verbale Proteste beschränkte, dies zunächst nicht vermuten ließ: Zwar hatte die Abriegelung West-Berlins vom Ostteil der Stadt die dortige Situation völlig verändert, indem durch die Eingliederung Ost-Berlins in das Territorium der DDR die noch verbliebene Mitzuständigkeit der Westmächte in Ost-Berlin geleugnet wurde, doch da auf die von Kennedy formulierten Essentials, nämlich die *Präsenz* der Westmächte und ihrer Truppen in West-Berlin, die Freiheit des *Verkehrs* zwischen Berlin und der BRD sowie die *Lebensfähigkeit* West-Berlins nicht beeinträchtigt waren, ließ man diese einseitige Aktion zu, ja musste sie sogar zulassen, und erlaubte der Sowjetunion damit, einen Prestigegewinn auf Kosten des Westens zu erringen, auch wenn sie tatsächlich einen Rückzug machte, weil sie den angedrohten Friedensvertrag mit der DDR nicht abschloss. Diese Passivität der Westmächte, insbesondere aber die hörbare Erleichterung mancher amerikanischer Sprecher darüber, dass die Maßnahmen nicht gegen die alliierte Position in West-Berlin und den Zugang dorthin gerichtet gewesen war, sondern nur gegen schutzlosen Einwohner Ost-Berlins und der DDR, machte einer breiteren Öffentlichkeit in der Bundesrepublik das nur noch deklamatorische Interesse der Westmächte an der Wiedervereinigung klar und es kursierten in der Folge Gerüchte, dass die Mauer zuvor mit den Amerikanern abgesprochen worden sei. Gleichzeitig wurde aber auch das ostpolitische Konzept Adenauers, das von der Untrennbarkeit des westlichen mit dem bundesdeutschen Sowjetkonflikt ausging, zunehmend in Frage gestellt, denn nach der ersten Empörung über die Unmenschlichkeit der von der DDR durchgeführten Maßnahmen, setzte sich in der westdeutschen Bevölkerung die Erkenntnis durch, dass aus der Politik der Wiedervereinigung eine bloße Politik der Nichtanerkennung der deutschen Teilung ohne konkrete Hoffnung auf ihre Überwindung geworden war, die drohte die Schranken zwischen den beiden Staaten immer höher werden zu lassen und dadurch zum Symbol der Grenzen einer festgefahrenen Politik für die neu herangewachsene Generation wurde, der die katastrophische Vergangenheit in den Eltern und Großeltern, aber auch durch den 1961 in Jerusalem stattfindenden Eichmann-Prozess sowie den Frankfurter Ausschwitz-Prozess noch sehr unmittelbar und persönlich gegenwärtig war. Diese Ernüchterung innerhalb weite Kreise der Bundesbevölkerung über den Erfolg der bisherigen deutsch-deutschen Politik spiegelte sich am 17. September 1961 im Verlust der absoluten Mehrheit der CDU/CSU bei den Bundestagswahlen wieder: Die SPD überflügelte die 35,8% erringende CDU knapp mit 36,2%.<sup>66</sup>

---

<sup>65</sup> vgl zu den Ausführungen dieses Absatzes: Löwenthal, Richard: Vom Kalten Krieg zur Ostpolitik, abgedruckt in: Löwenthal, Richard; Schwarz Hans-Peter: Die zweite Republik, 2. Auflage, Stuttgart: 1974, S. 654-658; Vogt, Martin (Hrsg.): Deutsche Geschichte von den Anfängen bis zur Wiedervereinigung, 2. Auflage, Stuttgart: 1991, S. 776

<sup>66</sup> vgl zu den Ausführungen dieses Absatzes: Löwenthal, Richard: Vom Kalten Krieg zur Ostpolitik, abgedruckt in: Löwenthal, Richard; Schwarz Hans-Peter: Die zweite Republik, 2. Auflage, Stuttgart: 1974, S. 658-659; zum Mauerbau vgl. auch: Elze, Reinhard; Repgen, Konrad: Studienbuch Geschichte. Eine europäische Weltgeschichte. Band 2: Frühe Neuzeit. 19. und 20. Jahrhundert, 5. unveränderte Auflage, Stuttgart: 1999, S. 632; Vogt, Martin (Hrsg.): Deutsche Geschichte von den Anfängen bis zur Wiedervereinigung, 2. Auflage, Stuttgart: 1991, S. 780-782; zum Stimmungswechsel in der BRD, S. 789/792; sowie Berghe, Yvan Vanden: Der Kalte Krieg, 1917-1991, Leipzig: 2002, S. 213-215; zu der Einstellung der neuen Generation vgl.: Kielmannsegg, Peter Graf: Die Deutschen und ihre Nation. Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des ge-

Trotz der härteren Gangart die der neue amerikanische Präsident gegenüber der Sowjetunion einschlug, war das Bündnis zwischen den Vereinigten Staaten und seinen europäischen Partnern gespannt, einerseits weil Kennedy nach Erhöhung seines Verteidigungsetats nicht in jedem Fall und von Anfang an eine nukleare Abwehr eventueller östlicher Angriffe erwägte und damit in den Augen der Europäer keine ausreichende Abschreckungswirkung für den Westen mehr gegeben war, andererseits weil er zum Entsetzen der Bundesregierung nach einigen Störversuchen der Sowjetunion gegen den Berliner Luftverkehr bereits in seinem ersten Regierungsjahr zu einer impliziten Anerkennung der DDR im Gegenzug für eine bindende sowjetische Zustimmung zur Aufrechterhaltung der alliierten Rechte in Westberlin bereit war und am Rande der UN-Vollversammlung im Oktober 1961 darüber hinaus ohne Kenntnis der BRD den sowjetischen Außenminister Gromyko empfing. Unter dem Eindruck dieser den deutschen Interessen entgegenstehenden Unternehmungen der Amerikaner, nahm Westdeutschland nun im Alleingang zunächst durch das unautorisierte Handeln seines Botschafters in Moskau, Kroll, Kontakt zu der sowjetischen Regierung auf und hoffte durch dieses Vorgehen bremsend auf die unerwünschten Verhandlungspläne Kennedys mit der Sowjetunion zu wirken, doch dieser ließ sich von seinem Vorhaben nicht abbringen. Am 12. April 1962 unterbreitete er seinen deutschen Verbündeten eben den Plan, den Sowjets im Gegenzug für die volle Anerkennung des westlichen Status quo in Berlin, eine Reduzierung der westlichen Berlin-Garnisonen auf 9000 Mann, die Anerkennung aller zu diesem Zeitpunkt bestehenden Ländergrenzen in Mitteleuropa, die Einrichtung einer internationalen, auch mit Vertreter der beiden deutschen Staaten besetzten Zugangsbehörde, die Schaffung einer ständigen Viermächtekonferenz der stellvertretenden Außenminister, die Abgabe von Nichtangriffserklärungen durch die Länder beider Blöcke sowie die Errichtung paritätisch deutsch/deutsch besetzter Kommissionen für technische und wirtschaftliche Probleme und damit ihren maximalen Status quo zu sichern, allerdings ohne einen Friedensvertrag oder die völkerrechtliche Anerkennung der DDR zu gewähren. Obwohl der neue deutsche Außenminister Gerhard Schröder von diesem Plan der Amerikaner bereits im März 1962 unterrichtet worden war, waren weder das deutsche Kabinett noch die deutsche Öffentlichkeit auf diesen Schritt vorbereitet worden, so dass die Vereinigten Staaten als das Vorhaben angesichts dieser Umstände in negativ entstellter Form in die Presse gelangte, diesen Vertrauensbruch besonders schwer rügten und drohten die Konsultation und Information der BRD drastisch zu reduzieren. Eine weitere, bedrohliche Verschärfung dieses Konfliktes mit den USA konnte damals nur verhindert werden, weil es Schröder gelang bei der Athener Tagung des NATO-Rats sich als Exponent einer proamerikanischen Richtung in der deutschen Außenpolitik zu profilieren und weil die Sowjets den Vorschlag wegen der internationalen Zugangsbehörde als unvereinbar mit der Souveränität der DDR ablehnten.<sup>67</sup>

Im Sommer 1962 kam es schließlich zur letzten Zuspitzung der Krise, denn an die Stelle diplomatischer Gespräche traten nun militärische Aktionen, im Rahmen derer die USA ihre Truppen in Westdeutschland verstärkte, während die sowjetische Armee Manöver auf den Autobahnen unternahm und Luftabwehreinheiten entlang der Luftkorridore aufbaute. Gleichzeitig wuchs durch die Schüsse auf Flüchtlinge die Erregung in Berlin und die Sowjetunion löste in Reaktion auf diese Ereignisse das Amt des sowjetischen Stadtkommandanten in Ost-Berlin auf, um keinerlei Mitverantwortung für diese Vorfälle zu tragen oder zum Adressaten irgendwelcher Proteste in dieser Angelegenheit zu werden, aber zur

---

teilten Deutschlands, Berlin: 2000, S. 328; zum Wahlergebnis: Lehmann, Hans Georg: Deutschland-Chronik. 1945 bis 2000, überarbeitete und aktualisierte Neuauflage, Bonn: 2000, S. 149

<sup>67</sup> vgl zu den Ausführungen dieses Absatzes: Löwenthal, Richard: Vom Kalten Krieg zur Ostpolitik, abgedruckt in: Löwenthal, Richard; Schwarz Hans-Peter: Die zweite Republik, 2. Auflage, Stuttgart: 1974, S. 655/656; 659-663

Annulierung der westlichen Berlin-Rechte durch den Abschluss eines Friedensvertrages mit der DDR kam es trotz des Abbruchs der diplomatischen Verhandlungen nicht, vielmehr erklärte die östliche Großmacht Anfang September 1962 zum Unverständnis der Westmächte, sie wolle mit der Berlin-Frage bis nach den amerikanischen Kongresswahlen Anfang November 1962 warten. Zu Beginn des Monats Oktober 1962 wurde dann deutlich, welchen Zweck das sowjetische Taktieren hatte: Der durch den seitens des Westens hingenommenen Mauerbau gestärkte Chruschtschow wollte ohne Krieg, aber durch militärische Stärke den weltpolitischen Durchbruch seines Landes erreichen und hatte daher begonnen, Raketen mit atomaren Sprengköpfen auf der sich seit dem 16. April 1961 zum Sozialismus bekennenden Insel Kuba, deren Machthaber Fidel Castro zahlreiche Attentate des CIA unversehrt überlebt hatte,<sup>68</sup> zu stationieren, mit denen er die bisherige militärische Überlegenheit der Amerikaner durch die geographische Verteilung ihrer Basen sowie durch ihre Fernbomberflotte beseitigen und die eigene wegen der noch bescheidenen Anzahl interkontinentaler Raketen vorhandene Unterlegenheit aufheben, nach Ansicht von Berghe offensichtlich auch die Insel vor einem erneuten amerikanischen Angriff schützen wollte. Erst wenn diese Situation umgekehrt würde, so war der sowjetische Führer überzeugt, seien einseitige Aktionen in der Frage um die westlichen Zugangsrechte nach Berlin möglich, denn die Amerikaner wären in solch einer veränderten Situation nicht bereit, das Leben von 20-30 Millionen Amerikanern zum Schutz von zwei Millionen Westberlinern aufs Spiel zu setzen. Die ohne Konsultation seiner NATO-Verbündeten gefällte und vom Kongress am 22. Oktober 1962 bestätigte Entscheidung Kennedys, mit Hilfe einer karibischen Seeblockade die Insel Kuba unter Quarantäne zu stellen und dadurch die Installation der Raketen zu stoppen, v. a. aber auch die Drohung militärisch gegen die Insel vorzugehen<sup>69</sup> bewegten Chruschtschow unter Missbilligung des bereits durch die Entstalinisierung und durch die 1959 ausgesprochene Aufkündigung des gemeinsamen Kernwaffenprogramms verärgerten Chinas schließlich tatsächlich dazu, einzulenken und den Abzug der sowjetischen Atomsprengköpfe zu vollziehen,<sup>70</sup> womit gleichzeitig die Berlin-Krise ihr Ende fand: Bereits am 1. Dezember 1962 erklärte die DDR durch Staatschef Ulbricht, die friedliche Koexistenz erfordere Kompromisse, auch mit der Bundesregierung und im Mai 1963 bot die UdSSR über ihren Botschafter Smirnow Adenauer an, unabhängig von dem Projekt des Friedensvertrages Direktverhandlungen über die deutschen Vorstellungen aufzunehmen. Obwohl die westdeutsche Öffentlichkeit über den Abzug der sowjetischen Raketen sehr erleichtert war, hatte die Berlin-Krise spätestens mit dem im Rahmen von ihr stattgefundenen Mauerbau der Bevölkerung klar gemacht, dass die deutsche Frage nicht - wie lange angenommen - durch einen diplomatischen Sieg in der Phase des Kalten Krieges gelöst werden konnte. Deutschland konnte sich aber auch nicht dem zunehmend integrierten Westeuropa zuwenden, weil Charles de Gaulle mit seinem Veto gegen den Beitritt Großbritanniens neue innereuropäische Schranken aufrichtete und so wandte man sich den innerdeutschen Problemen zu, d.h. man strebte nun einfach danach, die Lebensbedingungen der Menschen jenseits der Mauer möglichst umgehend wieder zu verbessern und Kontakte zu ihnen herzustellen, ohne dass man weiterhin das Ziel der Wie-

---

<sup>68</sup> zu den Entwicklungen auf der Insel Kuba vgl.: Berghe, Yvan Vanden: Der Kalte Krieg, 1917-1991, Leipzig: 2002, S. 202-203

<sup>69</sup> das Chruschtschow die Raketen auf Kuba v.a. deswegen aufstellte, um die Insel vor einem erneuten Angriff Amerikas zu schützen, führt Berghe, Yvan Vanden: Der Kalte Krieg, 1917-1991, Leipzig: 2002, S. 216 an; zu der Drohung Kuba anzugreifen vgl.: S. 219 sowie Jackson, Gabriel: Zivilisation und Barbarei. Europa im 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M., Leipzig: 1999, S. 360

<sup>70</sup> zur Kuba-Krise vgl.: Elze, Reinhard; Repgen, Konrad: Studienbuch Geschichte. Eine europäische Weltgeschichte. Band 2: Frühe Neuzeit. 19. und 20. Jahrhundert, 5. unveränderte Auflage, Stuttgart: 1999, S. 632-633; 645; Hildermeier, Manfred: Die Sowjetunion 1917-1991, München: 2001, S. 89; Schieder, Theodor: Handbuch der Europäischen Geschichte, Band 7, Stuttgart: 1979, S. 344

dervereinigung in den Vordergrund stellte, wobei man allerdings hoffte, man könne zu solch einer Lösung dadurch beitragen, dass man den die Teilung Europas bewirkenden Ost-West-Konflikt durch eine Verbesserung der Beziehungen zu den immer autonomer werdenden östlichen Nachbarn nach dem Vorbild der Amerikaner und Franzosen überwand. Grundlinien dieses Konzepts billigte der Bundestag bereits im Juni 1961, als er den Bericht des „Jaksch-Ausschusses“ annahm, der die Bundesregierung aufforderte, alle Möglichkeiten zu nutzen, um ohne Preisgabe lebenswichtiger deutscher Interessen die kulturellen, wirtschaftlichen, humanitären und geistigen Beziehungen zu normalisieren, womit der im Herbst 1961 das Außenministerium übernehmende Gerhard Schröder im März 1963, sieben Monate vor Adenauers Rücktritt, begann, als er ein Handelsabkommen mit Polen abschloss, dem weitere mit Rumänien, Ungarn und Bulgarien bis März 1964 folgen sollten. Für eine Verbesserung der deutsch-deutschen Kontakte setzte sich v.a. die Berliner SPD unter der Führung von Willy Brandt ein, wobei sie hier mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, weil die BRD jegliche Anerkennung der DDR und sei es nur durch die Benutzung von mit offiziellen DDR-Staatszeichen versehenen Passierscheinen, vermeiden wollte. Letztlich gelang es ihr allerdings unter Einhaltung der offiziellen Regierungslinie für die West-Berliner ein Besuchsrecht für Ost-Berlin zumindest für Weihnachten 1963 zu erreichen, das sie zudem im Folgejahr noch für einen längeren Zeitraum sollte festschreiben können. Obwohl Brandts enger Mitarbeiter Egon Bahr noch im Sommer 1963 einen Schritt weiter gehen wollte und in Übereinstimmung mit der amerikanischen Auffassung eine realistische, vom territorialen und politischen Status quo ausgehende DDR-Politik Deutschlands forderte, die unterhalb der Schwelle der juristischen Anerkennung die Entwicklung von Formen eines massiv verstärkten innerdeutschen Handels vorsah, die dem Lebensstandard der Menschen drüben zugute kämen, konnte sich die Bundesregierung zu solch einer Haltung nicht entschließen, auch wenn sich nach Bahrs Aussage durch solch einen Schritt die Selbsterhaltungsangst des Ost-Regimes verringern würde und dadurch die Chance für eine größere Durchlässigkeit der Grenzen und der Mauer erreicht werden könnte. Zu einer richtigen Normalisierung der Beziehungen mit den östlichen Nachbarn kam es also nicht, auch nicht mit der Sowjetunion, denn der seit Mitte Oktober 1963 neu amtierende Bundeskanzler Erhard reagierte auf ein Memorandum von Chruschtschow, das bereits frühere deutsche Initiativen zu Verhandlungen über einen Gewaltverzicht bei Grenzkonflikten wieder aufgriff, sehr zurückhaltend und so gewährte die Sowjetunion der drängenden DDR zwar nicht den seit langem diskutierten Friedensvertrag, aber immerhin einen Bündnis- und Freundschaftsvertrag, den die Westmächte im Gegenzug mit einer Zustimmung zu den Bindungen West-Berlins an die Bundesrepublik sowie der ausdrücklichen Anerkennung des Außenvertretungsrecht für die westberliner Bevölkerung beantworteten. In dieser aller Normalisierungsbestrebungen zum Trotz „festgefahrenen“ Ostpolitik der BRD, fand die Hallstein-Doktrin Ende 1964/Anfang 1965 ihre erste teilweise Ignorierung, als Ägypten, verärgert durch geheime, auf Wunsch der USA durchgeführte, deutsche Waffenlieferungen an Israel, den DDR-Staatschef Ulbricht zum Staatsbesuch einlud und gleichzeitig mit der Anerkennung durch die arabischen Staaten drohte. Die Bundesrepublik stellte daraufhin ihre Waffenlieferungen nach Israel ein, konnte damit allerdings den in triumphalem Rahmen stattfindenden ägyptischen Staatsbesuch Ulbrichts nicht unterbinden, da der ägyptische Präsident Nasser wegen der Abhängigkeit seines Landes von den sowjetischen Waffenlieferungen keine reelle Dispositionsfreiheit besaß. Bonn, das glaubte, seine wirtschaftliche Stärke habe ihm dazu verholfen, die Staaten der Dritten Welt von einer Anerkennung der DDR abzubringen, also die politische Hallstein-Doktrin durchzusetzen, musste erkennen, dass es sich hierbei nur um einen Scheinerfolg gehandelt hatte und so blieb ihm nach diesem Affront gegen seine wichtigste außenpolitische Zielsetzung – auch wenn es zu keiner formellen Anerkennung der DDR gekommen war - nichts anderes

übrig, als mit Israel diplomatische Beziehungen aufzunehmen, was die arabischen Staaten mit dem Abbruch der Beziehungen zu Bonn quittierten und die BRD vor der ganzen Welt als unentschlossen blamierte.<sup>71</sup> Es wurde nach diesem Vorfall nun offensichtlich, dass eine Isolierung der DDR durch eine solche Politik unmöglich war; außerdem machte sich in Deutschland wie in der gesamten westlichen Welt ein Stimmungswandel breit, der einer solchen Politik entgegenstand: Die seit 1963 aktive militärische Beteiligung der Vereinigten Staaten am Kampf der diktatorischen südvietnamesischen Regierung von Ngo Dinh Diem gegen den Guerillakrieg der in der kommunistisch geführten „Nationalen Befreiungsfront Süd-Vietnams“ organisierten Vietcong,<sup>72</sup> bewegte nicht nur die vom Praxisbetrieb enttäuschten amerikanischen Studenten, sondern auch die Jugend aus der Mittel- und Oberschicht sich von der Gesellschaft abzuwenden. Auch wenn die breite Öffentlichkeit zu dieser Zeit noch im Einklang mit der Politik der Regierung stand und es begrüßte, dass die beiden Großmächte am 5. August 1963 ein Abkommen zum weltweiten Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, unter Wasser und im Weltraum abgeschlossen hatten, das allerdings nicht die gewünschte Aufrechterhaltung ihres Waffenmonopols sichern konnte, weil Frankreich und China nicht beitraten, empfanden immer mehr junge Menschen die Polemik der seit 1958 in Kuba an der Spitze stehenden Rebellen Fidel Castro Ruz und Ernesto Che Guevara als zutreffend. Die USA brachte nämlich mit militärischer Gewalt ein Volk der Dritten Welt um seine nationale Selbstbestimmung und die Warnungen von Charles Wright Mills sowie von Präsident Eisenhower einer Verquickung wirtschaftlicher Interessen mit den Zielsetzungen des Militärs schienen sich bestätigt zu haben. Sie strebten daher ein von der bisherigen Wohlstands- und Leistungsgesellschaft sich abgrenzendes „ursprüngliches, friedvolles, von gesellschaftlichen Konventionen befreites Leben der Glückserfüllung durch Liebe, Rausch und Musik“<sup>73</sup> an. Im Herbst 1964 kam es an der kalifornischen Universität Berkley nicht nur zu Protesten gegen die überkommene Ordnung des Lebens an der Universität, sondern auch gegen die tragenden Kräfte in Gesellschaft und Staat und marxistischen Beobachtern erschien die Gruppe der Studenten mit ihrer Energie und ihrer Kraft dazu in der Lage zu sein, den zur Integrierung amerikanischer Randgruppen in die Gesellschaft notwendigen Wandel herbeizuführen. Bereits ein Jahr nach diesem Ereignis musste die Bundesregierung denselben Stimmungswandel bei der bundesdeutschen Öffentlichkeit feststellen: Einerseits gehörte die Beschäftigung mit den marxschen Frühschriften wieder zum guten Stil und galt als Zeichen von Bildung, so dass selbst ein Redner, der zum Sozialismus in allen Formen Distanz hielt, seine Ausführungen mit marxschen Zitaten ausschmückte; andererseits gewann die amerikanische Menschenrechts- und Studentenbewegung an den deutschen Universitäten mitbedingt durch das bereits 1949 aus den Vereinigten Staaten nach Frankfurt zurückgekehrte „Institut für Sozialforschung“ sowie durch die Schriften von Herbert Marcuse zunehmend an Bedeutung. Möglich war eine solche Entwicklung, weil in den 60iger Jahren eine Generation erwachsen wurde, die nach dem Zweiten Weltkrieg aufgewachsen war und daher den Wohlstand, den Frieden und die Freiheit als selbstverständlich hinnahm, die die mit Schuld belastete Vergangenheit der Eltern und Großeltern durch Prozesse unmittelbar vor Augen geführt

---

<sup>71</sup> zu diesen Ereignissen um Israel und Ägypten vgl. auch: Vogt, Martin (Hrsg.): Deutsche Geschichte von den Anfängen bis zur Wiedervereinigung, 2. Auflage, Stuttgart: 1991, S. 793-794

<sup>72</sup> zu der Situation in Vietnam: Berghe, Yvan Vanden: Der Kalte Krieg, 1917-1991, Leipzig: 2002, S. 222-229

<sup>73</sup> zu diesen gesellschaftlichen Entwicklungen in den Vereinigten Staaten vgl.: Elze, Reinhard; Repgen, Konrad: Studienbuch Geschichte. Eine europäische Weltgeschichte. Band 2: Frühe Neuzeit. 19. und 20. Jahrhundert, 5. unveränderte Auflage, Stuttgart: 1999, S. 670-672; 685-686; diese Ideale galten auch für die westdeutschen Jugendlichen Anfang der 60iger Jahre, vgl.: Glaser, Hermann: Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Grundgesetz und Großer Koalition. 1949-1967, München: 1986, S. 169



bekam und die mehr oder minder diffus Defizite an Sinn und Idealen hatte.<sup>74</sup> Andererseits wünschte sich die bundesdeutsche Öffentlichkeit immer stärker eine Befreiung von den politischen Fesseln der Hallstein-Doktrin und so stieß der Rat der Evangelischen Kirche mit seiner Denkschrift zu den deutsch-polnischen Beziehungen, in der er sich in Erinnerung an die auch von den Nationalsozialisten begangenen Verbrechen für eine Aussöhnung des deutschen und des polnischen Volkes ohne Selbstgerechtigkeit aussprach, anders als die acht Tübinger Wissenschaftler, die sich im Februar 1962 für die endgültige Anerkennung der Endgültigkeit der Oder-Neiße-Grenze ausgesprochen hatten, auf breite öffentliche Zustimmung. Als kurz hierauf auch die katholischen Bischöfe Polens zur Versöhnung der Völker aufriefen, entschloss sich die am 19. September 1965 neu gewählte Bundesregierung, die nach einem weiteren Stimmungszuwachs der SPD auf 39,3 % aus einer großen Koalition mit Ludwig Erhard (CDU) an der Spitze bestand, im Frühjahr 1966 ihr Ansehen in Osteuropa und in der Welt zu verbessern und versandte zu diesem Zweck am 25. März eine „Note zur Abrüstung und zur Sicherung des Friedens“ an alle Staaten auch die osteuropäischen und arabischen – mit Ausnahme der DDR. Das hierin u.a. gemachte Angebot zur Mitarbeit an Abrüstungs- und Entspannungsmaßnahmen jeglicher Art ohne vorherige Lösung der deutschen Frage sowie der Vorschlag an alle osteuropäischen Staaten, insbesondere jedoch die Sowjetunion, Polen und die Tschechoslowakei Gewaltverzichtserklärungen austauschen zu wollen, konnte die gewünschte Wirkung allerdings nicht entfalten, denn diese Note machte kein spezifisches Angebot zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit osteuropäischen Staaten, nahm von der Existenz der DDR keine Notiz und erklärte unter dem Einfluss der Vertriebenenverbände, dass bis zum Abschluss eines künftigen Friedensvertrages Deutschland völkerrechtlich in den Grenzen von 1937 fortbestehe und konnte daher weder in Polen noch in der Sowjetunion eine positive Wirkung entfalten, im Gegenteil die Sowjets nutzten das Papier zur Propaganda gegen den deutschen Revanchismus und Revisionismus.<sup>75</sup>

Die internationale Konstellation war aber den deutschen politischen Interessen ebenfalls nicht günstig, denn die von dem im November 1963 ermordeten Kennedy entwickelte „Strategie des Friedens“, die den Abbau der Schranken zwischen Ost und West durch eine Hinnahme des Status quo durch beide Seiten erreichen wollte, wurde von seinem Nachfolger Lyndon B. Johnson nicht weitergeführt.<sup>76</sup> Dieser vernachlässigte Europa und engagierte sich stattdessen zunehmend militärisch in Vietnam, weil er überzeugt war, Peking sei die letzte Hochburg der Weltrevolution und er könne die diplomatische Hilfe des saturierten und an Stabilität interessierten Moskaus in der Vietnamkrise notfalls auch auf Kosten

<sup>74</sup> zu diesem Generationenkonflikt vgl.: Mirow, Jürgen: Geschichte des deutschen Volkes. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Band 2: 1850 bis heute, Gernsbach: 1996, S. 1042 sowie Kielmansegg, Peter Graf: Die Deutschen und ihre Nation. Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschlands, Berlin: 2000, S. 328; zu dieser Renaissance des Marxismus in Deutschland vgl.: Elze, Reinhard; Reppen, Konrad: Studienbuch Geschichte. Eine europäische Weltgeschichte. Band 2: Frühe Neuzeit. 19. und 20. Jahrhundert, 5. unveränderte Auflage, Stuttgart: 1999, S. 674-675; zum Stimmungswandel in der BRD vgl. auch: Vogt, Martin (Hrsg.): Deutsche Geschichte von den Anfängen bis zur Wiedervereinigung, 2. Auflage, Stuttgart: 1991, S. 800

<sup>75</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Löwenthal, Richard: Vom Kalten Krieg zur Ostpolitik, abgedruckt in: Löwenthal, Richard; Schwarz Hans-Peter: Die zweite Republik, 2. Auflage, Stuttgart: 1974, S. 663-671; sowie Vogt, Martin (Hrsg.): Deutsche Geschichte von den Anfängen bis zur Wiedervereinigung, 2. Auflage, Stuttgart: 1991, S. 791-792; zu der Tatsache, dass Kennedy seine Entscheidung durch eine Karibik-Blockade die Sowjetunion zum Abzug ihrer Raketen von Kuba zu zwingen, ohne seine NATO-Verbündeten traf: Schieder, Theodor: Handbuch der Europäischen Geschichte, Band 7, Stuttgart: 1979, S. 344; zur karibischen Seeblockade vgl. aber auch: Hildermeier, Manfred: Die Sowjetunion 1917-1991, München 2001, S. 89; Lehmann, Hans Georg: Deutschland-Chronik. 1945 bis 2000, überarbeitete und aktualisierte Neuauflage, Bonn: 2000, S. 157-158

<sup>76</sup> dass auch Kennedy ein militärisches Engagement in Vietnam beabsichtigt habe, vermutet Berghe, Yvan Vanden: Der Kalte Krieg, 1917-1991, Leipzig: 2002, S. 224

einer Vernachlässigung der europäischen Probleme erhalten und brachte dadurch de Gaulle dazu, mit dem Austritt seines Landes 1966 aus der NATO die atlantischen Bindungen Frankreichs zu lockern sowie mit einem Staatsbesuch seiner Person in der Sowjetunion im Wettbewerb mit den USA eine Annäherung an Moskau zu suchen. Dort kam die „Abtrünnigkeit“ Frankreichs nach der Niederlage in der Kuba-Krise nicht ungelegen, denn man hatte das Ziel noch nicht aufgegeben, die BRD von den USA und dem Westen zu isolieren, auch wenn man an anderer Front bereits mit neuen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, nämlich mit der Volksrepublik China, die den ideologischen Monopolanspruch der Sowjetunion bestritt und in der Dritten Welt zunehmend militärisch mit Moskau konkurrierte.<sup>77</sup> Für die Umsetzung dieses Vorhabens waren seit dem 13. Oktober 1964 Generalsekretär Leonid Brežnev (Leonid Breschnew) und der Vorsitzende des Ministerrates Aleksej N. Kosygin zuständig, die nach dem Sturz Chruschtschows an die Macht gelangt waren, wobei dieser Wechsel an der Spitze der Sowjetunion kein spontanes Unternehmen gewesen war, denn der neue Generalsekretär hatte zusammen mit Nikolaj Podgornyj diesen Putsch bereits von langer Hand geplant und den alten Machthaber in diesem Herbst 1964 aus seinem Urlaubsort auf der Krim nach Moskau beordert, wo ihm das Parteipräsidium den Absetzungsbeschluss eröffnete, der einen Tag später von einem handverlesenen ZK-Plenum bestätigt wurde.<sup>78</sup> Breschnew, der seinen Vorgänger zwar zur Unperson ernannte, aber mit einer großzügigen Rente einen ruhigen Lebensabend verbringen ließ,<sup>79</sup> versuchte nun nicht wie in der Berlin-Krise durch Drohungen die Bundesrepublik von den Vereinigten Staaten und dem Westen zu isolieren, sondern durch das v.a. für den französischen Staatspräsidenten interessante Angebot einer Auflösung beider Militärblöcke zugunsten eines umfassenden europäischen Sicherheitssystems zu erreichen, wohl wissend, dass sein eigenes Bündnisystem auf soeben abgeschlossenen 20jährigen Bündnisverträgen ruhte. Der zunehmende Erfolg dieses sowjetischen Unterfangens führte neben den ausschlaggebenden innen- und wirtschaftspolitischen Gründen Ende November 1966 zum Sturz der Regierung Erhard, dessen CDU/CSU/FDP-Kabinett durch das CDU/CSU/SPD-Kabinett Kiesingers abgelöst wurde und mit Willy Brandt als Außenminister und Vizekanzler neue Akzente in der Ostpolitik zu setzen bestrebt war.<sup>80</sup> Die SPD hatte dabei zunächst im Frühjahr 1966 in Absprache mit den Regierungsparteien einen „offenen Brief“ der ostdeutschen SED, in der sie Verhandlungen über eine gemeinsame sozialistische Front gegen die bürgerliche Regierung vorschlug, aufgegriffen und öffentliche Diskussionen hierüber in beiden Teilen Deutschlands angeboten, doch als die SPD auf ihrem Dortmunder Parteitag Anfang Juni 1966 in ihren Ausführungen zur Osteuropapolitik die Halbheiten der Bundesregierung nicht angriff, sondern in einem überparteilich zusammenarbeitenden Ton ein qualifiziertes, geregeltes und zeitlich begrenztes Nebeneinander der beiden deutschen Gebiete, Verbesserungen der DDR-Lebensbedingungen, volle diplomatische Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten und damit den Verzicht auf die Hallstein-Doktrin sowie Opfer in der Grenzfrage zugunsten einer Friedensregelung forderte, sagte die enttäuschte SED-Regierung das Unternehmen ab, auch weil sie Furcht vor den Reaktionen ihrer Bevölkerung hatte, wenn sie den Redneraustausch öffentlich ankündigen würde. Als Kiesinger am 13. Dezember 1966 seine Regierungserklärung abgab, hatte sich die außenpolitische Haltung der Bundesrepublik gegenüber dem Ostblock verändert und zeigte nun deutlich, dass man dazu bereit

---

<sup>77</sup> zu diesen Problemen der Sowjetunion mit China vgl.: Hildermeier, Manfred: Die Sowjetunion 1917-1991, München 2001, S. 89

<sup>78</sup> zum Machtwechsel in der Sowjetunion vgl.: Hildermeier, Manfred: Die Sowjetunion 1917-1991, München: 2001, S. 72, zur Breschnew-Ära selbst vgl.: S. 77-91

<sup>79</sup> zu der Tatsache, dass Chruschtschow von Breschnew weitgehend unbehelligt gelassen wurde: Jackson, Gabriel: Zivilisation und Barbarei. Europa im 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M., Leipzig: 1999, S. 353

<sup>80</sup> näheres zu den Ereignissen um den Sturz von Kanzler Erhard vgl.: Vogt, Martin (Hrsg.): Deutsche Geschichte von den Anfängen bis zur Wiedervereinigung, 2. Auflage, Stuttgart: 1991, S. 794-797

war, sich in den Strom der westlichen Entspannungspolitik hineinzustellen: Auch wenn man die Grenzfrage weiterhin nur unter dem Vorbehalt eines Friedensvertrages angehen wollte, so äußerte man doch Verständnis für den Wunsch Polens nach gesicherten Grenzen und suchte nun ausdrücklich die Aussöhnung mit dem Nachbarstaat, während man gleichzeitig das unter Androhung von Gewalt zustande gekommene Münchener Abkommen für ungültig erklärte; man bot dem Ostblock darüber hinaus Gewaltverzichtserklärungen an und wollte mit der Sowjetunion darüber hinaus über das ungelöste Problem der deutschen Teilung verhandeln; schließlich relativierte man auch den Anspruch als einzig frei gewählte Regierung für das ganze deutsche Volk zu sprechen, indem man betonte, dies bedeute keinesfalls, man wolle die Landsleute im anderen Teil Deutschlands bevormunden.<sup>81</sup> Diese neue Ostpolitik konnte die gesellschaftliche Lage in der BRD allerdings nicht beruhigen, denn nachdem die Besatzungsmächte ihren Vorbehalt bezüglich der Notstandsgesetzgebung aufgegeben hatten und es sachlich für die Bundesregierung unumgänglich geworden war, eine eigene Regelung zu schaffen, waren es die eine Beschränkung ihrer Arbeitskämpfungsmöglichkeiten befürchtenden Gewerkschaften, v.a. jedoch die die Gesellschafts- und Staatsordnung kritisierenden Intellektuellen, die als „außerparlamentarische Opposition“ der Notstandsverfassung den Kampf ansagten, wobei die Studenten – zunächst an der Freien Universität Berlin – dies als Anlass nahmen, um eine Änderung der akademischen Selbstverwaltung zugunsten der Studenten zu erreichen.<sup>82</sup>

Zwar begab sich die Bundesrepublik mit dieser Deutschlandpolitik auf der einen Seite in einen erneuten Widerspruch, denn auch wenn sie die DDR nun nicht mehr isolieren wollte, so blieb sie doch ihrem Prinzip treu, dass weder sie selbst noch andere Staaten die DDR völkerrechtlich anerkennen sollten, doch auf der anderen Seite besaß sie mit dieser Politik die Zustimmung von vier Fünftel ihrer Wähler, verbesserte das Deutschlandbild in der Weltöffentlichkeit und erhielt anerkennende Unterstützung seitens der Westmächte sowie der neutralen Staaten, so dass die kommunistischen Tiraden gegen den „westdeutschen Revanchismus“ weder im Osten noch im Westen große Glaubwürdigkeit erlangen konnten und die Sowjetunion in der Folge keine Aussichten mehr hatte, die BRD auf diesem Wege zu isolieren, sondern selbst wegen des verblässenden Feindbildes um den Zusammenhalt des Ostblockes fürchten musste. Zunächst aber hielt sich die sowjetische Großmacht mit Kommentaren zu der neuen deutschen Ostpolitik zurück und so stellte die schon seit 1963 interessierte rumänische Regierung am 31. Januar 1967 durch ein Kommuniqué, das die DDR nicht erwähnte, Beziehungen zu Bonn her, aber auch die bulgarische, ungarische und tschechoslowakische Regierung zeigten Interesse an Normalisierungsgesprächen, allein die DDR und Polen forderten, dass Westdeutschland erst einmal im voraus seine Sinnesänderung durch Annahme des im Juli 1966 vom Warschauer Pakt in Bukarest verabschiedeten Katalogs beweisen müsse, d. h. die Oder-Neiße-Grenze als endgültig anerkennen, die DDR als Staat akzeptieren und das Münchner Abkommen als von Anfang an ungültig bezeichnen müsse. Diese Annäherung Rumäniens, Bulgariens, Ungarns und der Tschechoslowakei an die BRD veranlasste die Sowjetunion bereits auf der im Februar 1967 durchgeführten Warschauer Tagung sich der harten Haltung der DDR und Polens anzuschließen und unter Anmahnung der Solidarität gegenüber Ostdeutschland sowie unter Warnung schwankender

---

<sup>81</sup> vgl. zu den bisherigen Ausführungen dieses Absatzes: Löwenthal, Richard: Vom Kalten Krieg zur Ostpolitik, abgedruckt in: Löwenthal, Richard; Schwarz Hans-Peter: Die zweite Republik, 2. Auflage, Stuttgart: 1974, S. 671-673

<sup>82</sup> zu der Opposition gegen die Notstandsgesellschaft vgl.: Elze, Reinhard; Reppen, Konrad: Studienbuch Geschichte. Eine europäische Weltgeschichte. Band 2: Frühe Neuzeit. 19. und 20. Jahrhundert, 5. unveränderte Auflage, Stuttgart: 1999, S. 675-676; eine kürzere Zusammenfassung der Problematik ist nachzulesen bei: Vogt, Martin (Hrsg.): Deutsche Geschichte von den Anfängen bis zur Wiedervereinigung, 2. Auflage, Stuttgart: 1991, S.

Mitglieder vor ähnlichen Schritten alle anderen zum Abschluss von Freundschafts- und Beistandsverträge mit der DDR aufforderte. Damit begann für den Sowjetblock eine Periode starrer Defensive, denn während bereits im März 1967 Polen und die Tschechoslowakei die gewünschten Verträge abschlossen und im Verlauf des Jahres Ungarn und Bulgarien diesem Beispiel folgten, gab es die Sowjetunion auf, die Auflösung beider Militärpakte zu propagieren und startete gegen die neue Bonner Politik die altbekannte Verteufelung, so dass die deutschen Architekten der neuen Ostpolitik nicht das erhoffte Ziel ihrer Initiative erreichten, denn die schwindende Furcht vor dem deutschen „Revanchismus“ führte nicht zu der gewünschten Stärkung des ostdeutschen Reformprozesses. Etwa um diese Zeit – im Mai und Juni 1967 – führte der Staatsbesuch des Schahs Reza Pahlevi von Persien in Berlin zu Studentenunruhen, wobei der Student Benno Ohnesorg grundlos erschossen und der verantwortliche Polizeibeamte nicht strafrechtlich belangt wurde, was zu erneuten Protesten und schließlich zum Rücktritt des Regierenden Bürgermeisters Heinrich Albertz führte. Kritiker der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik sahen die Studentenbewegung als ein Zeichen für die erstarrten Zustände des Landes und hielten die studentischen Provokationen von Gesellschaft und Staat notwendig, um überhaupt Bewegung in das System zu bringen, auch wenn es in der Realität bereits neuartige Erscheinungen gab. So war etwa die aus rechtsgerichteten Splittergruppen im Jahre 1964 entstandene Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) in eine Reihe von Landtagen eingezogen und besaß gute Aussichten demnächst auch im Bundestag vertreten zu sein, doch dies war für die Kritiker eine zwangsläufige Folge des Kapitalismus und Gefahr für die Demokratie, die sich durch die Notstandsgesetze, aber auch die Erschießung des Studenten Ohnesorg noch zu vergrößern schien. Hinzu kam, dass die deutsche Wirtschaft zum ersten Mal seit dem Erfolg der sozialen Marktwirtschaft eine rückläufige Wirtschaftsentwicklung hinnehmen musste, dass die stark gewachsene Studentenzahl von den bestehenden Universitäten nicht mehr bewältigt werden konnte und, so waren die Systemkritiker überzeugt, dass die Meinungsfreiheit durch die Macht des Kapitals eingeengt sei, weil die Presse sich zunehmend im für linke Tendenzen verschlossenen Springer-Verlag konzentrierte. Notstandsgesetze, Überfüllung der Hochschulen, Regeneration des „Faschismus“, Verlust der Zukunftsaussichten, all diese Entwicklungen konnten den Studenten dieser Zeit sehr leicht das Bild vermitteln, dass ihnen die deutsche Gesellschaft wenig Zukunftschancen bot und die sozialistische Kritik sehr zutreffend war und so erwuchs in dieser Gruppe, die ihren wirkungsvollsten Sprecher und Schreiber in Herbert Marcuse hatte, aus den festgestellten Übelständen nicht der entschlossene Wille zur Reform, sondern die Ablehnung der politischen und gesellschaftlichen Ordnung. Man bekannte sich daher zu dem in der kommunistisch geführten „Nationalen Befreiungsfront Süd-Vietnams“ organisierten Vietcong, zu Che Guevara, zu Castro sowie Mao, die alle – zumindest in ihren Anfängen - den Imperialismus durch Partisanenkämpfe schlagen wollten.<sup>83</sup> Marcuse folgend glaubte der radikale Studentenführer Rudi Dutschke darüber hinaus, die bestehende fortgeschrittene industrielle Gesellschaft stelle nichts anderes dar als die komfortable, reibungslose, vernünftige demokratische Unfreiheit, in der der technische Produktionsapparat zu einem selbtherrlichen, Produkte, Tätigkeiten, Haltungen sowie individuelle Bedürfnisse bestimmenden System geworden sei. Ihre wahren Interessen und das wahre Bewusstsein könnten die Menschen nur entdecken, wenn sie das Bestehende, das „establishment“, verweigerten. Diese Theorien der „Neuen Linken“, machte Dutschke in zahllosen Reden und Interviews publik und erreichte bis zum Februar 1968, dass 67% aller Jugendlichen zwischen 15 und

---

<sup>83</sup> zu diesem Bekenntnis der außerparlamentarische Opposition zu Vietcong, Che Guevara, Castro und Mao vgl.: Elze, Reinhard; Reppen, Konrad: Studienbuch Geschichte. Eine europäische Weltgeschichte. Band 2: Frühe Neuzeit. 19. und 20. Jahrhundert, 5. unveränderte Auflage, Stuttgart: 1999, S. 654, 656/657, 663, 670/671

25 Jahren in der BRD bereit waren, sich an Demonstrationen zur Änderung des Bestehenden beteiligen wollten, 27% stellten sich sogar ganz auf seine Seite und selbst in den Kreisen, in denen man weder für Marcuses Theorien noch für die Lebenssituation der Studenten Verständnis besaß, wurde das Überkommene in Frage gestellt und die sexuelle Befreiung fand ihre Praxis bis tief ins „establishment“. <sup>84</sup> Während die Vereinigten Staaten weiter mit der Sowjetunion zusammengearbeitet hatten, um ihr Atomwaffenmonopol zu sichern und dazu am 1. Juli 1967 einen Vertrag in Kraft setzten, der alle keine Atomwaffen besitzenden Unterzeichner (die BRD trat erst 1969 bei) der Kontrolle durch die Internationale Atomenergie-Behörde unterwarf und die Produktion nuklearer Brennelemente in den Händen der Atommächte konzentrierte, <sup>85</sup> fuhr die mit zunehmenden innenpolitischen Schwierigkeiten kämpfende Bundesregierung mit ihrer neuen Ostpolitik fort, auch wenn sie den ostdeutschen Reformprozess bisher nicht stärken können: Sie tauschte mit Prag im August 1967 Handelsemissionen aus, ja nahm sogar im Bruch mit der bisher streng eingehaltenen Hallstein-Doktrin Beziehungen zum blockfreien, mit Ost-Berlin ebenfalls diplomatische Beziehungen unterhaltenden Jugoslawien auf und unternahm weiterhin Versuche auf die Sowjetunion und die DDR zuzugehen – allerdings ohne Erfolg: Die Sowjetunion suchte sich aus der langen angebotenen Liste von Verhandlungsthemen dasjenige des Gewaltverzichts aus, verlangte die Anerkennung des bestehenden Status quo, d.h. auch die Anerkennung der DDR, machte im November 1967 durch eine Note klar, dass sie selbst bei Abschluss eines Gewaltverzichtsvertrages ihr Interventionsrecht als Siegermacht unter den Übergangsklauseln der Charta der Vereinten Nationen nicht verlieren würde und führte in dieser Weise einen zeitraubenden Notenwechsel, ohne es zu wirklichen Verhandlungen kommen zu lassen. Was die DDR betraf, so wollte man v.a. die Hindernisse im Reise- und Zahlungsverkehr abbauen und strebte die Zusammenarbeit in Wirtschaft, Transport und Kulturfragen an, doch diese hatte nicht die Absicht über solch praktische Fragen zu verhandeln, sondern wollte die Herstellung normaler Beziehungen, Vereinbarungen über Gewaltverzicht und Grenzenerkennung sowie den Verzicht auf Atomwaffen und die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone erreichen, übersandte am 18. September 1967 sogar einen Vertragsentwurf, in dem sie den Verzicht Bonns auf die „Alleinvertretungsanmaßung“ verlangte und ging in dem bis Ende September 1967 andauernden, der eigenen Bevölkerung vorenthaltenen Briefwechsel niemals auf die von der Bundesregierung vorgeschlagenen Themen ein, so dass es trotz der Einigung ihre Staatssekretäre zu Gesprächen zu bevollmächtigen, nicht erstaunlich war, dass die Korrespondenz letztlich von Ost-Berlin als zwecklos abgebrochen wurde. Obwohl die DDR im Dezember 1967 ihre Angriffe gegen die Bindung West-Berlins wieder aufnahm und die Sowjetunion die BRD beschuldigte, sie gedulde die Ausbreitung neonazistischer Organisationen auf ihrem Territorium, erklärte sich Bundeskanzler Kiesinger sich am 11. März 1968 bereit, auch mit Stoph über einen Gewaltverzicht zu diskutieren und machte darüber hinaus wirtschaftspolitische Angebote und erhielt dieses Angebot auch dann noch aufrecht, als Ost-Berlin unter dem verbalen Schutz Moskaus Mitgliedern und leitenden Angestellten die Benutzung der Landwege nach West-Berlin untersagte und kurze Zeit darauf eine Visums- und Passpflicht für den innerdeutschen Transitverkehr einfuhrte. Das endgültige Aus für die westdeutsche Entspannungspolitik kam am 21. August 1968, als die Sowjetunion die von dem tschechoslowakischen Staatschef Dubček begonnenen, sich im Rahmen des War-

---

<sup>84</sup> zu dieser innenpolitischen Entwicklung in der BRD vgl.: Elze, Reinhard; Repgen, Konrad: Studienbuch Geschichte. Eine europäische Weltgeschichte. Band 2: Frühe Neuzeit. 19. und 20. Jahrhundert, 5. unveränderte Auflage, Stuttgart: 1999, S. 676-679; ausführlicher zu den Ereignissen bzgl. der Notstandsgesetzgebung, aber auch den Studentenprotesten vgl.: S. 324-330

<sup>85</sup> zu diesem von den Großmächten initiierten Vertrag vgl.: Elze, Reinhard; Repgen, Konrad: Studienbuch Geschichte. Eine europäische Weltgeschichte. Band 2: Frühe Neuzeit. 19. und 20. Jahrhundert, 5. unveränderte Auflage, Stuttgart: 1999, S. 686-687

schauer Paktes bewegenden Maßnahmen zur Verbesserung der Rechtssicherheit, zur Freiheit der Diskussion, zur Erweiterung der Autonomie der Gewerkschaften und Kulturorganisationen sowie zur Verbesserung der Wirtschaftsorganisationen durch ihre militärische Intervention und Absetzung der bisherigen Regierung beendete und damit keine nennenswerten Reaktionen der deutschen Studentenbewegung hervorrief<sup>86</sup>

Im Oktober 1967 hatte sich auch für die französische Regierung die innenpolitische Situation ungünstig weiterentwickelt, denn nachdem sie in jenem Monat eine Studienreform beschlossen hatte, um dem akuten Lehrermangel abzuhelfen, kam es in der philosophisch-soziologischen Abteilung der Pariser Universität in Nanterre zu einem Vorlesungsstreik und später zu Diskussionen um eine andere Art von Studienreform, in denen die Forderungen nach Freiheit der Hochschulen von der Leitung durch den Erziehungsminister und nach Öffnung der Universitäten für Arbeiter aufgestellt wurden. Als sich die französischen Studenten mit ihren Forderungen nicht durchsetzen konnten, begannen sie unter der Führung des anarchistischen Marxisten Daniel Cohn-Bendit mit öffentlichen Demonstrationen, im Rahmen derer das Verwaltungsgebäude in Nanterre gewaltsam besetzt wurde. Auch in Deutschland gingen die Unruhen weiter: Sie nahmen ihren Anfang am 2. und 3. April 1968 in Frankfurt a. Main, wo Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Thorwald Proll und Horst Söhnlein als Protest gegen den „Völkermord“ in Vietnam ein Kaufhaus in Brand setzten und damit dem von Dieter Kunzelmann verfassten und Berlin verteilten Flugblättern Folge leisteten<sup>87</sup>. Gleichzeitig kam es in diesem Frühjahr 1968 zu einer bis dahin unbekanntenen Welle von Protesten, im Rahmen derer am Gründonnerstag der Führer der deutschen Studentenproteste, Rudi Dutschke, von einem jugendlichen, die Kommunisten hassenden Anstreicher durch einen Pistolenschuss schwer verletzt wurde. Wuchs mit diesem Ereignis die Anzahl der Demonstrationen, aber auch der Bevölkerungsschichten und damit der Menschen, die an ihnen teilnahmen, in Deutschland schlagartig an und nahm neben den überwiegend friedlich verlaufenden Kundgebungen auch die Zahl der gewalttätigen, mit revolutionären Parolen geschmückten Versammlungen zu, die auch nicht davor zurückschreckten, die Ostergottesdienste zu stören, so hatte es auch für Frankreich spürbare Folgen: In Nanterre nahmen die Studentenproteste den Charakter des Kampfes gegen den amerikanischen Imperialismus an und die bisher noch ruhige, im Zentrum von Paris gelegene Kernzelle der Universität, die Sorbonne, wurde nun ebenfalls von Studentenprotesten ergriffen, was die Regierung dazu veranlasste, diese wegen der Unruhen zu schließen. Von nun an geriet die Pariser Hochschule in den Mittelpunkt des Streites, d.h. hier kam es zu schweren Konfrontationen mit der Staatsgewalt und als diese gegen eine friedliche Demonstration schwebewaffnete Polizei einsetzte und die Studenten wegen Unruhen vor Gericht stellte und verurteilte, kam es am 6. Mai 1968 zu neuen Demonstrationen, im Rahmen derer Barrikaden errichtet wurden und die Polizei mit Tränengas gegen die mit Pflastersteinen werfenden Studenten vorging. Dieses Vorgehen der französischen Regierung rief nun auch in anderen Teilen der Bevölkerung Empörung hervor und führte dazu, dass die von den Gewerkschaften mobilisierten Arbeiter staatliche Betriebe besetzten, der Rundfunk den Streiks beitrug, die Polizei erklärte, einer Regierung nicht dienen zu können, die die Institu-

---

<sup>86</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Löwenthal, Richard: Vom Kalten Krieg zur Ostpolitik, abgedruckt in: Löwenthal, Richard; Schwarz Hans-Peter: Die zweite Republik, 2. Auflage, Stuttgart: 1974, S. 673-677; nähere Information zu den Ereignissen in der Tschechoslowakei finden sich in: Elze, Reinhard; Repgen, Konrad: Studienbuch Geschichte. Eine europäische Weltgeschichte. Band 2: Frühe Neuzeit. 19. und 20. Jahrhundert, 5. unveränderte Auflage, Stuttgart: 1999, S. 647-650; zu der Tatsache, dass die Studentenbewegung nicht nennenswert auf den sowjetischen Einmarsch in der Tschechoslowakei reagierte vgl.: Kielmansegg, Peter Graf: Die Deutschen und ihre Nation. Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland, Berlin: 2000, S. 329

<sup>87</sup> zu diesem Ereignis in Frankfurt a. Main vgl.: Lehmann, Hans-Georg: Deutschland-Chronik. 1945-2000, Bonn: 2000, S. 167

tionen nicht achte und die Regierung ein Misstrauensvotum in der Nationalversammlung nur überlebte, weil der erforderlichen Mehrheit elf Stimmen fehlten. De Gaulle ließ sich von diesen Vorgängen in seinem Land nicht beeindrucken und erklärte entschlossen, sich nicht vor den demonstrierenden Massen zu beugen. Er versuchte die Situation wieder in den Griff zu bekommen, indem er zu einem landesweiten Referendum aufrief, mit dem er sein weiteres Verbleiben im Amt verknüpfte und versicherte sich gleichzeitig der Treue der Armee, die in der Folge einige der notwendigsten öffentlichen Dienste übernahm und im Raum Paris zu Manövern zusammengezogen wurde. Letztlich führte De Gaulle das angekündigte Referendum allerdings mit der Begründung nicht durch, dass es bei der momentanen Situation nicht möglich sei und löste die Nationalversammlung auf. Er betonte im Rahmen dieser am 30. Mai 1968 gehaltenen Rede aber auch, dass diejenigen, die eine Abhaltung der Wahlen in der verfassungsmäßigen Frist verhindern wollten, nichts anderes beabsichtigten, als das französische Volk am Ausdruck seines Willens zu behindern. Eine unmittelbar nach dieser Rede De Gaulles stattfindende, mindestens 200 000 Menschen umfassende Demonstration, sprach sich für den Staatspräsidenten sowie die Regierung und gegen die Streiks und den Umsturz aus und beendete damit die Hoffnungen von Anarchisten und Marxisten auf eine Änderung des Systems definitiv. Auch in der Bundesrepublik klärte sich die Situation sehr schnell nach den Osterunruhen, als durch ungezielte Steinwürfe der Demonstranten zwei Todesfälle in München zu beklagen waren. Es erwies sich, dass den meisten Menschen in der Bundesrepublik nicht klarzumachen war, dass ihr Wohlstand nur eine Fassade ihres wirklichen Elends war, die lediglich ihr falsche Bewusstsein nicht zu durchdringen vermochte und so wurde die Protestbewegung sehr bald wieder auf den Punkt zurückgeworfen, von dem sie ausgegangen war: zu den Universitäten.<sup>88</sup>

Auch wenn sich die innenpolitische Situation bis zum Sommer 1968 in der Bundesrepublik wieder beruhigt hatte und die Befürchtung gewichen war, der Linken könne es gelingen, einen ausreichend großen Anhang zu gewinnen, um mit Hilfe der Straße der Ordnungsmacht des Staates ihre Legitimation zu entziehen, so musste Bonn jedoch außenpolitisch eine Niederlage hinnehmen, denn nach der gewaltsamen Beendigung des Reformkurses in der Tschechoslowakei wurde deutlich, dass die Reformpolitik gegenüber dem Osten gescheitert war, was bei den Koalitionsparteien zu radikal verschiedenen Ansichten darüber führte, wie man nun in der Folge weiter vorgehen sollte: Während die CDU/CSU einerseits überzeugt war, man solle das bis hart an die Grenze gehende bisherige Angebot aufrechterhalten, um der Welt den Friedenswillen der Bundesrepublik zweifelsfrei zu beweisen, glaubte sie andererseits, dass man in keinem Fall darüber hinaus gehen und den Alleinvertretungsanspruch der BRD aufgeben oder eine Grenzfestlegung vor einem Friedensvertrag abschließen sollte, weil die Zunahme des Drucks aus dem Osten zeige, dass die neue Bonner Offenheit als ein Zeichen der Schwäche gedeutet worden war, stellte sich die SPD auf den Standpunkt, dass die neue Ostpolitik erfolgreich war, weil Moskau hierdurch sowie durch die in ihrem Machtbereich stattfindenden Entwicklungen in die Defensive geraten war und die Initiative gegenüber dem Westen verloren hatte und war daher dazu bereit, noch vor einer friedensvertraglichen Regelung die bestehenden europäischen Grenzen – insbesondere auch die polnische Westgrenze – sowie die staatliche, nicht jedoch völkerrechtliche Existenz der DDR anzuerkennen. Nachdem die Sowjetunion den tschechischen Reformkommunismus niedergeschlagen hatte, fühlte sie sich nicht nur ihrer Macht wieder sicher, sondern sie hatte zugleich die gaullistischen Illusionen über eine Mittlerrolle Westeuropas endgültig beendet. Sie erkannte allerdings darüber hinaus, dass die eingetretene

---

<sup>88</sup> zu den Studentenunruhen in Frankreich und Deutschland vgl.: Elze, Reinhard; Reppen, Konrad: Studienbuch Geschichte. Eine europäische Weltgeschichte. Band 2: Frühe Neuzeit. 19. und 20. Jahrhundert, 5. unveränderte Auflage, Stuttgart: 1999, S. 679-683

Ernüchterung in der Bundesrepublik eine Sprengung des westlichen Bündnisses durch Isolierung der BRD nicht mehr nötig machte sowie dass die neue politische Weltsituation für sie eine Entspannung dringend erforderlich machte, wollte sie nicht Gefahr laufen, sich über ihre Kräfte zu engagieren, denn die Vereinigten Staaten zogen sich immer mehr aus Vietnam zurück und strebten danach, das Gleichgewicht mit ihnen zu erreichen und China hatte die Kulturrevolution beendet und verstärkte den Druck an der sowjetischen Grenze. Sie zeigte sich daher im Februar 1969 verhandlungsbereit, was sich zunächst an einer Äußerung ihres Bonner Botschafters Zarapkin zeigte, der das Entgegenkommen seines Landes andeutete, wenn die Bundesrepublik darauf verzichte, die Wahl des Bundespräsidenten in Berlin durchzuführen. In den dann abgehaltenen Wahlen kam es nicht zu den von der DDR angedrohten Störaktionen und am 17. März 1969 bot sie im Rahmen der Budapester Tagung des Warschauer Paktes zwar kein übergreifendes SicherheitsSYSTEM an, aber eine SicherheitsKONFERENZ unter Beteiligung aller Bündnismitglieder in West und Ost, einschließlich der DDR sowie der neutralen Staaten. Die SPD die angesichts ihrer Linie in der Ostpolitik auf eben ein Angebot solcher Art gewartet hatte, um die bereits eingeschlagene Diplomatie Deutschlands fortsetzen zu können, äußerte sich in der Person Willy Brandts, der sich bei der NATO für die sorgfältige Prüfung des Konferenz-Vorschlags einsetzte, den diese mit ihrem Beschluss vom 10. April 1969 sich bereit erklärte zu prüfen, wobei sie gleich an dieser Stelle darauf hinwies, dass Maßnahmen zur Verbesserung der Situation in Berlin einen wesentlichen Beitrag zur Entspannung darstellen würden. Die von Brandt in der Folge initiierte Nachfrage beim sowjetischen Botschafter in Bonn ermöglichte ihm am 7. Mai 1969 die öffentliche Bekanntmachung, dass die gleichzeitig in Budapest gemachten Anerkennungsforderungen an die BRD nicht als Vorbedingung für die angeregte Konferenz betrachtet würden, sondern als Gegenstand der diplomatischen Diskussion. Die damit gegebene Möglichkeit der Westmächte Gegenbedingungen für die Freigabe der internationalen Anerkennung der DDR zu stellen, musste in jedem Falle dahingehend genutzt werden, dass die westliche Präsenz in West-Berlin, die freie Benutzung seiner Zugangswege und seine institutionelle Anbindung an die Bundesrepublik sowohl von der Sowjetunion als auch von DDR für die Zukunft bindend garantiert wurde. Am 10. Juli 1969 erklärte sich der Oberste Sowjet bereit, über eine Verbesserung der Lage in Berlin zu diskutieren, falls dies gewünscht sei und so überreichten die Westmächte nach einer Konsultation der Bundesregierung am 6. und 7. August 1969 Memoranden in Moskau, in denen sie um Vierergespräche über die Verbesserung der Lage sowie über die Vermeidung von Krisen in und um Berlin nachsuchten.<sup>89</sup>

Aber nicht nur die Sowjetunion suchte angesichts der weltpolitischen Lage die Entspannung mit dem Westen, auch die BRD sah sich Entwicklungen gegenüber, die ein weiteres Umdenken in der Ostpolitik erforderlich machten: So war die in der vierjährigen Berlin-Krise gegebene amerikanische Nuklearvorherrschaft aufgrund der sowjetischen Aufrüstung im Jahre 1969 nicht mehr in dem Maße vorhanden wie in den Jahren zuvor und die Amerikaner waren bereit, dies zu akzeptieren, während gleichzeitig der mit dem Vietnamkrieg entstandene amerikanische Antimilitarismus die Glaubwürdigkeit der noch vorhandenen Abschreckung an exponierten Stellen verringern konnte. Die im September 1969 neu gewählte SPD/FDP-Regierung, mit deren Wahl gleichzeitig die NPD von der politischen Bühne verschwand,<sup>90</sup> wusste um diese geschwundene amerikanische Schutzwirkung die einer – wie sich im Falle der Tschechoslowakei gezeigt hatte – neuen Aggressivität der

---

<sup>89</sup> vgl zu den Ausführungen dieses Absatzes: Löwenthal, Richard: Vom Kalten Krieg zur Ostpolitik, abgedruckt in: Löwenthal, Richard; Schwarz Hans-Peter: Die zweite Republik, 2. Auflage, Stuttgart: 1974, S. 677-680

<sup>90</sup> zu dem Verschwinden der Anfang der 60iger Jahre noch erfolgreichen NPD nach den Wahlen 1969 vgl.: Kielmansegg, Peter Graf: Die Deutschen und ihre Nation. Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland, Berlin: 2000, S. 330



Sowjetunion gegenüberstand, gegen die man sich nur durch eine in bestimmter Art und Weise gestaltete Manifestierung des Status quo sichern konnte, weswegen die neue Bundesregierung nicht mehr den Wandel des Ostens durch Annäherung erreichen wollte, sondern die eigene Sicherheit durch Normalisierung der Beziehungen anstrebte. Für das Erreichen dieses Zieles lagen bereits entscheidende Angebote Moskaus auf dem Tisch, nämlich dasjenige der Sicherheitskonferenz, dasjenige der Viermächteverhandlungen, seit dem 12. September 1969 auch das zur Wiederaufnahme der Gewaltverzichtsverhandlungen sowie von polnischer Seite durch den Parteiführer Gomulka der Vorschlag für einen Grenzvertrag mit Polen.

## **b. Die Vergleichsliteratur in der Phase Kalten Krieges bzw. der ersten vorsichtigen Annäherung**

### **aa. Mayer, J.P.: Alexis de Tocqueville und Karl Marx: Affinitäten und Gegensätze, 1966 (Erstveröffentlichung 1958)<sup>91</sup>**

Im Jahre 1958 erschien die erste Publikation, die die beiden Denker Alexis de Tocqueville und Karl Marx miteinander vergleichend in Bezug setzte. Sie stellte die Veröffentlichung eines von J. P. Mayer im Januar 1957 im Londoner Rundfunk gehaltenen Vortrages dar, und sollte später mit fast identischem Inhalt an der Freien Universität Berlin noch einmal wiederholt und 1966 erneut in einer weiteren Zeitschrift veröffentlicht werden. Sie stellte in ihrer Art einen generalen Überblick über die Unterschiede und Gemeinsamkeiten dar, die sich bei diesen beiden Männern des 19. Jahrhunderts finden ließen. Die ersten Übereinstimmungen bzw. Ähnlichkeiten zwischen diesen beiden Theoretikern, die Mayer in seinem Aufsatz darlegt, sind familiärer Art und halten zunächst fest, dass beide aus der Aristokratie bzw. aristokratieähnlichen Familien stammen, nämlich Tocqueville aus altem französisch-normannischem Adel und Marx aus einer alten Rabbiner-Familie, dass ihre Väter beide Juristen waren und dass sie selber später die Rechtswissenschaft studierten, auch wenn Marx letztlich in Philosophie promovieren und nur Tocqueville in diesem Bereich nach Abschluss seiner Studien für eine gewisse Zeit tätig werden sollte, nämlich als Untersuchungsrichter in Versailles.<sup>92</sup> Über diese familiären Gemeinsamkeiten hinaus, lassen sich aber nach Ansicht des Autors auch in ihren Philosophien Übereinstimmungen finden, etwa bei ihrer Beurteilung der Klassen, denen beide entscheidende Bedeutung beimessen würden. Für Marx sei die Geschichte aller bisherigen Gesellschaften, die Geschichte von Klassenkämpfen und Tocqueville befände sich in der Überzeugung, dass allein die Klassen die bisherige Geschichte beschäftigt hätten. Abgesehen hiervon seien sich die beiden Theoretiker auch darüber einig, dass mit der Französischen Revolution die Menschheitsgeschichte nicht ihren Ruhepunkt erreicht habe, sondern noch weitere Revolutionen folgen

---

<sup>91</sup> Dieser Aufsatz von Jacob Peter Mayer wurde in verschiedenen Publikationen veröffentlicht: Mayer, J.P.: Alexis de Tocqueville und Karl Marx: Affinitäten und Gegensätze, in: Mayer, J.P.: Alexis de Tocqueville - Analytiker des Massenzeitalters, S. 133 -152, München, 1972; **oder in:** Zeitschrift für Politik, Jahrgang 13 (neue Folge), Heft 1, 1966, S. 1 - 13; den gleichen Vortrag hielt Mayer in gekürzter Form im Londoner Rundfunk, der 1958 in der Zeitschrift „Geist und Tat“ veröffentlicht wurde: Mayer, J.P.: Tocqueville und Marx, in: Geist und Tat, Band 13, Heft 1, 1958, S. 16 - 20

<sup>92</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Mayer, J.P.: Alexis de Tocqueville und Karl Marx: Affinitäten und Gegensätze, in: Mayer, J.P.: Alexis de Tocqueville. Analytiker des Massenzeitalters, München 1972, 3. Auflage, S. 1/2

würden. Die bürgerlichen Revolutionen des 18. Jahrhunderts, so glaube Marx, habe ihren Höhepunkt sehr bald erreicht, doch ihre Ergebnisse würden die Menschen sehr schnell ernüchtern, denn nur die proletarischen Revolutionen des 19. Jahrhunderts würden eine vollständige, nicht umkehrbare Situation schaffen und ähnlich diesen Gedanken nehme auch Tocqueville an, dass die Ereignisse bis 1830 lediglich die erste Phase der Revolution darstellen würden und er selbst das Ende der Revolution nicht mehr sehen werde. Das Zentrum der revolutionären Entwicklung sei – so Mayer weiter - bei Marx sowohl wie bei Tocqueville das Eigentumsproblem, von dem der Erstere annehme, es werde gelöst, indem das Proletariat die kapitalistische Gesellschaft aufhebe und in eine höhere sozialistische Ordnung führe, während der Letztere davon ausgehe, dass es noch zahlreiche Eigentumsformen geben werde, die man sich lediglich noch nicht vorstellen könne, so dass es keine völlige Beseitigung und Ersetzung dieser Einrichtung in der Zukunft geben werde.<sup>93</sup> Darüber hinaus sprächen zwar beide von einer «Abschaffung der Klassen», aber sie meinten damit etwas sehr unterschiedliches: Während sich für Tocqueville der menschliche Geist unter dem Regime der Kasten der Einbildungskraft und der Idee der Bewegung nicht mehr öffne und in der klassen- bzw. kastenlosen Gesellschaft unter der Ähnlichkeit der Menschen leide sowie gleichzeitig nur danach verlange, in der Masse aufzugehen, weil sein Individualitätssinn fast zerstört sei, bedeute für Marx die Abschaffung der Klassen den Sprung in die Freiheit. Auch wenn Marx – wie aus seinem Aufsatz «Zur Judenfrage» hervorgehe - das Amerikawerk Tocquevilles gekannt habe, seien sich die beiden Denker nicht persönlich begegnet, weil sie sich in verschiedenen Welten bewegt hätten: Während der eine ein unbekannter deutscher politischer Flüchtling gewesen sei, der in seinen sozialistischen Kreisen verkehrte, habe der andere in Frankreich bereits angesehene Positionen inne gehabt, nämlich als Mitglied der Académie Française, als Ritter der Ehrenlegion sowie als Abgeordneter des Wahlkreises Valognes. Letztlich differierten die beiden Denker auch in ihrer religiösen Haltung, denn auch wenn sich der Graf bis in die 40iger Jahre des 19. Jahrhunderts dem Christentum innerlich fern gefühlt habe, so habe er jedoch bis zu seinem Tode wieder zu seinem katholischen Glauben zurückgefunden, wohingegen sein deutscher Zeitgenosse ein Vertreter des Atheismus gewesen sei und zwar in einer Form, die sich zwischen dem materialistischen Atheismus der Aufklärung und dem promethischen Aktivismus der Jungdeutschen bewegt habe.<sup>94</sup> Trotz dieser Unterschiede hätten aber sowohl Marx als auch Tocqueville einerseits ökonomische Analysen betrieben, die sich auf Jean-Baptiste Say stützten und andererseits die europäisch - amerikanische Sicht der Sozialgeschichte ins Universelle erweitert, indem Marx ab 1850, sich mit den russischen und asiatischen Sozialstrukturen beschäftigte und Tocqueville Haxthausen kommentierte und eine Studie über Indien schrieb. Bei seinen wirtschaftlichen Analysen gehe der deutsche Sozialist allerdings davon aus, dass die Ausbeutung der Arbeiter immer schonungsloser fortgeführt werde und das kapitalistische Privateigentum, welches auf dieser Expropriation beruhe, jede Form anderen Privateigentums verdrängen werde, was letztlich, sobald die kapitalistische Produktionsweise auf eigenen Füßen stehe, zu einer ganz neuen Form der Vergesellschaftung der Arbeit, zur Verwandlung der Erde sowie zu gesellschaftlichen Produktionsmitteln führen werde. Eine ganz andere, aber ebenfalls wirtschaftliche Analyse betreibe Tocqueville, der davon ausgehe, dass die Klassen auch in Zukunft fortbeständen, denn auch wenn sich das Volk und damit die Masse immer mehr demokratisiere und damit einander immer ähnlicher werden würde, bilde sich ihr gegenüber in der Industrie eine kleine,

---

<sup>93</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Mayer, J.P.: Alexis de Tocqueville und Karl Marx: Affinitäten und Gegensätze, in: Mayer, J.P.: Alexis de Tocqueville. Analytiker des Massenzeitalters, München 1972, 3. Auflage, S. 2/3

<sup>94</sup> vgl. zu diesen Ausführungen über die Differenzen: Mayer, J.P.: Alexis de Tocqueville und Karl Marx: Affinitäten und Gegensätze, in: Mayer, J.P.: Alexis de Tocqueville. Analytiker des Massenzeitalters, München 1972, 3. Auflage, S. 3/4

immer aristokratischere Züge annehmendere Gesellschaft, die sich durch eine kleine Anzahl von sehr reichen, aber eine große Anzahl sehr armer Menschen und damit durch Ungleichheit kennzeichne, und die die Ernährung ihrer Mitarbeiter in Krisenzeiten der öffentlichen Wohltätigkeit überlasse. Diese neu entstehende Demokratie werde eine der härtesten, aber zugleich auch eine der kleinsten und ungefährlichsten, wobei man sie jedoch keinesfalls unterschätzen dürfe, weil die Rückkehr der Aristokratie sowie der dauernden Ungleichheit von gesellschaftlichen Bedingungen über die neu entstehende industrielle Klasse möglich sei.<sup>95</sup>

Differenzen konstatiert Mayer desweiteren in den Prognosen der beiden Denker über die Zukunft des Staates: Während Marx den Staat als Ausbeutungsinstrument einer Klasse durch die andere ansehe und dessen Absterben sowie das Ende der Ausbeutung durch die proletarische Revolution vorhersage, glaube Tocqueville an eine Ausbreitung dessen, denn dieser werde immer mehr Aufgaben an sich nehmen und zentralisieren, was sich einerseits darin äußere, dass er sich immer stärker um Privatangelegenheiten des Einzelnen kümmere und ihm auf diese Weise immer mehr Mühen abnehme und andererseits darin, dass er immer stärker Wirtschaftsaktivitäten übernehme und so zum ersten Industriellen des Landes werde, was ihm jedoch nicht genüge, denn er versuche auch die privaten Industriellen unter seine Kontrolle zu bringen. Um so mehr sich die Staatsmacht ausdehne, um so mehr verschwänden allerdings die Privilegien des Adels, die städtischen Freiheiten und die provinziellen Unabhängigkeiten, die entweder bereits vernichtet seien oder es noch würden. Anders als Marx sei Tocqueville zudem überzeugt, dass die Schaffung von Gleichheit nicht automatisch mit dem Zustand der Freiheit verbunden sei, denn mit zunehmender Gleichheit werde die Freiheit selbst in Frage gestellt und es entstehe aus dieser gesamten Situation eine Bedrohung durch den Despotismus, den man lediglich durch sekundäre Administrationen, wie unabhängiges Rechtswesen, Pressefreiheit und Unverletzbarkeit der Parlamente entgegen gehen könne. Mayer weist an dieser Stelle ausdrücklich darauf hin, dass Tocqueville seine Staatsnormen an den englischen Staatstraditionen orientiere, was sich deutlich in einem an Nassau William Senior gerichteten Brief zeige, in dem er seine enge innere Bindung an England formuliert habe, nicht ohne jedoch gleichzeitig festzustellen, dass diese damaligen britischen Prinzipien heute nicht mehr so unangefochten seien, wie sie es einmal gewesen wären, denn während die Unabhängigkeit des Rechtswesens und die Pressefreiheit unerschüttert sei bzw. noch zum größten Teil existiere, werde die Lokalverwaltung und die plebiszitäre Struktur des Parteiwesens geschwächt bzw. beschränkt, wobei er aber trotz dieser letzteren Tendenzen in England von einer Demokratie sprechen möchte. Was nun Tocqueville und den von ihm prognostizierten Despotismus betrifft, so hält der Verfasser fest, dass der französische Denker einer solchen Entwicklung darüber hinaus noch sehr gerne sekundäre Körperschaften, die Handel und Industrie oder sogar Wissenschaft und Künste vertreten, entgegengestellt hätte. Trotz dieser unterschiedlichen Zukunftsprognosen seien sich die beiden Theoretiker bezüglich der demokratischen Entwicklungen einig, dass das Rad der Geschichte nicht vor das Jahr 1789 zurückgedreht werden könne, wobei Marx allerdings die Zukunft so einschätze, dass sie eine sozialistische Gesellschaft der Freien und Gleichen mitsichbringen werde, womit er ein Utopist bleibe, der das Phänomen des modernen Massenstaates verkenne bzw. übersehe, was nach Einschätzung J. P. Mayers an dessen Befassung mit Spinoza und Rousseau liegen könnte, die beide die Demokratie am Kleinstaat studiert hätten, während Tocqueville wie Montesquieu zwischen freien und unfreien Demokratien unterschieden habe, deren gesellschaftliche Gleichheit die Gefahr des Despotismus in sich berge. Die Ursache dafür, dass Marx diesen

---

<sup>95</sup> vgl. zu diesen letzten Ausführungen: Mayer, J.P.: Alexis de Tocqueville und Karl Marx: Affinitäten und Gegensätze, in: Mayer, J.P.: Alexis de Tocqueville. Analytiker des Massenzeitalters, München 1972, 3. Auflage, S. 4-6

herannahenden Massenstaat verkenne, liege aber nicht nur in dessen Befassung mit Spinoza und Rousseau, sondern auch dessen enger Verbindung zu Hegel, der in seiner «Philosophie der Geschichte» die Repräsentation - anders als Burke, Fox, Madison, Hamilton, Mirabeau und Siéyès - lediglich als eine durch die großen Flächenstaaten bedingte Modifikation der direkten Demokratie angesehen und damit Marx eine Sichtweise vermittelt habe, durch die ihm der Zugang zu diesem Phänomen verbaut worden sei.<sup>96</sup> Die beiden Klassiker unterschieden sich aber nicht nur in ihren Prognosen, sondern auch in der Beurteilung des Verhältnisses von politischer Theorie und politischer Praxis: Während für den deutschen Denker alle Mysterien, welche die Theorien zum Mystizismus veranlassen, ihre rationale Lösung in der Praxis fänden, sehe der französische Aristokrat das Thema differenzierter und glaube, die Politiker seien aus gröberem Holz geschnitten und liebensich von vergangenen historischen Situationen und Strukturen tragen. Marx traue seinen Kommunistenführern darüber hinaus zu, Massenfürer zu sein, weil sie die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Revolution hätten, wohingegen Tocqueville sich nicht sicher sei, ob die Theoretiker tatsächlich solche Führerqualitäten besäßen und daher auf die Freiheit gesetzt hätte, die er allein für fähig halte, die Laster der in demokratischen Gesellschaften erfolgreich zu bekämpfen, denn nur sie vermöge den Bürger aus seiner Vereinzelung herauszuziehen. Es lässt sich somit für Mayer angesichts des Gesagten festhalten, dass die politische Soziologie Tocquevilles in einer festen normativen Haltung ruht, worin ihm Marx jedoch in nichts nachstehe, wie sich in seiner Schrift «Nationalökonomie und Philosophie» zeige, die zu einem neuen Verständnis des Vaters des Kommunismus beigetragen habe, wobei allerdings offen bleibe, ob die zahlreichen in allen Ländern durchgeführten Studien über den Sinn der Marxschen Selbstentfremdung etwas Positives zum Verständnis unserer heutigen Zeit beigetragen hätten.<sup>97</sup> Er wolle aber mit seinen Ausführungen insbesondere zeigen, dass Tocqueville in seiner politischen Theorie vom Phänomen der Vermassung ausgehe, wobei er gleichzeitig auch die damit in Verbindung stehenden Probleme habe ansprechen wollen, nämlich ob zur Erfassung dieser Erscheinung tiefer lagernde Bereiche des Menschlichen nötig seien, ob die dialektische Vernunft es vermöge, die völlig verschiedenen Sprach-, Sozial- und Kulturstrukturen des Westen, vor allem jedoch des Ostens zu verstehen und schließlich ob nicht alle Wissenschaftler zu sehr im Europäischen verhaftet bleiben würden. In jedem Falle sei der französische Denker überzeugt, dass auch unfreie demokratische Gesellschaften gutes entwickeln, reich, raffiniert und glänzend sein, ja so Privattugenden schaffen könnten, doch es würde ihnen niemals gelingen, große Bürger und ein großes Volk hervorzubringen, weil in ihnen das gewohnte Niveau der Herzen und Geister ständig fallen würde.<sup>98</sup> „[...] *Es lag und liegt mir fern für den einen oder den anderen zu optieren, auch wenn meine persönlichen Sympathien mehr dem großen Franzosen gehören.* [...]“<sup>99</sup> betont Mayer am Ende seines Ausatzes und wünscht sich eine Untersuchung der Wirkungsgeschichte der beiden Denker, nicht ohne darauf hinzuweisen, dass Marx in simplifizierter Form in Asien und Europa lebendig sei, wohingegen Tocqueville - ebenfalls simplifiziert -

<sup>96</sup> vgl. zu diesem Punkt der Differenzen: Mayer, J.P.: Alexis de Tocqueville und Karl Marx: Affinitäten und Gegensätze, in: Mayer, J.P.: Alexis de Tocqueville. Analytiker des Massenzeitalters, München 1972, 3. Auflage, S. 6-9

<sup>97</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Mayer, J.P.: Alexis de Tocqueville und Karl Marx: Affinitäten und Gegensätze, in: Mayer, J.P.: Alexis de Tocqueville. Analytiker des Massenzeitalters, München 1972, 3. Auflage, S.9-11

<sup>98</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Mayer, J.P.: Alexis de Tocqueville und Karl Marx: Affinitäten und Gegensätze, in: Mayer, J.P.: Alexis de Tocqueville. Analytiker des Massenzeitalters, München 1972, 3. Auflage, S.11

<sup>99</sup> Mayer, J.P.: Alexis de Tocqueville und Karl Marx: Affinitäten und Gegensätze, in: Mayer, J.P.: Alexis de Tocqueville. Analytiker des Massenzeitalters, München 1972, 3. Auflage, S. 150; Hervorhebung erfolgte durch die Verfasserin

eine Renaissance erfahre, zu der er, der Verfasser, selbst beigetragen habe. Er plädiert für die baldige Schaffung eines einheitlichen geschichtliche-gesellschaftlichen Weltbildes, wobei die Lösung für ihn nicht in der Akzeptierung von Tocquevilles Weltansicht liegt, die versuche, die allgemeinen Züge demokratischer Gesellschaften herauszuarbeiten, auch wenn er es als großen Verdienst des französischen Aristokraten ansieht, dass er eine universale Analyse der geschichtlich-sozialen Welt gegeben habe, welche bei ihm in einer festen, wenn auch nicht immer explizierten Wertorientierung ruhe, was in seinem Brief, den er im Juli 1848 an seinen Freund Stoffels richtete, deutlich werde: Hier frage sich Tocqueville, ob man auf dem sich bewegenden Boden seiner Gesellschaft etwas solides und dauerhaftes schaffen könne - eine Möglichkeit, an die er nicht so ohne weiteres geglaubt habe, denn er würde - hätte er Kinder - diesen raten sich auf alles vorzubereiten, weil das Schicksal ungewiss sei und man sich nur auf das verlassen könne, was man allein durch den Tod verlieren könne: Energie, Mut, Wissen und moralische Haltung.<sup>100</sup> eine Einstellung, die Tocqueville für J. P. Mayer zu einem der Größten der französischen Literaturgeschichte macht.

Fasst man abschließend noch einmal die Erkenntnisse zusammen, die J. P. Mayer aus seinen Vergleichen gewonnen hat, so lässt sich folgendes festhalten: Die politischen Soziologien von Alexis de Tocqueville und Karl Marx würden beide auf einer festen normativen Grundhaltung beruhen und sich mit Ökonomie sowie der Sozialgeschichte von Staaten beschäftigen, die außerhalb Europas und Amerikas lägen. Beide Denker seien in ihrer Zeit davon überzeugt, dass die seit 1789 stattgefundenen gesellschaftlichen Veränderungen nicht mehr rückgängig gemacht werden könnten, dass es auch in Zukunft noch zu Revolutionen kommen würde, sowie dass Klassen der entscheidende Gegenstand und das Eigentum Zentrum der geschichtlichen Entwicklung seien. Über die weitere Entwicklung der Klassen, des Eigentums sowie des Staates herrsche bei Marx und Tocqueville dagegen Uneinigkeit, denn während der Erstere annehme, alle drei Gesellschaftphänomene würden durch eine aufgrund der schonungslosen, kapitalistischen Ausbeutung der Arbeiter verursachte proletarischen Revolution verschwinden und in eine klassenlose und freie Gesellschaft münden, glaube der Letztere, sie würden alle drei auch in Zukunft weiterbestehen, wobei das Eigentum seine Formen ändern, die Klassen u.a. in eine zahlenmäßig weitaus dominierende Mittelklasse sowie eine ungleiche Industrieklasse zerfallen und der Wirkungskreis des Staates zunehmen werde, wobei die durch die vorherrschende Mittelklasse entstandene gleiche Gesellschaft der Gefahr des Despotismus ausgesetzt sein würde, so dass sie nicht unbedingt die Freiheit mitsichbringen müsse. Im Rahmen der zukünftigen Entwicklung verkenne Marx im Gegensatz zu Tocqueville nicht nur das Herannahen des modernen Massenstaates, sondern nehme fälschlicherweise auch anders als der französische Denker an, dass ein Theoretiker immer auch Führerqualitäten besitze. Betrachtet man sich die von J. P. Mayer gefundenen Erkenntnisse in dieser zusammengefassten Form, so wird deutlich, dass die beiden Denker für ihn zwar in ihrer Einschätzung der Vergangenheit harmonisieren, aber in ihren Schlussfolgerungen für die Gestalt der zukünftigen Gesellschaft weitgehend voneinander abweichen. Was die Grundlage seiner Erkenntnisse betrifft, so stützt sich Mayer auf vereinzelte Stellen aus dem Werk der beiden Klassiker: Er entnimmt etwa seine Überzeugung sowohl bei dem deutschen als auch bei dem französischen Denker sei die Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen aus dem „Kommunistischen Manifest“ sowie „Dem 18. Brumaire des Louis Napoleon“ von Marx sowie aus

---

<sup>100</sup> vgl. zu diesen letzten Ausführungen: Mayer, J.P.: Alexis de Tocqueville und Karl Marx: Affinitäten und Gegensätze, in: Mayer, J.P.: Alexis de Tocqueville. Analytiker des Massenzeitalters, München 1972, 3. Auflage, S.11-13

„Dem alten Staat und die Revolution“ sowie den „Souvenirs“ von Tocqueville. Bei seinen Erörterungen zur Klasse, zu den zukünftigen Gesellschaftsbeschreibungen sowie zu dem Problem der Vermassung greift er auf das zweite Demokratiebuch des französischen Denkers zurück, während er für Marx hier keine Literaturstelle bzw. „Das Kapital“ und das „Kommunistische Manifest“ benennt. Mit dieser Betrachtung gewinnt man aber eine weitere Erkenntnis über den von Mayer durchgeführten Tocqueville-Marx-Vergleich, nämlich dass er im wesentlichen aus mehr oder weniger umfangreichen Textpassagen einzelner Werke der beiden Theoretiker besteht, so dass fragwürdig ist, ob hier wirklich ein aussagekräftiges Vergleichsergebnis der beiden Theoretiker vorliegt.

### **bb. Geiss, Immanuel: Tocqueville und Marx, 1959**

Ein Jahr nach J. P. Mayer veröffentlichte Immanuel Geiss eine weitere Vergleichsarbeit zu Alexis de Tocqueville und Karl Marx, die in der von der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen Zeitschrift „Die neue Gesellschaft“ erschien und in der er die Überzeugung äußerte, dass es bei erster Betrachtung der beiden Denker zwar keinen größeren Gegensatz gebe als denjenigen zwischen dem Aristokraten Tocqueville und dem leidenschaftlichen Revolutionär Karl Marx, zumal sie in ihren in ihren Werken kaum voneinander Notiz genommen hätten, doch eine genauere Betrachtung zeige überraschende Parallelen, die durch die Unterschiede nur noch stärker betont werden würden. In seinem Vergleich konzentriert sich Geiss dann lediglich auf die Ansichten Tocquevilles, einerseits weil die marxsche Theorie hinreichend bekannt sei, andererseits weil der französische Denker von konservativ-autoritären Publizisten durch eine oberflächlichen Interpretation, innerhalb derer wesentliche Gedanken des Franzosen übersehen worden seien, als Kronzeuge gegen die moderne Demokratie angeführt werde.<sup>101</sup> Im Rahmen dieses Vorgehens werde dann übersehen, dass sich in Tocquevilles gesamten Werken einige Elemente dessen verstreut finden, „*was man sich heute vielfach sehr vergrößernd unter «historischem und dialektischem Materialismus» zu verstehen angewöhnt hat.*“<sup>102</sup>

Zunächst habe Tocqueville in den sozialen und politischen Umwälzungen des 19. Jahrhunderts eine kontinuierliche Revolution gesehen, die 1789 mit der Französischen Revolution begonnen, ihre Fortsetzung in den Ereignissen von 1830 und 1848 gefunden und danach weiter angedauert habe, wobei sie alle allerdings nichts anderes dargestellt hätten, als den unaufhaltsamen Siegeszug der Demokratie, deren Ziel es gewesen sei, eine neue Gesellschaftsordnung aufzustellen, in der alle Menschen gleich sein sollten. Um diese alle bisherigen Ordnungen umwälzenden Veränderungen verstehen zu können, habe Tocqueville es dann für unerlässlich gehalten, die Gesellschaft vor und während der Revolution zu analysieren, und sich gleichzeitig darum bemüht, die politische und geistige Freiheit vor der unverhüllten Despotie und der verhüllten Tyrannei der Mehrheit zu retten. Unabhängig von Marx habe er ebenso die soziologische Betrachtungsweise entwickelt und in die Geschichtsschreibung eingeführt, wobei die von ihm durchgeführten Analysen darüber hinaus sowohl gedankliche als auch begriffliche Übereinstimmung mit Karl Marx aufwiesen, es ließen sich im gesamten Werk des französischen Denkers sogar einige Elemente erkennen, die die heutige Wissenschaft dem historischen und dialektischen Materialismus zuordne. Dieser Umstand ändere allerdings nichts daran, dass er als bürgerlicher Soziologe einzu-

---

<sup>101</sup> vgl. zu diesen bisherigen Ausführungen: Geiss, Immanuel: Tocqueville und Marx, in: Die neue Gesellschaft, Nr. 6, 1959, S. 237

<sup>102</sup> Geiss, Immanuel: Tocqueville und Karl Marx, in: Die neue Gesellschaft, Nr. 6, 1959, S. 237

stufen sei, der nicht in eine marxistische Schablone gepresst werden solle. So verwende er zwar wie Marx den Begriff Klasse, jedoch am Anfang seines Schaffens sei dieser Begriff noch sehr verschwommen in seiner Bedeutung, denn er kenne lediglich Reiche, Arme sowie der Mittelklasse Zugehörige. Erst in seinem letzten, unvollendeten Werk „L' Ancien Régime et la Révolution“, formuliere er den Inhalt dieses Begriffes etwas genauer: hier begnüge er sich nicht mit gängigen Bezeichnungen wie Adel, Geistlichkeit, Bürgertum sowie Bauern, sondern sehe auch in den Beamten, die eigene Traditionen, Vorzüge, Ehrenvorstellungen und Selbstbewusstsein hätten, eine selbstständige Klasse und käme damit der marxischen Klassenvorstellung näher. An manchen anderen Stellen dieses Werkes, an denen Tocqueville von Klassen spreche, erinnere seine Ausdrucksweise in ihrer Prägnanz und Tendenz sogar sehr deutlich an seinen marxistischen Zeitgenossen, so etwa wenn er sage, dass man als Mensch zunächst einer Klasse angehöre, hinter der die eigene Meinung zurücktrete, was nichts anderes bedeute, als dass etwa die schlechte Lage der Bauern nicht nach dem glücklichen Los einzelner, sondern dem armen Zustand aller zu bestimmen sei, womit er Marx' Aussage «das gesellschaftliche Sein bestimme das Bewusstsein», d.h. die Zugehörigkeit zu einer Klasse präge den Geist ihrer Angehörigen, sehr nahe komme. Diese entscheidende Rolle der Klasse für den Einzelnen lasse den französischen Denker zum marxischen Schluss kommen, dass es allein die Klasse sei, die die Geschichte beschäftige. Die Vorstellung von Marx, dass die Mittel des Staates vorwiegend im Interesse der herrschenden Klasse benutzt würden, teile er ebenfalls, so etwa wenn er die Handlungsweise des Ancien Régime den oberen Schichten gegenüber als behutsam, den unteren gegenüber als roh und prompt beschreibe, aber auch wenn er sage, mit dem Sieg der Mittelklasse in der Revolution von 1830 sei die Macht sowie alle Rechte und Freiheiten auf sie übergegangen. Hieraus ergebe sich bei Tocqueville dann ein weiteres typisch marxistisches Element: die Ausbeutung der Gesellschaft durch eine herrschende Klasse sowie der Arbeiter durch die Unternehmen. Der Franzose stelle nämlich fest, dass die Arbeiterschaft nach ihrer Ausbeutung nichts anderes mehr besessen habe als ihre Arme – ein Zustand, aufgrund dessen sie sich dann um so leichter hätten weiter ausbeuten lassen, was in der Folge den Klassenkampf und mit dem Einsetzen der demokratischen Revolution sogar den Klassenkrieg verursacht habe, so dass für Tocqueville ebenso wie für Marx die moderne Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen sei. Ein weiterer Beleg für diese letztere Überzeugung von Tocqueville sei eine Stelle aus seinem Werk, in der er die Situation des mittelalterlichen Florenz, wo der Herrschaft des Adels diejenige des Bürgertums und schließlich die des Volkes folgte, mit derjenigen seiner eigenen Zeit gleichstelle. Für diese Interpretation spreche desweiteren, dass für Tocqueville die demokratische Bewegung, die bereits im Feudalismus begonnen habe und ein universales, beständiges und von den Menschen unbeeinflussbares Faktum der Vorsehung sei, sowohl die Feudalität als auch die Könige besiegt habe. Mit dieser unaufhaltsamen Entwicklung hin zu mehr Gleichheit sei darüber hinaus jedoch auch eine gewaltige globale Umwälzung verbunden, deren Auftakt die Revolutionen seiner eigenen Zeit darstellten und deren Ausgang - eine egalitäre Gesellschaftsordnung - der Aristokrat vorhergesehen habe, während seine Zeitgenossen nur die negativen Auswirkungen dieses Prozesses wahrgenommen hätten. Es handele sich also für den französischen Denker um ein Ereignis, das man - gäbe es keine Konnexionen zur bolschewistischen Revolution - mit dem Begriff Weltrevolution umschreiben könne, denn auch wenn Tocqueville den bisherigen Revolten, die lediglich stattfänden, wenn sich die gesellschaftlichen und politischen Institutionen wegen der Kurzsichtigkeit, Verblendung und dem Egoismus der herrschenden Klasse den neuen Gesellschaftsinhalten nicht anpassen wollten, nur eine zeitlich und räumlich begrenzte Bedeutung beimesse, so gehe er jedoch gleichzeitig davon aus, dass sich die Gesellschaften auch in ruhigen und stabilen Zeiten langsam wandelten, wodurch die von ihm beschriebene Umwälzung hin zu immer

mehr Gleichheit die Tendenz in sich trage, in ihren verschiedenen Phasen die gesamte Menschheit zu erfassen. Obwohl der französische Theoretiker an dieser Stelle erkenne, dass mit Hilfe der Revolution verzögerte gesellschaftliche Evolutionen schnell nachgeholt werden könnten, so bleibe er doch ein Anhänger der langsamen und friedlichen politischen sowie sozialen Veränderung und werde nicht wie Marx zum nach Umsturz strebenden Revolutionär. Er sei davon überzeugt, dass ein langsamer Wandel das Umschlagen der Demokratie in eine egalitäre Despotie verhindere, allerdings nur solange die Freiheit nicht durch Klassen und Kasten dem Volk vorenthalten würde. Beide Denker sähen desweiteren unabhängig voneinander die innere Einheit der modernen Geschichte in ihren sozialen Veränderungen und hätten als erste den Begriff der industriellen Revolution geprägt: Tocqueville 1851 in seinen *Souvenirs* und Marx zunächst indirekt in seinen Schilderungen im *Kommunistischen Manifest* von 1848, in denen er dieses Phänomen charakterisiert habe, später direkt im ersten Band seines Buches „*Kapital*“, als er die wirtschaftlichen Umwälzungen Englands beschrieben habe.<sup>103</sup>

Trotz der beschriebenen, bedeutenden Übereinstimmungen in ihren gesellschaftlichen Analysen reagierten die beiden Männer unterschiedlich: Während der dreizehn Jahre ältere Aristokrat für eine bürgerliche Gesellschaft optiert, sein Anschauungsmaterial hauptsächlich aus der Revolution von 1789 geholt und die Rolle eines resignierenden Beobachters gespielt habe, der allenfalls versucht habe, die Ereignisse seiner Zeit in freiheitliche Bahnen zu lenken und als aktiver Staatsmann die Anfänge der proletarischen Revolution, wie den Arbeiteraufstand im Juni 1848, mit Waffengewalt zu bekämpfen, habe Marx die geistige Physiognomie der Ereignisse von 1848, aus denen er sein Anschauungsmaterial bezogen habe, geprägt. Entsprechend ihrer unterschiedlichen Stellung sei Tocquevilles Werk zu seinen Lebzeiten von großem Erfolg gekrönt gewesen, habe jedoch in den folgenden Jahrzehnten an Einfluss verloren und sei allein literarisch und geistesgeschichtlich von Interesse geblieben, wohingegen Marx bald zahlreiche Jünger um sich geschart habe, die sein Werk ausbauten und z.T. verzerrten. Positiv zu bemerken, sei allerdings, dass der französische Denker durch seine innere Distanz zur sozialen Revolution diese zutreffend als einen kontinuierlichen, gelegentlich durch politische Revolutionen vorangetriebenen Prozess beschrieben habe, der heute noch andauere, von dem aber nun die gesamte Erde erfasst werde; Marx dagegen habe eine Zusammenbruchstheorie entwickelt, die von einem bestimmten Tag X ausgehe, mit dem der Kapitalismus durch eine damit ausgelöste Weltrevolution schlagartig zusammenbrechen sollte, doch sowohl die 48er Revolution als auch die Pariser Kommune hätten entgegen seiner Hoffnungen nicht den Anfang eines solchen Ereignisses dargestellt und die Erfahrung der Geschichte zeige, dass es einen solchen Tag X auch nicht gebe. Tocqueville habe angesichts seiner Interpretation der Ereignisse dann auch für die neu entstehende Welt eine neue Politikwissenschaft gefordert, die bisher - so Geiss - noch nicht geschaffen worden sei, so dass es zu Fehlentwicklungen und Katastrophen gekommen sei, weil die politischen Führungskräfte die neuen soziologischen Probleme weder zu begreifen noch zu beurteilen vermocht hätten. Immanuel Geiss möchte daher eine ökonomisch und historisch orientierte politische Soziologie, die die ständigen Wandlungen der Gesellschaft aufspüren, registrieren und analysieren soll, um sie dann vernünftig beurteilen zu können. Ihre Ergebnisse sollen den Politikern sowie Staatsmännern die Möglichkeit geben, die Gegenwart in ruhigere Bahnen zu lenken. Zusammenfassend ist der Verfasser überzeugt, dass Tocqueville erhebliche Teile von Marx Diagnose bestätigt, sie aber in manchen Aspekten korrigiert habe.<sup>104</sup>

---

<sup>103</sup> vgl. zu den gesamten Ausführungen dieses Absatzes: Geiss, Immanuel: Tocqueville und Marx, in: *Die neue Gesellschaft*, Nr. 6, 1959, S. 237/238

<sup>104</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Geiss, Immanuel: Tocqueville und Marx, in: *Die neue Gesellschaft*, Nr. 6, 1959, S. 240



Immanuel Geiss kommt anhand seiner Untersuchungen zu der Erkenntnis, dass sowohl der passive, in seinen politischen Aktionen erfolglose, allerdings während seines Lebens durch seine Werke bekannte Alexis de Tocqueville, als auch der mit Erfolg die Ereignisse von 1848 prägende Karl Marx Vertreter des historisch-dialektischen Materialismus sind. Dies zeigt sich für ihn v.a. daran, dass beide überzeugt seien, die Klassen hätten die Geschichte bestimmt, die Gesellschaft werde von einer herrschenden Klasse ausgebeutet, die Geschichte sei eine Geschichte von Klassenkämpfen und es werde eine Weltrevolution geben. Trotz dieser mehr oder weniger vollständigen Identität, die Geiss zwischen den beiden Klassikern konstatiert, räumt er zwei entscheidende Unterschiede zwischen ihnen ein: Erstens, dass Tocqueville ein bürgerlicher Soziologe verbleibe, weil die Elemente des historisch-dialektischen Materialismus in seinen Werken nur vereinzelt aufträten. Zweitens, dass der französische Denker zutreffend eine gerade beginnende, kontinuierliche und durch politische Revolten unterbrochene soziale Revolution prognostiziere, während Marx eine nicht zutreffende Zusammenbruchstheorie auf einen bestimmten Tag X hin formuliere, in die er manche seiner eigenen Wunschvorstellungen hineinprojiziere. Der Verfasser kommt also zu dem Ergebnis, dass Alexis de Tocqueville und Karl Marx zwar von denselben Erkenntnissen ausgingen, aber hieraus abweichende Voraussagen für die Zukunft formulierten. Was die Werke betrifft, die Immanuel Geiss für seinen Vergleich der beiden Denker heranzieht, so entnimmt er den tocquevilleschen Klassenbegriff aus dem Buch „L’Ancien Régime et La Révolution“, aus dem ersten Demokratiebuch sowie aus den von Tocqueville verfassten Souvenirs und sein Gleichheitsprinzip aus der Einleitung des ersten Bandes von „De la Démocratie en Amérique“. Es sind auch Auszüge aus eben diesen drei Arbeiten des französischen Aristokraten, an denen er die tocquevillesche Überzeugung herausarbeitet, die Geschichte der Menschheit sei bestimmt von einer Entwicklung hin zu immer mehr Gleichheit, also vom **Glaube an die Weltrevolution**. Es wird also deutlich, dass sich der Klassenbegriff bei Geiss auf umfangreichere Textauszüge als bei Mayer stützt, während Letzterer aber wiederum bei der Beschreibung der zukünftigen Gesellschaft umfangreichere Auszüge heranzieht. Da die beiden Wissenschaftler eine unterschiedlich starke Aussagennähe der beiden Denker in ihren gesellschaftlichen Konzepten feststellen, erhält die bei Mayer bereits formulierte Vermutung, dass eine sich nur auf einzelne Stellen berufende Interpretation eine große Auslegungsbreite des Gedankengutes von Marx und Tocqueville zulässt, ohne dass ihre tatsächliche Haltung wirklich abschließend geklärt werden kann, eine weitere Bestätigung. Es muss daher davon ausgegangen werden, dass sowohl die Arbeit von Geiss als auch diejenige von Mayer sehr starken subjektiven Gewichtungen unterliegt.

**cc. Kiesinger, Kurt Georg: Die Prognosen des Grafen Alexis de Tocqueville am Beginn des industriellen Zeitalters, 1961**

Die Bemühungen Mayers und Geiss' schienen bereits Anfang der 60iger Jahre einen gewissen Erfolg zu zeigen, als der baden-württembergische Ministerpräsident Kurt Georg Kiesinger am 3. Dezember 1960 in Karlsruhe eine Rede über den noch weithin unbekanntem französischen Theoretiker Alexis de Tocqueville hielt und hierbei auch auf Karl Marx Bezug nahm. Dieser in den Karlsruher Akademischen Reden im Jahre 1961 veröffentlichte Vortrag, nimmt seinen Anfang bei der Frage, wohin sich die Menschheit in Zukunft ent-

wickeln werde und stellt zunächst fest, dass diese die heutige Gesellschaft beschäftigende Frage bereits vor hundertzwanzig Jahren von dem im 20. Jahrhundert praktisch vergessenen, aber dennoch zu den bedeutendsten Soziologen zählenden und von Wilhelm Dilthey als bester Analytiker seit Aristoteles und Machiavelli bezeichneten Grafen Alexis de Tocqueville untersucht worden sei. Das Werk dieses französischen Denkers, der mehr als nur ein überragender Historiker und politischer Analytiker gewesen sei, erfahre gerade wegen seiner sicheren, heute in der Realität tatsächlich eingetroffenen Prognosen eine Wiederentdeckung. So habe er etwa bereits 1835 vorhergesagt, dass Amerika und Russland zu leichten und raschen Schritten die bestimmenden Weltmächte werden würden, wobei das Mittel des Handels bei dem ersteren Staat die Freiheit bei dem zweiten die Knechtschaft sei. In seinen „Erinnerungen“ erkenne er darüber hinaus, dass die Französische Revolution, d.h. die soziale Umwandlung der Gesellschaft noch nicht ihr Ende erreicht habe, sondern über einen nicht vorhersehbaren Zeitraum fortauern würde. Als letztes Beispiel für die Prognosesicherheit des französischen Denkers führt Kiesinger an, dass er die moderne Massengesellschaft beschrieben habe, die sich durch eine nivilierte, unverbundene Masse kennzeichne und von einer absoluten, genauen, regelmäßigen, vorsorglichen, milden, der elterlichen Gewalt ähnlichen Macht geleitet werde, deren Ziel es sei, durch eine umfangreiche Fürsorge für den Einzelnen ihn in einer ewigen Kindheit zu halten. Wie Carl J. Burckhardt ist Kiesinger von der prognostischen Fülle Alexis de Tocquevilles tief beeindruckt, doch anders als J.P. Mayer hält er die Bezeichnung Prophet keineswegs adäquat für den französischen Denker, denn die von ihm herausgearbeiteten Erkenntnisse seien keineswegs prophetische Eruptionen, sondern vielmehr – wie auch Dilthey erkannt habe – Ergebnisse eines „mit Nüchternheit und Strenge forschenden Geistes“<sup>105</sup>. Auch möchte er das Denken Tocquevilles nicht so zerreißen wie der amerikanische Wissenschaftler T.V. Smith, der ihn 1942 in seinem Aufsatz «Handsight on Tocqueville's Foresight» als «cognizant scientist», als «clairvoyant philosopher» und als «audacious prophet» bezeichnet habe, aber er räumt ein, dass in seinem Denken Empirie und Theorie sehr oft ineinander gehen würden, insbesondere in seinem 1840 erschienen zweiten Teil seines Amerikabuches, das noch nicht genau untersucht worden sei. An diesem Werk werde deutlich, dass der Franzose nicht nur beobachtet und gedacht, sondern vieles gelesen habe und manchen seiner zeitgenössischen oder auch früheren Autoren verpflichtet gewesen sei. Die Größe empfängt Tocquevilles Werk v.a. durch seine Persönlichkeit, denn er hätte nicht als Unbeteiligter geschrieben, sondern als existenziell Betroffener, der zusammen mit seinen Zeitgenossen in eine seit Jahrhunderten andauernde immer reißender werdende Bewegung hin zur Nivellierung der Unterschiede hineinversetzt gewesen sei, die durch das Christentum, vor dem alle Menschen gleich seien, aber auch den Zentralismus der französischen Könige befördert worden sei. Die von der Französischen Revolution hierbei gleichzeitig proklamierten Forderungen der Freiheit und Gleichheit, seien zwar miteinander vereinbar, aber da die Menschen sich von allem freimachen wollten, um sich ausschließlich gleich zu machen, werde die Freiheit mit zunehmender Gleichheit in Frage gestellt. Mit diesem dialektischen Satz habe Tocqueville – wie zu Recht gesagt werde – die prinzipielle Struktur der modernen Massengesellschaft als erster aufgedeckt. Seine Terminologie für diese Bewegung sei vielfältig und reiche von Begriffen wie Demokratie, kontinuierlicher Zug zur Gleichheit zu permanenter Revolution bzw. unwiderstehlicher sozialer Revolution und bedürfe noch einer exakten wissenschaftlichen Klärung. Überhaupt klebe Tocqueville nicht an überlieferten Wörtern, vielmehr versuche er, von der Sache, die er begriffen habe, zum rechten Weg zu gelangen und so habe er den heraufdrohenden Termitenstaat nur beschrieben und festgestellt, dass die alten Wörter Despotismus und Tyrannei nicht passten. Sainte-Beuve, der

---

<sup>105</sup> Kiesinger, Kurt Georg: Die Prognosen des Grafen Alexis de Tocqueville am Beginn des industriellen Zeitalters, abg. in: Karlsruher Akademische Reden, S. 7

ihn feindselig bewundert habe, glaubte ihn daher daran erinnern zu müssen, dass nichts brutaler sei, als eine Tatsache, doch Tocqueville habe sich nicht von der unheimlichen Faszination oder der einlullenden Beschwichtigung des Wortes blenden lassen, sondern habe versucht, den Tatsachen auf den Leib zu rücken. Seltsamerweise sei ihm aber dennoch gelegentlich apriorisches Denken vorgeworfen worden.

Tocquevilles zentraler Gedanke und sein dominierendes Anliegen sei die Rettung der Freiheit gewesen, denn für ihn konstituiere sie den Menschen und sei daher unerlässlich. Tocqueville glaube, dass der vorsorgliche und milde waltende Vormundschaftsstaat sowie die in ihm herrschenden Lebensbedingungen den freien Sinn und die freie Kraft des Menschen langsam aufzehren und dem freien Willen kein Betätigungsfeld mehr überlassen würden – eine Befürchtung, die sein Zeitgenosse Hans Freyer in seiner «Theorie des gegenwärtigen Zeitalters» von dem französischen Denker übernommen habe. In diesem Zusammenhang bemerke der französische Theoretiker auch, dass Amerika seinen Bürger über die Verfassung zwar große Freiheit gewähre, ihn aber über die Konvention furchtbar normiere. Tocqueville erscheine es daher erträglicher unter der Herrschaft eines herkömmlichen Despoten zu leben, als unter dem von ihm charakterisierten Vormundschaftsstaat, den er immer wieder warnend beschrieben habe, doch dessen dämonischen Möglichkeiten, die die Macht im Besitz eines Menschen erfahren könne und die eben Kiesingers Generation habe erfahren müssen, er im Banne des humanitären Optimismus seines Zeitalters verkannt habe. Immerhin erkenne der französische Denker - und der ihn später eifrig lesende Jakob Burckhardt habe es vielleicht von ihm übernommen - dass es im zukünftigen Vormundschaftsstaat zu einer Verschmelzung der Gewohnheiten der kaufmännischen Angestellten sowie der Soldaten komme und das Volk ein Abbild der Armee werde.

Trotz seiner prognostischen Präzision habe auch Tocqueville bei gewissen Einschätzungen nicht Recht behalten, was seiner Persönlichkeit und seinem Werk allerdings keinen Abbruch tue. So habe er zwar die Heraufkunft der Weltmächte Amerika und Russland vorhergesehen, aber seine Generation könne bereits erkennen, dass sich diese Prognose überlebt habe angesichts der Entstehung des chinesischen Riesenreiches und anderer schon zu erahnender Titanen im alten Asien. Er halte darüber hinaus die Industrialisierung im Wesentlichen für eine Folge des grenzenlosen Gewinn-, Produktions- und Konsumstrebens der egalitären Massengesellschaft, die sich wechselseitigen bedingten und vorantrieben, ohne den untrennbaren Zusammenhang zwischen der modernen Technik mit der industriellen Revolution sowie dem darin steckenden Sachzwang zu sehen, der die Menschen zum bloßen Vollstreckungsorgan der Sache neutralisiere. Um einen Irrtum handle es sich dagegen, wenn man glaube, Tocqueville hätte der sozialen Frage im Zeitalter der industriellen Revolution nicht genügend Aufmerksamkeit gewidmet, denn er habe das Problem in seinem Amerikabuch, in seinen berühmten Parlamentsreden vor und nach der Februar-Revolution beschrieben sowie in seinen Briefen und Erinnerungen eindringlich behandelt. In diesem Zusammenhang würden vielfach die beklemmenden Eindrücke, die der französische Denker über die damalige Metropole der industriellen Revolution, Manchester, geschrieben habe, vergessen: Hier erkenne er, dass dieses geschichtliche Ereignis trotz aller rechtlich-formaler, politischer und bürgerlicher Gleichheit Ungerechtigkeiten schaffe und der Arbeiter, der sich ständig und ausschließlich mit der Fabrikation desselben Gegenstandes beschäftige, erlange zwar eine außerordentliche Geschicklichkeit, aber gleichzeitig werde im Zuge dieser Entwicklung der Mensch in ihm Schritt für Schritt degradiert und gehöre sich nicht mehr selber. Im Rahmen dieser Entwicklung werde der Unternehmer immer reicher und es bilde sich eine neue Art von Aristokratie, die aber anders als die althergebrachte weder echte Verbundenheit noch ein patriarchalisches Schutz- und Treueverhältnis besäße. Sie verdumme und verelende die Menschen und überlasse sie in Krisenzeiten der öffentlichen Wohlfahrt. Er habe in einer Kammerrede davor gewarnt, dass sich in der heraufkom-

menden Industriearbeiterschaft Gesinnungen verbreiteten, die die Grundlagen der Gesellschaft erschüttern wollten und habe daher seine Parlamentskollegen aufgefordert, das Übel durch wirksame Mittel zu heilen und nicht nur die Symptome zu behandeln. Tocqueville sei ausgelacht worden, als er dieses Szenario warnend beschrieb, doch bereits wenige Monate nach seiner Rede sei die von einer sozialistischen Grundwelle getragene Februar-Revolution ausgebrochen.

In diesem Zusammenhang liege es nun nahe – so meint Kiesinger – Tocqueville mit den frühen Sozialisten wie St. Simon oder Karl Marx zu vergleichen, was teilweise bereits andeutungsweise geschehen sei, doch für die künftige Forschung bleibe noch viel zu tun. Karl Marx habe blutige Geschichte gemacht, die immer noch andauere, weil seine Nachfolger die Geschichte entgegen ihrer eigenen Geschichtstheorie vergewaltigt hätten. Dabei habe Tocqueville wie der deutsche Denker den erbarmungslosen Kampf der Klassen in der Industriegesellschaft, die Ausbeutung und Verelendung der Massen sowie die ständige Vermehrung und Konzentration der Produktionsmittel prophezeit. Anders als dieser habe er jedoch nicht chiliastisch und mit verkrampftem und verzerrtem Blick die Revolution, die Diktatur des Proletariats und das utopische Ende einer Klassen- und staatenlosen Gesellschaft gefordert, oder sei in einem säkularisierten Wunderglauben überzeugt gewesen, dass das kapitalistische Zeitalter allein durch die veränderten Produktionsverhältnisse verändert werden könne, weil nur sie und nicht der von Hegel angenommene Geist einen neuen Menschen schaffen würden, sondern habe gewusst, dass die Vorsehung die Menschenwelt nicht völlig frei geschaffen, sondern vielmehr jedem Menschen einen Schicksalskreis gezogen habe, der allerdings sehr weit sei und daher reichlich Freiraum gewähre. Sollten sich die Dinge schlecht entwickeln und die Freiheit im zähen Kampf mit der Gleichheit unterliegen, so habe er den nivellierenden, isolierenden, atomisierenden und versklavenden Vormundschaftsstaat vorausgesagt und er habe mit seiner Überzeugung, dass ein solcher Unheil-Staat abgewendet werden könne, zumindest bis zum Zeitpunkt seiner Rede, also bis Ende 1960, recht behalten. Trotz gewisser Gemeinsamkeiten mit Karl Marx könne man Tocqueville nicht zum Sozialisten stempeln, da er dessen utopische und chiliastische Elemente nicht besitze und darüber hinaus auch ein entschiedener Gegner des Sozialismus gewesen sei, der weithin mit dem heutigen Kommunismus übereinstimme. Ihn den klassischen Liberalen zuzurechnen, wäre ebenfalls inkorrekt, da er sich entschieden gegen den Perfektibilitätsglauben und den die Anarchie heraufbeschwörenden Individualismus gewandt habe. Dieser Umstand trage dazu bei, dass er von Kulturpessimisten und Untergangspropheten als zitiert und etwa gelegentlich mit seinem spanischen Zeitgenossen Donso Cortes verglichen worden sei, der glaubte, der Mensch sei ohnmächtig dem Bösen ausgeliefert. Tocqueville wusste aber ebenso wie der ihm vertraute Autor Pascal, dass der Mensch widersprüchlich ist und sowohl Mitleid und Bewunderung als auch Verachtung und Entsetzen zu erregen vermag, weswegen er geglaubt habe, dass allein der Wille innerhalb demokratischer Völker die Freiheit im Zeitalter der Gleichheit retten könne. Auch wenn sein Glaube zeitweilig verblasst gewesen sei, so habe er ein christlich, vielleicht etwas jansenitisch geprägtes Menschenbild besessen, denn auch ohne systematische Darstellung werde an vielen Stellen seines Werkes deutlich, dass er überzeugt sei, die Welt werde von Gott gelenkt und strebe dessen Willen folgend nach immer mehr Gleichheit. Moral, Religion, Ordnung, Freiheit und Gleichheit der Menschen vor dem Gesetz seien für ihn daher anders als für viele seiner Zeitgenossen heilige und in Gottes Augen unauflöslich vereinigte Dinge. Tocquevilles religiös fundierte, naturrechtliche Überzeugungen träten v.a. an jener Stelle zur Geltung, wo er vom allgemeinen, Bürger und Völker bindenden Gesetz der Gerechtigkeit spreche, das trotz seiner Bindungswirkung erlaube, einem ungerechten Gesetz nicht zu gehorchen, weil es über ihm noch eine höhere Instanz, nämlich Gott, gebe. Nur wenn dieses Gesetz gelte und respektiert werde, könne die Freiheit auf Er-

den wirksam verteidigt werden. Hierzu müssten allerdings große institutionelle Anstrengungen unternommen werden, wozu die Dezentralisation, die Gemeindefreiheit, die bundesstaatliche Struktur, die Freiheit der Presse, die Abwehr zu starker staatlicher Kompetenz auf allen Gebieten, der Raum für private Initiative, soziale Gerechtigkeit v.a. gegenüber den Industriearbeitern sowie das Eigentum für alle gehörten. Trotz solcher demokratischer Institutionen sowie einer demokratischen Verfassung könne das Einverständnis eines Volkes mit der Verfassung fehlen und eine despotische Regierung die Zustimmung einer verkommenen und des Sinnes für die Freiheit oder besser der Sitten beraubten Bevölkerung bekommen. Kiesinger führt hier die von Tocqueville beschriebenen Konsequenzen an und möchte sie v.a. den Wirtschaftswunderkindern ins Stammbuch schreiben: Eine demokratische Gesellschaft, in der sich die Freude an materiellen Genüssen schneller entwickle als die Bildung und die Gewohnheiten der Freiheit, sei irgendwann nur noch vom Bestreben, Reichtum zu erwerben, erfüllt und lasse ihre Rechte bereitwillig entgleiten. Die Ausübung ihrer politischen Pflichten erscheine ihnen als ärgerliche Störung, die sie nur von ihrem Gewerbe ablenke und sie bemerkten nicht, dass sie das Wichtigste vernachlässigten, nämlich Herr über sich selbst zu bleiben. Da es aber keine Schicht gebe, die diese öffentlichen Aufgaben übernehme, bleibe der Platz der Regierung unbesetzt, so dass ein geschickter Ehrgeiziger in diesem Augenblick die Macht an sich reißen könne und dann die Möglichkeiten der Usurpation besäße.

Tocqueville habe in diesem Zusammenhang auch erkannt, dass für eine Demokratie das Problem der Eliten entscheidend sei, denn die Demokratie-Anhänger müssten nicht das Volk an die Regierung bringen, sondern diesem vielmehr die Fähigsten zur Wahl anbieten, wollten sie das Schicksal der modernen Nationen nicht aufs Spiel setzen. J.P. Mayer sei nun überzeugt, dass hier die große Schwäche der toquevilleschen Staatsphilosophie liege, weil er das Problem der Eliten zwar formuliert, aber nicht gelöst habe. Doch Kiesinger sieht das anders, denn ein Einzelner vermöge nicht ein zukünftiges, noch nicht vorhandenes Problem zu lösen, insbesondere wenn hier ein Mann wie Plato und die ihm nachfolgenden Philosophen es ebenfalls nicht vermocht hätten.

Obwohl auch Tocqueville – um mit Romano Guardinis Worten zu sprechen – in seinem Herz manchmal das Gefühl gehabt habe, dass eine solche Welt nicht mehr lohne, habe er anders als gewisse falsche Freunde von heute niemals resigniert oder sich wie Jakob Burckhard von dem verrückten Jahrhundert abgewandt, sondern sein ganzes Leben in bewundernswerter und heroischer Anstrengung um die Bändigung der Gefahren gekämpft.

Kiesinger wist darauf hin, dass man Tocqueville in einem Vortrag von einer Stunde nicht gerecht werden könne, sondern allein zum Lesen und Auseinandersetzen anregen könne. Hinzu komme, dass trotz der Veröffentlichungen im deutschen Sprachraum der für seine Generation die größte Aktualität besitzende dritte Band von «Demokratie in Amerika», dem Werk «Ancien Régime et la Révolution», den «Erinnerungen» sowie seinen Reden und Briefen diese Aktualität ebenfalls zuerkennen möchte. Doch gerade dieses zuerst genannte Werk gelte für die Gegenwart besonders, weil sich Tocquevilles hier gewonnene Einsichten über die von ihm angetroffene soziologische und politische Problematik sich gerade zu Kiesingers Zeit als weitgehend zutreffend erwiesen hätten. Weit wichtiger seien aber das existenzielle Vorbild dieses französischen Denkers und seine denkerische und charakterliche Lebensleistung, die gerade für die aktuelle Zeit eine gewaltige Hilfe sein könnten, denn seine ohne Illusionen und Scheuklappen, mit konsequenter unermüdlicher geistiger Anstrengung sowie unbeugsamem Willen zur Freiheit gekennzeichnete Haltung werde vielleicht noch in größerem Umfang von Kiesingers Zeitgenossen in Zukunft erwartet werden. Dafür müsse man allerdings trotz aller Kompliziertheit und Weite der aktuellen Problemwelt in allem Geschehen anders als Sartre einen letzten Sinn sehen und daher anders als Paul Valéry weitreichende Prognosen und Diagnosen wagen und ihnen nicht

die bloße Treffsicherheit eines Börsentipps unterstellen. Allerdings seien heute neue Fakten hinzugekommen, denn es gäbe nun die von den Europäern geschaffene auf alle Kontinente übergreifende Weltmacht der Technik, die sich bisher primitive Völker fertig aneigneten, wobei Europa von dieser Welt und dem Andrang ihrer ungeheuren Massen, aber auch deren künftigen, organisierten Macht bedroht werde. Habe Tocqueville 1848 festgestellt, dass es bei der permanenten Revolution nicht mehr länger um Regierungsumstürze ginge, sondern um eine soziale Umwälzung durch die von Intellektuellen geführte Masse des besitzlosen Proletariats, so müsse man nun erkennen, dass wir uns in einer neuen Phase dieser ewigen Revolution befänden, die gekennzeichnet sei durch ein hochexplosives Gemisch, das sich zusammensetze aus einer Tendenz zum Vormundschaftsstaat, aus dem Kommunismus, aus den sozialen Ansprüchen der hungernden Massen in Asien und Afrika in einer zunehmend durchtechnisierten Welt, aus der Gefahr schrecklich zerstörender atomarer Gewalt sowie aus der oft erprobten Technik der Machtübernahme in amorphen Gesellschaften. Auch in dieser beschriebenen neuen Phase der Revolution gelte allerdings die tocquevillesche Überzeugung, dass sich nichts im Zufall bewege, weshalb es die Aufgabe der Menschen sei, diese Bewegung zu bändigen, ohne dem Werk und seinen ungeheuren und faszinierenden Möglichkeiten im technischen Zeitalter zum Schaden der Menschen zu unterliegen.

Da aber die Zeitgenossen Kiesingers die ungeheuren Möglichkeiten im technischen Zeitalter dennoch aufgegeben seien, ergäben sich Schwierigkeiten in der modernen Erziehung Deutschlands, denn wie Theodor Litt in seiner Schrift «Das Bildungsideal der deutschen Klassik und die moderne Arbeitswelt» herausarbeite, könne das von Wilhelm von Humboldt überlieferte humanistische Bildungsideal mit seiner Geringschätzung des Äußeren, etwa dem gewöhnlichen Geschäftslebens und Hochschätzung des Inneren, also der Größe des Menschen, nicht mehr gerecht werden. Bereits zur Zeit der Formulierung dieses Ideals sei eine geschichtliche Entwicklung in Gang gewesen, die dessen Verwirklichung immer mehr in Frage gestellt habe. Tatsache sei aber darüber hinaus auch, dass das Eigenwesen des Menschen immer mehr außermenschlichen Sachgesetzen geopfert werde, so dass man einen Weg suchen müsse, Inneres und Äußeres zu verbinden. Dabei dürfe man nicht wie Gustav Radbruch angenommen habe und heute noch weithin geglaubt werde, davon ausgehen, dass die Demokratie den Charakter der Wertneutralität besitze, sondern wie Tocqueville gewusst habe, in die rechten Bahnen gelenkt werden müsse. Seinem Vorbild folgend solle man daher sehend für das sein, was sei und unaufhaltsam komme, wachsam sein, für das, was verteidigt werden müsse und könne, und nicht auszuweichen, sondern standzuhalten.

Der von Kiesinger an einer Stelle seines Vortrages gemachte, kurze Vergleich zwischen Karl Marx und Alexis de Tocqueville findet seinen Ansatzpunkt in der von ihm gemachten Feststellung, dass sich auch der französische Denker eindringlich mit der sozialen Frage der in seinem Zeitalter begonnenen industriellen Revolution beschäftigt habe und zwar sowohl in seinem Amerikabuch und seinen Parlamentsreden als auch in seinen Briefen und seinen Erinnerungen. Er habe bei seinen Beobachtungen in Manchester erkannt, dass trotz aller Gleichheit im rechtlichen, politischen und bürgerlichen Sinne die industrielle Revolution radikale Ungleichheit schaffe, denn während der Unternehmer immer reicher werde und mit anderen eine sich gegenüber ihren Beschäftigten unsozial verhaltende neue Aristokratie bilde, würden die Arbeiter Schritt für Schritt mehr verdummen und verelenden, weil sie sich ausschließlich mit der Fertigung ein und desselben Gegenstandes beschäftigten und hierdurch der Mensch in ihnen Schritt für Schritt degradiert werde. In einer von seinen Parlamentsreden habe er sogar davor gewarnt, dass sich in der heraufkommende In-

dustriearbeiterschaft Gesinnungen verbreiten würden, die die Grundlagen der Gesellschaft erschüttern wollten. Er rief daher seine Parlamentskollegen auf, dieses Übel durch wirksame Mittel zu heilen und nicht nur die Symptome zu behandeln. Tocqueville habe damit wie Karl Marx den erbarmungslosen Kampf der Klassen in der Industriegesellschaft gesehen, darüber hinaus aber auch die Ausbeutung und die Verehdung der Massen sowie die ständige Vermehrung und Konzentration der Produktionsmittel erkannt. Anders als diese Gemeinsamkeiten allerdings anmuten ließen, könne man Tocqueville deswegen nicht zum Sozialisten erklären, denn sein theoretisches Konzept besitze weder die chiliastischen Elemente von Marx mit seinen Forderungen nach einer Revolution, einer Diktatur des Proletariats sowie einer klassen- und staatenlosen Gesellschaft, noch dessen säkularisierten Wunderglauben daran, dass das kapitalistische Zeitalter allein durch die Produktionsverhältnisse verändert werden könne. Der französische Denker habe vielmehr gewusst, dass die Welt jedem Menschen einen – wenn auch sehr großzügigen - Schicksalskreis gezogen habe und dass ein Vormundschaftsstaat entstehen würde, sollten sich die Menschen nicht um den Erhalt der Freiheit kümmern. Kiesinger betont also, dass Tocqueville die soziale Frage und die mit ihr verbundenen Probleme ebenso erkannt habe wie Karl Marx, doch anders als dieser habe er für die Zukunft nicht die Lösung aller Probleme durch eine proletarische Revolution prophezeit, sondern sei zutreffend davon ausgegangen, dass die modernen Demokratien – sofern sie dem Fehler unterlägen, die Freiheit aufzugeben – die Gefahr in sich trügen, zu nivelierenden, isolierenden und versklavenden Vormundschaftsstaaten zu werden oder despotische Regierungen zu bekommen: Die beiden Denker beschreiben für den Verfasser die gleichen gesellschaftlichen Phänomene, aber kommen zu einer völlig voneinander abweichenden Prognose für die Zukunft. Was die verwendete Literatur betrifft, so holt sich der Verfasser seine Erkenntnisse bezüglich des französischen Theoretikers aus allen dessen Werken sowie anderen schriftlichen Äußerungen, bezüglich Karl Marx bleiben die Quellen allerdings unbekannt, doch das Hauptanliegen Kiesingers war es auch, den bisher fast vergessenen Denker Alexis de Tocqueville in die Aufmerksamkeit der Wissenschaft zurückzubringen, wobei er auch den bereits stattfindenden Vergleich zwischen ihm und dem deutschen Theoretiker aufgreift und bei seinen Erörterungen zu dem Ergebnis kommt, dass es der weitaus berühmtere Karl Marx mit dem französischen Theoretiker bei genauerer Betrachtung nicht aufnehmen kann.

#### **dd. Aron, Raymond: Les grandes doctrines de sociologie historique, 1961**

(Die großen Lehren der Geschichtssoziologie)

#### **Alexis de Tocqueville**

Auch in Frankreich hatte sich in diesem Zeitraum ein Wissenschaftler begonnen für Alexis de Tocqueville und Karl Marx zu interessieren und ihre Arbeiten zu vergleichen: Raymond Aron. Dieser französische Wissenschaftler bekundete bereits im Jahre 1957 seine Skepsis gegenüber den Kommunismus-Anhängern unter den Intellektuellen, die unerbittlich mit dem Versagen der Demokratien abrechneten, aber den größten Verbrechen gegenüber Nachsicht übten, vorausgesetzt, dass sie im Namen der guten Lehre begangen würden. Er wunderte sich darüber, wie eine solche Ideologie in Frankreich wieder so in Mode kommen könne, wenn doch die wirtschaftliche Entwicklung die Voraussagen des Marxismus widerlegt habe und gelangte zu der Überzeugung, dass gerade die Intellektuellen unter der Zersplitterung ihrer Welt und ihrer Isolation vom Volk aufgrund ihrer neuen, nicht immer

zugänglichen Art von Intellektualität litten. Überhaupt wehrte Aron sich gegen die Einteilung der politischen Parteienlandschaft in Rechts und Links.<sup>106</sup> Vor dem Hintergrund dieser Einstellung Arons erschien im Jahre 1961 sein bereits in den 50iger Jahren als Vorlesung an der Sorbonne gehaltenes Skript über die bedeutendsten Geschichtssoziologen. In dieser Arbeit mit dem Titel «Les grandes doctrines de sociologie historique», die später auch als Buch erschien, geht Raymond Aron in seiner Abhandlung über Tocqueville neben Montesquieu und Comte auch auf die Beziehungen des toquevilleschen Gedankengutes zu Marx ein und möchte einerseits festlegen, was der französische Aristokrat unter der unabwendbaren Bewegung der modernen Gesellschaften hin zu mehr Demokratie versteht und andererseits herausarbeiten, inwieweit diese Interpretation von derjenigen Auguste Comtes und Karl Marx' abweicht. Dabei stellt der Verfasser grundsätzlich fest, dass die beiden Letzteren die Tendenz hätten, zu generalisieren, d.h. Comte glaube, aufgrund seiner Definition der industriellen Gesellschaft den Charakter sowie die politische und intellektuelle Organisation der industriellen Gesellschaft im allgemeinen anzugeben und Marx sei überzeugt, mit seiner Beschreibung der kapitalistischen Herrschaft bestimmte Phänomene bestimmen zu können, die sich in jeder kapitalistisch beherrschten Gesellschaft finden lassen würden, während Tocqueville zwar annehme, dass gewisse Merkmale allen modernen bzw. demokratischen Gesellschaften gemein seien, aber sie dennoch je nach Kontinent, etwa Amerika oder Europa, bzw. Land, etwa Deutschland oder Frankreich, eine ganze Bandbreite politischer Herrschaftsformen von einer liberalen hin zu einer despotischen besitzen könnten. Sein zentraler Begriff sei daher anders als bei Comte und Marx nicht die industrielle Gesellschaft oder die kapitalistische Herrschaft, sondern die Demokratie, die ihn in beiden Werken beschäftige: In seinem Buch: «La Démocratie en Amérique» versuche er zu klären, warum die demokratische Gesellschaft der Vereinigten Staaten liberal sei und sein Werk «L'Ancien Régime et la Révolution» beschäftige sich mit der Frage, warum für Frankreich die Entwicklung hin zur Demokratie und die Aufrechterhaltung eines freien politischen Regimes so schwer sei. Unter dem für ihn so entscheidenden Begriff der Demokratie verstehe Tocqueville die Angleichung der sozialen Ränge, die das Ancien Régime kennzeichneten, allerdings sei diese soziale Angleichung auf die Bereiche Beruf, Ehrungen und Würden beschränkt und umfasse nicht intellektuelle und wirtschaftliche Bereiche, so dass er den Demokratiebegriff klassischer Autoren und Montesquieus übernehme. Darüber hinaus kennzeichne sich eine demokratische Gesellschaft für den französischen Aristokraten aber auch durch ihr Ziel aus, Wohlstand für eine große Anzahl von Menschen zu erreichen, d.h. Macht und Ruhm seien nicht ihr Hauptanliegen, sondern Wohlstand und Ruhe. Diese Charakterisierung der modernen demokratischen Gesellschaft zeige, welches Ziel er seit dem Schreiben seines Amerikabuches vor Augen gehabt habe: Er habe die montesquieusche Theorie über die englische Monarchie zur Entfaltung bringen wollen, die davon ausgegangen sei, dass die Freiheit nur in zwei politischen Herrschaftsformen aufrechterhalten werden könne, nämlich in den kleinen, vom Prinzip der Tugend geleiteten antiken Republiken, in denen die größtmögliche Gleichheit geherrscht habe sowie in den großen, vom Prinzip der Ehre geleiteten modernen Monarchien, in denen keine gleichen Bedingungen herrschen würden, mit Ausnahme von England, wo der Adel innerhalb eines repräsentativen Regimes, das sich nicht nur auf das Repräsentationsprinzip, sondern auch auf den Handel gestützt habe, auch dazu übergegangen wäre, Handel zu betreiben, allerdings ohne korrupt zu werden. In Abweichung zu Montesquieu glaube Tocqueville, der anders als der Erstere auf die Französische Revolution habe zurückblicken können, allerdings nicht, dass man in der Moderne die Freiheit durch die Ungleichheit des sozialen Standes sichern könne, sondern dass sie innerhalb der demokratischen Realität, die von der

---

<sup>106</sup> vgl. zu dieser Haltung Arons zum Kommunismus und seinen Vertretern: Aron, Raymond: Opium für Intellektuelle oder die Sucht nach Weltanschauung, Köln, Berlin: 1957, S. 9, 16, 289, 377, 381



Gleichheit der sozialen Stände geprägt sei, erhalten werden müsse und so stelle sich für ihn konsequenterweise das Problem wie sich bei Gleichheit der gesellschaftlichen Bedingungen der Despotismus vermeiden und die Freiheit sichern lasse. Er habe geglaubt, die Existenz dieser Freiheit sei in einer gleichen Gesellschaft, die eine Pluralität der politischen und administrativen Organe sowie eine Selbstregierung des Volkes benötige, nur durch Institutionen zu gewährleisten, wie es sie in den Vereinigten Staaten gebe.<sup>107</sup>

Nach dieser sehr ausführlichen Beschäftigung mit dem tocquevilleschen Gedankengut, die Raymond Aron vorgenommen hat, weil er der Überzeugung ist, dass der von ihm sehr hochgeschätzte Alexis de Tocqueville nur aus Unkenntnis der Wissenschaft nicht zu den Gründervätern der Soziologie gerechnet worden sei, wendet er sich nun denjenigen Themenbereichen und ihren Interpretationen in Tocquevilles Werk zu, die auch in den Augen Comtes sowie Marx' von herausragender Bedeutung waren, nämlich der industriellen und kapitalistischen Gesellschaft. Dabei geht der Verfasser davon aus, dass der französische Aristokrat Auguste Comtes Werke nur vom Hörensagen gekannt und auch nichts über die in seiner Zeit kaum Wirkung entfaltenden Abhandlungen von Marx gewusst habe. Ebenso wie die beiden anderen Theoretiker habe er jedoch zunächst die von militärischem Handeln dominierten alten Gesellschaften mit den nach dem Wohlstand für viele strebenden Gesellschaften seiner Zeit verglichen und sei wie diese zu dem Ergebnis gekommen, dass die Handels- sowie die industrielle Tätigkeit in seiner Zeit eine bevorrechtigte Stellung eingenommen habe und zwar nicht nur in den Vereinigten Staaten, wo dieser Zustand bereits Realität gewesen sei, sondern tendenziell auch in Europa. Seine Darlegung dieser Wirtschaftsdominanz unterscheide sich allerdings insofern, als sie mit einem Vergleich zur Vergangenheit sowie zur Demokratie arbeite und die Tendenz habe, Handel und Industrie als ein gemeinsames Betätigungsfeld zu betrachten. Zwar gehe Tocqueville davon aus, dass es über die Gruppe der Industriellen zur Entwicklung einer Art von Aristokratie komme, doch anders als ihre Vorläuferform würde diese keine solidarische Bande mit den Arbeitern ausbilden und könne aufgrund des wankelmütigen Schicksals von Handel und Industrie auch keine familiäre Beständigkeit und damit hierarchische Strukturen aufbauen, womit er anders als Marx keine apokalyptische Sicht bezüglich der Entwicklung des Kapitalismus einnehme, sondern von einer Einebnung der Vermögensunterschiede sowie einer zunehmenden Demokratisierung ausgehe, und daher eine Theorie der allgemeinen Verbürgerlichung bzw. des Wohlstandstaates formuliere. Aron findet eine solche Gegenüberstellung der Visionen von Comte, Marx und Tocqueville interessant, von denen die Ersterer organisierend und heute den Technokraten zuzurechnen, die Zweitere apokalyptisch und gestern von den Revolutionären vertreten worden und die Dritte beschwichtigend und eigentlich unbekannt sei, aber sie beschreibe eine Gesellschaft, in der jeder etwas besitze und ein Interesse daran habe, die soziale Ordnung zu bewahren. Diese letztere Vorstellung ähnelt nach Einschätzung des Verfassers den europäischen Gesellschaften des Okzidents in den 50er Jahren, während dieselbe Gesellschaft in den 30er Jahren eher mit Marx' Visionen übereinstimme.<sup>108</sup>

Tocqueville stelle sich im Rahmen seines Buches «La Démocratie en Amérique» aber darüber hinaus auch die Frage, warum in der neuen Welt die Demokratie frei bzw. liberal sei und beantworte sie ganz nach Montesquieus Methode in dessen Werk «L' Esprit des Lois» dahingehend, dass die geographische Lage, also die Größe des Raumes und das Fehlen feindlicher und damit kriegsauslösender Nachbarn, die an Besitz und Militär gebundene

---

<sup>107</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Aron, Raymond: Les grandes doctrines de la sociologie historique. Montesquieu - Auguste Comte - Karl Marx - Alexis de Tocqueville. Les sociologues et la révolution de 1848, Paris 1961, S. 162-168

<sup>108</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Aron, Raymond: Les grandes doctrines de la sociologie historique. Montesquieu - Auguste Comte - Karl Marx - Alexis de Tocqueville. Les sociologues et la révolution de 1848, Paris 1961, S. 168-170

echte Aristokratie nicht aufkommen lasse, aber auch die Gesetze sowie Sitten und Gewohnheiten diese freie Demokratie fördern würden<sup>109</sup>

### **Les sociologues et la révolution de 1848 (Die Soziologen und die Revolution von 1848)**

In diesem Abschnitt seines Vorlesungsskriptes konzentriert sich Aron auf die französische Revolution von 1848, denn er ist überzeugt, dass wenn man diese Periode betrachte, in der zunächst die konstitutionelle Monarchie durch eine gewaltsame Revolution von der Republik abgelöst und dann die Republik durch den Staatsstreich Napoleons III von einem autoritären Regime verdrängt worden sei, so könne man auch ohne die Existenz von Kampfparteien zumindest prinzipiell den politischen Kampf des 20. Jahrhunderts zwischen Faschisten, Demokraten und Sozialisten wiedererkennen. Dabei wollte er allerdings keinesfalls eine einfache Betrachtung dieses geschichtlichen Zeitraumes und der kurz darauf folgenden Jahre vornehmen, sondern die Ereignisse im Hinblick auf die Soziologen Auguste Comte, Alexis de Tocqueville sowie Karl Marx analysieren, denn ihre Einschätzungen dieser Geschehnisse seien nicht nur charakteristisch für ihre Lehren, sondern würden auch helfen, die Vielheit der Werturteile, Analysesysteme sowie die abstrakten Theorien selbst zu verstehen.<sup>110</sup>

Aron beschäftigt sich zunächst mit Auguste Comte, der sich über die mit der Revolution aber auch über die mit dem Staatsstreich Napoleons III verbundene Zerstörung der repräsentativen und liberalen Institutionen aus verschiedenen Gründen gefreut habe: Erstens weil sie einen kritischen und metaphysischen, also anarchischen Geist besessen und lediglich eine vergebliche Nachahmung der politischen Einrichtungen Großbritanniens dargestellt hätten; zweitens weil er überzeugt gewesen sei, dass sie in Frankreich nicht anwendbar gewesen wären, denn hier hätte sich die Krone mit den Kommunen und der Bourgeoisie zu dem Zweck verbunden, den Einfluss des Adels zurückzudrängen, und so wäre anders als in England kein die Monarchie beschränkendes Bündnis zwischen der Aristokratie und dem Bürgertum zustande gekommen, das dort Grundvoraussetzung für die Kombination von Königtum und Abgeordnetenvertretung gewesen wäre. Eine solche parlamentarische Beschränkung wie in England sei für Comte allerdings lediglich ein Mittel gewesen, mit dem der Adel gleich dem venezianischen Ende des 14. Jahrhunderts habe regieren können, doch für die die zentralisierten, französischen Verhältnisse sei sie nicht geeignet gewesen und daher wäre die Übernahme der britischen Institutionen in der Phase der Constituante ein fundamentaler Irrtum für sein Land gewesen. Aber selbst auf der Insel sei der Parlamentarismus nur ein schlichter Unfall der Geschichte gewesen, der aufgrund der dort herrschenden anglikanischen Kirche, die sich anders als die katholische Kirche in Frankreich der weltlichen Macht untergeordnet und nicht deren Form bestimmt habe, aber auch aufgrund der isolierten Insellage begünstigt worden sei. In dem zweiten Band seines Werkes «Systeme de Politique Positive» schreibe Comte sogar einen Brief an den Zaren, in dem er die Hoffnung ausdrücke, dass dieser erfahrene Herrscher von den Herren der positivistischen Philosophie unterwiesen werde und auf diese Weise entscheidend zur fundamentalen Neugestaltung der europäischen Gesellschaft beitrage – ein Vorstoß, mit dem er verschiedene Strömungen innerhalb der positivistischen Schule hervorgerufen habe, auch wenn er im dritten Band seinen Ton etwas verändert habe und den russischen Monarchen für den Krimkrieg verantwortlich zu machen schien. Diese positivistische Verurteilung parlamen-

---

<sup>109</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Aron, Raymond: Les grandes doctrines de la sociologie historique. Montesquieu - Auguste Comte - Karl Marx - Alexis de Tocqueville. Les sociologues et la révolution de 1848, Paris 1961, S. 170-171

<sup>110</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Aron, Raymond: Les grandes doctrines de la sociologie historique. Montesquieu - Auguste Comte - Karl Marx - Alexis de Tocqueville. Les sociologues et la révolution de 1848, Paris 1961, S. 203

tarischer Institutionen als metaphysisch oder britannisch stellt Aron noch in seiner eigenen Zeit fest, so etwa in der Publikation «Nouveau Régime», deren Redakteure auf der Suche nach einer anderen Art von Repräsentation seien als derjenigen von Partei und Volksvertretung, wobei deren geistiger Vertreter, Auguste Comte, eine repräsentative Versammlung vorgeschlagen habe, die alle drei Jahre zusammenkommen sollte, um den Haushalt zu beschließen. Der mit dieser Konzeption verbundene Wertverlust des Parlaments zugunsten der sozialen Realität zeige, dass für den Schöpfer des Wortes Soziologie das Soziale und nicht die Politik im Mittelpunkt gestanden habe - eine Prämisse, die er konzipiert habe und die dann von Durkheim, der sich mit Leidenschaft für soziale Fragen, Probleme der Berufsmoral sowie der Neugestaltung der Berufsorganisation interessiert habe, praktiziert worden sei.<sup>111</sup>

Anders als Auguste Comte habe Tocqueville den Misserfolg der Constituante und damit den Versuch der bürgerlichen Reformisten Monarchie und repräsentative Institutionen zu vereinen bedauert, denn er habe eine Zentralisierung abgelehnt und sich wegen der metaphysischen Verbindung der Konstitutionalisten gesorgt. Unterschiedlich sei aber auch die gesellschaftliche Situation gewesen, in der sich die beiden Denker befunden hätten: Während Comte lange Zeit wegen seiner Prüfertätigkeit an der politechnischen Schule eine verächtliche Behandlung habe erleben müssen und diesen Posten dann auch verloren habe, so dass er unterstützt von den Zuschüssen der Positivisten als Einsiedler gelebt und eine menschenfreundliche, aber extreme, der Komplexität der Ereignisse nicht gerecht werdende Religion erschaffen habe, deren Prophet und Priester er gleichzeitig gewesen sei, habe der aus altem französischen Adel stammende Tocqueville die Ereignisse von 1848 aufgrund seiner Spaziergänge in den Pariser Straßen, seiner Tätigkeit als Abgeordneter für Manche, seiner Mitarbeit an der Kommission für die Verfassung der II. Republik und seiner fünfmonatigen Übernahme des Außenministeriums unter Louis-Napoléon als aktiver Beobachter erlebt und dadurch erkannt, dass eine wirkliche Monarchie nicht mehr herzustellen war, sondern nur noch eine Bastard-Monarchie, so dass er seine liberal-monarchistische Haltung aufgegeben habe, für die er noch in den Junitagen der 48er Revolution bereit gewesen wäre, gegen die sich erhebenden Arbeiter zu kämpfen, und zum republikanischen Konservativen geworden wäre. Die Reaktion Tocquevilles, dem liberalen Konservativen, der sich mit der demokratischen Moderne abgefunden habe und ein leidenschaftlicher Kämpfer für die intellektuellen, persönlichen und politischen Freiheiten gewesen sei, die für ihn durch die repräsentativen Institutionen verkörpert worden seien, sei Niedergeschlagenheit gewesen, als am 24. Februar 1848 die Revolution ausbrach, weil er der Meinung gewesen sei, dass solche Ereignisse, wenn sie immer häufiger aufträten, das Überleben der Freiheiten immer unwahrscheinlicher machen würden. Er sei sich zu diesem Zeitpunkt aber auch bereits sicher gewesen, dass die freien Institutionen damit vorläufig verworfen waren und dass irgendein autoritäres Regime folgen würde; er habe sogar aufgrund der Wahl Louis-Napoléons damit gerechnet, dass es zur Wiedererrichtung eines Kaiserreiches kommen würde, doch trotz dieser Vorahnungen habe er gegen eine solche Lösung gekämpft, weil er als Schüler der montesquieschen Schule nicht geglaubt habe, dass sich etwas notwendigerweise ereignen müsse. Unentschlossen sei er jedoch gewesen, ob diese revolutionären Geschehnisse als glücklich oder unglücklich zu betrachten seien, aber einige Jahre später sei er anders als Comte zu dem Entschluss gekommen, sie seien unglücklich gewesen, weil sie letztlich zur Bastard-Monarchie Louis-Napoléons geführt hätten, womit die zwei wesentlichen Haltungen auch der heutigen französischen Intelligenz beschrieben wären, die sich in revolutionäre Enthusiasten sowie Skeptiker über die letztlichen Ergebnisse dieser

---

<sup>111</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Aron, Raymond: Les grandes doctrines de la sociologie historique. Montesquieu - Auguste Comte - Karl Marx - Alexis de Tocqueville. Les sociologues et la révolution de 1848, Paris 1961, S. 203-207

Zeit aufspalten würden. Die Revolution von 1848 sei für den französischen Aristokraten und seine charakteristische historische Soziologie weder eine unabwendbare Notwendigkeit noch die Konsequenz einer Aufeinanderfolge von Unfällen gewesen, sondern sei generellen Ursachen entsprungen, wie etwa den von der Vorsehung dauerhaft in die Gesellschaft eingepflanzten Ungleichheiten, der beim Untergang jeden Regimes vorhandenen tiefen Geringschätzung für die regierende Schicht, für die niemand mehr kämpfen wolle, der Zentralisation, die es den Revolutionären leicht gemacht habe, die Regierung in Paris zu übernehmen sowie dem durch sieben Revolutionen innerhalb von sechs Jahren in Bewegung geratenen sozialen Gefüge. Zu diesen generellen Ursachen seien aber auch noch ganz konkrete Vorfälle hinzugetreten, die die dynastische Opposition erregt und sie einen Aufstand hätten vorbereiten lassen, der nach Aufgabe der anfänglichen Unterdrückung zum plötzlichen Verschwinden der alten Minister sowie zum Bruch der Macht geführt hätte, die die neuen mit all den Schwierigkeiten, die sie gehabt hätten, nicht wieder hätten übernehmen können. Mit dieser analytischen Vorgehensweise habe Tocqueville die Verbindung zwischen allgemeinen und sekundären Ursachen wiederfinden und gleichzeitig durch diese Aufzeigung der Hintergründe wie sein Landsmann Montesquieu die Geschichte verständlich machen wollen. Für ihn habe darüber hinaus festgestanden, dass die 48er Revolution von Beginn an einen sozialistischen Charakter besessen habe und aufgrund seiner konservativen Haltung im sozialen Bereich - auch wenn er politisch liberal gewesen wäre - sei er in der Folge wie Marx zu dem Schluss gekommen, die sozialistischen Mitglieder der provisorischen Regierung hätten die Grenzen der zu tolerierenden Dummheit überschritten: Sie hätten, so argumentiere er weiter wie Karl Marx, die für sie günstigen Umstände zwischen Februar 1848 und dem Zusammentritt der Verfassungsgebenden Versammlung im Mai 1848, als ihr Einfluss sehr groß gewesen wäre, nicht genutzt, weil sie unentschlossen gewesen wären, ob sie eine Revolution machen oder an einer konstitutionellen Monarchie teilhaben wollten, und hätten sich daher darauf beschränkt, alles zu unternehmen, um das Bürgertum und große Teile der Bauernschaft in Schrecken zu versetzen, so dass ihnen, als es zu Spannungen mit der Verfassungsgebenden Versammlung gekommen wäre, mangels Machtposition lediglich das Mittel des Aufstandes verblieben wäre, den sie allerdings verloren hätten, weil ihre Führer in den furchtbaren Junitagen ihre Truppen im Stich gelassen hätten. Tocqueville erkenne allerdings den außergewöhnlichen Mut, den die Pariser Arbeiter, die gegen die Armee gekämpft hätten, aufgebracht hätten, an und halte darüber hinaus die Missgunst, in die die Sozialistenführer gefallen wären, nicht für endgültig, auch wenn er den Letzteren feindlich gegenüberstehe, ebenso wie dem Aufruhr, der für ihn, wie jeder gewaltsam versuchte Umsturz, nicht nur die von ihm formulierte Freiheit gefährde, sondern auch einen gewissen sozialistischen Charakter besitze, wobei er es jedoch für ausgeschlossen halte, dass solche sozialistischen Revolutionen ein Regime etablieren können, das nicht auf dem Prinzip des Eigentums beruhe, d.h. er glaube nicht an eine Veränderung der sozialen Organisation durch die Sozialisten. Anders als Marx, der zwar eine Zahl zukünftiger, entscheidender gesellschaftlicher Elemente gesehen habe, habe der französische Aristokrat, der mit seinen Prognosen in weiten Teilen Recht behalten und die Kräfteverhältnisse der französischen Gesellschaft seiner Zeit richtig eingeschätzt. Der übrige Teil der tocquevillschen Souvenirs - nach den Ereignissen des Juni - befasse sich mit den Verfassungsarbeiten zur II. Republik, seiner Zeit im zweiten Kabinett Odilon Barrot sowie den Kämpfen der liberalen Monarchisten gegen die royalistische Mehrheit der Versammlung, die sie zu Republikanern werden ließ, gegen den Präsidenten, den sie im Verdacht hatten, dass er ein Kaiserreich schaffen wolle sowie gegen die beiden Männern Lamartine und Louis-Napoléon.<sup>112</sup>

---

<sup>112</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Aron, Raymond: Les grandes doctrines de la sociologie historique. Montesquieu - Auguste Comte - Karl Marx - Alexis de Tocqueville. Les sociologues et la révolution

Karl Marx habe sich dagegen weder wie Comte ganz aus der Öffentlichkeit zurückgezogen noch sei er wie Tocqueville aktiv in die französischen Geschehnisse eingebunden gewesen, vielmehr habe er an den deutschen Ereignissen teilgenommen, habe aber gleichzeitig, weil er die französische Politik sowie die dortigen Revolutionäre gekannt und an den internationalen Charakter der Revolution geglaubt habe, ein großes Interesse an der französischen Krise gehabt. Viele Urteile, die er in seinen Aufsätzen «Klassenkampf in Frankreich, 1848-1850» sowie «Der 18. Brumaire des Louis-Napoleon» fälle, stimmten mit denen in Tocquevilles «Souvenirs» überein: So seien sie etwa beide überrascht, über den unterschiedlichen Charakter der Aufstände von 1848, als die parlamentarischen Chiefs der Montagne vergeblich versucht hätten, Truppen für einen Aufruhr zu bekommen und sie seien sich darüber hinaus einig, dass es sich bei den Ereignissen von 1848 bis 1851 nicht um bloße politische Schwierigkeiten gehandelt habe, sondern dass sie die Vorläufer einer sozialen Revolution darstellen würden. Der französische Aristokrat sei allerdings entsetzt, dass von nun an die gesamte Gesellschaft sowie alle seit Jahrhunderten in der menschlichen Gesellschaft bestehenden Gesetze zur Disposition stehen würden, denn die politischen Freiheiten seien ihm ein geheiligter Wert, während sein deutscher Zeitgenosse keinerlei Respekt gegenüber dem Parlament, dessen Angehörigen sowie den formellen Freiheiten besitze, die für ihn ein Hindernis auf dem Weg zur sozialen Revolution darstellen würden und so sei er in diesen unruhigen Jahren vom Triumph erfüllt gewesen, weil sich die in seinen Augen notwendige soziale Umwälzung zu realisieren begonnen habe. Eine entgegengesetzte Bewertung lasse sich auch im Zusammenhang mit dem Übergang von der Revolution 1789 hin zur Revolution von 1848 feststellen, in dem Tocqueville lediglich eine Fortsetzung der Revolution bzw. der Infragestellung der sozialen Ordnung sowie des Eigentums gesehen, wohingegen Marx es als die Erhebung des vierten Standes nach dem Sieg des dritten eingestuft habe, wobei aber wiederum eine grundsätzliche Einigkeit der beiden dahingehend festzustellen sei, dass dieser Vorgang eine Art historischer Logik besitze. Sei die traditionelle Monarchie aber erst einmal zerstört und die alte Aristokratie gestürzt, so würden beide glauben, sei es normal, dass die zur sozialen Gleichheit tendierende demokratische Bewegung nach der gesellschaftlichen Gleichstellung auch die wirtschaftliche anstrebe, also nach der Revolution gegen die Aristokratie nun eine Revolution gegen die Bourgeoisie haben wolle, wobei jedoch für Tocqueville dieses neue Streben zum Scheitern verurteilt sei, weil die ökonomischen Unterschiede in der menschlichen Ordnung unausrottbar angelegt seien, während Marx auch die Abschaffung der wirtschaftlichen Ungleichheiten für möglich halte. Was die revolutionären Ereignisse von 1848-1851 beträfe, so fände sich bei beiden die gleiche Phaseneinteilung und zwar in eine erste vom 24. Februar 1848 bis zum 4. Mai 1848, in der durch einen Aufruhr die Monarchie gestürzt worden wäre und die Sozialisten, die mit mehreren Mitgliedern an der provisorischen Regierung beteiligt gewesen wären, großen Einfluss ausgeübt hätten; an die sich eine zweite angeschlossen hätte, in der die verfassungsgebende Versammlung durch allgemeine Wahlen gewählt worden wäre und eine konservative bzw. reaktionär-monarchistische Mehrheit besessen hätte, die mit der anders orientierten Regierung in Konflikt geraten wäre, was zu dem Aufruhr der Pariser Arbeiter gegen die neue Volksvertretung geführt hätte; sowie schließlich eine dritte Phase, die mit der Wahl Louis-Napoléons im Dezember 1848 begonnen hätte bzw. für Marx mit dem Ende der Constituante im Mai 1849 und in der der neue Führer zunächst mit der monarchistischen Mehrheit der verfassungsgebenden Versammlung in Konflikt geraten wäre, die sich weder auf einen König noch auf die Restauration der Monarchie überhaupt einigen hätte können und so zur Verteidigerin der Republik geworden wäre, um sich später auch noch mit der monarchistischen Mehrheit sowie 150 Montagnemitgliedern der Legislativen Versammlung anzulegen. Diese Letztere hätte letztlich den Fehler begangen, das allgemei-

ne Wahlrecht abzuschaffen, so dass Louis-Napoléon in der Folge die Verfassung gebrochen, die Versammlung aufgelöst und das allgemeine Wahlrecht wieder eingeführt hätte.<sup>113</sup>

Nach diesen Punkten, in denen Marx und Tocqueville gleiche Urteile gefällt hätten, wendet sich Aron dem Charakteristischen in der marxischen Analyse zu, das in dem Versuch bestehe, bei jeder Gelegenheit einen Zusammenhang zwischen den Konflikten auf der politischen Ebene und den gesellschaftlichen Klassen und ihren Kämpfen herzustellen - eine Vorgehensweise, die auch Tocqueville anwende, wobei er aber die Eigenständigkeit der Politik wahre, was auch im Sinne Arons ist, der davon ausgeht, dass die Details der politischen Vorfälle selten anders erklärt werden könnten, als durch die Menschen und Parteien, deren Streitigkeiten und Ideen nicht auf einen Klassenkampf reduziert werden könnten. Marx wolle die Politik und ihre Konflikte mit den Klassen und ihren Kämpfen in Bezug setzen, was seinen klaren Blick trübe, weil er sich von diesem theoretischen Dogmatismus mitreißen lasse. Eine Ausnahme stellten hier seine Aufsätze «Klassenkämpfe in Frankreich» und «Der 18. Brumaire des Louis-Napoléon» dar, in denen er seine Theorien vergesse und die Ereignisse als genialer Betrachter rein politisch analysiere: In seinem ersten Werk stelle er, wie auch die Nicht-Marxisten, fest, dass die Wahl am 10. Dezember 1848 ein Staatsstreich der Bauern gewesen wäre, mit dem diese die bestehende Regierung hätten beseitigen wollen, weil sie lieber den reelen oder angenommenen Neffen Napoléons gewählt hätten, als den republikanischen General Cavaignac. Aron merkt hier noch an, dass man im Rahmen einer psycho-politischen Interpretation Louis-Napoléon wegen seines Namens auch als einen charismatischen Führer bezeichnen könnte, wobei Max Weber hier geschrieben habe, die Bauern hätten das napoléonische Symbol der echten republikanischen Persönlichkeit vorgezogen, mit anderen Worten, der von ihnen gewählte Präsident war für sie der Mann gegen die reiche Republik. Dieser psychopolitische Mechanismus funktioniert nach Arons Ansicht auch noch im Frankreich seiner Zeit, denn sobald die Franzosen den ausweglosen Konflikten leid seien und sich ein Kandidat als nationaler Retter präsentiere, scharten sie sich um ihn. In seinem zweiten Werk über Louis Napoléon beschreibe Marx sehr scharfsinnig die bäuerliche Masse, deren Existenz sich zwar mehr oder weniger geähnelte hätte, aber denen die Fähigkeit gefehlt hätte, ein gemeinsames Bewusstsein zu entwickeln und sich selbst zu repräsentieren, weshalb sie einen Mann von außen benötigt hätten, um diese Funktion zu übernehmen und daher hätten sie Louis-Napoléon gewählt. Raymond Aron legt anhand dieses Textes aber auch dar, dass nicht alles, was sich auf politischer Ebene ereigne, im Sinne des marxischen Systems, also mit Hilfe des gesellschaftlichen Unterbaus, erklärt werden könne. Als Beispiel hierfür greift er sich den von Marx im 18. Brumaire erörterten und für diesen die Personifikation des Antagonismus darstellenden Thronnachfolgestreit zwischen den beiden Linien des französischen Königshauses heraus, das nach der Theorie des deutschen Denkers in eine das Grundeigentum repräsentierende legitimistische Monarchie sowie in eine die industrielle und Handelsbourgeoisie repräsentierende orléanistische Monarchie zerfalle und deren Konflikt allein durch die Schaffung einer parlamentarischen Republik gelöst werden könne, in der diese Unterschiede, aber auch diejenigen innerhalb der Bourgeoisie unbedeutend seien. In dieser Analyse interpretiere Marx den Streit einerseits rein politisch, indem er die Auseinandersetzungen im Königshaus und ihre Lösung durch eine parlamentarische Republik feststelle, andererseits ganz im Sinne seiner Theorie, indem er behaupte, das Grundeigentum könne niemals mit der industriellen Bourgeoisie einig werden - eine Überzeugung, die noch die Marxisten in Arons Zeiten verträten und die der Verfasser für ein Trugbild hält, das ledig-

---

<sup>113</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Aron, Raymond: Les grandes doctrines de la sociologie historique. Montesquieu - Auguste Comte - Karl Marx - Alexis de Tocqueville. Les sociologues et la révolution de 1848, Paris 1961, S. 213-215

lich in der Soziologie existiere, denn dieser Streit im französischen Königshaus wäre beendet, wenn eine Linie keine Nachfahren mehr hätte, mit anderen Worten: auch wenn viele politische Ereignisse aufgrund der sozialen Basis verlässlich erklärt werden könnten, so stehe nicht jedem politischen Vorfall ein Pendant im gesellschaftlichen Unterbau gegenüber; einzig allein sicher ist für Aron, dass sollte eine Versöhnung von Grund- und industriellem Eigentum gesellschaftlich nicht möglich sein, so sei dies sowohl in einer parlamentarischen Republik als auch in einer Monarchie unmöglich. Sein letztes Beispiel für diese Theoriebezogenheit von Marx entnimmt der Verfasser wiederum dessen Werk «Der 18. Brumaire des Louis - Napoléon», in dem der deutsche Theoretiker vor allem die Akzeptanz der politischen Machtausübung durch den neuen Bonaparte seitens der Bourgeoisie herausgearbeitet habe, die als Gegenleistung hierfür die Verteidigung ihrer grundlegenden wirtschaftlichen Interessen erhalten hätten. Er stelle aber darüber hinaus wie Tocqueville fest, dass die erste Revolution die bereits während des Absolutismus begonnene Zentralisierung der unabhängigen lokalen, territorialen, kommunalen und provinziellen Verwaltungsmächte fortgesetzt hätte, wobei für Marx die wahre Revolution diese Verwaltungsmaschinerie nicht nur übernehme, sondern sogar zerstören werde, während Tocqueville bei einem sozialistischen Staat von einer Zunahme der Zentralisierung administrativer Aufgaben ausgehe und grundsätzlich der Allgewalt und der stetigen Ausdehnung des Staates allein mit einem Ausbau der Zwischengewalten sowie repräsentativen Institutionen habe begegnen wollen.<sup>114</sup>

Am Ende seines Buches «Les grandes doctrines de la sociologie historique» ordnet Raymond Aron die vier von ihm erörterten Soziologen drei Schulen zu: die Erste sei die von Montesquieu, Tocqueville aber auch dem Verfasser selbst vertretene politische Schule, die sich durch sehr wenig Dogmatismus kennzeichne und sich mit den Freiheiten sowie mit der Politik, von deren Autonomie sie ausgehe, beschäftige, auch wenn sie den sozialen Unterbau mitbeachte; die Zweite sei die die Einheit der gesellschaftlichen Gesamtheit betonende Schule Auguste Comtes, deren fundamentales Konzept dasjenige des Konsens sei und die sich mit Hilfe der Vermehrung von Analysen und Konzepten um eine Rekonstruktion der sozialen Gesamtheit bemühe, wobei Durkheim und andere offizielle und anerkannte Soziologen des 20. Jahrhunderts hier ebenfalls dazugehörten; die dritte und erfolgreichste Schule ist die marxistische, die von der wirtschaftlichen Organisation bis zum gesellschaftlichen Unterbau alles sozial erkläre und mit einem Entwicklungsschema, das den Treuen den Sieg und den Ketzern die sanfte oder gewaltsame Beseitigung garantiere. Obwohl die Sicht der Geschichte und das Wertesystem dieser drei Schulen divergieren - denn die comtesche Schule mit ihrer optimistischen bzw. positivistischen Einstellung bewundere die neue Gesellschaft ohne Vorbehalt, während die politische Schule die moderne Gesellschaft ohne Enthusiasmus oder Entrüstung, sehr reserviert, aber durchaus skeptisch als demokratische Gesellschaft mit individualistischer Tendenz einstufte, die jedoch nicht die Erfüllung des menschlichen Schicksals darstelle, und die marxistische Schule mit ihrer Begeisterung für die industrielle Gesellschaft und ihrer sittlichen Empörung gegenüber dem Kapitalismus eine utopische Sichtweise einnehme, die die Gegenwart pessimistisch dafür die Zukunft optimistisch sehe, weil sie zunächst von einer langen Katastrophenphase mit Klassenkämpfen und Kriegen ausgehe, die allerdings in einer versöhnten klassenlosen Gesellschaft ihr Ende finde - so interpretierten sie doch alle auf ihre Art und Weise die modernen Gemeinschaften.<sup>115</sup>

---

<sup>114</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Aron, Raymond: Les grandes doctrines de la sociologie historique. Montesquieu - Auguste Comte - Karl Marx - Alexis de Tocqueville. Les sociologues et la révolution de 1848, Paris 1961, S. 215-222

<sup>115</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Aron, Raymond: Les grandes doctrines de la sociologie historique. Montesquieu - Auguste Comte - Karl Marx - Alexis de Tocqueville. Les sociologues et la révolution de 1848, Paris 1961, S. 222-224

Raymond Aron kommt in seinen Ausführungen zu den Soziologen Auguste Comte, Alexis de Tocqueville sowie Karl Marx bzgl. der letzten beiden Denker zu dem Ergebnis, dass sie beide die vom militärischen Handeln dominierte alte Welt mit den nach Wohlstand für alle strebenden Gesellschaften der neuen Welt verglichen hätten und dabei übereinstimmend zu der Erkenntnis gelangt seien, dass in allen Staaten ihrer Zeit eine Dominanz der Wirtschaft zu beobachten sei, die allerdings nur in Amerika ihre volle Ausprägung erreicht habe. Anders als Marx sei Tocqueville allerdings davon überzeugt, dass die Wirtschaft keine hierarchischen Strukturen aufbauen könne und daher die Demokratie vom Mittelstand geprägt sein würde, so dass ihre Zukunft ungewiss sei und sie sowohl demokratische als auch despotische Ausformungen annehmen könne. Marx dagegen glaubt, zumindest gewisse dauerhafte Phänomene der kapitalistischen Gesellschaft beschreiben zu können. Was nun die sowohl von dem französischen als auch von dem deutschen Theoretiker untersuchten Ereignisse zwischen 1848 und 1851 in Frankreich betreffe, so harmonierten die beiden bei der grundsätzlichen Einteilung sowie Einschätzung der vorgefallenen Ereignisse, aber Marx gehe getreu seinem theoretischen Konzept in seiner weitergehenden Deutung davon aus, dass es sich hierbei um eine Erhebung des vierten Standes gehandelt habe und dass dieser Vorläufer der zukünftigen sozialen Revolution auch ein Schritt zur späteren wirtschaftlichen Gleichheit sowie zur Abschaffung der seit dem Absolutismus existierenden Zentralgewalt sei, während Tocqueville die Unruhen als Fortsetzung einer bereits laufenden Revolution einstufte und mit einer weiterhin bestehenden ökonomischen Ungleichheit sowie einer Zunahme der Zentralgewalt rechne. Es lässt sich also zusammengefasst festhalten, dass für Raymond Aron die beiden Denker zwar dieselben geschichtlichen Ereignisse für ihre Erkenntnisse betrachteten und sie auch in derselben Weise auffassten, aber in ihrer Bedeutung für die Zukunft abweichend beurteilten. Interessant im Rahmen von Arons Arbeit ist, dass er die Werke der beiden Denker in ihrer Gesamtheit betrachtet und sich im Rahmen seines Vorlesungszykluses relativ detailliert sowohl den marxschen als auch den toquevilleschen Arbeiten widmet, also alle drei Bände des Kapitals, die „Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“, die „Ökonomisch-philosophischen Manuskripte“, „Die Klassenkämpfe in Frankreich“ sowie den „18. Brumaire des Louis Bonaparte“, aber auch Tocquevilles Demokratie-Bücher, seine „Souvenirs“ sowie sein Werk über den Alten Staat und die Revolution darlegt. Durch diese Art der Betrachtung gelangt er zu der über seine Kollegen hinausgehenden Erkenntnis, dass Marx glaube, allgemeingültige Aussagen für die Zukunft der kapitalistischen Gesellschaften treffen zu können, während Tocqueville um die Begrenztheit seiner Demokratie-Prognose wisse. Er gewinnt aber auch die Einsicht, dass Comte, Tocqueville und Marx die Väter von drei Schulen sind, von denen jedoch nur die Erstere und die Letztere heute eine bedeutende Anhängerschaft besäßen, womit er konkludent deutlich macht, dass das heutige soziologische Gedankengut seine Wurzeln besonders in diesen drei Theoretikern findet. Diese sehr weitreichende, sich aus der intensiven Beschäftigung mit den drei Denkern ergebende Erkenntnis Arons war von Mayer und Geiss nicht herausgearbeitet worden, womit erneut das Manko einer ausschnittsweisen Betrachtung deutlich wird, nämlich dass ihr weitergehende, für die Soziologie interessante Erkenntnisse verschlossen bleiben, weil eben solche eine umfassende Lektüre der Werke erfordern würden.



**dd. Aron, Raymond: Dix-huit leçons sur la société industrielle – leçon II : Tocqueville et Marx, 1962**

(Achtzehn Vorlesungen über die Industriegesellschaft – II. Vorlesung: Tocqueville und Marx)

Bereits ein Jahr später veröffentlichte Raymond Aron ein weiteres Mal ein Werk, in dem er sich mit den beiden Denkern Alexis de Tocqueville und Karl Marx beschäftigte, wobei die beiden Männer nicht Hauptgegenstand der im Rahmen dieses Werkes abgedruckten, zwischen den Jahren 1955 und 1956 an der Sorbonne gehaltenen Vorlesungen von Aron waren. Wie bereits aus dem Titel des Werkes «Dix-huit leçon sur la société industrielle» hervorgeht, liegt der Schwerpunkt dieser Veröffentlichung nicht bei den beiden Denkern Tocqueville und Marx, sondern Aron befasst sich schwerpunktmäßig mit der Industriegesellschaft, aber im zweiten Kapitel seiner allgemeinen Einleitung geht er dennoch auf die beiden Männer etwas näher ein, in der Absicht die soziologische Frage bzw. die Ausgangsproblemlage, von der aus er die gegenwärtige Gesellschaft untersuchen möchte, zu definieren.<sup>116</sup> Der Verfasser ist in diesem Zusammenhang überzeugt, dass die meisten politischen und sozialistischen Ideologien unserer Zeit ihr Ideenmaterial von Denkern aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts entnehmen würden oder wie er es sagt „*La plupart de nos idéologies politiques et socialistes datent de la première moitié du XIX<sup>e</sup> siècle. [...]*“<sup>117</sup>. Angesichts dieser Tatsache hält er es für die Analyse der aktuellen gesellschaftlichen Situation sehr nützlich, die Soziologien jener Zeit näher zu betrachten, deren Überlegungen sich hauptsächlich mit der Französischen Revolution sowie der Entwicklung der ersten Fabriken beschäftigten und Erklärungen sowohl für den Untergang der französischen Monarchie als auch für die erstaunliche Entwicklung der Produktionsmittel gesucht hätten, wobei Aron v.a. der Sinn interessiert, den sie den ersten beiden Ereignissen zurechneten, denn er möchte im Folgenden versuchen, die Frage, die sich Marx, Tocqueville, aber auch Comte hierbei stellten, zu charakterisieren.<sup>118</sup>

Seine ersten Ausführungen im Rahmen der von ihm angestrebten Charakterisierung gehören Auguste Comte, der wie Saint-Simon zwei Typen von Gesellschaften unterscheidet: einerseits die politisch-hierarchische bzw. militärische und andererseits die wirtschaftlich-industrielle, von denen beiden er wissen wolle, was mit ihnen geschehen würde, wenn etwa der Ersteren die besten hundert Generäle, die besten hundert Diplomaten sowie die besten hundert Staatsberater und der Zweiteren hundert der führenden Ingenieure, hundert der führenden Bankiers und hundert der führenden Fabrikanten abhanden kämen. Diese Ereignisse, so sei Comte überzeugt, würden im ersten Falle keinerlei entscheidende Auswirkungen haben, d.h. die Gemeinschaft würde nahezu unverändert fortexistieren, während es im zweiten Fall zu einer Zerstörung der Sozietät kommen würde. Diese von Comte und Saint-Simon gestellte Frage sei aber erst dann verständlich, wenn man den Sinn berücksichtige, den diese beiden Männer der Französischen Revolution gegeben hätten: Sie hätten sie als zerstörerisch eingestuft, weil sie den für die Existenz jeder Gesellschaft wichtigen gemeinsamen Wertekodex oder Glauben durch ihren metaphysischen, wissenschaftlichen sowie kritischen Geist vernichtet habe, der nun wieder neu geschaffen werden müsse, was allerdings in seiner alten Form nicht mehr möglich sei. Was die heutige Gesellschaft betrifft, so ist sie für Aron v.a. wissenschaftlich geprägt und besitzt kein religiöses Fundament, so dass sich - wenn man die Industrie sowie das Ereignis der Französischen Revolution akzeptiere - die Frage stelle, woher eine neue Ordnung kommen soll, die die wirt-

---

<sup>116</sup> vgl. zum Gesagten: Aron, Raymond: Dix-huit leçon sur la société industrielle, Paris: 1962, S. 7, 33, 53

<sup>117</sup> Aron, Raymond: Dix-huit leçon sur la société industrielle, Paris: 1962, S. 33

<sup>118</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Aron, Raymond: Dix-huit leçon sur la société industrielle, Paris: 1962, S. 33-34

schaftliche Gesellschaft umrahme und ihr Funktionieren dirigiere. Tocqueville nun gehe davon aus, dass nicht die Fabriken, sondern die demokratische Bewegung die gesellschaftliche Zukunft des Abendlandes und der christlichen Welt bestimmen, die aristokratische Hierarchie zerstören und die Lebensbedingungen der Einzelnen einander annähern würde, wobei die Natur der zukünftigen gleichen Gesellschaften, d. h. die Gestaltung der überschneidenden Schichten und der politischen Regime unklar sei, weswegen er die diesen Zustand bereits verkörpernde amerikanische Sozietät untersuchen wolle. Der Ausgangspunkt für die Überlegungen von Marx sei ebenfalls die Französische Revolution, doch sein besonderes Interesse ruhe auf den kurz nach diesem Ereignis auftauchenden Widersprüchen zwischen der neuen Gesellschaft und dem zur Integration unfähigen traditionellen Staat, die für ihn nur dann wieder zu einer Einheit verschmolzen werden könnten, wenn der interne Konflikt zwischen Arbeitern und den Kapitalisten beendet würde und die beiden Gruppen miteinander homogen seien. Gemeinsam sei allen drei Denkern, dass sie die für die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts charakteristischen Geschichtsphilosophie zu Grunde legten und dass jeder von ihnen die von ihm jeweils untersuchte Bewegung, etwa die des Verschwindens der Religionen sowie des theologischen Glaubens, die der Demokratie oder die des Klassenkampfes für unabwendbar halte, wobei die von ihnen hierbei entwickelten Fragen für Aron auch heute noch in modifizierter Form Gültigkeit besitzen. So müsse etwa Comtes Frage heute etwa lauten, wie es in Zeiten, in denen in einer gewissen Anzahl von Bereichen mit wissenschaftlicher Methode und Strenge gedacht werde, möglich sei, die Einheit des religiösen Glaubens wiederherzustellen; Tocqueville würde heute dagegen fragen, wie die soziale und politische Natur der modernen westlichen, alle egalitären Tendenzen besitzenden Gesellschaften aussähen; und Marx würde versuchen zu klären, unter welchen Bedingungen es möglich sei, eine Einheit von wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ordnung wiederherzustellen, angesichts des in industriellen Sozietäten eingepflanzten Klassenkonfliktes zwischen Arbeitern und Produktionsmittelbesitzern. Im Rahmen seines Themas möchte der Verfasser diese drei Fragen als Ausgangspunkt für sein Studium der gesellschaftlichen Strukturen benutzen, wobei er Auguste Comte in die Betrachtungen dieses Vorlesungszykluses noch nicht mit aufnehmen möchte, weil sein Problemgegenstand vielleicht der tiefgehendste sei und darüber hinaus mit den positivistischen Methoden am schwierigsten behandelt werden könne, ja eventuell sogar zuvor einer philosophischen Interpretation bedürfe, so dass nur die Gesichtspunkte Tocquevilles sowie Marx' verblieben, von denen der Ertere nicht nur die Unabwendbarkeit der zunehmenden gesellschaftlichen Gleichheit prognostiziere, sondern sich auch bemühe, die sichtbaren und unsichtbaren Folgen dieser zu analysieren, während der Zweitere Anstrengungen unternahme, Gesetze über das Funktionieren sowie die Transformation des kapitalistischen Regimes zu formulieren und nicht allein über den Klassenkampf theoretisiere. Das eigentliche Anliegen Arons in diesem Zusammenhang ist es, den Treffpunkt von Tocquevilles und Marx' Problem zu definieren, indem er sehr präzise deren Art zu formulieren analysiert.<sup>119</sup> Im Folgenden wendet sich der Verfasser zunächst dem französischen Aristokraten zu, dessen Ausgangspunkt für seine Betrachtungen die unabwendbare, revolutionäre Demokratiebewegung sei, im Rahmen derer ihn hauptsächlich soziale und politische Aspekte der modernen Gesellschaft interessierten. Diese sei in ihrem Bestreben nach mehr Gleichheit von allen Menschen unterstützt worden, gleichgültig, ob sie sichtbar zu ihrem Erfolg beigetragen und für sie gekämpft oder ob sie gar nicht daran gedacht hätten, ihr zu dienen und erklärte Feinde von ihr gewesen wären. Diese schrittweise durch die Ereignisse sowie Menschen geforderte Angleichung der Bedingungen sei eine unverhoffte, universelle, dauerhafte und der menschlichen Macht entzogene Entwicklung, die trotz Hindernissen bereits seit

---

<sup>119</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Aron, Raymond: Dix-huit leçon sur la société industrielle, Paris: 1962, S. 34-38

Jahrhunderten stattfinden und sich auch in den Ruinen, die sie geschaffen habe, fortentwickle. Auch wenn der von Tocqueville hier verwendete Ausdruck «unverhofft» eine religiöse Konzeption nahelege, so sei für ihn die wichtigste Tatsache, dass die alte Gesellschaft nicht im modernen Sinne in Klassen aufgeteilt gewesen wäre, sondern jeder Einzelne seinen vorgegebenen Platz im Rahmen der bestehenden Hierarchie besessen hätte, während heute die Bedingungen dazu tendieren würden, sich immer stärker einander anzunähern. Dabei scheine die zunehmende Unterdrückung der sozialen Ungleichheiten in einer demokratischen Gesellschaft nahezu unwiderstehlich das Anwachsen der staatlichen Macht zur Folge zu haben, weil sie die einzig verbliebene, allerdings kein kontrollierendes Gegenüber besitzende Macht im Inneren dieses neuen Gebildes darstelle, so dass sich die Nicht-Privilegierten und Schlechtergestellten notwendigerweise an den Staat zur Linderung ihrer Ungnade wenden müssten. Angesichts dieser Situation stelle sich für den französischen Aristokraten die Frage, wie sich die politische Natur moderner, demokratischer Gesellschaften in Zukunft gestalten könne und er gelange zu der Überzeugung, dass sie entweder in einer Tyrannei enden oder politisch frei bleiben müsse, was soziologisch formuliert nichts anderes bedeute, als dass die Variable der «demokratischen Gesellschaft» zwar gegeben sei, sie allerdings aufgrund unterschiedlich wirkender Tatsachen verschiedene Herrschaftsformen besitzen könne, sowohl eine durch mehrere oder eine einzelne Person ausgeübte tyrannische als auch eine parlamentarische. Eine solche wirkende Tatsache stelle etwa der für Saint-Simon primäre und sich in den zu immer mehr Gleichheit tendierenden demokratischen Gesellschaften immer stärker durchsetzende Unternehmergeist dar, der den in den traditionellen, hierarchisch gegliederten Sozietäten herrschenden Wunsch nach Reichtum und Macht durch den Wunsch nach Vermehrung des Reichtums ersetze, wobei Tocqueville zu dieser Thematik mit Blick auf die amerikanische Gesellschaft anmerke, dass schicksalsbezogene Ungleichheiten in einem demokratischen Staat nicht gezeugnet würden. Vielmehr seien in den modernen Gemeinschaften generell konstante Anstrengungen der Unterprivilegierten und Schlechtergestellten vorhanden, die Ungleichheiten zu reduzieren, so dass sie sich aus einem bestimmten Blickwinkel heraus wieder an die gesellschaftliche Gliederungstradition anschließen würden. Im Rahmen seiner Strukturierung der demokratischen Gesellschaft spreche der französische Aristokrat dann, nicht ohne einen Vergleich mit Aristoteles vorzunehmen, von Klassen, die er aufgrund der Einkommensverteilung in eine reiche, mittlere sowie arme Klasse unterteile, wobei er anders als Karl Marx, aber nach Ansicht Arons auch zutreffend, davon ausgehe, dass die Kombination von demokratischer Bewegung und industrieller Gesellschaft den Mittelstand vervielfachen würde, während die Zahl der außergewöhnlich Reichen abnehme und die totale Armut auch weiterhin existiere, um hieraus zu folgern, dass die modernen Gemeinschaften einerseits unruhig seien, weil sich die Menschen zunehmend miteinander stritten, andererseits aber auch monoton, weil es kaum einen revolutionären Geist gebe, kurz gesagt: mittelmäßig bewegt und ohne Tiefgründigkeit. Tocqueville äußere sich so, als könne er nicht entscheiden, ob er sich eine ruhige oder revolutionäre Demokratie wünsche, aber sein Romantismus bezüglich der «Seelengröße» zeige, dass er keinen Gefallen an bürgerlichen Gesellschaften habe, die die bestehende Ordnung am höchsten schätzen würden, vielmehr seien ihm die Tendenz zur Reduzierung extremer Ungleichheiten und die zunehmende Menge an Menschen, die der sozialen Ordnung zugetan seien am Bedeutendsten. Keine besondere Wertschätzung genieße bei ihm auch die von ihm überraschend entdeckte Neigung der amerikanischen Gesellschaft zum Konformismus, der zwar nicht die Gefahr des Aufstiegs eines Despoten in sich berge, aber die Gefahr einer Tyrannei der Mehrheit mit sich bringe, gegen deren intellektuelle und moralische Dimension er trotz ihrer großen Basis Widerwillen empfinde und den wir ein Jahrhundert später alle Gründe hätten zu teilen. Was die für Marx besonders bedeutsamen industriellen Krisen betreffe, so finde man im

Werk «De la Démocratie en Amérique» nur einige Seiten zu dieser Problematik, in denen er wie alle anderen Beobachter seiner Epochen das Phänomen zunächst einmal feststelle, es aber mangels apokakryptischem Sinn nicht als historische Bewegung einstufe, sondern annehme, die Krise habe ihre Ursache im geschäftigen Treiben der Bürger, also in ihrem Wunsch etwas zu schaffen, zu unternehmen sowie reich zu werden und sei daher integraler Bestandteil der neuen Gesellschaft, der kaum verschwinden werde. Obwohl die Vereinigten Staaten, wirtschaftlich betrachtet, noch ein Agrarland gewesen seien, habe Tocqueville es auch besucht, um die Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmen zu studieren, und habe hierbei ebenso wie in Europa feststellen müssen, dass die beiden Gruppen keine Gemeinschaft bildeten, sondern sich vielmehr gegenseitig ignorierten und zwei sich feindlich gegenüberstehenden Welten angehörten. So käme es, dass die Arbeiter ihre Tätigkeit für einen Firmeninhaber leisteten, den sie nicht kennen und der sie häufig auch noch verachten würden, doch diese Spannung würde seiner Ansicht nach im Verlauf der Zeit nachlassen. Trotz dieser letzteren Einschätzung habe er sich aber dennoch damit beschäftigt, welche Bedeutung diese industrielle Ungleichheit für die gesamte Gesellschaft habe und sei zu dem Ergebnis gekommen, dass in der Industriegesellschaft eine neue Aristokratie entstehe, die angesichts des Umstandes, dass bei ihr Obskurität leicht in Größe übergehe, um dann wieder ins Elend zurückzufallen, sehr zerbrechlich sei, nur geringes Klassenbewusstsein besitze und im Vergleich zu früheren Zeiten armselig sei, d.h. es fehlen ihr die für eine wahre Aristokratie kennzeichnenden Elemente der Dauerhaftigkeit, des gemeinsamen Standesbewusstseins sowie der gemeinsamen Wertewelt. Für Comte und Saint-Simon dagegen, so merkt Aron an dieser Stelle an, seien die Industriellen sowie die Bankiers im Kontrast zu Tocqueville die Hierarchien der neuen Ordnung, die Herrscher der durch die Industrie geschaffenen Welt sowie die großen Männer der neuen Gesellschaft. Aus dem hier dargelegten ergebe sich, dass der Franzose die im Inneren der Industriegesellschaft bestehenden Konflikte sowie das Wiederentstehen einer Hierarchie nicht verkannt habe, aber anders als Saint-Simon und Comte sei er davon ausgegangen, dass sie nicht mit den alten gesellschaftlichen Gliederungen vergleichbar sein würden. Ein Soziologe nun, so ist Aron überzeugt, der Überlegungen über die Struktur der industriellen Gesellschaft anstelle, müsse hierbei auch das die menschliche Geschichte mit am meisten bestimmende Phänomen des Krieges miteinbeziehen, denn die soziale Hierarchie sei weitgehend ein Spiegelbild der militärischen. Tocqueville unternehme nun tatsächlich eine solche Betrachtung und gelange zu der Einsicht, dass in demokratischen, vom Streben nach Reichtum geprägten Gesellschaften die Zahl der Waffenfähigen fast die gesamte Gemeinschaft umfasse und Kriege aus diesem Grunde keine bedeutende Rolle spielen könnten, so dass sie in Friedenszeiten nur widerwillig einen gut funktionierenden Militärapparat aufstellten oder gar kriegerische Auseinandersetzungen begännen. Seien militärische Operationen allerdings erst einmal in Gang gesetzt, so bestehe in solchen Sozietäten, deren wirtschaftliche Struktur einem solchem Ereignis durch und durch fremd gegenüberstehe, die Gefahr, dass sie diesen kein Ende mehr setzen könnten.<sup>120</sup>

In seinen weiteren Ausführungen möchte sich Raymond Aron den Problemen zuwenden, die sich für Marx im Gegensatz zu seinem französischen Kollegen stellen: Zunächst seien sowohl Marx als auch Tocqueville der übereinstimmenden Meinung, dass die Französische Revolution nicht nur ein Schlüsselereignis der Geschichte sei, sondern darüber hinaus auch das Resultat einer über die Jahrhunderte andauernden Bewegung. Diese seit Jahrhunderten andauernde Bewegung gestalte sich jedoch für die beiden Denker unterschiedlich, denn während sie für Tocqueville von einem Bestreben hin zu mehr Gleichheit gekennzeichnet sei, immer noch fortduere und 1789 in ihrer gewaltsamen Form einen allein für die Ver-

---

<sup>120</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Aron, Raymond: Dix-huit leçon sur la société industrielle, Paris: 1962, S. 34-43

gangenheit typischen Unfall darstelle, besitze sie für Marx eine historische Dimension und werde durch die Verneinung der alten Ordnung, also dem Wechsel von einer Ordnung zur anderen vorangetrieben, was allerdings nicht schrittweise und kontinuierlich geschehe, sondern immer durch einen gewaltsamen Umsturz, wie dies in der Vergangenheit zu Beginn der Herrschaft des dritten Standes geschehen sei und zukünftig zu Beginn der Herrschaft des vierten Standes der Fall sein würde. Die wichtigste Tatsache für Marx sei damit die Entwicklung der Industrie und der damit verbundene neue sowie fundamentale Konflikt zwischen Proletariat und Kapitalisten, der die Triebkraft in die Zukunft darstelle. Tocqueville erkenne zwar ebenfalls diesen fundamentalen Konflikt, sei aber überzeugt, dass dieser ebenso wie der Unternehmergeist und die quälende Vorstellung aber auch die Schaffung des Reichtums lediglich Nebenprodukte der demokratischen Revolution seien, wohingegen die Auslöschung der ererbten Ungleichheiten sowie die Gleichstellung vor dem Gesetz als die entscheidenden Kräfte des zu beobachtenden Prozesses zu betrachten seien, denn erst dann werde ihre Hauptaktivität eine wirtschaftliche. Darüber hinaus würden beide nach dem die modernen Gesellschaften bestimmenden Prinzip suchen, das der französische Aristokrat in dem von Industrie, Geschäft und Geld geprägten Geist finde, während sein Zeitgenosse es in den Produktionskräften, also der technischen Ausstattung und Organisation der Arbeit, sowie den Produktionsbeziehungen, also den aufgrund verschiedener Funktionen sowie der Stellung zu den Produktionsmitteln sich ergebenden juristischen Verbindungen gefunden zu haben glaubt, auch wenn er in seinen Jugendschriften vereinzelt moralisch und soziologisch Passagen verfasst und den Vorrang des Geldes in den modernen Gesellschaften sowie dessen tyrannische Macht über die Menschen und die menschlichen Werte erkannt habe. Über Produktionsmittel und die sich daraus ergebenden Konflikte sowie über Produktionsformen spreche Tocqueville nur beiläufig, denn für ihn sei es eine offensichtliche und selbstverständliche Wirkung des nach Wohlleben strebenden, modernen Geistes, dass die demokratischen Gesellschaften immer reicher würden, wohingegen der deutsche Denker glaube, einem Soziologen fehle das Wesentliche, wenn er nicht auf diesem Fundament aufbaue und daher konzeptioniere er darauf basierend eine Theorie über die gesellschaftliche Struktur der Wirtschaft und über die menschliche Gesellschaft der laufenden Jahre, also eine Theorie über die Entwicklung der modernen kapitalistischen Gesellschaften. Diese unterschiedlichen Sichtweisen der beiden Soziologen glaubt Raymond Aron leicht durch deren persönliche und historische Situation erklären zu können: Der aus einer alten aristokratischen Familie entstammende, in seinen Urteilen von seinen liberalen Einstellungen sowie tiefen religiösen Gefühlen bestimmte Alexis de Tocqueville, akzeptiere zwar die nicht aufhaltbare Entwicklung der modernen Gesellschaft hin zur Demokratie, hoffe aber gleichzeitig, die Religion könne dieses neue Staatsgebilde stabilisieren und sei besorgt darum, die moralischen, liberalen Werte zu erhalten, um auf diese Weise die Demokratie liberal zu halten. Der aus bürgerlichen Verhältnissen entstammende, intellektuelle, philosophische und nicht religiöse Karl Marx habe, bestimmt durch die von Feindschaft gegenüber dem konservativen preußischen Regime geprägte Atmosphäre der von ihm besuchten Berliner Universität, die Revolution bevorzugt und die Lösung seiner philosophischen Probleme in der Bewegung der industriellen Gesellschaft entdeckt, die für ihn letztlich die Klassengegensätze überwinden und eine Gemeinschaft sein würde, in der sich die Menschen gegenseitig wiedererkennen. Trotz dieser unterschiedlichen Einschätzung der inneren Situation, stünden beide vor dem nahezu gleichen soziologischen Problem, nämlich dass die Industriegesellschaft im Inneren der Arbeitswelt trotz des Verschwindens der erblichen Unterschiede neue entstehen lasse, die zu Konflikten zwischen den Proletariern und den Unternehmern führten und deren Auswirkungen unklar seien. Ein Jahrhundert später stellt sich aus der Sicht Raymond Arons nun die Frage, wie die wirtschaftliche und soziale Ungleichheit sich heute gestaltet, ob die Industriegesell-

schaft dazu tendiert, diese zu mildern oder, im Gegenteil diese zu verstärken. Obwohl Marx den Kampf zwischen Arbeitern und Unternehmern für essentiell gehalten habe und ein solcher auch in der jetzigen Gesellschaft zu beobachten sei, habe er andere Formen von gesellschaftlichen Gruppenkonflikten nicht ignoriert und sei auch nicht völlig davon überzeugt gewesen, dass die Industriegesellschaft selbst - auch nicht durch eine Revolution - eine echte Gemeinschaft herstellen kann, womit er ähnlich wie Tocqueville - für den eine Demokratie sowohl eine liberale als auch eine tyrannische Gestalt annehmen könne - zwei Formen seiner Sozietät für möglich gehalten habe: eine sozialistische und eine barbarische. Anders als diese beiden Soziologen, für die die Gleichheit bzw. der Klassenkonflikt im Mittelpunkt ihrer Betrachtungen gestanden habe, legten sowohl die Staaten des Ostblocks als auch diejenigen des Westens ihren Schwerpunkt auf den allgemeinen Reichtum, d.h. den Fortschritt der Produktivität oder auch auf die Erhöhung des Produktionswertes durch die Gemeinschaft und durch jeden Einzelnen, wobei sich hieraus ein weiterer Punkt ergebe, der bei Marx und Tocqueville kaum eine Rolle gespielt habe: Nehme man als Grundvariable die Entwicklung der Produktivität, so ergäben sich für die Gemeinschaft fundamental andere Konsequenzen, als wenn eine Gesellschaft gleichbleibend sei, langsam oder ausgesprochen schnell anwachse. Mit diesen Ausführungen solle jedoch nicht aufgezeigt werden, was dieser oder jener Soziologe nicht gesehen habe, denn meistens hätten sie dieselben Tatsachen festgestellt, nur die Akzentuierung bzw. die Erfassung der Beziehung erfolge unterschiedlich, sondern es solle deutlich gemacht werden, welche Konsequenzen sich für die soziale Ordnung ergäben, wenn man davon ausgehe, dass in den gegenwärtigen sowjetischen sowie westlichen Gesellschaften die wichtigste Tatsache die Anwendung der Wissenschaft in der Industrie sei, was ein Wachstum der Produktivität sowie der der Gemeinschaft und dem Einzelnen zur Verfügung stehenden Mittel bedeute. Tocqueville stelle die Angleichung der Bedingungen innerhalb der Gemeinschaften in den Mittelpunkt und frage sich, wie sich die Sitten, die Art zu denken und das politische Regime verändern würden; Aron dagegen geht davon aus, dass in den heutigen Gesellschaften ein Primat der Wirtschaft herrsche und die Existenz erblich bedingter Ungleichheiten theoretisch abgelehnt werde, d.h. das Anwachsen von Reichtum ist nicht nur eine stetige Tatsache, sondern auch eine Forderung der Massen und der Regierung. Aron fragt sich nun weiter, wie die gesellschaftliche Struktur einer solchen Sozietät aussehe, welche Ungleichheiten sie schaffe, ob sie wie der französische Aristokrat meine, die Macht der Mittelklasse stärke oder im Sinne von Marx den Klassenkampf verschärfe, wobei er mit dieser Art der Fragestellung vermeiden will, Sozialismus und Kapitalismus bereits zu Beginn seiner Vorlesung in einen Gegensatz zueinander zu bringen und sie als Modalitäten derselben Gattung «Industriegesellschaft» zu betrachten, die für den Verfasser - wie eine Asienreise ihm gezeigt habe - das wichtigste Konzept unserer heutigen Zeit darstelle, denn der asiatische Kontinent bestehe nicht aus zwei grundlegend unterschiedlichen Welten, sondern die sowjetische und die westliche stellten hier eine **einzige** Realität dar: die industrielle Zivilisation. Von Interesse ist für Aron im Rahmen seiner Erörterungen jedoch nicht nur die Industriegesellschaft, sondern insbesondere auch die soziale Schichtung, da eine Gesellschaft ohne menschliche Beziehungen untereinander nicht existieren könne, die dann zu einem Ende kämen, wenn die gesellschaftlichen Ungleichheiten einen gewissen Grad erreicht hätten, was jeder sehen könne, der solche Gesellschaften wie Indien besucht habe und um die Bedeutung eines solchen Elends Bescheid wisse. Die Beschäftigung mit dem Problem der sozialen Schichtung, beinhalte nun aber zugleich ein philosophisches sowie ein soziologisches Problem, wobei das Erstere politisch sei und sich mit der wahren, für alle Mitglieder des Kollektivs akzeptablen Ordnung befasse. Den Ausgangspunkt seiner Betrachtungen stellt der Gattungsbegriff «Industriegesellschaft» in Bezug auf die sowjetische und die kapitalistische Gesellschaft dar, dessen wesentlichen Charakter er herausarbeiten und dessen

Differenzierungen im Osten und Westen er analysieren möchte, wobei er bestrebt ist, zu klären, inwieweit es einer industriellen Sozietät möglich ist, die Verminderung bzw. Verstärkung der Ungleichheiten, die Modalitäten der sozialen Schichtung und die Begünstigung bzw. Verhütung einer Wiederherstellung der Gemeinschaft zu bestimmen.

Aron ist bemüht zu zeigen, dass **beide** Denker wesentliche Zusammenhänge ihrer Zeit erkannt haben, so etwa die Tatsache, dass die Französische Revolution nicht nur das Resultat einer über Jahrhunderte andauernden Bewegung, sondern ein Schlüsselereignis der Geschichte gewesen sei. Desweiteren seien beide Denker davon ausgegangen, dass die modernen Gesellschaften durch ein bestimmtes Prinzip bestimmt würden, dass es mit dem Aufkommen der Industrie zu Konflikten zwischen den Proletariern und den Unternehmern kommen werde sowie dass eine Demokratie sowohl eine liberale als auch eine tyrannische Form annehmen könne. Uneinig seien sich die beiden Soziologen allerdings darüber gewesen, was nun tatsächlich der Kern dieser über die Jahrhunderte andauernden Bewegung wäre, ob die Gleichheit, wie der französische Aristokrat gemeint habe, oder die Verneinung der alten Ordnung, wie der deutsche Theoretiker überzeugt gewesen sei. Auch über die Bedeutung der Revolution von 1789 im Rahmen dieser Bewegung herrsche bei den beiden Theoretikern kein Einvernehmen, denn für Marx stelle sie anders als für Tocqueville keinen Unfall dar, sondern sei deren treibende Kraft. Die Ansichten der beiden Denker gehen aber auch darüber auseinander, was das die modernen Gesellschaften bestimmende Prinzip sei und welche Form sie letztlich annehmen würden: Für den Verfasser der „Demokratie“ bestimme der Unternehmergeist die Gesellschaft, die in Zukunft vom Mittelstand beherrscht werden würde. Der Verfasser des Kapitals hält dagegen die Produktivkräfte sowie die Produktionsbedingungen für ausschlaggebend und entwickelt darauf aufbauend seine Theorie über die Struktur und Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaften, die ein klassenloses Zusammenleben der Menschen prognostiziert. Betrachtet man die von Raymond Aron aufgezeigten Unterschiede sowie Übereinstimmungen der beiden Denker, so muss man feststellen, dass sie zwar dieselben geschichtlichen Fakten für entscheidend halten und auch beide eine bereits seit langem andauernde Veränderung der bisherigen Gesellschaften wahrnehmen, aber dass sie unterschiedliche Faktoren für ausschlaggebend halten und daher auch voneinander abweichende Zukunftsprognosen geben. Der hier angestellte Vergleich wurde von Aron allerdings von Anfang an auf das Ideenmaterial beschränkt, das sich mit der Französischen Revolution, der Entstehung der Fabriken, der Erklärung des Untergangs der französischen Monarchie und der starken Entwicklung der Produktionsmittel befasst und diente lediglich dazu, die Ausgangsfrage für die Analyse des aktuellen Gesellschaftszustandes zu gewinnen. Hierbei betont er deutlicher als in seiner zuvor analysierten Arbeit, dass die Theoretiker des 19. Jahrhunderts das Ideenmaterial für die meisten heutigen politischen und soziologischen Ideologien liefern und zeigt damit auf, dass gerade auch eine Beschäftigung mit Tocqueville und Marx für die Einschätzung heutiger Theoriekonzepte von Bedeutung ist. Explizite Literaturangaben Arons sind aus dem Werk nicht zu entnehmen, sieht man einmal von einem Zitat ab, das aus der Einleitung von Tocquevilles Demokratiebuches stammt. Es ist allerdings anzunehmen, dass er sich in seinen Ausführungen auf bereits vorhandene Kenntnisse aus seinen Vorlesungen u.a. über die Soziologen Comte, Tocqueville und Marx stützt, also das Kapital, die Ökonomisch-philosophischen Manuskripte, die Aufsätze über die Französische Revolution von 1848, die Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, die Souvenirs, die Demokratiebücher und das Werk über den alten Staat und die Revolution und bei deren Betrachtung auch deren Wichtigkeit für heutige theoretische Konzepte erkannt hat, die ihm bei einer ausschnittswisen Sichtung von deren Werken eventuell verschlossen geblieben wäre.

**ee. Landshut, Siegfried: Alexis de Tocqueville. Das Zeitalter der Gleichheit, 1967**

Den Abschluss im Rahmen der Autoren, die sich zwischen 1945 und 1969 mit den beiden Denkern Alexis de Tocqueville und Karl Marx auseinandersetzen, bildet Siegfried Landshut, der offensichtlich mit Tocqueville-Spezialisten J. P. Mayer in früheren Jahren zusammengearbeitet und eine Wiederherausgabe von marxischen Frühschriften unternommen hatte, wobei er allerdings bei einer weiteren Auflage - nach Mayers persönlicher Aussage - die Spuren von dessen Mitarbeit sorgfältig beseitigt haben soll.<sup>121</sup> Die hier betrachtete Arbeit Landshuts erschien in der Reihe Klassiker der Politik und war eine deutsche Veröffentlichung tocquevillescher Texte, in der er Auszüge aus den Werken «Über die Demokratie in Amerika», «Das Ancien Régime und die Revolution» sowie Notizen, Reden und Briefe des französischen Denkers übersetzt. Diesen ins Deutsche transferierten Texten stellt er eine ausführliche Einleitung voran, die an einigen Stellen auch auf das Verhältnis von Marx und Tocqueville eingeht. Der Schwerpunkt dieser Vorbemerkung liegt jedoch auf der Person Tocquevilles, der Wirkung seines Werkes, dem Ausgangspunkt sowie Gegenstand seines Denkens, d.h. den Gesichtspunkten, woraufhin er die moderne gesellschaftlich-politische Welt untersucht, wobei Landshut die letzteren beiden Aspekte in die Biographie des französischen Denkers miteinbindet und etwa im Zusammenhang mit der Reise des Franzosen nach Amerika ausführlich seine Verwendung des Demokratiebegriffs und die diesen bestimmende Gleichheit sowie ihre Ausprägung in Amerika und Europa, aber auch die mit ihr für den Aristokraten verbundenen gefährlichen Perspektiven sowie ihre Vermeidung erörtert.

Am Beginn seiner Einleitung hält Landshut fest, dass sowohl Marx als auch Tocqueville bewusst und interessiert die außerordentlichen Umwälzungen des 19. Jahrhunderts, die alle Prinzipien und Bedingungen der bisherigen gesellschaftlichen Ordnung veränderten, wahrgenommen hätten. Dabei hätten sie allerdings nicht nur deren Bedeutung für die Zukunft ermitteln, sondern auch die entscheidenden Momente dieser Veränderung bestimmen wollen. Einigkeit herrsche bei den beiden Theoretikern trotz der verschiedenen Perspektiven, die sie einnahmen, aber auch darüber, dass ihre Zeit durch eine Entwicklung hin zu immer mehr Gleichheit gekennzeichnet gewesen sei, was nichts anderes bedeute, als dass eine Tendenz zur vollständigen Aufhebung jeglicher gesellschaftlicher Unterschiede bestehe, die in ihrer Folge eine ausschließliche - von Marx und Tocqueville jedoch abgelehnte und verurteilte - Orientierung am wirtschaftlichen Erfolg mit sich bringe und dadurch zum Verhängnis für die wahre Bestimmung des Menschen würde. Beide Männer würden für diese Entwicklung einen Ausweg suchen und während Marx eine Lösung seiner düsteren Sicht der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Vernichtung der bisher durch die Geschichte gewordenen Welt sowie deren Ersetzung durch eine klassenlose, von widerspruchsloser Vollkommenheit gekennzeichneten Gesellschaft sehe, entziehe sich Tocqueville dieser vorwärts drängenden Demokratie mit all ihren Erscheinungen und den damit verbundenen Forderungen des Tages nicht. Landshut glaubt auch, dass der Franzose den Deutschen in seinem aufrichtigen Bemühen um vollständige Vorurteilslosigkeit, aber auch im Bewusstsein der Verantwortung für seine Zeit übertreffe, auch wenn beide Denker in der Unmittelbarkeit und Eindringlichkeit ihrer Beobachtung, in Kraft und Schärfe ihrer Analyse sowie ihrer Einschätzung der Tragweite des Zeitgeschehens sich die Waage halten

---

<sup>121</sup> zu dieser Behauptung Mayers siehe: Mayer, J. P.: Alexis de Tocqueville und Karl Marx: Affinitäten und Gegensätze, in: Zeitschrift für Politik, Jahrgang 13 (neue Folge), Heft 1, 1966, S. 10



könnten, aber dennoch sei das Werk Tocquevilles gegenüber den weltbewegenden und verändernden Ideen von Marx völlig in den Schatten getreten.<sup>122</sup>

Landshuts Interesse gilt im Rahmen des Hauptteils v.a. Tocquevilles Demokratiebegriff sowie die diesen Begriff charakterisierende Gleichheit, da sie beide den Leitfaden für das Werk «Über die Demokratie in Amerika» des französischen Denkers darstellen würden. Der französische Denker sei vor dem Schreiben dieses Buches mit der Überzeugung nach Amerika gereist, er könne in diesem Land die demokratische Gesellschaftsverfassung unbeeinträchtigt von Gesinnungen, gesellschaftlichen Verhältnissen und Traditionen studieren, doch am Ende seiner Reise nahm er den ihn religiös erschauern lassenden Eindruck mit, dass die europäischen Völker einer fortschreitenden Entwicklung hin zu mehr Gleichheit unterlägen, die die Französische Revolution gewaltsam als politisches Prinzip herausgestellt und zum Gesetz gemacht hätten, was seinen Beobachtungen auf dem neuen Kontinent die Richtung gäbe. Entgegen der Vorwürfe verschiedener Kommentatoren, sei der Demokratiebegriff des französischen Theoretikers eindeutig: er verstehe hierunter den seit Jahrhunderten durch die katholische Kirche, das Geld- und Handelswesen, Literatur, Bildung sowie die absolute Monarchie angeregten Abbau der hierarchischen Gliederung der Gesellschaft, der sowohl im politischen wie sozialen Bereich stattgefunden habe, denn für Tocqueville seien gesellschaftliche Gliederung und politische Verfassung wie in der aristokratischen Ordnung, die mit der Standeszugehörigkeit sowohl den privaten als auch den öffentlichen Platz einer Person bestimmt habe, eine Einheit, so dass Veränderungen einer Seite, Veränderungen der anderen nachsichziehen würden. Eine Aufteilung dieser beiden Komponenten hätte erst die Französische Revolution mit ihrer Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte vorgenommen, mit der sie die Gesellschaft in Bürger, die vor dem Staat alle gleich waren, sowie Menschen, die es selber in der Hand hätten, ihre Stellung in der Gesellschaft zu erwerben, aufgliederte. In der Realität könne die überlieferte gesellschaftliche Gliederung jedoch nicht so schnell beseitigt werden und so habe sie dann auch die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts bis zur Revolution von 1848 verhindert. Die Französische Revolution sei zudem mit der gewaltsamen Einführung der Gleichheit als Ordnungsprinzip der politischen Gemeinschaft ihrer Zeit voraus gewesen und habe die bereits begonnene Entwicklung hin zu mehr Gleichheit überholt, weswegen sich auch zur Zeit der Restauration und des Bürgerkönigtums die Meinung habe halten können, die Revolution sei nur ein vorübergehendes Ereignis und ein Ausbruch extremer politischer Leidenschaften gewesen, der sich auf ein vernünftiges Maß begrenzen ließe, doch Tocqueville habe erkannt, dass die Entwicklung unwiderruflich auf dem Wege war, die Gleichheit auch in den gesellschaftlichen Verhältnissen, wie Lebensstil, Bildung oder Umgangsformen, zu verwirklichen und dass dies auch das Schicksal der europäischen Nationen wäre. Mit der Entdeckung dieser Zusammenhänge - so ist Landshut überzeugt - habe der Franzose auch die Erkenntnisse der schärfsten Beobachter übertroffen und müsse daher als bedeutenster Analytiker moderner Gesellschaften anerkannt werden, denn selbst Marx, der ebenfalls gesehen habe, dass die Gesellschaft auf eine vollständige soziale Gleichheit zustrebe, habe die in der bestehenden Ordnung bereits auf eine egalitäre Gemeinschaft hin wirkenden Elemente nicht erkannt, die ohne die von ihm angenommene gewaltsame Revolution und die damit verbundene Beseitigung des Eigentums die Gleichheit in den Völkern bewerkstelligen würde. Er habe desweiteren auch die Bedeutung des Gleichheitsprinzips im Zusammenhang mit der abendländischen Geschichte nicht erkannt, dessen unabwendbares, bis dahin weltgeschichtlich noch nie dagewesenes Resultat die politisch geordnete Gesellschaft der Gleichen sei. Bis dahin sei jede Gemeinschaft immer durch ein Über- und Unterordnungsverhältnis, also durch leitende und folgende Personen gekennzeichnet und

---

<sup>122</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Landshut, Siegfried: Alexis de Tocqueville, Das Zeitalter der Gleichheit, Köln, Opladen, 1967, S. IX-X

damit in gewissem Sinne immer wie eine aristokratische Ordnung gewesen, in der sich die verschiedenen Gruppen durch ihre Lebensweise, Rechte, Beschäftigung sowie Sitten voneinander unterschieden und damit zugleich ihr Verhältnis zueinander, aber auch im Ganzen festgelegt hätten. Die Französische Revolution habe diesem durch den Willen von Personen getragenen Systemen die Idee eines im Staat gesammelten und anonymen Gesamtwillens gegenübergestellt, die alle Menschen gleich gemacht habe und Tocqueville habe durch seine Beobachtungen in Amerika erkannt, dass - auch wenn die tatsächliche Ungleichheit der gesellschaftlichen Stellung des Einzelnen die Ziehung der politischen Konsequenzen noch verhindere - Europa die gleichen Verhältnisse zu erwarten hätte. Einen Unterschied habe der französische Aristokrat im Vergleich zu den Amerikanern allerdings beobachtet: Während diese Bewohner der neuen Welt neben der gesellschaftlich im Vergleich zu europäischen Verhältnissen wesentlich mächtigeren Gleichheit von Anfang an auch die Freiheit in ihren Gemeinden gekannt hätten, also von Anfang an nicht nur unabhängig, selbständig und in eigener Verantwortung ihr persönliches Schicksal, sondern v.a. auch das ihres Gemeinwesens übernommen hätten, hätten die breiten Massen in Europa nicht nur die Freiheit niemals gekannt, weil alle öffentlichen Angelegenheiten entweder von den Grundherren oder der Verwaltung der absoluten Monarchen wahrgenommen worden wären, sondern die Freiheit wäre in Form der gesellschaftlichen Angleichung begonnen worden und hätte nur theoretisch erhalten werden können, was anders als die Französische Revolution geglaubt habe, die Gleichheitsbestrebungen befördert und gleichzeitig der Freiheit entgegengewirkt hätte. Tocqueville habe daher herausfinden wollen, welche Lebensbedingungen das menschliche Dasein in einer egalitären Gesellschaft zu erwarten hätte und sei zu dem Ergebnis gekommen, dass sich hier der Einzelne entweder aufgrund der Auflösung jeglicher bis dahin durch Autorität, Traditionen, Ehrfurcht und Abhängigkeit geprägten persönlichen Lebensbedingungen in seine Privatsphäre zurückziehen, Gleichgültigkeit gegenüber der Mitwelt, Unwilligkeit gegenüber jeglicher Ungleichbehandlung sowie Feindschaft gegen jede Ordnung und Nötigung entwickeln werde, also ein Zustand der Anarchie entstehe; oder dass er aufgrund dieses bloßen Interesses am privaten Wohlergehen, der Furcht vor jeder die Ordnung und Ruhe gefährdenden Störung sowie dem Hass gegen jegliche, letztlich jedoch niemals ganz zu beseitigende Ungleichheit dazu neigen würde, alle Macht einer Zentralgewalt zuzubilligen, weil er in ihr den Retter aus jeder Bedrängnis erblicken, also die Freiheit unter einer gewissen Gunst der Verhältnisse aufgeben und die gesamte öffentliche Gewalt in die Hand eines einzelnen Mannes oder einer kleinen Gruppe legen würde, so dass es zu einer despotischen Herrschaft käme. Mit den Möglichkeiten einer Diktatur befasse sich Tocqueville allerdings nicht ausgiebig, vielmehr interessiere er sich für den Gesamtzustand der Gesellschaft und sei unermüdlich bemüht, in seinen Aussagen nicht über das Hinauszugehen, was die Beobachtungen seiner Zeit, die Erfahrungen seines Amerikaaufenthalts sowie seine historischen Forschungen ihm nahelegten, wodurch es ihm gelänge, eine ganze Reihe unheimlich präziser Voraussagen zu machen, so etwa die Teilung der Welt unter Rußland und den Vereinigten Staaten oder seine Warnung vor Aufständen an die französische Kammer kurz vor Ausbruch der Revolution von 1848. Leitend für die Auffassung der Geschehnisse seiner Zeit sei für den Franzosen die vom Abendland überlieferte Idee des Menschen und der ihr angemessenen Ordnung des Miteinanderlebens gewesen, d.h. die Freiheit des eigenständigen Einzelnen bzw. machtvoller Gemeinschaften ihre eigenen Angelegenheiten zu führen, ohne dass dieses Recht durch eine auferlegte Gewalt - etwa eine zentralisierte Staatsgewalt - gebrochen würde. Diese Idee sei allerdings nicht mehr gewährleistet in einer Gesellschaft, in der eine Vielzahl gleicher Individuen von einer alle gleichmäßig lenkenden Zentralgewalt abhängig seien und die in ihrer unsagbaren Flachheit nur noch an eine abstrakt organisierte, keine menschliche Bindung mehr kennende Gewalt gebunden sei, wie Tocqueville in den letzten

Kapiteln seines *Amerikabuches* und in allen Betrachtungen seines *Ancien-Régime*-Werkes bemerke. Dennoch sei er allerdings überzeugt, dass die Demokratie die sich herstellende Wirklichkeit in Gesellschaft und Staat sei und er habe es in diesem Zusammenhang als seine Aufgabe angesehen, die heraufkommenden demokratischen Volksgemeinschaften vor dem völligen Verlust der Freiheit, d.h. der ohnmächtigen Hörigkeit gegenüber einer reglementierenden Zentralgewalt, zu bewahren, wobei ihm vor allem die Selbstverwaltung der Gemeinden und Provinzen, sowie die Bildung bürgerlicher Vereinigungen politischer, wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Natur ein wirksames Mittel gegen diese Entwicklung zu sein schien. Doch Tocqueville habe trotzdem Zweifel, ob solche Einrichtungen den von ihm gehegten und befürchteten Verfall der Welt in eine endlos gleiche Mittelmäßigkeit verhindern könnten und daher versuche er einen solchen Gedanken zu akzeptieren und sich nicht von dieser Entwicklung als Mitlebender sowie Zeitgenosse auszuschließen, indem er sich auf Gott besinne und feststelle, dass diesem nicht das Gedeihen einiger weniger genug sei, sondern das Wohlergehen aller, so dass die neue Ordnung im Grunde genommen einen Fortschritt darstelle. Ebenso wie bei anderen Zeitgenossen resultiere die grundsätzlich ablehnende Haltung des französischen Aristokraten gegenüber der entstehenden europäischen Gesellschaft aus der Verehrung für die abendländische Überlieferung, die ihren Ausdruck in den Künsten, dem Schrifttum und den Lebensformen finde und deren Bedrohung durch die allgemeine Einebnung und Kommerzialisierung ihn beunruhigt habe, doch anders als Marx, der radikal alle bestehenden Verhältnisse verneint und die Hoffnung auf eine vollkommene Gesellschaft in der Zukunft gesetzt habe, und anders als Jacob Burckhardt, der sich von seiner Zeit abgewandt und sich mit der Größe und Schönheit des Vergangenen befasst habe, habe der französische Aristokrat - vielleicht begründet auf seiner hochadligen Abstammung - die Sorge für die Nachkommen zum Inhalt seines Lebens gemacht und am politischen Leben Frankreichs selbst nach der Revolution von 1848 und dem Ende der Monarchie als Mitglied der Nationalversammlung teilgenommen und von Juni bis Oktober 1849 das Amt des Außenministers innegehabt.<sup>123</sup>

Betrachtet man die Ausführungen von Siegfried Landshut dahingehend, was sie für Ergebnisse bezüglich eines Vergleichs von Karl Marx und Alexis de Tocqueville eröffnen, so kann man zunächst festhalten: Einig sind sich die beiden Denker nach Ansicht des Verfassers darüber, dass die Gleichheitsentwicklung die bedeutendste Entwicklung in den Veränderungen ihrer Zeit darstellt, wobei sie allerdings aufgrund ihrer Verehrung für die abendländische Kultur diese Tendenz wegen der damit verbundenen Orientierung am wirtschaftlichen Erfolg verurteilen würden. Da sich der französische Denker aber über die Bedeutung des Gleichheitsprinzips im Klaren gewesen sei, habe er anders als Marx gewusst, dass das Über- und Unterordnungsverhältnis auch ohne gewaltsame Revolution sowie Beseitigung des Eigentums allein durch Institutionen wie die Katholische Kirche, die Monarchie oder das Geld- und Handelswesen beseitigt werden würde. Dies bedeutet aber nichts anderes, als dass sich die beiden Theoretiker zwar über die entscheidende Entwicklung ihrer Zeit einig waren, aber ihre zukünftige Verwirklichung in ganz verschiedener Weise prognostizierten. Was die Literatur betrifft, auf die Landshut seine Erkenntnisse stützt, so lässt sich für Tocqueville laut eigener Nennung des Verfassers dessen Werk „Über die Demokratie in Amerika“ sowie über das *Ancien Régime* anführen, während sie bezüglich Marx offen bleibt. Die Zitatstellen bezüglich des französischen Aristokraten sind dann auch zahlreich und ausführlich, bezüglich des deutschen Denkers dagegen beschränken sie sich auf vereinzelte referierende Darstellungen seiner Überzeugungen. Insgesamt scheint sich aber

---

<sup>123</sup> vgl. zu den gesamten Ausführungen: Landshut, Siegfried: *Alexis de Tocqueville, Das Zeitalter der Gleichheit*, Köln, Opladen, 1967, S. XVI - XXX

auch hier der Vergleich nur auf Auszüge aus den Werken der beiden Denker zu beschränken, womit sich hier wie bei Geiss und Mayer die Gefahr auftut, dass die Vergleichsergebnisse sehr subjektiven Ansichten entspringen und daher in ihrer wissenschaftlichen Verwertbarkeit sehr eingeschränkt sind und eventuell einer nochmaligen Überprüfung bedürfen.

### **c. Charakterisierung der Literatur in der Phase des Kalten Krieges (1945-1969)**

Als J. P. Mayer, Immanuel Geiss, Raymond Aron, Kurt Georg Kiesinger und Siegfried Landshut ihre Arbeiten veröffentlichten bzw. an den Universitäten vortrugen, befand sich die Welt gerade in der Phase des Kalten Krieges, in deren Anfängen der Kommunismus sich rasant in der Welt auszubreiten schien, ohne dass ihm seitens des Westens zugefügte Niederlagen zur Raison hätten zwingen können. Sieht man einmal von Deutschland ab, das als Verlierer des 2. Weltkrieges das kommunistische System mehr oder weniger am eigenen Leib erfahren durfte, so war die von der Sowjetunion propagierte Ideologie in den anderen westlichen Staaten Europas durchaus erfolgreich und stand sogar in Regierungsverantwortung. Als 1956 die Geheimrede Chruschtschows und damit die Verbrechen dieses Systems an die Öffentlichkeit gelangten, schien der Kommunismus in eine schwere Krise zu geraten und einem sehr kleinen, sich teilweise untereinander näher kennenden Kreis von Marxismus-kritischen Intellektuellen bot sich nun ganz offensichtlich die Gelegenheit einen neuen Gesellschaftstheoretiker in der Wissenschaft zu etablieren. Zunächst versuchten sie mündlich durch Vorträge im Rundfunk und Vorlesungen an den Universitäten sowie durch eine Gegenüberstellung mit den bekannten marxischen Theorien eine breite öffentliche Wirkung für die Ideen Tocquevilles zu erreichen. Die Kernbotschaft, die v.a. von den deutschen Autoren ausging, war, dass Tocqueville Marx in der Analyse der geschichtlichen Ereignisse seiner Zeit in keiner Weise nachstand, ja in den Prognosen diesem sogar bei weitem überlegen war, während Aron, der eine sehr eingehende Analyse ihrer Werke vorgenommen hatte, auch zu der Erkenntnis gelangte, dass es neben Comte gerade Tocqueville und Marx waren, auf deren Ideen viele Soziologen seiner Zeit ihre Theoriekonzepte aufbauten. Als das Echo hierauf sehr gering blieb, begann man die Vorträge zu veröffentlichen – teilweise in verschiedenen Zeitschriften denselben Aufsatz. Ein gewisser Erfolg schien sich einzustellen, als in der schweren Krise der deutschen Sozialdemokratie nach der deutlichen Wahlniederlage von 1957 die SPD-nahe Zeitschrift „Die neue Gesellschaft“ das tocquevillesche Gedankengut aufgriff und dessen Überlegenheit anerkannte. Auch der CDU-Politiker und baden-württembergische Ministerpräsident Kiesinger nährte mit seinem Tocqueville-Vortrag, der auch Marx vergleichend heranzog, die Hoffnung, der neue Denker werde sich in weiteren Kreisen der deutschen Gesellschaft etablieren können. Doch gleichzeitig hatte die Gruppe 47 trotz ihres diffusen Charakters ihren Einfluss stark ausbauen können und als „linkes Establishment“ vor allem über die Medien zu irritieren und zu provozieren vermocht. Von der Wahlniederlage des Jahres 1957 tief getroffen, war die SPD von nun an von dem unbedingten Willen erfüllt, die Macht gleich mit welchen Mitteln zu erreichen und übersah hierbei, dass der Kommunismus sich in den anderen Ländern Europas, aber auch in den intellektuellen Kreisen der BRD bereits wieder auf dem Weg der Konsolidierung befand. Zwar hatte die im März 1958 in München stattgefundene Demonstration gegen die geplante Stationierung amerikanischer Atomsprenköpfe bereits gezeigt, dass eine neue, kritischere und Ideologien nicht mehr abgeneigte Jugend heranwuchs, aber in der SPD war der Wunsch, die Macht in der Bundesrepublik von der CDU

zu übernehmen größer als die unbedingte Treue zu ihrer bisherigen Ideologie. Als ihren Hauptgegner sah sie die CDU an, die sie durch ein straffes, streng kontrolliertes und speziell geschultes Mitgliederkader, durch Streben nach wirtschaftlicher Macht, wozu für sie auch die „von der CDU beherrschte“ Presse gehörte sowie durch Unabhängigkeit von der Gewerkschaft besiegen wollte.<sup>124</sup> Die Wahlergebnisse sollten dem neuen Kurs der Sozialdemokraten, den sie im November 1959 auf dem Godesberger Parteitag eingeschlagen hatte und der eine starke Annäherung an die Politik der CDU mitsichbrachte, Recht geben, denn die Sozialdemokraten wurden die stärkste Partei im Lande und die CDU konnte nur noch mit Hilfe der FDP an der Regierung bleiben. Günstig hatte sich für die programmatisch erneuerte SPD allerdings auch der Mauerbau ausgewirkt, dem die Westmächte tatenlos zusahen und somit den enttäuschten Bundesbürgern schonungslos deutlich machten, dass ihr Interesse an einer deutschen Wiedervereinigung rein deklamatorischer Natur war. Zwar blieb der Ruf von acht Tübinger Wissenschaftlern nach einer Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze um diese Zeit weitgehend unberücksichtigt, aber die Bevölkerung begann doch zunehmend die Hallstein-Doktrin abzulehnen und als sich die evangelische und die katholische Kirche wenig später ebenfalls in diesem Sinne äußerten, stießen sie auf weit aus offenere Ohren. Noch war die Situation allerdings ruhig und es schien nichts wirklich auf eine umfassende Renaissance des Marxismus und seine gewalttätigen Auswüchse in Deutschland und der westlichen Welt hinzuweisen, doch die Beschäftigung mit den marxischen Schriften gehörte wieder zum guten Stil und galt als Zeichen von Bildung, so dass selbst marxkritische Redner aus den Schriften dieses Denkers zitierten. Die jungen Nachkriegsgenerationen erlebten den Eichmann-Prozess in Jerusalem, den Frankfurter Auschwitz-Prozess, die überfüllten Universitäten und sie begannen die bisherigen gesellschaftlichen Werte abzulehnen und sich den marxistischen Theorien zuzuwenden, die ein Heilmittel gegen die von ihnen empfundenen Missstände anzubieten schienen. Kiesinger erkannte allerdings bereits Ende 1960 die sich anbahnende Durchsetzung der marxischen Ideen und beschwor in einer akademischen Rede in Karlsruhe geradezu die Genialität des französischen Denkers Tocqueville, während er gleichzeitig davor warnte, dass man sich in einer weiteren Phase der sozialen Umwälzung befände, die wiederum von einer durch die Intellektuellen geführten Masse des besitzlosen Proletariats ausginge. Er sah es als Aufgabe des Staates an, diese neue Phase der ewigen Revolution zu bändigen, wobei er das Problem konstatierte, dass die Abneigung gegen das Totalitäre mitunter der Faszination eines wissenschaftlichen Werkes zum Schaden des Menschen unterliege. Die veröffentlichten Vergleichsarbeiten hatten zudem überwiegend das Manko, dass sie sich nie um einen ganzheitlichen Vergleich der beiden Denker bemühten, sondern die Werke sehr stark auszugswise verglichen, was einen nur sehr geringfügigen Vergleichsraum eröffnete und daher nur wenig Anreiz für weitere Arbeiten auf diesem Gebiet gab. Selbst Aron nahm einen ausführlicheren Vergleich von Marx und Tocqueville nur zu ihren Arbeiten über die 48ere Revolution vor, so dass der Eindruck eines nicht sehr einträglichen Forschungsgebietes verblieb. Angesichts dieser Umstände konnten weder Kiesingers Rede, noch die in diesem Zeitraum veröffentlichten Vergleichswerke über Marx und Tocqueville die Ausbreitung des marxischen Gedankengutes eindämmen und einen neuen Denker in der Wissenschaft wirklich etablieren und so blieben weitere, v.a. detailliertere Vergleichsarbeiten über Jahre hinweg aus – die angestrebte wissenschaftliche Diskussion fand nicht statt.

---

<sup>124</sup> vgl. zu diesen Plänen der SPD: Friedrichs Günter: Zur Strategie des koordinierten Angriffs. Wie kann die SPD die Mehrheit erringen?, abgedruckt in: Die neue Gesellschaft, 6. Jahrgang, Heft 3, Mai/Juni 1959, S. 220-226

## 2. Die Phase der Entspannung bzw. *Détente*

### a. Die politische und gesellschaftliche Situation in dieser Zeit

Als Anfang der 70iger Jahre wieder einige Arbeiten veröffentlicht wurden, die auf den ersten Blick die beiden Denker Alexis de Tocqueville und Karl Marx miteinander zu vergleichen schienen, bemühten sich die europäischen Regierungschefs, aber auch das amerikanische und das sowjetische Staatsoberhaupt, gerade um eine Entspannung der weltpolitischen Lage. Verantwortlich für die Politik in dieser Zeit war zunächst der am 20. Januar 1969 sein Amt als amerikanischer Präsident antretende Richard Milhous Nixon, dem es im vorangegangenen Wahlkampf anders als 1960, als er knapp gegen John F. Kennedy verloren hatte, gelungen war, seinen demokratischen Konkurrenten Hubert H. Humphrey mit dem knappsten Wahlergebnis seit 1912, nämlich 43,6%, zu schlagen. Seinen Sieg verdankte der ehemalige Stellvertreter von Eisenhower v.a. seinem Versprechen das schon seit Jahren von der amerikanischen Öffentlichkeit zunehmend kritisch beurteilte Vietnamproblem zu lösen und die amerikanischen Truppen abzuziehen. Passend zu diesen Ambitionen lag das leidenschaftliche Betätigungsfeld des neuen Präsidenten im Bereich der Außenpolitik, im Rahmen derer er überzeugt war, dass zunächst einmal Ordnung im Weltgeschehen eintreten müsse, bevor man sich einer Verbesserung der Lebensumstände und der Menschenrechte widmen konnte. Zusammen mit seinem Berater Dr. Henry Kissinger, Professor für internationale Beziehungen an der Universität Harvard, glaubte er an eine Welt mit fünf Machtzentren, nämlich die USA, Westeuropa, die UdSSR, Japan und China, die alle versuchen mussten, einen Weltkrieg zu vermeiden, was für sie nur durch eine Zusammenarbeit dieser Staaten zu gewährleisten war und durch ein Gleichgewicht der Kräfte, das allerdings nicht durch Wettrüsten oder militärische Allianzen, sondern durch selbst auferlegte Rüstungsbeschränkungen erreicht werden sollte. Man wollte daher China wieder eine normale Rolle in der Weltpolitik spielen lassen und es aus seiner langanhaltenden Isolation befreien, suchte aber zugleich eine Annäherung an das Land, um einerseits eine kriegerische Auseinandersetzung zu verhindern und andererseits Moskau mit der Drohung ein näheres Bündnis einzugehen, unter Druck zu setzen, aber auch auch wegen des als unermesslich groß betrachteten chinesischen Marktes. Trotz dieser Einschätzung verblieb die Sowjetunion das wichtigste Problem der amerikanischen Diplomatie, das Präsident Nixon und sein außenpolitischer Berater auf sachliche und realistische Art angehen wollten, d.h. man suchte nicht länger die militärische Überlegenheit, die weder erreichbar noch aus strategischen Gründen erstrebenswert war, sondern wollte den Sowjets klar machen, dass es für sie von größerem Vorteil wäre, wenn sie ihrem Expansionsdrang nicht nachgaben, und auf diese Weise erreichen, dass Gruppen und Kräfte in Moskau an die Macht kamen, die gegen eine weitere Ausdehnung der sowjetischen Machtsphäre waren. Man strebte nämlich um des weltweiten Ansehens der Vereinigten Staaten Willen danach, den Status quo, d.h. die Verteilung der bestehenden Machtsphären zu wahren.<sup>125</sup>

Auch im Kreml in Moskau war die Verhandlungsbereitschaft sehr groß, denn seit Ende 1969 lag eine strategische Parität zwischen den beiden Großmächten vor, was nichts anderes bedeutete, als dass die nun auf gleichem waffentechnischem Niveau liegende Sowjetunion weder eine solch erniedrigende Situation wie Chruschtschow in der Kubakrise

---

<sup>125</sup> Berghe, Yvon Vanden: *Der Kalte Krieg, 1917-1991*, Leipzig: 2002, S.253-255; 259; 272-273; zu der Tatsache, dass Nixon seinen knappen Wahlsieg seinem Versprechen verdankte, das Vietnam-Problem zu lösen vgl.: Schweigler, Gebhard: *von Kossinger zu Carter. Entspannung im Widerstreit von Innen- und Außenpolitik. 1969-1981*, München, Wien: 1982, S. 18, Wahlergebnis: S. 17; in diesem Werk erfolgt auch eine ausführliche Erörterung der amerikanischen Außenpolitik unter Nixon

fürchten musste, noch einen Atomschlag der Amerikaner, den sie mit den verbleibenden Waffen ohne Probleme hätten vergelten können. Hinzu kam, dass auch von seiten Chinas nicht mit einer militärischen Auseinandersetzung zu rechnen war, denn das Land befand sich nicht nur auf dem Höhepunkt der Kulturrevolution, sondern war auch bestrebt sich zu modernisieren. Angesichts dieser Situation musste und wollte sich Generalsekretär Breschnew, dessen Land die Wirtschaften der anderen osteuropäischen Wirtschaften mit 80 Millionen Dollar unterstützen musste, auf ein weiteres teures Wettrüsten mit den Vereinigten Staaten nicht mehr einlassen, sondern strebte nun eine Verbesserung der immer mehr hinter dem Westen zurückfallenden Lebensbedingungen in der Sowjetunion an, um so sein Regime erhalten zu können. Es war ihm allerdings nicht möglich, eine Hebung des Lebensstandards durch eine Reform der verkalkten Sowjetbürokratie zu erreichen, da er befürchten musste, wie sein Vorgänger Chruschtschow das Amt zu verlieren. Aus diesem Grund strebte er auch danach, mit Hilfe der Entspannung, westliche Technologie und Waren für sein Land erwerben zu können. Was die kommunistische Revolution betraf, so waren die sowjetischen Ideologen überzeugt, dass eine solche spontan und ohne die Einmischung der Sowjetunion durchgeführt, ja durch die friedliche Koexistenz sogar beschleunigt werden könnte.<sup>126</sup>

Was China betraf, so betrachtete es die Sowjetunion als seinen Hauptfeind und suchte daher Beziehungen zu ihrem für weniger gefährlich gehaltenen Feind – den Vereinigten Staaten. Es war nämlich überzeugt, dass gute Beziehungen zu Washington für es mehr Sicherheit bedeuten würde, weil Moskau es dann nicht mehr wagen würde, anzugreifen. Sollten die Sowjets aber dennoch solch einen Schritt unternehmen, so würden die Amerikaner nicht an ihrer Seite kämpfen. Als die Nordvietnamesen daher Ende 1968 den Beschluss gefasst hatten, mit den Amerikanern zu verhandeln, zog Peking seine Truppen, aber auch sein Material aus dem Gebiet ab, nicht ohne den Hintergedanken, das so gewonnene militärische Material gegen die Sowjets einsetzen zu können, denen man gerne die Furchtlosigkeit vor der Breschnewdoktrin demonstrieren wollte. Nicht lange nach diesem Schritt in Nordvietnam griffen die Chinesen am 2. März 1969 die sowjetischen Truppen auf der Damanskiinsel im Fluss Ussuri an, töteten die dortigen Soldaten und besetzten das Gebiet, doch die Sowjets schlugen mit Panzern und Luftangriffen zurück und konnten die Insel am 15. März 1969 wieder unter ihre Herrschaft bringen. Ende 1969 suchte Peking seine ersten Kontakte zu den Vereinigten Staaten und stieß hier angesichts der neuen Außenpolitik von Nixon und Kissinger auf große Verhandlungsbereitschaft.<sup>127</sup>

Als der neue deutsche Kanzler Willy Brandt am 28. Oktober 1969 seine Regierungserklärung abgab, machte auch er seinen Willen zur Entspannung deutlich und sagte, dass er die Friedensbemühungen der vorangegangenen Großen Koalition fortsetzen würde; er erklärte sich sogar darüber hinaus bereit, mit der DDR ohne irgendwelche Diskriminierungen zu verhandeln, um ein weiteres Auseinanderleben der beiden deutschen Staaten zu verhindern. Den Westmächten riet er, ihre Besprechungen mit der Sowjetunion über eine Verbesserung und Erleichterung der Situation West-Berlins mit Nachdruck fortzusetzen und kündigte an, selbst mit Moskau, aber auch Polen, Verhandlungstermine für Gespräche zu vereinbaren. Obwohl mit diesen Ankündigungen die Staatsqualität der DDR in gewisser Weise akzeptiert wurde, ließ Brandt jedoch keinen Zweifel daran, dass diese Zugeständnisse keineswegs eine völkerrechtliche Anerkennung des anderen Deutschlands durch seine Regierung nach sich ziehen würden und dass die Verankerung seines Landes im Westen nicht zur Disposition stand. Diese von der neuen bundesdeutschen Regierung formulierten Ziele waren allerdings nur sehr schwierig zu verwirklichen, denn es war klar, dass für endgültige Verträge mit der DDR oder Polen zunächst eine Einigung mit der Sowjetunion erreicht

---

<sup>126</sup> Berghe, Yvon Vanden: Der Kalte Krieg, 1917-1991, Leipzig: 2002, S.255- 256

<sup>127</sup> Berghe, Yvon Vanden: Der Kalte Krieg, 1917-1991, Leipzig: 2002, S. 258-259

werden musste, die diese jedoch ohne eine internationale Anerkennung Ostdeutschlands niemals geben würde. Sollte West-Berlin allerdings keinen Schaden nehmen, so konnte Bonn ein solches Zugeständnis nicht machen, solange Moskau keine Vereinbarung mit den Westmächten über den Status Berlins abgeschlossen hatte und eine solche würde sie erst dann unterzeichnen, wenn sie sich der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR sicher war, da diese nur dann ihrem Wunsch entsprechend als gleichberechtigter Staat an der Europäischen Sicherheitskonferenz teilnehmen konnte.<sup>128</sup>

Nachdem der Warschauer Pakt die Bedingung der NATO akzeptiert hatte, dass bilaterale Verhandlungen mit der BRD vor der Europäischen Sicherheitskonferenz und vor einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR stattzufinden hätten, nahm die Bundesregierung am 8. Dezember 1969 über ihren Moskauer Botschafter Allart die Gespräche mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko auf und war grundsätzlich dazu bereit, die vorläufige Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen und auch die völkerrechtliche Verbindlichkeit von Abmachungen mit Ostdeutschland anzuerkennen – eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR als Staat lehnte die Bundesrepublik aber weiterhin ab. Dem Staatssekretär von Brandt, Egon Bahr, gelang es in den weiterführenden Vorgesprächen mit Gromyko bzw. dem zuständigen Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Falin, zwischen Januar und Mai 1970 das sogenannte Bahr-Papier zu erstellen, das in seinem ersten Teil bereits die Kernpunkte des zukünftigen Vertrages beinhaltete: Einerseits erklärte die BRD in diesem Papier einen Gewaltverzicht, indem sie alle europäischen Grenzen einschließlich der zu Polen und der DDR anerkannte, sowie einen Territorialverzicht für die Zukunft, der allerdings theoretisch ein wiedervereinigtes Deutschland nicht binden konnte. Andererseits verzichtete die sowjetische Seite im Gegenzug dafür darauf, ihr angebliches Interventionsrecht aus den Feindstaatklauseln der Charta der Vereinten Nationen geltend zu machen, insofern die auf den Gewaltverzicht gegründeten Beziehungen der Sowjetunion und der BRD ausdrücklich auf Artikel 2 der Charta gegründet würden. Im zweiten Teil des Bahr-Papiers formulierte Bonn die Absicht ähnliche Verträge auch mit der CSSR und der DDR zu schließen, wobei man sich nicht nur verpflichtete, eine Aufnahme beider deutscher Staaten in die Vereinten Nationen zu forcieren und damit die Anerkennung Ostdeutschlands durch die ihr befreundeten Staaten freizugeben, sobald der innerdeutsche Vertrag abgeschlossen war, sondern auch festlegte, dass solch eine Vereinbarung mit dem anderen Teil Deutschlands völkerrechtlich verbindlich sein und dass die mit der Ungültigkeitserklärung des Münchener Abkommens verbundenen Fragen im Hinblick auf die Tschechoslowakei geregelt werden sollten. Die sowjetische Regierung ließ angesichts dieser Zugeständnisse aus Bonn ihre Forderung nach einer Ungültigkeit des Münchener Abkommens von Anfang an fallen und die beiden Verhandlungsparteien erklärten ihre grundsätzliche Unterstützung für eine Europäische Sicherheitskonferenz und ihre Bereitschaft zur allseitigen Fortentwicklung der gegenseitigen Beziehungen. Obwohl Bahr bereits vor dem Beginn seiner informellen Verhandlungen in Moskau, aber auch das Bundeskabinett nach dessen Rückkehr der Gegenseite klargemacht hatte, dass die endgültige Billigung dieses Vertragsentwurfes und seines Gewaltverzichtsabkommens davon abhängen, ob die enge Bindung zwischen West-Berlin und der BRD sowie der Zugang nach West-Berlin in den Viermächte-Verhandlungen gesichert würden und darüber hinaus der daran gekoppelte Verzicht auf Grenzforderungen für ein wiedervereinigtes Deutschland rechtlich nicht bindend war, führte das ungeplante Bekanntwerden des Bahr-Papiers durch Veröffentlichung in der BILD-

---

<sup>128</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Löwenthal, Richard: Vom Kalten Krieg zur Ostpolitik, abgedruckt in: Löwenthal, Richard; Schwarz Hans-Peter: Die zweite Republik, 2. Auflage, Stuttgart: 1974, S.681-682



Zeitung vom 12.6.1970<sup>129</sup> zu bitteren Kontroversen, weil der Öffentlichkeit zum ersten Mal klar wurde, dass es hier im Prinzip um die Anerkennung der DDR als Staat, aber angesichts der unwahrscheinlichen deutschen Einigung auch um die endgültige Anerkennung des grenzlichen Status quo ging. Die Bundesregierung hielt aber dennoch an ihren Absichten, aber auch Bedingungen für den deutsch-sowjetischen Vertrag fest, ja machte darüber hinaus bei den abschließenden Verhandlungen in Moskau durch Außenminister Scheel sowie die Staatssekretäre Bahr und Frank klar, dass sie auf den deutschen Anspruch auf Selbstbestimmung im Sinne des Grundgesetz in keinem Fall verzichten würden. Die Sowjetregierung betrachtete diese letztere Bedingung allerdings als keine territoriale Forderung und so unterzeichneten am 12. August 1970 Bundeskanzler Brandt und Ministerpräsident Kossygin in Anwesenheit ihrer Außenminister Scheel und Gromyko sowie des Generalsekretärs Breschnew den deutsch-sowjetischen Vertrag.<sup>130</sup>

Obwohl diese Vereinbarung mit der Sowjetunion die Voraussetzung für weitere Verträge mit den Ostblockstaaten war, unterhielt Bonn während der Verhandlungen mit Moskau zugleich Kontakte zu der DDR und Polen. Im Rahmen dieser Kontakte begann Staatssekretär Duckwitz mit dem stellvertretenden polnischen Außenminister Winiewicz am 5. Februar 1970 Vorgespräche über einen deutsch-polnischen Vertrag in Warschau und die Bundesregierung musste bereits Ende April 1970 einsehen, dass Polen das Grenzabkommen nicht unter das für ein geeinigtes Deutschland ungültige Gewaltverzichtsabkommen subsumieren wollte. Sie gab daher in diesem Punkt nach, wollte aber aus rechtlichen Gründen die Oder-Neiße-Grenze nicht bereits vor gesamtdeutschen Friedensverhandlungen festschreiben und drängte darüber hinaus auf ein Abkommen zur Familienzusammenführung. Eine Ausreise von Deutschen aus den nun zu ihrem Staatsgebiet gehörenden ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reichs wollte Polen aber nicht zulassen, weil sie diese als polnische Staatsangehörige betrachtete und daher diese Forderung Bonns als Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten einstufte. Letztlich löste man dieses Problem im November 1970, indem man das polnische Rote Kreuz bevollmächtigte, solch humanitäre Fragen in Zusammenarbeit mit dem deutschen Roten Kreuz zu regeln und einigte sich darüber hinaus auf einen Gewaltverzicht, eine Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen, die weitere Gültigkeit der bestehenden Verträge, aber auch der Rechte der vier Mächte in Bezug auf Gesamtdeutschland sowie die Festschreibung der polnischen Westgrenze auf die im Potsdamer Abkommen festgelegte Linie. Diese letzteren Übereinkünfte wurden schließlich im deutsch-polnischen Vertrag festgelegt und entgegen dem Wunsch der nach nationaler Selbständigkeit strebenden polnischen Bevölkerung und den moralischen Bedenken vieler Deutscher erst am 7. Dezember 1970 nach der Bestätigung durch den Moskauer Vertrag von den beiden Staatschefs Brandt und Cyrankiewicz sowie deren Außenminister Scheel und Jendrychowski in Polen unterzeichnet. Bei Gelegenheit dieses Besuches tat der deutsche Bundeskanzler seinen historischen Kniefall vor dem Warschauer Denkmal der Gefallenen des Ghetto-Aufstandes.<sup>131</sup>

Der Kontakt zwischen der BRD und der DDR begann noch vor den Gesprächen Bonns mit Moskau, als Staatschef Ulbricht im Dezember 1969 dem Bundespräsidenten einen Entwurf

---

<sup>129</sup> vgl. zu der Veröffentlichung des vertraulichen Bahr-Papiers in der BILD-Zeitung: Lehmann, Hans-Georg: Deutschland-Chronik. 1945 bis 2000, überarbeitete und aktualisierte Auflage, Bonn: 2000, S. 240

<sup>130</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Löwenthal, Richard: Vom Kalten Krieg zur Ostpolitik, abgedruckt in: Löwenthal, Richard; Schwarz Hans-Peter: Die zweite Republik, 2. Auflage, Stuttgart: 1974, S. 682-684; Elze, Reinhard; Reppen, Konrad: Studienbuch Geschichte. Eine europäische Weltgeschichte. Band 2: Frühe Neuzeit. 19. und 20. Jahrhundert, 5. unveränderte Auflage, Stuttgart: 1999, S. 689-690

<sup>131</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Löwenthal, Richard: Vom Kalten Krieg zur Ostpolitik, abgedruckt in: Löwenthal, Richard; Schwarz Hans-Peter: Die zweite Republik, 2. Auflage, Stuttgart: 1974, S. 684-685; Elze, Reinhard; Reppen, Konrad: Studienbuch Geschichte. Eine europäische Weltgeschichte. Band 2: Frühe Neuzeit. 19. und 20. Jahrhundert, 5. unveränderte Auflage, Stuttgart: 1999, S. 690-691

für einen Anerkennungsvertrag zukommen ließ und zugleich mitteilte, dass Ministerpräsident Stoph und Außenminister Winzer zu Verhandlungen noch im Januar 1970 bereit wären. Nachdem die Bundesregierung unter Hinweis, das es sich bei der DDR und der BRD um zwei Staaten einer Nation handle, am 22. Januar 1970 Verhandlungen über einen Gewaltverzichtsvertrag sowie ein Abkommen zur praktischen Zusammenarbeit angeboten hatte und mit Stoph übereingekommen war, dass es Gespräche ohne die Vorbedingung einer Tagesordnung geben sollte, trafen sich nach schwierigen Terminvereinbarungen Brandt und Ulbricht am 19. März 1970 in Erfurt. Dieses Zusammentreffen der beiden Regierungschefs verlief ebenso ergebnislos wie die nachfolgende, von Bonn durch ein 20-Punkte-Dokument zur möglichen Regelung gleichberechtigter Beziehungen gut vorbereitete Begegnung am 21. Mai 1970 in Kassel, weil Ost-Berlin vor jeglichen Verhandlungen über andere Gegenstände ihre völkerrechtliche Anerkennung durch die Bundesrepublik durchsetzen wollte. Nachdem in Erfurt bereits spontane Sympathie-Demonstrationen für Brandt stattgefunden hatten und sich die DDR-Regierung gegen die zunehmenden Einheitshoffnungen ihrer Bürger in der Folge mit einer bitteren Pressekampagne wehrte, führte die Demonstration von Rechtsextremisten in Kassel dazu, dass Ost-Berlin zu keinen weiteren Gesprächen mehr bereit war. Mit dem vorläufigen Scheitern dieser Verhandlungen hingen zukünftige Vereinbarungen zwischen Bonn und Ost-Berlin nun endgültig von dem noch zu schließenden deutsch-sowjetischen Vertrag, insbesondere jedoch von dem Berlin-Abkommen der vier Mächte ab, auf das die beiden deutschen Staaten über ihre Verbündeten Einfluss zu nehmen versuchten, um auf diesem Weg die bei ihren gegenseitigen Verhandlungen nicht realisierbaren politischen Ziele doch noch durchzusetzen. Innenpolitisch waren die Massen nach dem Protestjahr 1968 zum größten Teil wieder zur Ruhe gekommen, doch hatten nun die linken Gruppierungen den Gang durch die Institutionen angekündigt.<sup>132</sup> Verblieben war zudem ein weiterhin aktiver, kleiner Kern, der durch terroristische Aktionen auf sich aufmerksam machte: Die Rote Armee Fraktion, kurz bezeichnet als RAF. Sie trat zum ersten Mal am 14. Mai 1970 öffentlich hervor, als sie den wegen Kaufhausbrandstiftung zu einer Zuchthausstrafe verurteilten Andreas Baader gewaltsam unter Verletzung des Institutsangestellten Georg Linke aus dem „Zentralinstitut für soziale Fragen“ befreite und am 15. Juni 1970 durch ihr Mitglied Ulrike Meinhof in Reaktion auf dieses Ereignis über Tonband erklären ließ, dass es zur Organisation des Proletariats und zur Durchführung bewaffneter Auseinandersetzungen notwendig sei, die „Rote Armee Fraktion“ (RAF) aufzubauen. Da Gewaltanwendung und Schusswaffengebrauch vorbehaltlos bejaht wurden, ließen sich Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof, Horst Mahler, u.a. von Juni bis August 1970 in Jordanien von der militanten Palästinenserorganisation El Fatah militärisch ausbilden. In der Folge verübte die Gruppe zahlreiche Banküberfälle und Bombenanschläge in der Bundesrepublik unter dem „Primat der Praxis“, dem „Konzept der Stadtguerilla“, dem „bewaffneten Kampf als höchste Form des Klassenkampfes“ sowie des „antiimperialistischen Kampfes“.<sup>133</sup> Im August dieses innenpolitisch sehr unruhigen Jahres 1970 war es der BRD gelungen, den Vertrag mit Moskau zu unterzeichnen, woraufhin der ostdeutsche Ministerpräsident Stoph am 29. Oktober 1970 Verhandlungsbereitschaft signalisierte und sich zu einem Meinungsaustausch über Themen von beiderseitigem Interesse auch ohne vorherige völkerrechtliche Anerkennung der DDR bereiterklärte. Als Bahr am 27. November 1970 die Gespräche mit dem ostdeutschen Staatssekretär Kohl in Ost-Berlin aufnahm, zeigte sich allerdings sehr schnell, dass die

---

<sup>132</sup> zu der Aussage der Studentenbewegung den Gang durch die Institutionen anzutreten vgl.: Kielmannsegg, Peter Graf: Die Deutschen und ihre Nation. Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschlands, Berlin: 2000, S. 337

<sup>133</sup> vgl. zu den terroristischen Entwicklungen in der BRD: Lehmann, Hans-Georg: Deutschland-Chronik. 1945 bis 2000, überarbeitete und aktualisierte Auflage, Bonn: 2000, S. 229

DDR über den Transitverkehr mit West-Berlin verhandeln wollte, um auf diesem Wege die Viererverhandlungen zu unterlaufen, doch Bonn war nur zu allgemeinen Erörterungen über den Berlin-Verkehr bereit und strebte danach, noch andere Themenbereiche in die Verhandlungen mitaufzunehmen. Nachdem die DDR es auf diesem Wege nicht geschafft hatte, die laufenden Gespräche der Siegermächte zu unterlaufen, unternahm sie einen ähnlichen Versuch beim Westberliner Senat im Februar 1970 und bot ihm an, über das seit Jahren nicht mehr verlängerte Passierscheinabkommen zu verhandeln, doch auch dieser verhielt sich angesichts der laufenden Viererverhandlungen abwartend.<sup>134</sup>

Die innerdeutschen Regelungen blieben somit in erster Linie von dem zwischen den Westmächten und der Sowjetunion abzuschließenden Vertrag über die Stadt Berlin abhängig und so versuchten die DDR und die BRD – wie bereits gesagt – über ihre jeweiligen Verbündeten ihre Positionen zu realisieren, doch dieses Unterfangen war zunächst kaum zu verwirklichen, weil sich während des gesamten Jahres 1970 die Botschafter der Sowjetunion und der Westmächte nicht darüber einigen konnten, ob der bis dahin für ganz Berlin gültige Viermächtestatus weiterhin für ganze Stadt oder, wie Moskau forderte, nur für den westlichen Teil gelten sollte. Anders war die Situation allerdings bei den am 16. April 1970 begonnenen Verhandlungen der beiden Großmächte über eine Begrenzung des nuklearstrategischen Waffenarsenals (Strategic Arms Limitation Talk, SALT), wo beide Seiten ein sehr großes Interesse an einem positiven Ergebnis der Gespräche hatten. Erschwert wurden die Viermächteverhandlungen noch darüber hinaus, weil sich an Weihnachten 1970 „einigungsfeindliche“ Tendenzen begannen breit zu machen, etwa von Seiten der sowjetukrainischen Regierung, die wie bereits im Falle der Tschechoslowakei versuchte, jegliche Liberalisierungstendenzen im Keim zu ersticken und zu diesem Zweck noch vor der Ratifizierung des deutsch-sowjetischen Vertrages ein in Abwesenheit gefällttes Urteil gegen Angehörige von SS-Mannschaften bekanntgab. Brisant hieran war einerseits, dass die Sowjetukraine behauptete, die Täter würden noch frei und unbehelligt in der BRD leben, obwohl die Genannten entweder bereits tot oder in Haft waren, sowie andererseits, dass die eng mit ihr in Kontakt stehende DDR das Thema in ihrer Presse aufgriff. Die sowjetische Regierung hatte also wie ihr Vertragspartner, die Bundesrepublik, mit Widerständen gegen ihre neue Westpolitik zu kämpfen und sah sich sogar der Kritik ihrer im Westen tätigen Diplomaten und Journalisten gegenüber, die in Interviews die Ratifizierung des Moskauer Vertrages als unbedeutend, wegen des möglichen Einflusses der sozialdemokratischen Bonner Regierung im Ostblock sogar als bedenklich einstufte; ein sowjetischer Diplomat in Prag ging sogar soweit anzukündigen, dass auf dem bevorstehenden Parteitag der KPdSU die Kritik Chruschtschows an Stalin widerrufen und eine Aussöhnung mit Peking in die Wege geleitet würde. Letztlich kam es allerdings nicht so, wie die Gegner wollten, denn die sowjetische Regierung dementierte die Interviews und berief einige dieser „Quertreiber“ ab, während Bonn auf die Westmächte einwirkte, die Statusfrage auszuklammern und nur über die Verbesserung der Lage in West-Berlin zu verhandeln. Am 5. Februar 1971 legten die Verbündeten der Bundesregierung unter Berücksichtigung der deutschen Anregungen den Entwurf eines Abkommens vor und nur sechs Tage danach gelang den beiden Supermächten der Abschluss einer internationalen Vereinbarung über das Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden zu stationieren im Rahmen ihrer noch nicht abgeschlossenen SALT-Verhandlungen zu erzielen.<sup>135</sup> Der von den Westmächten vorgelegte Entwurf über die Zukunft West-Berlins brachte nun auch die

---

<sup>134</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Löwenthal, Richard: Vom Kalten Krieg zur Ostpolitik, abgedruckt in: Löwenthal, Richard; Schwarz Hans-Peter: Die zweite Republik, 2. Auflage, Stuttgart: 1974, S. 685-686; 689

<sup>135</sup> ; Elze, Reinhard; Repgen, Konrad: Studienbuch Geschichte. Eine europäische Weltgeschichte. Band 2: Frühe Neuzeit. 19. und 20. Jahrhundert, 5. unveränderte Auflage, Stuttgart: 1999, S. 694

sowjetische Position in Bewegung und so folgte Breschnew kurz vor dem Parteitag der KPdSU am 26. März 1971, an dem er persönlich das Interesse seines Landes am deutsch-sowjetischen Vertrag betonen sollte, mit einem eigenen Vorschlag nach, der noch betonter als der westliche Vorschlag jegliche Statusfragen ausschloss und nicht mehr von Ost- oder West-Berlin, sondern nur noch vom betreffenden Gebiet sprach. Die nun in Gang gekommenen Verhandlungen beschleunigten sich durch die nachfolgenden Ereignisse deutlich, denn der Anfang Juni 1971 stattfindende SED-Parteitag konnte nicht nur Breschnew als Redner begrüßen, sondern er brachte auch eine entscheidende Schwächung des gegen die sowjetischen Pläne gerichteten Widerstandes des DDR-Staatsapparates mit sich, denn Staatschef Ulbricht trat noch vor der eigentlichen Veranstaltung zurück. Hinzu kam, dass der amerikanische Präsident Nixon Mitte Juli 1971 seinen Besuch in Peking ankündigte, was die Einigkeit der kommunistischen Führer bestärkte und so verurteilten sie auf ihrer gemeinsamen Tagung auf der Krim am 2. August 1971 die chinesische Haltung und billigten die Bemühungen der KPdSU um eine Ratifizierung des Moskauer und Warschauer Vertrages. Bereits drei Wochen später war das Viermächteabkommen fertig und wurde am 3. September 1971 von den vier Botschaftern unterzeichnet. Die Westmächte hatten hierbei durchgesetzt, dass Moskau die Zugangsregelung nach Berlin nicht allein innerdeutschen Verhandlungen überließ, sondern zum ersten Mal seit dem Krieg eine sowjetische Garantie für einen begünstigt behandelten Transitverkehr abgab; darüber hinaus konnten sie die Sowjetunion auch dazu bewegen, verbesserte Besuchsrechte für die West-Berliner in Ost-Berlin und der DDR zuzusichern. Das vertragliche Abkommen brachte aber auch mehr Sicherheit für die Lebensfähigkeit West-Berlins als es jemals besessen hatte und ging deutlich über die drei Essentials, die Präsident Kennedy gefordert hatte, hinaus, denn es bestätigte die Bindung des westlichen Stadtteils an die Bundesrepublik sowie die internationalen, von der DDR immer bestrittenen Vertretungsrechte des Bundes für Berlin. Aber auch die Berliner sollten eine Verbesserung ihrer Situation hierdurch erfahren, denn sie konnten von nun an Bundespässe erhalten. Insgesamt betrachtet, stellte das Viermächteabkommen für die Bundesrepublik einen vollen Erfolg dar, auch wenn die Sowjetunion die Bestätigung erreichen konnte, dass West-Berlin nach westalliiertem Willen niemals ein Bestandteil der Bundesrepublik geworden war, denn es ebnete neben den anderen Gewinnen auch den Weg zur Ratifizierung der Ostverträge. In Euphorie über die weitgehenden Zugeständnisse der Sowjetunion erklärte sich Bundeskanzler Brandt nun zu dem von Breschnew vorgeschlagenen Gesprächsbesuch vom 16. – 18. September 1971 in Oreanda auf der Krim bereit, an dem eigentlich der Moskauer Vertrag unterzeichnet werden sollte. In einer Rede konstatierte er das Viermächteabkommen als eine Normalisierung der deutsch-deutschen Beziehungen auf gleichberechtigter Grundlage, wollte als nächstes den Eintritt der BRD und der DDR in die Vereinten Nationen in Angriff nehmen und sprach von der Vorbereitung der Europäischen Sicherheitskonferenz, die unter Teilnahme der USA und Kanada stattfinden sollte und in deren Vorfeld es – wie er kurz erwähnte - erste Übereinstimmungen über die beiderseitige Truppen- und Rüstungsverminderung in Europa gab.<sup>136</sup>

Dieses Entgegenkommen der Sowjetunion fand allerdings bereits zehn Tage nach diesem Treffen zwischen Brandt und Breschnew sein Ende, als der sowjetische Außenminister Gromyko am 27. September 1971 während der Tagung der Vereinten Nationen den deutschen Außenminister Scheel davon informierte, dass das Berlin-Abkommen der Siegermächte erst nach der Ratifizierung der Ostverträge durch Bonn in Kraft gesetzt werde. Was

---

<sup>136</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Löwenthal, Richard: Vom Kalten Krieg zur Ostpolitik, abgedruckt in: Löwenthal, Richard; Schwarz Hans-Peter: Die zweite Republik, 2. Auflage, Stuttgart: 1974, S. 686-689; Elze, Reinhard; Repgen, Konrad: Studienbuch Geschichte. Eine europäische Weltgeschichte. Band 2: Frühe Neuzeit. 19. und 20. Jahrhundert, 5. unveränderte Auflage, Stuttgart: 1999, S. 691

Moskau letztlich zu diesem Schritt bewegte, trat nicht offen zu Tage, doch die heftige Opposition gegen die Ratifizierung der Verträge mit Polen und der Sowjetunion im Deutschen Bundestag sowie der Widerstand innerhalb der sowjetischen Parteiführung gegen das Viermächteabkommen hatten wohl diese Reaktion bewirkt und so wurde das Viermächteabkommen auf der Novembertagung der KPdSU im Jahre 1971 nicht erwähnt und gebilligt. Trotz dieser Schwierigkeiten kam es noch am 17. Januar 1971 zum Transitabkommen, am 20. Dezember 1971 zum Besuchsabkommen und am 20. Januar 1972 begannen die Verhandlungen zum Verkehrsvertrag, der am 26. Januar 1972 mit der DDR unterzeichnet werden konnte. Damit verblieb als einziger noch zu regelnder Gegenstand zwischen den beiden deutschen Staaten der für einen Beitritt zu den vereinten Nationen notwendige „Grundvertrag“ über die Normalisierung der Beziehungen zwischen Bonn und Ost-Berlin, der eine Freigabe der internationalen Anerkennung der DDR erforderte. Dieser Punkt konnte letztlich für keine der beiden Seiten befriedigend gelöst werden, denn auch wenn die DDR die Anerkennung ihrer Gleichberechtigung und v.a die Aufgabe des westdeutschen Alleinvertretungsanspruch erreichte, so dass keiner der beiden deutschen Staaten den anderen international mehr vertreten konnte und jeder die Unabhängigkeit des anderen in den inneren und äußeren Angelegenheiten respektierte, so blieb ihr die völkerrechtliche Anerkennung durch die Bundesrepublik auch weiterhin verwehrt und die im Grundgesetz verankerte Bestimmung, wonach jeder Deutsche Bürgerrecht in der BRD beanspruchen konnte, wurde nicht abgeschafft. Bonn seinerseits konnte erreichen, dass nur vom Austausch von ständigen Vertretungen nicht jedoch von Botschaften die Rede war, dass sie bei der Unterzeichnung ihrer Vertretung auch die Interessen West-Berlins wahrnehmen würde, dass von Fall zu Fall in deutsch-deutschen Verträgen auch West-Berlin eingeschlossen werden könne und dass in Artikel 7 des Vertrages Abkommen über humanitäre und praktische Fragen geplant waren, die laut einer beigefügten Liste etwa den Handel, wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, Verkehr über Rechtsschutz, Post- und Fernmeldewesen, etc. umfassten. Die Verhandlungen über den Grundvertrag standen nicht nur unter einem gewissen zeitlichen Druck, weil die BRD darauf achten musste, dass ungeduldig werdende Staaten nicht einen Wettlauf um die Anerkennung der DDR vor Abschluss des Grundlagenvertrages begannen, sondern sie hatten gleichzeitig mit politischen Widerigkeiten zu kämpfen, weil einige Abgeordnete der Regierungskoalition angesichts der betriebenen Ostpolitik ins andere Lager wechselten, so dass Brandt zu Ende April 1972 seine parlamentarische Mehrheit verlor und damit der Bundestag unmittelbar vor der Ratifizierung des Moskauer und des Warschauer Vertrages entscheidungsunfähig war. Der CDU-Vorsitzende Rainer Barzel versuchte nun diese Situation zu nutzen und mit Hilfe eines konstruktiven Misstrauensvotums (Art. 67 GG) sich in das Amt des Bundeskanzlers wählen zu lassen, doch er scheiterte knapp mit 247 Stimmen an der erforderlichen Mehrheit von 249 Stimmen. Die SPD/FDP-Regierung war seitdem angeschlagen, sollte im Juli 1972 ihren Haushalt nicht verabschieden können, was den Bundeskanzler am 22. September 1972 dazu bewegte, sich der Vertrauensfrage (Art. 68 GG) zu stellen, bei der er angesichts des Umstandes, dass das Kabinett nicht mitabstimmte unterlag und so vorgezogene Neuwahlen bewirken konnte.<sup>137</sup> Der Oppositionsführer Barzel hatte allerdings noch im April 1972 erkannt, welche schwerwiegenden Konsequenzen ein solches Scheitern des Grundvertrages für das noch nicht in Kraft getretene Berlin-Abkommen haben würde und warb nach dem gescheiterten konstruktiven Misstrauensvotum nun bei den Mitgliedern seiner Partei für eine Zustimmung zu den Verträgen im Austausch für eine zustimmende Äußerung der Sowjets zu der Entschließung, dass die Verträge keinerlei Rechtsgrundlage für die bestehenden Grenzen schaffen würden. Moskau und Warschau gaben diese ge-

---

<sup>137</sup> vgl. zu dieser Krise der SPD/FDP-Regierung: Lehmann, Hans-Georg: Deutschland-Chronik. 1945 bis 2000, überarbeitete und aktualisierte Auflage, Bonn: 2000, S. 217

wünschte Zustimmung, weil für sie ihr jeweiliger Vertragstext und nicht die Entschließung des Bundestages entscheidend war. Auch die Öffentlichkeit wurde durch die neue Ostpolitik, die im Gegensatz zur bisherigen Tradition die Legitimationsgrundlage der BRD verschob und das Provisorium in seinen tatsächlichen Grenzen akzeptierte, aufgewühlt: Einerseits gab es diejenigen, die noch ein vorhitlerisches Reich kennengelernt hatten sowie die Vertriebenen, die die Verträge mit Polen und der Sowjetunion ablehnten; andererseits gab es aber auch die mittleren und jüngeren Generationen sowie die aufgrund familiärer oder freundschaftlicher Beziehungen der DDR noch sehr verhafteten Gruppen, die die neuen Schritte der deutschen Ostpolitik als Befreiung von überlebten Ballast und als einen Hoffnungsschimmer für ihr persönliches Leid empfanden. Hinzu kam, dass ein Teil der Sprecher sowie die Presseorgane der Opposition die neue Ostpolitik weit radikaler verdammt als dies ihre Führung tat und so konnte sich die Mehrheit der oppositionellen Abgeordneten nicht dazu durchringen, den Verträgen zuzustimmen. Sie enthielt sich dann allerdings der Stimme und ermöglichte so am 17. Mai 1972 die Ratifizierung der beiden Verträge. Dieser Mai 1972 brachte jedoch auch zwischen den beiden Supermächten eine weitere Entspannung, denn nachdem Präsident Nixon zwischen dem 21. und 28. Februar 1972 China einen triumphalen Besuch abgestattet und durch diese Annäherung die Sowjets stark unter Druck gesetzt hatte,<sup>138</sup> kamen Washington und Moskau bereits am 26. Mai 1972 im SALT I-Abkommen überein, nicht nur die Interkontinentalraketen und ihre Unterseeboote, sondern auch die defensiven Geschößsysteme, mit denen feindliche Raketen abgefangen werden konnten, auf eine bestimmte Obergrenze zu beschränken, so dass keiner mehr Sicherheit vor der Vergeltung des anderen hatte und somit das „Gleichgewicht des Schreckens“ zur Garantie gegen einen Atomkrieg wurde. Das Abkommen sollte allerdings nur für fünf Jahre gelten, während derer über ein neues Abkommen verhandelt werden sollte. Ein weiterer Erfolg war es im Rahmen dieser Verhandlungen gewesen, dass am 9. April 1972 noch eine weitere Übereinkunft ausgehandelt werden können, nämlich das Verbot der Produktion von toxischen und biologischen Waffen sowie der Entwicklung, Erprobung und Aufstellung von weltraum-, luft-, see- oder mobilen landgestützten Raketenabwehrsystemen (ABM-Vertrag),<sup>139</sup> das die bereits am 11. Februar 1971 getroffene Vereinbarung über das Stationierungsverbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden erweiterte. Mit dem Abschluss des SALT-I-Abkommens wurde auch deutlich, dass die NATO und der Warschauer Pakt dazu bereit waren, die in Reykjavik von der NATO angelegten Verhandlungen über eine beiderseitige und ausgewogene Reduzierung ihrer Truppen (Mutual Balanced Forces Reduction, MBFR), aber auch die von Moskau schon lange gewünschte Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) zu realisieren, wobei die Erstere erst am 10. Oktober 1973 in Wien ihre Beratungen aufnahm, während die Zweitere bereits am 3. Juli 1973 in Helsinki ihre Arbeit begann.<sup>140</sup> Auch die Bundesrepublik konnte im Verlauf dieses Jahres 1972 die Normalisierung ihrer Beziehungen mit den kommunistischen Staaten weiter ausbauen, denn am 11. Oktober 1972 vereinbarte Außenminister Walter Scheel bei seinem China-Besuch die Aufnahme diplomatischer Be-

---

<sup>138</sup> vgl. zu der Annäherung von Amerika und China sowie die amerikanische Absicht Moskau hiermit unter Druck zu setzen: Berghe, Yvon Vanden: Der Kalte Krieg, 1917-1991, Leipzig: 2002, S.259-260

<sup>139</sup> Ob dieses Stationierungsverbot bereits am 11. Februar 1971 vereinbart wurde, oder erst ca. ein Jahr später am 26.5.1972 ist unklar, für die erstere Zeitangabe sprechen die Ausführungen von Elze, Reinhard; Repgen, Konrad: Studienbuch Geschichte. Eine europäische Weltgeschichte. Band 2: Frühe Neuzeit. 19. und 20. Jahrhundert, 5. unveränderte Auflage, Stuttgart: 1999, S. 694, für die zweite Zeitangabe sprechen die Ausführungen von Lehmann, Hans Georg: Deutschland-Chronik. 1945 bis 2000, Bonn: 2000, S. 331

<sup>140</sup> Elze, Reinhard; Repgen, Konrad: Studienbuch Geschichte. Eine europäische Weltgeschichte. Band 2: Frühe Neuzeit. 19. und 20. Jahrhundert, 5. unveränderte Auflage, Stuttgart: 1999, S. 694; genaue Angaben zur Höhe der Begrenzung sowie weitere Informationen zu SALT-I bei: Berghe, Yvon Vanden: Der Kalte Krieg, 1917-1991, Leipzig: 2002, S.256-258

ziehungen, was am 1. Dezember 1972 bereits durch die Eröffnung der westdeutschen Botschaft in Peking umgesetzt wurde. Beendet wurde das Jahr aus bundesdeutscher Sicht damit, dass es zehn Tage vor der heiß umkämpften, vorgezogenen Bundestagswahl am 19. November 1972 gelang, den Grundvertrag mit Ostdeutschland zu paraphieren, der am 21. Dezember 1972 - einen Monat nach dem Sieg der sozial-liberalen Koalition - vom zwischenzeitlich zum Bundesminister ernannten Bahr und dem DDR-Staatssekretär Kohl unterzeichnet wurde.<sup>141</sup> Damit hatte es die BRD dann doch geschafft, den Grundlagenvertrag abzuschließen, bevor die Schweiz (20. Dezember 1972), Indonesien (21. Dezember 1972), Schweden (21. Dezember 1972), Österreich (21. Dezember 1972), Belgien (27. Dezember 1972), Finnland (7. Januar 1973), die Niederlande (5. Januar 1973), Luxemburg (5. Januar 1973), Dänemark (12. Januar 1973), Italien (18. Januar 1973), Großbritannien (8. Februar 1973) sowie Frankreich (9. Februar 1973) diplomatische Beziehungen zu der DDR aufnahmen.<sup>142</sup>

Auf internationaler Ebene hatten die Vereinigten Staaten nach ihrem militärischen Einsatz in Vietnam durch ihr Engagement in Pakistan noch weiter an Ansehen eingebüßt. Wie bereits erwähnt, war Präsident Nixon nicht nur darum bemüht, das Verhältnis zu Moskau zu entspannen, sondern er wollte auch die bestehenden Einflusssphären seines Landes wahren und so intervenierte er 1971 in Pakistan, dessen östlicher Teil seine Unabhängigkeit unter Scheich Mujibur Rahman anstrebte, was die Zentralregierung dieses Landes allerdings durch die blutige Unterdrückung dieser Bewegung verhindern wollte. Während nun die Sowjetunion zusammen mit Indien den Osten des Landes unterstützte, standen die Amerikaner zusammen mit China auf der Seite West-Pakistans, doch beide Großmächte wollten eine Eskalation der Situation in jedem Fall verhindern und so unterhielten sie geheime Kontakte zueinander. Die Entscheidung in Pakistan wurde schließlich aber nicht durch die beiden Großmächte, sondern durch Indien herbeigeführt, das Ende November 1971 in das Land einmarschierte, die pakistanische Armee besiegte und noch im Dezember 1971 die Republik Bangladesch ausrufen ließ. Entgegen ihren Bestrebungen das Ansehen Amerikas in der Welt durch Aufrechterhaltung ihrer Machtsphären zu erhalten, hatte Washington wiederum an Prestige in der Weltöffentlichkeit verloren, weil es eine Regierung unterstützt hatte, die die Menschenrechte in großem Stile verletzt hatte und deren Kampf hoffnungslos gewesen war. Man verlor aber auch seinen Einfluss in Indien, das einen zwei Jahre gültigen Vertrag mit der Sowjetunion abschloss, in dem vereinbart wurde, dass im Falle eines Konfliktes keine der beiden Seiten einen Feind der jeweils anderen Seite unterstützen würde. Erfolgreicher schien ihr Engagement dagegen in Chile zu sein, wo man durch den Boykott des Kupferverkaufs, durch Verhinderung von Krediten des Internationalen Währungsfonds an das Land, aber auch durch Unterstützung von Protesten der Mittelklasse und der Lastwagenfahrer innerhalb des Landes die Machtübernahme von General Ugarte Augusto Pinochet am 11. September 1973 erreichen und somit den wegen seiner Zugehörigkeit zu einer aus Sozialisten, radikalen Gruppierungen und chilenischen Kommunisten gebildeten Partei, seiner zwar mit Entschädigung der amerikanischen Firmen durchgeführten Verstaatlichung der Kupferminen sowie der Telefongesellschaft, seiner Kontakte zu Fidel Castro und seiner Aufnahme südamerikanischer Revolutionäre als gefährlich betrachteten, aber vom chilenischen Volk gewählten, Salvador Allende entmachten konnte. Dieser Er-

---

<sup>141</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Löwenthal, Richard: Vom Kalten Krieg zur Ostpolitik, abgedruckt in: Löwenthal, Richard; Schwarz Hans-Peter: Die zweite Republik, 2. Auflage, Stuttgart: 1974, S. 689-691; das Wahlergebnis vom 19. November 1972 betrug 45,8% für die SPD, 44,9% für die CDU und 8,4% für die FDP, hier entnommen aus: Elze, Reinhard; Reppen, Konrad: Studienbuch Geschichte. Eine europäische Weltgeschichte. Band 2: Frühe Neuzeit. 19. und 20. Jahrhundert, 5. unveränderte Auflage, Stuttgart: 1999, S. 692

<sup>142</sup> vgl. zu der zunehmenden internationalen Anerkennung der DDR: Lehmann, Hans-Georg: Deutschland-Chronik. 1945 bis 2000, überarbeitete und aktualisierte Auflage, Bonn: 2000, S. 254

folg gegen die Ausbreitung des Kommunismus wurde von der Weltöffentlichkeit allerdings nicht positiv bewertet, die das Auftreten der Großmacht kritisch beurteilte.<sup>143</sup>

In der Bundesrepublik hatte man zu diesem Zeitpunkt ganz andere Sorgen, denn der sehr weitgehenden Normalisierung ihrer Beziehungen mit den Ostblockstaaten, stand eine durch Banküberfälle und Bombenanschläge der RAF gekennzeichnete sehr unruhige innenpolitische Situation gegenüber, die die Regierung am 28. Januar 1972 zum Erlass des Extremistenbeschlusses veranlasste. Im Rahmen dieses Beschlusses wurde von Bundeskanzler Brandt und den Ministerpräsidenten der Länder festgelegt, dass Bewerber für den öffentlichen Dienst und Beamte die Gewähr dafür bieten müssten, jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes einzutreten, was die Gegner dieser Vereinbarung als „Berufsverbot“ einstufen. Dies brachte auch ausländische Stimmen auf den Plan: François Mitterrand, Vorsitzender der Sozialistischen Partei Frankreichs, gründete ein „Komitee zur Verteidigung der bürgerlichen und beruflichen Rechte in Westdeutschland“; Jean-Paul Sartre und Simone de Beauvoir äußerten sich gegen diese Regelung; Alfred Grosser tadelte die westdeutsche Demokratie vom Podium der Paulskirche herab; die Russel-Stiftung veranstaltete ein Tribunal, das mit der Verurteilung der Bundesrepublik endete und die Europäische Menschenrechtskommission, der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte sowie die Internationale Arbeitsorganisation der UNO wurden ebenfalls mit ins Spiel gebracht, so dass die Kritik an diesem Beschluss innerhalb der SPD und der FDP immer lauter wurde und sich die sozial-liberale Koalition um eine gesetzliche Abhilfe bemühte, die allerdings an der Bundesratsmehrheit der Union scheiterte. Einen gewissen Erfolg gegen den Terrorismus von Links konnte die Regierung verzeichnen, als es ihr im Verlauf der Monate Juni und Juli 1972 gelang, den Kern der RAF (1. Generation), nämlich Andreas Baader, Holger Meins und Jan-Carl Raspe in Frankfurt, Gudrun Ensslin in Hamburg, Ulrike Meinhof in Hannover sowie Klaus Jünschke und Irmgard Möller in Offenbach festzunehmen. Sie musste jedoch noch im selben Jahr einen terroristischen Anschlag von anderer Seite hinnehmen: Am 5. September 1972 wurden die XX. Olympischen Spiele in München durch ein Bombenattentat der palästinensischen Terrororganisation „Schwarzer September“ auf die israelische Mannschaft im olympischen Dorf überschattet, bei dem elf Sportler, ein Polizist und fünf Terroristen ums Leben kamen. Die verbliebenen drei Attentäter wurden am 29. 10. 1972 durch einen Überfall auf eine Lufthansa-Maschine freigesprengt.<sup>144</sup>

Anders als der Extremistenbeschluss wurde der deutsche Grundlagenvertrag vom Ausland - wie die zahlreichen Anerkennungen der DDR durch westliche und neutrale Staaten zeigten - positiv beurteilt und als endgültige Bereinigung der deutschen Frage verstanden, doch als der Bundestag ihn am 11. Mai 1973 billigte, erhob die Bayerische Staatsregierung gegen das Vertragswerk Klage beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe. Dieses erklärte zwar am 31. Juli 1973 den mit der DDR abgeschlossenen Vertrag als grundsätzlich mit dem Grundgesetz vereinbar, hielt aber zugleich fest, dass das Deutsche Reich völkerrechtlich fortbestehe und mit der BRD (teil)identisch sei und verpflichtete sie am verfassungsrechtlichen Wiedervereinigungsgebot festzuhalten, was Ost-Berlin zurückwies und Bonn die schwierige Aufgabe übertrug, weiterhin die neutralen Staaten und seine Partner davon zu überzeugen, dass die Wiedervereinigung das Ziel der deutschen Politik und Verpflichtung der Verbündeten aus dem Deutschlandvertrag bliebe, auch wenn selbst die

---

<sup>143</sup> Berghe, Yvon Vanden: Der Kalte Krieg, 1917-1991, Leipzig: 2002, S. 273-274; zu den Ereignissen in Chile vgl.: Schweigler, Gebhard: Von Kissinger zu Carter. Entspannung im Siederstreit von Innen- und Außenpolitik. 1969-1981, München, Wien: 1982, S.79-81

<sup>144</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Kielmannsegg, Peter Graf: Die Deutschen und ihre Nation. Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschlands, Berlin: 2000, S. 335; Lehmann, Hans-Georg: Deutschland-Chronik. 1945 bis 2000, überarbeitete und aktualisierte Auflage, Bonn: 2000, S. 229-230;



Bundesbürger mehr und mehr die Wiedervereinigung als unerreichbar ansahen. Damit standen dem Inkrafttreten des Grundlagenvertrages und der darin vereinbarten, jedoch tatsächlich bereits weitgehend vollzogenen eingeschränkten internationalen Anerkennung der DDR keinerlei Hindernisse mehr entgegen und so konnten die beiden deutschen Staaten am 18. September 1973 in die Vereinten Nationen aufgenommen werden und nicht nur die BRD, sondern auch die DDR trat der UN-Charta und dem Statut des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag bei.<sup>145</sup> Den Abschluss der von der sozialliberalen Regierung in Gang gesetzten Ostpolitik bildete der Vertrag mit der ČSSR vom 11. Dezember 1973, in dem sie einen Gewaltverzicht gemäß der UN-Charta vereinbarten, die Unverletzlichkeit ihrer gemeinsamen Grenze jetzt und in Zukunft festlegten, gegeneinander keine Gebietsansprüche erhoben und das Münchner Abkommen für ungültig erklärten, wobei nicht festgelegt wurde, ob dies ab dem Zeitpunkt des Vertragsabschlusses oder bereits von Anfang an gelten sollte. Man vermied damit nachteilige Rechtsfolgen v.a. für die vertriebenen Sudeutsche und schloss materielle Ansprüche aus.<sup>146</sup> Die Ostverträge führten entgegen der Skepsis der parlamentarischen Opposition sowie diplomatischer Experten zu Verbesserung der auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik, denn sie brachten ihr bei ihren Verbündeten und bei den neutralen Staaten weiteres Vertrauen ein. Es konnten aber in der Folge auch weitere Abkommen mit der DDR erreicht werden, so etwa im Gesundheitswesen, wo man sich verpflichtete, Informationen und Erfahrungen auf dem Gebiet der Krankheits- und Drogenbekämpfung auszutauschen, ärztliche Hilfe für Einreisende zu gewähren, Arzneimittel auszutauschen und die Bürger des jeweils anderen deutschen Staates kostenlos ambulant und stationär zu versorgen; im Bereich der gegenseitigen Beziehungen, die durch die Eröffnung von ständigen Vertretungen der DDR und der BRD im jeweils anderen Deutschland verbessert wurden oder auf dem Gebiet des Post- und Fernmeldewesen, das deutliche Erleichterungen im deutsch-deutschen Postverkehr mitsichbrachte. Am 1. Juni 1976 räumte die DDR sogar den ständigen Korrespondenten aus der BRD neue Arbeitserleichterungen ein.<sup>147</sup> Trotz dieser Entspannung des bundesdeutschen Verhältnisses mit dem Ostblock hatte der Besuch von Generalsekretär Breschnew in Bonn vom 18. – 22. Mai 1973 deutlich gemacht, dass sich die sowjetische Haltung eher verhärtet hatte und so schrieb Bundeskanzler Brandt am Ende des Jahres 1973 an den sowjetischen Parteichef, dass die Beziehungen ihrer beiden Länder noch nicht dazu geeignet seien, eine dauerhafte Entspannung zu garantieren.<sup>148</sup>

Während in den USA die Watergate-Affäre, die durch einen Einbruch ins Hauptquartier der Demokraten im Watergate im Juni 1972 ihren Ausgangspunkt genommen hatte, immer weitere Kreise zog und auch Präsident Nixon immer mehr in Verdacht geriet, an ihr beteiligt gewesen zu sein,<sup>149</sup> gewann auf internationaler Ebene mit Ende des Jahres 1973 neben

---

<sup>145</sup> Elze, Reinhard; Repgen, Konrad: Studienbuch Geschichte. Eine europäische Weltgeschichte. Band 2: Frühe Neuzeit. 19. und 20. Jahrhundert, 5. unveränderte Auflage, Stuttgart: 1999, S. 693; Lehmann, Hans-Georg: Deutschland-Chronik. 1945 bis 2000, überarbeitete und aktualisierte Auflage, Bonn: 2000, S. 259-260; 254

<sup>146</sup> Elze, Reinhard; Repgen, Konrad: Studienbuch Geschichte. Eine europäische Weltgeschichte. Band 2: Frühe Neuzeit. 19. und 20. Jahrhundert, 5. unveränderte Auflage, Stuttgart: 1999, S. 693; Lehmann, Hans-Georg: Deutschland-Chronik. 1945 bis 2000, überarbeitete und aktualisierte Auflage, Bonn: 2000, S. 244

<sup>147</sup> Lehmann, Hans-Georg: Deutschland-Chronik. 1945 bis 2000, überarbeitete und aktualisierte Auflage, Bonn: 2000, S. 262

<sup>148</sup> Elze, Reinhard; Repgen, Konrad: Studienbuch Geschichte. Eine europäische Weltgeschichte. Band 2: Frühe Neuzeit. 19. und 20. Jahrhundert, 5. unveränderte Auflage, Stuttgart: 1999, S. 693-694; Lehmann, Hans-Georg: Deutschland-Chronik. 1945 bis 2000, überarbeitete und aktualisierte Auflage, Bonn: 2000, S. 261

<sup>149</sup> ausführlich zu den Ereignissen um die Watergate-Affäre vgl.: Schweigler, Gebhard: Von Kissinger zu Carter. Entspannung im Siederstreit von Innen- und Außenpolitik. 1969-1981, München, Wien: 1982, S. 134-161

Entspannung und Abrüstung zunehmend die Wirtschaftspolitik an Bedeutung, denn Ägypten und Syrien, die die staatliche Existenz Israels weiter in Frage stellten, hatten am 6. Oktober 1973, dem letzten religiösen Bußtag, der als Versöhnungstag oder Jom Kippur bezeichnet wird, den jüdischen Staat angegriffen (Jom-Kippur-Krieg). Während dieses neuerlichen militärischen Konflikts reduzierten die arabischen Staaten – den Aufrufen der Sowjetunion folgend - ihre Öllieferungen an die angeblich mit Israel sympathisierenden, nicht-kommunistischen Staaten Europas, an Nordamerika sowie an Japan und setzten den Preis für Rohöl drastisch herauf, wodurch die meisten Industriestaaten der Erde kurz darauf in ökonomische Schwierigkeiten geraten sollten. Am Beginn dieses Krieges war der ägyptische Präsident so erfolgreich, dass er die zunächst keine amerikanische Hilfe erhaltende israelische Führung an den Rand der Niederlage brachte und daher den von diesen am 12. Oktober 1973 für seine Nation sehr günstigen Waffenstillstand nicht annahm, doch diese unerwünschte Entwicklung bewegte Nixon und Kissinger dazu, die auch weiter von Israel gewünschten Waffenlieferungen tatsächlich zu tätigen. Nach einem militärisch gewagten Manöver gerieten daraufhin die Ägypter selbst in die Gefahr eine schwere Niederlage zu erleiden, woraufhin die Großmächte versuchten, die extrem gespannte Lage zu entschärfen und am 21. Oktober 1973 eine Waffenruhe vereinbarten, die der Sicherheitsrat sofort, die Israelis dagegen nur widerwillig annahm, weil der seit Sommer 1973 als amerikanischer Außenminister tätige Kissinger ihnen vor seinem Moskaubesuch versprochen hatte, die Verhandlungen um einige Tage zu verzögern, um auf diese Weise den israelischen Sieg zu sichern. Die entsetzten Israelis kämpften daher zunächst trotz des vereinbarten Waffenstillstandes weiter, woraufhin sich der ägyptische Präsident Sadat an die Sowjetunion sowie die Vereinigten Staaten wandte und um deren Eingreifen, notfalls mit einer sowjetisch-amerikanischen Friedenstruppe bat. Da Nixon sich nicht zu solch einer gemeinsamen Aktion mit den Sowjets im Nahen Osten entschließen konnte, drohte ihm Breschnew in einem Schreiben vom 24. Oktober 1973 mit einer alleinigen militärischen Intervention der Sowjetunion, in der auch nukleare Waffen eingesetzt werden sollten. Im Angesicht dieser Drohung machten auch die Vereinigten Staaten mobil, blieben aber gleichzeitig auf diplomatischer Ebene aktiv und versuchten die Krise zu entschärfen. Nachdem Washington Israel stark unter Druck gesetzt hatte, konnte Außenminister Kissinger gegenüber Moskau darauf verweisen, dass die Waffenstillstandsverletzungen zurückgingen und bot nun im Gegenzug die diplomatische Zusammenarbeit an, schlug die Schaffung einer UN-Friedenstruppe zur Überwachung des Waffenstillstandes vor und wies darauf hin, dass eine einseitige Aktion der Sowjetunion die Entspannungspolitik zwischen den beiden Supermächten ernsthaft gefährden würde. Breschnew lenkte daraufhin ein, der Waffenstillstand hielt und es begannen die Vorbereitungen für Verhandlungen aller Beteiligten, die in Genf stattfinden sollten.<sup>150</sup> Die mit diesem Krieg verbundene Verknappung sowie die Verteuerung von Rohöl führte zu einer globalen Wirtschaftskrise und ließ sogar die Befürchtung aufkommen, dass sich die Staaten wie in der Weltwirtschaftskrise von 1929 gegeneinander abschotten und die Überwindung ihrer Probleme ohne Rücksicht auf die Nachbarn versuchen würden. Die seit dem 1. Januar 1973 um die Mitglieder Großbritannien, Irland und Dänemark erweiterte Europäische Gemeinschaft stand angesichts dieser Entwicklung vor ihrer ersten Bewährungsprobe, doch entgegen den gehegten Befürchtungen gelang es, den sich seit 1970 regelmäßig in Konferenzen treffenden Ministern die nationalen Tendenzen durch eine vertiefte politische Zusammenarbeit abzufangen. Die Außenminister der damals neun Mitgliedstaaten erklärten am 14. Dezember 1973 in Kopenhagen durch ihren Zusammenschluss in der Weltpolitik eine aktive Rolle spielen und ihre Integration zu einer Europäi-

---

<sup>150</sup> zu den Ereignissen im Yom-Kippur-Krieg vgl.: Berghe, Yvon Vanden: Der Kalte Krieg, 1917-1991, Leipzig: 2002, S. 274-275; ausführlicher: Schweigler, Gebhard: Von Kissinger zu Carter. Entspannung im Siederstreit von Innen- und Außenpolitik. 1969-1981, München, Wien: 1982, S. 176-193

schen Union vorantreiben zu wollen.<sup>151</sup> 1973 war aber auch für die Vereinigten Staaten in militärischer Hinsicht ein entscheidendes Jahr, denn Präsident Nixon beendete - wie während den Wahlen versprochen - den militärischen Einsatz seines Landes in Vietnam und zog am 29. März 1973 die letzten Soldaten von dort ab. War damit rein faktisch das Kapitel Vietnam für die USA abgeschlossen, so ließ sich jedoch nichts daran ändern, dass das Land seine erste schwere militärische Niederlage hatte erleiden müssen, was die Bestrebungen intensiverte, den eigenen Machtstatus in der Welt zu erhalten.<sup>152</sup> Nicht einmal fünf Monate nachdem der deutsche Bundeskanzler schriftlich gegenüber Breschnew die Überzeugung geäußert hatte, dass die Beziehungen zwischen Bonn und Moskau keine dauerhafte Entspannung garantieren könnten, wurde am 24. April 1974 sein persönlicher Referent, Günter Guillaume, als DDR-Spion verhaftet, was den amtsmüden, von Regierungskrisen, zeitweiligen Depressionen und Führungsschwächen gekennzeichneten Brandt neben seinem in die Kritik geratenen Privatleben dazu veranlasste, die politische und persönliche Verantwortung für den Spionagefall zu übernehmen und am 6. Mai 1974 zurückzutreten. Als Nachfolger in seinem Amt wurde der damalige Finanzminister Helmut Schmidt gewählt, der weiterhin mit einer innenpolitisch sehr angespannten Lage zu kämpfen hatte.<sup>153</sup> Die Festnahme der RAF-Terroristen konnte die Lage im Lande nämlich nicht deutlich beruhigen, denn im Herbst 1974 traten die Inhaftierten in den Hungerstreik und als Holger Meins unter dem Druck des kollektiven Hungerstreiks in der Vollzugsanstalt Wittlich (Rheinland-Pfalz) trotz Zwangsernährung verstarb, kam es in vielen Städten zu Demonstrationen, Farbschmierereien, Brandanschlägen, Sachbeschädigungen und Gewalttaten. Am 10. November 1974 erschoss zudem die „Bewegung 2. Juni“, die Ende der 60iger Jahre aus der West-Berliner Drogenszene hervorgegangen war und die „Revolutionäre“ durch „Knastarbeit“ rekrutieren wollte, den Berliner Kammergerichtspräsidenten Günter von Drenkmann bei einem Entführungsversuch, woraufhin die Regierung ein Anti-Terror-Gesetz erließ, das die Mehrfachverteidigung verbot, die Zahl der Wahlverteidiger auf drei beschränkte sowie die Möglichkeiten eröffnete, Strafverteidiger, die ihre Rechte missbrauchten, auszuschließen und gegen vorsätzlich oder schuldhaft verhandlungsunfähige Angeklagte in Abwesenheit zu verhandeln.<sup>154</sup> Aber nicht nur in Deutschland hatte es einen Wechsel auf höchster Regierungsebene gegeben: Am 8. August 1974 war auch Präsident Nixon als Konsequenz aus seiner Verwicklung in den Watergate-Skandal zurückgetreten, nachdem von ihm selbst in Auftrag gegebene Abhörbänder nachwiesen, dass er in den Einbruch in das Hauptquartier der Demokraten verwickelt war. Sein Nachfolger wurde der erst vor kurzem wegen Bestechung und Steuerhinterziehung seines Vorgängers Spiro Agnew ins Amt gekommene Vizepräsident Gerald R. Ford.<sup>155</sup> Beide Rücktritte fielen damit in ein Jahr, in dem die Reduzierung der Ölfördermenge sowie die drastische Preiserhöhung zu erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten führten, was 16 Staaten der westlichen Welt dazu bewegte, sich in der Internationalen Energie-Agentur in Paris zusammenzuschließen, um in Energiefragen zusammenzuarbeiten und einen Verteilungsmechanismus zu schaffen, falls wiederum eine Ölkrise ausbrechen sollte. Dies hatte

<sup>151</sup> Elze, Reinhard; Repgen, Konrad: Studienbuch Geschichte. Eine europäische Weltgeschichte. Band 2: Frühe Neuzeit. 19. und 20. Jahrhundert, 5. unveränderte Auflage, Stuttgart: 1999, S. 697-698

<sup>152</sup> Berghe, Yvon Vanden: Der Kalte Krieg, 1917-1991, Leipzig: 2002, S. 266-267

<sup>153</sup> zu der Position Brandts vgl. auch: Jäger, Wolfgang; Link, Werner: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in fünf Bänden, Band 5: Republik im Wandel. 1974-1982. Die Ära Schmidt, Stuttgart, Mannheim: 1987, S. 275

<sup>154</sup> Lehmann, Hans-Georg: Deutschland-Chronik. 1945 bis 2000, überarbeitete und aktualisierte Auflage, Bonn: 2000, S. 230

<sup>155</sup> zu Nixons Rücktritt vgl.: Berghe, Yvon Vanden: Der Kalte Krieg, 1917-1991, Leipzig: 2002, S. 253; ausführlich zu diesem Skandal: Schweigler, Gebhard: Von Kissinger zu Carter. Entspannung im Siederstreit von Innen- und Außenpolitik. 1969-1981, München, Wien: 1982, S. 134-161

allerdings keine weiteren Auswirkungen auf die Beziehungen der beiden Supermächte sowie die im Juli 1973 begonnenen KSZE-Verhandlungen, die am 1. August 1975 zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden konnten und deren Schlussakte mit ihrer allseitig ausgesprochenen Anerkennung der Unverletzlichkeit aller Grenzen in Europa eine Art „Ersatz-Friedensvertrag“, der die territorialen Probleme in Europa zwar nicht in völkerrechtlich verbindlicher, aber zumindest in internationaler Form bereinigte. Es wurde aber auch von sowjetischer Seite die Existenz der NATO mit den atlantischen Bündnispartnern als Grundtatbestand der europäischen Ordnung anerkannt und die Teilnehmerstaaten, also auch diejenigen des Warschauer Paktes, einigten sich darauf, die Anerkennung der Menschenrechte zu fördern. Dieser letzteren Vereinbarung wurde zunächst kaum viel Bedeutung zugemessen, weil sie bereits Bestandteil der Satzung der UNO und der Erklärung der Menschenrechte war, die 1948 beschlossen worden war – allerdings nur bei Stimmenthaltung der Ostblockstaaten. Hatten also die westlichen Staaten in diesem Abschnitt der Abschlussakte von Helsinki nicht mehr zugestanden, als durch ihre Verfassung und ihre Praxis bereits gegeben war, so hatte die Sowjetunion und ihre Satellitenstaaten ein Zugeständnis gemacht, dass – ernst genommen – ihr innerstaatliches Leben tiefgreifend verändert hätte.<sup>156</sup> In der Zwischenzeit mussten die Vereinigten Staaten nach Ansehensverlusten durch ihre politischen Interventionen in Pakistan und Chile auch mit ihrer Außenpolitik auf dem afrikanischen und asiatischen Kontinent Misserfolge hinnehmen: In Angola kam es 1976 – ein Jahr nach Mosambik - zur Etablierung eines kommunistischen Regimes, nachdem mit Hilfe sowjetischer Waffen sowie kubanischer Kampftruppen, die über eine von den Sowjets eingerichtete Luftbrücke eingeflogen worden waren, die MPLA die Macht übernehmen konnte, weil die amerikanische Regierung auf Beschluss des Kongresses, ihre finanziellen und waffentechnischen Hilfeleistungen für das afrikanische Land einstellen musste. Die US-Senatoren sahen die Konfliktlage in Angola nämlich nicht als ein globales Problem, das darin bestand, dass Moskau seine Machtsphäre ausdehnen wollte, sondern stuften es als lokales Problem ein, indem sie aufgrund der Erfahrungen in Vietnam argumentierten, dass auch die massivste amerikanische Hilfe den westlichen Interessen nicht zum Sieg verhelfen konnte, wenn die lokalen Verhältnisse es nicht zuließen.<sup>157</sup> Im asiatischen Vietnam beruhigte sich nach dem Rückzug der Amerikaner am 29. März 1973 die Lage nicht, denn die beiden gegnerischen Parteien im Norden und Süden des Landes versuchten weiterhin ihr jeweiliges Einflussgebiet auszuweiten, wobei Südvietnam aufgrund der drastischen Reduzierung der amerikanischen Unterstützung am 30. April 1975 die Kämpfe gegen das nordvietnamesische Hanoi einstellte, das am 2. Juli 1976 die vereinigte Sozialistische Republik Vietnam ausrufen konnte. Im benachbarten Kambodscha übernahmen die von China unterstützten Roten Khmer am 17. April 1975 die Regierung, nachdem Präsident Nixon vom Kongress gezwungen worden war, die eben gegen die Roten Khmer aber auch den Vietcong gerichteten Luftangriffe einzustellen. Sie errichteten einen Staat namens Kampuchea, der einem von Studenten an der Sorbonne ersonnenen maoistischen Modell folgte und völlig von der Außenwelt abgeschlossen wurde, um ihn zu einer autarken, egalitären Agrargesellschaft umzugestalten, wozu man Intellektuelle ermordete, Universitäten schloss, Geld abschaffte und die Städter in Arbeitslager auf das Land brachte, wo sie als Arbeitsklaven bei der Reisernte helfen sollten.<sup>158</sup>

---

<sup>156</sup> Elze, Reinhard; Repgen, Konrad: Studienbuch Geschichte. Eine europäische Weltgeschichte. Band 2: Frühe Neuzeit. 19. und 20. Jahrhundert, 5. unveränderte Auflage, Stuttgart: 1999, S. 694-695

<sup>157</sup> zu diesem Rückzug der amerikanischen Politik in Angola vgl.: Schweigler, Gebhard: Von Kissinger zu Carter. Entspannung im Widerstreit von Innen- und Außenpolitik. 1969-1981, München, Wien: 1982, S. 247-262

<sup>158</sup> zu dieser Außenpolitik der USA in Afrika und Asien vgl.: Berghe, Yvon Vanden: Der Kalte Krieg, 1917-1991, Leipzig: 2002, S. 266-267; 277-278

Im Jahr 1975 hatte die BRD außenpolitisch – v.a. gegenüber dem Ostblock – sehr viel erreicht, zumal es ihr am Rande der KSZE-Konferenz in Helsinki gelang, die deutsch-polnischen Vereinbarungen auszuhandeln, die am 9. Oktober 1975 in Warschau unterzeichnet wurden und im Rahmen derer die Bundesrepublik durch eine Pauschale von 1,3 Milliarden DM alle wechselseitigen Ansprüche und Kosten aus Renten- und Unfallversicherung abgolt, während die Polen sich verpflichteten, in den nächsten vier Jahren bis zu 125 000 Deutsche ausreisen zu lassen.<sup>159</sup> In diesem Jahr 1975 leistete Bonn aber darüber hinaus auf internationaler Ebene auch einen wesentlichen Beitrag zur Einführung des Weltwirtschaftsgipfels, der zu einer dauerhaften Institution wurde und bewirkte, dass alle führenden Industrienationen der westlichen Welt bis heute in organisiertem Kontakt auf Regierungsebene stehen. Die Idee eines solchen Gipfels stammte von dem französischen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing, doch es war Helmut Schmidt, der den amerikanischen Präsidenten von solch einer Einrichtung überzeugen konnte, die zum ersten Mal zwischen dem 15. und 17. November 1975 in Rambouillet unter Teilnahme der USA, Großbritanniens, Frankreichs, der BRD, Italiens sowie Japans tagte und es sich zum Ziel setzte, die wirtschaftlichen Probleme möglichst nicht auf Kosten anderer zu lösen sowie im Rahmen der Sonderkommission GATT (General Agreement on Tariff and Trade) der UNO die weitere Liberalisierung des Welthandels zu erreichen. Eine solche Liberalisierung konnte diese Kommission bis 1979 dann tatsächlich bewerkstelligen, denn es gelang ihr, die Zölle für Industriegüter auf einen denkbar niedrigen Stand zu reduzieren.<sup>160</sup> Innenpolitisch sah die Bilanz der BRD dagegen weitaus weniger positiv aus, denn die Regierung in Bonn musste feststellen, dass die Verhaftung der RAF-Terroristen die gewaltsamen Übergriffe der linken Szene nicht hatte wirklich wirksam beenden können und so entführte am 27. März 1975 die „Bewegung 2. Juni“ den Berliner CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz und forderte die Freilassung von Verena Becker, Rolf Heißler, Gabriele Kröcher-Tiedemann, Rolf Pohle und Ingrid Siepmann, die unter der Begleitung des ehemaligen Berliner Bürgermeisters Heinrich Albertz in die Volksrepublik Jemen ausgeflogen werden sollten. Den Forderungen der Entführer wurde nachgegeben und so kam Lorenz wieder frei, aber die freigesetzten und ausgeflogenen Terroristen sollten später wieder in die BRD einreisen. Nicht einmal einen Monat darauf, am 24. April 1975 überfielen die RAF-Terroristen der 2. Generation, die u.a. aus dem Heidelberger „Sozialistischen Parteienkollektiv“ hervorgegangen waren, die deutsche Botschaft in Stockholm, um ihre Gesinnungsgenossen aus den Gefängnissen freizupressen, doch das Unternehmen scheiterte, denn das Gebäude wurde - offensichtlich durch eine unbeabsichtigte - Explosion zerstört und zwei Geiseln starben. Bei den bereits seit vier Jahren inhaftierten RAF-Terroristen kam es in dieser Zeit zu internen Streitigkeiten, in deren Folge Ulrike Meinhof gedemütigt und von der Führungsspitze isoliert wurde, so dass sie sich am 9. Mai 1976 in der Justizvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim erhing. In der Öffentlichkeit kursierten allerdings Gerüchte, sie sei ermordet bzw. vorher noch vergewaltigt worden, so dass in den folgenden Tagen zahlreiche Anschläge, Demonstrationen, Schmierereien und Flugblattaktionen unternommen wurden. Die neue Bundesregierung unter ihrem Kanzler Helmut Schmidt sah sich unter dem Eindruck dieser Ereignisse dazu veranlasst, ein Anti-Terrorismus-Gesetz zu erlassen, das den neuen Straftatbestand der „terroristischen Vereinigung“ in § 129a des Strafgesetzbuches

<sup>159</sup> vgl. zu diesem Verhandlungserfolg mit Polen im Jahre 1975: Lehmann, Hans-Georg: Deutschland-Chronik. 1945 bis 2000, überarbeitete und aktualisierte Auflage, Bonn: 2000, S. 244-245

<sup>160</sup> zu diesen Ausführungen bzgl. des Weltwirtschaftsgipfels, der 1977 noch um Kanada erweitert wurde, vgl.: Elze, Reinhard; Repgen, Konrad: Studienbuch Geschichte. Eine europäische Weltgeschichte. Band 2: Frühe Neuzeit. 19. und 20. Jahrhundert, 5. unveränderte Auflage, Stuttgart: 1999, S. 698-699; über die Initiative zur Errichtung dieses Gipfels seitens Helmut Schmidt und Giscard d'Estaing vgl. auch: Jäger, Wolfgang, Link, Werner: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Band 5: Republik im Wandel. 1974-1982. Die Ära Schmidt, Stuttgart; Mannheim: 1987, S. 277-278

einführte, die Überwachung des Verteidigungsverkehrs mit bestimmten Beschuldigten gestattete, die Ermittlungskompetenz des Generalbundesanwaltes erweiterte und ein Berufs- und Verteidigungsverbot für Rechtsanwälte vorsah, die ihre Pflichten verletzten. Hinzu kam, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz, das Bundeskriminalamt mit seiner neuen Abteilung „Terrorismus“, der Bundesgrenzschutz und seine Spezialeinheit GSG 9 sowie die Polizei als Sicherheitsbehörden mit dem Schwerpunktprogramm „Innere Sicherheit“ verstärkt, modernisiert und ausgebaut wurden. Durch ein am 27. Januar 1977 abgeschlossenes Europäisches Übereinkommen zur Bekämpfung des Terrorismus wurden zudem die Möglichkeiten zur Auslieferung politischer oder politisch motivierter Straftäter erleichtert. All diese neuen rechtlichen Möglichkeiten für die Sicherheitskräfte konnten allerdings nicht verhindern, dass am 7. April 1977 Generalbundesanwalt Siegfried Buback und zwei seiner Begleiter durch die RAF-Terroristen ermordet wurden, aber es gelang, weitere Terroristen, nämlich Günter Sonnenberg und Verena Becker nach einem Schusswechsel mit der Polizei am 3. Mai 1977 in Singen zu verhaften. Unbeeindruckt von diesem Erfolg gingen die tödlichen Entführungen weiter, um die Freilassung ihrer inhaftierten Kollegen durchzusetzen: Am 30. Juli 1977 wurde Jürgen Ponto, der Vorstandsvorsitzende der Dresdner Bank, in seinem Wohnhaus bei einem Entführungsversuch von Christian Klar, Brigitte Mohnhaupt und Susanne Albrecht erschossen. Am 5. September 1977 gelang es den RAF-Terroristen zwar Hans Martin Schleyer, den Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände sowie des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, nach der Tötung seines Fahrers sowie dreier Polizeibeamter in Köln lebend in ihre Hände zu bekommen, aber auch er sollte nicht überleben, sondern wurde am 19. Oktober 1977 in einem Kofferraum im französischen Mühlhausen tot aufgefunden. Angesichts dieser Entwicklungen erließ die bundesdeutsche Regierung am 30. September 1977 ein Kontaktsperregesetz, das die Möglichkeit einräumte, bei ernststen Gefahrenlagen den Verkehr von Strafgefangenen untereinander sowie mit der Außenwelt zu unterbinden. Arabische Terroristen wollten nun angesichts dieser bisher erfolglos verlaufenen Befreiungsversuche ihren inhaftierten deutschen Kollegen zur Hilfe kommen und entführten eine Lufthansa-Maschine auf ihrem Flug von Mallorca nach Frankfurt in das in Somalia gelegene Mogadischu, um so elf RAF- und zwei türkische Terroristen freizupressen, doch die GSG 9 des Bundesgrenzschutzes befreite die Geiseln, woraufhin die zu lebenslanger Haft verurteilten Baader, Raspe und Ensslin in Stuttgart-Stammheim Suizid begingen.<sup>161</sup>

Auch die Sowjetunion sah sich zunehmenden Schwierigkeiten ausgesetzt, denn durch ihre Unterschrift unter die KSZE-Vereinbarungen von Helsinki im Jahre 1975 hatte sie sich dazu bereit erklärt, die Anerkennung der Menschenrechte zu fördern, was sie nun vor das Problem stellte, dass die oppositionellen Gruppierungen in ihrem Block stärker wurden. Dies zeigte sich zunächst an der Opposition im eigenen Staat: In der Sowjetunion gab es bereits seit den 60iger Jahren eine oppositionelle Bewegung, die sich unter Chruschtschows „Liberalisierungen“ hatte bilden können, denn seine Entstalinisierung bedeutete nicht nur, dass viele Gefangene aus den Arbeitslagern zurückkehrten und sich immer mehr Sowjetbürger ein Kurzwellenradio zulegten, mit dem sie Auslandssender empfangen konnten, sondern sie rief auch das Programm „sozialistische Legalität“ ins Leben, das v.a. darum bemüht war, die stalinistische Behördenwillkür in ihrem Ausmaß stark einzudämmen, indem sie öffentliche Stellen dazu anhielt, ihre eigenen Gesetze zu beachten oder besser gesagt, sie zumindest nicht offensichtlich zu brechen. Sie engagierte sich darüber hinaus auch umweltpolitisch und setzte sich vehement für die Erhaltung der Wasserqualität des Baikalsees und gegen den Bau von Wasserkraftwerken sowie die geplante Umleitung von Flüssen im Norden Russlands ein. Diese oppositionelle Bewegung bestand darin, dass sie

---

<sup>161</sup> vgl. zu den bisherigen Ausführungen dieses Absatzes: Lehmann, Hans-Georg: Deutschland-Chronik. 1945 bis 2000, überarbeitete und aktualisierte Auflage, Bonn: 2000, S. 231-233

auf allen gesellschaftlichen Ebenen, in Groß- sowie Provinzstädten enge Zirkel, sogenannte *Kruzhki*, bildete, die unveröffentlichte Literatur der Vergangenheit und Gegenwart ebenso wie neue Gedanken in Umlauf bringen wollte und dies ab 1968 in der Zeitschrift „Die Chronik der laufenden Ereignisse“ tat, deren Zeitungskopf Artikel 19 der UN-Deklaration zitierte, also die Forderung nach Meinungsfreiheit. Bei diesen Veröffentlichungen handelte es sich allerdings um keine professionellen Druckerzeugnisse, sondern lediglich um in mehreren Durchschlägen angefertigte Schreibmaschinenseiten, die an Freunde weitergegeben und von diesen durch erneutes Abtippen immer weiterverbreitet wurden. Den sowjetischen Behörden war diese im Selbstverlag erscheinende Literatur, genannt *Samizdat*, äußerst lästig, doch es war für sie schwer mit ihr umzugehen, da es dem KGB nicht gelang, Informanten in die Organisation einzuschleusen und er darüber hinaus zu zentralistisch und unbeholfen war, die informellen, dezentralisierten und nicht autoritären Kontaktmuster zu verfolgen. Als nun die Sowjetunion die Helsinki-Schlussakte unterzeichnete, würdigte sie in gewisser Weise das Anliegen dieser Bewegung und gab ihrer Arbeit einen neuen Anstoß, so dass sich in der Folge in mehreren Sowjetrepubliken KSZE-Überwachungsgruppen bildeten, die die Einhaltung der in Helsinki vereinbarten Bestimmungen überprüften und ihre Erkenntnisse darüber teilweise auch mit Hilfe der westlichen Medien veröffentlichten. Da Chruschtschow dem stalinistischen Terror abgeschworen hatte und auch sein Nachfolger Breschnew diesen Entschluss billigte, beschränkte man sich im Herbst 1976 darauf, vereinzelte Sanktionen wie etwa Festnahmen, Parteiausschlüsse, Einweisungen in psychiatrische Kliniken oder Zwangsausweisungen aus der UdSSR gegen Mitglieder des Samizdat vorzunehmen, was nicht ohne Wirkung auf den in dieser Zeit ebenfalls laufenden amerikanischen Wahlkampf blieb, im Rahmen dessen der demokratische Präsidentschaftskandidat James Earl bzw. Jimmy Carter nicht nur versprach, die Amerikaner politisch wie psychologisch aus den Niederungen der zuvor erlittenen Erniedrigungen herauszuführen, sondern auch seinen Einsatz für die weltweite Durchsetzung der Menschenrechte deutlich machte und daher auch die Maßnahmen der Sowjetunion gegen die Samizdat-Mitglieder anprangerte. Obwohl Carter darüber hinaus die Verletzung der Menschenrechte in den konservativen Militärdiktaturen angriff, bestimmte v.a. das sowjetische Vorgehen gegen die Dissidenten den Wahlkampf, so dass Breschnew sich nach dessen Wahl Ende November 1976 dazu genötigt sah, Schatzminister Simon in Moskau darauf aufmerksam zu machen, dass er alles tun werde, um den Eindruck zu vermeiden, die Sowjetunion wolle den neuen Präsidenten auf die Probe stellen. Er sei vielmehr an einer Wiederbelebung der Entspannung interessiert und wolle sowohl einen Ausbau der Handelsbeziehungen als einen schnellen Abschluss von SALT-II, wobei ihm Carter zusagte, diese letzteren „aggressiv“ beenden zu wollen. Das außenpolitische Klima der Vereinigten Staaten zu der UdSSR hatte sich aber bereits vor Präsidentschaftswahlkampf im Jahre 1976, nämlich nach den Helsinki-Verhandlungen 1975, entscheidend verändert, denn nach den Ereignissen in Afrika, Asien und Südamerika war der amerikanischen Regierung unter Ford klar geworden, dass die amerikanisch-sowjetische Entspannungspolitik gescheitert war, weil die „Anreize zu gegenseitiger Zurückhaltung“ in Bezug auf ihre machtpolitischen Interessen von Seiten der Sowjetunion, aber auch von Seiten der Vereinigten Staaten nie richtig beherzigt worden waren, so dass Außenminister Kissinger im Herbst 1975 begann, die Westeuropäer davor zu warnen, kommunistische Parteien auf legalem Wege den Zugang zur Regierungsverantwortung zu ermöglichen. Er verstärkte seine Warnung vor den westeuropäischen, kommunistischen Parteien noch, nachdem die Sowjetunion auf einer Konferenz der kommunistischen Parteien in Ost-Berlin Ende Juni 1976 deren Unabhängigkeit anzuerkennen schien und so entstand ein erneutes Misstrauen zwischen den beiden Seiten des Atlantiks, das Bundeskanzler Schmidt noch 1974 vor der SPD-Bundestagsfraktion als überwunden deklariert hatte. Die Ära, in der Kissinger die ameri-

kanische Außenpolitik bestimmt hatte, ging allerdings noch 1976 mit seinem Rücktritt zu Ende, aber die Beziehungen zwischen Europa und Amerika sollten sich anders als der deutsche Bundeskanzler vermutet hatte, noch weit mehr verschlechtern. Als Folge des Watergate-Skandals sowie des Vietnam-Desasters hatte nicht nur das politische System Amerikas begonnen, der präsidentiellen Macht enge formale Grenzen zu setzen, sondern das amerikanische Volk hatte in Reaktion auf diese Ereignisse und den in diesem Rahmen vom demokratischen Präsidentschaftskandidaten gegebenen Versprechungen Ende 1976 den weithin unbekanntem, ehrlichen und unvorbelasteten ehemaligen Gouverneur von Georgia, Jimmy Carter, zum Präsidenten gewählt, doch dieser fand sich während seiner Amtszeit mangels politischer Erfahrung in Washington nur schwer mit den veränderten Bedingungen seines Amtes zurecht. Carter, der sich wie Kissinger ein positives Image v.a. durch die Außenpolitik schaffen wollte, hatte sich - wie bereits gesagt - die weltweite Durchsetzung der Menschenrechte zum Ziel gesetzt, wobei er deren Verletzung nicht nur in Ländern mit kommunistischen Regimen anprangerte, sondern auch in konservativen Militärdiktaturen. Die vom neuen Präsidenten angestrebte Menschenrechtspolitik konzentrierte sich aber nicht nur darauf Verletzungen anzuprangern und die amerikanische Auslandshilfe an die Einhaltung der Menschenrechte zu binden, sondern sie setzte sich ebenfalls zum Ziel die menschlichen Bedürfnisse nach Essen, Gesundheitsfürsorge und Wohngelegenheiten zu verfolgen, d.h. sie erkannte die Bedürfnisse und Forderungen der Dritten Welt an. Um dieses letztere Ziel auch tatsächlich erreichen zu können, unterstützte die amerikanische Regierung die Forderung dieser Länder nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung sowie nach einer gerechteren Verteilung der Reichtümer der Erde und wollte deren Streben nach nationaler Selbstbestimmung stärker berücksichtigen, was nichts anderes bedeutete, als dass sie die direkte amerikanische Präsenz in der Dritten Welt reduzieren und etwa die Truppen aus Südkorea oder Panama abziehen wollte. Diese letzteren beiden Vorhaben scheiterten allerdings am Widerstand des nach der Nixon-Affäre sehr stark gewordenen Kongress, den Carter nicht auf seine Seite zu bringen vermochte und der auch nicht bereit war, die kurz nach dem Amtsantritt betriebene hektische Normalisierung der diplomatischen Beziehungen zu Kuba, Vietnam und China in ihrer Schnelle zu unterstützen. Er fühlte sich von der Strategie des Präsidenten alle Probleme auf einmal zu lösen überfordert und herausgefordert, so dass harte Auseinandersetzungen die Folge waren. Indem Carter aber dem sowjetisch-amerikanischen Verhältnis wegen seiner Menschenrechtspolitik nicht mehr die überragende Bedeutung einräumen wollte wie Kissinger, belastete er die Beziehungen zu Moskau schwer, denn sowohl die sowjetische Führung als auch das sowjetische Volk reagierten auf jegliche Abwertung ihres internationalen Status mit großer Empfindlichkeit. Bereits mit dem Amtsantritt Jimmy Carters, Anfang Januar 1977, begannen die Ereignisse angesichts dieser neuen, von den Menschenrechten bestimmten Außenpolitik der USA allerdings zu eskalieren: Als die UdSSR mit Hausdurchsuchungen, Verhören und Drohungen verschärft gegen einige Führer der Dissidentenbewegung (Samizdat) vorging und sich deren prominentester Kopf Andrej Sacharow öffentlich über die Maßnahmen beschwerte und daraufhin aufgefordert wurde, seine „staatsfeindlichen und verleumderischen“ Äußerungen einzustellen, veröffentlichte ein Beamter des State Department ohne Wissen des neuen Außenministers Vance und des Präsidenten am 27. Januar 1977 in dem Glauben im Interesse der neuen Regierung zu handeln eine Erklärung, in der er die Sowjetunion davor warnte, Sacharow zu verfolgen, da hierdurch die berechnete Kritik nicht aufhören werde und ein solcher Schritt gegen die anerkannten internationalen Standard der Menschenrechte verstoße. Obwohl sowohl Vance als auch Carter sich bemühten, der Verlautbarung ihre antisowjetische Spitze zu nehmen, indem sie auf Proteste aus Moskau erklärten, dass man die Sowjetunion nicht habe attackieren, sondern lediglich ganz allgemein das Interesse an einer Einhaltung der Menschenrechte habe zum Ausdruck bringen wollen, wurden die



sowjetisch-amerikanischen Beziehungen durch diese Verlautbarung getrübt. Als der prominenteste Führer der Dissidentenbewegung, Andrej Sacharow, sich am 28. Januar 1977 brieflich an den amerikanischen Präsidenten wandte und um Unterstützung für seine verfolgten Kollegen bat, geriet Carter in eine prekäre Lage, denn einerseits gebot ihm seine Menschenrechtspolitik die Beantwortung des Schreibens andererseits verboten ihm die tags zuvor getanen belastenden Äußerungen des State Departements eine weitere Einmischung in diese Angelegenheit. Als die sowjetische Regierung allerdings am 3. Februar 1977 einen Führer der Dissidentenbewegung verhaften ließ und tags darauf einen amerikanischen Korrespondenten, der enge Kontakte zu diesen Kreisen gepflegt hatte, des Landes verwies, ermöglichte sie Carter, Sacharow einen sehr allgemeinen und ohne direkte Angriffe auf die UdSSR abgefassten Brief über die amerikanische Botschaft in Moskau zukommen zu lassen, doch die von dem Schriftsteller veranlasste sofortige Veröffentlichung dessen, führte zu sofortigen Protesten eines sowjetischen Vertreters im State Departement. War mit dem außenpolitischen Verhalten Amerikas bereits sehr viel Porzellan in den Beziehungen der beiden Supermächte zerbrochen worden, so verschlimmerte sich die Situation noch zusätzlich durch das Unverständnis Moskaus für die Situation des neuen Präsidenten, denn auch wenn man die Unsicherheit Carters zur Kenntnis nahm, so verstand man sie nicht und ging dazu über sie auszunutzen: Als Washington auf die Verhaftung des Dissidenten Jurij Orlow nur durch einen nicht öffentlichen Protest reagierte und den von ihr spektakulär aus der Sowjetunion befreiten Bukowsky lediglich durch den Vizepräsidenten im Weißen Haus empfangen ließ, der diesem Carter nur kurz vorstellte, fühlte sich Moskau in beiden Fällen herausgefordert und drohte, den SALT II-Abschluss nicht durchzuführen, solange Amerika diesen Kurs beibehalte. Man erkannte das Einlenken der Vereinigten Staaten selbst dann noch nicht, als die amerikanische Delegation am 7. März 1977 bei der UN-Menschenrechtskommission ihren Antrag auf Behandlung sowjetischer Menschenrechtsverletzungen zurückzog, sondern schenkte allein den öffentlichen Äußerungen des Präsidenten, in denen er weiter auf sein Eintreten für die Menschenrechte beharrte, Glauben.<sup>162</sup> Doch damit waren die Unruhen, die Helsinki in der Sowjetunion nach sich zog, noch nicht beendet: Im Jahr 1977 gründete der Bergwerkingenieur Vlasimir Klebanov die erste unabhängige Gewerkschaft, die öffentlich gegen die Verletzung der Angestelltenrechte protestierte, so dass die Sowjetregierung die meisten Mitglieder bereits kurz nach der Gründung unter verschiedenen Vorwänden einsperrte und Klebanov in eine Irrenanstalt einwies.<sup>163</sup> Vermehrte die Vereinbarung damit die Schwierigkeiten im eigenen Land, so war die Wirkung allerdings nicht nur auf das eigene Territorium beschränkt, was 1976 in Polen deutlich wurde, als die dortige Regierung einen Streik von Arbeitern gewaltsam unterdrückte und die Anführer des Streikes verhaften ließ. Zwar musste Warschau sich schon seit einigen Jahren mit oppositionellen Gruppen auseinandersetzen, die sich gegen das bestehende politische Regime wandten, aber nun waren eben diese Kreise nicht mehr bereit, solche unterdrückenden Maßnahmen ohne Gegenwehr hinzunehmen und so schlossen sich fünfzehn Intellektuelle zu einem „Komitee zur Verteidigung der Arbeiterrechte“ zusammen, das mit seinen Anhängern überall im Lande auf die Beachtung der Menschenrechte drängte. Es dauerte nicht lange und die Kritik dieser Bewegung weitete sich aus, d.h. es wurde nicht mehr nur um die Einhaltung der Menschenrechte gekämpft, sondern es wurde auch der Anspruch des totalitären Regimes verworfen, es hätte den Gegensatz zwischen Staat und Gesellschaft in der von ihnen praktizierten Gesellschaftsform aufgehoben

<sup>162</sup> zur sowjetischen Dissidentenbewegung und den damit verbundenen amerikanischen Reaktionen vgl.: Schweigler, Gebhard: Von Kissinger zu Carter. Entspannung im Widerstreit von Innen- und Außenpolitik. 1969-1981, München, Wien: 1982, S. 387-392

<sup>163</sup> vgl. zu diesen Folgen der Helsinki-Schlussakte in der Sowjetunion: Hosking, Geoffrey: Sowjetunion. Eine Weltmacht am Scheideweg, Bonn, Berlin: 1991, S. 5, 45-49; zu den umweltpolitischen Aktivitäten vgl. S. 58-65

und so wurde aus dem „Komitee zur Verteidigung der Arbeiterrechte“ das „Komitee zur Selbstverteidigung der Gesellschaft“. Entscheidend war aber, dass sich in dieser Zeit Gewerkschaft «Solidarnoc» (Solidarität) bildete, die zu einer Sammelbewegung für eine Vielfalt kultureller und sozialer Aktivitäten wurde und in unverhüllter Spannung zu Partei und Staat stand und die nach der Wahl von Kardinal Karol Wojtyla im Oktober 1978 zum Papst einen engagierten Unterstützer ihrer Ziele erhielt.<sup>164</sup> Als sich die Sowjets im Jahr 1977 auf das KSZE-Treffen nach Belgrad begaben, machten ihnen ihre Zugeständnisse im Bereich der Menschenrechte erneut Probleme, denn ihre Vertragspartner begannen in Reaktion auf die Ereignisse in Polen die Frage zu erörtern, wie Bürger durch ihren Staat behandelt werden, was die Konferenz fast zum Scheitern gebracht hätte - auch wenn sich die Diskussion allein auf den Blickwinkel der Menschenrechte beschränkte.<sup>165</sup> Angesichts dieser Folgewirkungen der Beschlüsse der KSZE-Konferenz von Helsinki versuchte Moskau die „Implementierung“ der Beschlüsse hintanzuhalten und nährte damit im Westen die Zweifel an der Wirksamkeit des angestoßenen Prozesses der Zusammenarbeit über die Grenzen der Blöcke und Bündnisse hinweg, was noch durch die Tatsache verstärkt wurde, dass die fast gleichzeitig begonnenen MBFR-Verhandlungen in Wien zu keinen Ergebnis kamen. Diese zunehmende Skepsis beider Blöcke ließ den anfänglich sehr produktiven Entspannungsprozess ins Stocken geraten, womit die in Gang gekommene Verdichtung der zwischenstaatlichen Beziehungen in Europa in der Folgezeit immer mehr an Bedeutung gewann.<sup>166</sup>

In dieser äußerst angespannten Situation nahmen die beiden Weltmächte im März 1977 ihre SALT II-Gespräche über eine Reduzierung und Begrenzung ihres Waffenarsenals auf. Da Carter v.a. an einem Abbau der nuklearen Bedrohung interessiert war, erarbeitete das Weiße Haus einen umfassenden Verhandlungsvorschlag aus, der in der Hauptsache eine drastische Reduzierung des nuklearen Potentials vorsah, und legte ihn gleich zu Beginn der Verhandlungen in Genf der sowjetischen Seite vor, in der Hoffnung so das Interesse Moskaus an einem ausgedehnten Abbau von Atomwaffen zu wecken und sich langwierige Vorbereitungen durch die beiden Bürokratien zu ersparen, doch die überalterte und überaus vorsichtige UdSSR-Führung, die die Gespräche von Wladiwostok über Beschränkungen der Reichweite sowie den Einsatz von Marschflugkörpern fortsetzen wollte, fühlte sich von diesem Vorgehen überrumpelt und lehnte das Angebot rundweg ab. Als Außenminister Vance entgegen der diplomatischen Gepflogenheiten die kategorische sowjetische Ablehnung der amerikanischen Vorschläge in einer Pressekonferenz bekanntgab, kam es in der Folge zu gegenseitigen Schuldzuweisungen, die zu Verstimmungen im sowjetisch-amerikanischen Verhältnis führten. Zwar gingen die SALT II-Verhandlungen gleich nach ihrem erfolglosen Abschluss in Genf weiter und die amerikanische Administration versuchte ein neues Angebot derart neu zu verpacken, dass die Bedürfnisse beider Verhandlungsparteien zufriedengestellt werden konnten, um so noch einen Abschluss vor dem Auslaufen von SALT I am 3. Oktober 1977 zu erreichen, aber Carters auch weiter andauernder Einsatz für die Menschenrechte, etwa bei einer Rede in der Notre Dame University, brachte Moskau auf und ließ es in der Folge den Dissidenten Schtscharanskij wegen angeblicher Zusammenarbeit mit der CIA, also Staatsverrats, offiziell von der sowjetischen

<sup>164</sup> zur Bedeutung des Papstes Johannes Pauls II vgl.: Berghe, Yvan Vanden: Der Kalte Krieg, 1917-1991, Leipzig: 2002, S. 305

<sup>165</sup> Elze, Reinhard; Repgen, Konrad: Studienbuch Geschichte. Eine europäische Weltgeschichte. Band 2: Frühe Neuzeit. 19. und 20. Jahrhundert, 5. unveränderte Auflage, Stuttgart: 1999, S. 695; 701

<sup>166</sup> Elze, Reinhard; Repgen, Konrad: Studienbuch Geschichte. Eine europäische Weltgeschichte. Band 2: Frühe Neuzeit. 19. und 20. Jahrhundert, 5. unveränderte Auflage, Stuttgart: 1999, S. 695; zu Carters innenpolitischen Gegebenheiten: Schweigler, Gebhard: Von Kissinger zu Carter. Entspannung im Widerstreit von Innen- und Außenpolitik. 1969-1981, München, Wien: 1982, S. 281-282; 297; 341; 342-352; 358-359; insbesondere 348-349; 380-385

Staatsanwaltschaft anklagen. Diese bereits angespannte Situation eskalierte weiter, als die amerikanische Administration am 6. Juni 1977 ihren halbjährlichen Bericht über die Einhaltung der KSZE-Bestimmungen vorlegte und die Sowjetunion und andere osteuropäische Länder schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen beschuldigte, wobei sie angesichts der tatsächlichen Ereignisse nicht hätte anders handeln können, ohne vom Kongress wegen Verdrehung der Tatsachen zur Rechenschaft gezogen zu werden. Die sowjetische Führung reagierte am 8. Juni 1977 auf diesen Bericht mit einer ungewöhnlich scharfen persönlichen Attacke auf den amerikanischen Präsidenten, den sie als Feind der Entspannung bezeichnete, was Carter in einem zwei Tage später stattfindenden Gespräch mit Zeitungsverlegern zu der unvorsichtigen Bemerkung bewegte, er sei bereit, die Sowjetunion „aggressiv herauszufordern“, während er gleichzeitig den Außenminister Patolitschew, der vom 9.-10. Juni 1977 an einer Sitzung der gemeinsamen sowjetisch-amerikanischen Handelskommission in Washington teilgenommen hatte, nicht zu einem Gespräch im Weißen Haus empfing. Am 11. Juni 1977 wurde in Folge dieser Ereignisse der in der UdSSR tätige, amerikanische Zeitungskorrespondent Robert Toth, der kurz vor seiner Rückkehr in die Vereinigten Staaten stand und bis dahin gute Kontakte zu Dissidentenkreisen gepflegt hatte, intensiven Verhören wegen angeblicher geheimdienstlicher Tätigkeit unterzogen und erhielt erst nach scharfen Protesten des State Departement am 15. Juni 1977 die Ausreiseerlaubnis aus der Sowjetunion. Mit ihrem Vorgehen gegen Dissidenten und deren westliche Kontaktpersonen wollte Moskau die Aktivitäten des KSZE-Komitees in der Sowjetunion unterbinden, bewog aber dadurch den amerikanischen Kongress dazu, an eben diesem 15. Juni 1977 eine Resolution zu erlassen, die die Administration einerseits aufforderten, auf der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad zu einem angemessenen und offenen Meinungs austausch über alle Prinzipien der KSZE-Schlussakte, insbesondere aber über die der Menschenrechte, beizutragen. Als die Sowjetunion daraufhin den amerikanischen Botschafter anders als bis dahin seine traditionelle Rede zum amerikanischen Unabhängigkeitstag im sowjetischen Fernsehen nicht verlesen ließ, bestärkte dies den amerikanischen Kongress in seiner Haltung und der Senat stimmte am 12. Juli 1977 einer weiteren Resolution zu, in der die Erwartung zum Ausdruck gebracht wurde, dass die amerikanische Delegation in Belgrad auch das Interesse der USA an der Behandlung der Dissidenten Schtscharanskij, Orlow, Ginsburg usw. zur Sprache bringen sollte, so dass für Carter keine Möglichkeit bestand, das Problem der Menschenrechte in Belgrad außen vor zu halten. Verprellt wurde die Sowjetunion aber zusätzlich dadurch, dass Amerika deren Antrag auf Lieferung eines Großrechners für die Wetterforschung am 23. Juni 1977 mit der Begründung ablehnte, dass ein Einsatz zu militärischen Zwecken nicht ausgeschlossen werden könne sowie dadurch dass über einen Artikel in der Washington Post vom 24. Juni 1977 bekannt wurde, dass im US-Haushaltsansatz in ihrer Höhe geheim gehaltene Mittel für die Entwicklung von nuklearen Gefechtsfeldsprengköpfen mit „verstärkter Strahlung“ (Neutronenbombe) - allerdings ohne Kenntnis Carters – angefordert wurden. Diese rapide Verschlechterung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen im Juni und Juli 1977 ließ einen schnellen Abschluss des SALT II-Abkommens wieder in weite Ferne rücken. Zudem meldeten sich nun die westlichen Verbündeten, v.a. der französische Präsident, der die traditionell unabhängigen und guten Beziehungen zu der Sowjetunion erhalten wollte, zu Wort, und begannen sich über die Unberechenbarkeit der amerikanischen Politik zu beschweren, denn hinter der scharfen Betonung der Menschenrechte, insbesondere gegenüber Moskau, sah man in Europa eine direkte Gefährdung der eigenen Interessen. Gerade das Verhältnis zwischen Bonn und Washington war deswegen von Anfang an schweren Belastungen ausgesetzt, da die BRD die von ihr mühsam erreichten menschlichen Erleichterungen und wirtschaftlichen Vorteile in den Beziehungen mit den Ländern des Ostblocks nicht aufs Spiel setzen wollte. Hinzu kam, dass die mit einer beängstigenden Talfahrt des Dollars kämpfende US-Regierung von

Bonn verlangte, als Lokomotive für den internationalen Wirtschaftsaufschwung zu arbeiten, was Bundeskanzler Schmidt allerdings mit der Gegenforderung beantwortete, die Amerikaner sollten zunächst einmal Maßnahmen zur Energieeinsparung sowie zur Verringerung ihres Ölimports treffen, um so ihr hohes Handelsdefizit und damit die eigentliche Ursache für den Dollar-Verfall abzubauen. Wenig zuträglich für die Beziehungen der beiden Staaten war darüber hinaus, dass die Vereinigten Staaten auch auf einer Revision der europäischen Verkaufspolitik bezüglich nuklearer Technologien bestanden und hierbei insbesondere das Brasiliengeschäft der Bundesrepublik im Visier hatten. Die Europäer hatten somit Anlass genug, die Führungsrolle der USA anzuzweifeln und daher beschlossen Frankreichs Staatspräsident Giscard d'Estaing und Schmidt Anfang 1978 eine selbständige Währungspolitik zu installieren und strebten zu diesem Zweck ein gemeinsames europäisches Währungssystem an, das am 5. Dezember 1978 vom Europäischen Rat verabschiedet, allerdings am 13. März 1979 erst in Kraft treten sollte, weil Frankreich auf einer grundsätzlichen Einigung über den Abbau der Währungsausgleichsbeträge in der gemeinsamen Agrarpolitik bestand. Unbeeindruckt in diesem Zusammenhang ließ die Europäer die Tatsache, dass sich Carter ihnen anderweitig entgegenkommend zeigte und etwa eine echte Beteiligung am gemeinsamen Entscheidungsprozess insbesondere auch gegenüber der Sowjetunion in Aussicht gestellt hatte, eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Nordamerika, Japan und Westeuropa zur gemeinsamen Konjunktursteuerung sowie zur Aufrechterhaltung eines freien Welthandels anstrebte, die Beteiligung kommunistischer Parteien an der Regierungsgewalt bereit war zu gedulden und eine Verbesserung der Verteidigungsfähigkeit der NATO-Streitkräfte plante, die auch die USA finanziell unterstützen wollte: Sie zeigten keine Bereitschaft mit dem amerikanischen Präsidenten zusammenzuarbeiten. Zum völligen Zerwürfnis zwischen Präsident Carter und dem deutschen Bundeskanzler kam es über das Problem der Neutronenbombe. Diese Waffe wurde grundsätzlich von Schmidt und seinem Verteidigungsminister Georg Leber positiv beurteilt, weil sie mit ihrer starken Neutronenstrahlung und ihrer geringen kollateralen Schadenswirkung im eigenen Land vor allem für den Einsatz gegen einen sowjetischen Panzerangriff geeignet war, doch die antinukleare Einstellung in der eigenen Partei, die insbesondere von dem SPD-Bundesgeschäftsführer Egon Bahr ausging, sowie die großen Ängste vor solch einer Waffe in der deutschen Bevölkerung, die sich u.a. in dem Bedeutungszuwachs der Partei der Grünen manifestierte, der es am 7. Oktober 1979 bei der Bürgerschaftswahl in Bremen zum ersten Mal gelang die Fünfprozentssperrklausel zu überwinden, ließen der Bundesregierung keinen Raum, eine entscheidende Rolle bei der Bejahung dieser Waffe zu spielen. Bundeskanzler Schmidt belastete zudem die amerikanischen SALT II-Verhandlungen, als er in einer Rede in London am 28. Oktober 1977 forderte, man müsse Verhandlungen mit der Sowjetunion über eine Reduzierung von deren Mittelstreckenpotentials führen und darüber hinaus feststellte, die Festschreibung der Waffenparität auf der strategischen Ebene könne langfristig für die Europäer bedrohlich werden - was die Amerikaner als eine Aufforderung zur Aufrüstung des taktischen Nuklearpotentials interpretierten. Ende November 1977 griff Präsident Carter trotz dieser Brüskierung den Vorschlag Schmidts auf und entschloss sich, die zweijährige Entwicklungsphase bis zur endgültigen Herstellung der Neutronenbombe für Fortschritte in den Rüstungskontrollverhandlungen (SALT II und MBFR) zu nutzen. Im Februar 1978, nachdem die deutsche Bundesregierung einem solchen Vorgehen zugestimmt hatte, sah Carter sich einer zunehmend ungünstig entwickelnden öffentlichen Meinung in seinem Land gegenüber, die er in seinem politischen Handeln nicht ignorieren konnte, weil dieses der Zustimmung des Kongresses bedurfte, der in erster Linie eben von der öffentlichen Meinung bestimmt war. Problematisch war für den amerikanischen Präsidenten allerdings die Tatsache, dass sich diese öffentliche Meinung sehr widersprüchlich negativ für ihn darstellte: Einerseits wurden die US-Bürger wieder natio-

nalistischer, d.h. sie wollten die von ihnen perzipitierte Unterlegenheit ihres Staates gegenüber der Sowjetunion im militärischen und machtpolitischen Bereich nicht hinnehmen und die Stellung als mächtigste Nation der Welt behalten, v.a. aber die militärische Überlegenheit zurückgewinnen. Hierzu war die überwiegende Zahl der Amerikaner auch bereit, eine Erhöhung des Verteidigungshaushaltes zu akzeptieren, die Wiedereinführung der Wehrpflicht in Erwägung zu ziehen, dem geheimen Einsatz der CIA in Konfliktfällen zuzustimmen und anderen Ländern im Verteidigungsfall zur Hilfe zu kommen. Andererseits sollten aber auch die SALT-Verhandlungen und damit die bisher betriebene Entspannungs- und Waffenabbaupolitik fortgesetzt werden, selbst wenn die Sowjetunion weiterhin die von Carter ins Zentrum seiner Außenpolitik gerückten Menschenrechte verletzen sollte.<sup>167</sup> Es war aber nicht nur die Ablehnung seiner Außenpolitik durch die amerikanische Bevölkerung, die Carter den Plan von Schmidt verwerfen ließ, sondern er war sich auch darüber bewusst geworden, dass er einerseits den NATO-Partnern ein Mitspracherecht in den SALT-Gesprächen dahingehend eingeräumt hatte, ob die Verhandlungen befriedigend oder unbefriedigend gelaufen und die neuartige Waffe nun eingeführt werden sollte oder nicht, sowie andererseits, dass er in keinem Fall derjenige Präsident der Vereinigten Staaten sein wollte, der die Neutronenbombe hatte bauen lassen. Aus diesem Grund forderte er unvermittelt von Bundeskanzler Schmidt, dass er eine feste, bedingungslose, öffentliche und im Grunde genommen unmögliche Zusage zur räumlichen Verteilung der Waffen innerhalb der NATO geben solle, was Schmidt verärgerte, weil er nun heftiger innenpolitischer Kritik nicht nur von rechts sondern auch von links ausgesetzt war. Diese äußerst angespannten Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten eröffneten der Sowjetunion die Möglichkeit einen Keil zwischen die Verbündeten zu schieben, doch es sollte sich zeigen, dass das Bündnis sehr haltbar war, denn am 12. Dezember 1979 kam in Brüssel unter heftiger Kritik des Warschauer Paktes der NATO-Doppelbeschluss zustande, der die Stationierung moderner atomarer Mittelstreckenraketen in Europa vorsah und der auf Anregung der BRD an Verhandlungen mit Moskau über Rüstungskontrollen gekoppelt war. Außerdem leistete die BRD auf Wunsch der amerikanischen Regierung, die das Waffenembargo gegen die Türkei erst nach schweren Auseinandersetzungen mit dem Kongress aufheben konnte, Waffenlieferungen an den türkischen Staat und gewährleistete damit die Verteidigungsfähigkeit der NATO an ihrer Südflanke mit.<sup>168</sup> Noch vor dem NATO-Doppelbeschluss im Mai 1979 hatten sich die beiden Weltmächte nach langen, komplizierten Verhandlungen über den Inhalt von SALT II geeinigt und „verpflichteten sich darin, ihre Arsenale an strategischen Waffen zu verringern oder in bestimmten Grenzen zu halten. In einem SALT-III-Abkommen sollten auch die auf Europa gerichteten Kernwaffen begrenzt werden. Gerade hier hatte sich in der zurückliegenden Zeit die militärische Lage verschärft, weil die UdSSR in steigendem Umfang SS-20-Mittelstrecken-Raketen stationierte.“<sup>169</sup> Zunächst hatte es im Juli 1977 so ausgesehen, als könnte eine Einigung noch vor Ende des Jahres 1977 erreicht werden, denn der amerikanische Präsident war in einer Rede in Charleston, South Carolina, auf die Sowjets zugegangen

<sup>167</sup> Schweigler, Gebhard: Von Kissinger zu Carter. Entspannung im Widerstreit von Innen- und Außenpolitik. 1969-1981, München, Wien: 1982, S. 281-282; 297; 341; 342-352; 358-359; insbesondere 348-349; 380-385

<sup>168</sup> Schweigler, Gebhard: Von Kissinger zu Carter. Entspannung im Widerstreit von Innen- und Außenpolitik. 1969-1981, München, Wien: 1982, S. 391 – 404; 356 – 357; 393 – 408; 458 – 459; 426; 429 - 430; 433; Jäger, Wolfgang; Link, Werner: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Band 5: Republik im Wandel. 1974 – 1982. Die Ära Schmidt, Stuttgart, Mannheim: 1987, S. 286-289; 313-316; zum Wahlergebnis vgl.: Elze, Reinhard; Repgen, Konrad: Studienbuch Geschichte. Eine europäische Weltgeschichte. Band 2: Frühe Neuzeit. 19. und 20. Jahrhundert, 5. unveränderte Auflage, Stuttgart: 1999, S. 308/309

<sup>169</sup> Elze, Reinhard, Repgen, Konrad: Studienbuch Geschichte. Eine europäische Weltgeschichte. Band 2: Frühe Neuzeit. 19. und 20. Jahrhundert. 5. unveränderte Auflage, 1999, S. 696

und hatte nicht nur die Schaffung einer Grundlage für die Verbesserung der allgemeinen politischen Beziehungen als Ziel der amerikanischen Politik formuliert, sondern auch darauf verwiesen, dass die amerikanische Menschenrechtskampagne nicht speziell gegen die Sowjetunion gerichtet sei. Aber die weiteren Ereignisse im Frühjahr und Sommer 1978 beendeten sehr schnell diese Tauwetterperiode: So verstimmt es die Sowjets, dass die US-Delegation den Forderungen des Kongresses folgend die Menschenrechte zu einem Hauptgegenstand der KSZE-Konferenz in Belgrad gemacht hatten, dass sie nicht an den ägyptisch-israelischen Friedensverhandlungen beteiligt waren; dass Carter in einer öffentlichen Rede in North Carolina die militärische Aufrüstung und den Kampf seines Landes gegen die Ausbreitung des sowjetischen Machtbereiches angekündigt hatte; dass nach dem Kriegsausbruch zwischen Äthiopien und Somalia das letztere Land sich bei der Entführung der Lufthansa-Maschine „Landshut“ endgültig auf die Seite des Westens gestellt und die Stürmung der Maschine durch die deutsche GSG 9 in ihrer Hauptstadt erlaubt hatte; dass bei den Vereinten Nationen zwei sowjetische Angestellte - nachdem sie als Spione enttarnt worden waren - entgegen den normalen Gepflogenheiten nicht abgeschoben, sondern angesichts ihrer nicht gegebenen diplomatischen Immunität verhaftet worden waren; sowie dass der amerikanische Sicherheitsberater Brzezinski nach Peking reiste und in einem Fernsehauftritt auf die „parallelen Interessen“ der Vereinigten Staaten und Chinas verwies und mit diesem Schritt eine Normalisierung der amerikanisch-chinesischen Beziehungen angestrebt hatte, obwohl die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und dem Reich der Mitte durch den Freundschaftsvertrag Moskaus mit dem Kambodscha feindlich gesonnenen Vietnam und den hierauf abgegebenen chinesischen Hilfszusagen an Kambodscha sehr gespannt waren. In den USA war man dagegen verärgert worden, als die UdSSR parallel zur KSZE-Konferenz Vorbereitungen für die Prozesse gegen die Dissidenten unternahm und diese nach deren Beendigung tatsächlich verurteilen ließ, denn hierdurch war die öffentliche Meinung in Amerika aufgeheizt worden, was die Zusammenarbeit der Regierung Carter mit dem Kongress zusätzlich erschwerte; als die Sowjets den Erfolg der Friedensverhandlungen im Nahen-Osten durch die Initiierung einer arabischen Widerstandsfront vereiteln wollten; als sie Äthiopien nach dem Angriff des amerikanischen Verbündeten Somalia mit Kriegsmaterial im Wert von 1 Milliarde Dollar unterstützten, während das State Departement dem amerikanischen Präsidenten einen solchen Schritt mit der Begründung untersagte, man wolle wegen eines lokalen Konfliktes nicht die Entspannung auf Spiel setzen; als die Sowjets ihre sowie die kubanischen Truppen nicht aus dieser afrikanischen Region abziehen wollten; als die „katangesischen Gendarmen“, die nach Ansicht der CIA von Kubanern ausgebildet und ausgerüstet worden waren, in der afrikanischen Shaba-Provinz unter den weißen Angestellten der dortigen Kupferminen ein Blutbad anrichteten; und schließlich als der amerikanische Geschäftsmann F. Jay Crawford in der Sowjetunion beim Halt an einer Ampel aus seinem Auto gezerrt und sofort ins Gefängnis gebracht wurde und kurz danach auch zwei Korrespondenten zweier amerikanischer Tageszeitungen von der Moskauer Staatsanwaltschaft eine Aufforderung erhielten, sich für ein Verfahren wegen Verleumdung der Sowjetunion zur Verfügung zu halten. Um die SALT-Verhandlungen nicht zu gefährden, hatte Carter auf das sowjetische Vorgehen nur bedingt heftig reagiert und hierdurch in der amerikanischen Öffentlichkeit weiter an Popularität verloren, doch als es ihm nach Verhandlungen mit Israel und Ägypten in Camp David am 17. September 1978 gelungen war, die beiden kontrahierenden Staaten zu einer grundsätzlichen Übereinkunft über die Modalitäten eines Friedensvertrages zu bringen, war die Nation zum ersten Mal wieder begeistert von ihrem Präsidenten. Zwar konnte Carter nun darüber hinaus während des auf Wunsch von Breschnew von Amerika nach Wien verlegten Gipfeltreffens vom 15. – 18. Juni 1979 auch das SALT II-Abkommen zum Abschluss bringen, aber eine Ratifizierung durch den amerikanischen Kongress kam wäh-

rend seiner Amtszeit nicht mehr zustande, so dass dieses Abkommen zunächst als gescheitert gelten musste, doch die Sowjetunion nahm bereits im Sommer 1980 über den deutschen Bundeskanzler und seinen Außenminister wieder Beziehungen zu den USA auf und erklärte, dass sie zu Verhandlungen über Raketenrüstungen in Europa bereit sei, so dass im Oktober 1980 bereits Gespräche über Intermediate Nuclear Forces (INF) in Genf zustande kamen. Weder die erfolgreichen Nahost-Verhandlungen noch der Abschluss des SALT II-Abkommens verschafften Carter allerdings eine dauerhafte öffentliche Beliebtheit, vielmehr hatten die amerikanischen Bürger immer mehr den Eindruck ihr Land sei international zu einem Schwächling geworden, insbesondere als die cartersche Administration hilflos den im Herbst 1978 stattfindenden Ausschreitungen gegen den Schah im Iran, dessen Flucht Anfang 1979 sowie der Stürmung der amerikanischen Botschaft in Teheran im Oktober 1979 durch „Studenten“ und der gleichzeitig erfolgten Geiselnahme sowie brutalen Behandlung von Botschaftsangehörigen zusah. Ausgelöst worden war die Geiselkrise am 22. Oktober 1979, als der gestürzte Schah nach erteilter Genehmigung vom amerikanischen Außenministerium in die USA einreiste, um ein Krebsleiden behandeln zu lassen. Die iranischen Botschaftsbesetzer hofften, die Auslieferung des einstigen Herrschers mit ihrem Vorgehen erzwingen zu können, doch Carter reagierte mit einem Importverbot für iranisches Erdöl sowie dem Einfrieren sämtlicher iranischer Guthaben in den Vereinigten Staaten und blieb zunächst untätig. Erst im April 1980 wurde eine schlecht geplante, ungeschickt vorbereitete und von Unglücksfällen verfolgte militärische Rettungsaktion durchgeführt, die allerdings scheiterte und im amerikanischen Volk die Überzeugung von der Unfähigkeit des Präsidenten sowie das Bewusstsein der Erniedrigung Amerikas vor der übrigen Welt bestärkte.<sup>170</sup> Hinzu kam, dass Vietnam mit aktiver Unterstützung der Sowjetunion die Zustellung westlicher Hilfsgüter an das verhungernde Volk verhinderte und damit ein besonders brutales Beispiel für die Missachtung elementarer Menschenrechte lieferte; sowie dass sowjetische Truppen unter dem Vorwand, Präsident Amin habe sie um militärische Hilfe gebeten, Afghanistan besetzten, worauf Carter mit einem totalen Getreideembargo, einer weitgehenden Einstellung des Verkaufs von hochentwickelter Technologie sowie zum Unmut von Bundeskanzler Schmidt, der seit Ende 1975 mit immer stärkeren Verstößen der DDR gegen internationale Abkommen, wie der Schließung des Spiegel-Büros in Ost-Berlin, Ausweisung des ARD-Korrespondenten Loewe, Einreiseverbot für den Oppositionsführer Kohl zu kämpfen hatte, mit dem Boykott der Olympischen Spiele in Moskau reagierte. Über die Gründe für den Einmarsch in Afghanistan ist immer spekuliert worden: Es wurde vermutet, dass man eine weitere Niederlage eines kommunistischen Regimes wie in Chile verhindern, dass man die immer wichtiger werdende sowjetische Stellung am Persischen Golf verbessern, dass man bessere Eingriffsmöglichkeiten im Falle eines Auseinanderbrechens des Iran sowie neuer pakistanisch-indischer Auseinandersetzungen erreichen, dass man das Übergreifen islamischer Unruhen auf die islamischen Republiken im Süden der Sowjetunion verhindern wollte sowie dass man keinen Nutzen mehr in der Entspannungspolitik mit den Vereinigten Staaten sah. Die außenpolitischen Niederlagen des amerikanischen Präsidenten und der damit verbundene Kreditverlust der Demokratischen Partei wurden begleitet von einer deutlichen Aktivierung konservativer Strömungen außerhalb des bestehenden Parteiensystems, die sich in der «Neuen Rechten» bzw. «New Right» manifestierte, deren Wurzeln in der «middle American revolt» der 60iger Jahre lagen. Die Exzesse in dieser Zeit wurden von zahlreichen Amerikanern als Angriff auf die traditionellen «amerikanischen Werte», nämlich Familie, Kirche, patriotische Gesinnung und sexuelle Moralität empfunden und wurden in den 70iger Jahren durch den weitverbreiteten Ärger über «liberale» Maßnahmen wie dem Transport weißer Schulkinder

---

<sup>170</sup> vgl. zu diesen Ereignissen um die iranische Geiselkrise von Oktober 1979: Guggisberg, Hans R.: Geschichte der USA, vierte, erweiterte und aktualisierte Auflage, Stuttgart: 2002, S. 305

in integrierte Schulen, der Sanktion der Abtreibung durch den Obersten Gerichtshof, der Abschaffung des Schulgebets, dem Feminismus, v.a. aber durch die neue Permissivität in bezug auf Pornographie und sexueller Freiheit intensiviert. Ihre erfolgreiche Propaganda erreichte diese Bewegung einerseits durch das sogenannte «direct mail»- System, das Privatbürgern in Briefen und attraktiv gestalteten Broschüren die Illusion vermittelte, er werde auf die ihn beschäftigenden Zeitprobleme persönlich angesprochen, ernstgenommen und zur Mithilfe an ihrer Lösung veranlasst sowie andererseits durch sehr erfolgreiche fundamentalistische, religiöse Fernsehprediger, die den evangelikanischen Aufbruch zum ersten Mal mit dem politischen Konservatismus verbanden.<sup>171</sup> Der amerikaweite Erfolg der «New Right», der durch eine Reihe politologischer und ökonomischer Forschungsinstitutionen sowie zahlreiche publizistisch tätige konservative Intellektuelle erhöht wurde, v.a. aber die außenpolitischen Niederlagen führten am 4. November 1980 dazu, dass Jimmy Carter, der nur mit großer Mühe die Nomination für die Präsidentschaftswahlen von 1980 hatte erringen können,<sup>172</sup> sein Amt an den Republikaner Ronald Reagan verlor, denn die Öffentlichkeit wollte dem amtierenden Präsidenten die für sie so wichtige Wiedergewinnung nationaler Stärke nicht mehr zutrauen. Erfolgreicher war einen Monat zuvor sein deutscher Amtskollege, der mit einem leichten Zuwachs von 42,6 % auf 42,9% und einer deutlich gestärkten FDP, die von 7,9% auf 10,6% zulegte, seine Arbeit fortsetzen konnte, doch knapp zwei Jahre später musste auch Schmidt nach einem konstruktiven Misstrauensvotum sein Amt an den Oppositionsführer Helmut Kohl abgeben: Innerhalb seiner Partei war der Linke Flügel erstarkt, der weiter auf Entspannung setzte und die Außen- und Sicherheitspolitik seines Kanzlers ablehnte. Er strebte nicht nur einen Ausstieg aus dem NATO-Doppelbeschluss an, sondern wollte zusammen mit dem nach Moskau gereisten Brandt auch den von den Sowjets vorgeschlagenen gegenseitigen Verzicht Amerikas und der UdSSR auf die Stationierung von Mittelstreckenwaffen unterstützen, was der von der Waffen-Überlegenheit der Sowjetunion überzeugte Schmidt ebenso wie sein Außenminister Genscher ablehnten. Hinzu kam, dass in den Führungsgremien der SPD, aber auch die Parteibasis immer mehr mit der „Friedensbewegung“ sympathisierte oder sich ihr gar anschloss, was einem allgemeinen Trend in der bundesdeutschen Bevölkerung entsprach, denn am 10. Oktober 1981 war es der Friedensbewegung gelungen, 300 000 Menschen für eine Protestkundgebung gegen die beabsichtigte Stationierung von Mittelstreckenraketen im Bonner Hofgarten zu versammeln. Schmidt war angesichts dieser Situation in der eigenen Partei an dem Erfolg der internationalen Rüstungskontrollverhandlungen interessiert, doch obwohl es ihm gelang, Präsident Reagan für die für ihn innenpolitisch günstige Null-Option zu gewinnen, wollte sich die Sowjetunion nicht auf dieses Angebot einlassen und im Gegenzug für den völligen Verzicht auf die Stationierung von Pershing II und Marschflugkörpern die eigenen Raketen vom Typ SS-20, SS-4 und SS-5 völlig abbauen. Ihr Unterhändler Kwizinski handelte mit seinem amerikanischen Kollegen Nitze im Juli 1982 in Genf einen Kompromiss aus, der letztlich allerdings sowohl in Moskau als auch in Washington keine Zustimmung fand. Mit diesem Kompromiss hätte die deutsche Bundesregierung zwar leben können, doch er war nicht so öffentlichkeitswirksam wie die Null-Option und zudem war sie mit Bedacht von der amerikanischen Regierung nicht über die Kompromisslösung informiert worden, denn in Washington rangierte der deutsche Bundeskanzler am untersten Ende der Liste. Die hohe Arbeitslosigkeit von 10,4 % (2,5 Millionen Arbeitslose) hatte zudem die Stimmung im Land kippen lassen, wie die nach Stellung der Vertrauensfrage durch Kohl von Bundespräsident Carstens durch Auflösung des Bun-

---

<sup>171</sup> Guggisberg, Hans R.: Geschichte der USA, vierte, erweiterte und aktualisierte Auflage, Stuttgart: 2002, S. 307-310

<sup>172</sup> zu den Problemen Carters bzgl. seiner Wiedernominierung vgl.: Guggisberg, Hans R.: Geschichte der USA, vierte, erweiterte und aktualisierte Auflage, Stuttgart: 2002, S. 305



destages bewirkten Neuwahlen vom 6. März 1983 zeigten, die der CDU/CSU das zweitbeste Ergebnis in ihrer bisherigen Geschichte bescherte und ihr fast die absolute Mehrheit eingebracht hätte: Die SPD mit ihrem Spitzenkandidat Vogel verlor 4% und konnte nur noch 38,2 % der Wählerstimmen erringen, die CDU legte 4% zu und lag nun mit der SPD gleich auf, erreichte allerdings zusammen mit der CSU 48,8%, die 10,6% der Stimmen erringen konnte, die von nun an mit der CDU koalierende FDP verlor 3,6%, musste sich mit 7% begnügen und hatte nun mit einer neuen dritten Kraft zu kämpfen, nämlich der seit ihrer Bundesdelegiertenkonferenz am 14. November 1982 als Bundespartei auftretenden Umweltpartei der Grünen, die mit 5,6% den Einzug in den Bundestag ebenfalls geschafft hatten und nun versuchten, ihre Ziele zu verwirklichen: Verhinderung von Großprojekten wie der Frankfurter Startbahn West und Rhein-Main-Donau-Kanal, Verhinderung der allgemeinen Gewässer- und Bodenvergiftung und der NATO-Nachrüstung, Befürwortung von Natur- und Umweltschutz, Infragestellung des stetigen Wirtschaftswachstums und die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen, Ablehnung von Atomenergie und Militärblöcken.<sup>173</sup> Für den neuen Bundeskanzler Helmut Kohl ergaben sich bezüglich der Ostpolitik Neuerungen, denn der bisherige sowjetische Staats- und Parteichef Breschnew war am 10.11.1982 gestorben und sein neuer Verhandlungspartner seit dem 12.11.1982 war Jurij Andropow.<sup>174</sup>

## **b. Die Vergleichsliteratur in der Phase der Entspannung**

### **aa. Mayer, J.P.: Alexis de Tocqueville - Analytiker des Massenzeitalters, 1972**

In J.P. Mayers Biographie über Alexis de Tocqueville - die sich sehr stark mit den Werken sowie dem anderen schriftlichen Nachlass dieses französischen Denkers beschäftigt - finden sich auch einige Stellen, die sich - allerdings nur sehr knapp - mit den Unterschieden zu bestimmten Werken von Marx befassen.

Das erste Mal, dass Marx in diesem Werk Erwähnung findet, ist im VII. Kapitel über die Philosophie der Politik und zwar am Ende der Ausführungen zu diesem Teil. Ausgangspunkt von J.P. Mayers Erörterungen hier ist jedoch zunächst Tocquevilles ehrgeiziger Wille, seinem Land als politischer Mensch zu dienen, was deutlich zeige, dass auch dieser einen Machttrieb besessen habe, allerdings gebändigt „durch ein tiefes Bewußtsein vom letzten Sinn menschlichen Gemeinschaftslebens“<sup>175</sup>, denn für ihn habe es in dieser Welt einen Gott, ein Gewissen und einen Sinn gegeben, alles was Machiavelli als Prinzip abgelehnt habe und weswegen er auch kein Schüler des Letzteren sei. Für Tocqueville habe die Politik damit nicht lediglich eine bloße Regulierungs- und Ordnungsfunktion, sondern sie müsse alle menschlichen Eigenschaften, wie Gefühle, Triebe, Leidenschaften und Einstellungen in die von ihr gebildeten Institutionen miteinbeziehen. Betreibe man die Politik als Wissenschaft, so bestehe ihre Aufgabe eben darin, diese in der Praxis gebildeten kompli-

---

<sup>173</sup> Schweigler, Gebhard: Von Kissinger zu Carter. Entspannung im Widerstreit von Innen- und Außenpolitik. 1969-1981, München, Wien: 1982, S. 409-410; 417-424; 436; 438; 441; 448; 453-459; 461; 478; Jäger, Wolfgang; Link, Werner: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Band 5: Republik im Wandel. 1974 - 1982. Die Ära Schmidt, Stuttgart, Mannheim: 1987, S. 327; 336-337; 339-340; 429; Lehmann, Hans-Georg: Deutschland-Chronik. 1945 bis 2000, überarbeitete und aktualisierte Auflage, Bonn: 2000, S. 223; 226; 309; 252

<sup>174</sup> vgl.: Lehmann, Hans-Georg: Deutschland-Chronik. 1945 bis 2000, überarbeitete und aktualisierte Auflage, Bonn: 2000, S. 326-327

<sup>175</sup> Mayer, J.P.: Alexis de Tocqueville - Analytiker des Massenzeitalters, München 1972, 3. Auflage, S. 97

zierten Verflechtungen durch Analysen wieder zu trennen und so die Grundelemente der Politik wieder hervortreten zu lassen.<sup>176</sup> Mayer versucht nun im folgenden seine Interpretation von Tocquevilles Sicht der Politik durch eine Rede, die dieser am 3. April 1852 bei der öffentlichen Jahresversammlung der „Académie des Sciences Morales et Politiques“ gehalten hat, zu belegen. Hier gehe Tocqueville davon aus, dass die Politik aus zwei unterschiedlichen Teilen bestehe, von denen der eine konstant sei, weil er sich auf das Wesen des Menschen gründe, auf seine Interessen, Fähigkeiten und Instinkte, die zwar mit der Zeit variierten, sich jedoch in ihrem eigentlichen Wesen nicht veränderten, der andere aber elastisch sei, weil er sich auf die praktische Politik beziehe, gegen die alltäglichen Schwierigkeiten kämpfe, sich je nach den Ereignissen verändere, die vorübergehenden Tageswünsche befriedige und durch die kurzlebigen Leidenschaften der Zeitgenossen unterstützt werde. Beide Bereiche - die Wissenschaft und die praktische Politik - seien für die Kunst des Regierens wichtig, auch wenn Theorie und Praxis oft nicht miteinander harmonisieren würden, so dass ein guter Theoretiker im politischen Alltag nicht unbedingt Erfolg erringen müsse.<sup>177</sup>

Mayer verweilt im Folgenden noch etwas bei der Akademierede von Tocqueville, die sich mit dem Arbeitsgebiet der Politik und zwar in ihrer Ausprägung als Wissenschaft befasse. Bei einer generellen Betrachtungsweise scheine das Feld ihrer Beschäftigung alles von der Philosophie bis zum Bürgerlichen Recht zu umfassen, doch wenn man sich etwas genauer mit der Sache beschäftige, so erkenne man, dass eine Bewegung vom Generellen zum Besonderen stattfinde, d.h. die Staatswissenschaft liefere bei allen zivilisierten Völkern die allgemeinen Ideen, aus denen sich wiederum Ereignisse entwickelten, innerhalb derer sich Politiker bewegten, sowie Gesetze, von denen Letztere annehmen würden, dass sie sie selbst geschaffen hätten.<sup>178</sup> Für Mayer war Tocqueville der erste Denker, der die Prinzipien des Massendemokratischen Zeitalters formulierte, ohne dass er jedoch in seiner Zeit oder heute den Einfluss von Aristoteles, Cicero oder etwa Thomas von Aquin erreicht habe, denn v.a. unsere jetzige Zeit wolle sich ihre Errungenschaften durch diese offene Analyse des französischen Denkers nicht schmälern lassen. Dass Tocqueville diese geringe Resonanz auf seine formulierten Bedenken und Ahnungen in Form einer tiefen Einsamkeit gespürt habe, zeige sich anhand einer Briefstelle, in der er nicht nur die Freiheit als das für ihn wichtigste zu erstrebende Ziel einer menschlichen Gesellschaft bezeichnet habe, während sich seine Zeitgenossen einzig um ihr Wohllieben bemüht und sich aus diesem Grund mit dem Regime arrangiert hätten, sondern auch erkenne, dass seine Schriften, die diese Botschaft vermitteln wollen würden, kaum einen Einfluss ausübten oder jemals ausüben würden.<sup>179</sup>

Tocquevilles politisches Philosophieren nehme seinen Ausgangspunkt - so Mayer - bei der Frage nach dem Wesen des Menschen, während er am Spiel mit konstruktiven, aber leeren Abstraktionen keinen Gefallen finde, in denen alle Ereignisse der Geschichte von großen ersten Ursachen abhängig seien, „die durch eine Kette des Schicksals miteinander verbunden sind und die sozusagen die geschichtliche Wirkung des Menschengeschlechts unterdrücken [...]“<sup>180</sup>. Er habe daher keine leidenschaftliche Neigung zum Philosophieren, denn

---

<sup>176</sup> vgl. zu dem Gesagten: Mayer, J.P.: Alexis de Tocqueville - Analytiker des Massenzeitalters, München 1972, 3. Auflage, S. 97-98

<sup>177</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Mayer, J.P.: Alexis de Tocqueville - Analytiker des Massenzeitalters, München 1972, 3. Auflage, S. 98-99

<sup>178</sup> vgl. zum Gesagten: Mayer, J.P.: Alexis de Tocqueville - Analytiker des Massenzeitalters, München 1972, 3. Auflage, S. 99-101

<sup>179</sup> vgl. zum Gesagten: Mayer, J.P.: Alexis de Tocqueville - Analytiker des Massenzeitalters, München 1972, 3. Auflage, S. 101-102

<sup>180</sup> Alexis de Tocqueville, hier zitiert nach: Mayer, J.P.: Alexis de Tocqueville - Analytiker des Massenzeitalters, München 1972, 3. Auflage, S. 102

er sei aufgrund seiner Erfahrungen zu der Einsicht gelangt, dass die subtilste Metaphysik ihm keine Antwort auf die Frage nach dem Warum der Welt liefere, während der gesunde Menschenverstand klare Erkenntnisse über den Plan der den Menschen unbekanntem Schöpfung, ihren Daseinszweck und ihre geistige Einsicht, mit der sie das Elend und die Beschaffenheit ihrer Lage zwar erkennen, aber nicht verändern könnten, eröffne.<sup>181</sup>

Um das Bild der tocquevillschen Philosophie in diesem Bereich abzurunden, geht Mayer auch noch auf das Menschenbild dessen ein und setzt es mit dem des Plato gleich, der den Menschen als gottgewirkten Charakter gesehen habe, der allerdings aus guten und bösen Kräften wirke und damit ein Wesen der Mitte sei. Eine weitergehende, rassenmäßige Interpretation des menschlichen Wesens - wie es in seiner Zeit in Deutschland oder in Frankreich durch Gobineau geschehen sei - lehne Tocqueville allerdings ab. Belege für seine Aussagen findet Mayer in den Briefen an den Grafen Kergorlay vom 5. August 1836, an Eugène Stoffels vom 3. Januar 1843 sowie an einen englischen Freund Tocquevilles: An den Grafen schreibe er, dass die Menschen sowohl einen Körper als eine Seele hätten, was jede Philosophie und jede Religion beachten müsse, wenn sie im Großen auf die Menschen einwirken wolle, ob es allerdings einen Mittelweg zwischen diesen beiden Extremen gebe, auf dem sich die Menschheit bewegen könne, könne er noch nicht sagen. In seinem Brief an Stoffels habe er außerdem festgestellt, dass die Menschen weder gut noch schlecht, sondern mittelmäßig seien, was jedoch nichts daran ändere, dass der Mensch - zumal es an Engeln fehle - der würdigste Gegenstand der Forschung sei. Aus dieser Haltung heraus habe Tocqueville im dritten Brief an einen englischen Freund dann auch neuere Forschungstendenzen abgelehnt, die behaupteten, man brauche bei Menschen ebenso wie bei Pferden nur eine bestimmte Blutart durch eine andere zu ersetzen, um neue Empfindungen und Ideen entstehen zu lassen, denn dadurch werde die Idee der menschlichen Freiheit eingeschränkt, wenn nicht sogar vernichtet.<sup>182</sup>

Das wichtigste in seiner politischen Philosophie sei für Tocqueville die Freiheit und so möchte Mayer diese näher definieren und stützt sich hierbei ausschließlich auf entsprechende Stellen aus dem Werk des französischen Denkers ohne diese weiter mit eigenen Worten auszuformulieren. Dabei werde die Freiheit von Tocqueville in der Weise definiert, dass er zunächst Zustände beschreibe, in denen die Menschen glaubten, die Freiheit zu erstreben bzw. bereits zu haben. In einem weiteren Schritt zeige er dann aber auf, weshalb in diesen Fällen nicht von Freiheit im eigentlichen Sinn gesprochen werden könne und gebe damit also keine positive, sondern vielmehr eine negative Definition der Freiheit. Tocqueville habe es nicht als ein Streben nach Freiheit angesehen, wenn Menschen unter einer despotischen Herrschaft nach der Selbstregierung verlangten, denn sie hassten nur den Gebieter und nach dessen Abgang weiche dieses Verlangen nach Unabhängigkeit sehr schnell wieder. Ebenso stehe es, wenn die Freiheit nur aufgrund des mit ihr verbundenen Wohlstands und Reichtum erstrebt werde, weil sie ab dem Zeitpunkt keinerlei Interesse mehr bekomme, sobald sie den Genuss materieller Güter störe. Ein wirklich freier Zustand könne daher nur entstehen und bestehen bleiben, wenn die Freiheit um ihrer selbst willen erstrebt werde, ohne Rücksicht auf den Zustand im Staat oder auf das mit ihr eventuell verbundene Wohlergehen. Ansonsten komme es wie im Amerikabuch bereits beschrieben leicht zu einer Plutokratie, in der die Arbeiter ausgebeutet werden, was wiederum einen Despotismus von unten bewirken könne.<sup>183</sup>

---

<sup>181</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Mayer, J.P.: Alexis de Tocqueville - Analytiker des Massenzeitalters, München 1972, 3. Auflage, S.102-104

<sup>182</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Mayer, J.P.: Alexis de Tocqueville - Analytiker des Massenzeitalters, München 1972, 3. Auflage, S.104-105

<sup>183</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Mayer, J.P.: Alexis de Tocqueville - Analytiker des Massenzeitalters, München 1972, 3. Auflage, S.106-108

Letztlich stelle sich Tocqueville jedoch auch die Frage nach der Zukunft der modernen Gesellschaften, ob die Gesetze über ihren Aufbau je ganz zerstört und neue an ihre Stelle treten würden. Er habe dies für unwahrscheinlich gehalten und vielmehr geglaubt, „daß im Felde sozialer Verfassungsfragen der Bereich des Möglichen viel größer ist als alle Menschen, [...], es sich vorzustellen vermögen.“<sup>184</sup>

Angesichts dieses Denkens zeigt sich für Mayer, dass Tocqueville nicht in einer abstrakten Utopie seine Gedanken arbeiten lasse, sondern mit Hilfe der gesellschaftlich-geschichtlichen Wirklichkeit die durchgehenden Strukturen des abendländischen, ab dem Mittelalter sich herauskristallisierenden Geschichtsprozess herausarbeite, die ihm den Untergang des Adels durch die demokratischen Massen aufzeige.<sup>185</sup> Die Sicht dieses französischen Denkers sei somit in die Totalität des politischen Seins verankert gewesen, d.h. in Gesetze, Institutionen ebenso wie in Gefühle, Leidenschaften, Ideen, Gewohnheiten und Glaubenserhaltungen, die völlig ineinander verflochten gewesen seien, ganz anders als bei Marx, dem diese allseitige Durchdringung der politischen Gestaltungsformen bereits wegen seines isoliert ökonomischen Standpunktes gefehlt habe.<sup>186</sup>

Eine weitere Stelle, in der von J.P. Mayer eine Beziehung zwischen Tocqueville und Marx hergestellt wird, befindet sich im IX. Kapitel, das mit Vermächtnis überschrieben ist und in dem er die Wirkung Tocquevilles in Deutschland, England und Frankreich kurz umreißt. Hier hält er auch fest, dass Cf. Sorel in seinem Werk *Illusion du Progrès* u.a. nachweise, dass Proudhons in den *Contradictions économiques* von Tocqueville den providentiellen Charakter des Gleichheitsprinzips übernommen habe, einen Punkt den Marx in seinem Replik *«Elend der Philosophie»* angreife - womit er sich auch gegen Tocqueville stelle - und klar festlege, dass die Tendenz zur Gleichheit seinem Jahrhundert angehöre und wenn man behaupte, die früheren Jahrhunderte hätten an ihrer Verwirklichung gearbeitet, so würde man die Mittel und Menschen seiner Zeit den Menschen und Mitteln früherer Zeit unterschieben. Mayer stimmt dieser Kritik von Marx zwar grundsätzlich zu, weist aber darauf hin, dass Tocqueville über ein reicheres und fundierteres historisches Wissen verfüge und daher um die bereits im späten Mittelalter einsetzende egalitäre Tendenz gewusst habe. Im Gegensatz zu Marx sei er sich darüber hinaus auch über die christlich-abendländischen Wurzeln seiner Gesellschaftsphilosophie im Klaren gewesen und daher zu einem „providentiellen“ Prinzip der Gleichheit gekommen, während Marx eine sozialistische Gesellschaft der Freien und Gleichen beschrieben habe, ohne zu erkennen, dass er auf demselben Fundament aufgebaut habe.<sup>187</sup> Sorel identifiziere sich in diesem Zusammenhang mit Marx und werfe Tocqueville vor, dass Amerika nicht wie damals, als es ein Agrarland gewesen sei, sich besonders durch die Gleichheit seiner Bedingungen ausgezeichnet habe, sondern heute als Industrienation durch die Spekulationen erhebliche Ungleichheiten aufweise - einen Einwand den Mayer mit dem Hinweis zurückweist, Tocqueville habe diese Ungleichheiten gesehen und daher die Auffassung vertreten, die Arbeit würde so zur radikalsten Anwendung des egalitären Prinzips herausgefordert.<sup>188</sup>

In dem selben Kapitel wird auch erwähnt, dass Tocqueville in seiner Staatsphilosophie die heraufsteigenden Massen - ebenso wie etwa Max Weber - als Schicksal der kommenden

---

<sup>184</sup> Tocqueville, hier zitiert nach: Mayer, J.P.: Alexis de Tocqueville - Analytiker des Massenzeitalters, München 1972, 3. Auflage, S. 109

<sup>185</sup> vgl. Mayer, J.P.: Alexis de Tocqueville - Analytiker des Massenzeitalters, München 1972, 3. Auflage, S. 106

<sup>186</sup> vgl. zum Gesagten: Mayer, J.P.: Alexis de Tocqueville - Analytiker des Massenzeitalters, München 1972, 3. Auflage, S. 109

<sup>187</sup> Mayer, J.P.: Alexis de Tocqueville: Analytiker des Massenzeitalters, München 1972, 3. Auflage, S. 119-120; Hervorhebung durch Verfasserin

<sup>188</sup> vgl. zu den gesamten Ausführungen dieses Absatzes: Mayer, J.P.: Alexis de Tocqueville - Analytiker des Massenzeitalters, München 1972, 3. Auflage, S. 119-121

Gesellschaften angesehen habe, in der die menschliche Freiheit bedroht sei.<sup>189</sup> In Webers Werk - führt Mayer weiter aus - werde ausdrücklich formuliert, dass das Gehäuse der Hörigkeit fertig sei, welches die Massen bezögen, wenn sie aufgrund der Verlangsamung des technisch-ökonomischen Fortschritts und dem Sieg der Rente über den Gewinn, ebenso wie der Erschöpfung des noch freien Bodens und der noch freien Märkte gefügig gemacht worden seien. Durch die zunehmende Kompliziertheit der Wirtschaft, die partielle Verstaatlichung sowie die territoriale Vergrößerung des Volkskörpers entstehe in der Verwaltung stets neues Schreibwerk, arbeitsteilige Spezialisierung und Berufsschulung und letztlich eine Kaste. Solange dieser Zustand der Hörigkeit allerdings noch nicht erreicht sei, könne das durch die ökonomische und geistige Revolution, durch die „Anarchie“ der Produktion sowie durch den Subjektivismus auf sich gestellte Individuum noch „unveräußerliche“ Persönlichkeits- und Freiheitssphären gewinnen. Damit hat Max Weber für Mayer eine geniale Wiederholung von Tocquevilles Fragestellung gegeben, allerdings „durch eine universalere, bis zu den östlichen Kulturen vorgetriebene Problematik und die illusionslose Sicht eines endgültig irreligiös gewordenen Zeitalters unterscheidend.“<sup>190</sup>

Trotz dieser Erkenntnis seien beide Theoretiker nicht dazu bereit gewesen, die Eigentumsordnung der bürgerlichen Welt in Frage zu stellen und damit stehe Weber Tocqueville näher als Karl Marx, aber dennoch wäre seine (Mayers) bis dahin vorgenommene Interpretation nicht dahingehend zu verstehen, dass er die notwendige Korrektur von ihren Lehren in einer dogmatischen und alternativen Übernahme von Marx Gedankengang sehe, denn dieser habe zwar die ökonomische Kritik der bürgerlichen Gesellschaft eingeführt, aber kein Verständnis für die institutionellen und staatsorganisatorischen Probleme eines modernen Massenstaates bewiesen. Er habe das allmähliche Absterben des Staates prognostiziert, obwohl die Geschichte eine gewaltige Stärkung der Exekutive schließlich mitsichgebracht habe. Darüber hinaus gebe es auch in sozialistischen Gesellschaften immer noch Herrschende und Beherrschte, so dass man sich fragen müsse, ob die Führer nicht ihre Macht wieder abgeben müssten, wenn die Geführten dies verlangten oder würden sie dann einfach behaupten, dass sie ihre Macht nur im Interesse der Beherrschten ausübten. Tocqueville selbst sei diesem Führungsproblem ebenfalls ausgewichen auch wenn er erkannt habe, welche große Bedeutung im Unterschied zwischen Delegation und Repräsentation für zukünftige Regierungen bestand.<sup>191</sup>

Betrachtet man die Ausführungen von J. P. Mayer nach ihren Erkenntnissen bezüglich des Vergleichs zwischen Karl Marx und Alexis de Tocqueville, so kommen sie im Wesentlichen zu dem Ergebnis, dass für den französischen Denker die Frage nach dem Wesen des Menschen Hauptgegenstand seiner Untersuchungen gewesen ist, für dessen Erkenntnis er die gesellschaftlich-geschichtliche Wirklichkeit heranzieht und sie ausschließlich mit dem klaren Menschenverstand analysiert, ohne Berücksichtigung irgendeiner Metaphysik, während der deutsche Denker von einem auf den ökonomischen Standpunkt beschränkten Blickwinkel ausgegangen sei und daher die Totalität des politischen Denkens, also die Institutionen, Gesetze, aber auch Gefühle, Leidenschaften, Ideen, Gewohnheiten und Glaubenshaltungen in ihrer Gesamtheit nicht erfassen können. Auch bleibe dem Deutschen das Verständnis von Tocquevilles providentiellen Gleichheitsprinzipien verwehrt,

---

<sup>189</sup> vgl. zum bisher Gesagten: Mayer, J.P.: Alexis de Tocqueville - Analytiker des Massenzeitalters, München 1972, 3. Auflage, S. 127-128

<sup>190</sup> Mayer, J.P.: Alexis de Tocqueville - Analytiker des Massenzeitalters, München 1972, 3. Auflage, S. 127; [zum Rest vgl. ebenfalls: Mayer: Alexis de Tocqueville - Analytiker des Massenzeitalters, München 1972, 3. Auflage, S. 127

<sup>191</sup> vgl. zu den restlichen Ausführungen: Mayer, J.P.: Alexis de Tocqueville - Analytiker des Massenzeitalters, München 1972, 3. Auflage, S. 128-129

weil er - so Mayer - kein so reiches und fundiertes Geschichtswissen besitze und sich über die christlich-abendländischen Wurzeln seiner Philosophie im Gegensatz zu seinem französischen Kollegen nicht bewusst sei. Schließlich sehe Tocqueville wie Max Weber das Schicksal der nachfolgenden Gesellschaften in den heraufkommenden Massen und beide lehnten es ab, die bürgerliche Eigentumsordnung in Frage zu stellen, was aber Marx' Theorie nicht zur notwendigen Korrektur der beiden anderen Wissenschaftler mache, denn er habe die institutionellen und staatsorganisatorischen Probleme des modernen Massenstaates nicht erkannt und - wie auch Tocqueville - das Führungsproblem umgangen. Der wesentliche Unterschied zwischen den beiden Theoretikern liegt also nach dem hier Dargelegten darin, dass allein Tocqueville in seiner Genialität die menschliche Gesellschaft in ihrer gesellschaftlichen sowie geschichtlichen Totalität erfasst und ihre Grundtendenzen richtig gedeutet hat, während Marx auf einem ökonomischen und damit sehr einseitigen Blickwinkel verhaftet blieb, der den Realitäten nicht gerecht wurde. Mayer hat mit seinen Aussagen keinerlei Vergleichbarkeit der beiden Männer mehr herausgearbeitet. Es kam ihm also nicht mehr darauf an, die Gleichwertigkeit Tocquevilles mit Marx aufzuzeigen, vielmehr wollte er ihn von diesem absetzen und ihn in seiner wissenschaftlichen Qualität über diesen stellen. Dieses deutliche Absetzen Tocquevilles von Marx findet seinen stärksten Ausdruck darin, dass Mayer dem französischen Denker einen neuen Theoretiker zur Seite stellt und die geistige Nähe der beiden betont. Hierbei handelt es sich um keinen geringeren als Max Weber, der wie der Tocqueville das Problem der Zukunftsgesellschaften in den heraufkommenden Massen sehe und auch die bürgerliche Eigentumsordnung nicht in Frage stelle.

#### **bb. Benson, Lee: Group Cohesion and Social and Ideological Conflict, 1973**

(Gruppenzusammenhalt und gesellschaftlicher und ideologischer Konflikt)

Am Beginn seiner Ausführungen hält Lee Benson zunächst einmal das Anliegen seines Aufsatzes fest, das darin besteht, der in die Krise geratenen Geschichtswissenschaft, sowie ihren Professoren einen neuen Weg aufzuzeigen und sie im Sinne Robert Mertons anzuhalten, sich auf theoretische Spezialgebiete mit lediglich mittlerer Reichweite, allerdings hier speziell der Gesellschaftsgeschichte, zu konzentrieren und keine einheitliche Theorie der gesellschaftlichen Entwicklung zu erarbeiten. Seine Arbeit selbst beschreibe nun aber nicht detailliert, wie sich dieses neue Wissenschaftsgebiet gestalte, sondern greife sich das Spezialgebiet über die Theorien des Gruppenzusammenhaltes sowie des sozialen und ideologischen Konfliktes heraus und betrachte hier die nach seiner Einschätzung auf diesem Gebiet tätigen Theoretiker Karl Marx und Alexis de Tocqueville näher, nicht ohne diese zu kritisieren und Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten. Er wende sich hierbei zunächst dem deutschen Denker zu, der einerseits geglaubt habe, die Weltgeschichte sei ein Produkt des Menschen und seiner Arbeit, so dass es möglich wäre, den Menschen durch die Formulierung einer allgemeinen Gesellschaftstheorie zu helfen und den Kapitalismus durch den kommunistischen Humanismus zu ersetzen, jedoch andererseits von einer menschlichen Natur ausgegangen sei, die mit radikal einzigartigen, allgemein vorhandenen und unveränderlichen Fähigkeiten, wie Kommunikation oder Werkzeugherstellung, sowie körperlichen Bedürfnissen ausgestattet sei, was der Formulierung der von ihm angestrebten allgemeinen Gesellschaftstheorie entgegenstand. Um dieses letztere Hindernis für seine Gesellschaftstheorie zu beseitigen, gehe Marx jedoch weiter davon aus, dass es der Menschheit, deren Evolution durch Konflikte zwischen Technologie, Institutionen sowie

der Gesellschaft gekennzeichnet gewesen sei, bei denen sich nur jeweils eine Komponente habe durchsetzen können, auf einem hohen Entwicklungsniveau aufgrund der den Individuen angeborenen Geselligkeit gelinge, den gemeinsamen Gegner Natur zu bezwingen, ihr oberstes Ziel zu erreichen und die Produktion zu steigern sowie eine konfliktfreie Gemeinschaft, in der wahres Menschsein herrsche, zu schaffen. Aufgrund dieser Charakterisierung der marxischen Theorie handelt es sich für den Verfasser nicht um eine klassenabhängige Revolutionstheorie innerhalb kapitalistischer Gemeinschaften, sondern um eine allgemeine humanistische Theorie über die geschichtliche Entwicklung sowie Aufhebung sozialer und ideologischer Konflikte, die im Gegensatz zu den meisten marxischen Theorien speziellerer Art sowie niedriger Ebene keine deterministischen Wirtschaftsbegriffe der revolutionären französischen Wirtschafts- sowie Geschichtswissenschaftler enthalte. Betrachte man aber das von Marx formulierte spezielle Konzept vom Klassenzusammenhalt sowie den gesellschaftlichen und ideologischen Konflikt, das seinen Ursprung nicht in der von ihm ebenfalls vertretenen dynamischen Systemtheorie, sondern in dem antikialektischen, mechanischen und materialistischen Element seines Denkens finde, so sei es von dem deutschen Denker und seinem Kollegen Engels in schlimmster Manier mit der vom Wirtschafts determinismus bestimmten Klassenkonfliktstheorie vermengt worden, die willkürlich und unrealistisch annehme, die ökonomischen Eigenschaften entsprächen den gesellschaftlichen. Wie eng der marxische Blickwinkel bezüglich der gesellschaftlichen Realität sei, werde etwa deutlich, wenn Marx behauptete, die wirtschaftliche Existenz bestimme die soziale und diese wiederum das menschliche Bewusstsein, das nun aufgrund dieser logischen Kette ebenfalls von der wirtschaftlichen Existenz bestimmt werde. Benson möchte dieses marxische Konzept als Theorie von der Produktionsweise bezeichnen und sich im Rahmen dieser auf den von dem deutschen formulierten Gedanken beschränken, dass jedes Jahrhundert sein eigenes Prinzip habe. Aus genauen Untersuchungen der sich aus den jeweils bestehenden und bereits vergangenen Bedürfnissen, Produktionskräften, Produktionsweisen sowie Produktionsmaterialien ergebenden sozialen Beziehungen der Menschen ergebe sich so etwa für das 18. Jahrhundert das Prinzip des Individualismus und für das 11. Jahrhundert dasjenige der Autorität. Verlasse man allerdings den vom Wirtschafts determinismus geprägten marxischen Blickwinkel und betrachte die amerikanische Gesellschaft wie sie sich Mitte des 19. Jahrhunderts dargeboten habe, so sei zwar zu erkennen, dass den widerstreitenden gesellschaftlichen Beziehungen hauptsächlich der durch die verschiedenen europäischen Produktionsweisen verursachte Entfremdungseffekt zugrundegelegen habe, aber es werde auch deutlich, dass die konkrete Ursache in den heterogenen ethnokulturellen und religiösen Eigenschaften der Gesellschaft zu suchen gewesen sei, was den Schluss nachsichziehe, dass die Theorie von der Produktionsweise wegen ihrer Verfilzung und Gleichsetzung mit der gesellschaftlichen Klassentheorie keine geschichtlich sowie zeitgenössisch-zwischengesellschaftlichen Beziehungsvariablen in sich aufgenommen habe und aus diesem Grund unterentwickelt geblieben sei. Zwar ließe sich die marxische Theorie in der Weise verallgemeinern, dass man dem allein in ihr vorhandenen Konfliktmerkmal noch dasjenige des Zusammenhalts hinzufüge, wodurch sich ein dreistufiges Modell ergäbe, ausgehend von einer Gesellschaft mit privaten Produktionsmitteln, die zumindest wichtige gesellschaftliche und ideologische Konflikte besitze, über ein Netzwerk von in bedeutsam zueinander in Beziehung stehenden Gesellschaften auf hohem Niveau, die gewaltsame und nichtgewaltsame Konflikte dieser Art kennen würden, hin zu einer auf hohem technischem und wissenschaftlichem Niveau stehenden Gesellschaft mit vergemeinschafteten Produktionsmitteln, die keinerlei Konflikte beherberge, doch Benson möchte sich nicht auf diese minimale Generalisierung beschränken, sondern dieses theoretische Konzept dem Vorbild Robert Mertons folgend noch weiter ausdehnen und die menschliche Orientierung nicht nur negativ und wirtschaftlich über ihre Abgrenzung zu anderen Klassen definieren, son-

dem auch nichtwirtschaftlich und positiv über ihre Nichtzugehörigkeit zu einer Klasse bestimmen. Hierdurch entstehe ein im oberen Bereich der Theorien mittlerer Reichweite angesiedeltes Konzept, das sich v.a. für die Forschungsarbeiten als heterogen strukturierten Gesellschaften eigne. Die Unvollständigkeit des marxischen Theoriekonzepts könne allerdings noch deutlicher klargemacht werden durch die ebenfalls von wirtschaftlichem Determinismus gekennzeichnete Theorie vom Gruppenzusammenhalt sowie gesellschaftlichen und ideologischen Konflikt des französischen Aristokraten Tocqueville.

Wie bei Karl Marx beruhe auch das Konzept des Franzosen auf der Natur des Menschen, die bei ihm jedoch in jeder Gesellschaft und zu jeder Zeit dadurch charakterisiert sei, das Erfolg sowie Begabung unterschiedlich verteilt seien und alle Menschen die Gleichheit liebten, die jedoch in den verschiedenen Jahrhunderten unterschiedlich ausgeprägt gewesen sei. Hätten etwa ungleiche Gesellschaftsverhältnisse geherrscht, so wären die Mitglieder solcher Sozietäten gewissen Ständen zugewiesen gewesen, innerhalb derer es zwar durch Konflikte gekennzeichnete, aber für die Ordnung ungefährliche Beziehungen gegeben habe, und es hätte die Tendenz bestanden, die vorhandenen Gleichheitsbestrebungen zu unterdrücken, während in den modernen Gesellschaften zunächst einmal in rechtlicher, v.a. auch in erbrechtlicher, Hinsicht Gleichheit herrsche. Da die Menschen in solch einer modernen Gemeinschaft aufgrund ihrer rechtlichen Gleichstellung einerseits nicht mehr wüssten, wer sie seien, wer sie sein werden, wer zu den Schwachen bzw. Starken gehöre oder mit wem sie sich in Zukunft verbünden werden, es aber andererseits gleichzeitig unmöglich sei, ihre instinktive Leidenschaft für die soziale Gleichheit zu unterdrücken, würde diese Letztere zur treibenden Kraft für Gruppenzusammenschlüsse sowie soziale und ideologische Konflikte, die die Tendenz habe fanatisch zu werden und sich weit zu verbreiten, also ein hobbscher Krieg aller gegen alle zu werden. Trotz dieser legalen Gleichheit der Individuen existiere aber weiterhin eine ungleiche Verteilung des Reichtums, die zu einer gewissen wirtschaftlichen Klassenbildung in eine obere, mittlere und untere führe, wobei die Schwachen die Starken auf ihr Niveau hinunterziehen möchten und eine Situation entstehe, in der eine obere Klasse versuche, die nach Gleichheit strebende mittlere und untere Klasse abzuwehren, während die mittlere Klasse sowohl gegen diejenige über als auch unter ihr kämpfe und die untere Klasse die beiden reicheren gerne mit sich gleichsetzen würde. Diese instinktive, nicht zu befriedigende Leidenschaft für die soziale Gleichheit treibe die modernen Menschen also in einen endlosen Kampf um das Ansehen ihrer Stellung, im Rahmen dessen sie alle sozialen Unterschiede, die sich aufgrund des Wertesystems, der kulturellen Entwicklungen sowie dem Lebensstil ergäben, abzuschaffen bestrebt seien, weil sie die Gleichheit in der Knechtschaft der Ungleichheit in der Freiheit vorzögen. Scheinbar Webers Kritik an Marx teilend und religiöse Werte betonend gehe Tocqueville also davon aus, dass Gott in den christlichen Sozietäten eine nicht mehr reversible Revoltuion hin zu völliger sozialer Gleichheit vorgesehen habe und formuliere daher eine für moderne Gesellschaften im Wesentlichen darwinistische Theorie von Zusammenhalt und Konflikt. Obwohl der französische Aristokrat nicht festlege, wer zu den Starken und wer zu den Schwachen gehöre, so scheine er sich für ein calvinistisches Konzept der Auserwählten auszusprechen, in dem sich die intellektuelle und erfolgreiche Macht mit dem in erster Linie durch Sachenerwerb gekennzeichneten sowie die gesellschaftliche Stellung bestimmenden Reichtum verbinde. Angesichts einer solchen Definition von Reichtum diene dieser v.a. dazu, die gesellschaftliche Position gegenüber anderen Reichen zu erhöhen, wodurch der Statuskampf zu einem Kampf innerhalb der oberen Schicht werde, die jedoch trotzallem durch ein allgemeines, sich darüber hinwegsetzendes Interesse miteinander verbunden sei, das es jedoch mangels eines sie führenden Theoretikers, der hier für Tocqueville anders als für Marx vonnöten wäre, nicht schaffe diese Gruppe zusammenzuschließen. Aufgrund dieser Position sei der Franzose für Lee Benson der selbsternannte



Theoretiker der Konterrevolution, der die marxischen Ziele für die reiche Schicht zu erreichen suche, wobei er allerdings in seinem theoretischen Konzept die demokratische Revolution auf die göttliche Vorsehung zurückführe und damit im Vergleich zu Marx' allgemeingültiger Theorie eine geringwertigere Konzeption biete. Entwickle man zur Beurteilung und Schaffung von Zusammenhalts- und Konfliktstheorien eine Gesellschaftsgruppentypologie, die eine Interessen- und Freundschaftsgruppe, eine Quasi-Gemeinschaftsgruppe sowie eine Gemeinschaftsgruppe umfasse, so könne man feststellen, dass das in diesem Zusammenhang formulierte tocquevillesche Konzept wirtschaftlich deterministisch sei, weil sich der Franzose einer Gruppenbildung aufgrund ethnischer, religiöser, nichtwirtschaftlicher Merkmale oder Gesetze nicht vorstellen könne, sondern sie sowohl in kapitalistischen als auch nichtkapitalistischen Gesellschaften auf wirtschaftliche Faktoren zurückführe. Um den erbitterten gesellschaftlichen Statuskampf zu kanalisieren und zu kontrollieren, müssten die kapitalistischen Eliten ein von pluralistischen Eliten gesteuertes sowohl politisches wie freiwilliges Verbändesystem erschaffen. Insgesamt betrachtet, kommt Lee Benson zu dem Schluss, dass Tocqueville weder eine total atomistische hobbsche Welt, in der die Menschen nur durch einen Leviathan gerettet werden können, noch eine marxische durch wirtschaftliche Konflikte sowie soziale Klassen gekennzeichnete Welt fordere, sondern eine, in der die durch Reichtum definierten Schichten als Interessengruppe fungieren.

Sowohl diese hier dargestellte Theorie Tocquevilles als auch diejenige von Marx seien nach dem 2. Weltkrieg bzw. in den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts amerikanisiert worden, was in der Regel nichts anderes bedeuten habe, als dass undurchsichtige, stark vereinfachte Abwandlungen ihrer Zusammenhalts- sowie Konfliktstheorien gemacht worden seien. Das von dem französischen Aristokraten stammende Konzept der Statusangst bzw. des Statusverlustes sei etwa zur Erklärung von so verschiedenen wie widersprüchlichen Phänomenen wie Befürwortung bzw. Ablehnung der Sklaverei oder des Rechts- und Linksradikalismus benutzt worden, und bei Marx habe seine Formel vom Wirtschaftsinteresse als Erklärung für diese Erscheinungen gedient, es sei aber auch vorgekommen, dass beide als allgemeingültige Formeln benutzten Theorien zusammen angewendet worden seien. Obwohl empirische Vergleichsuntersuchungen bezüglich des amerikanischen Radikalismus Mitte der 50er Jahre des 20. Jahrhunderts diese Tatsache zu Tage gefördert und gezeigt hätten, dass die von Turner und Beard behaupteten andauernden und erbitterten ideologischen Konflikte bei genauerer Betrachtung nur kleinere begrenzte Auseinandersetzungen von vorübergehender Dauer gewesen seien, die nicht auf den von Karl Marx beschriebenen, wirtschaftlichen Gründen beruht hätten, so habe der Wirtschaftsdeterminismus Anfang der 60er Jahre des letzten Jahrhunderts mit den Strömungen «New Frontier» und «New Left» neuen Auftrieb erfahren, nachdem man festgestellt habe, dass der Fortschritt die Armut nicht beseitigen könne. Diese Neubelebung des Wirtschaftsdeterminismus ist nach Ansicht Lee Bensons auf das Fehlen verständlicher nichtwirtschaftlich-deterministischer Theorien zurückzuführen, die man jedoch durch eine von diesem wirtschaftlichen Determinismus befreite Kombination des marxischen und tocquevilleschen Konzeptes erreichen könne, indem man Hypothesen in der Manier von Karl Marx formuliere, die angäben, unter welchen gesellschaftlichen Parametern der Klassenkonflikt bzw. der Klassenzusammenhalt gering sei. Die erste These beruhe auf einem von Tocqueville entdeckten, für die moderne Gesellschaft äußerst wichtigen Zusammenhang und besage, dass Klassenzusammenhalt sowie -konflikt um so geringer seien, um so größer und länger der Zustand rechtlich gleicher Standesbedingungen sei. Mit der Entdeckung dieses Zusammenhangs habe der Aristokrat seinen wichtigsten Beitrag für die moderne Gesellschaftstheorie erbracht, während sein deutscher Zeitgenosse wie in allen seinen anderen Fehleinschätzungen aufgrund seiner Überreaktion auf Hegel sowie seiner Überbewertung

von Feuerbachs Inversions-Methode einem ernsthaften Irrtum unterlag, als er davon ausging, die wandelbaren rechtlichen Beziehungen einer Existenz seien irrelevant, entscheidend seien dagegen allein die Produktionsbeziehungen, die unvermeidlich zu einer sozialen Klassenbildung führen würden. Die zweite These von Benson beruht auf der von Marx festgestellten engen Beziehung zwischen wirtschaftlicher Existenz und Bewusstsein und geht davon aus, dass Klassenzusammenhalt und Klassenkonflikt gering seien, je stärker in einer Gesellschaft der Kapitalismus, die Verschiedenartigkeit, die geographische Spezialisierung sowie Einkommensdifferenzierung sei, denn in Gesellschaften, in denen es eine beträchtliche Anzahl wirtschaftlicher Schichten gebe und in denen der Lebensstandard eines bedeutsamen Prozentsatzes der Nichtkapitalisten zwar nicht gegenüber den Kapitalisten, aber gegenüber anderen Nichtkapitalisten stärker wachse, würden sich diese privilegierten Nichtkapitalisten wie dies alle Amerikaner und insbesondere amerikanische Immigranten täten, sich selbst, aber auch ihre Eltern immer mit den ökonomisch unter ihnen stehenden vergleichen und hätten hierbei das Gefühl, sich relativ gesehen in einer bessern Position zu befinden. Unter solchen Bedingungen erscheine es sehr wahrscheinlich, dass diese Nichtkapitalisten die Kapitalisten als positive und die unter ihnen stehenden Arbeitsgenossen als negative Referenzgruppe nähmen, womit diese zweite These entscheidend zur Entwicklung einer auf Marx brillianten psychologischen Einsichten beruhenden allgemeinen Referenzgruppentheorie beitragen könne. Der deutsche Denker habe jedoch um seine Zwei-Klassen-Theorie zu rechtfertigen aus seiner Annahme einen ganz anderen Schluss gezogen, nämlich dass der Lebensstandard der Arbeiter im Vergleich zu den Kapitalisten trotz seines Anstieges immer stärker zurückfallen und daher das Klassenbewusstsein der beiden Gruppen immer stärker zunehmen würde, wodurch er den mit diesem Wachstum ebenfalls zunehmenden relativen Wohlstand aller übersehen habe. Die dritte These Bensons beruht auf der marxschen Erkenntnis, dass in einer fortgeschrittenen Gesellschaft, in der die wirtschaftliche und damit die soziale Klasse nicht mehr ererbt werde, die soziale Mobilität hoch sei, sowie auf der tocquevilleschen Feststellung, die soziale Mobilität ziehe einen atomistischen Egoismus nach sich. Aufbauend auf diesen beiden Erkenntnissen nimmt diese These an, Klassenkonflikt und Klassenzusammenhalt seien um so geringer ausgeprägt, je größer die Schichtmobilität, also der Wechsel von einer Gesellschaftsebene in die andere sei. Von dieser leichter zu untersuchenden Schichtmobilität möchte Benson in jedem Fall die meist von den amerikanischen Historikern nicht unterschiedene Netzmobilität abtrennen, die angebe, wie sich der prozentuale Anteil der verschiedenen Schichten über die Zeit verändere. Diese Art der Mobilität sei aufgrund konzeptueller, methodologischer sowie empirischer Probleme nur schwer abzuschätzen und auch Marx – wie Engels in den 90iger Jahren des 19. Jahrhunderts einräumte – sei bei dieser über einen langen Zeitraum gehenden Abschätzung der weiteren Entwicklung der sozialen Klassen in kapitalistischen Gesellschaften weniger in theoretischer als mehr in empirischer Hinsicht einigen Irrtümern erlegen. Die vierte, fünfte und sechste These des Verfassers bauen alle auf der marxschen Annahme auf, dass in kapitalistischen Gesellschaften zunächst Konflikte die Beziehungen zueinander bestimmen würden, die jedoch durch die Kämpfe zwischen den Klassen diese innerlich einigen und zu einer sozialen Klassenbildung führen würden. Die Weiterentwicklung einer solchen Sozietät erhöhe die physische Mobilität noch zusätzlich, insbesondere in multikulturellen Gesellschaften und Kommunen. Dies bedeute in einem weiteren Schritt, dass Gruppenzusammenhalt und –konflikt weiter abnehmen, um so größer die Einwanderung aus Gesellschaften mit antagonistischen Kulturmustern und um so größer und steter die zwischengesellschaftliche Migration von Gegenden mit widersprüchlichen Kulturmustern sei, denn in solchen menschlichen Gemeinschaften sei sowohl die Entwicklung als auch die Erhaltung sozialer Klassen sehr schwierig. Wiederum auf einem Gedanken von Marx basiert die siebte These von Benson: Der deutsche Denker führe das

Ausbleiben des Klassenkampfes in Amerika - den die dortigen Historiker allerdings dennoch annahmen - auf das Fehlen eines erblichen Proletariats, sowie feudaler Überbleibsel und monarchischer Traditionen, aber auch auf das Bestehen einer konservativen Grundhaltung in der Bevölkerung zurück, was den Verfasser zu dem Schluss bringt, dass Klassenzusammenhalt und -konflikt um so geringer seien, um so größer die rechtliche Gleichstellung sei und um so geringer die Ungleichheit in vorangegangenen Zeiten gewesen sei. Bensons letzte These stellt ein Kompendium der zuvor erörterten auf Marx und Tocqueville basierenden Sätze dar (eine Robert Merton folgende verstehende Referenzgruppentheorie, deren materialistische Basis die marxischen Konzepte darstellen) und besagt, dass je kapitalistischer die Produktionsweise, je gleicher die rechtliche Stellung zumindest der Männer und je mehr Reichtum der im Wettstreit unter den Individuen der dominierende Wert sei, desto geringer seien Klassenkonflikt und Klassenzusammenhalt in einer Gesellschaft, aber mit der Folge, dass die Normlosigkeit und die Identitätskrise der Einzelnen zunehme, die die Amerikaner etwa durch Zugehörigkeit zu ethnokulturellen und religiösen Gruppen aufzuheben versuchten. Trotz dieser starken Verbundenheit der neuen Theorie mit Marx, kritisiert der Verfasser, dass der deutsche Theoretiker, obwohl er um das Verschwinden der sozialen Klassen in den kapitalistischen Gesellschaften gewusst habe, irrtümlicherweise angenommen habe, die sozialen Klassentheorien seien sowohl auf vorkapitalistische als auch auf kapitalistische Gemeinschaften anwendbar, obwohl er – wie allerdings allein aus späteren Äußerungen Engels hervorgehe – gewusst habe, dass die von vorkapitalistischen Überbleibseln freien kapitalistischen Gesellschaften natürlicherweise keine Klassen besäßen, was eine schöpferische, intensive und systematische Untersuchung, sowie rigorose wissenschaftliche Erklärung ihrer Existenz, keinesfalls ihrer Nichtexistenz erfordere. Trotz dieser Kritik ist Benson jedoch überzeugt, dass die marxische Theorie von der Produktionsweise die stichhaltigen Elemente seiner gesellschaftlichen Klassentheorie ebenso in sich aufnehmen könne wie diejenigen von Tocquevilles Statustheorie, wobei die marxischen Konzepte – wenn man der brillanten Führerschaft Robert Mertons folge – als materialistische Basis einer verstehenden Referenzgruppentheorie, die das kollektive und individuelle Verhalten bestimme, helfen könnten zu verstehen, weshalb die vor allem in multikulturellen Gesellschaften vorhandene, durch kapitalistische Beziehungen entstandene Entfremdung quasikommunale und kommunale Gruppen mit ethnokultureller und religiöser Grundlage entstehen lasse. Marx darüber hinaus folgend nimmt Benson an, eine Erklärung der neuen Welt durch die Kritik der alten zu erreichen, mit dem Ziel den Geschichtswissenschaftlern den Weg für die Zukunft aufzuzeigen.

Auch hier stellt sich zunächst die Frage, welche Ergebnisse die Arbeit von Lee Benson für den Vergleich der beiden Theoretiker Alexis de Tocqueville und Karl Marx liefert. Zu seinen ersten Feststellungen in diesem Bereich gehört, dass beide Männer ihre theoretischen Konzepte auf der Natur des Menschen aufbauen würden, wobei die konkrete Ausgestaltung allerdings sehr unterschiedlich sei, denn während für Karl Marx die menschliche Natur mit ihren allgemein vorhandenen unveränderlichen Fähigkeiten sowie körperlichen Bedürfnissen radikal einzigartig sei, sei für Tocqueville die Natur des Menschen v.a. durch dessen Liebe zur Gleichheit sowie durch eine unterschiedliche Verteilung von Erfolg und Beganung gekennzeichnet. Diese tocquevillesche Charakterisierung des Menschen führe in ungleichen, ständisch gegliederten Gesellschaften lediglich zu Konflikten innerhalb der einzelnen Gruppen, im Rahmen derer die Gleichheitsbestrebungen erfolgreich unterdrückt werden könnten, was jedoch in den modernen, gleichen, aufgrund fehlender Ränge für die Individuen ungewissen Gesellschaften nicht möglich sei, so dass die Leidenschaft für die Gleichheit zur treibenden Kraft für Klassenzusammenschlüsse sowie soziale und ideologi-

sche Konflikte werde, die wegen ihrer fanatischen und ausufernden Tendenz drohten, ein hobbscher Krieg aller gegen alle zu werden. Das marxische Menschenkonzept komme im Unterschied dazu zu einem völlig anderen Gesellschaftsbild, denn es gehe davon aus, dass die menschliche Evolution von Konflikten zwischen Technologie, Institutionen sowie Gesellschaft geprägt sei, die letztlich allerdings durch die angeborene Geselligkeit der Menschen, ihrem gemeinsamen Gegner Natur sowie ihrem obersten Ziel die Produktion zu steigern, überwunden werden würden. Bis zu diesem Punkt handle es sich bei dem deutschen Denker um keine klassenabhängige Revolutionstheorie innerhalb kapitalistischer Gesellschaften, sondern um eine allgemeine humanistische Theorie über die geschichtliche Entwicklung sowie Aufhebung sozialer und ideologischer Konflikte oder wie Benson meint, um eine Klassenzusammenhalts- sowie –konflikttheorie. Trotz der hier festgestellten Unterschiede in den Theorien selbst, ist Benson jedoch überzeugt, dass in beiden Konzepten die Wirtschaft eine entscheidende Rolle spiele und sie beide einen wirtschaftsdeterministischen Charakter besäßen: So gehe Marx davon aus, dass die gesamte gesellschaftliche Existenz, also auch der Klassenzusammenhalt sowie die in einer Sozietät ausgetragenen gesellschaftlichen und ideologischen Konflikte allein durch wirtschaftliche Faktoren bestimmt werden würden, wobei Tocqueville die Letzteren ebenfalls auf wirtschaftliche Konflikte zurückführen wolle. Anhand dieser Ausführungen kommt Benson zu dem Ergebnis, Tocqueville kämpfe für die reiche Klasse, während sich Karl Marx für die arme, proletarische einsetze. In seinem Vergleich der beiden Denker – sieht man einmal von dieser letzteren Feststellung ab - kommt Benson also zu dem Ergebnis, dass deren Theorien zwar beide von der Natur des Menschen ausgehen und einen wirtschaftsdeterministischen Charakter haben, aber in ihrer konkreten Formulierung der gesellschaftlichen Zusammenhänge sowie ihren Prognosen für die weitere Entwicklung voneinander abweichen. Die hier angestellte Gegenüberstellung von Alexis de Tocqueville und Karl Marx dient dem Verfasser allerdings nur dazu, eigene Thesen darüber aufzustellen, wann Klassenkonflikte und Klassenzusammenhalt in einer Gesellschaft sehr gering sind, so dass der Vergleich der Gewinnung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse untergeordnet ist – eine Vergleichsarbeit im eigentlichen Sinne also nicht vorliegt. Bei seinen Ausführungen stützt sich Benson auf einzelne Werkstellen der beiden Theoretiker, wobei nicht klar wird, auf welche Stellen von deren Werken er sich konkret konzentriert, denn die Literaturquellen, sind nicht die Originaltexte, sondern drei Sekundärwerke zu Marx und Tocqueville. In den Fußnoten 3. bis 5., die der Verfasser auf der Seite 765 anführt, gibt er als Grundlage seiner theoretischen Erörterungen zu Marx drei Werke aus der Sekundärliteratur an, nämlich Schaff, Fromm und Israel, und verweist im übrigen bei beiden Theoretikern darauf, dass er aus räumlichen Gründen seine Darlegungen weder dokumentieren noch rechtfertigen, geschweige denn die Liste von Werken anführen könne, durch die er sein Verständnis für die beiden Denker verbessert hätte. Dieses fehlende Interesse einerseits an einem Vergleich der beiden Theoretiker sowie andererseits an der Beschäftigung mit den Originalquellen macht deutlich, dass ein Umbruch in der gleichzeitigen, wissenschaftlichen Betrachtung von Tocqueville und Marx stattgefunden hat: Es ist nicht mehr wichtig, den gedanklichen Konzepten dieser beiden Männer auf den Grund zu gehen und sie miteinander zu vergleichen, sondern Erkenntnisse dieser werden nun auch dazu benutzt, eigene Theorien zu erstellen, wobei die auszugsweise und indirekte Kenntnis von deren wissenschaftlichen Arbeiten völlig ausreichend ist.

### **cc. Steinert, Heinz; Treiber, Hubert: Die Revolution und ihre Theorien, 1975**

In der vier Seiten umfassenden Einleitung von Heinz Steinert und Hubert Treiber steht der in ihrem Buchtitel «Die Revolution und ihre Theorien. Frankreich 1848: Marx, v. Stein, Tocqueville im aktuellen Vergleich» erwähnte und für die Arbeit beabsichtigte Vergleich der Arbeiten von Alexis de Tocqueville, Lorenz von Stein sowie Karl Marx zu den Ereignissen des Revolutionsjahres 1848 im Mittelpunkt, wobei die Verfasser bereits hier feststellen, dass ihre theoretischen Ansätze unterschiedlich seien, denn Stein sei überzeugt, alle Erscheinungen in Frankreich seit dem 24. Februar 1848 seien von dem auch das Verhältnis von Staat und Gesellschaft bestimmenden Gesetz, welches die Lehre von der Gesellschaft aufgestellt hat, determiniert, Marx glaube, der Revolutionsprozess müsse mehrere Niederlagen erleiden, um eine revolutionäre, von traditionellen Anhängseln freie Partei entstehen zu lassen und Tocqueville vertrete die Ansicht, bei allen bisherigen Revolutionen handle es sich immer um ein und dieselbe Revolution. Dennoch hätten aber alle drei Theoretiker den Geist ihrer Zeit verinnerlicht und seien von dem Bewusstsein getragen gewesen, sich in einer universellen Krise, aber auch am Ende bzw. Beginn eines neuen Zeitalters zu befinden und hätten daher umfassende gesamtgesellschaftliche Analysen vorgelegt, die die Gegenwart nicht nur beschreiben, sondern auch verstehbar machen sollten. Zu diesem Zweck griffen sie auf die bisherige Geschichte zurück und formulierten Dreistadiengesetze, die von einem gesunden Zustand ausgingen, der in eine antithetische Periode des Abfalls übergehe und letztlich in einen geordneten Endzustand übergehe, wobei hier künftige Prognosen nur eine zweitrangige Rolle spielen würden.

Bevor die Verfasser zu dem von ihnen in der Einleitung angestrebten Vergleich kommen, schieben sie eine weitere, zwei Seiten umfassende Vorbemerkung ein, in der sie die von ihnen betrachteten Theorien als solche des sozialen Wandels kennzeichnen, obwohl diese nicht das poppersche Kriterium erfüllten, d.h. erfahrungswissenschaftlich vorgingen, sondern vielmehr geschichtsphilosophisch interpretierten. Sie rechtfertigen die von ihnen gewählte Zuordnung aber damit, dass keine Theorie mit höheren Allgemeingültigkeitsanspruch frei von historizistischen Elementen sei, zudem würden auch diese Theorien Erkenntnisweisen und Aus sageformen verwenden, die intersubjektiv kontrollierbar seien und ansatzweise - mehr als empirisch ausgerichtete Ansätze - anderen popperschen Kriterien genügen. Zudem zeige ein solcher Vergleich, der eine nahezu identische Interpretation der geschichtlichen Ereignisse durch die drei verschiedenen theoretischen Ansätze zu Tage fördere, dass die Beobachtung nicht immer im Sinne Poppers durch die Theorie kontrolliert werde, also dass Theorien nicht durch das Testen von Hypothesen entwickelt und dass Wissen nicht durch die Eliminierung falsifizierter Theorien gewonnen werden könne.

Steinert und Treiber fahren nach dieser Vorbemerkung nun mit einer 14 seitigen kurzen Darstellung der Theorien der drei Denker fort, wobei sie mit Marx beginnen, der in seinen Frankreichaufsätzen nicht nur seine Klassentheorie differenziere, sondern auch die Entstehung von Proletariat und Bourgeoisie skizziere: So habe er im Vorwort seines Werkes «Kritik der Politischen Ökonomie» ganz allgemein festgestellt, dass jede Epoche ihre festgelegte, die Basis der Gesellschaft bildende ökonomische Struktur habe, die die Summe aller von den Menschen bzw. materiellen Produktivkräften notwendigerweise einzugehenden, aber nicht bestimmbaren Produktions- bzw. Eigentumsverhältnisse umfasse und über die sich ein juristischer Überbau erhebe, der sich langsamer oder schneller umwälze, wenn die Produktionsverhältnisse mit den Produktivkräften in Widerspruch gerieten und dadurch zu Fesseln für die Letzteren würden, was schließlich zu einer Epoche sozialer Revolutionen führe. Konkreter werde dieser marxsche Gedankengang in seiner Klassenkonflikttheorie in seinem Aufsatz «Klassenkämpfe in Frankreich 1848 - 1850», denn hier gehe er davon aus,

dass jede Epoche eine in der vorangegangenen gebildete, herrschende Klasse besitze, die ihre Stellung gegenüber einer unkoordinierten Masse solange zu verteidigen vermöge, als diese ihre Interessen nicht organisiere, denn dies bewirke in der Folge, dass es zu immer stärkeren Konflikten komme, die in revolutionären Umwälzungen endeten und die ehemaligen Gegner an den Platz der bisher herrschenden Klasse setze. Eine solche Theorie – wie Dahrendorf feststelle – sei auf eine endlose Dialektik von Herrschaft und Unterdrückung hin angelegt, die allerdings von Marx endlich gemacht worden sei, indem er sie so konzipiert habe, dass er die Geschichte sich hin zu einer kapitalistischen Gesellschaft entwickeln lasse, in der die Produktivkräfte die höchste Form ihrer möglichen Entwicklung erreichten, so dass die darauf stattfindende Umwälzung zu einer Gesellschaft führe, in der Produktionsverhältnisse und Produktivkräfte immer in einem ausgeglichen Verhältnis blieben: er bezeichne sie als die kommunistische Gesellschaft. Er sei hierbei davon überzeugt, dass der Revolutionsprozess nur durch mehrere Niederlagen eine revolutionäre, von traditionellen Anhängseln freie Partei hervorbringen könne. Doch auch die von Marx in seinem Werk «Das Kapital» formulierte Klassentheorie erfahre in seinen Frankreichaufsätzen eine Differenzierung, denn hier analysiere er die Zusammensetzung von Bourgeoisie und Proletariat, die zwar gleiche Interessen gegenüber den anderen, aber entgegengesetzte innerhalb ihrer eigenen Klasse hätten und erst im Zuge einer zunehmenden Polarisierung gegenüber ihren Gegnern zu einer inneren Geschlossenheit gelangen würden. So hätte die hohe Bourgeoisie einerseits aus der orleanistischen Fraktion bestanden, die nach den marxschen Ausführungen politisch in sich gespalten gewesen wäre, weil die hierzugehörige Finanzaristokratie eine hohe Staatsverschuldung angestrebt hätte, während ihre Gesinnungsgenossen von der industriellen Bourgeoisie zur Verminderung ihrer Steuerabgaben eben diese hätten senken wollen, sowie andererseits aus der legitimistischen Fraktion, zu der die Großgrundbesitzer zu zählen wären, die aus ökonomisch-strukturbedingten Gründen die gesamten Orleanisten abgelehnt hätten und somit die alte Rivalität zwischen Kapital und Grundeigentum ebenso wieder zum Tragen gekommen wäre wie alte Erinnerungen, persönliche Feindschaften, Befürchtungen sowie Hoffnungen. An diese Klasse schließe sich eine von dem deutschen Denker als Übergangsklasse bezeichnete Gruppe an, zu der die Bourgeoisiepublikaner ebenso wie das Kleinbürgertum zählen würden, allerdings nicht die Bauern, auch wenn sie zusammen mit den Ersteren eine ambivalente Stellung eingenommen hätten und ihnen ebenfalls das besondere Interesse von Marx gegolten habe, weil er an ihnen habe zeigen können, unter welchen Bedingungen eine Entwicklung zu einer ihre Interessen selbst wahrnehmenden Klasse - also einer «Klasse für sich» - nicht möglich sei. Bei den Bauern wäre die Ursache darin gelegen, dass ihre persönlichen Umstände, wie kleinster Besitz, Armut und Isolation von ihren Schicksalsgenossen durch die schlechten französischen Kommunikationsmittel, sie objektiv und nach außen hin zwar als Klasse - also als «Klasse an sich» - hätte erscheinen lassen, doch die gemeinsamen Interessen hätten sie nicht zu einer Gemeinschaft oder politischen Organisation zusammengefügt, so dass sie unfähig gewesen wären, ihre Angelegenheiten im eigenen Namen zu vertreten und durch eine bürokratische Verwaltung, die in der Zeit der absoluten Monarchie beim Verfall des Feudalwesens entstanden wäre und die die erste Französische Revolution voll entwickelt hätte, gelenkt hätten werden müssen, was angesichts des gleichmäßigen Niveaus der Verhältnisse und Personen im ganzen Land von einem obersten Zentrum aus leicht möglich gewesen wäre. Insgesamt zeige sich der Übergangscharakter der Klasse der Kleinbürger und Bauern in den Jahren 1848 - 1850, denn bei den Wahlen am 23. April 1848 hätten sie auf der Seite der Bourgeoisiepublikaner gestanden, die ihr Eigentum zu garantieren schienen, während sie sich bereits im Juni desselben Jahres dem Proletariat angeschlossen und damit die von Marx für die kapitalistische Epoche vorhergesagte proletarische Klasse formiert hätten. Im Mai 1849 sei es zur Bildung der die Orleanisten und Legitimisten umfassenden Ordnungs-

partei auf der einen Seite sowie der die Bauern, das Proletariat und das sie führende Kleinbürgertum umfassenden Roten Partei auf der anderen Seite gekommen, was auf eine zunehmende innere Geschlossenheit der beiden Gruppierungen hingedeutet habe. Am 31. Oktober 1849 habe sich die innere Geschlossenheit der Bourgeoisie durch die Führungsübernahme seitens der Finanzaristokratie gezeigt, da man durch das Proletariat in der gesamten Ordnungspartei eine Schmälerung des Profits befürchtet habe - ein Prozess, der sich innerhalb der Roten Partei erst am 10.3.1850, als die Arbeiterschicht die Führung übernommen habe, in Gang gesetzt habe- doch diese innere Einigung habe nur durch die Abschaffung des allgemeinen Wahlrechts am 30. Mai 1850 aufrecht erhalten werden können.<sup>192</sup>

Die «Theorie des sozialen Wandels», die Lorenz von Stein vorlegt, stellt nach Ansicht der Verfasser das geschlossenste der drei von ihnen untersuchten Konzepte dar und sei an der Klärung des wechselseitigen Verhältnisses von Staat und Gesellschaft interessiert. Zwar sei der Staat für ihn zunächst ganz im Sinne Hegels durch eine Idee konstituiert, aber durch die Berührung mit den wirklichen gesellschaftlichen Verhältnissen entwickle er sich zum wirklichen Staat, was nicht nur bedeute, dass er Ausdruck einer ganz bestimmten Gesellschaftsstruktur sei, sondern auch dass er eine organische Persönlichkeit mit der Fähigkeit zur Selbstbestimmung, zum Willen und zur Tat besitze. Im Gegensatz zum Prinzip der Persönlichkeit auf Seiten der Gesellschaft, das auf die äußerste Befriedigung des persönlichen Interesses gerichtet sei und seine höchste Erfüllung in der Unabhängigkeit bzw. Freiheit im gesellschaftlichen Leben finde, dem allerdings die grundsätzliche Abhängigkeit der Menschen voneinander gegenüberstehe, die nur durch Besitz beendet werden könne, sei das Prinzip der Persönlichkeit beim Staat die sittliche Freiheit der Person, die die gleichmäßige Teilnahme der Bürger am staatlichen Leben sowie dessen gleichmäßige Fürsorge für den Bürger fordere. Der Staat bemühe sich nun mit Hilfe von Verfassungsgarantien die abhängige Klasse am Staatswillen teilhaben zu lassen und deren Existenz zu sichern, aber durch den Besitz zerfalle die Gesellschaft und während die Besitzenden die Macht anstrebten, um die bestehenden Verhältnisse zu sichern, wollten die Nichtbesitzenden überhaupt erst Besitz erlangen, so dass die staatliche Verfassung und Verwaltung in jeder Geschichtsepoch e Ausdruck des jeweiligen Niveaus seien, auf dem sich der Kampf zwischen den beiden Klassen befinde und der in der industriellen Gesellschaft seine tiefste Ausprägung erreiche, denn gesellschaftlicher Besitz und gesellschaftliche Macht hätten sich vereint und Nicht-Besitz schließe vom Staat aus. Der reine auf der Idee beruhende Staat könne sich gegen diese existierende Unfreiheit nicht durchsetzen, nur die Persönlichkeit vermöge die Bewegung der Freiheit voranzutreiben, doch erst die soziale Reform und nicht eine bürgerliche oder proletarische Revolution könnten den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit lösen. Eine solche könne allerdings nicht von den streitenden Parteien durchgeführt werden, sondern müsse von einer dritten über diesen stehenden Gewalt bewerkstelligt werden: dem Königtum, das versuchen solle, die vom Kapital beherrschte Arbeit ebenfalls in den Besitz von Kapital zu bringen, so dass sich beide in der Solidarität der Interessen treffen könnten. Steins Ansatz sei damit einerseits von konservativen Elementen geprägt wie dem leitenden Königtum und der Beibehaltung des Besitzes, andererseits verschließe er sich auch nicht neueren Ideen, wie dem Emanzipationsanspruch der Arbeiter und der Beseitigung der alten Ordnung durch eine soziale Reform.<sup>193</sup>

Tocquevilles «Theorie des sozialen Wandels» entstehe vor dem Hintergrund, dass sich der französische Denker frage, wie seine Nation auf die Konfrontation mit der demokratischen

---

<sup>192</sup> vgl. zu diesen Ausführungen bezüglich Karl Marx: Steinert, Heinz / Treiber, Hubert: Die Revolution und ihre Theorien. Frankreich 1848: Marx, v. Stein, Tocqueville im aktuellen Vergleich, Opladen 1975, S.15-20

<sup>193</sup> vgl. zu diesen Ausführungen über von Stein: Steinert, Heinz / Treiber, Hubert: Die Revolution und ihre Theorien. Frankreich 1848: Marx, v. Stein, Tocqueville im aktuellen Vergleich, Opladen 1975, S.20-23

Revolution, die bereits im 11. Jahrhundert ihren Anfang gefunden hätte und immer noch andauere, reagieren würde und ob sie in der Lage wäre, das in Amerika mit Erfolg durchgeführte Experiment einer demokratischen Gesellschaft zu wiederholen und die in solchen gleichen Gemeinschaften inhärente Tendenz zur Tyrannei der Mehrheit mit Hilfe des Freiheitsprinzips zu verhindern. Das Hauptinteresse des Einzelnen in einer Demokratie sei darauf gerichtet, das materielle Wohlergehen zu verbessern und zu sichern, um die in dieser Gesellschaftsform geschaffenen Mobilitätschancen nutzen zu können, so dass man sich nicht nur für politische Dinge nicht mehr interessiere und sich in den Kreis seiner Familie zurückziehe, sondern auch Ruhe und Ordnung wünsche, um seinem zentralen Streben nachgehen zu können. Eben diese Ruhe und Ordnung erhoffe man sich von einer starken Zentralgewalt, die bereits zu Zeiten des Absolutismus geschaffen worden sei und die durch die bis dahin stattgefundenen Revolutionen an Macht gewonnen hätte, ohne dass man erkannt habe, dass Zentralisierung und Volkssouveränität den Wunsch nach Führung sowie das Verlangen nach Freiheit nicht miteinander versöhnen könnten, sondern die zentralisierte Macht noch mehr Befugnisse erhalte, womit die Freiheit des Einzelnen eingeschränkt werde: die Tyrannei der Mehrheit könne auf diesem Wege unbemerkt ihr Gehäuse der Hörigkeit errichten. Das Prinzip der Freiheit könne aber dennoch realisiert werden, wenn Grundmuster der Verhaltensorientierung existierten, wobei hier v.a. die Sitten, d.h. die Einstellungen und Verhaltensweisen gemeint seien, die durch ihre verhaltensleitende Wirkung eine integrative und stabilisierende Funktion besäßen. Darüber hinaus sei auch eine Vielzahl von Machtpositionen erforderlich, die allein durch eine dezentralisierte Verwaltung sowie relativ autonome aristokratische Zwischengewalten, ausgeübt von in „intermediären Organisationen“ zusammengeschlossener Bürger, deren politische Aktivität auf diese Weise geschult werde, gewährleistet werden könne. Es werde somit deutlich, dass Tocqueville in seiner Theorie mit einem offenen Demokratiebegriff arbeite, der sich an die wandelnden sozialen Strukturen und politischen Institutionen anpassen könne.<sup>194</sup>

Nach diesen zum Thema hinführenden Ausführungen wenden sich die Verfasser ihrem eigentlichen 22 Seiten umfassenden Vergleich zu, wobei sie zunächst feststellen, dass die Interpretationen der 48er Revolution bei allen drei Denkern einen erstaunlich hohen Grad an Übereinstimmung aufweise. Bevor Steinert und Treiber sich allerdings ihrem eigentlichen Anliegen völlig zuwenden, geben sie noch eine stichpunktartige Zusammenfassung der Ereignisse von 1848 bis 1850, die sich auf Robertson und Alexis de Tocqueville stützt. Sie beginnen mit dem 21. Februar 1848, als die Regierung ein Reformbankett der oppositionellen Abgeordneten in Paris verboten hätte. Bereits einen Tag später wären die Unruhen in Paris ausgebrochen, in denen die Aufständischen am 24. Februar 1848 als Sieger hervorgegangen wären, so dass Louis Philippe abgedankt und in der Folge die Republik ausgerufen hätte, die eine Provisorische Regierung mit Lamartine an der Spitze geformt und bereits einen Tag später Nationalwerkstätten eingerichtet hätte. Am 4. März 1848 hätte die neue Regierung das allgemeine und gleiche Wahlrecht verkündet und die Wahlen für den 23. April 1848 angesetzt, die Louis Blanc mit Hilfe einer von ihm am 17. März 1848 inszenierten Demonstration wegen ihrer Ungünstigkeit für die Linke gerne hätte verschieben wollen. Am 15. Mai 1848 hätte er einen Massenaufstand organisiert, nachdem seine linken politischen Kreise ein schlechtes Wahlergebnis erzielt und die gemäßigten Republikaner die Mehrheit errungen hätten, doch dieser wäre von der neuen Regierung unterdrückt worden. Am 21. Juni 1848 wären die neu errichteten Nationalwerkstätten schließlich wieder aufgelöst worden und drei Tage später hätten die Straßenschlachten begonnen, die der am 28. Juni 1848 zum Ministerpräsidenten ernannte General Cavaignac mit Hilfe

---

<sup>194</sup> vgl. zu diesen Ausführungen über Tocqueville: Steinert, Heinz / Treiber, Hubert: Die Revolution und ihre Theorien. Frankreich 1848: Marx, v. Stein, Tocqueville im aktuellen Vergleich, Opladen 1975, S.23-26



der ihm gegebenen diktatorischen Vollmachten am 29. Juni 1848 unterworfen hätte. Die am 4. November 1848 neu beschlossene Verfassung hätte ein Einkammersystem sowie einen vom Volk gewählten Präsidenten eingeführt, der jedoch nicht wiedergewählt werden können sollte. Am 10. Dezember 1848 hätte Louis Napoléon dieses Amt errungen und am 29. Januar 1849 hätte die Nationalversammlung unter militärischen Druck ihre eigene Auflösung zum Mai desselben Jahres beschließen müssen, wobei die Neuwahlen den gemäßigten Republikanern v.a. zugunsten konservativer Gruppen, aber auch zugunsten der Linksradikalen Verluste gebracht hätten. Am 13. Juni 1849 hätte die Linke einen Aufstand gegen Louis Napoléon organisiert, den General Changarnier unterdrückt hätte, so dass der Präsident am 31. Oktober 1849 mit einer gegen die Republikaner gerichteten Regierungsumbildung seine persönliche Herrschaft habe einleiten können. Die Wahlen am 10. März 1850 hätten der Linken einen deutlichen Stimmengewinn gebracht und am 31. Mai desselben Jahres wäre das allgemeine Stimmrecht, das zwei Jahre zuvor eingeführt worden wäre, wieder abgeschafft worden. Im Anschluss an diese allgemeine Darstellung der Ereignisse von 1848 bis 1850 wenden sich Steinert und Treiber den Interpretationen dieses Zeitraumes durch Karl Marx, Lorenz von Stein sowie Alexis de Tocqueville zu, wobei sie die wörtlichen bzw. sinngemäßen Äußerungen zu jedem Geschehnis wiedergeben.<sup>195</sup> Was Karl Marx und Lorenz von Stein allerdings betrifft, so halten sie zunächst einmal fest, dass der Ertere sowohl die heterogene Struktur des Bürgertums als auch die Entstehungsprozesse von Proletariat und Bourgeoisie herausgearbeitet und der Zweitere alles im Hinblick auf seine Theorie des sozialen Wandels interpretiert habe, die von einer industriellen Gesellschaft ausgehe, in der ein Gegensatz zwischen der Republik des industriellen Besitzes und der des industriellen Nichtbesitzes existiere, der schließlich in der Republik des gegenseitigen Interesses aufgehoben werde, so dass sich bei ihm nur schwer Interpretationen von Einzelereignissen herauslösen ließen.<sup>196</sup>

Im Rahmen des nun folgenden eigentlichen Vergleichs greifen die Verfasser ganz bestimmte Tage in den Jahren 1848 bis 1850 heraus, wobei auffallend ist, dass auch Daten angeführt werden, die nur von einem der drei Denker besonders kommentiert worden sind: So etwa das Verbot der Reformbankette vom 21.2.1848 durch Lorenz von Stein oder die Verkündung des allgemeinen Wahlrechts am 4. März 1848 sowie die Schilderungen und Äußerungen der Ereignisse von 1850 durch Marx. Die Situation vor den revolutionären Februarereignissen des Jahres 1848, kennzeichne sich zunächst für Marx dadurch, dass sich die Klassen der Bourgeoisie und des Proletariats noch nicht herausgebildet hätten: Einerseits gebe es die bourgoise Finanzaristokratie, die den wegen seiner Finanznot abhängigen Staat beherrsche, hinzu komme die ihr in Opposition gegenüberstehende industrielle Bourgeoisie sowie die Gruppe der Grundeigentümer; andererseits existiere aber noch die von jeder politischen Macht ausgeschlossene, hauptsächlich das Kleinbürgertum umfassende, kleine Bourgeoisie sowie die Bauern. Zwei ökonomische Weltereignisse und die Weigerung der Regierung eine Parlaments- und Wahlreform durchzuführen, hätten zur Februarrevolution geführt. Für von Stein sei das in dieser Zeit existierende Königtum Louis-Philippes die einfachste und natürlichste Grundform des Staates für die industrielle Gemeinschaft gewesen, das die besitzende Klasse jedoch durch eine Wahlreform und die in diesem Zusammenhang veranstaltete Reformbankette hätte beseitigen wollen. Da die konstitutionelle Verfassung sie allerdings durch die Deputiertenkammer an der Staatsgewalt beteiligt hätte, hätte der erste Kampf zwischen der Minorität dieser Kammer sowie

---

<sup>195</sup> vgl. zu den bisherigen Ausführungen dieses Absatzes: Steinert, Heinz / Treiber, Hubert: Die Revolution und ihre Theorien. Frankreich 1848: Marx, v. Stein, Tocqueville im aktuellen Vergleich, Opladen 1975, S.27-28

<sup>196</sup> vgl. zu dieser Vorbemerkung: Steinert, Heinz / Treiber, Hubert: Die Revolution und ihre Theorien. Frankreich 1848: Marx, v. Stein, Tocqueville im aktuellen Vergleich, Opladen 1975, S.28 und S.35

dem Ministerium beginnen müssen. Nach Tocquevilles Interpretation hätte nach 1830 die Mittelklasse, die die alleinige politische Herrschaft der Gesellschaft in Pacht genommen hätte, das Geschehen übernommen und die französische Nation sei seither in zwei Teile aufgespalten, einen oberen, die Politik der Nation innehabenden Teil, der von Gleichgültigkeit, Unvermögen, Unbeweglichkeit und Langeweile bestimmt gewesen sei, sowie einen unteren, in dem sich politische Bewegung ankündigt hätte. Für den französischen Aristokraten sei alles darauf angelegt gewesen, eine Königsmacht zu erzeugen, deren Übergewicht fast an Despotie herangereicht hätte und im Angesicht dieser Erkenntnis hätte er dann auch kurz vor der Revolution von 1848 in der Kammer diesen Kampf zwischen Besitzenden und Besitzlosen angekündigt, weil nach der ersten Revolution von 1789 das Eigentum als einziges Recht der aristokratischen Welt noch aufrecht erhalten geblieben sei, weil sich in der Arbeiterklasse politische Leidenschaften in soziale verwandelt hätten, aber auch weil sich Ideen hätten durchsetzen können, die die Beseitigung der gesellschaftlichen Grundlagen anstrebten.<sup>197</sup>

Allein bei Lorenz von Stein erwähnen die Verfasser das Verbot der Reformbankette vom 21. Februar 1848, die für diesen die bisherige Aufrechterhaltung der vom besitzenden Stand ausgeübten Kammeropposition gegen die absolute Monarchie gewesen wären, so dass das Ministerium sich mit seiner Maßnahme gegen die herrschende Klasse selbst gerichtet hätte.<sup>198</sup>

Am 24. Februar 1848 hätte die Provisorische Regierung ihr Amt in Frankreich übernommen und sei für Marx ein Spiegel der verschiedenen Interessengruppen mit einer Bourgeoisie-majorität gewesen: Ledru-Rollin als Vertreter des Kleinbürgertums, Leute der Zeitung *National* als Vertreter der republikanischen Bourgeoisie, Louis Blanc und Albert als Repräsentant der Arbeiterklasse sowie Vertreter der dynastischen Opposition und dem keiner Klasse zuzuordnenden Präsidenten Lamartine. Lorenz von Stein beschreibe die neue für ihn durch die Partei des National bestimmte Regierung in politischer Hinsicht als entschiedene Anhängerin der Freiheit, des allgemeinen Stimmrechts und der Volkssouveränität, aber auch als Ausdruck der reinen Demokratie, die um des Prinzips der Gleichheit willen den unteren Klassen die materiellen Bedingungen für eine gesellschaftliche Gleichstellung mit der höheren gewährt hätten, dieses Zugeständnis jedoch wieder aufgehoben hätten, indem sie als Anwalt der Majorität Recht und Ordnung in der Gesellschaft aufrechterhalten hätten. Der an ihrer Spitze stehende Lamartine hätte die Republik als Dichter und die Ordnung als Bürger verstanden; den nach dem Sturz des Königtums und zugleich dem Sturz der Herrschaft des großen Kapitals über alle Klassen ausbrechenden sozialen Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, die beide um die Staatsgewalt kämpften, als die sofortige Verwandlung der prinzipiellen Volkssouveränität in die Souveränität der industriellen Gesellschaft hätte er allerdings überhaupt nicht begriffen. In den Augen Tocquevilles, der nicht glaube, dass alle Regeln der Gesellschaft beseitigt und durch andere ersetzt werden könnten, hätten die Ursachen in der für Sieger und Besiegte in ihrem Ergebnis erstaunlichen Februarrevolution bzw. generell in der industriellen Revolution gelegen, die Paris zu ihrem Zentrum gemacht und zahlreiche Menschen vom Land als Arbeiter in die Stadt gezogen hätte. Sie hätte ihren Ursprung in der Begierde nach materiellen Genüssen, in dem die demokratischen Gesellschaften kennzeichnenden Neid, in den wirtschaftlichen und politischen Theorien, in der Zentralisierung, in der Missachtung gegenüber der herrschenden Klasse, in der Unsicherheit aller Verhältnisse sowie speziell in der Erregung der Oppositi-

---

<sup>197</sup> vgl. zu diesen Ausführungen zur Ausgangslage: Steinert, Heinz / Treiber, Hubert: Die Revolution und ihre Theorien. Frankreich 1848: Marx, v. Stein, Tocqueville im aktuellen Vergleich, Opladen 1975, S.28, S.35-36, S.43-44

<sup>198</sup> vgl. Steinert, Heinz / Treiber, Hubert: Die Revolution und ihre Theorien. Frankreich 1848: Marx, v. Stein, Tocqueville im aktuellen Vergleich, Opladen 1975, S.36

on, in der anfangs übermäßigen Unterdrückung des Aufstandes, in dem plötzlichen Abgang der alten Minister und der Unerfahrenheit sowie Unentschlossenheit der neuen, in dem Zaudern der Generäle und schließlich in der greisenhaften Geistesschwäche des Königs gehabt.<sup>199</sup>

Die Errichtung der Nationalateliers am 25. Februar 1848 hätte für Marx nicht nur gezeigt, dass eine Republik mit sozialen Institutionen geschaffen worden sei, sondern hätte darüber hinaus eine Armee für den Aufstand und einen Punkt, an dem die Bourgeoisie ihren Hass festmachen könne, geschaffen. Allerdings hätte die die Macht innehabende bürgerliche Bourgeoisie die Arbeitervertreter von der eigentlichen Regierung entfernt, so dass die Arbeiterklasse ihre Interessen neben der Bourgeoisie hätte durchsetzen müssen. Für Lorenz von Stein sei diese Maßnahme der bedeutenste Beitrag dazu gewesen, in den nichtbesitzenden Massen, die zuvor kein Organ und keinen Willen besessen hätten, das Gefühl der äußeren Standesgemeinschaft lebendig zu machen, also sich von einer «Klasse an sich» in eine «Klasse für sich» zu entwickeln, wodurch jedoch nicht nur ein Standesbewusstsein entstanden, sondern auch der Klassenkampf um den Staat unvermeidlich geworden sei.<sup>200</sup>

Ein entscheidendes Ereignis sei für Marx im Zusammenhang mit seinem Denken auch die Verkündung des allgemeinen Wahlrechts am 4. März 1848 gewesen, weil alle Klassen nun an der politischen Macht teilgehabt hätten, so dass das Proletariat mit einer selbständigen Partei hätte hervortreten und die Bauern hätten politisch aktiviert werden können.<sup>201</sup>

Am 17. März 1848 habe Louis Blanc durch seine Demonstration eine Verschiebung der Wahl erreichen wollen, ein Ereignis das Marx dahingehend interpretiert habe, dass mit diesem Vorgehen die bürgerlichen Elemente hätten ausgeschlossen und die Provisorische Regierung auf die Bahn der Revolution zurückgeworfen werden sollen, doch es hätte zur Rückkehr der Armee nach Paris geführt. Von Stein beschreibe das Proletariat als furchtbare, jedoch führerlose Masse, das durch seine Demonstration die sich zunächst feindlich gesonnenen großen und kleinen Besitzenden in Angst um ihr Eigentum zusammengeführt und die demokratische Partei dazu gezwungen hätte, ihren Standort zu bestimmen, den sie schließlich auf Seiten des Bürgertums gefunden hätte.<sup>202</sup>

Die gemäßigte republikanische Mehrheit, die aus den Wahlen vom 23. April 1848 hervorgegangen sei, erkläre sich für Marx aus der Tatsache, dass Bauern und Kleinbürger sich zur Sicherung ihres Eigentums der Bourgeoisie angeschlossen hätten. Lorenz von Stein meine, sie zeige, dass die Klasse der Nichtbesitzenden in entschiedener Minorität gegenüber den Besitzenden dagestanden und daher die demokratische Partei die meisten Stimmen erreicht hätte, ihr seien die Konservativen und die sozialistische Sektion mit den wenigsten Wählern gefolgt. Tocqueville, so die Verfasser, rechne diesen Wahlausgang einerseits dem Konservatismus der Bauern zu, die durch die französische Revolution Grund und Boden erlangt hätten, so dass die gesamte Bevölkerung auf diese Weise zu einer großen Familie geworden sei, andererseits der unklugen Taktik des Proletariats, das anstatt der Abschaffung des Eigentumsrechts, den Bauern den Erlass ihrer Schulden hätte versprechen müssen, um revolutionäre Strömungen zu erzeugen.<sup>203</sup>

---

<sup>199</sup> vgl. zu diesem Absatz: Steinert, Heinz / Treiber, Hubert: Die Revolution und ihre Theorien. Frankreich 1848: Marx, v. Stein, Tocqueville im aktuellen Vergleich, Opladen 1975, S.29, S.36-37, S.44-45

<sup>200</sup> vgl. zu diesem Absatz: Steinert, Heinz / Treiber, Hubert: Die Revolution und ihre Theorien. Frankreich 1848: Marx, v. Stein, Tocqueville im aktuellen Vergleich, Opladen 1975, S.29 sowie S.37

<sup>201</sup> vgl. zu diesem Absatz: Steinert, Heinz / Treiber, Hubert: Die Revolution und ihre Theorien. Frankreich 1848: Marx, v. Stein, Tocqueville im aktuellen Vergleich, Opladen 1975, S.30

<sup>202</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Steinert, Heinz / Treiber, Hubert: Die Revolution und ihre Theorien. Frankreich 1848: Marx, v. Stein, Tocqueville im aktuellen Vergleich, Opladen 1975, S.30 sowie S.37

<sup>203</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Steinert, Heinz / Treiber, Hubert: Die Revolution und ihre Theorien. Frankreich 1848: Marx, v. Stein, Tocqueville im aktuellen Vergleich, Opladen 1975, S.30, S.38 sowie S.45

Die am 4. Mai 1848 zusammentretende verfassungsgebende Versammlung wäre trotz des abgeschafften Zensuswahlrechts stärker als jemals zuvor mit Großgrundbesitzern und Adligen besetzt worden- so Tocqueville - weil ein Teil der Wähler durch die Abschaffung des Vermögenszensus von den Reichen abhängig gewesen wäre und das bedrohte Eigentum das Volk Vertreter hätte wählen lassen, die am meisten an dessen Verteidigung interessiert gewesen wären. Zudem stelle der Aristokrat fest, dass ein Kampf zwischen die in zwei verbindungslose Teile zerfallene Gesellschaft unvermeidlich sei und nahe bevorstehe.<sup>204</sup>

Interessant sowohl für Marx als auch Lorenz von Stein sei der 15. Mai 1848, an dem die Arbeiter in die Nationalversammlung eingedrungen und anschließend ihre fähigsten Führer vernichtet worden wären. Marx sehe durch dieses Ereignis die Durchsetzung der bürgerlichen Republik beschleunigt, die die sozialistischen Zugeständnisse der Februarrevolution - ebenso wie zuvor die Beseitigung des Königtums – allerdings nur mit einer Schlacht wieder unwirksam machen könnte. Als ein unsinniges Unternehmen stuft Lorenz von Stein diesen Vorstoß des Proletariats ein, der lediglich der von der besitzenden Klasse beherrschten Nationalversammlung eine Handhabe zur Vernichtung der Führer der Arbeiterklasse gegeben und so deren Sieg über die ihr gegnerische Klasse gesichert hätte. Die Zusammensetzung der Versammlung und der Juniaufstand hätten schließlich zu einem Verfassungsentwurf ganz im Sinne der Besitzenden geführt und die Masse von Elementen mit feudalen Bestrebungen im Parlament hätte sich an die Spitze dieses Kampfes gegen das Proletariat gesetzt.<sup>205</sup>

Der Verfassungsentwurf vom 20. Juni 1848, so Lorenz von Stein, bei dessen Entstehung weniger die politische Ordnung als die Frage nach dem Recht auf Arbeit im Zentrum der Auseinandersetzungen gestanden hätte, hätte die Verfassung im Sinne der Besitzenden, die Verwendung der Staatsmittel im Sinne der Nichtbesitzenden und das Wahlrecht, als Basis des Gesamten, im Sinne der reinen Demokratie, geregelt.<sup>206</sup>

Einen Tag nachdem der Verfassungsentwurf veröffentlicht worden wäre, wären die Nationalwerkstätten wieder aufgelöst worden, was für Marx allein dazu beitragen hätte sollen, die bürgerliche Gesellschaft wiederzubefestigen.<sup>207</sup>

Mit der für Marx vom 24. bis 29. Juni 1848 andauernden Schlacht zwischen Bourgeoisie und Proletariat, wären die Letzteren von der politischen Bühne beseitigt und die Bourgeoisiediktatur offiziell anerkannt worden, mit der Folge, dass Kleinbürger und Bauern in dem Maße, in dem sich ihre Lage verschlechtert hätte, zu den Arbeitern abgewandert wären. Der deutsche Revolutionär sei zudem davon überzeugt, dass diese mittleren Bevölkerungsschichten, also die demokratischen Republikaner, nur solange ihre Macht behauptet hätten, als sie eine revolutionäre Stellung gegenüber der Bourgeoisie eingenommen hätten. Indem sie sich jedoch mit dieser verbündet und das Proletariat bekämpft hätten, hätten sie ihre gewichtige Position verloren und der «bourgeoise national» hätte die öffentliche Gewalt und den Verwaltungsapparat übernommen. Für Alexis de Tocqueville sei der ohne Parole und ohne Führer durchgeführte Aufstand durch heftige Begierden und falsche Theorien ausgelöst worden und hätte als äußerster Höhepunkt der Februarrevolution die Änderung der Gesellschaftsform zum Ziel gehabt, wäre also kein politischer, sondern ein Klassenkampf gewesen. Die Provinz hätte letztlich geholfen, den Aufstand niederzuschlagen, wo-

---

<sup>204</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Steinert, Heinz / Treiber, Hubert: Die Revolution und ihre Theorien. Frankreich 1848: Marx, v. Stein, Tocqueville im aktuellen Vergleich, Opladen 1975, S.46

<sup>205</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Steinert, Heinz / Treiber, Hubert: Die Revolution und ihre Theorien. Frankreich 1848: Marx, v. Stein, Tocqueville im aktuellen Vergleich, Opladen 1975, S.30 sowie S.38

<sup>206</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Steinert, Heinz / Treiber, Hubert: Die Revolution und ihre Theorien. Frankreich 1848: Marx, v. Stein, Tocqueville im aktuellen Vergleich, Opladen 1975, S.38-39

<sup>207</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Steinert, Heinz / Treiber, Hubert: Die Revolution und ihre Theorien. Frankreich 1848: Marx, v. Stein, Tocqueville im aktuellen Vergleich, Opladen 1975, S.31

durch das eigentliche Werk des Februaraufstandes zunichte gemacht worden wäre, doch die sozialistischen Ideen hätten sich weiter verbreitet und der französische Aristokrat habe daher eine Angst vor, vielleicht sogar eine Abneigung gegen, freiheitliche Institutionen befürchtet.<sup>208</sup>

Als die Nationalversammlung am 4. November 1848 eine Verfassung mit Einkammersystem und einem nicht wiederwählbaren Präsidenten beschlossen hätte, wäre - so Marx - auch das Recht auf Arbeit in ein Recht auf Unterstützung umgewandelt worden, hätte also unter dem Eindruck der Diktatur Cavaignacs zu einem ambulanten, verantwortlichen Wahlkönigtum geführt und damit endgültig das stationäre, unverantwortliche Erbkönigtum beendet. Für Lorenz von Stein sei die Verfassung Ausdruck der Niederlage der Arbeiterklasse gewesen, denn im Gegensatz zum Entwurf vom 20. Juni 1848 wäre die soziale Aufgabe der Staatsverwaltung nicht mehr die nun völlig unberücksichtigt gebliebene Arbeit gewesen, sondern das Armenwesen und die industrielle Republik, die zwar auf dem Prinzip der freien Arbeit und der freien Persönlichkeit beruht hätte, aber in Wirklichkeit durch Unfreiheit gekennzeichnet gewesen wäre, weil das Geldkapital die herrschende Besitzform gewesen wäre und den Gewinn in jedem Unternehmen für sich genommen hätte, so dass kapitallose Arbeit weder zu Gewinn und damit in der Folge zu Kapital hätte kommen können. Die Diktatur Cavaignacs, die keine wirkliche, sondern eine der reinen Demokratie gewesen wäre, weil sie die Macht des Staates nur in einer gefährdeten Zeit zur Wiederherstellung der industriellen Ordnung innegehabt hätte, während die Gesetzgebung in anderen Händen gelegen wäre, hätte zwar den Bürgerkrieg beendet, nicht jedoch den gesellschaftlichen Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital, vielmehr hätte der Juniaufstand drei Hauptströmungen hinterlassen: Die Reaktion, die den gesellschaftlichen Widerspruch durch eine Rückführung in eine ständische nicht-freiheitliche Ordnung hätte beseitigen wollen; die reine Demokratie, die eine Gesellschaft gegründet allein auf dem Prinzip der Persönlichkeit angestrebt hätte; schließlich die sozialistische Richtung, die die Harmonie von Kapital und Arbeit zur Hauptsache hätte machen wollen, wobei sich nach dem November 1848 bereits die kommende Koalition zwischen der gegenüber der aus monarchischer, legitimistischer und ultramontaner Richtung entstandenen industriellen Reaktion nicht ausreichend starken «reinen Demokratie» und dem geschwächten Proletariat gezeigt hätte. Für Tocqueville hätte die neue Verfassung eine Republik geschaffen, in der sich der monarchische Geist einerseits aufgrund alter Gewohnheiten in der Versammlung erhalten, andererseits zusammen mit der zentralistischen Struktur des Landes den vom Volk gewählten Präsidenten zum Anwärter auf die Krone gemacht hätte, wobei nicht vorauszusehen wäre, ob dieser oder die einzige Kammer die Macht gewinnen würden, allein der Untergang der Republik wäre sicher.<sup>209</sup>

Den 10. Dezember 1848 bezeichne Marx als Tag der Bauerninsurrektion, denn mit der Wahl Louis Napoléons, den für ihn einfältigsten Mann Frankreichs, zum Präsidenten hätte die 1789 neu geschaffene Bauernklasse ihren Februar 1848. Sie hätten den neuen Mann an die Spitze ihres Staates gewählt, weil er ihre Interessen erschöpfend vertreten hätte, während das Proletariat mit dieser Wahl Cavaignacs Absetzung, den Sturz der Konstituante und letztlich die Beseitigung des Bourgeoisrepublikanismus sowie die Nichtigkeitserklärung des Junisieges 1848 hätte erreichen wollen. Auch die kleine Bourgeoisie hätte für ihn gestimmt, um mit den demokratischen Republikanern zu brechen und die Republik durch eine Monarchie zu ersetzen. Was Lorenz von Stein betrifft, so hätten die aufgrund ihrer

---

<sup>208</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Steinert, Heinz / Treiber, Hubert: Die Revolution und ihre Theorien. Frankreich 1848: Marx, v. Stein, Tocqueville im aktuellen Vergleich, Opladen 1975, S.31 sowie S.46

<sup>209</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Steinert, Heinz / Treiber, Hubert: Die Revolution und ihre Theorien. Frankreich 1848: Marx, v. Stein, Tocqueville im aktuellen Vergleich, Opladen 1975, S.31, S.39-41 sowie S.46-47

zahlenmäßigen Überlegenheit ausschlaggebenden Bauern Louis-Napoléon gewählt, weil sie sich eine für Ruhe und Ordnung sorgende starke Staatsgewalt gewünscht hätten, um ihre Produkte wieder handeln und so ihre Zinsen und Abgaben wieder entrichten zu können, was die größtmäßig gleiche Klassen benötigende Demokratie nicht gewährleistet hätte. Gleichzeitig hätten sie jedoch auch den ganz offen proklamierten immer drohender werdenden gesellschaftlichen Gegensatz gefühlt, der allen politischen Fragen zugrundegelegen wäre und hätten gehofft eine zentralisierte Macht, an die sie sich über Jahrhunderte gewöhnt hätten und die jede Selbständigkeit des Einzelnen zurückgedrängt hätte, würde diese großen Probleme lösen. Mit der Wahl Louis-Napoléons schien die innere Organisation der staatlichen Elemente vollendet zu sein, denn es hätte eine Verfassung gegeben, einen entwickelten und gut funktionierenden Staatsorganismus und eine - wenn auch im Vergleich zum König schwächeres - republikanische Staatsoberhaupt, doch diese Ausgestaltung des Gemeinwesens, die ganz im Sinne der Besitzenden gewesen wäre, hätte im Widerspruch mit dem noch gültigen allgemeinen Stimmrecht gestanden, das der bisher beherrschten Klasse und damit der kapitallosen Arbeit die Möglichkeit gegeben hätte, die Staatsgewalt, die über die Güterordnung nicht zu erlangen gewesen wäre, für sich zu gewinnen. Die weitere Entwicklung hätte den Widerspruch verschärft, denn Louis-Napoléon, der sich bei Anschluss an die demokratische Bewegung sein Amt bis zum Ablauf der Legislaturperiode hätte sichern können, hätte sich der Besitzenden Klasse angeschlossen, da er so eine Möglichkeit gesehen hätte, seine Macht über die verfassungsmäßig auf vier Jahre beschränkte Amtszeit hinaus auszudehnen, wohingegen die «reine Demokratie», die ihre Prinzipien des allgemeinen Stimmrechts sowie der republikanischen Verfassung durch diese Umstände ins Wanken geraten gesehen hätte, sich nun der sozialen Richtung bzw. dem Proletariat zugewandt hätte. Lorenz von Stein habe aus diesen Umständen geschlossen, dass es zu einem Kampf zwischen den beiden Mächten - sozialer Demokratie und industrieller Reaktion - kommen würde, wobei die Letztere die Wahlrechtsfrage noch vor Ablauf der Amtszeit in ihrem Sinne klären wollen würde, doch nur ein Sieg der Ersteren hätte seiner Ansicht nach die Harmonie von Arbeit und Kapital in der von ihm favorisierten «Republik des gegenseitigen Interesses» herstellen können. Die vermeintliche Mittelmäßigkeit Louis-Napoléons habe nach Meinung Tocquevilles zu der breiten Unterstützung dessen im Volk geführt, doch er wäre darauf vorbereitet gewesen, als er die Macht besessen hätte, sich selbst an die Stelle der Republik zu setzen.<sup>210</sup>

Am 29. Januar 1849 hätte die Nationalversammlung auf militärischen Druck ihre Auflösung im Mai desselben Jahres beschließen müssen, wobei die in diesem Monat abgehaltenen Wahlen den vereinigten konservativen Gruppen eine starke Mehrheit gebracht hätten; auch die Linksradiكالen hätten bei der Armee und den Bauern dazugewinnen können und so den gemäßigten Republikanern eine Niederlage beschert. Damit – so sei Marx überzeugt gewesen – wären zwei Hauptparteien entstanden: Eine konservative Ordnungspartei, die sich bereits nach der Junischlacht 1848 formiert, am 10. Dezember 1848 eine Koalition von Orleanisten und Legitimisten umfasst und im namenslosen Reich der Republik die beiden rivalisierenden monarchischen Fraktionen, die bisher abwechselnd die Herrschaft innegehabt und anschließend plötzlich doch ein gemeinsames Klasseninteresse besessen hätten, unter sich vereinigt hätte; zum anderen eine von den demokratischen Wortführern des Kleinbürgertums bzw. der Montagne geführte rote Partei, in der sich Proletariat, Bauernklasse sowie die zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse stehende kleine Bourgeoisie zusammengeschlossen hätten, weil der Entwicklungsstand und die Juniniederlage die ersten beiden sowie die ohne das Proletariat politische Machtlosigkeit der Letzteren sie zu

---

<sup>210</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Steinert, Heinz / Treiber, Hubert: Die Revolution und ihre Theorien. Frankreich 1848: Marx, v. Stein, Tocqueville im aktuellen Vergleich, Opladen 1975, S.31-32, S.40-43 sowie S.47

diesem Schritt gezwungen hätten. Dennoch hätte sich das Kleinbürgertum über den Klassegegensatz erhaben gefühlt und geglaubt, seine besonderen, allein die moderne Gesellschaft rettenden und den Klassenkampf verneinenden Bedingungen entsprächen den allgemeinen. Im Jahr 1849 beschreibe Alexis de Tocqueville die Auseinandersetzungen zwischen dem Präsidenten und der Regierung, im Rahmen derer die Letztere bemüht gewesen wäre, sich den Monarchie-Bestrebungen des Staatsoberhauptes zu widersetzen und sich daher trotz der für sie ergebenden Nachteile zur Erreichung dieses Zieles auf die legitimistische Fraktion gestützt hätte. Er stelle aber auch die Streitigkeiten zwischen der Regierung, der er selbst als Außenminister angehört hätte, und der größtenteils konservativen parlamentarischen Mehrheit in den Mittelpunkt seiner Ausführungen.<sup>211</sup>

Als am 13. Juni 1849 General Changarnier einen von Blanqui organisierten Aufstand des Proletariats unterdrückt hätte, hätte dies für Marx eine Reaktion auf das Bestreben der Montagneführung dargestellt, die Revolution innerhalb demokratischer Bedingungen auszutragen, d.h. die Macht der Bourgeoisie mit dem Mittel der «parlamentarischen Insurrektion» ohne Entfesselung der Arbeiterklasse zu brechen. Tocqueville beziehe den Aufstand auf denjenigen im Juni des Jahres 1848 und stelle im Rahmen dieses Vergleichs fest, dass sie sich zwar in Dauer und Heftigkeit stark unterschieden hätten, aber ansonsten sehr ähnlich gewesen wären: denn in beiden Fällen hätten Überzeugungen und Begierde die Kämpfe bestimmt, die allerdings im Jahre 1848 mit Volk und ohne Führer und im Jahr 1849 mit Führern und ohne Volk durchgeführt worden wären.<sup>212</sup>

Den komplizierten Regierungsapparat, den die Ordnungspartei wegen der Bedrohung ihrer Herrschaft sowie der Lebensbedingungen ihrer Klasse benötigt hätte, hätte bewirkt, dass die Ausgaben die Einnahmen überstiegen - so Marx - und daher wäre am 31. Oktober 1849 die Regierung zu Gunsten der Finanzaristokratie, aber zu Lasten der Republikaner umgebildet worden: Der verschuldete Staat hätte seine geldlichen Probleme nicht durch eine Besteuerung der reichsten Klasse lösen können und wäre damit der hohen Finanz ausgeliefert gewesen. Marx zeige allerdings am Beispiel der Industrie die Polarisierung und Klassenbildung in der französischen Gesellschaft, denn auch wenn diese zunächst die Finanzaristokratie gestürzt hätte, um ihre Produktionskosten, die u.a. auch von den durch die Staatsschulden und deren Zinsen bestimmten Steuern abgehängt hätten, zu vermindern, so wäre dieser bloßen Schmälerung des Profits durch die Finanz dessen möglicher kompletter Verlust durch das Proletariat gegenübergestanden und da die Industrie bei vorherrschender Agrikultur die französische Produktion und damit auch die Bourgeoisie nicht beherrscht hätte, hätte sie sich letztlich der die Finanzaristokratie beherbergenden Ordnungspartei angeschlossen. Für Tocqueville habe dieser Oktobertag eine gegen die Republikaner gerichtete Regierungsumbildung gebracht, die das persönliche Regiment Louis-Napoléons eingeleitet hätte, so dass er sein Amt als Außenminister niederlegt und sich aus der aktiven Politik zurückgezogen hätte.<sup>213</sup>

Für das Jahr 1850 führen Steinert und Treiber nur noch Ausführungen von Karl Marx an: Hier zunächst den 10. März 1850, an dem die Linken bedeutende Stimmengewinne bei den Wahlen zu verzeichnen gehabt hätte, weil - so der deutsche Revolutionär - Bauern, Kleinbürger, ja die Mittelstände überhaupt mit dem Proletariat in der «roten Partei» verschmol-

---

<sup>211</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Steinert, Heinz / Treiber, Hubert: Die Revolution und ihre Theorien. Frankreich 1848: Marx, v. Stein, Tocqueville im aktuellen Vergleich, Opladen 1975, S.32-33 sowie S.47

<sup>212</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Steinert, Heinz / Treiber, Hubert: Die Revolution und ihre Theorien. Frankreich 1848: Marx, v. Stein, Tocqueville im aktuellen Vergleich, Opladen 1975, S.33 sowie S.47-48

<sup>213</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Steinert, Heinz / Treiber, Hubert: Die Revolution und ihre Theorien. Frankreich 1848: Marx, v. Stein, Tocqueville im aktuellen Vergleich, Opladen 1975, S.33-34 sowie S.48

zen gewesen wären, wobei die Letzteren dort die Führung übernommen hätten. Die gesetzliche Abschaffung des allgemeinen Wahlrechts am 31. Mai 1850 sei für Marx eine Folge des erneuten Fehlverhaltens der Montagne gewesen, die in der die Wahlen vom 10. März 1850 annullierenden erneuten Volksabstimmung vom 28.4.1850 als Siegerin hervorgegangen wäre und nun wieder auf legalem Weg, ohne Revolution geglaubt hätte, bei den nächsten Wahlen im Jahre 1852 mit Hilfe des allgemeinen Wahlrechts sowohl Ledru-Rollin auf den Präsidentenstuhl bringen als auch die Majorität in der Nationalversammlung erlangen zu können, doch die Bourgeoisie hätte es abgeschafft, um sich selbst zu erhalten. Mit diesem Vorgehen hätte sie den für die rote Partei notwendigen, einigenden, allgemeinen und besonderen Vorwand für die neue Revolution gegeben und sich selbst durch die Zurückflucht in die schwächere Monarchie die vollständigste Form ihrer Klassenherrschaft genommen: die konstitutionelle Republik. Der Staatsstreich Louis-Napoléons wäre der Beginn der Auseinandersetzung zwischen Legislative und Exekutive gewesen, die letztlich mit dessen Sieg über das Parlament zur unumschränkten Herrschaft der bürokratischen Exekutive geführt hätte - ein Umstand, der Marx in seinem 18. Brumaire die Entstehungsgeschichte und die Bedingungen des Zentralismus untersuchen habe lassen.<sup>214</sup>

Nach dieser vergleichenden Gegenüberstellung der Revolutionsinterpretationen von Karl Marx, Lorenz von Stein und Alexis de Tocqueville über die Ereignisse von 1848 stellen Steinert und Treiber folgende Übereinstimmungen fest: Die «Provisorische Regierung» sei sowohl für von Stein als auch für Marx ein Kompromiss der verschiedenen Klassen sowie Ausdruck der reinen Demokratie und die Nationalwerkstätten spielten bei ihnen dieselbe Rolle; alle drei Autoren stuften die durch die Wahlen am 23. April 1848 zustandgekommene Nationalversammlung als konservativ ein und seien sich einig, dass die an der Aufrechterhaltung der bestehenden Eigentumsverhältnisse interessierten Besitzenden diesen Wahlausgang herbeigeführt hätten; ebenso sei der Aufstand im Juni 1848 für sie alle ein Klassenkampf, d.h. eine soziale bzw. proletarische Revolution und sie erklärten die sich daran anschließende Reaktion in der gleichen Weise; die Verfassung vom 4. November 1848 habe bei ihnen einen konservativen Charakter, weil das «Recht auf Arbeit» in ein «Recht auf Unterstützung» umgewandelt worden sei; die in diesem Zusammenhang ebenfalls eingeführte Wahl eines Präsidenten interpretiere Tocqueville, aber auch Marx und von Stein - wie ihre Beurteilung von Louis Napoléon zum Präsidenten zeige - als legale Möglichkeit zur Etablierung der Monarchie und der Tag an dem die Wahl stattgefunden habe, sei für alle drei der «Tag der Bauerninsurrektion», wobei der französische Aristokrat und der deutsche Revolutionär den Zentralismus als Erklärung benutzt und die Entstehung dessen fast identisch als Folge des Absolutismus und der Revolutionen erklärt hätten; die weitere Entwicklung der Revolution hätten die drei Zeitgenossen am Verlauf der Auseinandersetzungen zwischen Präsident und Regierung bzw. zwischen der Letzteren und der Parlamentsmehrheit abgeschätzt, wobei Lorenz von Stein und Karl Marx hierbei auch die Abschaffung des allgemeinen Wahlrechts, das Erstarken der Reaktion durch die Regierungsumbildung sowie die Parteinahme Napoléons für die besitzende Klasse mitherangezogen hätten; Marx und Tocqueville, die auch das Jahr 1849 kommentiert hätten, sähen den Juniaufstand dieses Jahres beide als «Straßenprozession» an. Eine Differenz der Drei sei allerdings aufgrund ihrer unterschiedlichen «Theorien des sozialen Wandels» in ihren Prognosen zu erkennen, denn Marx sehe den revolutionären Fortschritt in der «Erzeugung einer mächtigen Konterrevolution», Lorenz von Stein nehme an, das Ganze werde in einer «Herrschaft des gegenseitigen Interesses» enden und Tocqueville sehe die Ereignisse als

---

<sup>214</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Steinert, Heinz / Treiber, Hubert: Die Revolution und ihre Theorien. Frankreich 1848: Marx, v. Stein, Tocqueville im aktuellen Vergleich, Opladen 1975, S.34-35



Teil der demokratischen Bewegung bzw. Revolution an, die zur egalitären Gesellschaft führe.<sup>215</sup>

In einem weiteren Schritt nach diesem Vergleich und seiner Auswertung wollen die Verfasser auf 15 Seiten klären, wie es zu diesen sehr auffälligen Übereinstimmungen zwischen den drei Denkern kommt und geben hierfür drei Untersuchungsebenen vor:

Auf einer ersten Ebene untersuchen sie die mehr oder weniger gleichlautenden auf Plausibilitätsniveau liegenden Interpretationen von Schlüsselereignissen und greifen sich hier als Beispiel die Nationalversammlungswahlen vom 23.4.1848 heraus: Marx begründe hier den konservativen Charakter des Parlaments damit, dass die provisorische Regierung ganz anders als die Revolution von 1789, die damit begonnen hätte, die Feudallasten abzuschüttern, die vier direkten Steuern um 45 Centimes erhöht hätte und mit diesem Schritt u.a. die Bauern getroffen und sie in ihrer Existenz gefährdet hätte, so dass sie unter Leitung der Bourgeoisie und der großen Grundeigentümer hätten wählen müssen. Da sie die Mehrheit des französischen Volkes dargestellt hätten, hätten sie letztlich über das Schicksal der französischen Nation entschieden. Marx sei aber zudem überzeugt gewesen, dass die Februarrevolution die Bourgeoisieherrschaft vervollständigen würde, weil sämtliche besitzenden Klassen in den Kreis der politischen Macht einträten. Lorenz von Stein beschreibe das gleiche Ergebnis und stelle zunächst fest, dass das Proletariat, indem es die Abschaffung des Eigentums und nicht der Kapitalherrschaft verlangt hätte, die Masse der Besitzenden geeinigt hätte. Für den weitaus größten Teil der Bewohner Frankreichs, v.a. im Inneren, sei dieser gesellschaftliche Kampf noch nicht vorhanden gewesen, was sich allerdings geändert hätte, als die Regierung auf Drängen von Vertretern der niederen Klassen die Steuern aufgehoben hätte, jedoch diesen Ausfall durch eine einprozentige Steuer auf hypothekari-sche Forderungen sowie 45 Centimes auf die Grundsteuer ausgeglichen und damit Besitz und Kapital zugunsten der Arbeit beschwert hätte. Diese Maßnahme hätte die besitzende Klasse aufmerksam gemacht und die ruhige Wahl vom 24.4.1848 hätte gezeigt, dass die Nichtbesitzenden ganz entschieden in der Minorität gewesen wären, denn den bedeutend größten Teil der Stimmen hätte wie erwartet die konservative Richtung und hier v.a. die demokratische Partei gewonnen, während die Sozialisten nur einen geringen Stimmenanteil hätten erringen können. Für Tocqueville seien die Revolutionäre von 1848 nicht bössartiger, aber törichter als ihre Vorgänger gewesen, denn während diese Letzteren die Bauern zu Wählern gemacht, den Zehnten, die Fronarbeit und die Herrenprivilegien abgeschafft, sowie die Güter unter den Leibeigenen verteilt und damit Grund und Bodenbesitz weit verbreitet hätten, hätten die Ersteren geglaubt, das Volk durch die bloße Einführung des allgemeinen Wahlrechts gewinnen zu können, doch nach Ansicht des französischen Aristokraten hätten sie den kleinen, meistens verschuldeten Grundbesitzern nicht die Abschaffung des Eigentums, sondern der Schulden versprechen sollen, um bei ihnen revolutionäre Strömungen zu erzeugen. Diese dem Eigentum drohende Gefahr und die Abschaffung des Vermögenszensus, der Teile der Wählerschaft von den Reichen abhängig gemacht hätte, hätte das Volk diejenigen wählen lassen, die den Besitz verteidigt hätten, so dass mehr Großgrundbesitzer in der Kammer gesessen hätten als jemals zuvor, ebenso wie Adlige und religiöse Vertreter. Steinert und Treiber stellen auf dieser obersten bzw. Plausibilitätsebene fest, dass hier zurückliegende Schlüsselereignisse mit Hilfe von plausiblen Argumenten ähnlich Leitartikeln politischer Kommentare kommentiert bzw. erklärt wür-

---

<sup>215</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Steinert, Heinz / Treiber, Hubert: Die Revolution und ihre Theorien. Frankreich 1848: Marx, v. Stein, Tocqueville im aktuellen Vergleich, Opladen 1975, S.49-50

den, wobei deren Interpretation relativ dicht am historischen Geschehen liege, so dass die Fakten nicht wahllos herangezogen werden könnten und demzufolge sehr ähnlich seien.<sup>216</sup> Die zweite Ebene, die die Verfasser untersuchen, ist diejenige des gemeinsam benutzten Vokabulars, das nach ihrer Vermutung vielleicht lediglich die Sprache ihrer Zeit darstellen könnte: Klasse, Klasseninteresse, Klassenkampf, Klassenherrschaft, abhängige Klasse oder herrschende Klasse seien Ausdrücke, die die Denker in ihren Arbeiten häufig verwenden würden und da bei Karl Marx und Lorenz von Stein der Klassenbegriff einem dichotomen Gesellschaftsmodell zugeordnet werde, verstärkte sich zwar der grundsätzliche Eindruck, sie gehörten Kategorien des historischen Materials an, doch Steinert und Treiber wollen prüfen, inwieweit sich nicht doch andere Bedeutungsinhalte dahinter verbergen. Marx' ökonomischer Klassenbegriff gehe davon aus, dass sich Klassen zu bilden begännen, wenn gleiche verbindende wirtschaftliche Interessen vorhanden seien, doch ein Wandel von einer solchen «Klasse an sich» zu einer «Klasse für sich» setze eine ganz bestimmte Qualität von Klassenbewusstsein voraus, das erst entstehe, wenn organisierte Gruppen in politische Auseinandersetzungen eingreifen würden. Diese zwei Stadien der Klassenentwicklung kenne auch der ebenfalls ökonomische Kriterien verwendende Lorenz von Stein, der die niedere Klasse der Gesellschaft zunächst nur durch ein rein äußerliches Moment, die Arbeit, verbunden sehe, die jedoch mangels gemeinschaftlichen Willens, also gemeinschaftlicher Auffassung ihrer Lage sowie gemeinschaftlicher Forderung kein inneres Ganzes darstelle. Die Klassen selbst unterschieden sich für ihn durch das Vorhandensein von Kapitalbesitz oder dessen Nichtvorhandensein, für Marx durch Eigentum bzw. Nicht-Eigentum. Was Tocqueville betreffe, so tauche der Klassenbegriff in seinen Analysen nur vereinzelt auf, und eine Äußerung wie, dass allein die Klassen die Geschichte beschäftigen würden, mache ihn nicht zu einem «konservativen Marxisten», so dass bei diesem Denker die Bedeutung des Klassenbegründers nur durch eine in weiterem Interpretationszusammenhang gestellte Passage herausgearbeitet werden könne. In seinem Amerikabuch im Kapitel «Wie die Aristokratie aus der Industrie hervorgehen könnte», stelle er fest, dass die Arbeitsteilung und die die Massenproduktion ermöglichende Mechanisierung der Arbeit den Arbeitern von seinem Produkt entfremde sowie ihn zu einem den Abstand zu den Fabrikleitern vergrößernden Handlanger mache, wobei die mit dieser Produktionsform verbundenen ökonomischen Umstände die Lebenslage, das Ausbeutungsverhältnis und die Abhängigkeit auch für die nachfolgende Generation festschreiben würden. Diese Beschreibung der Lage der Arbeiter beziehe sich auf Marx' Kategorie «Klasse an sich», so dass der marxsche Klassenbegriff nicht ganz zutreffend sei.<sup>217</sup>

Die dritte und letzte Ebene, die Steinert und Treiber am Beispiel des Juniaufstandes von 1848 herausarbeiten, ist die über der bloßen Plausibilität liegende Ebene der Hilfstheorien. Sie beginnen mit Marx, für den der Juniaufstand der erste Kampf der beiden Klassen um die Erhaltung bzw. Vernichtung der bürgerlichen Ordnung gewesen sei und jede Revolution nach dieser hätte nicht wie im Februar 1848 die Umwälzung der Staatsform, sondern der bürgerlichen Gesellschaft angestrebt. Er sei der Überzeugung, bürgerliche bzw. politische Revolutionen schafften eine weitere Konzentration des Kapitals sowie Verelendung des Proletariats und damit eine akute Situation, die durch eine manifeste, ökonomische sowie universelle Krise die proletarische bzw. soziale Revolution auslösen würde. Im Juni 1848 habe sich für Lorenz von Stein gezeigt, dass die Gesellschaft in zwei Lager gespalten wäre und die Schwäche der Regierung hätte es in dem bevorstehenden Bürgerkrieg jeder Klasse möglich gemacht, bei einem Wechsel der Personen die Staatsgewalt zu erlangen. Es

<sup>216</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Steinert, Heinz / Treiber, Hubert: Die Revolution und ihre Theorien. Frankreich 1848: Marx, v. Stein, Tocqueville im aktuellen Vergleich, Opladen 1975, S.50-53

<sup>217</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Steinert, Heinz / Treiber, Hubert: Die Revolution und ihre Theorien. Frankreich 1848: Marx, v. Stein, Tocqueville im aktuellen Vergleich, Opladen 1975, S.54-56

wäre zudem deutlich geworden, dass sich in der bisherigen nach der ersten Revolution und den danach erfolgten Ereignissen geschaffenen Gesellschaft ein furchtbarer, immer drohender werdender und allen politischen Fragen zugrunde liegender Gegensatz entwickelt hätte und es ließe sich ganz offen der Satz aufstellen, dass die nächste Revolution eine soziale sein werde, von der sich das seit Jahrhunderten durch den Staat verwaltete Volk eine Lösung wiederum durch die Staatsgewalt erhoffen würde. Zur bürgerlichen Revolution würde es kommen, weil die abhängige, bürgerliche Klasse - nachdem die feudale nur noch von ihrem angehäuften Besitz lebe - mittels Arbeit zu Besitz gelangen könne, aber trotzdem politisch unfrei bleibe und nur durch eine Revolution die Staatsverfassung der veränderten Gesellschaftsstruktur anpassen könne. Im Rahmen ihrer revolutionären Bestrebungen würden sie sich auch der breiten nicht besitzenden Masse bedienen, indem sie den nur für einen Teil der Bevölkerung realisierbaren Anspruch auf gleiches Recht für alle abhängigen Bürger geltend machten, ohne ihn auch wirklich in seiner Gesamtheit durchsetzen zu wollen. Dieser Widerspruch sei bei der sozialen bzw. proletarischen Revolution voll entwickelt, denn die neue besitzende Klasse könne auf die Arbeit nicht verzichten, so dass den Nicht-Besitzenden der Aufstieg verwehrt werden würde, das erwerbende Kapital sich beständig vergrößere und in diesem Zusammenhang gleichzeitig versuche, den Arbeitslohn sehr niedrig zu halten, gerade ausreichend für die Reproduktion der Arbeitskraft. Tocqueville merke zu der Außergewöhnlichkeit des Juniaufstandes von 1848 an, dass hier nicht wie bisher eine Änderung der Regierungsform, sondern der Gesellschaftsordnung angestrebt worden wäre, es sich daher nicht um einen politischen, als vielmehr um einen wenn auch brutalen, blinden, aber dennoch machtvollen Klassenkampf gehandelt hätte, der den Arbeitern aus der ihnen als rechtswidrig geschilderten Bedrückung helfen und gewaltsam den Weg in ein vorgespiegeltes Wohlergehen hätte bahnen sollen. Bereits am 29.1.1848 habe Tocqueville in der Abgeordnetenkammer davor gewarnt, dass sich die politischen Leidenschaften der Arbeiter in soziale gewandelt hätten, die die Gesellschaftsordnung selbst erschüttern und umstürzen würden. Da der Blick ins Jenseits immer dunkler werden würde und das Elend im Diesseits unerträglicher wäre, hätte das Volk sich zunächst durch eine Änderung der politischen Gesetze helfen wollen, wodurch sich ihr Schicksal jedoch kaum verbessert hätte, so dass für sie klar geworden wäre, dass sie die Grundgesetze der Gesellschaft selbst ändern müssten und da die französische Revolution lediglich das Fundament der sozialen Ordnung, nämlich das Eigentumsrecht aufrecht erhalten hätte, hätten sie dieses letzte Privileg der untergegangenen aristokratischen Welt inmitten einer gleichgemachten Gesellschaft beseitigen wollen. Alle drei Klassiker würden diesen Wandel von der politischen zur sozialen Revolution beobachten und diese Feststellung in ein auf höherem Abstraktionsniveau liegendes Konzept einbetten: Marx glaube, durch die Umwälzung mittels einer «proletarischen Revolution» eine in Struktur und Produktivkräften ausgeglichene Gesellschaft erhalten zu können, während Lorenz von Stein die nicht enden wollende Dialektik von Herrschaft und Unterdrückung durch sein Konzept der «sozialen Reform» löse. Was Tocqueville betreffe, so sehe er die bürgerliche Gesellschaft durch das Prinzip der Egalisierung bzw. ganz allgemeingültig i.S. seiner «Theorie des sozialen Wandels» durch das Prinzip der «demokratischen Bewegung» bedroht.<sup>218</sup>

Zusammenfassend stellen die Verfasser nach ihren bisherigen Ausführungen fest, dass die drei Denker fast dieselben Schlüsselereignisse aus dem Revolutionsverlauf herausnehmen und beschreiben würden, wobei hier die weitgehende Übereinstimmung durch die enge Anlehnung an die historischen Fakten zustandekomme. Verließen sie die Ebene der bloßen Deskription und analysierten sie den Revolutionsprozess mit Hilfe plausibler Argumente unter Verwendung relativ autonomer, durch ihre jeweiligen «Theorien des sozialen Wan-

---

<sup>218</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Steinert, Heinz / Treiber, Hubert: Die Revolution und ihre Theorien. Frankreich 1848: Marx, v. Stein, Tocqueville im aktuellen Vergleich, Opladen 1975, S.56-61

dels» ergänzte, Hilfstheorien bzw. Theoreme, so würden sich Marx, Lorenz von Stein und Tocqueville wiederum sehr stark aneinander annähern, was Steinert und Treiber auch darauf zurückführen, dass dies damals h.M. gewesen wäre. Beispielhaft geschehe dies in der von den drei Zeitgenossen aufgestellten, damals wie es scheint weitverbreiteten Meinung, dass politische Revolutionen durch soziale abgelöst und dann nicht mehr lediglich nur die politische Ordnung, sondern die tragende Gesellschaftsstruktur ändern wollen würden. Auch bei der Verwendung begrifflicher Kategorien sind gewisse Harmonien bei den drei Theoretikern zu beobachten und zwar nicht lediglich äußerlich durch die bloße Wortwahl, sondern auch inhaltlich, etwa wenn sie einen Zustand beschreiben und analysieren würden, der sich mit dem Konzept der «Klasse an sich» decke. Allerdings würden nur Marx und Lorenz von Stein den Zustand der «Klasse für sich» kennen, was damit zusammenhänge, dass Tocqueville dem Proletariat keine führende Rolle im Prozess der gesellschaftlichen Umstrukturierung zuweise. Generell halten die Verfasser eine zunehmende Differenz der Autoren untereinander fest, wenn die Analysen abstrakter würden, weil sich hier die Interessen der Autoren einschoben und so prognostizierte Marx die «Klassenherrschaft», von Stein die «Gesellschaftsordnung des gegenseitigen Interesses» und Tocqueville die nivellierende Bewegung der «demokratischen Revolution». Dieser beschriebene Vorgang zeige aber darüber hinaus auch, dass objektives Wissen nicht konstruiert werden könne oder ganz einfach abrufbar sei, sondern auf einem historisch-konkreten Problembewusstsein, einem begrifflichen Instrumentarium sowie gewissen Wissenschaftsstandards beruhe.<sup>219</sup>

In ihrem vorletzten, 15 Seiten umfassenden Kapitel wollen Steinert und Treiber anhand des zuvor dargestellten Theorienmaterials dessen paradigmatischen Charakter für das sozialwissenschaftliche, vielleicht sogar für das gesamte wissenschaftliche Arbeiten aufzeigen. Dabei betonen sie allerdings ausdrücklich, dass ihr Datenmaterial nicht nur ausschließlich aus historischem Material bestehe, sondern auch sehr willkürlich ausgewählt sei, wobei sie diesbezüglich anführen, dass die Untersuchung der Ereignisse von 1848 etwa für Marx' Gesamttheorie nur eine in einer Reihe von anderen ausschlaggebenderen Interpretationen darstelle sowie dass keiner der drei Denker seine Theorie einer kritischen Prüfung unterzogen habe, sondern die Ereignisse im Hinblick auf ihr theoretisches Konzept gedeutet hätten, was jedoch keinen Nachweis für deren Ungültigkeit darstelle. Der erste und allgemeinste Schluss aus ihren Untersuchungen ist, dass ab einem gewissen Komplexitätsgrad die Ableitungen wegen ihrer hohen Zahl an Daten und Annahmen einerseits leicht eine Korrektur auf der Operationalisierungsebene zuließen, aber andererseits eine einzelne Isolierung von Faktoren nicht mehr gestatten würden, weswegen mit dem Modell der Falsifikation keine Überprüfung mehr möglich sei. Als Problem in diesem Zusammenhang stelle sich aber auch der sogenannte Erwartungshorizont bzw. das Hintergrundwissen dar, unter dem Popper die durch eine Hypothese determinierte Beobachtung eines Wissenschaftlers verstehen möchte, denn solle eine Hypothese mit gewissem Abstraktionsgrad überprüft werden, so müsse sie mit Hilfe von Alltagstheorien wieder hinunterkonkretisiert werden. Dies sei auch bei den Analysen von Marx, von Stein sowie Tocqueville geschehen und habe wesentlichen Anteil an den ausgeprägten Übereinstimmungen der drei Denker. Zwar könne man dieses Problem umgehen, indem man den Erwartungshorizont in einzelnen Teilen teste, aber die hieraus gewonnenen, banalen Thesen fänden in der Wissenschaft keine Anerkennung und zudem unterliege ein solches Verfahren historischen, also etwa gesellschaftlichen Veränderungen und würde bei streng empirisch-analytischer Vorgehensweise mit seiner Zeit nicht Schritt halten können. Trotz dieser Schwierigkeiten stellt der Erwartungshorizont mit seinen Alltagserklärungen, die er bietet, ebenso wie das von Toulmin

---

<sup>219</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Steinert, Heinz / Treiber, Hubert: Die Revolution und ihre Theorien. Frankreich 1848: Marx, v. Stein, Tocqueville im aktuellen Vergleich, Opladen 1975, S.61-63

und Kuhn mit ähnlicher Bedeutung formulierte Paradigma eine Orientierungshilfe in der Wissenschaft dar. In diesem Zusammenhang ergebe sich das in der Wissenschaft vergleichsweise kaum bearbeitete Problem der Beziehungen zwischen unterschiedlich abstrahierten theoretischen Ebenen, bei dem davon ausgegangen werde, dass eine gute Theorie von Protokollsätzen und empirischen Verallgemeinerungen ausgehe und in jeder höheren Ebene die vorhergehende erkläre wobei gewöhnlich an ein axiomatisches System oder an eine isolierte Einzelhypothese angeknüpft werde, doch die Analyse der Revolutionstheorien zeige eine eher lose Verbindung der verschiedenen Theorieebenen. So werde auf der Beschreibungsebene mit Alltagstheorien gearbeitet, die mit den höheren theoretischen Ebenen, die sich höchstens bei der Wahl des Beobachtungsobjektes, nicht jedoch bei den Einzelbeobachtungen durchsetzen, nichts zu tun hätten, so dass die Vermittlung durch eine in komplizierter Beziehung nach oben und unten stehende Zwischenebene erfolge. Die Revolutionsanalysen von Marx, Tocqueville sowie von Stein wiesen aufgrund ihrer weitgehenden Übereinstimmung darüber hinaus auf ein gemeinsames, unterschiedliche Theorieebenen umfassendes Paradigma hin und da diese Parallelen auf der Ebene der Alltagstheorien besonders ausgeprägt seien, sei es deren Aufgabe das Paradigma zu konstituieren. Das Paradigma beschreibe nach Kuhn und Toulmins aber auch selbstverständliche Vorstellungen, etwa darüber was «natürliche Bewegung» sei und besitze damit eine zweite Funktion, die es im Rahmen der Beispiele in Form der Zwischentheorien übernehme und die es zusammen mit seiner ersten Aufgabe auch in einem einzigen, geschlossenen Modell erfüllen könne, wobei es jedoch bei einer Abstrahierung aus verschiedenen Teilen und Ebenen einer komplexen Theorie unterschiedlich sein könne, was seine uneinheitliche und inkonsequente Verwendung zeige, von dem auch der Erwartungshorizont nicht ausgeschlossen sei. Die hier analysierten Theorien würden daher zeigen, dass das Gundparadigma bzw. die Leitidee auf jeder Ebene von anderen Elementen durchdrungen sei und neue Ideen in sich aufnehmen, so dass die Abstraktion von Beobachtungseinheiten nicht nach einem einheitlichen Gesichtspunkt erfolge, sondern von verschiedenen Ebenen aus, wobei bei den Detailinterpretationen das Alltagswissen eine große Rolle spiele, was eine Überprüfung schwierig und keineswegs eindeutig mache. Diese unterschiedliche Verwendung des Paradigmas mache das wissenschaftliche Vorgehen der drei hier untersuchten Theoretiker jedoch nicht vorwissenschaftlich oder schlecht, sondern sei vielmehr auch in der heutigen Wissenschaft eine typische Arbeitsweise und werde auch bei empirischen Arbeiten verwendet, so etwa in Durkheims Werk «Suicide»:<sup>220</sup>

Da Durkheim Poppers Schriften nicht gekannt hätte, wäre sein empirisches Arbeiten noch nicht von dessen Kriterien geprägt gewesen, d.h. er habe keine Thesen vorangestellt, deren Ableitungen er dann mit vorhandenen Daten verglichen habe, sondern er habe zunächst einmal Zeitreihen der Selbstmordhäufigkeiten und Selbstmordziffern verschiedener Länder vorgelegt und sei damit zu seinem Ausgangspunkt gelangt, nämlich der Erklärung der erstaunlich stabilen Selbstmordrate als auf soziale Ursachen zurückzuführendes Phänomen, das in jeder Gesellschaft vorhanden sei. Bestimmenden Einfluss auf diese Rate übe für Durkheim die Religionszugehörigkeit aus, denn protestantische Länder bzw. Bevölkerungskreise wiesen mehr Selbstmorde auf als katholische, was darauf zurückzuführen sei, dass die Kirche der Ersteren wegen ihrer freien Glaubensforschung und damit verbundenen freien Kritik nicht nur eine Spaltung voraussetze, sondern diese vervielfache, während diejenige der Letzteren keinerlei Einsicht in ihre Glaubenslehren gebe und eine Hierarchie von Autoritäten zur Traditionsgarantie aufbiete und damit im Gegensatz zu ihrer Konkurrentin integrierend wirke. Angesichts des Gesagten stellen Steinert und Treiber fest, dass Durkheim eine ganze Religionstheorie aufbauen müsse, um die Zusammenhänge zu erklä-

---

<sup>220</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Steinert, Heinz / Treiber, Hubert: Die Revolution und ihre Theorien. Frankreich 1848: Marx, v. Stein, Tocqueville im aktuellen Vergleich, Opladen 1975, S.64-70

ren, die allerdings eine ganze Reihe von losen Enden und unausgesprochenen Voraussetzungen aufweise, die weitere Theorien erfordern würde, so etwa die Behauptung, dass die protestantische Vorliebe für freie Forschung und freie Kritik nur bei einer gleichzeitig vorhandenen Vorliebe fürs Lernen entstehe, was wiederum ein hohes Bildungsbedürfnis voraussetze, das zur Orientierung in einer schwer verständlichen Gesellschaft diene und das bei Erschütterung der allgemeinen Dogmen sich in groben Zügen in den Bahnen des Selbstmordes bewege. Unklar bleibe trotz dieser Erklärung Durkheims wie es zu dieser Vorliebe für freie Forschung und Kritik komme und weshalb die Protestanten mehr lerneten: Die Ursache für ihr höheres Bildungsniveau könne in ihrer Religionszugehörigkeit liegen; möglich wäre aber auch, dass sie wegen ihrer höheren Bildung ihrer Glaubensgemeinschaft beigetreten seien. Vielleicht besäßen sie jedoch beides, weil sie einer bestimmten Schicht zugehörten, vielleicht sei aber auch diese Zugehörigkeit zu einer bestimmten Schicht Voraussetzung für deren Religion und Bildung. Durkheim erkläre das fehlende Bedürfnis sich zu bilden mit Hilfe neuer theoretischer Annahmen, so etwa - in der Vorstellung die allgemeine Schulpflicht diene einem Orientierungsbedürfnis und nicht der bloßen besseren Verwaltbarkeit sowie industriellen und konsummäßigen Einsetzbarkeit der Untertanen - mit dem Analphabetentum oder dem geringen intellektuellen Interesse der traditionsgebundenen, weniger Selbstmorde begehenden Frauen. Schwierigkeiten bekomme der Franzose allerdings mit seiner Argumentation, was die jüdische Religionsgemeinschaft betreffe, in der die Selbstmordrate trotz einer außergewöhnlich großen Basis für die Bildung sehr gering sei, und begründe dies damit, dass die Bildung hier dazu diene, um im Kampf bezüglich ihres Minderheitenstatus besser gerüstet zu sein und nicht um kollektive Vorurteile durch reflektierte Ansichten zu ersetzen. Im Kapitel über den «anomischen Selbstmord» führe Durkheim auch die Scheidungsquote als Indikator für die Selbstmordziffern an, wobei die Zahl der Trennungen in den protestantischen Kantonen am höchsten sei, gefolgt von den gemischten und den Abschluss bildeten die Katholischen. Diese parallele Entwicklung von Scheidung und Selbstmord habe ihre Ursache keineswegs in der schlechteren Qualität der Ehepartner und den damit verbundenen unglücklichen Ehen, sondern entspringe einer allgemeinen, während der Ehe zustande gekommenen moralischen Verfassung, die ihre Wurzeln im Nachlassen der ehelichen Normen habe, allerdings das eigentliche Institut überdauere und die auffallende Selbstmordneigung der Geschiedenen bewirke. Diese Argumentation mit der Durkheim den Bezug zwischen den empirischen Scheidungs- und Selbstmordquoten und seinem Anomiekonzept herstelle, hätte sich direkter und analog für den Faktor «Religion» führen lassen, wäre aber dann in dem für Durkheim sehr wichtigen Kapitel zum anomischen Selbstmord nicht zur Verfügung gestanden. Sie gehe zwar darüber hinaus ohne es zu erwähnen davon aus, dass die Selbstmordquote im Schnitt für Geschiedene viermal so hoch sei wie für Verheiratete und Ledige, wobei sie aufgrund ihrer Annahme, dass die Scheidung ein bloßes Symptom für den Zustand einer Ehe sei, zu dem Schluss komme, die hohe Selbstmordquote dieser gesellschaftlichen Gruppe liege im anomischen Zustand in und nicht nach der Ehe, so dass sie trotz der relativen Häufigkeit von Scheidungen in einem Land die Selbstmorde von Geschiedenen nicht beachte, auch wenn diese rein numerisch nicht vernachlässigt werden könnten. Problematisch sei zudem, dass mit hohen Scheidungsquoten auch hohe Wiederverheiratsquoten verbunden seien und die so entstandenen neuen Ehen wiederum einen Selbstmordschutz genießen müssten, was jedoch nicht mit der angeblichen Anomie dieses Instituts in Einklang zu bringen sei, sondern bestenfalls mit der Situation eines Geschiedenen und Alleinbleibenden. Während das erste Beispiel der Religionszugehörigkeit als Selbstmordfaktor zeige, dass jede Überprüfung und Operationalisierung neue Theoriestücke erfordere, die sich in der Regel auf dem Niveau von Alltagstheorien befänden, wie etwa Durkheims implizierte und nur in wenigen Nebensätzen relativierte Annahme, dass offizielle Statistiken

das Ausmaß gesellschaftlicher Phänomene relevant wiedergäben, auch wenn diese im Rahmen sozialer Prozesse fungieren und etwa nicht zwischen den unterschiedlichen Sanktionen der verschiedenen Religionen differenzierten, so werde am zweiten Beispiel der Scheidung als Selbstmordfaktor der lockere Zusammenhang zwischen illustrierten und in der Anwendung gezeigtem Konzept sowie Empirie deutlich, der genügend Raum für alternative Ableitungen schaffe. Anhand des Anomiebegriffs ließen sich desweiteren die verschiedenen Theorieebenen deutlich herausarbeiten: Die oberste Ebene umfasse den empirisch kaum behandelbaren Leitgedanken, dass die Befriedigung der ansonsten unendlichen Bedürfnisse nur mit Hilfe von Beschränkung sowie sozialem Zwang erreicht werden könnten; die unterste Ebene befasse sich mit den Zusammenhängen zwischen Selbstmordquoten und anderen Indikatoren, die für sich dann nochmals eine Theorie, z.B. der Religion, Geschlechtsunterschiede, Ehe, Familie oder Scheidung erfordern würden und mit dem Leitgedanken in Verbindung stünden, wie etwa die Ehe, die die erlaubten Bedürfnisse begrenze oder die Frauen, die im Gegensatz zu den Männern in ihren unmittelbarer mit dem Organismus im Zusammenhang stehenden Forderungen eine wirksame Begrenzung fänden. An diesem Beispiel der Geschlechtsunterschiede lasse sich auch die empirische Abdeckung von Durkheims Anomiekonzept durch Alltagstheorien deutlich machen, denn er stelle zunächst fest, dass der «Erhaltungskoeffizient» bzw. die Selbstmordrate der verheirateten Männer zu den unverheirateten Männern um so höher sei, je mehr Scheidungen vorgenommen würden und interpretiere dies dahingehend, dass der Mann in der Ehe aufgrund der allgemeinen Sittenauffassung bestimmte Privilegien besitze, um die Strenge der Vorschriften abzumildern, während die Frau diese Möglichkeit nicht habe. Er kehre diese Auslegung allerdings ansonsten auf die für Steinert und Treiber bekannte Alltagstheorie um, dass Frauen keinen Zwang benötigten, weil sie ohnehin biologischen Zwängen unterlägen und füge dem hinzu, dass jedoch für die Männer der Zwang der Ehe wohl­tätig sei. Ein weiterer Beleg für das Anomiekonzept lasse sich analog analysieren: Der französische Soziologe ordne erfolgreiche Weltausstellungen den angenehmen Ereignissen zu, weil sie die Geschäfte anregen, Geld ins Land bringen und den allgemeinen Wohlstand heben würden, allerdings müsse dies mit dem Ansteigen der Selbstmordrate bezahlt werden, wobei er jedoch außer Acht lasse, dass durch solch ein Ereignis mehr Leute angezogen würden, die relativ anonym und allein blieben, so dass eine künstliche Erhöhung der Selbstmordrate zu erwarten sei. Durkheims Anomiekonzept lasse sich nur durch das Dazwischenschalten einer Alltagstheorie empirisch festmachen, allerdings werde damit klar, dass der agoistische, altruistische sowie anomische Selbstmordtyp die Funktion der mittleren Theorieebene übernehme, auf der Einzeltheorien mit empirischen Belegen sowie dem Leitgedanken in Verbindung gebracht werden würden. Es werde aber darüber hinaus ersichtlich, dass die theoretischen Ebenen zueinander in einem komplexen Verhältnis stünden und die Ableitungen keinen direkten Bezug zueinander hätten, vielmehr kämen auf der unteren Ebene noch Theoriestücke, v.a. die Theoriedaten hinzu, die den Umgang mit Statistiken im Wesentlichen steuerten. Es zeige sich also, dass sich beim empirischen Arbeiten mit statistischem Material dieselben Schwierigkeiten ergäben wie sie bei Tocqueville, Marx und von Stein beim Umgang mit ihrem historischen Material zu beobachten seien: Theorien von einiger Reichweite seien nicht getestet, sondern nur plausibel gemacht worden und die große Menge an zusätzlichen theoretischen Annahmen um die Daten mit der eigentlichen Theorie in Bezug zu setzen, mache diese eigentliche Theorie lose, womit die Falsifikation ihren zwingenden Charakter verliere.<sup>221</sup>

---

<sup>221</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Steinert, Heinz / Treiber, Hubert: Die Revolution und ihre Theorien. Frankreich 1848: Marx, v. Stein, Tocqueville im aktuellen Vergleich, Opladen 1975, S.70-78

Die Verfasser sind in ihrem abschließenden sieben Seiten umfassenden Kapitel «Norm und Sanktion im Wissenschaftsbetrieb» angesichts dieser vorangegangenen Ausführungen daher überzeugt, dass eine Theorie - wie etwa diejenige von Karl Marx - deren Erklärung misslinge, anders als Popper folgere, nicht aufzugeben sei, sondern repariert werden solle, wobei die weitgehenden Übereinstimmungen auf den unteren Ebenen den Zusammenhalt der wissenschaftlichen Gemeinschaft fördern, während die oberen theoretischen Ebenen deren Verschiedenheit begründen würden. Rational strukturieren ließen sich die Theorien durch theoretische, sich separat voneinander entwickelnde Subkulturen, doch der durchschnittliche Wissenschaftler interessiere sich lediglich für einen Aspekt der Welt und benötige das theoretische Instrumentarium allein zur Verständigung sowie Überzeugung seiner Kollegen. Die Wissenschaftstheorie helfe ihm in diesem Zusammenhang insofern, als sie die logische Struktur eines akzeptablen wissenschaftlichen Ergebnisses rekonstruiere und dadurch Regeln dafür aufstelle, was als wissenschaftlich gelten solle, wobei der Wissenschaftstheoretiker mit Kritik, deren Anordnung und im Extremfall sogar mit der Ausstoßung des Kollegen aus dem Fach, versuche deren Einhaltung zu kontrollieren, doch die eigentliche Aufgabe wissenschaftlichen Arbeitens bestehe in der Legitimitätsüberprüfung der von ihr erarbeiteten Ergebnisse, so dass zwischen den eigentlichen Akteuren und denjenigen, die die Normen setzten nur im Konfliktfall und im Nachhinein ein Kontakt entstehe, den der Erstere etwa durch die Behauptung der Nichtanwendbarkeit der Norm zu vermeiden suche: Im alltäglichen Betrieb werde - was die Kritikerarbeit betreffe - keinerlei Theorie bemüht, sondern der schlichten alltäglichen Logik entspringende Argumente benutzt, wie etwa aus A folge B; was die sonstige Arbeit angehe, so folge sie Handwerksregeln, während die Legitimation des Vorgehens sowie der Ergebnisse erst im Anschluss erfolge, so dass die Wissenschaftstheorie in der täglichen Arbeit kaum eine Rolle spiele. Dies führe in der Wissenschaftstheorie dazu, dass zum Teil vereinfachte und isolierte, zum Teil aber auch außergewöhnliche und paradoxe Beispiele verwendet würden, so dass sie ihren Schwerpunkt zunehmend von der normativen auf die empirische Seite verschiebe, was am Ende von Kuhns Arbeit «The Structure of Scientific Revolutions» sowie Toulmins Werk «Foresight and Understanding» deutlich werde, die beide als Versuche zu bewerten seien, den normativen Anspruch zurückzuweisen. Hätten früher die Theoriekonzepte der Rechtfertigung ganzer Wissenschaftsrichtungen gedient, so seien sie heute nur subsidiär vonnöten, denn eine Forschungsrichtung müsse ihre Brauchbarkeit nachweisen und ihre Existenz durch Verkäuflichkeit und emotionale «Ansprecher» sichern. So seien die neuen Wissenschaftstheorien des Neopositivismus sowie des kritischen Rationalismus entstanden, weil die Metaphysik bereits an Glaubwürdigkeit und Anspruch verloren gehabt habe und von den Naturwissenschaften verdrängt worden sei, wodurch sich zeige, dass jedes Normsystem zum Realitätsverlust neige, was manchmal dazu führe, es an die veränderten Fakten anzupassen. Topitsch sage hierzu, dass die intentionale Weltauffassung vorgegebenen Wertungen aus dem Bereich der menschlichen Lebensnotwendigkeiten sowie Lebensansprüchen entspringe, denen sie erhöhte Autorität verleihe, d.h. das normative System orientiere sich an dem, was es als tatsächlich gegeben annehme, versuche es jedoch gleichzeitig ordnend zu bewerten. Was also als normatives Unternehmen zur Abgrenzung gegenüber der Metaphysik begonnen habe, habe zu der Erkenntnis geführt, dass testbare Theorien zwar nicht unbedingt auf Metaphysik, aber doch auf untestbaren, wenn auch teilweise wissenschaftsimmanenten, zum größten Teil jedoch soziologisch erklärbaren Zeitgedanken, Paradigmata und Hintergrundwissen beruhen, wobei die neue Gesetzmäßigkeit gelte: Lass dich von Normen nicht einschüchtern! Die Wissenschaftstheorie habe heute nicht mehr die Wahrheit oder auch wie bei Popper die graduelle Wahrheit zum Ziel, sondern wie bei Feyerabend oder Spinner den Fortschritt der Wissenschaft, was zu einer Auflösung der Doppelmoral zwischen Selbstdarstellung und tatsächlichem Handeln führe -



ein Problem das auch die Politik betreffe, die dadurch allerdings die Möglichkeit erhalte, glücklicher und verantwortlicher mit ihrer Macht umzugehen. Was die «Theorien des sozialen Wandels» betreffe, so bestehe der wissenschaftliche Fortschritt auch in der Rückbeziehung auf die mit ihr sowie dem zugrundeliegenden Paradigma verbundenen Interessen.  
222

Betrachtet man das Buch von Steinert und Treiber allein dahingehend, welche Erkenntnisse es für den Vergleich der beiden Theoretiker Alexis de Tocqueville und Karl Marx hervorbringt, so kann man Nachfolgendes festhalten: Nach den Untersuchungsergebnissen der Verfasser ist Marx davon überzeugt sei, dass die ökonomische Struktur die verschiedenen Gesellschaften in der Geschichte bestimmt habe, während Tocqueville davon ausgehe, dass eine bereits seit dem 11. Jahrhundert laufende demokratische Revolution im Gange sei. Diese Revolution, so glaube der französische Aristokrat, sei nicht mit unumstößlicher Gewissheit der amerikanische Erfolg garantiert, sondern von der ihr inhärenten Tendenz zur Tyrannei der Mehrheit bedroht, mit anderen Worten: die Entwicklung der Demokratie sei völlig offen. Sein deutscher Zeitgenosse teile diese Ansicht nicht, vielmehr nehme er einen festgelegten positiven Verlauf der geschichtlichen Entwicklung an: Er gehe davon aus, dass es in jeder Epoche eine herrschende Klasse gegeben habe, die ihre Stellung gegenüber einer unterdrückten, zunächst nichtorganisierten Masse verteidigt habe. Nun sei es diesen Beherrschten allerdings bei gleichbleibenden Verhältnissen gelungen, sich weiter zu entwickeln und ihre Interessen zu organisieren, was zu immer intensiveren Konflikten zwischen den beiden Gruppen geführt habe, die in revolutionären Umwälzungen geendet und die ehemaligen Gegner an den Platz der bisher herrschenden Klasse gebracht hätten. Letztlich sei Marx überzeugt, dass wenn in der kapitalistischen Gesellschaft die Produktivkräfte die höchste Form ihrer möglichen Entwicklung erreicht hätten, eine kommunistische Gesellschaft entstünde, in der die Produktionsverhältnisse und die Produktivkräfte immer in einem ausgeglichenen Verhältnis blieben.

Bei ihrer Betrachtung der von beiden Denkern untersuchten französischen Revolution von 1848 entdeckten Steinert und Treiber eine weitgehende Übereinstimmung in der Einschätzung dieses Ereignisses. Sowohl Tocqueville als auch Marx würden die durch die Wahlen vom 23. April 1848 zustandekommene Nationalversammlung als konservativ einstufen und seien sich einig, dass die an der Aufrechterhaltung der bestehenden Eigentumsverhältnisse interessierten Besitzenden Großgrundbesitzer, Adlige und religiöse Vertreter gewählt hätten, weil eben diese den bestehenden Besitz verteidigen würden. Ebenso sei der Aufstand im Juni 1848 für die beiden ein Klassenkampf gewesen, d. h. eine soziale bzw. proletarische Revolution, deren Scheitern zu einer weiteren Verbreitung der sozialistischen Ideen bzw. zu einem politischen Abwandern zu den Arbeitern geführt hätte. Auch die Verfassung vom 4. November 1848 hätten sie als konservativ eingestuft, weil das «Recht auf Arbeit» in ein «Recht auf Unterstützung» umgewandelt worden sei und die gleichzeitig eingeführte Wahl eines Präsidenten interpretierten sie als legale Möglichkeit zur Etablierung der Monarchie. Der Tag, an dem die Wahl stattgefunden hätte, wäre für beide der «Tag der Bauerninsurrektion» gewesen, weil die zahlenmäßig stärkste Bevölkerungsgruppe der Bauern in ihrem Wunsch nach Ruhe und Ordnung für Louis-Napoléon gestimmt hätte, wobei die eigentliche Ursache im Zentralismus Frankreichs zu finden sei, der im Rahmen des Absolutismus und der Revolutionen entstanden sei. Die weitere Entwicklung der Revolution schätzen die beiden Theoretiker am Verlauf der Auseinandersetzungen zwischen Präsidenten und Regierung bzw. zwischen der Letzteren und der Parlaments-

---

<sup>222</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Steinert, Heinz / Treiber, Hubert: Die Revolution und ihre Theorien. Frankreich 1848: Marx, v. Stein, Tocqueville im aktuellen Vergleich, Opladen 1975, S.79-85

mehrheit ab. Schließlich sähen Marx und Tocqueville beide den Juniaufstand des Jahres 1849 als Straßenprozession an. Ihre Einschätzung der Ereignisse in Frankreich in den Jahren 1848 und 1849 sei damit sehr ähnlich, wenn sie sich auch in ihren Prognosen unterscheiden würden und Marx diese Revolution als mächtigen Fortschritt in der «Erzeugung einer mächtigen Konterrevolution» sehe, während Tocqueville sie als Teil der demokratischen Bewegung hin zur egalitären Gesellschaft einstufe. Die Ursache für diese weitgehende Übereinstimmung in der Beurteilung liege zunächst darin, dass zurückliegende Schlüsselereignisse mit Hilfe von plausiblen Argumenten ähnlich Leitartikeln politischer Kommentare erklärt würden, wobei deren Interpretation relativ dicht am historischen Geschehen liege, so dass die Fakten nicht wahllos herangezogen werden könnten und demzufolge sehr ähnlich seien. Ein weiterer Grund für die auffallenden Parallelen liege darin, dass sich Tocqueville und Marx der Sprache ihrer Zeit bedienten, die nicht lediglich äußerlich durch die bloße Wortwahl harmonisiere, sondern auch inhaltlich, etwa wenn sie etwa einen Zustand beschreibe und analysiere, der sich mit dem Konzept der «Klasse an sich» decke. Verließen sie allerdings die deskriptive Ebene und begännen den Revolutionsprozess mit Hilfe von plausiblen Argumenten unter Verwendung relativ autonomer, durch ihre jeweiligen «Theorien des sozialen Wandels» ergänzte, Hilfstheorien bzw. Theoreme zu analysieren, so würden sie wiederum sehr stark aneinander annähern, was damit zu erklären sei, dass sie die damals herrschende Meinung referieren würden, so wie etwa die von ihnen geäußerte Überzeugung, politische Revolutionen würden durch soziale abgelöst und in der Folge nicht nur die politische Ordnung, sondern die tragende Gesellschaftsstruktur ändern.

Fasst man die Erkenntnisse des Vergleichs von Steinert und Treiber zusammen, so könnte man knapp formuliert festhalten, dass die beiden Theoretiker durch den Einfluss ihrer Zeit, also deren Wortgebrauch sowie deren Überzeugungen, beeinflusst waren und daher bei der Betrachtung von Ereignissen dieselben Geschehnisse als entscheidend ansahen und dem Geist ihrer Generation entsprechend bewerteten und erklärten, so dass die weitgehenden Parallelen von Marx und Tocqueville in diesem Bereich mangels ausreichender Eigenständigkeit für einen Vergleich keine entscheidende Aussagekraft besitzen. Verlassen die beiden Denker allerdings diese Ebene und stellen Prognosen für die Zukunft der Gesellschaft an, so differieren sie sehr deutlich. In konsequenter Schlussfolgerung des hier von Steinert und Treiber vorgegebenen Gedankenganges muss man daher festhalten, dass ein Vergleich der beiden Denker für die beiden Verfasser in erkenntnistheoretischer Hinsicht wissenschaftlich nichts zu bieten hat. Dieser Einsicht folgend stand in dieser Arbeit der Vergleich von Marx und Tocqueville bei genauerer Betrachtung des Buches nicht im Mittelpunkt, sondern es kam den Verfassern darauf an zu erklären, inwiefern die modernen Theorien die Probleme der alten Theorien behoben haben und welche Bedeutung theoretische Konzepte in der heutigen Wissenschaft besitzen. Diese Tatsache mag aufgrund des Titels der Arbeit nicht nahe liegen und auch eine erste oberflächliche Lektüre scheint diese Aussage ebenfalls nicht zu belegen; aber eine genaue Betrachtung des Werkes zeigt, dass der anfängliche, sehr spontane Eindruck nicht zutreffend ist, denn bereits die Gliederung im Buch zeigt, dass allein 48 Seiten von 85 Seiten des Buches von Einleitung, Vorbemerkung sowie allgemeinen Erörterungen bestimmt sind, wobei die Letzteren den Hauptteil des ersten Kapitels sowie das vierte und fünfte Kapitel miteinschließen, während sich lediglich die verbleibenden 37 Seiten der Arbeit mit dem eigentlichen Vergleich beschäftigen. Betrachtet man den Inhalt des Buches zudem noch einmal genauer, so erhärtet sich die hier gewonnene abschließende Erkenntnis zu Steinert und Treibers Arbeit noch mehr: Zwar befassen sich 14 Seiten der anfänglich den allgemeinen Erörterungen zugerechneten Seiten im Grunde genommen bereits mit dem Vergleich von Tocqueville und Marx, weil sie eine kurze Abhandlung der drei Klassiker bezüglich der 48iger Revolution darstellen, doch in-

teressanterweise nimmt diese Abhandlung bereits den Problemgegenstand des Hauptteils in einer Art Zusammenfassung voraus, ohne dass sie weitere Erkenntnisse oder Problemgegenstände anreißen würde. Es erscheint daher gerechtfertigt, sie nicht als eigenen Arbeitsteil des Vergleichs anzusehen, sondern im Rahmen der Bewertung, ob es sich bei der vorliegenden Arbeit u.a. auch um einen Vergleich von Tocqueville und Marx handelt, sie trotz ihres Inhaltes dem allgemeinen Teil zuzurechnen, so dass bei dem Verhältnis von 48 zu 37 Seiten für Nicht-Vergleichendes und Vergleich bleibt, womit das hier gefundene Ergebnis, dass es sich bei der vorliegenden Arbeit um keinen Vergleich handelt, auch äußerlich durch Betrachtung der Gliederung bestätigt wird. Der sich auf das tocquevillesche und marxsche Werk über die französische Revolution von 1848 sich beschränkende Vergleich der Verfasser setzt sich zwar anders als die Arbeit von Benson Lee sehr intensiv und detailliert mit den genannten Originalschriften der beiden Theoretikern auseinander, aber auch er beschränkt sich lediglich auf einen kleinen Teilbereich der Gesamtschriften und nutzt die im Rahmen der Untersuchung gewonnenen Ergebnisse dazu, um neue wissenschaftliche Erkenntnisse zu gewinnen.

#### **dd. Hornung, Klaus: Die Dialektik von Emanzipation und Despotismus. Alexis de Tocqueville und Karl Marx, 1976**

Obwohl, so Hornung, eine Anzahl bekannter Sozialwissenschaftler auf die Fruchtbarkeit eines Vergleichs zwischen Marx und Tocqueville aufmerksam gemacht habe, sei die systematische, komparative Analyse ihrer Prognosen, Diagnosen, sowie der Grundstruktur ihres Denkens noch ein Desiderat der politischen Ideengeschichte. Bisher sei v.a. nur auf die Gemeinsamkeiten der beiden Theoretiker aufmerksam gemacht worden, so etwa, dass beide die Geschichte der modernen Welt im Grunde genommen als Revolutionsgeschichte gesehen hätten, dass sie den Begriff der Klasse gekannt hätten, auch wenn Tocqueville kein Anhänger der Basis-Überbau-Theorie gewesen sei, sowie dass für sie das Eigentumsproblem die proletarische-sozialistische Phase nicht nur hätte entstehen lassen, sondern schließlich auch Inhalt des revolutionären Prozesses selbst geworden wäre. Sehr weitgehende Parallelen von Marx und Tocqueville fänden sich darüber hinaus auch in den Kritiken und Analysen über die liberale Bourgeoisie der Juli-Monarchie und den Bonapartismus, ebenso wie in ihren analytischen Methoden. Das Ziel Hornungs ist es nun aber nicht diesen sich zumeist auf das direkte Wort der beiden Denker beschränkten Vergleich fortzusetzen, sondern er möchte vielmehr den Kern ihres politischen Denkens anhand ihres Verständnisses von Emanzipation und Freiheit herausarbeiten, wobei er glaubt, dass sich Talmons Feststellung, die Geschichte der letzten 200 Jahre sei die systematische Vorbereitung des Zusammenpralls zwischen empirisch-liberaler und messianisch-totalitärer Demokratie, der heute die Ursache der Weltkrise sowie der ideologiepolitischen Lage darstelle, hierbei paradigmatisch studieren lasse. Die gegensätzlichen und unvereinbaren Schlüsselbegriffe von Emanzipation und Freiheit möchte er dabei im Falle von Marx anhand seiner Jugendschriften und hier v.a. anhand seiner Aufsätze «Zur Judenfrage» sowie «Kritik der Hegelschen Staatsphilosophie» erörtern, weil seine Prämissen hier noch deutlich zu Tage träten. Sein Programm der „wahren Demokratie“<sup>223</sup> und „menschlichen Emanzipation“<sup>224</sup> münde spä-

---

<sup>223</sup> Hornung, Klaus: Die Dialektik von Emanzipation und Despotismus, Alexis de Tocqueville und Karl Marx, abgedruckt in: Der Staat, 15. Band, 1976, S. 307

<sup>224</sup> Hornung, Klaus: Die Dialektik von Emanzipation und Despotismus, Alexis de Tocqueville und Karl Marx, abgedruckt in: Der Staat, 15. Band, 1976, S. 307

ter - nicht mit rätselhaften despotischen Degenerationserscheinungen wie eine gewisse marxistische Apologetik meine, sondern ganz im Sinne seines ursprünglichen Ansatzes - in der Identität von individueller und gesellschaftlich-öffentlicher Existenz, d.h. in einer vollkommenen und harmonischen Ordnung, in der das Politische derart erweitert sei, dass es das gesamte menschliche Dasein umfasse. Aufgrund dieser Prognose erkenne Marx nicht, dass die radikalisierte menschliche Emanzipation zu neuen Formen der Unfreiheit und Despotie führen könne, sondern halte sie für den Ausdruck der Kongruenz von Freiheit und Gleichheit, während der Franzose aufgrund konkreter Erfahrungen etwa aus der Französischen Revolution von einem grundsätzlichen Spannungsverhältnis zwischen den beiden gesellschaftlich-politischen Zielwerten ausgehe. Dem institutionsfeindlichen, messianisch getönten marxistischen Harmonie-Modell stehe damit ein durch historisch-politische Erfahrungen geprägter politischer Realismus bei Tocqueville gegenüber, der versuche, die institutionellen Bedingungen für ein die individuelle und politische Freiheit schützendes Gemeinwesen zu entwickeln. Dieser Konflikt könne noch heute beobachtet werden, wenn Habermas die reale Demokratie bei Identität von politischer Beteiligung und Selbstbestimmung annehme.<sup>225</sup>

Auch wenn die Biographie alleine die unterschiedliche Interpretation der Geschichte sowie der Welt durch die beiden Theoretiker nicht erklären könne, so bleibe der Rabbiner-Nachfahre in der idealistischen Tradition von Metaphysik und Spekulation, um sie vom Kopf auf die Füße zu stellen, gebe dem Buchwissen den Vorrang und engagierte sich literarisch und journalistisch, während der Aristokratensohn die in die Anfänge des französischen Königsstaates zurückreichende familiäre Juristen- und Magistratstradition fortsetze und ein tiefes, wirklichkeitsnahes Verständnis für institutionelle Voraussetzungen und Möglichkeiten der gesellschaftlich-politischen Welt mitbringe. Es sei auch der Letztere gewesen, der diese grundlegende geistige Habitus-Differenz der Intellektuellen als einer der ersten kompetent analysiert habe: Einerseits hätte die bürgerliche Intelligenz des 18. Jahrhunderts durch ihren Abstand zu den Regierungsgeschäften kaum Erfahrung in der politischen Praxis gehabt und hätte daher zu politischen Abstraktionen und zum Moralismus geneigt, was zum Entwurf von neuen, mit großen Freiheiten bedachten Gesellschaftsordnungen auf dem Reissbrett geführt hätte, die sich später in ihr Gegenteil verkehrt und zu größeren Knechtschaften geführt hätten; andererseits hätten sich die Regierenden immer weniger auf ihre Aufgabe verstanden und ihre Entscheidungen gefällt, ohne die Folgen ihres Handelns einzukalkulieren. Tocqueville habe die oft verworrene, durch ungleiche Lastenverteilung gekennzeichnete traditionelle Ordnung keinesfalls rechtfertigen wollen, sondern ihm sei es um die Konsequenzen eines solch literarisch eingeleiteten revolutionären Prozesses gegangen, die oft das Gegenteil von ihren ursprünglichen Absichten bewirkt hätten und manches in seinen Ausführungen erscheine wie ein treffendes Porträt des jungen Marx, insbesondere desjenigen, der sich in seinen Schriften «Kritik der Hegelschen Staatsphilosophie», «Die Deutsche Ideologie» und «Zur Judenfrage» zeige, auch wenn es dessen erklärtes Ziel gewesen sei, die idealistische Spekulation zu zerstören und der Wirklichkeit zu ihrem Recht zu verhelfen: also Hegel vom Kopf auf die Füße zu stellen. Das historisch-konkret Gewordene sei für Marx entfremdet von seinem eigentlichen Wesen und die Übereinstimmung der Existenz mit dem Wesen und der Wahrheit könne für Marx nur durch eine Zurückführung auf die Wurzel aller Geschichte geschehen, die er im produzierenden, arbeitenden, gesellschaftlich zusammenarbeitenden und dadurch seine Bedürfnisse befriedigenden Menschen sehe. Dieser geschichtliche Prozess münde schließlich in eine institutionslose Gesellschaft, in der das Gesetz aufgelöst, weil erfüllt sei, so dass das Bild eines Landes

---

<sup>225</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Hornung, Klaus: Die Dialektik von Emanzipation und Despotismus, Alexis de Tocqueville und Karl Marx, abgedruckt in: Der Staat, 15. Band, 1976, S.305-308

entstehe, in dem Milch und Honig fließe, wodurch die immer wiederkehrende Faszination des Ansatzes zu erklären sei.<sup>226</sup>

Marx rechtfertige seine Überzeugung, die wahre Demokratie sei die einzige rechtmäßige Verfassung, indem er sie zum vorbestimmten und unvermeidlichen Ziel der Geschichte erkläre, denn während alle bisherigen Verfassungen stets den Menschen dem Gesetz untergeordnet und zu Repression und Entfremdung geführt hätten, sei sie ein freies Produkt des Menschen, das von ihm ausgehe und letztlich den Untergang des Staates bewirke, und sie stelle darüber hinaus die übergeordnete Gattung aller Verfassungen dar. Um die wahre Demokratie aus diesem Gattungsdasein in eine real existierende besondere Verfassungsart zu verwandeln, wolle Marx den für die Entfremdung verantwortlichen abstrakten Gegensatz zwischen Individuum und Gattungswesen zwischen Privatmensch und Staatsbürger bzw. Privatinteresse und Gemeinwohl durch Konkretisierung, d.h. Vereinigung der beiden Komponenten, im «sozialisierten Menschen» wieder aufheben, wobei er hier einen Gedanken Rousseaus übernehme, der es nur dann für möglich halte, ein Volk zu bilden, wenn man jedes vollkommene und selbständige Individuum in ein höheres Ganzes umforme. Da alle bisherigen Verfassungen noch diesen abstrakten Charakter aufwiesen, habe der Staat eine reprimierende und entfremdende Funktion und für den deutschen Theoretiker habe es Hegel mit seinem Vermittlungssystem zwischen Sonder- und Gesamtwillen, das etwa die Bürokratie, die Korporationen der bürgerlichen Gesellschaft und die Parlamente erfüllen sollten, nicht geschafft, die Zerissenheit zwischen Mensch und Staatsbürger zu überwinden, die nur im bewussten Aufgehen aller Sonderinteressen im postulierten Gesamtinteresse beseitigt werden könne, also wenn wirkliches Gemeinwesen, kommunistisches Wesen entstehe, was nur in einer wahren Volksherrschaft möglich sei. Die Trennung zwischen Deputierten und Mandatoren schein Marx ein Beleg für die Aufspaltung in Staat und Gesellschaft zu sein und die allgemeinen demokratischen Wahlen seien für ihn das Mittel die Abstraktion des politischen Daseins soweit voranzutreiben bis die bürgerliche Gemeinschaft und damit auch der abstrakte politische Staat sich auflöse. Das eschatologische Denken des Kommunismusvaters habe sich nie danach gefragt, wie es nach der Auflösung des Staatswesens weitergehen solle, denn zusammen mit Engels sei er überzeugt gewesen, dass die Menschen einer sozialistischen Gesellschaft von anderen Motiven bewegt sein würden als bisher und daher jegliche Angst vor einem Machtmissbrauch irrelevant sei. Was den Übergang zu dieser Form des Zusammenlebens betreffe, so atme das marxsche Konzept der proletarischen Diktatur den Geist einer totalitären Demokratie, ohne dass es auf das Problem der Manifestation einer solchen Herrschaft eingehe. Es könne zwar sein, dass Marx später dieses Ungenügen in seiner «Kritik des Gothaer Programms» gespürt habe, aber er habe keinerlei systematische Folgerungen mehr daraus gezogen, obwohl die in seiner Theorie entstehende struktur- und institutionslose Assoziation ohne ihre eschatologische Prämisse ein Vakuum habe entstehen lassen, welches eine Ausfüllung der Herrschaft von oben her verlange, die ohne irgendwelche durch gewaltenteilende Institutionen gewährleistete Schranken erfolgen könne, so dass imperium und sacerdotium die Folge seien. Hinzu komme, dass die Aufhebung des Gegensatzes zwischen Mensch und Staatsbürger zur Identität von privater und gesellschaftlich-öffentlicher Existenz führe und dass die Identifizierung von Emanzipation mit dem Aufgehen im Gattungsleben eine Absolutsetzung des Politischen darstelle, die es seit dem Beginn des christlichen Zeitalters nicht mehr gegeben habe. Die geschichtliche Praxis bestätige diese Analyse, denn Marx' Lehre legitimiere die Vergewaltigung des kommunistischen Menschen, der sich gegen die totalitäre Macht nicht zur Wehr setzen könne, sie eigne sich in der Erfahrungsleere der fortgeschrittenen Industriegesellschaft als Religionsersatz, weil sie die Möglichkeit gebe, Verantwor-

---

<sup>226</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Hornung, Klaus: Die Dialektik von Emanzipation und Despotismus, Alexis de Tocqueville und Karl Marx, abgedruckt in: Der Staat, 15. Band, 1976, S. 308-311

tung von sich zu weisen und schließlich könne ihr Verständnis von Emanzipation als Bürgerkriegsparole missbraucht werden, indem jeder Gegner dieses Zieles zum Feind des von ihr definierten höchsten und in jedem Falle kommenden Zustandes erklärt werde, d.h. zu Freiheits-, Volks- oder Menschheitsfeind.<sup>227</sup>

Zu einer anderen Perspektive bezüglich der Demokratie gelange allerdings Tocqueville, denn für ihn sei nicht entscheidend, wer die Souveränität inne habe, sondern welche Begrenzungen dieser Macht entgegenwirkten und so sei es für ihn auch möglich, dass die unkontrollierte Mehrheit einer Volksherrschaft ihre Befugnisse missbrauche. In seinem Werk «Über die Demokratie in Amerika» charakterisiere er die Allmacht des Mehrheitswillens, d.h. die unbedingte Gültigkeit dessen sowohl in der öffentlichen Meinung als auch innerhalb der staatlichen Gewalten, als Keim der Tyrannei, weil es bei konsequenter Durchführung dieses Willens nicht nur keinen Weg gebe, sich an eine von der Mehrheit unabhängige Instanz zu wenden, sondern auch weil er eine durchdringende Macht auf das Denken der Menschen ausübe und somit sein Despotismus unmittelbar auf die Seele und den Charakter einwirke. Die Demokratie mit ihrer Herrschaft der Mehrheit erreiche auch nicht das von der Aufklärung formulierte Ziel, die Unterwürfigkeit und den höfischen Geist auszumerzen, denn sie bringe Demagogen hervor, die, indem sie dem Volk schmeicheln und seine Leidenschaften ausnutzen, zu herrschen verstehen. Ihren Ursprung finde diese unbegrenzte Mehrheitsherrschaft zunächst in der ausgesprochenen Leidenschaft der Menschen für die Gleichheit, in deren Genuss sie durch das bloße alltägliche Dahinleben kommen würden, und ihrem nur gering vorhandenen Sinn für Freiheit, die sie mit manchen Opfern teuer erkaufen müssten, denn aufgrund dieser Präferenzen bevorzugten sie selbst die Knechtherrschaft, wenn nur die von ihnen auf das heftigste geforderte Gleichheit bewahrt bleibe. Trotz dieser Gefährdung der freiheitlichen Demokratie durch diese Gleichheitsbestrebungen, plädiere Tocqueville für gleiche gesellschaftliche Bedingungen, allerdings in solch einer Form, dass sie Größe sowie Glück nicht jedoch Despotie für den Menschen brächten. Dieser von Tocqueville erwünschten Entwicklung stehe ein weiterer Faktor entgegen, der eine enorme Steigerung der öffentlichen Gewalt bewirke, die unumschränkter und mächtiger sei als in der mächtigsten Zeit der Cäsaren: die Leidenschaft für den Wohlstand, für kleine und gewöhnliche Vergnügungen, die die Menschen mitreisse und ihr Gemüt ausfülle, während gleichzeitig das Interesse am Gemeinwesen völlig verschwinde und da die Klasse, die die Regierungsgeschäfte wahrnehmen könne, nicht mehr vorhanden sei, öffne sich nun ein Raum für geschickte politische Ehrgeizlinge, die die Macht ansichreissen könnten und denen man alles nachsehe, wenn sie nur für eine kurze Zeit für das Gedeihen der Wirtschaft sorgten - eine Entwicklung die sich leicht wieder gegen den Menschen und seine materiellen Begierden richten könne. Während Marx die Folgen seines Emanzipationskonzeptes nie untersucht habe, sehe Tocqueville die Ursache des Umschlags dieses Konzeptes in den Despotismus in der falsch verstandenen Lehre vom Interesse, das für ihn anders als für seinen deutschen Zeitgenossen nicht eindeutig auf die menschliche Bedürfnisnatur und die damit verbundene gesellschaftliche Produktion und Reproduktion von Lebensmitteln festgelegt werden könne. Vielmehr müsse gerade ein solches Fundament den Despotismus herbeiführen, denn Freiheit und Menschenwürde könnten nicht in rein diesseitigem Glücksstreben gedeihen, sondern seien unauflöslich mit der seelischen Vervollkommnung verbunden. Sie müssten durch geteilte und unabhängige Gewalten, die die Allmacht der Mehrheit begrenzten, durch eine freie Presse, durch gesellschaftliche

---

<sup>227</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Hornung, Klaus: Die Dialektik von Emanzipation und Despotismus, Alexis de Tocqueville und Karl Marx, abgedruckt in: Der Staat, 15. Band, 1976, S.311-317

Gruppen und Verbände, aber auch durch einen Bezugspunkt in der religiösen Transzendenz gesichert werden.<sup>228</sup>

Die Dialektik zwischen Emanzipation und Despotismus finde ihre letzte zureichende Erklärung nur durch Berücksichtigung der religiösen Dimension bei Marx und Tocqueville. So erkenne zwar der deutsche Theoretiker nicht die Konsequenz aus seiner Absolutsetzung des Politischen, die er durch die Identifizierung von Emanzipation mit dem Aufgehen des Menschen im Gattungslieben erreiche, aber die Prämisse dieses Schrittes sei ihm durchaus deutlich gewesen, nämlich der aus der christlichen Tradition erwachsene Dualismus von Staat und Gesellschaft, der ein Widerschein der religiösen, supranaturalen Verdopplung sei. Nun sei für ihn die Voraussetzung jeder Kritik die Religionskritik, so dass die menschliche Emanzipation und die wahre Demokratie für ihn nur eine Reduzierung der religiösen Verdopplung dahingehend sein könne, dass der Mensch sein Leben ausschließlich sich selbst verdanke und nicht die Schöpfung eines anderen sei, somit also der einzige Souverän sei. Die Konsequenz solch einer Emanzipation sei, dass die Auflösung der Rätsel der Verfassung die Rückkehr des Menschen zum «animal laborans» im Gattungslieben des Menschengeschlechts sei, wodurch egoistische Interessen, Bedürfnisse, etc. zu Gesellschaftskräften würden, d.h. der zunächst radikal emanzipatorische Humanismus im Naturalismus bloßer Lebenserhaltung ende, also die radikale Durchsetzung der Demokratie mit politischen Machtmitteln in einer Agonie der Freiheit münden müsse.<sup>229</sup>

Diese letztere Perspektive erkenne auch Alexis de Tocqueville, wenn er den Umschlag des Prinzips der gesellschaftlichen Nützlichkeit in das Dogma der politischen Notwendigkeit beschreibe: Während aristokratische Völker an eine Verbesserung, nicht aber an eine Vervollkommnung des Gesellschaftszustandes glaubten und demzufolge auch nicht meinten das höchste Gut und die unbedingte Wahrheit errungen zu haben, habe sich im 18. Jahrhundert in Frankreich ein Glaube entwickelt, dem die vormoderne Zeit geneigt gewesen sei, zu enge Grenzen zu ziehen, nämlich der Glaube an die unbegrenzte Vervollkommnungsfähigkeit des Menschen, der an die Stelle der bisherigen Religion getreten sei. Hierdurch sei eine Situation entstanden, in der eine neue und spezifische Art der Revolution sich erstmals seit langem wieder entwickeln habe können: eine politisch-gesellschaftliche und zugleich geistig-religiöse Revolution, die sowohl die politischen, als auch die religiösen Gesetze habe stürzen wollen. Neben diesem Glauben an den Menschen sei das Gleichheitsstreben getreten, das jede Unterwerfung unter überlieferte Formen der christlichen Religion ablehnt und Deismus und Pantheismus habe vordringen lassen, die ihrerseits nicht nur Glauben und Wissen hätten harmonisieren, sondern den Wunsch der Menschen nach einer immer größeren Ähnlichkeit untereinander hätten erfüllen sollen, denn sie hätten nach der Einheit aller Dinge gestrebt und so hätte eine Religion, die die Einzelpersonen aufhob, einen geheimen Anreiz besessen. Diese durch die Aufklärung verursachten Veränderungen, hätten Religion und Freiheit zu Gegnern werden lassen, so dass nun religiöse Menschen die Freiheit und Freunde der Freiheit die Religion bekämpfen würden - eine Entwicklung die nach Tocquevilles Ansicht korrigiert werden müsse, wenn man im demokratischen Zeitalter die Freiheit erhalten oder wiedergewinnen wolle, denn ein freies Reich könne man nicht ohne gute Sitten errichten und diese wiederum bedürften zu ihrer Festigung der Religion, die helfe auf unzählige kleine Alltagsleidenschaften zu verzichten, Vorhaben für die Zukunft zu planen sowie auszuführen, sich über borniertes Wohlstandsstreben zu erheben und höhere Fähigkeiten zu entwickeln. Damit sei der Glaube für den Franzosen nicht Opium, Priesterbetrug oder Vorgaukelung eines illusorischen Glücks, sondern

---

<sup>228</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Hornung, Klaus: Die Dialektik von Emanzipation und Despotismus, Alexis de Tocqueville und Karl Marx, abgedruckt in: Der Staat, 15. Band, 1976, S.317-323

<sup>229</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Hornung, Klaus: Die Dialektik von Emanzipation und Despotismus, Alexis de Tocqueville und Karl Marx, abgedruckt in: Der Staat, 15. Band, 1976, S.323-325

eine unbedingte und neben den materiellen Bedürfnissen bestehende Bedingung, um eine wahrhaft menschenwürdige Demokratie zu schaffen. Allerdings lehne es der französische Theoretiker ab, die Menschen mit Hilfe von staatlichen Herrschaftsmitteln zur Religion bzw. zum Christentum zurückzuführen, auch wünsche er keinen Rückzug des Religiösen aus dem gesellschaftlichen-politischen Raum, sondern er plädiere für eine politische Klasse, die in den großen Angelegenheiten gewissenhaft der religiösen Moral folge und nicht versuche, indem sie den Neigungen und Launen des Volkes schmeichle, dessen Gunst zu erhalten, da sie nur so hoffen könne, dass auch die Bürger lernten, sie in kleinen Dingen zu kennen, zu lieben und zu achten. Ihr übergeordnetes Ziel solle es sein, den Menschen den Sinn für die Zukunft wiederzugeben und ihn dazu anzuregen, über den privaten Kreis hinaus, Verantwortung für das Gemeinwesen und das Vaterland, zu übernehmen. Hieraus werde ersichtlich, dass Tocqueville die Rückkehr zum Glauben nur auf einem langen Umweg für möglich gehalten, aber trotzdem eine Funktionalisierung der Religion für Politik und Gesellschaft abgelehnt habe, denn er habe gewusst, dass man ihre Wurzel, die religiöse Transzendenz, dadurch zerstören würde, die die entscheidende Voraussetzung zum Verständnis der *conditio humana*, welche wiederum Garantie einer auf wahrhaft erleuchtetem Selbstinteresse beruhenden politischen Freiheit sei.<sup>230</sup>

Wenn Marx den politischen Staat und die Religion als Ursache jeglicher Entfremdung ansehe, so stütze sich dieser Ansatz - ebenso wie die heute darauf aufbauenden Ansätze - auf die Naturlehre der Aufklärung, für die die Freiheit v.a. die Freiheit von Institutionen sowie die Unterwerfung aller unter dasselbe Gesetz sei, und führe mit seinen abstrakten Aussagen über den Menschen zu totalitären Konsequenzen, denn das neue Regelwerk beanspruche die allein gültige Wahrheit zu sein und gestatte nicht mehr die Freiheit zum Irrtum sowie die Absonderung vom Allgemeinen. Was die Naturlehren betreffe, so gingen sie davon aus, dass es ein wahres menschliches Wesen gebe, das das Vehikel sozialer Harmonie darstelle, allerdings ohne diese Annahmen zu beweisen, wobei bei Ungültigkeit dieser Prämissen eine solche Harmonie nur noch mittels Zwang erreicht werden könne. Ebenso komme es zu einer Ausbreitung von Begehrlichkeit und Unzufriedenheit, weil die auf historischen, normativ-kulturellen und institutionellen Voraussetzungen beruhende Menschenwürde in einer auf eine voraussetzungslose Natur jenseits aller Geschichte bauenden Emanzipation nicht angenommen werden könne. Das politische Defizit sowohl der kritischen als auch der marxischen Theorie liege einerseits im Glauben an die Vervollkommnungsfähigkeit des Menschen und andererseits in der Annahme die Institutionen seien Ursache und nicht Wirkung menschlicher Entfremdung und Erniedrigung, denn das Interesse des Einzelnen an seiner Selbsterhaltung, aber auch die Möglichkeit des Verfalls und der Entartung finde sich auch in den kulturellen, gesellschaftlichen und politischen «Gehäusen». Eine solche Interpretation der Institutionen werde die Bedürfnisnatur und die Interessen des Menschen ebenso beachten wie das relative Recht der marxischen Position, ohne sie auf eine subjektivistische oder materialistische zu verengen.<sup>231</sup>

Was Alexis de Tocqueville betreffe, so stimme er mit Robert Spaemann überein, dass ein einlinig emanzipatorisches Freiheitsrecht lediglich die Begleitmusik für den Rückfall in die bloße Naturwüchsigkeit sei und hätte mit Gehlen gesagt, dass man ein Mittel gegen die Übermacht der Gleichheit nur in verteidigungsfähigen Einrichtungen finde, so dass der französische Denker hilfreich bei der Auseinandersetzung mit einer undialektischen Emanzipationstheorie sein könne.<sup>232</sup>

---

<sup>230</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Hornung, Klaus: Die Dialektik von Emanzipation und Despotismus, Alexis de Tocqueville und Karl Marx, abgedruckt in: Der Staat, 15. Band, 1976, S.325-330

<sup>231</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Hornung, Klaus: Die Dialektik von Emanzipation und Despotismus, Alexis de Tocqueville und Karl Marx, abgedruckt in: Der Staat, 15. Band, 1976, S.330-333

<sup>232</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Hornung, Klaus: Die Dialektik von Emanzipation und Despotismus, Alexis de Tocqueville und Karl Marx, abgedruckt in: Der Staat, 15. Band, 1976, S.333



Betrachtet man die Arbeit von Klaus Hornung auf ihre Untersuchungsergebnisse hin, die sie bezüglich des Vergleiches von Alexis de Tocqueville und Karl Marx liefert, so kann man zunächst bezüglich des französischen Denkers festhalten, dass er für den Verfasser ein tiefes, wirklichkeitsnahes Verständnis für die institutionellen Voraussetzungen und Möglichkeiten der gesellschaftlich-politischen Welt besaß und erkannt habe, dass die Emanzipation, die eine Demokratie mitsichbringe, aufgrund einer falsch verstandenen Lehre vom Interesse in Despotismus umschlagen könne. Tocqueville gehe es anders als Marx nicht um die Schaffung einer emanzipatorischen Gesellschaft, sondern um die Konsequenzen, die einer literarisch eingeleiteten Demokratie innewohnen: Sie führe zu einer Allmacht der Mehrheit, die den Keim der Tyrannei in sich trage, weil es keine Möglichkeit gebe sich gegen diese zur Wehr zu setzen; hinzu komme eine neue Art des höfischen Geistes, der sich bei den Demagogen finde, die dem Volk, dem neuen Souverän, schmeicheln und seine Leidenschaften auszunutzen versuchten; schließlich wecke ein soches Emanzipationskonzept wie die Volksherrschaft die Leidenschaft für den Wohlstand und lasse gleichzeitig das Interesse am Gemeinwesen schwinden, was aufgrund der nicht mehr vorhandenen, alten Regierungsschicht, den Raum für despotische politische Ehrgeizlinge öffne. Um sich über dieses bornierte Wohlstandsstreben zu erheben, aber auch um Vorhaben für die Zukunft zu planen und auszuführen und höhere Fähigkeiten zu entwickeln halte Tocqueville eine Rückkehr zur Religion für notwendig, die zwar durch den Glauben an die unbegrenzte Vervollkommnungsfähigkeit des Menschen verdrängt und aufgrund der jegliche Gesetze ablehnenden Gleichheitsbestrebungen bekämpft worden sei, aber durch religiös vorbildliches Verhalten der politischen Klasse in großen Angelegenheiten wieder in das Leben des Einzelnen zurückgebracht werden könnte. Allerdings sollte es das wichtigste Ziel bleiben, den Menschen den Sinn für die Zukunft wiederzugeben und sie dazu anzuregen, Verantwortung für das Gemeinwesen zu übernehmen. Aufgrund dieser Umstände sei Tocqueville überzeugt, dass ein einlinig emanzipatorisches Freiheitsrecht nur zu einem Rückfall in die Naturwüchsigkeit führe und ein übertriebenes Gleichheitsstreben nur durch verteidigungsfähige Einrichtungen beschränkt werden könne. Was Marx betreffe, so beschäftige er sich nicht mit diesen Problemen der Volksherrschaft und gehe auch nicht auf die Totalitarismusgefahr ein, die sein Konzept der proletarischen Diktatur in sich berge, denn er gehe von der Vervollkommnungsfähigkeit des Menschen aus und halte die Institutionen für die Ursache, aber nicht die Wirkung, der Entfremdung und Erniedrigung. Der aus einer alten Rabbiner-Familie stammende deutsche Theoretiker verharre in der idealistischen Tradition von Metaphysik sowie Spekulation und habe ein Emanzipationskonzept entworfen, über dessen Folgen er sich keine Gedanken gemacht habe, weil er geglaubt habe, das menschliche Interesse beschränke sich auf deren Bedürfnisse und die damit verbundene Produktion und Reproduktion von Lebensmitteln: Marx habe zunächst die wahre Demokratie zum vorbestimmten und unvermeidlichen Ziel der Geschichte erklärt, da sie als freies Produkt der Menschen die einzige Verfassung sei, die ihre Mitglieder nicht dem Gesetz unterordne und so keinen abstrakten Gegensatz zwischen Individuum und Gattungswesen bzw. zwischen Privatinteresse und Gemeinwohl schaffe, d.h. nicht zu Entfremdung und Repression führe, sondern letztlich zur Abschaffung des Staates. Demzufolge manifestierten alle bisherigen Verfassungen diesen Gegensatz – der sich für Marx etwa in der Aufspaltung zwischen Deputierten und Mandatoren zeige – und eine Überwindung dieser Trennung, die gleichzeitig die Schaffung der wahren Demokratie mitsichbringe, sei nur durch ein Aufgehen aller Sonderinteressen im postulierten Gesamtinteresse möglich. Einen wesentlichen Beitrag hierzu könnten die allgemeinen demokratischen Wahlen leisten, indem sie den abstrakten Gegensatz soweit vorantrieben bis sich die bürgerliche Gemeinschaft und damit

auch der abstrakte politische Staat auflöse. Dieser Lösungsvorschlag beinhalte eine Absolutsetzung des Politischen, mit der der deutsche Denker den aus der christlichen Tradition herrührenden Dualismus von Staat und Gesellschaft beseitigen wolle. In Konsequenz dieser festgestellten tieferen Ursache für den Dualismus, habe er die Reduzierung der religiösen Verdopplung verlangt und zwar dahingehend, dass der Mensch sich sein Leben ausschließlich selbst verdanke und daher der einzige Souverän sei, was einen weiteren wesentlichen Beitrag zur Aufhebung der Trennung von Privatinteressen und Gemeinwohl darstelle. Zusammenfassend kommt Hornung zu dem Ergebnis, dass Marx ausgehend von der Überzeugung, die Institutionen seien die Ursache menschlicher Entfremdung und Erniedrigung und der Mensch sei von Natur aus gut oder doch zumindest vervollkommnungsfähig, glaube, die Geschichte der Emanzipation werde in der absoluten Erfüllung für die Menschheit enden, in der Aufhebung der Trennung von Privatinteressen und Gemeinwohl, während Tocqueville von Anfang an von der Unzulänglichkeit des Menschen und damit auch der in der Zukunft kommenden, emanzipatorischen Gesellschaft ausgehe, die falls sie keine entsprechenden Vorkehrungen treffe, sehr leicht im Despotismus der Gleichheit ihr Ende finden könne. Er stützt seine Erkenntnisse bezüglich des französischen Denkers hierbei auf dessen Werke «Der alte Staat und die Revolution» sowie «Über die Demokratie in Amerika» und bezüglich Karl Marx auf dessen Arbeiten «Zur Judenfrage», «Die deutsche Ideologie», «Pariser Manuskripte», «Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie», «Kritik der Hegelschen Staatsphilosophie» und «Manifest der Kommunistischen Partei». Klaus Hornung bedient sich also einer relativ breiten Originalquellengrundlage für seinen Vergleich von Alexis de Tocqueville und Karl Marx und setzt sich im Rahmen dessen nicht allein mit ihren Prognosen auseinander, sondern untersucht ihre Erklärungen für die in ihrer Zeit sich immer deutlicher durchsetzende Nivellierung der gesellschaftlichen Unterschiede.

Während es Lee, aber auch Steinert und Treiber darum ging, mit Hilfe der theoretischen Konzepte der beiden Denker eigene, neuartige Erkenntnisse zu gewinnen und Mayer weiterhin darauf bedacht war, Tocqueville als Theoretiker in der Wissenschaft zu etablieren, strengte Hornung mit seinem Aufsatz einen sehr neuartigen Vergleich auf einer breiten Quellengrundlage an, die v.a. die Emanzipationsideen der beiden Theoretiker untersuchte. Im Rahmen seines Vergleichs war es ihm dabei ein besonderes Anliegen, die Größe des Franzosen gegenüber Marx herauszuheben, was insbesondere an den beiden nachfolgenden Zitaten deutlich wird:

„[...] **Das «politische Defizit» nicht nur der Kritischen Theorie, sondern schon Marxens selbst** wurzelt ja zentral darin, daß sie die Institutionen als Ursache, nicht als Wirkung menschlicher Entfremdung und Erniedrigung auffassen und der Überzeugung sind, daß das Negative den Menschen nur zufällig von außen betrifft, daß der Mensch von Natur gut ist oder doch vervollkommen werden kann.

[...]

In der Auseinandersetzung mit einer durchaus undialektischen Emanzipationsphilosophie kann Tocqueville politischer Theorie [sic!] auch und gerade heute ein hilfreicher Begleiter sein. **Er erkannte hellsichtig die notwendigen Konsequenzen einer «adamitischen Verwirrung»**, die nur ein verschwommenes Verständnis des wahren menschlichen Interesses, [...], besitzt. Er sah schon, daß «ein Freiheitsrecht, das sich einlinig emanzipatorisch begreift, nur die ideologische Begleitmusik für den Rückfall in die pure Naturwüchsigkeit» darstellt. [...].<sup>233</sup>

<sup>233</sup> Hornung, Klaus: Die Dialektik von Emanzipation und Despotismus, Alexis de Tocqueville und Karl Marx, abgedruckt in: Der Staat, 15. Band, 1976, S. 332 - 333

**ee. Wiener, Jon: Tocqueville, Marx, Weber, Nixon: Watergate in Theory, 1976**

(Tocqueville, Marx, Weber, Nixon: Watergate in der Theorie, 1976)

Jon Wiener möchte in seinem Aufsatz «Tocqueville, Marx, Weber, Nixon: Watergate in Theory» die Watergate Affäre bezüglich ihrer Bedeutung für die amerikanische Gesellschaft und Politik untersuchen und insbesondere auf die Verdienste liberal- und marxistisch-theoretischer Versuche eingehen, mit dieser Problematik umzugehen, aber damit gleichzeitig von dem alten erregten Umgang mit den Fakten wegkommen.<sup>234</sup>

Die meisten in den Anhörungen vernommenen Mitglieder des parlamentarischen Justizausschusses, aber auch der größte Teil der liberalen Presse hätten - ganz nach der pluralistischen Tocquevilleschen Theorie - den Angriff von Nixon und seinen Verbündeten auf die Demokratische Kommission und den demokratischen Präsidentschaftskandidaten als eine Verletzung der pluralistischen Politikregeln interpretiert, denn diese gingen davon aus, dass sich die politischen Gruppierungen gegenseitig als gleichberechtigt anerkennen würden, der Kampf um die Macht einvernehmlich innerhalb klar definierter Grenzen stattfinden, keiner der Beteiligten die Vernichtung des anderen anstrebe und die Gewinner bereit seien Kompromisse zu schließen sowie ihre Macht nicht dazu zu benutzen, sich an ihren Gegnern zu rächen. Das nixonsche «Komitee zur Wiederwahl des Präsidenten» hätte sich jedoch nicht an diese Regeln gehalten und wie der Sprecher des Präsidenten, Patrick Buchanan, offen vor dem Watergateausschuss des Senates bestätigte, habe man die Macht an sich reißen und dauerhaft behalten wollen. Auch andere Personen aus dem Umkreis von Nixon hätten sich zu dem Skandal geäußert, so habe etwa Gordon Liddy Mike Wallace erzählt, der Einbruch in die Zentrale der Nationaldemokraten sei nicht mehr und nicht weniger gewesen, als der ganz normale Versuch einer Personengruppe sich die Macht gegenüber einer anderen, die sie erlangen möchte, zu erhalten; Charles Colson habe gesagt, er hätte auf seine eigene Großmutter eingestampft, wenn es Nixon geholfen hätte zu gewinnen und John Ehrlichman habe auf die Frage des Senators Trumadge, ob die Gewalt des Präsidenten, wenn er sie zu einem heimlichen Einbruch ermächtigen könne, auch Mord oder andere Verbrechen beinhalte, die enthüllende Aussage gemacht, er wisse nicht, wo die Grenze sei. Bei diesen Verhaltensweisen handle es sich - wie der ansonsten zurückhaltende R.Q. Apple von der New York Times formuliert habe - um die Befürwortung faschistischer Taktiken, womit er die Besorgnis Alexis de Tocquevilles geteilt habe, dass es keine Kontrolle für den Gebrauch einer Zentralen Macht gegenüber dem Bürger gebe. Nach dem knappen Sieg im Jahre 1968 wäre die Wiederwahlkampagne, wie Präsident Nixon einem vertrauten Leutnant mitgeteilt habe, einzig und allein von der nicht pluralistischen Idee geleitet gewesen, unter allen Umständen siegen zu müssen und dabei kein Risiko einzugehen. Was die Demokraten betreffe, so stelle für Tocqueville die politische Korruption hier ein ernstzunehmendes Problem dar, denn selbst wenn unaufrichtige Leidenschaften in allen gesellschaftlichen Schichten zu finden seien, so würde die grobe und vulgäre Korruption einer durch Glück an die Macht gelangten Personengruppe die Masse der Bevölkerung anstecken, während die Verworfenheit eines großen Adligen immer noch von einer gewissen aristokratischen Kultiviertheit und Größe getragen werde, so dass sie für die Menschen nicht sichtbar und damit auch nicht übertragbar sei. Anders verhalte es sich allerdings für den Franzosen bei der Entwendung öffentlicher Gelder, ein Verhalten das für jeden armen Kerl nachvollziehbar und nachahmbar sei und etwa im Fall Agnew praktiziert worden sei, allerdings im Rahmen des Watergate-Skandals keine Rolle gespielt habe, denn auch wenn Nixon finanziell korrupt gewesen sei und die öffentliche Aufregung über diesen

---

<sup>234</sup> vgl. zum Gesagten: Wiener, Jon: Tocqueville, Marx, Weber, Nixon: Watergate in Theory, S. 171

Punkt möglicherweise die Hauptursache für seinen Sturz dargestellt habe, so sei für die im Rahmen dieser Ereignisse herrschende Ansicht der Liberalen des tocquevilleschen Lagers grundsätzlich ein anderer Gedanke im Vordergrund gestanden, nämlich dass eine zentralisierte Macht die individuelle Freiheiten zerstöre, eine Entwicklung, der man nur durch freiwillige Zusammenschlüsse entgegenwirken könne. Allerdings seien diese Kontrollorgane nicht unproblematisch, weil hierzu auch Gruppierungen zu rechnen wären, deren Ziel nicht die Verteidigung der Freiheit sei, so etwa die «Birch Society» oder der «Klu Klux Klan», doch die Liberalen würden hoffen, dass hier ein ausgeglichenes Verhältnis bestehe, solange der Staat es nicht kippe. Im Watergate-Fall hätte der Präsident diese herrschende Einschätzung erkannt und hätte sich mit liberalen, tocquevilleschen Forderungen verteidigt, indem er eine Erneuerung des Respekts vor den gegenseitigen Grenzen, die eine freie und zivilisierte Gesellschaft kennzeichnen, sowie vor dem friedlichen Freiheiten erhaltenden Konfliktlösungssystem verlangt habe. Ebenfalls Tocqueville hätte sich E. Howard Hunt bedient, indem er mit dem Theoretiker davon ausgegangen sei, die amerikanische Revolution sei kein Klassenkampf gewesen - ein solcher sei fremden Ursprungs - sondern eine erfolgreiche Trennung der Kolonie vom Britischen Empire. Ironischerweise hätte er weiter gefolgert, dass der Klassenkampf wie ihn etwa George McGovern praktiziert hätte nicht mehr im amerikanischen Konsens gelegen sei und dieser daher ganz rechtmäßig Ziel skrupelloser Taktiken hätte werden dürfen. Letztlich lasse sich aber auch Nixons erzwungener Rücktritt mit der Theorie des französischen Aristokraten begründen, denn die amerikanische Gesellschaft und damit auch die republikanische Partei beruhten auf dem Prinzip des Konsens, das eine pluralistische Politik, d.h. auch eine Beschränkung der Macht der Herrschenden gegenüber den Gegnern, beinhaltet - ein Prinzip dem sich auch republikanische Parteimitglieder verpflichtet gefühlt hätten und so hätte ihr damaliger Präsident mit seinem Plan CREEP nicht mit dem Einverständnis seiner Partei gehandelt, deren Repräsentanten wie Barry Goldwater, Hugh Scott und Charles Wiggins seinen Untergang besiegelten. Es werde also deutlich, dass die öffentliche Debatte über den Fall Nixon, die Formulierung und dessen Anklage, aber auch seine Verteidigung, die Untersuchungen Woodwards und Bernsteins, die Anklageschrift Leon Jaworskis und den Redewendungen Eric Sevareids auf tocquevilleschem Gedankengut beruhten und von diesem bestimmt worden seien, aber Tocqueville selbst habe diese Art des despotischen Angriffs auf den Pluralismus und die damit verbundene Bedrohung für die amerikanische Demokratie nicht vorausgesehen: Er habe mit einer Tyrannei der Mehrheit gerechnet, die zu diesem Zeitpunkt jedoch von den oppositionellen Demokraten gestellt worden sei, sowie einem Wohlstandsdespotismus, der in einer solchen egoistischen und isolierten Massengesellschaft einen fruchtbaren Boden gehabt hätte.<sup>235</sup>

Ein weiteres liberales Theoriekonzept biete Max Weber, der ein Anwachsen der Bürokratie bis hin zu einer Bedrohung der Demokratie prophezeit habe, die ein Präzisionsinstrument darstelle, das jeder für sich einsetzen könne - auch ein Richard Nixon - sofern er die Kontrolle darüber zu gewinnen vermöge. Er habe aber auch ein Konzept entwickelt, das zwischen einer rationalen sowie charismatischen Gewalt unterschieden habe und das etwa Arthur Schlesinger Jr. und Archibald Cox zugrunde legen würden, wenn sie die Watergate-Affäre als einen Konflikt zwischen den typischerweise zur Verschwiegenheit neigenden Verwaltungsbeamten der Exekutive und den den demokratischen Werten anhängenden Wahlbeamten der Legislative beschrieben. Dabei habe Schlesinger den Skandal um Nixon als den Höhepunkt eines langen Zentralisationsprozesses angesehen, der damit begonnen hätte, dass es der präsidentialen Bürokratie gelungen wäre, die Machtteilung in auswärtigen Angelegenheiten aufzuheben und mit Watergate dazu ansetzte, dies auch innenpoli-

---

<sup>235</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Wiener, Jon: Tocqueville, Marx, Weber, Nixon: Watergate in Theory, in: Dissent, 23, Heft 2, 103 spring, 1976, S.171-173

tisch zu realisieren, wobei sich hier allerdings die Legislative hätte durchsetzen können. Anwenden ließe sich auf den untersuchten Fall aber auch das von Weber entwickelte Konzept von rationaler und charismatischer Gewalt, eine Unterteilung, die festlege, aufgrund welcher inneren Beweggründe Menschen handeln würden, und die Hauptbeteiligten in diesem Skandal hätten in absoluter Ergebenheit an die für sie von außerordentlich hoher Wertigkeit und damit charismatische Führerschaft Nixons gehandelt und sich geweigert, damit gleichzeitig das rationale System der Verfassung als die für sie höchste Instanz anzuerkennen. George Gallup hätte sich in diesem Zusammenhang die Frage gestellt, wieviel Charisma Richard Nixon gehabt habe und Wiener gelangt hier zu den Ergebnis, dass eine solche Frage nicht nur heute, nachdem Nixon mit Titulierungen wie «Tricky Dick» belegt worden sei, lächerlich wirke, sondern auch in seiner Zeit negativ einzustufen sei, denn er schien auch damals zu keinerlei prophetischer Enthüllung oder gar einem Heroismus fähig zu sein, ja er hätte in der Folge sogar auf jegliche charismatische Rechtfertigung der Vorgänge verzichtet und jegliche Verantwortung für den Exzess von Enthusiasmus seiner Mitarbeiter zurückgewiesen, vielmehr hätte er sie angeschuldigt, sie hätten fälschlicherweise angenommen, die Sache rechtfertige die Gesetzesverletzungen, so dass Anfang 1975 dann auch nur wenige Mitarbeiter eingeräumt hätten, sie hätten Präsident Nixon geliebt, so etwa auch der emotionslose Haldeman, der gesagt hätte, er habe ihn nicht gemocht. Wichtig ist es Jon Wiener allerdings in diesem Zusammenhang hervorzuheben, dass die Ergebenheit für charismatische Kriminelle nicht den Versuch rechtfertige, das amerikanische Rechtssystem umzustößen. Während Nixon seiner eigenen charismatischen Ausstrahlung nicht getraut hätte, sei er nach Webers Konzept dennoch ein Charismatiker gewesen, denn dieses erkenne nicht nur Heiligen und Propheten Charisma zu, sondern u.a. auch politischen Führern, für die es zur Gewinnung einer Wahl Voraussetzung sei, die Leitung einer politischen Partei zu übernehmen und im konkreten Fall hätten die Mitarbeiter im Weißen Haus Nixon anders als nach der marxistischen Ansicht aus Gründen der Person nicht eines rational formulierten politischen Programms geholfen und die Watergate-Verbrechen begangen. Weber unterscheide aber darüber hinaus zwei Arten, in denen man Politik betreiben könne: man könne von oder für die Politik leben und im vorliegenden Fall handle es sich um die letztere Variante, denn Haldeman, Ehrlichman, Liddy und Hunt wären nicht für Geld tätig geworden, sondern für ihren Präsidenten und dieser wiederum hätte sich selbst in dem Glauben überzeugt, seine Regierung habe im Dienst der Sache gestanden, indem er dem Land gesagt habe, unter seiner Präsidentschaft sei nicht nur der Krieg beendet, sondern eine Generation des Friedens geschaffen worden. Allerdings komme bei genauerer Betrachtung zum Vorschein, dass Nixon auch von der Politik gelebt habe, wie man etwa an seinen Steuerabzügen oder häuslichen Verbesserungen sehe. Ungeklärt bleibe in Webers Konzept allerdings nicht nur der Prozess des charismatischen Aufstiegs, sondern auch derjenige des Abstiegs, doch Wiener glaubt, man könne es als Triumph der rational-legalen Gewalt über die charismatische einstufen, wobei er allerdings anmerkt, der deutsche Soziologe habe einen solchen Sieg nicht als erstrebenswert angesehen, weil in einem System ohne charismatische Unterbrechungen, ein bürokratisches Gehäuse der Hörigkeit entstehen würde. Damit gehe Max Weber davon aus, dass die charismatische Herrschaft grundsätzlich völlig mit einem rationalen politischen System von Gesetzen in Einklang zu bringen sei, was jedoch nicht mit seiner Definition harmoniere, eine erfolgreiche charismatische Gewalt hätte Anspruch auf uneingeschränkten Gehorsam seitens seiner Anhänger. Tatsächlich weigere er sich (demokratische Politik wie Tocqueville) als eine rationale Erwägung verschiedener Politikvarianten zu begreifen, und argumentiere, es handle sich hier um eine die demokratische Regierung bzw. liberale Staaten nicht bedrohende Diktatur, die auf der Ausbeutung von Massenemotionen beruhe, denn für ihn bestehe das rein abstrakte politische Programm einer Partei aus Mittelmäßigkeiten, dessen Befolgung weniger innere Befriedigung gebe

als die Ergebnislichkeit an einen großen Führer, womit ihm allerdings ein Konzept für einen Konflikt zwischen charismatischer und legal-rationaler Herrschaft fehle. Dem weberschen Konzept der legitimen Herrschaft ermangle es darüber hinaus auch an der Erörterung der illegitimen Herrschaftsformen, die für das Verständnis der Watergate-Affäre nützlich seien, doch seiner Ansicht nach sei wegen ihrer Instabilität und damit verbundenen Kurzlebigkeit wissenschaftlich keine Analyse erforderlich, weil sie lediglich politisch von Interesse seien. Für den deutsche Soziologen sei allein das ständige Anwachsen der Bürokratie eine Gefahr, die nur durch die Dynamik und Kreativität der charismatischen Herrschaft durchbrochen werden könne, wobei er nicht erkannt habe, dass solch ein Prozess Führern so starke Macht geben könne, dass die Freiheit fundamental betroffen sein könnte.<sup>236</sup> Probleme mit den Ereignissen um Watergate hätten die marxistischen Analysen: Einige rängen mit sich selbst, weil die Beobachtung gezeigt habe, dass Watergate kein Klassenkonflikt gewesen sei, andere dagegen hätten argumentiert, Nixon hätte weitaus schlimmere Verbrechen in Vietnam - so Noam Chomsky - und gegen Radikale, Schwarze und Weiße im eigenen Land begangen, so dass es sich bei der Watergate-Affäre nur um einen aufgebrauchten politischen Fall handeln würde, der dazu diene, die für die Marxisten wahren historischen Entwicklungen zu verbergen, denn es sei ein alltäglicher politischer Vorgang in einer bourgeois Gesellschaft, in der Kandidaten für das Präsidentenamt mit schmutzigen Machenschaften gegen das Volk arbeiten würden, wie etwa John F. Kennedy, der mit Hilfe einer verdächtigen Stimmenauszählung in Chicago ins Amt gekommen wäre, aber auch Roosevelt und Johnson, die solch ein Handeln unter öffentlichen Lügen verborgen hätten, ohne dass einer von ihnen sein Amt verloren hätte. Diese zweite Argumentation erkläre allerdings nicht, warum diese vergleichsweise weniger verbrecherische Tat Nixons im Falle Watergate zu einer in der neuzeitlichen amerikanischen Geschichte noch nie dagewesenen politischen Krise geführt habe und nicht nur ein einfaches Medienspektakel gewesen sei. Eine weitere mögliche marxistische Erklärung für diesen Skandal wäre, dass die einer radikalen Volksbewegung ähnelnde Kampagne von McGovern, die die Hegemonie der gesamten, entgegen ihrer eigenen Klassenprinzipien immer stärker illegale Methoden verwendende Elite bedroht habe, in normalen Zeiten den nach außen hin vorgegebenen Pluralismus nicht weiter schien aufrecht erhalten zu können. Obwohl Nixon und sein Team eben diese Situation als gegeben anzunehmen schienen, habe es sich hier um eine schwere Fehleinschätzung und eine Überreaktion von ihrer Seite gehandelt, denn es habe keine Gefahr für die Elite bestanden, weil McGovern mit seiner Anti-Vietnam-Kampagne keine Aussicht gehabt hätte zu gewinnen, zumal die anderen Parteiführer den Vietnamkrieg ebenfalls nicht mehr unterstützt hätten, und selbst wenn er gewonnen hätte, so hätte er keine sozialistische, antikapitalistische, Arbeiter- oder irgendeine andere Partei oder nationale Organisation hinter sich gehabt, die fähig gewesen wäre, ein Programm im Kongress durchzusetzen. Aus der marxistischen Perspektive seien diese Ereignisse um Watergate, wie Karl Marx es im «18. Brumaire des Louis Bonaparte» beschrieben hätte, eine Spaltung innerhalb der herrschenden Klasse gewesen und zwar - so hätten es Kirkpatrick Sale im New York Review und Karl Oglesby im Ramparts in ihrer «Yankee-Cowboy» Theorie formuliert- zwischen der alten Finanzelite des Ostens, die laut dem Letzteren aus alten eingewachsenen Familien in der 2. und 3. Generation bestehen würde, sich schwerpunktmäßig für internationale Finanzen und Industrie interessiere und seinen besten Repräsentanten in Nelson Rockefeller besessen habe, sowie der neuen, sie um die Macht herausfordernde Finanzelite des Südens des sogenannten «Sun Belts», deren bedeutendster Repräsentant Goldwater gewesen sei. Diese Letztere Elite hätte zunächst gewonnen, wäre aber durch den Skandal um ihren Präsidenten Nixon wieder hinter ihre Konkurrentin zurückgefallen.

---

<sup>236</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Wiener, Jon: Tocqueville, Marx, Weber, Nixon: Watergate in Theory, in: Dissent, 23, Heft 2, 103 spring, 1976, S.173-175

Zu diesem reichen Süden habe das Land der «Birch Society», Californien, gehört und hier insbesondere Newport Beach, wo Nixons persönlicher Rechtsanwalt, Herbert Kalmbach, sein bekannter Steuerbuchhalter Arthur Blech sowie seine Partner Frank und De Marco, die die arglistige Schenkung nixonscher Wertpapiere an die amerikanische Bevölkerung vorbereitet hätten, zu Hause gewesen seien, aber auch San Clemente, dem Versailles der Rimsters, der La Costa Country Club, wohin sich Nixons Mitarbeiterstab zurückgezogen hätte, um die Vertuschung von Watergate zu planen, Arizona, woher Goldwater gestammt hätte, Texas, die Heimat H.L. Hunts und John Connollys sowie Florida, die Region aus der Senator Gurney, Bebe Rebozo sowie kubanische Emigranten, die die Schmutzarbeit in Nixons Wiederwahlkampagne erledigt hätten, gekommen seien. Hier sei nach dem 2. Weltkrieg eine neue Art von Kapitalisten entstanden, die ihren jungen Reichtum aufgrund von Regierungsaufträgen für die Militär- und Luftfahrtindustrie, Ölgewinnungsgenehmigungen sowie Unterstützungen der Agrarpreise erreicht hätten, also «self-made men» bzw. reaktionäre umbarmherzige Individualisten mit all der Selbstsicherheit, der ungehemmten Gier nach Profiten und politischer Macht, den militanten antiunionistischen, anti-Schwarzen sowie antikommunistischen Haltungen, dem mangelnden Interesse an hoher Kultur, aber auch an sozialen Problemen, wie sie etwa Stiftungen von Rockefeller, Ford und Carnegie wahrgenommen hätten, sowie dem schlichten Patriotismus der Räuberbarone der ersten heroischen amerikanischen Generation. Eben diese Gruppe von Neureichen, deren Einstellungen und Handlungsweisen ein Spiegel für die Ereignisse um Watergate darstellen würden, hätten 1964 - als Goldwater anstelle von Rockefeller die Nominierungsabstimmung für sich entschied - die Oberhand in der Republikanischen Partei gewonnen, für die später auch Nixon ein passender Kandidat gewesen sei, weil er in der neuen Prinzipien folgenden Partei finanzielle Förderer, einen persönlichen Mitarbeiterstab und seine persönliche Ideologie vorgefunden hätte. Diese neue Finanzelite, die Cowboys, hätten die alten, die Yankees, von der Macht ausschließen wollen und hätten daher in gaunerischer Absicht im außenpolitischen Bereich eine Erhöhung der Militärausgaben angestrebt, um so ihr Kapital mit Hilfe des Staates zu vergrößern, während ihre Gegner, die sie allerdings nicht nur innerhalb ihrer Partei, sondern auch bei Mitgliedern der immer liberal geführten, demokratischen Partei gefunden hätten, eine aktive Unterstützung des Außenhandels durch den Staat sowie eine internationale Entspannungspolitik verfolgt hätten, Watergate sei also ein Kampf innerhalb der herrschenden Klasse gewesen, doch es frage sich, weshalb Nixon aus marxistischer Perspektive sein Amt niederlegen habe müssen: Eine Antwort hierauf sei, dass er die faschistischen Taktiken des Abhörens, Sabotierens, Unterwanderns und Provokierens zwar - wie die demokratischen Regierungen - unter den Radikalen, den Kriegsgegnern sowie der Schwarzenbewegung eingesetzt, aber darüber hinaus auch auf die Elite der Demokraten angewandt hätte, was letztlich die Watergate-Affäre ins Rollen gebracht und ihn aus dem Amt gezwungen hätte. Angesichts einer Autoritätskrise im Inneren, die durch die weitverbreitete Ablehnung des Vietnamkrieges und einer Schwächung der internationalen Macht Amerikas gegenüber Japan und Europa gefördert worden wäre, hätte Nixon angestrebt, das Land - wie sein Mitarbeiter John Mitchell 1972 erklärt hätte - ohne Aufsehen umfassend und weit nach rechts zu führen. In diesem Zusammenhang habe er neben seinen Angriffen auf die demokratische Elite versucht, den Wohlfahrtsstaat zu reduzieren, den Obersten Bundesgerichtshof von einem aktiv verändernden in ein den Status Quo sicherndes Organ zu verwandeln und die Löhne zu kontrollieren, indem er die reaktionärste Gewerkschaft, nämlich diejenige der Lastwagenfahrer, im Kampf gegen die fortschrittlichste Gewerkschaft, nämlich diejenige der Farmarbeiter, unterstützt habe, um sie gegeneinander auszuspielen. Er habe aber auch die radikale Linke beispiellos bekämpft, wie dies seit den Tagen Joseph McCarthys nicht mehr gesehen worden wär und so wären durch Agnew liberale Presseorgane wie die Network Fernsehnachrichten, die New York Times

und die Washington Post, die später den Fall Nixon zum Thema gemacht hätten, diskreditiert worden, wobei sie jegliches Vorgehen mit nationalistischer Ideologie unter dem Schlagwort «Zweihundertjährigen Ära» gerechtfertigt hätten. Was Nixons Vorgehen gegenüber der alten Finanzelite des Ostens betreffe, so wäre er überzeugt gewesen, sein Ziel diese zu besiegen, aufgrund seiner Macht erreichen zu können und daher hätte er keine private Beilegung der Differenzen gesucht. Die Gegenseite habe unterdessen geglaubt, drastisch gegen diese Attacke vorgehen zu können, weil die Gesellschaft mangels einer grundlegenden Bedrohung eine schwerwiegende politische Spaltung ertragen könne, es keine bedeutende radikale Bewegung an den Universitäten oder in den Ghettos gegeben habe, die das System als illegal bezeichnet hätte und die Wahlen von 1972 so überzeugend einseitig gewesen seien, dass kein Demokrat behauptet hätte, ihr Ausgang wäre auf schmutzige Machenschaften zurückzuführen gewesen und McGovern müsse aus diesem Grund Präsident werden. Aus der marxistischen Perspektive wäre dieser vor dem Hintergrund von Watergate ausgetragene Machtkampf zwischen Nixon und seinen demokratischen Gegnern ein unpluralistisches Verhalten mit spezifischem Klassenverständnis sowie spezifischer ideologischer Orientierung gewesen, wobei diese Yankee-Cowboy-Sichtweise jedoch ernsthafte Erklärungsschwierigkeiten habe: Zunächst könnten die wirtschaftlichen Interessen der beiden um die Macht kämpfenden Gruppen weder klar voneinander geschieden werden, wie die Theorie dies tue, denn Vertreter beider Lager säßen in miteinander verzahnten Verwaltungsräten, Holdinggesellschaften, hätten Aktienbesitz und hingen von staatlichen Aufträgen ab, noch könnten sie die politischen Unterschiede zwischen Yankees und Cowboys erschöpfend erklären, denn auch wenn die Ersteren als liberaler gelten würden, so träten sie dennoch aggressiv kriegerisch auf, wie der nicht wegen internationalen Finanzinteressen oder in bloßer Gegenwehr geführte Vietnamkrieg gezeigt habe, den Kennedy und Johnson initiiert hätten und den die Demokraten erst in einem sehr späten Stadium aufgegeben hätten, während die Republikaner, die sich im Gegensatz zu Rockefeller außenpolitischen Ansichten - wie Goldwater meinte - geradezu friedlich angemutet hätten, deren ursprüngliche Position weiterhin verteidigt hätten. Auch die weitere historische Entwicklung mache deutlich, dass die außenpolitische Haltung der beiden Machteliten sehr weitgehend harmonisiert hätte, so hätte etwa Nixon die Konzeption des Rockefeller-Vertreters Henry Kissinger übernommen, die keine weiteren Aktivitäten in Vietnam angestrebt und - ganz im Interesse der Yankees - eine Entspannung der Beziehungen sowie eine Aufnahme des Handels mit Rußland und China vorgesehen habe. Die Yankees hätten den Republikanern außenpolitisch in nichts nachgestanden - auch in ihrer innenpolitischen Aggressivität, denn Rockefeller Maßnahmen in Attica wären brutaler gewesen als alles, was Ronald Reagan jemals als Gouverneur unternommen hätte. In Schwierigkeiten gerate die marxistische Yankee-Cowboy-Theorie allerdings auch, wenn sie die Verbindungen zwischen den beiden wirtschaftlichen Gruppen und den politischen Strukturen, durch die die Watergate-Affäre ins Rollen gekommen sei, zu erklären versuche, denn Rockefeller hätte weder auf eine Enttarnung von Nixons Aktivitäten noch auf eine Anklage dessen gedrängt, McGovern hätte in der liberalen Presse keine Unterstützung für seine Beurteilung erhalten, Nixons Vorgehen sei ein Verbrechen und er solle seines Amtes enthoben werden, und die Komitees im Senat und Repräsentantenhaus wären nicht von den Demokraten dominiert gewesen. Allerdings würden die hier aufgezeigten Erklärungsnotwendigkeiten, die die Theorie mit den historischen Realitäten habe, die relative Autonomie der politischen Entwicklungen und die wandelbare Natur der politischen Koalitionen in der amerikanischen Gesellschaft deutlich machen. Gegen Ende seiner Ausführungen kommt Wiener noch auf die Beurteilung der Watergate-Affäre durch die «Kapitalistengruppe» um James O'Connor zu sprechen, die diesen Vorfall als habermasche Legitimitätskrise für die gesamte Führungsklasse betrachtet hätte, weil er in demjenigen Zeitpunkt als klar wurde,



dass Nixons Verhalten dem seiner Vorgänger entsprochen habe, ständig gedroht hätte, eine Anklageschrift für die gesamte amerikanische Demokratie zu werden, so dass der Kongress und die liberale Presse sich darauf konzentriert hätten, die Korruption des Präsidenten und seiner Verbündeten herauszustellen und die amerikanischen Kriegsverbrechen, die systematische Verweigerung der Bürgerrechte für die Radikalen und die Herrschaft des Zweiparteiensystems zu übergehen. Die Anhörungen im Jahre 1974 hätten dann auch der Wiederlegitimierung des alten politischen Systems, indem Ausschussmitglieder und Kommentatoren die Verfassung und den korrupten Präsidenten einander gegenübergestellt hätten, indem Gerald Ford verkündet hätte, die Ereignisse hätten gezeigt, dass das amerikanischen Regierungssystem funktioniere, indem Theodore White mit seinem Buch den Erfolg verewigt und Dustin Hoffmann und Robert Redford Bernstein und Woodward in der Hollywoodinszenierung «All the President's Men» gespielt hätten. In seiner abschließenden Beurteilung zu diesen Ausführungen hält Jon Wiener fest, dass die marxistischen Betrachtungen, indem sie die ideologische Oberfläche der politischen Ereignisse zu schnell durchdrungen hätten, die sozialen und politischen Kräfte im Hintergrund von Watergate besser beschrieben hätten, als die Art und Weise in der die Krise ausgefochten und vielleicht bewältigt worden sei.<sup>237</sup>

Am Ende seiner Betrachtungen muss John Wiener aufgrund von Enthüllungen im Jahre 1975, die u.a. eine massive, unrechtmäßige Überwachung von Radikalen über 25 Jahre hinweg zu Tage gefördert hätten, feststellen, dass Nixons Rücktritt nicht die erwartete Celebration der amerikanischen politischen Tugenden nach sich gezogen habe, sondern vielmehr die bereits vor Watergate begonnenen Machtmissbräuche, wie sie sich etwa dem geheimen Krieg Kennedys gegen Kuba, Amerikas Versuch Chile zu destabilisieren oder in der unter Lyndon Johnson begonnen illegalen Überwachungen amerikanischer Bürger durch den FOR manifestierten, fortgesetzt habe. Es wäre die Angelegenheit der die Affäre untersuchenden liberalen Abgeordneten sowie der Presseorgane gewesen, aufzuzeigen, dass Nixons repressive Handlungsmuster auch von gefeierten liberalen Präsidenten praktiziert worden seien, doch sie hätten nicht auf eine Wiederlegitimierung der gewöhnlichen Politik gezielt, sondern erstrebten und erreichten die Legitimierung der entscheidenden von den Radikalen kritisierten, als paranoide Phantasien angesehenen Elemente des 60er Jahre Liberalismus - eine Entwicklung, die diejenigen geschmackvoll fänden, die Geschmack an paradoxem und ironischem hätten.<sup>238</sup>

Auch bei dieser wie bei den vorangegangenen Arbeiten stellt sich die Frage, zu welchen vergleichenden Erkenntnissen der Aufsatz bezüglich Alexis de Tocqueville und Karl Marx gelangt. Im vorliegenden Fall lässt sich dies allerdings nicht so ohne weiteres benennen, da ein direkter Vergleich der beiden Denker im Rahmen von Jon Wieners Arbeit nicht stattfindet, vielmehr betrachtet der Verfasser die Watergate-Affäre und ihre Beurteilung durch die intellektuelle Öffentlichkeit, deren Erklärungsversuche er drei Kategorien zuordnet: Einen ersten, der sich auf das theoretische Konzept Tocquevilles stützt, eines zweiten, der sich Gedankenkonzepte Webers zueigen macht und eines dritten, der auf Karl Marx' Ideen basiert. Ganz den Einschätzungen Tocquevilles folgend sei die herrschende Meinung bezüglich der Watergate-Affäre zu dem Ergebnis gekommen, dass die für Demokratien entscheidenden pluralistischen Spielregeln verletzt worden seien, weil die regierende konservative Partei ihre Mitkonkurrentin im Wahlkampf nicht als gleichwertig anerkannt und de-

---

<sup>237</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Wiener, Jon: Tocqueville, Marx, Weber, Nixon: Watergate in Theory, in: Dissent, 23, Heft 2, 103 spring, 1976, S.175-180

<sup>238</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Wiener, Jon: Tocqueville, Marx, Weber, Nixon: Watergate in Theory, in: Dissent, 23, Heft 2, 103 spring, 1976, S.180

ren Vernichtung angestrebt hätte, was nach der Ansicht des französischen Denkers in solchen von Gleichheit gekennzeichneten Gesellschaften anders als in aristokratischen gefährlich sei, da politische Korruption hier für die Masse der Bevölkerung ersichtlich sei und ansteckend wirke. Nachdem die versuchte Ausspionierung der Demokraten ans Tageslicht gelangt wäre und sich die herrschende Meinung Tocquevilles Ansicht angeschlossen hätte, hätte sich der Präsident mit Forderungen des französischen Aristokraten verteidigt und eine Erneuerung des Respekts vor den gegenseitigen Grenzen gefordert, die eine freie und zivilisierte Gesellschaft kennzeichnen und dem friedlichen, die Freiheiten erhaltenden Konfliktlösungssystem dienen würden, während Howard Hunt die skrupellosen Taktiken gegen George McGovern ebenfalls mit tocquevilleschem Gedankengut zu rechtfertigen versuchte, indem er dessen Kampf als Klassenkampf einstufte, der nicht vom amerikanischen Konsensprinzip getragen sei. Sein Amt hätte Nixon letztlich niederlegen müssen, weil er gegen das nicht nur in der amerikanischen Gesellschaft, sondern auch in seiner Partei gültige Prinzip des Konsens verstoßen habe, indem er den dem Skandal zugrundeliegenden Plan CREEP ohne deren Einverständnis vollzogen und daher auch von dieser keinerlei Unterstützung mehr erhalten habe. Eine Gefahr für die Demokratie hätte zum damaligen Zeitpunkt nach tocquevillescher Einschätzung nicht bestanden, weil es nicht zu einer Zentralisierung der Macht und damit zu einer Zerstörung der individuellen Freiheiten, mit anderen Worten der kontrollierenden freiwilligen Zusammenschlüsse, gekommen sei. Wiener verweist in diesem Zusammenhang allerdings darauf, dass zu solchen freiwilligen Zusammenschlüssen auch solche Gruppierungen wie der Klu-Klux-Klan gehörten, die die Verteidigung der Freiheit nicht zum Ziel hätten, so dass dieses Sicherungssystem nicht absolut wirksam sei. Die modernen Liberalen seien allerdings überzeugt, dass sich gute und schlechte Kontrollorgane die Waage halten würden. Verkannt habe Tocqueville zudem, dass es in einer Demokratie die Gefahr eines despotischen Angriffs gebe, denn er habe ausschließlich mit einer Tyrannei der Mehrheit, die zu dieser Zeit von den Demokraten gestellt worden sei, sowie einem Wohlstandsdespotismus gerechnet.

Die sich auf Marx stützenden Analytiker der Watergate-Affäre hätten Schwierigkeiten die damaligen Ereignisse zu erklären, da es sich hierbei ganz offensichtlich um keinen Klassenkonflikt gehandelt habe: Gingen sie etwa davon aus, dass es sich bei diesem politischen Vorfall um einen in einer bourgoisen Gesellschaft alltäglichen Vorgang gehandelt habe, der in vergleichbarer Weise bei Roosevelt, Johnson, aber auch John F. Kennedy zu beobachten gewesen sei, so stünden sie vor dem Problem, erklären zu müssen, weshalb es genau im Falle Nixon zu einer noch nie dagewesenen politischen Krise in der amerikanischen Geschichte geführt hätte. Nähmen die Marxisten dagegen an, dass Nixon und sein Team davon ausgegangen seien, dass die einer radikalen Volksbewegung ähnelnde Kampagne McGoverns die gesamte, illegale Methoden verwendende Elite gefährdet hätte, so wäre doch klar gewesen, dass dieser mit seiner Anti-Vietnam-Kampagne kaum Erfolg gehabt hätte, da auch die regulären Parteien dieses Vorhaben nicht mehr unterstützt hätten und er aus diesem Grund die für den politischen Alltag nötige, Entscheidungen realisierende Partei oder nationale Organisationen nicht hinter sich gehabt hätte. Folge man James O'Connor und stuft Watergate als habermasche Legitimitätskrise der gesamten Führungsklasse ein, so müsse man davon ausgehen, dass die amerikanische Demokratie ins Wanken zu geraten schien, als klar wurde, dass Nixons Verhalten demjenigen seiner Vorgänger entsprach und die liberale Presse sowie der Kongress versuchten das System wieder zu legitimieren, indem sie sich allein auf den Skandal konzentrierten und andere Missstände wie die amerikanischen Kriegsverbrechen, aber auch die Verweigerung der Bürgerrechte für Radikale sowie das Zweiparteiensystem übergingen. Übernehme man die Perspektive von Marx' 18. Brumaire, so wäre der Skandal um Nixon Ausdruck einer Spaltung innerhalb der herrschenden Klasse und zwar zwischen der eingessenen, an internationalen Fi-

nanzen sowie Industrie interessierten Finanzelite des Ostens, den Yankees sowie der nach dem 2. Weltkrieg durch Regierungsaufträge für Militär- und Luftfahrtindustrie, Ölgewinnungsgenehmigungen sowie landwirtschaftlichen Zuschüssen hochgekommenen, profitgierigen, selbstsicheren, innenpolitisch militanten, patriotischen, kulturell und sozial desinteressierten, mit der Unbarmherzigkeit der Gründergeneration vorgehenden Finanzelite des Südens, den Cowboys. Aus dem Amt sei Nixon gezwungen worden, als er die auch bei seinen Gegnern gängigen faschistischen Praktiken des Abhörens, Sabotierens, Unterwanderns und Provozierens nicht nur auf radikale Kriegsgegner und Schwarze angewandt, sondern im Rahmen seines Bestrebens die amerikanische Macht durch einen politischen Rechtsruck des Landes gegenüber Europa und Japan zu stärken auch auf die demokratische Elite ausgedehnt hätte, in der Überzeugung diese aufgrund seiner Position besiegen zu können, doch diese hätte massiv gewehrt, da die Gesellschaft mangels Bedrohung eine politische Spaltung habe ertragen können, es an den Universitäten und in den Ghettos keine bedeutenden radikalen Bewegungen gegeben hätte, die das politische System als illegal bezeichnet hätten und die Wahlen von 1972 aufgrund der Eindeutigkeit ihres Ergebnisses keinerlei Hinweise auf irgendwelche Machenschaften aufgezeigt hätten. Gegen eine solche Erklärung des Geschehens stünde allerdings die Tatsache, dass weder die wirtschaftlichen noch die politischen Interessen der beiden Eliten sauber voneinander geschieden werden könnten, denn sie säßen in miteinander verzahnten Verwaltungsräten sowie Holdinggesellschaften, hätten Aktienbesitz, hingen von staatlichen Aufträgen ab und träten innen- und außenpolitisch beide aggressiv auf, so etwa Rockefeller mit seinen Maßnahmen in Attica, die brutaler gewesen seien als alle Maßnahmen Ronald Reagens in seiner Zeit als Gouverneur oder Kennedy und Johnson in dem von ihnen initiierten Vietnamkrieg, den die Republikaner im Nachhinein, als die Demokraten ihre kriegerische Position bereits aufgegeben hätten, verteidigten, um später die ganz im Interesse der Yankees stehende vom Rockefeller-Vertreter Henry Kissinger stammende Politik der Entspannung und des Handels mit China und Russland zu übernehmen. Es gelinge ihr aber auch nicht, die Verbindung zwischen den beiden Eliten sowie den politischen Strukturen aufzuklären, durch die die Affäre ins Rollen kam, denn Rockefeller hätte weder auf eine Enttarnung noch Anklage Nixons gedrängt, McGovern hätte, als er dies anstrebte, von der liberalen Presse keine Unterstützung erhalten und die Komitees des Senats sowie des Repräsentantenhauses wären auch nicht von Demokraten dominiert gewesen.

Betrachtet man diese Ausführungen Wieners, so lässt sich zusammenfassend festhalten, dass er glaubt, sowohl die tocquevilleschen als auch marxistischen Erklärungsversuche des Watergate-Skandals könnten die Ereignisse nicht abschließend und befriedigend erklären: Zwar seien die von Tocqueville formulierten pluralistischen Spielregeln in der Demokratie anerkannt, aber entgegen den Einschätzungen des französischen Theoretikers sei die Demokratie nicht allein durch eine Tyrannei der Mehrheit oder den Wohlstandsdespotismus bedroht, sondern auch durch einen despotischen Angriff. Schwieriger tut sich der marxistische Ansatz, da eindeutig kein Klassenkonflikt vorliege und auch keine Spaltung der herrschenden Klasse anzunehmen sei, die in wirtschaftlichen und politischen Bereichen zusammenarbeitete. Sie beschreibe allerdings die im Hintergrund wirkenden sozialen und politischen Kräfte besser als die Art und Weise der Ausfechtung bzw. Bewältigung der Krise. Mit Jon Wieners Arbeit liegt also eine Beurteilung darüber vor, inwieweit die theoretischen Überlegungen von Alexis de Tocqueville und Karl Marx im Falle der Watergate-Affäre eine zufriedenstellende Ursachenanalyse gewährleisten. Es liegt allerdings keine direkte Gegenüberstellung des Gedankengutes der beiden Männer sowie eine abschließende Auswertung vor. Dieses Ergebnis bestätigt sich auch durch die Betrachtung der verwendeten Literatur, die sich in der Hauptsache mit der Literatur zum Watergate-Skandal befasst und sich bezüglich Tocqueville ausschließlich auf dessen Originalschrift «Über die Demo-

kratie in Amerika» sowie bezüglich Karl Marx auf dessen Aufsatz «The 18th Brumaire of Louis Bonaparte» stützt. Ähnlich wie bei Steinert und Treiber oder Benson Lee stand für Wiener der Erkenntnisgewinn in einem anderen wissenschaftlichen Bereich im Vordergrund – ein Interesse an einer vergleichenden Analyse der beiden Denker hatte er nicht.

#### **ff. Linares, Filadelfo: Die Revolution bei Marx und Tocqueville, 1977**

In der Einleitung zu seinem Buch «Die Revolution bei Marx und Tocqueville» stellt Filadelfo Linares in Bezug auf die beiden Theoretiker fest: Marx wolle mit Hilfe einer Revolution die Gesellschaft verändern, um deren gestörte Harmonie wiederherzustellen, und daher begrüße er die radikale Trennung der Klassen, die zu den von ihm erwünschten revolutionären Umstürzen führen würden. Sein französischer Kollege stehe Revolutionen dagegen grundsätzlich ablehnend gegenüber (negative Revolutionstheorie), so dass er die zu solchen Situationen führende Klassentrennung bedaure, auch wenn er grundsätzlich die Ansicht seines Zeitgenossen teile und die Harmonie als idealen Gesellschaftszustand auffasse. Entsprechend ihrer unterschiedlichen Beurteilung gewaltsamer Umstürze hätten auch Freiheit und Gleichheit bei den beiden Philosophen eine andere Bedeutung: Bei Tocqueville stehe die Freiheit als aristokratisches Prinzip über der Gleichheit, doch im Gegensatz zur Zweiten werde sie nicht die Seele des neuen, demokratischen Zeitalters werden; bei Marx dagegen nehme die Gleichheit die wichtigste Position ein und werde von ihm als demokratisches Prinzip der Freiheit übergeordnet, denn die Letztere könne sich für ihn erst in einer klassenlosen Gesellschaft, also einer Assoziation freier Menschen, völlig entfalten. Was das Entstehen der Revolution betreffe, so sähen die beiden Philosophen hierfür als Ursache die Theorien an, also dem einen gewaltsamen Umsturz auslösenden sozial höheren Prinzip, das Revolutionen auslöse und führe.

Im Hauptteil wendet sich Linares zunächst der *Revolutions-* und dann der *Gesellschaftstheorie* bei Marx und Tocqueville zu, wobei er im *ersten* Teil die eine Revolution auslösenden Faktoren, die Rolle der Französischen Revolution in der Revolutionstheorie, den Boden und das Wirkungsfeld einer Revolution, sowie die Anwendung von Marx' Verelendungs- und Klassentheorie auf das Ancien Régime und die Französische Revolution untersucht.

Linares fragt sich im Rahmen seiner Erörterungen zur *Revolutionstheorie* also zunächst, weshalb es überhaupt zu einem revolutionären Ereignis komme. Hierfür nenne Tocqueville drei unbewusste und vier bewusste Ursachen, von denen zwei auch von Marx als Erklärungsgrund angenommen würden: Zunächst hätte für den Franzosen das Ancien Régime durch sein Verhalten selbst zum Aufstand gegen seine Regierung im Jahre 1789 beigetragen, etwa indem Ludwig XVI öffentlich die sozialen Ungerechtigkeiten seines Staates an den Pranger gestellt sowie in revolutionärer Manier alte Gewohnheiten abgeschafft und alterworbene Recht verletzt hätte, Ludwig XV die ältesten und bestbegründeten Institutionen verächtlich behandelt hätte und Ludwig XIV - ganz im Sinne der späteren sozialistischen Ideen – den Staat zum alleinigen Eigentümer des Königreiches erklärt hätte (*politisch-psychologischer Faktor*). Der Machtwechsel sei den Revolutionären aber auch dadurch leicht gemacht worden, dass alle Kräfte in der Hauptstadt Paris gebündelt worden seien, denn diese Veränderung der Verwaltungsstruktur habe nicht nur eine Entmachtung des Adels in den Provinzen dargestellt mit allen Folgen für das Gesellschaftsgefüge, nämlich dem Verschwinden des sozialen Verpflichtungsgefühls der Noblesse und der damit

verbundenen Rechtfertigung der Privilegien gegenüber dem Volk, sondern gleichzeitig eine Konzentration der politischen Macht an einem einzigen Ort, so dass ein Umsturz nur einmal durchgeführt werden müssen (*politisch-administrativer Faktor*). Für beide Theoretiker, also sowohl für den deutschen als auch für den französischen, würden die gesellschaftlichen Verhältnisse einen entscheidenden Beitrag für die Entstehung der Revolution leisten (*sozio-ökonomischer Faktor*). So meine etwa Marx – wie sich aus dem Vorwort seiner Schrift «Zur Kritik der politischen Ökonomie» ergebe - das soziale Klima sei gespannt, wenn sich die ursprünglich miteinander harmonisierenden und voneinander abhängigen Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse nicht mehr parallel entwickeln würden, was dann geschehe, wenn sich mit der Erwerbung neuer Produktionskräfte auch die Produktionsweise sowie alle anderen gesellschaftlichen Gegebenheiten änderten, während die Produktionsverhältnisse bestehen blieben, so dass wegen deren Rückständigkeit die ursprüngliche Harmonie dieser beiden Komponenten und damit der Gesellschaft nicht mehr gegeben sei und durch eine Revolution wiederhergestellt werden müsse, wobei Linares die relativ gleichbleibenden Produktionsverhältnisse nicht als Behinderung oder Fessel, sondern als fehlenden Ansporn betrachten möchte. Im Rahmen dieser Ausführungen bemerkt Linares, dass Marx trotz seiner Feststellung, die Produktionsverhältnisse würden den jeweiligen Stand der Produktivkräfte widerspiegeln, nicht konsequent schlussfolgere, dass dann ein Auseinanderdriften dieser beiden Komponenten nicht möglich sei. In Umgehung dieser logischen Konsequenz erkläre er vielmehr, dass mit der Erwerbung neuer Produktivkräfte sich zugleich die Produktionsweise, aber auch alle anderen gesellschaftlichen Verhältnisse ändern und sich damit die Produktivkräfte in die Produktionsverhältnisse bewegen lassen würden, wodurch die Letzteren nun doch auf die Ersteren einwirken könnten und ein Widerspruch zwischen den beiden Komponenten möglich sei. Da für Marx der soziale Fortschritt und damit der soziale Friede in der Entwicklung der Produktivkräfte liege, sei ein Fortschritt der Produktionsverhältnisse für dieses marxsche Ziel also unabdinglich und könne allein durch eine Revolution bewerkstelligt werden, womit die Produktionsverhältnisse zum zentralen Gegenstand dieser gesellschaftlichen Umwälzung werden würden. Während die materiellen Produktivkräfte also im Bereich der Produktionsweise die entscheidende Rolle für den revolutionären Prozess spielten, d.h. die Basis darstellen würden, und die sozialen Produktionsverhältnisse lediglich den unwichtigeren Part des Überbaus übernehmen, komme den Letzteren diese gewichtige Position im gesellschaftlichen Bereich zu, hier allerdings in ihrer ökonomischen Funktion im Verhältnis zum Geistigen im Allgemeinen, so dass sie eine ambivalente Natur besäßen und sowohl als Basis wie auch als Überbau fungieren könnten, ohne jedoch ihre Abhängigkeit von den Produktivkräften zu verlieren. Der Verfasser hält fest, dass das Ökonomische, Materielle oder Reale die Basis bilde, wobei der in einem dialektischen Verhältnis dazu stehende Überbau systemstabilisierend oder - verändernd auf diese einwirken könne. Ein Widerspruch könne sich aber nicht nur zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen bilden, sondern auch innerhalb der Letzteren selbst. Dies ist für den Verfasser bedeutend, denn ähnlich wie der kommunistische Führer Mao Tsetung sieht er in diesem Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen nur das passive Element der Revolutionstheorie, das aktive finde sich in dem Widerspruch innerhalb der Produktionsverhältnisse, bei denen es sich in der Hauptsache um Eigentumsverhältnisse handle, die als gesellschaftliches Eigentum durch Förderung der Entwicklung der Produktivkräfte revolutionsverhindernd, als Privateigentum durch Hemmung der Produktivkräfte sowie durch ihren Hang zu Ausbeutungsverhältnissen revolutionstreibend wirken würden, was für Linares aufgrund eines Vergleichs zwischen kapitalistischen und sozialistischen Ländern widerlegt werde<sup>239</sup>. In

---

<sup>239</sup> vgl. zu dieser Meinungsäußerung seitens Linares: Linares, Filadelfo: Die Revolution bei Tocqueville und Marx, Percha am Starnberger See, 1977, S. 101

einer früheren Fußnote hatte der Verfasser diese Eigentumsproblematik bereits kurz dargestellt und dabei noch einen weiteren von Marx formulierten revolutionshervorrufenden Umstand beschrieben, nämlich die Arbeitsteilung, die geistige und materielle Fähigkeit, Genuss und Arbeit, Produktion und Konsumtion verschiedenen Individuen zufallen lasse und dadurch zu einem Widerspruch führe.<sup>240</sup> Tocqueville nun erkenne wie sein deutscher Kollege, dass die feudale Gesellschaftsordnung den Produktivkräften nicht mehr entsprochen habe, aber für ihn sei der Wohlstand oder besser der mit ihm verbundene tätige, rastlose, intelligente, neuerungssüchtige, ehrgeizige, d. h. der demokratische Geist<sup>241</sup> die treibende revolutionäre Kraft gewesen, denn er hätte sich entgegen den Ausführungen des deutschen Denkers im liberaler gewordenen Ancien Régime zwar entwickeln können, hätte aber nach einer gewissen Zeit die verbleibenden Lasten des Feudalismus nicht mehr ertragen und ihn daher gewaltsam beseitigt. Marx' These, dass eine Revolution zwangsläufig eintrete, wenn eine Gesellschaft sämtliche für sie möglichen Produktivkräfte entwickelt habe, erscheine somit zweifelhaft, doch der deutsche Theoretiker würde argumentieren, dass der Ausbruch der Französischen Revolution zeige, dass das Ancien Régime nicht mehr in der Lage gewesen sei, Produktivkräfte hervorzubringen. Da die fertige Existenz der Letzteren Voraussetzung für die Bildung einer revolutionären Klasse sei, könne man annehmen, sie seien das Bestimmende in der marxischen Revolutionstheorie, doch diese aktive Rolle spiele die Revolution selbst, denn es sei sie, die über den Entwicklungsgrad der Produktivkräfte und die Konstituierung der revolutionären Elemente entscheide, d.h. diejenige, die erklärt und bestimmt werden solle, fungiere selbst als Erklärende und Bestimmende. Es müsse daher angenommen werden, dass die herrschenden Verhältnisse so lange als erträglich anzusehen seien und daher revolutionäres Verhalten unangebracht, ja sogar als Agitation zu werten sei, solange die Revolution nicht ausgebrochen sei. In seiner Schlussbetrachtung zum sozio-ökonomischen Faktor hält Linares fest, dass sowohl Marx - bei dem sich der Gedanke aus der hegelschen Geschichtsdiagnostik herleite und der der vortrefflichste und im besten Sinne konservative sei - als auch Tocqueville von einem evolutionären Prozess im Vorfeld der Revolution ausgegangen seien, wobei er die Liberalisierung als einen Teil dieses Prozesses sehe, der ganz im Sinne von Karl Marx nicht gestoppt oder rückgängig gemacht werden könne, im Gegenteil, solche Versuche würden den Ausbruch eines solchen Ereignisses lediglich noch beschleunigen. Zu guter Letzt leisteten für beide Philosophen darüber hinaus auch die Aufklärer und Ideologen einen Beitrag zur späteren Beseitigung des Ancien Régime (*ideologischer Faktor*): Diese hätten zwar nicht die Notwendigkeit der Revolution geschaffen, vielmehr wäre ihr bereits ein gesellschaftliches Bedürfnis zugrundegelegen, wie Marx nach Ansicht von Linares zutreffend analysiert habe, aber sie hätten jeden feststellbaren Tatbestand aufgezeigt und real existierende Missstände, unter denen weite Bevölkerungsteile gelitten hätten, angeprangert und damit die Widersprüche der alten Ordnung bloßgelegt, so dass die Bereitschaft für eine revolutionäre Veränderung geweckt worden wäre. Da das französische Volk die Kritik der Aufklärer für berechtigt gehalten hätte, so Tocqueville weiter, hätten die Philosophen anders als im 15. Jahrhundert, in dem solche Agitationen sich nicht weit hätten ausbreiten können, die Massen für sich gewonnen - einen Zusammenhang, den auch Marx mit seiner Aussage, dass eine Theorie nur dann Realität werden könne, wenn die Wirklichkeit sich zum Gedanken dränge, beschrieb. Die entscheidende Idee, die das Ancien Régime schließlich stürzte, wäre diejenige der Gleichheit gewesen, wobei nur das Volk und die Bauern eine generelle Gleichstellung aller Bevölkerungsklassen gewollt hätten, während der Adel diese nur in-

---

<sup>240</sup> vgl. zu dieser Anmerkung: Linares, Filadelfo: Die Revolution bei Tocqueville und Marx, Percha am Starnberger See, 1977, S. 100 - 101, Anm. 36

<sup>241</sup> vgl. zu dieser Differenzierung: Linares, Filadelfo: Die Revolution bei Tocqueville und Marx, Percha am Starnberger See, 1977, S. 105 - 106, Anm. 39

nerhalb seines eigenen Standes und die Bourgeoisie nur in Bezug auf die Mobilität angestrebt hätte, auch wenn Letztere den Anschein erweckt hätten, es ginge ihnen darum, für die gesamte französische Bevölkerung gleiche Rechte und Pflichten zu erringen. Sozial sowie wirtschaftlich und damit auch politisch sei der dritte Stand in der Lage gewesen, einen solchen Anspruch durchzusetzen und zu diesem generellen Vorgehen sei er - so Tocqueville weiter - auch gezwungen gewesen, um die ihm entgegengehaltene Idee der Ungleichheit zu bekämpfen<sup>242</sup> - ein Tatbestand, den Marx ähnlich sehe, denn er spreche davon, dass die revolutionäre Klasse um ihren Zweck durchzuführen, vorgeben müsse, im Interesse aller Gesellschaftsmitglieder zu handeln, was sie auch könne, weil zu Beginn ihr Interesse noch mehr mit allen übrigen nichtherrschenden Klassen zusammenhinge.<sup>243</sup> Da eine Situation gesellschaftlicher Gleichheit für den französischen Aristokraten einer Revolution entgegenstehe, weil das Interesse Wohlstand zu erwerben und zu erhalten hier sehr groß sei und jegliche Umstürze den Besitz mehr oder weniger bedrohten, hätte im Frankreich des 18. Jahrhunderts, in dem die Einebnung der Unterschiede zwischen Bürgertum und Adel bereits im Gange gewesen sei, kein solches Ergebnis stattfinden dürfen, aber ähnlich wie die wirtschaftliche Prosperität - so Linares - habe sich die gesellschaftliche Angleichung zu langsam entwickelt und so seien die sozialen und politischen Verhältnisse des Ancien Régime als Behinderung erfahren worden. Für den französischen Philosophen seien Revolutionen in egalitären Gesellschaften schwierig durchzuführen, weil sich Revolutionsführer aufgrund der Gleichheit aller kaum hervorheben könnten und die Menschen um ihren erworbenen Wohlstand fürchteten, so dass nur Minderheiten in solch einer durch Prosperität entpolisierten Gesellschaft leicht einen Umsturz ins Werk setzen könnten. Doch auch wenn der Wohlstand eine verhängnisvolle Entpolitisierung mitsichbringe, ist Linares nicht dafür ihn abzuschaffen, weil dies die Volksmassen aufbringen würde, zudem hält er die Radikalität der Aufklärer abweichend von Tocqueville für gut, weil dies ihre Wirkung stark erhöht hätte, so dass selbst der Klerus ihr Gedankengut übernommen hätte. Außerdem sei eine Revolution nur möglich, wenn sich auch die Mehrheit Gutes davon erhoffe.<sup>244</sup> Der dritte Stand hätte jedoch nicht nur **Gleichheit** begehrt, sondern hätte auch mehr **Freiheit** und zwar politische Freiheit gewollt, was nichts anderes bedeute, als dass sie die Abschaffung des Absolutismus angestrebt hätten, der auf die Klasse beschränkte Freiheiten gewährt und mit dem Prinzip der Ausnahme und des Privilegs gearbeitet und damit die Grundlagen des politischen Systems erschüttert hätte. Der eigentliche Motor der Revolution wäre jedoch trotz allem das Streben nach Gleichheit geblieben, denn für Linares ebenso wie für Rousseau verwirkliche sich die Freiheit zusammen mit einer vollzogenen Gleichheit. Indem die Aufklärer mit diesen Forderungen eine völlige Umwälzung der Gesellschaft und nicht eine bloße Reform von oben, d.h. durch die Regierung verlangt hätten, hätten sie sich auch als Revolutionäre und nicht als Reformer verstanden, eine Haltung, die Tocqueville auf die politische Unerfahrenheit dieser Gruppe zurückführe und als Nachteil im Vergleich zu den englischen Philosophen ansehe, während Linares in deren Denken zwar ein utopischen Zug erkennt, weil die nach der Französischen Revolution entstandene Gesellschaft nicht ihren Zielen und Träumen entsprochen habe, aber dennoch glaubt, dass sich ihre Wirkung in bloßer „Flickarbeit“ erschöpft hätte, wären sie nicht so radikal gewesen. Durch diese Radikalität ging auch am Klerus die Predigt der französischen Philosophen nicht spurlos vorüber und so forderte der Kirchenstand in einer Eingabe

---

<sup>242</sup> vgl. zu dieser Aussage Tocquevilles, der Dritte Stand sei gezwungen gewesen generell die Gleichheit zu fordern: Linares, Filadelfo: Die Revolution bei Tocqueville und Marx, Percha am Starnberger See, 1977, S. 110, Anm. 71

<sup>243</sup> vgl. zu dieser Aussage von Marx: Linares, Filadelfo: Die Revolution bei Tocqueville und Marx, Percha am Starnberger See, 1977, S. 110, Anm. 71

<sup>244</sup> vgl. zu dieser Ansicht des Verfassers: Linares, Filadelfo: Die Revolution bei Tocqueville und Marx, Percha am Starnberger See, 1977, S. 110 - 111; Anm. 81 und 82

von 1789 etwa, die Freiheit nicht durch bloße Versprechungen, sondern durch Institutionen zu sichern, die Staatsgefängnisse sowie außerordentlichen Gerichte abzuschaffen und die Versammlungsfreiheit zu gewähren.<sup>245</sup>

Nach der Erörterung der vier revolutionsfördernden Faktoren wendet sich Filadelfo Linares der *Rolle der Französischen Revolution in der Revolutionstheorie* zu und geht im Rahmen dieser Problematik zunächst auf Tocquevilles Erstaunen darüber ein, dass die Zeitgenossen das Herannahen dieser gewaltigen Erschütterung nicht bereits vor 1789 bemerkt hätten, sondern vielmehr geglaubt hätten, eine gesellschaftliche Umwälzung ließe sich mit Hilfe der Vernunft sowie den vorhandenen gemeinschaftlichen Kräften bewerkstelligen. Der Verfasser kritisiert diese Äußerungen des Franzosen, weil es im Nachhinein sehr leicht sei, die Merkmale für das Herannahen einer Revolution festzustellen, doch Tocqueville hätte das Herannahen des Umsturzes ebenfalls nicht erkannt, hätte er bereits vor 1789 gelebt. Zudem hätte sich der Dritte Stand zunächst nicht als revolutionär verstanden, denn erst nach dem Sturz des Ancien Régime wäre die revolutionäre Tätigkeit zum Beruf geworden, die sich das Zuwegebringen einer begrüßenswerten, erhaben-erlösenden, ja schöpferischen Revolution zum Ziel gemacht hätte- so die Bewertung seitens Marx, die jedoch v.a. für proletarische Revolutionen gelte, weil sie im Gegensatz zur bürgerlichen dauerhafte Resultate bringe<sup>246</sup>. Auch wenn eine solche Umwälzung der Verhältnisse keineswegs immer heilbringend sei, sondern neue Abhängigkeiten mitsichbringe, so legitimiert sie sich nach Linares dadurch, dass die alte Ordnung ebenfalls nicht immer die beste sei. Auch für Marx stehe der Gedanke im Vordergrund, dass eine Revolution die Möglichkeit zur Begründung einer neuen Gesellschaft schaffe und selbst Tocqueville kenne neben der zerstörerischen Wirkung auch eine hintergründig-schöpferische in einem revolutionären Ereignis, weil sich mit der Vernichtung der Gesellschaft zugleich eine Erneuerung etwa der Sitten und Gebräuche vollziehe.<sup>247</sup> Das nun bewusste Vollziehen revolutionärer Handlungen hätte allerdings gleichzeitig ein antirevolutionäres Bewusstsein nach sich gezogen, die beide von nun an neben einer politischen auch eine revolutionäre bzw. antirevolutionäre sowie ideologisch motivierte Dimension erhalten hätten.<sup>248</sup>

Für Linares ist der *Boden, auf dem eine Revolution entsteht* ebenso primär national wie das Gebiet auf dem sie wirken soll, d.h. für ihn hatte der Umsturz von 1789 spezifisch nationale Bedürfnisse zum Ziel, nämlich die Beseitigung der in Frankreich herrschenden Ungleichheit. Er habe keinesfalls die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit für alle Menschen der Welt erkämpfen wollen. Demzufolge pflichtet er Tocqueville bei, wenn dieser behauptet, alle Revolutionen bis 1789 seien auf ein Vaterland beschränkt gewesen, lehnt aber dessen weitere Ausführungen ab, die der Französischen Revolution eine Sonderrolle zuerkennen und ihr Wirkungsfeld über die Grenzen Frankreichs hinaus auch auf internationalem Terrain sehen wollen würden, denn selbst wenn die Theoretiker kosmopolitisch gedacht hätten, so hätten dies jedoch keinesfalls die praktischen Revolutionäre getan, die sich in der Hauptsache für die Rechte des französischen Bürgers interessiert hätten. Hierin mache auch das Revolutionsdenken von Karl Marx keine Ausnahme, denn die politische Seite seiner Theorie erkläre ihre Denkanstöße von den deutschen Zuständen und eine Änderung werde ebenfalls auf diese Zustände hin reflektiert: so sei für den deutschen Revolutionär die Emanzipation des Deutschen zugleich diejenige des Menschen allgemein und

<sup>245</sup> vgl. zu den gesamten Ausführungen dieses Absatzes: Linares, Filadelfo: Die Revolution bei Tocqueville und Marx, Percha am Starnberger See, 1977, S. 17 - 49

<sup>246</sup> zu dieser Unterscheidung seitens Marx zwischen proletarischer und bürgerlicher Revolution: Linares, Filadelfo: Die Revolution bei Tocqueville und Marx, Percha am Starnberger See, 1977, S. 114; Anm. 95

<sup>247</sup> vgl. zu dieser Perspektive von Marx und Tocqueville: Linares, Filadelfo: Die Revolution bei Tocqueville und Marx, Percha am Starnberger See, 1977, S. 115; Anm. 98

<sup>248</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Linares, Filadelfo: Die Revolution bei Tocqueville und Marx, Percha am Starnberger See, 1977, S. 50 - 53



daher habe Ernesto Che Guevara in Bolivien einen tragischen Fehler begangen, als er diesen nationalen Faktor außer Acht gelassen habe.<sup>249</sup> Zwar sei rein marxistisch gesehen, eine Weltrevolution möglich, aber nur wenn in jedem Land die Produktionsverhältnisse fertig ausgebrütet seien und das Proletariat sich konstituiert habe, d.h. sie ist für den Verfasser nur als Summe nationaler Revolutionen möglich. Die Französische Revolution wäre aber nicht nur national, sondern auch sozial, weil sie zu einer Veränderung in der Machstruktur der Gesellschaft geführt habe - eine Sichtweise die Marx nicht einnehme, weil revolutionäre Ereignisse für ihn so lange als politisch einzustufen seien, als sie trotz ihrer allgemeinen Intention letztlich nicht zu einer allgemeinen, sondern lediglich zu einer auf einen bestimmten Gesellschaftsteil beschränkten Emanzipation, nämlich der Bourgeoisie, führen würden.<sup>250</sup>

In einem weiteren Schritt betrachtet Linares die *Anwendbarkeit der Verelendungs- und Klassentheorie von Marx auf den gesellschaftlichen Zustand des Ancien Régime*, wobei er anhand Tocquevilles Beschreibungen des alten Staates feststellt, dass es für die von Marx beschriebenen gesellschaftlichen Gegebenheiten keine Anhaltspunkte gebe. Zwar wäre eine Verelendung im alten französischen Königsstaat zu beobachten, aber nicht beim unterdrückten Dritten Stand, sondern bei der herrschenden Schicht, dem Adel, der im Gegensatz zu dem in stetig wachsender Prosperität lebenden Bürgertum auch kaum Ambitionen für eine Revolution gehegt hätte. Der Grund hierfür liege für Tocqueville darin, dass die im Vergleich zur Nobilität in Bildung und Vermögen gleichwertige, aber gesellschaftlich und politisch benachteiligte Bourgeoisie von einer sozialen Umwälzung nur profitieren hätte können. Dies bedeutet für den Verfasser, dass die Klassentheorie von Marx, auch wenn die Aufteilung in unterdrückende und unterdrückte Klassen im Rahmen der politischen Komponente im Ancien Régime als gegeben betrachtet werden könne, die soziale Komponente einer höherstehenden und niederstehenden Klasse erfüllt sei und die Einteilung in eine besitzende und besitzlose Klasse im Rahmen der ökonomischen Komponente teilweise zutreffe, nur auf eine bürgerlich - kapitalistische Gesellschaft anwendbar sei, wobei seine Theorie in diesem Zusammenhang ebenfalls nur politisch bestehen könne.<sup>251</sup>

Mit der Anwendbarkeit der marxischen Klassentheorie auf das Ancien Régime beschließt Linares seine Erörterungen zur Revolutionstheorie und wendet sich nachfolgend den *gesellschaftstheoretischen Aspekten* zu, in deren Zusammenhang er zunächst auf die *Gesellschaftsformationen* des Ancien Régime und der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung sowie die Revolution eingeht. Gegenstand seines Interesses in diesem Punkt sind für ihn die zahlreichen Statusdifferenzierungen innerhalb einer Klasse bzw. innerhalb eines Standes, auf die Marx bei seinen Erörterungen zum Proletariat kaum eingehe, weil solche Differenzierungen spannungsträchtig seien und daher den Zusammenhalt einer Gruppe gefährden würden. Der französische Aristokrat dagegen beschreibe solche inneren Zwistigkeiten sowohl bei der Nobilität als auch beim Dritten Stand: Die Erstere hätte unterschiedliche Rangstufen, von denen der Schwertadel etwa den Amtsadel des Dünkels beschuldigt hätte, der seinerseits das Übergewicht des anderen beklagt hätte, während der Hofadel, dessen Gunst beim König den Landadel gereizt hätte, über die kleinen lehnherrlichen Rechte der Letzteren gespottet hätte. Ein ähnliches Bild hätte der Reiche und Arme, Ungebildete und Gebildete umfassende Dritte Stand geboten, innerhalb dessen die Bourgeoisie nur danach

---

<sup>249</sup> vgl. zu diesen Ausführungen bzgl. Marx und Ernesto Che Guevara: Linares, Filadelfo: Die Revolution bei Tocqueville und Marx, Percha am Starnberger See, 1977, S. 115 - 116; Anm. 103 und 104

<sup>250</sup> vgl. zu dem gesamten Ausführungen dieses Absatzes: Linares, Filadelfo: Die Revolution bei Tocqueville und Marx, Percha am Starnberger See, 1977, S. 54 - 58

<sup>251</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Linares, Filadelfo: Die Revolution bei Tocqueville und Marx, Percha am Starnberger See, 1977, S. 59 - 62

getrachtet hätte, Ungerechtigkeiten zu ihrem Vorteil einzuführen, sich Vergünstigungen zu verschaffen und seine Privilegien zu behaupten - einen Zustand den Marx dahingehend gedeutet hätte, dass hier nicht nur die Produktivkräfte, sondern auch die Produktionsverhältnisse, d.h. der Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat ausgebrütet worden sei, wie Linares anmerkt.<sup>252</sup> Da auch die die Geistlichkeit die verschiedensten Ränge aufwies, hätte diese Beobachtung von Tocqueville auch bei dieser gesellschaftlichen Gruppe gemacht werden können, so dass man festhalten könne, dass keine Klasse von internen Konflikten frei gewesen wäre. Linares stellt weiter fest, dass die Untergruppen einer jeden Klasse wiederum Statusdifferenzierungen aufwiesen, die Tocqueville allerdings nur für den Dritten Stand beschreibe.<sup>253</sup>

Das weitere Interesse von Filadelfo Linares gilt der *sozialen Zusammensetzung des revolutionären Bundes*, der seiner Ansicht nach von einem dynamischeren, die Initiative übernehmenden sozial höheren Prinzip, sowie einem sozial niedrigeren gebildet wird. In Ansätzen formuliere auch Plato in seiner Politeia diesen Zusammenhang und zwar wenn er sage, dass jede Verfassungsänderung von einer in Zwietracht geratenen herrschenden Schicht ausgehe, wobei Linares dann weiter ausführt, dass diese abgespaltene Gruppe sich in der Folge der beherrschten, nach politischer Macht strebenden Klasse anschließe. Auch Marx beschreibe dieses Phänomen: Für ihn löse sich im Klassenkampf die herrschende Klasse auf und ein Teil ihrer Mitglieder sage sich los, um sich der revolutionären Klasse anzuschließen. Dabei hält der deutsche Denker allerdings in diesem Zusammenhang nicht klar fest, dass dieser sich abspaltende Teil in der Französischen Revolution die Führung lediglich ausgemacht, während er in der proletarischen Revolution diese völlig bestimme. Diese unterschiedliche Bedeutung des sozial höheren Prinzips in der revolutionären Führungsschicht hänge – so Linares - damit zusammen, dass bei der Französischen Revolution - rein theoretisch - der Dritte Stand allein zu einem Sturz der Regierung fähig gewesen wäre und zwar mit der Bourgeoisie als sozial höherem sowie den übrigen Zugehörigen dieses Standes als sozial niedrigerem Prinzip. Da aber auch Teile des herrschenden Adels sowie Geistliche Interesse an einer gesellschaftlichen Veränderung gehabt hätten und sie es gewesen wären, die die Ereignisse in Gang gebracht hätten, hätte sich der Kopf der *tiers état* mit dieser sich spaltenden Gruppierung zusammengeschlossen und wäre so zum sozial niedrigeren Prinzip geworden, wobei er jedoch aufgrund der leitenden Rolle innerhalb seines Standes sich die Führung mit der Aristokratie letztlich geteilt hätte, während bei der proletarischen Revolution, in der sich der Klassenkonflikt laut Marx und Linares nur zwischen zwei Klassen abspiele und klare Verhältnisse in der Rangordnung herrschen würden, so dass das Proletariat das sozial niedrigere und die von der Bourgeoisie abgespaltenen Ideologen das sozial höhere Prinzip darstellen würden, das Bürgertum und die Ideologen allein die Führung innehätten. Die Zusammensetzung des revolutionären Bundes lasse sich mit den Worten Tocquevilles für diese beiden Fälle daher wie folgt beschreiben: in der Französischen Revolution wären Aristokratie und Bourgeoisie der Kopf, das Volk und die Bauern der Arm gewesen, in der proletarischen Revolution dagegen stelle die Bourgeoisie allein den Kopf, die Rolle des Armes übernehme das Proletariat. Linares betont ausdrücklich, dass das Proletariat sowohl Arbeiter als auch «Bourgeoisie» umfasse, d.h. die letztere Gruppe gehe nicht einfach in der Ersteren auf und werde mit ihr zur einheitlichen revolutionären Klasse, ein Eindruck den Marx Formulierungen erwecken könnten. Die Könige des Ancien Régime hätten um die Gefahr gewusst, die ihrer Macht von Seiten des Adels gedroht hätte und hätten daher diese Schicht von der Taille befreit, was einen revo-

<sup>252</sup> vgl. zu dieser Anmerkung von Linares: Linares, Filadelfo: Die Revolution bei Tocqueville und Marx, Percha am Starnberger See, 1977, S. 118; Anm. 119

<sup>253</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Linares, Filadelfo: Die Revolution bei Tocqueville und Marx, Percha am Starnberger See, 1977, S. 65 - 68

lutionären Bund zwischen Volk und Nobilität auf kurze Sicht verhindert hätte, aber Zwietracht zwischen dem privilegierten Stand und dem Bürgertum hervorgebracht hätte und langfristig den Ersteren isoliert hätte, was schließlich zu ihrem Untergang geführt hätte. Da diese sozial höheren Schichten, die die Revolution geführt hätten, in der Stadt gelebt hätten, erkläre sich auch, weshalb die revolutionären Ereignisse nicht auf dem Land ihren Anfang gefunden hätten. Eine Bestätigung dieser marxischen Charakterisierung zeige sich auch in der chinesischen Revolution, denn diese habe ihre Ausbildung ebenfalls in der Stadt erfahren.<sup>254</sup>

Im Rahmen seines *gesellschaftstheoretischen Aspekts* geht der Verfasser nun der Frage nach, ob Klassengegensätze und Gruppendissens auch in einer proletarisch-sozialistischen oder gar kommunistischen Gesellschaftsformation entstehen könnten, eine Frage, die ihm insbesondere deswegen berechtigt erscheint, weil das Proletariat sozial nicht einheitlich zusammengesetzt sei, auch wenn Marx es zutreffend als ökonomisch einheitlich charakterisiere. Zunächst stehe fest, dass sich in der Phase der Diktatur des Proletariats der bereits in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft vorhandene und nicht erst entstehende Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat fortsetze, allerdings auf einer höheren Ebene. Problematisch erscheine es jedoch, ob in der klassenlosen Gesellschaft solche Spannungen unter den gesellschaftlichen Gruppen auftreten könnten, denn die Heraufkunft einer völlig gleichen Gesellschaft sei für Marx zwingend, weil die Geschichte sich nicht wiederhole oder zurückentwickle und damit seine Aussage „die Befreiung der unterdrückten Klasse schließe notwendigerweise die Schaffung einer neuen Gesellschaft ein“<sup>255</sup> nicht für die Bourgeoisie gelte. Marx halte es aufgrund der gegebenen Selbstregulierungsmechanismen in der von ihm angestrebten Gesellschaftsordnung für unmöglich, dass sich Gruppendissens zu Klassengegensätzen auswachsen könnten, weil das polarisierende Privateigentum nicht mehr existiere und die Gemeinschaft den Charakter einer Assoziation freier Menschen habe. Anders als Mao Tsetung teilt Linares diese Ansicht des deutschen Philosophen nicht, sondern er glaubt vielmehr, dass die auch in der neuen klassenlosen Gesellschaft vorhandenen Gruppendissens zur Klassenbildung und in der Folge zu einem Klassengegensatz führen könnten und zwar nicht weil der Gruppendissens mit der Aufhebung der Diktatur des Proletariats bestehen geblieben, sondern weil er jeder sozialen Gruppe und damit auch jeder Gesellschaft immanent sei.<sup>256</sup>

In einem weiteren Punkt geht Linares näher auf den *Klassen- und Gruppenbegriff* ein und hält fest, dass jede soziale Klasse zugleich eine soziale Gruppe darstelle, allerdings nicht jede soziale Gruppe zugleich eine soziale Klasse sei. Während sich die Gruppe und damit die Klasse, als eine weiterentwickelte Form, nach innen uneinheitlich präsentieren würde, erscheine die Letztere nach außen hin jedoch einheitlich, woraus sich ein dialektisches Verhältnis zwischen Klasseneinheitlichkeit und Gruppenuneinheitlichkeit ergebe, das auch Marx beschreibe: trete die Klasse bzw. die Gruppe nach außen hin als Klasse gegenüber einer anderen solchen Klasse auf, so stehe die Klasseneinheitlichkeit im Vordergrund, richte die Gruppe dagegen den Blick auf sich selbst, so seien ihre internen Gegensätzlichkeiten im Mittelpunkt und damit die Gruppenuneinheitlichkeit. Während dieses Gegenübertretens zweier sozialer Gruppen - trotz seiner gruppenstärkenden Wirkung - synonym sei für den eine politische Ordnung zerstörenden Klassengegensatz und deutlich werde, dass der Klassenbegriff den Klassenkampfcharakter in sich trage, sei der Gruppendissens,

<sup>254</sup> zu diesem letzten Punkt vgl.: Linares, Filadelfo: Die Revolution bei Tocqueville und Marx, Percha am Starnberger See, 1977, S. 119 - 120; Anm. 127; zum restlichen Absatz siehe: Linares, Filadelfo: Die Revolution bei Tocqueville und Marx, Percha am Starnberger See, 1977, S. 69 - 79

<sup>255</sup> Zitat übernommen aus: Linares, Filadelfo: Die Revolution bei Tocqueville und Marx, Percha am Starnberger See, 1977, S. 81

<sup>256</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Linares, Filadelfo: Die Revolution bei Tocqueville und Marx, Percha am Starnberger See, 1977, S. 80 - 84

auch wenn er zu gruppenschwächenden Abspaltungen und Klassenwechsell führen könne, bedeutend harmloser für den Staat, weil er durch den Selbstregulierungsmechanismus meist auch in Klassengesellschaften neutralisiert werden könne.<sup>257</sup>

Im Anschluss an die Erörterung des Gruppen- und Klassenbegriffs wendet sich Linares noch der *Verwendung des Klassen- und Schichtbegriffs* im Rahmen der Wissenschaft zu. Hier stellt er fest, dass auch die Nichtmarxisten von sozialen Klassen reden würden, obwohl der Begriff soziale Schicht als ideologiefrei gelte und daher als wissenschaftlicher einzustufen wäre. Der Verfasser selbst verwendet den Begriff v.a. deswegen, weil er sich in seiner Arbeit mit der Revolutionsthematik befasse, aber er ist darüber hinaus davon überzeugt, dass der Schichtbegriff nicht so ideologiefrei sei, wie ihm nachgesagt werde, denn der liberal-reformistische Begriff mit seinem Ziel zwischen der oberen und unteren Schicht zu vermitteln und sie zur Mitte zu bringen, übernehme nicht nur das von Plato und Aristoteles vertretene Gesellschaftsideal des Mittelstandes, sondern auch eine antirevolutionäre Motivation.<sup>258</sup>

In seinem letzten Punkt kommt der Verfasser noch einmal auf die *Differenzierung von sozialer Gruppe und sozialer Klasse* zurück und er ist überzeugt, dass diese Unterscheidung nicht nur auf nationaler Ebene anwendbar sei, sondern sich auch auf die internationale Ebene übertragen lasse, indem die ganze Nation sowohl als soziale Gruppe sowie als soziale Klasse genommen werde. Je nachdem, ob Nationen miteinander in Harmonie lebten, d.h. einander so behandeln würden, wie jede einzelne von ihnen gerne behandelt werden würde oder ob sie miteinander in Gegensatz träten, weil eine Nation die andere so behandeln würde, wie sie selbst nicht behandelt werden wollte, seien sie als soziale Gruppe oder soziale Klasse einzustufen, wobei der bei sozialen Klassen gegebene Gegensatz nicht zur Revolution, sondern zum Krieg unter den Nationen führe. Ein Blick in die Nationalstaatenwelt zeige zudem, dass das dialektische Gruppen-Klassen-Verhältnis auch auf die Realität angewendet werden könne, wobei sich - verwende man einen marxistischen Begriff hierfür - je nachdem ob eine Ausbeutung vorliege oder nicht, entscheide, welche Art von Verhältnis vorliege. So sei die Beziehung zwischen Industrienationen und Entwicklungsländern prinzipiell durch direkte oder indirekte Ausbeutung seitens der Ersteren bestimmt, d.h. sie ständen zueinander in einem gegensätzlichen Klassenverhältnis, während Industrie- bzw. Entwicklungsländer sich jeweils untereinander in einem harmonischen Gruppenverhältnis befänden. Marx gehe in diesem Zusammenhang allerdings etwas weiter und behaupte, dass wenn der Klassengegensatz im Inneren einer Nation falle, auch derjenige der Nationen untereinander nicht mehr vorhanden sei, doch Linares glaubt, die Klassenherrschaft zwischen Erster und Dritter Welt werde auch dann fortbestehen, wenn innerhalb der Letzteren der Klassengegensatz verschwände und zu einer Veränderung des Verhältnisses käme es erst dann, wenn die Entwicklungsländer Industrienationen geworden seien.<sup>259</sup>

Zunächst soll auch bei der Arbeit von Filadelfo Linares geklärt werden, welche Vergleiche er zwischen Alexis de Tocqueville und Karl Marx vornimmt und zu welchen Ergebnissen er diesbezüglich gelangt. Ganz zu Beginn in seiner Einleitung stellt der Verfasser in einem ersten Schritt fest, dass beide Theoretiker zwar eine harmonische Gesellschaft anstreben würden, aber während Marx in seiner Theorie dies über die Revolution und die Gleichheit erreichen wolle und daher beides positiv bewerte, lehne Tocqueville gewaltsa-

---

<sup>257</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Linares, Filadelfo: Die Revolution bei Tocqueville und Marx, Percha am Starnberger See, 1977, S. 85 - 88

<sup>258</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Linares, Filadelfo: Die Revolution bei Tocqueville und Marx, Percha am Starnberger See, 1977, S. 89 - 91

<sup>259</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Linares, Filadelfo: Die Revolution bei Tocqueville und Marx, Percha am Starnberger See, 1977, S. 92 - 96

me Umstürze wie die Französische Revolution ab und ziehe darüber hinaus die Freiheit der Gleichheit vor. Im Hauptteil kommt er zu der Erkenntnis, dass der französische Denker ebenso wie Marx davon ausgehe, die gesellschaftlichen Verhältnisse bzw. der sozio-ökonomische Faktor würden einen entscheidenden Beitrag zur Entstehung der Revolution leisten und würde in der Folge wie dieser zu dem Ergebnis gelangen, dass der Revolution ein evolutionsärer, nicht mehr rückgängig zu machender Prozess vorausgegangen sei und dass die feudale Gesellschaftsordnung den Produktivkräften nicht mehr entsprochen habe. Uneinigkeit zwischen den beiden Theoretikern bestünde aber über die revolutionstreibende Kraft, die Marx in den Produktivkräften, Tocqueville dagegen in dem zunehmenden Wohlstand oder besser in dem mit ihm verbundenen tätigen, rastlosen, intelligenten, neuerungssüchtigen, ehrgeizigen, d. h. demokratischen Geist der Gesellschaft gesehen habe. Einig seien sich die beiden Denker dagegen wieder darüber, dass Aufklärer und Ideologen einen Beitrag zur späteren Beseitigung des Ancien Régime geleistet hätten, indem sie die von weiten Bevölkerungsteilen ertragenen Missstände angeprangert und damit die alte Ordnung bloßgelegt hätten. Auch glaubten beide, die revolutionäre Klasse müsse um ihren Zweck zu erreichen, im Interesse aller Gesellschaftsmitglieder handeln, was ihr nach Marx Ansicht am Anfang generell in jeder Revolution, nach Ansicht Tocquevilles im Falle der Französischen Revolution auch möglich gewesen sei, weil zu diesem Zeitpunkt ihr Interesse noch mehr mit allen übrigen nichtherrschenden Klassen zusammengehangen wäre. Einig seien sich die beiden Theoretiker auch darüber, dass sich die Mehrheit von einer Revolution etwas Gutes erhoffen müsse und dies sei vor dem Ausbruch der revolutionären Ereignisse in Frankreich auch der Fall gewesen, denn man hätte gehofft, man würde die Gleichheit sowie die politische Freiheit durchsetzen können, mit anderen Worten die Abschaffung des Absolutismus. Was den Boden und das Wirkungsfeld einer Revolution betreffe, so wolle ihr Tocqueville zumindest im Falle der Französischen Revolution einen internationalen Charakter zuerkennen, während der deutsche Theoretiker sie auf die nationalen Grenzen beschränkt sehe. Richtig schätze der französische Denker im Gegensatz zu Marx den gesellschaftlichen Zustand im Ancien Régime ein, der sich für ihn v. a. durch eine Verarmung des herrschenden Adels sowie eine zunehmende Bildung und Prosperität des politisch und gesellschaftlich benachteiligten Bürgertums kennzeichne, so dass die marxsche Klassentheorie mit ihrer Aufteilung in unterdrückte und unterdrückende Klasse, ihrer sozialen Komponente einer höherstehenden und niederstehenden Klasse sowie die Einteilung in besitzende und besitzlose Klasse nur teilweise zutreffe. Tocqueville beschreibt nach Linares darüber hinaus anders als der deutsche Theoretiker relativ ausführlich die Zwistigkeiten innerhalb einer Klasse bzw. eines Standes, nämlich desjenigen des Adels und desjenigen des Bürgertums, wobei er allerdings die Spannungen des Klerus übersehe. Zusammenfassend lässt sich die Erkenntnis von Linares dahingehend beschreiben, dass sich die beiden Denker über das Ziel der geschichtlichen Entwicklung, ihr persönliches letztlisches Anliegen sowie die grundsätzlichen Ursachen der Französischen Revolution einig seien, dass sie aber die treibende Kraft für die revolutionären Ereignisse, die gesellschaftlichen Zustände um 1789 sowie die Wirkung der damaligen Revolution unterschiedlich einschätzen würden.

Obwohl die bisher gemachten abschließenden Ausführungen nahelegen, dass es sich bei der Arbeit von Filadelfo Linares um einen Vergleich der beiden Theoretiker Alexis de Tocqueville und Karl Marx handelt und die Fußnoten sehr umfangreich aus Tocquevilles Werk «L'Ancien régime et la révolution» zitieren und auch etwas ausführlicher zur marxschen Theorie Stellung nehmen, relativiert sich bei der Betrachtung des eigentlichen Werkes dieses zunächst so eindeutig erscheinende Bild. Begutachtet man seine Ausführungen nämlich etwas genauer, und achtet nicht allein darauf, wo sich vergleichende Passagen befinden, so stellt man fest, dass der Verfasser im Grunde genommen versucht, das Phäno-

men der Revolution näher zu beleuchten und zu erklären. Hierbei wendet er sich einerseits einer ganz allgemeinen Betrachtung solcher gewaltsamen Umstürze zu und erklärt, weshalb solche Ereignisse überhaupt eintreten und wie weit ihre Wirkung reicht. Dabei bedient er sich der Erkenntnisse der beiden Denker, die er in einer eigenen Bewertung entweder als Erklärung akzeptiert oder ablehnt, womit deutlich wird, dass für Linares das Phänomen der Revolution im Mittelpunkt seiner Betrachtungen steht, nicht jedoch Marx und Tocqueville. In einem weiteren Schritt könnte man eine solche Auslegung des Werkes des Verfassers ablehnen, denn er beschäftigt sich auch mit solchen Dingen wie der Rolle der Französischen Revolution in der Revolutionstheorie oder der Anwendung der Verelendungs- und Klassentheorie von Marx auf den gesellschaftlichen Zustand des Ancien Régime und der Französischen Revolution, was eine ausschließliche Beschäftigung mit den beiden Denkern nahelegen könnte, doch auch hier ist er in erster Linie darauf bedacht, seine eigene positive Einstellung zu gewaltsamen Umstürzen darzulegen bzw. die Anwendbarkeit der marxischen Klassentheorie bzgl. ihres Gültigkeitsbereiches hin zu bewerten. Diese Beurteilung erhärtet sich noch mehr, wenn man die Ausführungen von Linares zur Gesellschaftstheorie betrachtet: Hier versucht er v. a. die Statusdifferenzen und die damit verbundenen Zwistigkeiten innerhalb, aber auch zwischen den Klassen bzw. Gruppen, aber auch die Zusammensetzung des revolutionären Bundes näher zu charakterisieren, wobei er sich je nach Informationsgehalt, den die Werke der beiden Denker bieten, entweder auf Tocqueville oder auf Marx stützt. In den nachfolgenden Themenkomplexen, in denen er sich noch etwas detaillierter mit den Unterschieden zwischen Gruppen und Klassen befasst, die Anwendung dieser Differenzierung auch auf internationaler Ebene betont und sich desweiteren über die tatsächliche «Neutralität» des Schichtbegriffs äußert, bedient er sich im Rahmen seiner Erläuterungen überwiegend noch der marxischen Ideen, kommt aber abweichend von diesem sowie Mao Tsetung zum Ergebnis, dass Gruppendissens und Klassengegensätze auch in proletarisch-sozialistischen und kommunistischen Gesellschaften noch vorkommen könnten. Die im Rahmen der Fußnoten stattfindenden Erörterungen über die beiden Theoretiker ändern an dieser Einschätzung nichts, da diese bewusst vom Verfasser von der eigentlichen Arbeit herausgenommen wurden und zum größten Teil aus toquevilleschen Zitaten bestehen. Was die Literatur betrifft, so beschränkt sie sich bezüglich des französischen Denkers fast ausschließlich auf sein Werk «L'Ancien régime et la révolution», nur einmal findet sein Werk «Über die Demokratie in Amerika» Erwähnung; beim marxischen Gedankengut findet v.a. dessen «Kommunistisches Manifest», aber auch dessen Arbeit «Das Elend der Philosophie», vereinzelt seine Werke «Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie», «Zur Kritik der politischen Ökonomie», «Die deutsche Ideologie», «Deutschland am Vorabend der Revolution» sowie «Die Klassenkämpfe in Frankreich» Erwähnung. Es läßt sich damit abschließend festhalten, dass Linares sich zwar mit Marx und Tocqueville intensiver auseinandersetzt, allerdings in seiner Hauptarbeit die Ursachen, Wirkungen sowie das gesellschaftliche Gefüge einer Revolution im Allgemeinen, teilweise aber auch der Französischen Revolution erläutern möchte, dass es jedoch ebenso wie im Falle von Lee, Wiener sowie Steinert und Treiber in keinem Fall sein Ziel ist, Alexis de Tocqueville und Karl Marx einander vergleichend gegenüberzustellen, vielmehr liefern sie ihm Erkenntnismaterial für seine eigenen allgemeingültig formulierten Revolutionserklärungen.

**gg. Jokisch, Rodrigo: Die nichtintentionalen Effekte menschlicher Handlungen: Ein klassisches soziologisches Problem, 1981**

Jokisch Rodrigo möchte in seinem Aufsatz die zentrale und allgemeine Bedeutung der nichtintentionalen Folgen menschlicher Handlungen aufzeigen und verdeutlichen, dass diese Problematik in der soziologischen Literatur zwar eine lange Tradition besessen, aber bis in unsere Zeit keine systematische Herausarbeitung erfahren habe. Ein gutes Beispiel für solch nichtintentionalen Effekte stellt für ihn die Industrielle Revolution dar, bei der es sich keineswegs um eine rationelle, von Menschenhand geplante und gesteuerte Entwicklung handle, sondern dieser Prozess habe seine Impulse von einzelnen Ereignissen erhalten, die in ihrer Folge weitere Entdeckungen und Entwicklungen nach sich gezogen hätten: So wäre der Brennstoff Kohle für die Eisenindustrie, die am Brennstoffmangel fast zugrunde gegangen wäre, ein Geschenk des Himmels gewesen; allerdings hätte diese hohe Nachfrage nach Kohle zu einer immer tieferen Ausbeutung der Gruben geführt, bis Sickerwasser für den weiteren Abbau eine ernsthafte Gefahr darzustellen begonnen hätte, was zur Entwicklung einer wirksameren Pumpe, der Dampfmaschine geführt hätte, die insbesondere durch die Erfindung und Ausbreitung des Maschinenwesens unter anderen auch in der Textilindustrie einen weiteren Anwendungsbereich gefunden hätte. Die Entwicklung neuer Maschinen hätte die Nachfrage nach Eisen steigen lassen, zu dessen Gewinnung wiederum mehr Kohle und Energie notwendig gewesen wäre.<sup>260</sup>

Die erste systematische Untersuchung hätte diese Thematik im Jahre 1936 durch den Aufsatz „The unanticipated consequences of purposive social action“ in der Zeitschrift „American sociological Review“ von Robert K. Merton erfahren. Dieser hätte in jener Abhandlung zunächst darauf aufmerksam gemacht, dass nichtintentionale und unerwünschte Effekte menschlichen Handelns keineswegs deckungsgleich zu sein brauchten, auch wenn eine Neigung dazu bestehe, diese beiden Handlungseffekte zu identifizieren. Dabei ließen sich für Merton diese nichtintentionalen Effekte bei zwei Arten des menschlichen Handelns beobachten: beim nicht-organisierten, wo sie im Regelfalle aufzutreten pflegten, aber auch beim organisierten, wo sie ebenfalls häufig festgestellt werden könnten und ein Abweichen bzw. Übereinstimmen von Intention und Effekt leicht überprüft werden könnte. Bei beiden Handlungsformen wäre es möglich, dass nichtintendierte Konsequenzen sowohl für das einzelne handelnde Individuum als auch für andere Personen und Personengruppen aufträten und sie würden durch die soziale Struktur, die Kultur sowie die Zivilisation mittelbar gemacht. Die Untersuchung solch nichtintentionaler Effekte menschlichen Handelns bringe allerdings für Merton zwei methodologische Probleme mit sich: zunächst ob der Effekt wirklich eine Konsequenz der Ursache sei und wenn diese Kausalität bejaht werden könne, ob die Absicht einer Handlung tatsächlich von ihrem Effekt divergiere, weil bezüglich dieses Zusammenhanges Rationalisierungen im Nachhinein immer möglich seien. Wenn es zu solch einer Divergenz komme, so könne dies daran liegen, dass der Handelnde eine unzureichende Kenntnis über die Handlungssituation habe, dass er einem Irrtum bezüglich der durchgeführten Handlung erliege, dass er eine übermäßig utilitaristische und kurzsichtige Einstellung betreffend der Erreichung eines Zieles habe oder dass er in sein Handeln Vorhersagen einbeziehe, die schließlich die Verwirklichung der genannten Vorhersagen verhindern würden. Im Zusammenhang mit dem Strukturfunktionalismus von Parson kritisiere Merton, dass die fehlende Unterscheidung zwischen objektiven soziologischen Konsequenzen und subjektiven Dispositionen Verwirrung in der Funktionsanalyse bewirke, weswegen er in diesem Bereich der Soziologie die Differenzierung zwischen la-

---

<sup>260</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Jokisch, Rodrigo: Die nichtintentionalen Effekte menschlicher Handlungen. Ein klassisches soziologisches Problem, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 1981, 33, 3. Okt, S. 547 - 548

tenten Funktionen, die Effekte umfassen, die weder intendiert noch erkannt werden, sowie manifesten Funktionen, die von den Teilnehmern sowohl intendiert als auch erkannt werden, als eigentliche Prämisse des Funktionalismus einführe. In Bezug auf die nichtintendierten Effekte menschlichen Handelns lege er dann weiter fest, dass unbeabsichtigte Konsequenzen, die funktional für ein bezeichnetes System seien, die latenten Funktionen enthielten; während solche, die disfunktional für ein System seien, latente Dysfunktionen enthielten.<sup>261</sup>

Für Jokisch gibt es vier Gründe, weshalb es in der Soziologie bisher versäumt worden sei, diese Thematik explizit zu behandeln. So hätten die Sophisten im 5. Jahrhundert v. Chr. die Auseinandersetzung mit der sozialen Wirklichkeit dahingehend eingeschränkt, dass sie festgelegt hätten, Institutionen und Gewohnheiten entspringen entweder der Natur (*physei*) oder der Übereinkunft (*thesei* bzw. *nomo*), wodurch sie soziale Phänomene ausgeschieden hätten, deren Ursache dem zweiten Bereich zuzuordnen sei, während ihre Wirkungen dem ersteren zuzurechnen seien. Indem Aristoteles diese Einteilung übernommen hätte, wäre diese Einteilung mit ihren Folgen integraler Bestandteil des europäischen Denkens geworden. Die französische Aufklärungsphilosophie des 18. Jahrhunderts hätte geglaubt, die Vermehrung und Verbreitung von Wissen würde die künstliche Gesellschaft herbeiführen, in der die Menschen zusammen mit ihrer Bestimmung auch ihr Glück finden würden und hätte damit auch den Grundstein für eine rationalistische Einstellung gegenüber sozialen Institutionen gelegt, die von der Übereinstimmung des menschlichen Entwurfs mit den Folgen ausgehe. Eben diese gleiche Wirkung hätte aber auch die traditionelle Geschichtsschreibung mit ihrer Betreibung der Historie als Vergangenheit großer Persönlichkeiten und Staatsoberhäupter. Einen wesentlichen Beitrag zu diesem Versäumnis hätte letztlich auch der zunächst nicht wahrgenommene Individualisierungs- und Personalisierungsprozess geleistet, der mit einer Entdeckung der eigenen Subjektivität sowie der geistigen Autonomie immer größerer Bevölkerungsschichten einhergegangen wäre und die Pluralität individueller Entscheidungsmöglichkeiten gefördert hätte - eine Entwicklung die auch auf internationaler Ebene durch die National- und Staatenbildung stattgefunden hätte. In einer solchen Gesellschaft nähmen die paradoxen Effekte zu, so dass sie sich zunehmend vom Ideal einer vorprogrammierten Gesellschaft entferne, was der Aufmerksamkeit vieler Soziologen entgangen sei, weil die Konsequenzen dieses Prozesses kaum beachtet würden.<sup>262</sup> In seinen nachfolgenden Erörterungen wendet sich Jokisch nun einzelnen frühen Soziologen zu, um herauszuarbeiten, dass bereits diese das Phänomen der nichtintentionalen Effekte menschlichen Handelns in ihren Arbeiten erkannt hätten. Er beginnt mit Montesquieu (1689 - 1755), dessen Werk „*Vom Geist der Gesetze*“ im Zusammenhang mit seiner Thematik paradigmatischen Charakter habe, obwohl dieser Denker nur an einer Stelle direkt zu diesem Phänomen Stellung nehme. Hier sage er, die Ehre setze alle Teile des Staatskörpers in Bewegung und binde sie gleichzeitig durch dieses Streben wieder aneinander, so dass jeder das allgemeine Wohl betreibe, indem er seine privaten Interessen zu betreiben glaube. In seinem Werk selbst werde die Situationslogik, d.h. die immanente Geschichtsschreibung, voll entwickelt, innerhalb derer nichtintentionale Effekte menschlichen Handelns stattfänden. Dies werde bereits bei seiner Sichtweise der Sozialen Ordnung deutlich, die für ihn weder von den moralischen Prinzipien einer von Natur aus gegebene Einheit abzuleiten sei, noch vom zweckrationalen Willen eines übermächtigen Staates, sondern das

---

<sup>261</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Jokisch, Rodrigo: Die nichtintentionalen Effekte menschlicher Handlungen. Ein klassisches soziologisches Problem, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 1981, 33, 3. Okt, S. 548 - 550

<sup>262</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Jokisch, Rodrigo: Die nichtintentionalen Effekte menschlicher Handlungen. Ein klassisches soziologisches Problem, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 1981, 33, 3. Okt, S. 550 - 552



Ergebnis eigenartiger und komplexer sozialer Faktoren sei, so dass für ihn die Gesetze notwendige Beziehungen seien, die von der Natur der Dinge abzuleiten seien. Er versuche nun das Vereinheitlichungsprinzip des sozialen Ganzen mit Faktoren, die die Menschen regieren würden, nämlich dem Klima, der Religion, den Gesetzen und Staatsmaximen, Beispielen aus der Geschichte, den Sitten und dem Lebensstil zu erklären. Aus allen diesen Gegebenheiten entwickle sich ein Gemeingeist und je nachdem wie groß die Wirkung der einzelnen Faktoren sei, würden andere hervorgehoben oder zurückgedrängt: So hätten bei den Wilden fast ausschließlich Natur und Klima, bei den Chinesen der Lebensstil, bei den Japanern die Gesetze, in Sparta die Sitten und im Rom die Sitten sowie die Staatsmaximen geherrscht. Den Nationalcharakter würden die Sitten und der Lebensstil bilden, die eine Mischung aus Tugenden und Lastern darstellten und in die bei Montesquieu in die Handlungsentwürfe der Individuen und Menschengruppen eingebettet seien. Allerdings handle es sich bei ihnen nicht um bewusst geschaffene, d.h. durch Gesetz eingeführte, Verhaltensregeln, sondern um gewachsene Gepflogenheiten, mit denen der Gesetzgeber seine Normen in Einklang zu bringen habe. Montesquieu sei es mit seinem Werk, so Jokisch, gelungen, aufzuzeigen, wie verschiedene Faktoren, „die Natur der Dinge“, den Menschen eine soziale Ordnung aufzwingen, die letztlich jedoch ihre eigene sei. Damit hätte er eine eigentümliche, höhere Gesetzlichkeit entdeckt und unwissentlich eine neue Wissenschaft begründet: die Soziologie.<sup>263</sup>

Ein weiterer Denker, für den die nichtintentionalen Folgen menschlicher Handlungen ebenfalls eine Bedeutung gehabt hätten, wäre der im 18. Jahrhundert lebende Schotte Adam Smith (1723 - 1790) gewesen. Er gehe in seinem Werk „*Enquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*“ davon aus, dass der Einzelne darauf bedacht sei, sein ihm zur Verfügung stehendes Kapital für sich selbst möglichst vorteilhaft einzusetzen, ohne Blick auf die Interessen der Volkswirtschaft; doch ohne dies im Auge zu haben, wie von einer unsichtbaren Hand geleitet, setze er sein Kapital dort ein, wo es auch für das ganze Land den größten Nutzen bringe und fördere damit einen Zweck, den zu erfüllen er in keiner Weise berücksichtigt habe. Der Soziologe Friedrich Jonas erkläre diese unsichtbare Hand Smiths in seiner „Geschichte der Soziologie“ dahingehend, dass für den Schotten gesellschaftliche Integration nicht durch die Absicht sich an allgemeinen kollektiven Werten oder Normen zu orientieren, zustandekomme, sondern indem von persönlichen Interessen geleitete Menschen bei der Befriedigung ihrer Interessen mit den Handlungszielen anderer in Konflikt geraten würden, die dann auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden müssten. Damit habe diese im Verborgenen wirkende unsichtbare Hand von Smith große Ähnlichkeit mit Montesquieus „Natur der Dinge“, denn beide Termini umschrieben eine gesellschaftliche Ordnung, die als fremd erfahren würde, auch wenn sie ihren Grund in den Handlungen der Individuen und Menschengruppen habe, die in ihr lebten. Neben dieser integrierenden Wirkung habe Smiths Prinzip innerhalb seiner geschaffenen Ordnung auch einen regulierenden Einfluss, indem es an die interessendern Einzelnen appelliere. Dieses gesellschaftliche Kontrollmittel sei jedoch, da es im Gegensatz zu den staatlichen oder kirchlichen Mitteln nur indirekt arbeite, nur sehr schwer zu begreifen. Indem Smith die gesellschaftliche Ordnung als Handlungs- und nicht mehr als Natur- oder Vernunftzusammenhang erkläre, führe er einen eminent handlungstheoretischen Ansatz in die Soziologie ein.<sup>264</sup>

---

<sup>263</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Jokisch, Rodrigo: Die nichtintentionalen Effekte menschlicher Handlungen. Ein klassisches soziologisches Problem, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 1981, 33, 3. Okt, S. 553 - 554

<sup>264</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Jokisch, Rodrigo: Die nichtintentionalen Effekte menschlicher Handlungen. Ein klassisches soziologisches Problem, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 1981, 33, 3. Okt, S. 554 - 556

Ein Landsmann und Zeitgenosse Smiths sei der Philosoph Adam Ferguson (1723 - 1816), in dessen Arbeiten „*Principles of Moral and Political Science*“ sowie „*History of Civil Society*“ Jokisch ebenfalls Äußerungen zu nichtintentionalen Effekten menschlichen Handelns entdeckt. Dieser Denker gehe davon aus, dass jeder Schritt der Masse immer mit der gleichen Blindheit für die Zukunft gemacht werde, denn die große Mehrheit der Menschheit werde in ihrem Handeln von den Umständen gelenkt, in denen sie sich gerade eben befinde, d.h. sie beseitige momentane Unbequemlichkeiten und strebe nach naheliegenden Vorteilen. Dabei weiche sie nur selten von diesem eben beschriebenen Weg ab, um den Ideen eines einzelnen Planers zu folgen und gelange so an Ziele, die sie sich oft zunächst nicht vorstellen habe können: wie bei den Tieren folgten für Ferguson die Menschen der Bahn ihrer Natur ohne dessen Ziel wahrzunehmen und hierbei stelle für ihn auch die Zeit der Aufklärung keine Ausnahme dar. Aus diesem Grund seien gesellschaftliche Einrichtungen nicht die Vollziehung menschlicher Entwürfe, sondern ein Produkt menschlichen Handelns, in das eine Zeit hineinstolpere. Ferguson räume allerdings ein, dass die Evolutionsidee, die in seiner Epoche aufgekommen wäre, einen tiefen und nachhaltigen Einfluss auf das soziale, politische und historische Denken gehabt hätte, ein Umstand, der von einigen Erscheinungen und Ausnahmen abgesehen, in seiner Epoche zum ersten Mal in Erscheinung trete. Ferguson sei überzeugt, dass die Kräfte, die in einer Gesellschaft wirken würden, einen weit entfernten, unklaren Ursprung gehabt hätten und lange vor der Philosophie aus dem Instinkt und nicht der Spekulation von Menschen entstanden wären. Er oder vielmehr die schottischen Moralphilosophen, so Jokisch, hätten eine sozialevolutionäre Perspektive entwickelt, indem sie die historische Methode auf soziale Institutionen angewendet hätten, wodurch sie die Kohärenz des Gesellschaftsgefüges ohne zur Hilfenahme einer planenden Vernunft, einer despotischen politischen Macht oder einer festgelegten Natur des Menschen hätten erklären können. Die gleiche Methode so zitiert Jokisch Pollock hätte später Charles Darwin auf die Naturphänomene angewandt, indem er die Entstehung der Arten von innen her ohne die Hinzunahme von theologischen Grundsätzen erläutern hätte.<sup>265</sup>

Auch Auguste Comte ist für Jokisch auf die nichtintentionalen Effekte menschlicher Handlungen aufmerksam geworden, als er die Unabhängigkeit der Soziologie gegenüber der Biologie und der Naturwissenschaften hätte belegen wollen und in diesem Zusammenhang die relative Autonomie gesellschaftlicher Abläufe gegenüber menschlichen Absichten und Zwecken hätte nachweisen müssen. Um ein solches nichtintentionales Merkmal menschlicher Handlungen innerhalb der statischen Soziologie zu erläutern, führe er das Prinzip der Übereinstimmung („*loi de la solidarité universelle*“) ein, das nicht nur von der Solidarität der politischen Einrichtungen auf der einen Seite sowie den Sitten und Ideen auf der anderen Seite ausgehe, sondern auch die geistige, moralische sowie physische Entwicklung der Menschheit in diese Gesetzmäßigkeit aufnehme. Diese soziale Harmonie Comtes beruhe jedoch nicht, wie der heutige Sprachgebrauch nahelege, auf einer Harmonie zwischen den Institutionen und den Einrichtungen der Gesellschaft, vielmehr sei sie auch in revolutionären Epochen vorhanden, denn auch hier strebe ein politisches Regiment immer nach einer Übereinstimmung mit dem gleichzeitigen Zustand der Zivilisation, weil die Lücken und Störungen auf der einen von den gleich starken Störungen auf der anderen Seite stammen würden. Es sei somit gleichgültig, welche Absichten und Zwecke einzelne Individuen und Gruppen verfolgten oder ob ein mit genügend Autorität ausgestatteter Gesetzgeber vor-

---

<sup>265</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Jokisch, Rodrigo: Die nichtintentionalen Effekte menschlicher Handlungen. Ein klassisches soziologisches Problem, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 1981, 33, 3. Okt, S. 556 - 557

handen sei, weil das gesellschaftliche Leben allein durch dieses Prinzip der Übereinstimmung seine Regulierung erfahre und dieses nur bei einer gänzlichen Auflösung des gesellschaftlichen Zustandes verschwinden würde. Damit, so folgert Jokisch, sei für den Franzosen die soziale Harmonie ein Ausdruck des Vergesellschaftungsprozesses und der Arbeitsteilung von Einzelnen und Gruppen, die zwar bis zu einem gewissen Grade eine unabhängige Existenz genießen, aber ohne es zu wissen, an einer von ihnen selbst gebildeten, jedoch dennoch relativ unabhängigen Ordnung teilnehmen würden.<sup>266</sup>

An den Arbeiten Tocquevilles („Über die Demokratie in Amerika“, „Der alte Staat und die Revolution“) seien v.a. die paradoxen Folgen gesellschaftlicher Institutionen als ein Aspekt nichtintentionaler Effekte menschlicher Handlungen interessant: Im Gegensatz zu Comte bzw. Marx entdeckte der adlige Franzose das neue Merkmal der sich entwickelnden Gesellschaft nicht in der Industrie bzw. im Kapitalismus, sondern im gesellschaftlichen Demokratisierungsprozess. Bei seiner Reise in das demokratische Amerika hätte er die Dynamik des Gleichheitsprinzips als gesellschaftliche Regulative beobachtet, als Urtatsache, von der sich jede einzelne Tatsache herzuleiten schien und hätte festgestellt, dass bei ungleichen Lebensbedingungen, wie sie in einer Aristokratie herrschen würden, die Menschen geneigt seien, sich nach den Ansichten einer bestimmten Klasse oder eines Einzelnen zu richten, während bei gleichen Lebensbedingungen wie sie die Demokratie kennzeichneten, die Menschen einander keinen Glauben mehr schenken und nur auf die Meinung der Mehrheit, die öffentliche Meinung, hören würden, so dass sie schutzlos und vereinzelt der Wirkung der Masse ausgesetzt seien. Eine weitere paradoxe Folge des Demokratisierungsprozesses für Tocqueville sei, dass dieser mit seinen Gleichheitsbestrebungen einerseits die Individualität fördere, andererseits aber auch die Gefahr der gesellschaftlichen Vereinsamung, Entfremdung und Vergessenheit gegenüber den eigenen Vorfahren mitsichbringe.<sup>267</sup>

Zwar fänden sich auch bei Marx (1818 - 1883) und Engels (1820 - 1895) Aspekte nichtintentionaler Effekte menschlichen Handelns, aber bei deren Werk, und hierauf macht Jokisch ausdrücklich aufmerksam, hätten die vielfältigen Interpretationen die grundsätzliche Mehrdeutigkeit des Materials nicht beseitigen können, wobei inhaltliche Schwierigkeiten diese Problematik noch verschärfen würden, weil bei den beiden Theoretikern die Beziehung zwischen philosophischen und soziologischen Ansätzen ungeklärt blieben, die Begriffspaare Produktivkraft / Produktionsverhältnisse sowie Unterbau / Überbau unscharf seien und die Interpretation der Gesellschaft zwischen ökonomischen und soziologischen Kategorien unbestimmt sei. Trotz diesen Voraussetzungen zeigt Jokisch auf, wo diese beiden Denker mit seiner Thematik in Berührung gekommen seien und nimmt als Ausgangspunkt Marx' Lehre, die davon ausgehe, dass die Widersprüche im Innern des kapitalistischen Systems zu einer Revolution und schließlich zur klassenlosen Gesellschaft führen würden. Der Schlüssel zur Erklärung dieser sozialen Entwicklung liege für Marx in der historischen Dimension der materiellen Produktionsweisen einer Gesellschaft, d.h. die Bedürfnisstrukturen der Menschen sowie die Art ihrer Befriedigung seien abhängig vom jeweiligen geschichtlichen Stand der ökonomischen Faktoren, unter denen sie leben und sozialisiert würden. In seinem Vorwort zur «Kritik der politischen Ökonomie» formuliere Marx diesen Aspekt nichtintentionalen Handelns mit dem Satz, dass nicht das Bewusstsein der Men-

---

<sup>266</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Jokisch, Rodrigo: Die nichtintentionalen Effekte menschlicher Handlungen. Ein klassisches soziologisches Problem, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 1981, 33, 3. Okt, S. 557 - 558

<sup>267</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Jokisch, Rodrigo: Die nichtintentionalen Effekte menschlicher Handlungen. Ein klassisches soziologisches Problem, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 1981, 33, 3. Okt, S. 558 - 560

schen ihr Sein bestimme, sondern ihr gesellschaftliches Sein das Bewusstsein, wobei Jokisch hier auf den Widerspruch dieser Aussage aufmerksam macht, der durch seine Unschärfe in der Formulierung von der Unmöglichkeit ausgehe, dass es ein soziales Wesen ohne Bewusstsein gebe. Allerdings - so interpretiert der Verfasser des Aufsatzes Marx - seien die sozialen und ökonomischen Faktoren des gesellschaftlichen Daseins, die nun unabhängig vom Willen des Einzelnen dessen Leben bestimmen würden, von diesen selbst hervorgebracht worden. Engels erläutere in einem Brief an Bloch seine materialistische Geschichtsauffassung in der dieses Konzept der nichtintentionalen Effekte menschlicher Handlungen in pointierter Art und Weise herausgearbeitet werde: Er glaube, dass ein geschichtliches Ereignis das Ergebnis unzähliger, einander durchkreuzender Kräfte sei, die wiederum als Produkt einer als Ganzes bewusstlos und willenlos wirkenden Macht angesehen werden könne, da das, was der Einzelne wolle vom anderen verhindert werde und letztlich etwas herauskomme, was keiner gewollt habe. Vertreter der individualistischen Soziologie würden die Position von Karl Marx und Friedrich Engels als kollektivistisch bezeichnen, mit der Behauptung, diese hätten einer «Verschwörungstheorie der Gesellschaft» Vorschub geleistet und verbänden diese Geringschätzung auch mit der gleichzeitig abgehandelten Thematik der nichtintentionalen Effekte menschlicher Handlungen, wovor Jokisch allerdings warnt.<sup>268</sup>

Auch Emile Durkheim (1858 - 1917) sei diese Problematik nicht entgangen, was sich an seiner Kritik der «Kontrakttheorie des Sozialen» zeige, in der er sich gegen die Vorstellung Herbert Spencers wende, der völlig freie Austausch sei das einzige Band, das die Menschen verbinde. Wäre dieses Prinzip der sozialen Kohärenz richtig, so müssten alle Individuen in der Gesellschaft gleichgestellt sein und gehe man nun weiter davon aus, dass die normale Form des Austausches der Vertrag sei, so müssten sich darüber hinaus ab einem bestimmten Zeitpunkt alle Menschen über die gemeinsamen Grundlagen der sozialen Organisation einig sein und jeder müsste aus seinem Sonderbereich heraustreten und die Rolle sowohl des Staatsmannes als auch des Staatsbürgers übernehmen, um sich das politische Problem in seiner Allgemeinheit zu stellen. Eine so gestaltete Vertragstheorie würde in einer modernen Gesellschaft nicht nur zu unvorstellbaren Zwangsmaßnahmen führen und deren arbeitsteiligem Charakter entgegenstehen, sondern diese auch handlungsunfähig machen, weil jede Vertragsbeziehung neu ausgehandelt werden müsse. Ein Vertrag sei nämlich nur dank einer Reglementierung möglich, die das Ergebnis einer sozialen evolutionären Entwicklung durch Gesellschaft und Überlieferung sei und über jeden Einzelnen bestimme, ohne dessen Produkt zu sein, so dass er keine neue Regeln schaffe, sondern festgesetzte für den Einzelfall aufbereite. So komme es, dass der Einzelne zunächst gewollt Verpflichtungen eingehe, zu denen sich aufgrund des Vertragsrechts jedoch noch weitere hinzugesellen würden, ohne dass er sich ausdrücklich hierauf eingelassen hätte, denn er habe sie weder beraten, noch habe er sie im voraus gewusst. Solche nichtintendierten Folgen freiwilliger Entscheidungen führe Durkheim auch aus, wenn er auf die Gesellschaft eingehe, die auf Zusammenarbeit beruhe und feststelle, dass man zwar zunächst den Beruf und die häuslichen Funktionen frei wählen könne, aber sobald diese Entschlüsse durch soziale Konsequenzen nach außen gedrungen wären, träte eine Bindungswirkung ein und Pflichten drängten sich einem auf. Durkheim wehre sich aber darüber hinaus auch gegen die Vorstellung, der soziale Zusammenhalt beruhe allein auf den - für ihn unbeständigen - wirtschaftlichen Interessen, weil hier die Egoismen einander ungebremst gegenüberstehen

---

<sup>268</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Jokisch, Rodrigo: Die nichtintentionalen Effekte menschlicher Handlungen. Ein klassisches soziologisches Problem, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 1981, 33, 3. Okt, S. 560 - 562

würden und jeder mit dem anderen auf Kriegsfuß stünde, ohne die Hoffnung diese ewige Feindschaft durch einen Waffenstillstand für längere Zeit unterbrechen zu können.<sup>269</sup>

Für seine Problematik konzentriert sich Jokisch bei seinem letzten Theoretiker, Max Weber (1864 - 1920), auf dessen Werk „Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus“, indem dieser den Versuch unternimmt, anhand des Begriffes der Rationalität die Entstehungsbedingungen von modernen Gesellschaften zu erläutern. Er geht in dieser Arbeit davon aus, dass die Macht der puritanischen Lebensphilosophie, soweit sie gereicht hätte, der Tendenz zur bürgerlichen, ökonomisch-rationalen Lebensführung zugute gekommen wäre, ja sogar ihr wesentlichster und einzig konsequenter Träger gewesen wäre, denn die magischen und religiösen Mächte, aber auch die mit ihnen verbundenen ethischen Pflichtvorstellungen würden zu den einflussreichsten Elementen der Lebensführung gehören. Zwar müssten im Rahmen einer solchen Erklärung aufgrund der fundamentalen Bedeutung der Wirtschaft auch ökonomische Bedingungen berücksichtigt werden, aber diese Form des Rationalismus könne nur dann entstehen, wenn die Menschen die Fähigkeit und die Disposition besäßen zu bestimmten Arten von praktisch-rationaler Lebensführung. Dass es zu dieser Rationalisierung gekommen wäre, dafür wäre die Wirkung der Berufskonzeption des asketischen Protestantismus verantwortlich, der für die Erlangung des religiösen Gnadenstandes keine magisch-sakramentalen Mittel, die Beichte oder einzelne fromme Leistungen mehr akzeptiert hätte, sondern die rastlose, stetige, systematische und weltliche Berufsarbeit als schlechthin höchstes asketisches Mittel angesehen hätte, welches den sichersten und sichtbarsten Beweis der Bewährung der wiedergeborenen Menschen und seiner Glaubensechtheit darstellen würde. Max Weber wäre im Rahmen dieser Untersuchung jedoch nicht entgangen, dass den Reformatoren einzig und allein das Seelenheil am Herzen gelegen wäre und sie keineswegs Gründer von Gesellschaften für ethische Kultur oder Vertreter humanitärer sozialer Kulturideale hätten sein wollen, doch ihre Arbeit hätte zu einem guten Teil ganz unvorhergesehene, weitabliegende, ja geradezu ungewollte und im Gegensatz zu allen ihren Bestrebungen stehenden Folgen mit sich gebracht. Welche große Bedeutung der deutsche Soziologe solchen nichtintentionalen Effekten menschlicher Handlungen beigemessen habe, zeige sich im Vorwort seiner protestantischen Ethik, wo er glaube, seine Studie könne eventuell veranschaulichen, auf welche Art Ideen in der Geschichte wirksam werden würden.<sup>270</sup>

In seiner abschließenden Zusammenfassung der Problematik stellt Jokisch zunächst fest, dass alle genannten Klassiker bei ihrer Beschreibung der nichtintentionalen Effekte in drei Dingen übereinstimmen würden: Erstens wollten sie alle die Eigentümlichkeit einer besonderen Art von soziologischer Ordnung hervorheben, die für sie zweitens das Ergebnis menschlicher Handlungen und nicht einer biologischen Prägung oder außermenschlichen Instanz sei und sich drittens trotz dieses letzteren Umstandes von ihren Urhebern entfremdet habe. Obwohl also eine grundsätzliche Erkenntnis dieser Thematik von Anfang an vorhanden gewesen wäre, wären sie etwa wegen der in der Antike ausgearbeiteten Grundsätze oder der rationalistischen Einstellung gegenüber sozialen Institutionen nie systematisch aufgegriffen worden. Der Hauptgrund für diese Forschungslücke scheint Jokisch jedoch darin zu liegen, dass die soziale Ordnung - trotz ihres Ursprungs aus der Gesellschaft - selbst als Resultat der Tätigkeit eines ordnenden Wesens angesehen worden wäre, das nach

---

<sup>269</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Jokisch, Rodrigo: Die nichtintentionalen Effekte menschlicher Handlungen. Ein klassisches soziologisches Problem, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 1981, 33, 3. Okt, S. 562 - 564

<sup>270</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Jokisch, Rodrigo: Die nichtintentionalen Effekte menschlicher Handlungen. Ein klassisches soziologisches Problem, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 1981, 33, 3. Okt, S. 564 - 566

der Einwirkung von sozialem Zwang auf Einzelne oder Gruppen eine Konkretisierung erfahren hätte und den gesellschaftlichen Mitgliedern zugerechnet worden wäre, die das größte Interesse an solchen unterdrückenden Maßnahmen gehabt hätten. Der Verfasser bleibt aber in seinem Aufsatz nicht lediglich bei der Feststellung stehen, dass die Forschung die nichtintentionalen Effekte menschlicher Handlungen bisher nicht systematisch untersucht habe, sondern behauptet darüber hinaus, dass eben dieser Thematik die Soziologie ihre Existenz verdanke, da ihr Arbeitsfeld nur dann gegeben sei, wenn Absichten und Folgen des menschlichen Handelns auseinanderfallen und die Frage nach der Möglichkeit sozialer Ordnung auftauche. Ein solches Divergieren sei solange nicht wahrnehmbar, solange der Spielraum für gesellschaftliche Entscheidungsalternativen minimal sei, d.h. der Prozess der Individualisierung, also der Demokratisierungs- und Egalisierungsvorgang auf individueller und nationaler Ebene noch nicht eingesetzt habe. Mit dem frühen Mittelalter beginne jedoch die historische spezifisch christliche Entwicklung des Gewissens, das es dem Einzelnen zum ersten Mal ermögliche, eigenverantwortliche Entscheidungen zu fällen, für die er jedoch bald nach einer Legitimationsgrundlage zu suchen begonnen hätte, die er in der Schaffung der Vernunft bzw. der Rationalität gefunden hätte. Von nun an wären dem Individuum Handlungsalternativen für die Gestaltung des eigenen sozialen Lebens offengestanden und in der Französischen Revolution hätte sich noch das Bewusstsein hinzugesellt, diese nun auch umsetzen zu können, womit Absichten und Folgen menschlichen Handelns offensichtlich zu divergieren begonnen hätten und der Arbeitsbereich für die Soziologie nun in aller Deutlichkeit eröffnet worden wäre - allerdings mit der Folge, dass nun entgültig eine interne Legitimation für das soziologische Denken erforderlich geworden wäre und die sieht Jokisch eben darin, dass es trotz der vielfältigen Handlungsalternativen eine soziale Ordnung gebe, die durch ihren Zwang Sozialisationsprozesse bewirke.<sup>271</sup>

Am Ende dieser zusammenfassenden Darstellung stellt sich auch bei diesem Aufsatz von Rodrigo Jokisch die Frage, zu welchen Ergebnissen der Autor bezüglich des Vergleichs zwischen Alexis de Tocqueville und Karl Marx gelangt ist. Den einzigen Aspekt, den der Verfasser in seiner Arbeit allerdings berücksichtigt, ist derjenige der nichtintentionalen Effekte menschlichen Handelns, d. h. er betrachtet die spontanen sich aus unerwarteten Nebeneffekten ergebenden Entwicklungen menschlicher Handlungen, die oft den geschichtlichen und gesellschaftlichen Prozess ganz wesentlich bestimmen würden. Hierbei kommt er zu der Erkenntnis, dass auch Marx und Tocqueville dieses Phänomen in ihren Arbeiten analysiert hätten, so etwa der französische Denker, wenn er sage, der Demokratisierungsprozess bringe nicht nur die von den Menschen bewusst und gewollt erstrebte Gleichheit mit sich, sondern entgegen dieser ursprünglichen Intention auch die Tyrannei der Mehrheit sowie beim Einzelnen Vereinsamung, Entfremdung und Vergessenheit gegenüber den eigenen Vorfahren. Marx gehe auf diesen Aspekt geschichtlicher und gesellschaftlicher Entwicklung ein, indem er trotz seiner Überzeugung, dass die menschliche Existenz von den jeweils bestehenden sozialen und ökonomischen Faktoren abhängt, die Ansicht vertrete, dass bewusstlos und willenlos wirkende Mächte ein geschichtliches Ereignis hervorbrächten. Im Ergebnis kann also festgehalten werden, dass für Jokisch die beiden Denker den gesellschaftlichen und geschichtlichen Entwicklungsprozess auch ganz wesentlich von nichtintentionalen Folgen bestimmt seien, wobei Tocqueville und Marx in Abhängigkeit von ihrer Theorie diese unterschiedlich beschreiben würden.

---

<sup>271</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Jokisch, Rodrigo: Die nichtintentionalen Effekte menschlicher Handlungen. Ein klassisches soziologisches Problem, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 1981, 33, 3. Okt, S. 566 - 568

Die obige inhaltliche Zusammenfassung macht allerdings deutlich, dass dem Verfasser keineswegs an einem Vergleich der beiden Theoretiker gelegen ist, sondern es vielmehr sein Anliegen ist, „ *im Rahmen dieses Aufsatzes die zentrale und allgemeine Bedeutung der nichtintentionalen Folgen menschlicher Handlungen aufzuzeigen und zu verdeutlichen, daß diese Thematik innerhalb der soziologischen Literatur zwar eine lange Tradition aufweist, bis heute aber nicht systematisch herausgearbeitet wurde. [...]*“<sup>272</sup> Aus diesem Grund betrachtet er noch eine Reihe anderer Denker, wie etwa Montesquieu, Ferguson, Smith, Comte, Durkheim und Weber, so dass Marx und Tocqueville nur einen kleinen Aspekt im Rahmen seines Hauptthemas darstellen und von Jokisch selbst gar nicht direkt miteinander in Bezug gesetzt werden. Was die verwendete Literatur bezüglich Marx und Tocqueville betrifft, so stützt Jokisch sich beim Ersteren auf das «Vorwort Zur Kritik der politischen Ökonomie», die Studienausgabe von Iring Fetscher sowie eine Textausgabe der Pariser Manuskripte von Günther Hillmann; beim Zweiteren bedient er sich der von Landshut und Sternberger herausgegebenen Ausgabe von tocquevilleschen Texten und Briefen, so dass von einer für sein Thema notwendigen Beschäftigung mit den beiden Theoretikern ausgegangen werden kann. Zusammenfassend läßt sich bei der vorliegenden Arbeit feststellen, dass die beiden Denker wie etwa bei Linares für die Gewinnung anderer Kenntnisse dienen, im vorliegenden Fall etwa als Beleg für seine am Beginn seiner Arbeit aufgestellte These.

#### **hh. Aron, Raymond: Über die Freiheiten: Essay, 1981**

Das erste Kapitel seines Buches «Über die Freiheiten» widmet Raymond Aron den beiden Denkern Alexis de Tocqueville und Karl Marx, deren Lehren für ihn eng mit dem Ursprung der Debatte über die Freiheit zusammenhängen und die er im Rahmen seiner Ausführungen miteinander vergleicht und gleichzeitig mit der Gegenwart konfrontiert.<sup>273</sup> Seine Ausführungen lassen sich hierbei in vier Teile untergliedern: Der erste befasst sich mit Alexis de Tocquevilles Demokratie- sowie Freiheitsbegriff und geht kurz auf dessen Stellung als Soziologe ein, der zweite hat Karl Marx' Demokratieverständnis zum Gegenstand, nicht ohne auch dessen weitere Entwicklung über die Geschichte hinweg anzusprechen, der dritte stellt die beiden Perspektiven einander gegenüber und der vierte setzt nach diesen Ausführungen die realen und formellen Freiheiten miteinander in Bezug.

Arons erste Aufmerksamkeit ist – wie gesagt - auf den tocquevilleschen Gebrauch des Demokratiebegriffs gerichtet, der in dem Werk des französischen Denkers weder exakt definiert noch einheitlich verwendet werde und daher sowohl einen Gesellschaftszustand als auch eine Regierungsform charakterisieren könne, wobei die erstere Bedeutung überwiege. Sie kennzeichne sich für Tocqueville als eine gesellschaftliche Situation ohne Aristokratie, d.h. ohne ständische Ungleichheiten, aber mit Tendenz zur ökonomischen Gleichheit und zur Uniformierung der Lebensgewohnheiten, wobei Profit zum erstrebten Gut werde, Arbeit Anerkennung genieße, kleine Bedienstete, aber auch der Staatspräsident Gehaltsempfänger seien, Macht nicht in jedem Falle Reichtum erfordere und das Arbeitsverhältnis sich anders als das aristokratische Schutz- und Gehorsamsverhältnis zwischen Herr und Diener auf bloße Lohnzahlung sowie Leistungserbringung beschränke. Darüber hinaus könne sich in einer demokratischen Gesellschaft mangels gemeinsamer Überlieferungen, Hoffnungen,

---

<sup>272</sup> Jokisch, Rodrigo: Die nichtintentionalen Effekte menschlicher Handlungen. Ein klassisches soziologisches Problem, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 1981, 33, 3. Okt, S. 548

<sup>273</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Aron, Raymond: Über die Freiheiten, Frankfurt 1981, S. 7

Zwecke, aber auch eines gemeinsamen Geistes keine einheitliche aristokratische Klasse, etwa der Fabrikanten, mehr bilden. Als Tocqueville nach dem Staatsstreich Louis-Napoléons aus dem offiziellen Frankreich verbannt gewesen wäre und sich ihm eine tendenziell demokratische Gesellschaft dargeboten hätte, der eine despotische Form des Kaisertums aufgepfropft worden wäre, habe Tocqueville Aufzeichnungen für einen zweiten Band seines Buches «Der alte Staat und die Revolution» konzipiert, aus denen sich erkennen lasse, dass er nicht gewillt gewesen sei, die Demokratie allein gesellschaftlich zu bestimmen, sondern dass er sie auch als Regierungsform ansah, die sich insbesondere durch ihre politische Freiheit auszeichne. Aus diesem Grund liege für Tocqueville keine Demokratie vor, wenn ein unumschränkt herrschender Fürst gemäß den Gesetzen und inmitten von Institutionen herrschen würde, denn in solch einem Staat würde es immer noch an der für eine demokratische Regierungsform notwendigen politischen Freiheit fehlen. Sollte sich daher ein solcher Staat als demokratische Monarchie bezeichnen, so sei dies für den französischen Denker eine Absurdität, die allein dazu diene, diesen schwierigen gesellschaftlichen Zustand zu beschreiben sowie der Menge Sand in die Augen zu streuen, weil sich der Begriff der demokratischen Regierung bei ihr einer gewissen Beliebtheit erfreue. Neben diesen Erörterungen zur Regierungsform beschäftige sich Tocqueville in diesem zweiten fragmentarischen Band, v. a. im Rahmen des Kapitels «Die Ideen von 1789», auch mit der Konstituante, deren Generosität, Hochherzigkeit sowie Kombination von Freiheits- und Gleichheitssinn er lobe. Aus dem zum Demokratiebegriff Gesagten folgt für Aron, dass es keine moderne Gesellschaft gebe, sei sie auch noch so despotisch, die nicht gewisse demokratische Züge bewahre, obwohl er unterstreicht, dass das eigentliche Streben der Französischen Revolution sich auf die Vereinigung von Demokratie und Liberalismus und damit von Gleichheit und Freiheit gerichtet habe. In einem weiteren Schritt versucht er nun abzuklären, welche Bedeutung der französische Aristokrat insbesondere dem letzteren Begriff, nämlich der Freiheit gegeben habe.<sup>274</sup>

In einem 1836 veröffentlichten Aufsatz über die «Gesellschaftlichen und politischen Zustände in Frankreich vor und nach 1789», gebe der französische Aristokrat die bündigste Definition der Freiheit, die hier negativ charakterisiert werde, als Unabhängigkeit und Wahlfreiheit jedes Einzelnen sein Geschick selbst zu gestalten, womit allerdings unbestimmt sei, wo die Grenze des eigenen Bereichs verlaufe. In anderen Texten sei die Freiheit jedoch nicht negativ als «Freiheit von etwas», sondern positiv als «Freiheit zu etwas», als Unabhängigkeit oder - wie Montesquieu sagen würde - als Sicherheit bzw. Abwesenheit von Willkür definiert und finde für Tocqueville ihre wahre Erfüllung in der den Despotismus verhindernden politischen Freiheit. Diese manifestiere sich in der Teilhabe des Bürgers an der lokalen Administration, die die Ausbreitung der niedrigen Leidenschaften wie Geldgier oder das Streben nach Wohlleben und sinnlichen Genüssen verhindere, aber auch die Plagen der Privatangelegenheiten in den Hintergrund rücke und die Wahrnehmung des Vaterlandes jederzeit vorhanden sein lasse und aus diesem Grund höchste Geltung besitze. Im Gegensatz zu den Gegenrevolutionären appelliere Tocqueville allerdings nicht an die Freiheiten, sondern allein an die Freiheit, die für ihn einerseits verschiedene Aspekte beinhalte, nämlich die persönlichen und geistigen Freiheiten, den Schutz vor Willkür durch das Recht und die Teilhabe aller Bürger an den öffentlichen Angelegenheiten mittels ihrer gewählten Repräsentanten. Sie allein vermöge es, egalitären, primär auf Wohlstand bedachten Gesellschaften wahre Größe zu verleihen. Diese unbedingte Freiheitsliebe des französischen Denkers habe ihre Wurzeln nicht allein in dem Soziologen oder Menschen, sondern insbesondere auch - so Aron - in dem Aristokraten Tocqueville, der in seinem Aufsatz aus dem Jahre 1836 die im Grunde seines Herzens vorhandene

---

<sup>274</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Aron, Raymond: Über die Freiheiten, Frankfurt 1981, S. 13 - 16



Sehnsucht nach der im Mittelalter existierenden, partiellen, aristokratischen Freiheit besonders hervorhebe, die sich in einem gesteigerten Empfinden für den eigenen Wert und einer leidenschaftlichen Neigung für die den Egoismus zu ungewöhnlichen Taten befähigenden Unabhängigkeit ausdrücke. Auch 1856 habe er noch einmal die enge Verknüpfung zwischen aristokratischer Tradition und leidenschaftlicher Hingabe an die demokratische Freiheit betont, indem er in seinem Werk «Der alte Staat und die Revolution» schreibe, es sei in den meisten Fällen der Adel gewesen, der die im Repräsentativsystem vorhandenen Missbrauchsgarantien gefordert habe und dessen Ausrottung auf ewig zu beklagen sei, weil der Freiheit dadurch eine unheilbare Wunde geschlagen worden sei, auch wenn er wisse, dass der moderne Freiheitsbegriff, die Freiheit als ein Recht aller ansehe. Diese Begeisterung für die aristokratische Freiheit sei für den Verfasser jedoch kein versehentliches Treuebekenntnis zum Adel, sondern die Formulierung einer dritten Form von Freiheit neben derjenigen der Unabhängigkeit und der politischen Freiheit, die in der eigentümlichen Beziehung zwischen Befehlendem und Gehorchendem zu finden sei und womöglich bedeutender sei als die beiden anderen: Sie bestehe darin, dass man bereitwillig gehorche, weil die herrschende Gewalt legitim sei und man sie ehre, und habe nichts zu tun mit der knechtischen aufgrund Eigennutz oder Angst verursachten Unterwerfung unter eine illegitime und verächtliche Staatsgewalt. Auf diesem Fundament ruhe auch die Freiheit in der spontan demokratischen Gesellschaft Amerikas, die ihre Bürgerposition nicht zur bloßen Untertanenposition degradiert hätte, wie dies in Frankreich mit den privilegierten Freiheiten geschehen wäre, die im Ancien Régime in ihrer maßlosen Ausprägung die Voraussetzungen zum Sturz des Despotismus geschaffen hätte und gleichzeitig durch ihren Privilegiengeist, sowie ihren aristokratischen Hochmut den Franzosen die Fähigkeit genommen hätte, wie die Vereinigten Staaten von der Gesellschaft selbst gebotene, auf religiöser Gesinnung beruhende Institutionen zu schaffen und damit das friedliche und freie Reich des Gesetzes zu begründen, in dem der dem Gesetz unterworfenen Bürger jeden vorübergehenden Machthaber achte, anstatt sich einzig dem Despotismus eines illegitimen Regimes zu unterwerfen. Damit werde deutlich, dass zwischen dem Gehorsam des Aristokraten gegenüber dem Souverän und demjenigen des Bürgers gegenüber dem Gesetz zwar ein gewaltiger Unterschied bestehe, aber dass es in beiden Gesellschaften einen bereitwilligen und einen auf Furcht und Konformismus beruhenden Gehorsam gebe. Nun gewinne Tocquevilles Theorie der liberalen Demokratie Gestalt, die anders als Montesquieus Konzept der antiken Republik davon ausgehe, dass Arbeit, Handel, Industrie, das Streben nach Gewinn und Wohlstand sowie die Suche nach dem individuellen Glück dem Prinzip der Demokratie nicht entgegenstünden und so seien die Amerikaner auch ohne Tugend frei, denn deren moralische Kraft, die ansonsten helfe, Rechte anderer Individuen nicht zu verletzen, werde durch die im Mittelstand verbreitete und nach und nach alle Volksschichten erfassende Liebe zum Wohlstand ersetzt, die für ihre gewerbliche Tätigkeit dringend der guten Sitten sowie der öffentlichen Ruhe bedürfe, so dass die Versuchung gering sei, tugendlos zu handeln. Der französische Aristokrat stehe dieser die Zukunft der Menschheit bestimmenden amerikanischen Mittelstandsgesellschaft mit gemischten Gefühlen gegenüber, zolle ihr jedoch solange Anerkennung, als sie die ihr Fundament und ihre Seele darstellende Freiheit achte und sich nicht einer entarteten, die Autorität nicht achtenden, Vorschriften mit Ungeduld behandelnden Form überlasse, die darin bestehe, alles zu tun, was einem gefalle. Für Tocqueville müsse der Mensch also frei sein, um Gutes und Rechtes zu tun, wobei jedoch erst aus dem geschichtlichen Kontext klar werde, was der Staat rechtens fordere oder verbiete und was der Einzelne als Privatsphäre beanspruchen dürfe. Zusammengefasst hält Aron fest, dass man Tocqueville auch im Hinblick auf Auguste Comte als Gesellschaftstheoretiker bezeichnen könne, weil er in dreifacher Hinsicht eine völlig eigenständige Position vertrete: Zunächst kennzeichne sich die moderne Gesellschaft für ihn

nicht wie bei Comte durch die Produktionsweise oder wie bei Marx durch den Kapitalismus, sondern durch den demokratischen Gesellschaftszustand der Gleichheit der sozialen Bedingungen; er gehe desweiteren anders als seine Zeitgenossen davon aus, dass die Geschichte nicht eine positivistische oder sozialistische Herrschaftsordnung zum Ziel habe, sondern gebe eine relativ offene Perspektive für die zukünftige Gesellschaftsordnung, denn die kommende demokratische Gesellschaft, in der die sozialen Bedingungen gleich sein würden und die Institution der Aristokratie nicht mehr vorhanden sein werde, könne je nach den gegebenen Traditionen und den in der Sozietät lebenden Menschen sowohl despotisch als auch liberal sein; schließlich nehme der Franzose trotz seiner Kenntniss, dass verschiedene soziale Klassen existierten, anders als Saint-Simon, für den die Regierung von Menschen durch eine Verwaltung von Sachen abgelöst werde, und Karl Marx, der die gesellschaftlich privilegierte Klasse mit der politisch herrschenden gleichsetze, keinen Primat der Ökonomie über die Politik an. Was die gesellschaftlichen Klassen betreffe, so sei ihre Absonderung voneinander sowie die Eifersucht und der Hass dieser untereinander für Tocqueville ein Verbrechen des alten Königtums, das bei seiner Fortdauer in den modernen Gesellschaften in der ungleichen Reichumsverteilung wieder zu Tage trete und hier eine Synthese von ständischen Verhältnissen des Ancien Régime und den charakteristischen Ungleichheiten einer Industriegesellschaft darstelle, also die Zweideutigkeit des marxistischen Klassenbegriffs erkenne - wie Aron es deutet - wobei einerseits klar sei, dass die Mittelstandsgesellschaft Schichten kenne, andererseits allerdings unklar bleibe, ob sie in Klassen zerfalle.<sup>275</sup>

In seinem zweiten Abschnitt wendet sich Raymond Aron Karl Marx zu, der die entscheidende Etappe seines gedanklichen Konzeptes zehn Jahre nach Tocqueville zurücklegt habe, zwischen 1840 und 1850, und an dessen Ende eine Doktrin stehen sollte, auf die sich später ein Drittel der Menschheit berufen und die die Welt aus den Angeln gehoben habe, während Tocqueville durch Tatsachenbeobachtung zwar nur wenige, aber einfache und tiefe Grundeinsichten errungen habe. Die in ihrem Stil sehr unterschiedlichen Theoretiker seien sich zwar einig, dass die Demokratie die Wahrheit unseres Zeitalters sei, aber den Inhalt dieses Begriffes bestimmten die beiden sehr unterschiedlich: Für den französischen Aristokraten bedeute Demokratie eine Gesellschaft mit gleichen sozialen Bedingungen, einem Repräsentativsystem sowie Freiheit für Person und Geist, für Marx dagegen sei sie das endgültige Resultat der Geschichte, die Lösung aller Verfassungen, weil sie die ursprünglich vom Volk ausgegangenen gesellschaftlichen Superstrukturen wieder in deren Hände zurückgebe, den Dualismus von privatem und öffentlichem Leben, bei dem der Einzelne neben seinem konkreten, privaten Arbeiter-Leben nur peripher an der Allgemeinheit des Staates teilhabe, beende, wodurch der Mensch sich als Herr und Meister aller Institutionen begreife, die ihn jahrhundertlang von sich selbst entfremdet hätten. Solange die bürgerliche Gesellschaft allerdings der Willkür der Begierden, der Anarchie des Eigenntzes sowie dem Kampf aller gegen alle preisgegeben sei, könne sie sich nicht mit der Politik versöhnen, so dass eine rein politische Revolution ohne Veränderung der Infrastruktur nicht zur Selbstverwirklichung des Menschen, d.h. zu einer mit seinem inneren Wesen übereinstimmenden Entwicklung, führen könne. Neben diesem Dualismus existiere allerdings noch ein zweiter auf der religiösen Ebene und zwar zwischen dem Profanen, der Erbärmlichkeit der irdischen Existenz, sowie dem Heiligen, der christlichen Lehre mit ihrer Unsterblichkeit der Seele, der den Menschen ebenfalls daran hindere, seine humane Substanz zu verwirklichen, weil die Religion den Menschen dazu veranlasse, sein Wesen ins Jenseits zu projizieren anstatt es im Diesseits zu realisieren. Erst die Befreiung des Men-

---

<sup>275</sup> vgl. zu den gesamten Ausführungen dieses Absatzes: Aron, Raymond: Über die Freiheiten, Frankfurt 1981, S. 16 - 23

schen von dieser religiösen Illusion sowie der abstrakten Trennung zwischen arbeitendem Subjekt und politischem Bürger durch ein Vordringen der «Waffe der Kritik» sowie durch die «Kritik der Waffe» bis zur Ökonomie, der Wurzel der Problematik, d.h. eine Emanzipation des Einzelnen im Zuge einer ökonomischen und sozialen Revolution, könne die erniedrigenden, knechtischen, verlassenen und verächtlichen Verhältnisse umwerfen. Die ihm am Herzen liegende Befreiung des Menschen erfolge durch eine Revolution, mit der Marx keineswegs die Ideen und Aspirationen der liberalen Bewegung verleugne, aber anders als diese darauf vertraue, dass die Fähigkeiten der vereinigten Menschen nicht nur die Herrschaft über die Natur, sondern auch über die Gesellschaft erringen könnten und so wolle er die Errungenschaften der Französischen Revolution, aber auch die von ihr formulierten Werte von Demokratie, Freiheit und Gleichheit nicht widerrufen, sondern vervollkommen, indem er leidenschaftlich den ausschließlich politischen Charakter der Demokratie ablehne, weil die persönlichen und politischen Freiheiten hier nur Gespött seien, solange die realen Existenzbedingungen der Bevölkerungsmehrheit deren ungeschmälernten Genuss versagten. Am Ende stehe für den deutschen Denker eine Gesellschaft, in der alle Menschen zu allen Zeiten ihres Lebens in der Lage seien, ihr demokratisches Ideal zu erfüllen, auch wenn nur die Freizeit zum Bereich der Freiheit gehöre und die Arbeit immer in den Bereich der Notwendigkeit fallen werde - eine Demokratievorstellung, von denen einige Marx-Interpreten annahmen, sie sei nur durch die Enteignung der Produktionsmittel realisierbar, weil bei ihrer Beibehaltung der Arbeiter durch seinen Dienst bei einem Unternehmer und dieser letztere aufgrund seiner Bindung an die Marktmechanismen ihre Freiheit nicht erlangen könnten. Andere wiederum hielten es für erforderlich, jedem die für eine menschenwürdige Existenz notwendigen Subsistenzmittel zur Verfügung zu stellen, sowie die Arbeitszeit zu verkürzen, um eine Demokratie nach marxschen Vorbild zu erschaffen. Diese beiden Szenarien über den marxschen Endzustand der Gesellschaft, ließen jedoch die von Marx selbst gesehene Gefahr außer Betracht, dass die Verschmelzung von bürgerlicher und politischer Gesellschaft nicht nur die Befreiung des Individuums, sondern auch die Unterjochung dessen bedeuten könne, je nachdem, ob Freiheit im Gehorsam gegenüber der Notwendigkeit bestehe und im Schoße einer allwaltenden Humanität jeder die ihm von der allgemeinen Vernunft zugewiesene Rolle spiele oder ob die Freiheit erst dort beginne, wo die Notwendigkeit aufhöre und die Autonomie des Einzelnen und der ihm vorbehaltenen Entscheidungsspielraum ihren Anfang nehme, so dass die marxsche Emanzipation bzw. Verschmelzung leicht in sklavischer Abhängigkeit umschlagen könne. Diese Vereinigung von Gesellschaft und Staat habe für Marx bereits im Mittelalter existiert, als die Verfassung des Privateigentums mit der politischen zwar identisch gewesen wäre, aber dennoch hätte in dieser Zeit eine Demokratie der Unfreiheit geherrscht, weil der mittelalterliche Ständestaat auf dem Prinzip des unfreien Menschen beruht hätte und so die Entfremdung durchgeführt gewesen wäre. In der Demokratie der Freiheit würde sich diese Verschmelzung der beiden Lebensbereiche zwar vollziehen, weil die Menschen nicht nur gleich werden und nicht mehr in Klassen und Korporationen eingepfercht sein würden, sondern auch alle am Staat teilhaben würden, dessen gouvernementale Aufsicht von Personen im letzten Stadium durch die saint-simonsche reine Sachverwaltung ersetzt werden würde, aber auch hier verbleibe die Gefahr der Unterjochung des Individuums. In seiner späteren ökonomischen sowie soziologischen Sprache formuliere er diese Gefahr ganz im Zusammenhang mit dem für ihn bei der Einteilung wirtschaftlicher Systeme entscheidenden Kriterium der Arbeit und deren Verhältnis zum Menschen: So erscheine der Proletarier im Gegensatz zum im Eigentum seines Herrn stehenden Sklaven sowie dem zum Grund und Boden des Gutsherrn gehörenden Leibeigenen, die beide nur das zum Lebensunterhalt Nötige, nicht jedoch den Ausgleich für das von ihnen tatsächlich geleistete, erhalten würden, frei und gleich zu sein, aber tatsächlich werde auch er noch ausgebeutet,

indem er nur einen Lohn erhalte, der das Erforderliche für seine Familie decke und der Mehrwert in den Händen des Produktionsmittelbesitzers verbleibe, was durch eine Beseitigung der kapitalistischen Klasse und der Schaffung einer Gemeinschaft, die die zur Entwicklung der Produktionsmittel notwendigen Ressourcen bereitstelle und die hergestellten Waren wieder verteile, erreicht werden könne. In einer solchen Gemeinschaft bestehe allerdings die Gefahr, dass gemäß der asiatischen Produktionsweise eine große Zahl von Arbeitern einem streng hierarchisch organisierten, sich den Mehrwert aneignenden und verteilenden Beamtenapparat gegenüberstehe und die Gesellschaft in die Sklaverei zurückverfalle. Wenn Marx am Ende seines geistigen Weges, vom Jahre 1848 an, zu der materialistischen Geschichtsauffassung gelange, dass nicht das promethische Streben eines Einzelnen oder der Menschheit, auch nicht der Willen des Proletariats, sondern der aufgrund seiner inneren Widersprüche zum Untergang verurteilte Kapitalismus zur radikalen, aber heilsamen Revolution unvermeidbar führen werde, so verurteile er die Menschen dazu, diesen Prozess nicht aufhalten zu können, weder aktiv noch passiv, sie könnten die Dialektik höchstens beschleunigen. Tocqueville überlasse dagegen dem Menschen die Wahl sich zwischen einer freiheitlichen und einer despotischen Demokratie zu entscheiden. Indem Lenin und die Bolschewiki die Partei mit der im Grunde genommen proletarischen Aufgabe betraut hätten, den Kapitalismus zu stürzen und den Sozialismus zu errichten, hätten sie zwar weder den historischen Determinismus fallen lassen noch hätten sie das Ziel aufgegeben, die Gesellschaft von der ökonomisch-sozialen Basis her zu erneuern, um Freiheit und Gleichheit für immer zum Gemeingut aller Menschen zu machen, aber den marxschen Anspruch die Französische Revolution des dritten Standes durch eine weitere des vierten Standes fortzusetzen, den hätten sie aufgegeben, ebenso wie Überzeugungen, die die zweite Internationale zur Doktrin erhoben hätte. Sie hätten aber gleichzeitig den Glauben, dass die Menschen vereint eine neue von alten Relikten freie soziale Ordnung schaffen könnten wieder belebt.<sup>276</sup>

Nach diesen Ausführungen zum Demokratie- und Freiheitsverständnis der beiden Denker, stellt der Verfasser sie im dritten Abschnitt in einem weiteren Schritt einander gegenüber: Soziologisch, man könne hier auch sagen marxistisch, gedeutet, sei der normannische Aristokrat aus gesellschaftlichem Konservatismus und entgegen seiner inneren Neigungen zum Theoretiker der liberalen bzw. bürgerlichen Demokratie geworden, deren amerikanisches Modell für ihn die Zukunft gewesen wäre und mit der er aus Vernunftgründen seinen Frieden geschlossen habe, obwohl er weiterhin die bestehende Ordnung verteidigt habe. In jedem Falle sei Tocqueville mit großer Sicherheit - auch ohne das «Kommunistische Manifest» von Marx zu kennen - ein leidenschaftlicher Gegner des Sozialismus gewesen und hätte die persönlichen und politischen Freiheiten als das höchste Gut eingestuft. Karl Marx habe im Gegenzug hierzu versucht, die schlechten, von ihm gebrandmarkten sozialen Zustände wissenschaftlich zu fundamentieren, denn er sei über das Unrecht, das der Arbeiterklasse angetan worden wäre, empört gewesen und habe aus tiefster Überzeugung der Lehrmeister sowie der Führer dieser Unterdrückten sein wollen. Mit Hilfe von Begriffen und Methoden Ricardos, die er sich bei seinem Studium im viktorianischen England angeeignet hätte, habe er versucht, seine Vergeltungsprophezeiung wissenschaftlich zu fundamentieren, wobei er trotz seiner Lektüre von Tocquevilles Werk «Die Demokratie in Amerika» und eigenen Vorahnungen, dass die Geschichte in Amerika anders verlaufen könne, seine Vorstellung von einer unabwendbaren Katastrophe für die kapitalistische Gesellschaft nicht aufgegeben habe. Aus dieser Haltung heraus habe Marx alle Reformen, die die private Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel unberührt ließen, als Hohn betrach-

---

<sup>276</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Aron, Raymond: Über die Freiheiten, Frankfurt 1981, S. 23 - 31

tet, weil sie das Grundübel für die sozialen Widersprüche und die Arbeitsmisere nicht beseitigten würden, während Tocqueville, für den die Erhaltung der Freiheit das oberste Ziel gewesen sei, die liberale Demokratie befürwortet habe, weil er sie als das wirksamste Mittel zum Schutz der bestehenden sozialen Hierarchie und ihrer Ungleichheiten einschätzte hätte. Ganz im Gegensatz zu Marx habe der französische Denker Handel und Industrie der spontanen, aber dennoch gesetzlich kontrollierten Aktivität der Individuen überlassen wollen und habe befürchtet, eine Freiheit, die in bloßer Unabhängigkeit bestünde, könne zu einem Verlust der Freiheit im Sinne der Teilhabe am Allgemeinen führen und habe daher in der repräsentativen Demokratie und nicht in der ökonomischen Revolution die entscheidende Voraussetzung für die Freiheit entdeckt. Trotz dieses von Herkunft, Karriere, Temperament herrührenden Gegensatzes wären sich die beiden Denker in ihrem Glauben an die Freiheit, dem Bild einer gerechten Gesellschaft, aber auch in ihrer Abscheu gegenüber jeglichem Opportunismus einig gewesen: Der Franzose habe seine politische Laufbahn aufgegeben, als Louis-Napoléon mit seiner Wiedererrichtung des Kaisertums die Verfassung gebrochen hätte und Marx hätte bis ans Ende seiner Tage unbeirrbar für die Arbeiterklasse gekämpft, auf der die Last des gesamten gesellschaftlichen Unrechts gelastet hätte. Dass diese biographisch-soziologischen Unterschiede angreifbar sind, ist Aron bewusst, aber stört ihn insofern nicht, als er den eigentlichen Gegensatz in den von diesen beiden Theoretikern formulierten Tatsachen und Entwicklungstendenzen für die Zukunft sieht: Der Erstere habe prophezeit, dass es wegen des Privatbesitzes der Produktionsmittel zu einer Kluft zwischen Arm und Reich kommen werde und die verfeindeten Klassen bis zum Untergang einer von ihnen miteinander kämpfen würden; der Zweitere habe es sich mit seiner friedlichen und optimistischen Prognose bequem gemacht, indem er für Europa eine durch ihr Interesse am Wohlstand friedliche, aber durch soziale und politische Forderungen, unruhige Gesellschaft vorhersagte, die ihren meisten Mitgliedern den moralischen Status sowie die ökonomischen Bedingungen der Mittelklasse garantieren und ebenso mobil wie die amerikanische sein werde, ohne sich jedoch Gedanken über die Fortdauer von Armut und Klassendiskriminierung zu machen. Dennoch habe der französische Aristokrat mit seiner Einschätzung recht behalten und der von Marx in Aussicht gestellte erlösende Umsturz sei ausgeblieben, weil die unbefangene Beobachtung, die ökonomische Unwissenheit, sowie die historische Erfahrung, mit der der Franzose von der gesellschaftlichen auf die politische und letztlich die finanzielle Egalität in der Bevölkerung geschlossen, also an eine Verbesserung der Lebensbedingungen durch das Zusammenwirken von zunehmender Produktivität und demokratischem Klima geglaubt habe, sei der unvollkommenen und einseitigen Spezialistenbetrachtungsweise des deutschen Ökonomen überlegen gewesen. Betrachte man etwa die von Marx für eine von Produktivitätswachstum gekennzeichnete private Wirtschaftsordnung aufgrund der von ihm durch die Kapitalakkumulation prophezeiten Verarmung der Massen, so erscheine sie als möglich, auch wenn dieses Konzept von Marx in Widerspruch zu dem von ihm selbst hartnäckig vorgetragenen Hinweis stehe, dass die moderne Wirtschaft durch ein dynamisches Wesen gekennzeichnet und daher ein statistisches Modell der Wirklichkeit unangemessen sei, und ihren Ursprung in der Annahme habe, eine Produktionssteigerung verbunden mit einer Arbeitszeitverkürzung würde die Gütermenge erhöhen, während die Ausbeutung der Arbeit konstant bleibe, weil der Wert durch die Arbeit und der Lohn durch den lebensnotwendigen Unterhalt des Proletariats bestimmt werde. Bei konsequenter Schlussfolgerung, aber auch bei Beachtung der Erkenntnis anderer Ökonomen über den Zusammenhang von Lohnsteigerung und Geburtenziffern, hätte er jedoch bemerken müssen, dass wenn bei steigender Produktivität ein großer Teil des Tages auf die Produktion eines dem Arbeitslohn äquivalenten Wertes verwandt werde, der Lebensstandard steige und die Armut sinke, aber er berufe sich - in Gedanken an das, was er beweisen wolle - auf den permanenten Druck, der aufgrund der

durch die Technisierung freigesetzten Massen an Arbeitslosen auf dem Lohnniveau liege. Dies bedeute aber nichts anderes, als dass er den absoluten Pauperismus verfochten habe, auch wenn er sich nicht zwingend aus der Analyse des Kapitalismus ergeben habe und die prosperierende Welt des Jahres 1963 Marx in ökonomischer Hinsicht zu widerlegen scheine. Ähnlich verhalte es sich auch mit dem Erfolg verzeichnenden Teil der marxischen Doktrin, dass die den Kapitalismus prägende Herrschaft des Marktes und des Privateigentums nicht nur die Lebensbedingungen der Massen verschlechtern, sondern aufgrund ihrer inneren Widersprüche gelähmt und durch den Klassenkampf zerrissen zugrunde gehen werde, die sich anders als die von Tocqueville formulierte Zukunftsperspektive, dass es sowohl eine liberale als auch eine despotische Demokratie geben werde, nicht bestätigt habe, denn wenn die erstere Staatsform durch die westlichen Länder repräsentiert werden und die Letztere durch die marxistischen, so widerlege der Fortbestand des Kapitalismus im Westen die Vorhersagen des Deutschen Revolutionärs, während die Ostblockstaaten eher die Ansicht des Franzosen bestätigen, dass auch in Volksgemeinschaften, in denen Gleichheit herrscht, Despotismus möglich sei. Die Wortführer der sowjetischen Gesellschaft würden dies allerdings anders als ihre kapitalistischen Gegner nicht in dieser Art sehen, sondern behaupteten vielmehr, das westliche Proletariat sei immer noch durch die Produktionsmittelbesitzer versklavt, die auch den Staat in ihren Händen hätten und daher die gewählten Repräsentanten zu manipulieren vermögen würden. Für Raymond Aron stellt sich angesichts dieser beiden wechselseitigen Beschuldigungen die Frage, ob sie rein symbolischer Natur seien, lediglich auf einem unterschiedlichen Wortgebrauch basierten oder sich tatsächlich aufgrund der gegebenen Tatsachen streng voneinander abgrenzen ließen. Er stellt in diesem Zusammenhang zunächst einmal fest, dass einerseits Marx andererseits aber auch den Marxisten jeweils ein Kardinalfehler unterlaufen sei: Der Erstere habe - wie aus seinen Schriften hervorgehe - angenommen, allein eine starke Revolution könne den Lebensstandard heben, zu einer Teilhabe am gesamtgesellschaftlichen Lebensprozess führen und auf diesem Wege den Arbeiter befreien; die Zweiteren würden die formellen Freiheiten wie Religions-, Meinungs- und Wahlfreiheit für einen Luxus der Privilegierten halten, weil sie die von Marx angeprangerte, dauernde Lohnunsicherheit und die damit verbundene Bestimmung des Lebens durch die erbarmungslose, in der unbeschränkten Macht des Eigentümers sowie den Bedürfnissen wurzelnde Notwendigkeit nicht hätten beseitigen können, so dass diese Kritik des deutschen Denkers immer noch berechtigt sei, ja sogar aktuell bleibe, solange sich die Bessergestellten mit dem Elend der Mehrheit abfinden würden. Die 1956 vom intellektuellen Petöfi-Kreis ausgehenden Ereignisse in Ungarn hätten aber gezeigt, dass wenn die Staatsgewalt sich die gesamte Gesellschaft unterwerfe und darüber hinaus auch keine Privatsphäre akzeptiere, die Intellektuellen und sogar die Massen Anspruch auf die formellen Freiheiten erheben würden, zu denen für sie auch die Parteienpluralität und die nationale Freiheit zähle. Dieser ungarische, antitotalitäre und siegreiche Aufstand gegen das Raskosi-Regime, das vorgegeben habe im Interesse des Proletariats, der Intellektuellen sowie der Zukunft zu handeln, habe am meisten Ähnlichkeit mit dem, was Marx sich 1843 unter einer Revolution vorgestellt habe, nicht nur dahingehend was die Ziele und Parolen, sondern auch was die Beteiligtenstruktur betreffe, denn sie habe eine Philosophie besessen, vertreten durch Schriftsteller und Künstler, die den Kopf sowie ein Proletariat, das das Herz der Revolution dargestellt hätte, doch er wäre durch eine fremde militärische intervenierende Macht wieder rückgängig gemacht worden. Den Einwand, die Spannung zwischen formellen und realen Freiheiten seien am Beispiel der ungarischen Revolution nicht aufzeigbar, weil sie innerhalb einer Nation stattgefunden habe und hier - wenn die Gesellschaft hinter dem Staat zurücktrete - der Protest unmittelbar politische Formen annehmen müsse, lehnt Raymond Aron ab, denn abgesehen von der Schreckensherrschaft Stalins mit ihrer rigorosen Disziplin, die dazu geführt habe, dass jede

ideologische Veränderung wie etwa die Bezeichnung der Mediziner eines Mordkomplotts von allen Parteiapparaten, Propagandazentralen und Sympatisanten, selbst wenn sie zu dieser Berufsgruppe gehörten, wie etwa von den französischen Ärzten, übernommen worden sei, bilde die formelle Freiheit und ihre Einforderung durch die Intellektuellen auch in der Sowjetunion ein dauernd gegenwärtiges Problem, das allerdings in Ungarn extreme Formen angenommen habe. Dabei sei der Sozialismus auf die Beherrschung sämtlicher gesellschaftlicher Lebensäußerungen angewiesen, also auch derjenigen der Kunst, weil die klassenlose, antagonismusfreie, mit dem Staat verschmelzende Gesellschaft gefährdet sei und der Monopolanspruch der Partei keine Grundlage mehr habe, wenn eine Aufspaltung in einen öffentlichen und privaten Bereich stattfindet und es keinen allgemeingültigen Willen mehr gebe, doch wie in allen Jahrhunderten sähen sich auch die marxistisch-leninistischen Staaten dem gesellschaftlichen Phänomen gegenüber, dass es Menschen gebe, die die jeweils herrschende Orthodoxie bekämpften, sich einem Cäsar zwar unterordnen würden, allerdings ohne ihm anbetende Verehrung zukommen zu lassen. Raymond Aron ist einerseits der Überzeugung, dass sich der Marxismus, der ursprünglich die formellen Freiheiten des Bürgertums vollenden habe wollen, nicht nur an seinen Intentionen, sondern auch an seinen objektiven Implikationen - wie sie im Dialog zwischen Chruschtschow und den Intellektuellen oder auch in der ungarischen Revolution ihren Ausdruck fänden - messen lassen müsse und hält andererseits die Allmacht einer Partei, wie die der Bolschewiki, für einen Widerspruch mit den marxistischen Prinzipien, den selbst die Anhänger dieser politischen Überzeugung offenlegten, wenn sie die Verstaatlichung der Produktionsmittel, die Planwirtschaft sowie den Verzicht auf die politischen Freiheiten nicht als Mittel zur Verwirklichung des Sozialismus anerkennen würden. In der Realität allerdings ließen sich Klassenantagonismus sowie der Dualismus innerhalb einer Gesellschaft nur durch eine - wenn auch wegen ihrer überdimensionalen Größe keine proletarische - Diktatur verwirklichen, denn nur sie vermöge die zur Reorganisation der Gesellschaft nötige Befehlsgewalt und Herrschaft auszuüben, doch sie hätte in eine totale Hörigkeit aller gegenüber einer Partei oder Person ausarten müssen, weil der Marxismus progressive Reformen verwerfe, eine Trennung ökonomischer und privater Sphäre ablehne und zur Befreiung der Menschen die Selbstbestimmung durch die assoziierten Produzenten anstrebe. Diese Feststellung lasse nun den Schluss zu, dass in den Ostblock-Staaten, in denen die Philosophie der realen Freiheiten herrsche, die Regierten nach den zerstörten formellen Freiheiten verlangen und damit eine Hebung des niedrigen Lebensstandards sowie eine wirkliche staatliche - gesellschaftliche Teilhabe anstreben würden, während in westlichen Staaten, in denen an den formellen Freiheiten festgehalten werde, die Massen weiterhin nach mehr realer Freiheit, d.h. nach größerem Wohlstand, aber auch nach einem Mitspracherecht in Wirtschaft und Staatsführung strebten, doch eine solche dialektische Stilisierung würde der Komplexität des geschichtlichen Sachverhalts nicht gerecht: In Ungarn etwa, hätten sich die breiten Massen den Forderungen der Intellektuellen angeschlossen, weil sie sich der Ausbeutung, die sich allein auf die kommunistische Partei ihres Landes oder die Sowjetunion habe zurückführen lassen, bewusst geworden wären. Außerdem wäre in ganz Osteuropa in den ersten Nachkriegsjahren eine von Marx dem Kapitalismus zugeschriebene, akkumulierende Wirtschaftspolitik betrieben worden, die v.a. auf Investitionen im Bereich der Schwerindustrie und nicht auf die Konsumtion gesetzt habe, so dass es trotz der Entwicklung der Produktionsmittel zur Verelendung gekommen sei. In den westlichen Ländern, die durch einen Pluralismus, d.h. ein Nebeneinander von Privatsphäre und Öffentlichkeit, aber auch eine Vielheit gesellschaftlicher Gruppen gekennzeichnet seien, zu denen auch Systemgegner sowie eine Vielheit an miteinander konkurrierenden politischen Parteien gehören würden, könnten sowohl die formellen als auch die realen Freiheiten gefährdet sein oder zum Gegenstand von Konflikten werden, etwa wenn der Staat Lohnerhöhungen verweigere o-

der sich in Händen von Militärs oder Industriellen befinde und so dem Willen seiner eigentlichen Träger in einer Demokratie entzogen sei. Angesichts dieser Einschränkungen seines zunächst gezogenen Schlusses möchte Aron folgende Antithese formulieren: In den Einparteienstaaten, die ein totalitäres Regime aufrecht erhalten und die geistige Entfaltung von Künstlern, Schriftstellern und Intellektuellen unterdrücken würden, würden die formellen Freiheiten im Stillen, öffentlich, unter Umständen auch kämpferisch eingefordert werden und die unzufriedenen Massen stebten zwar nicht die Abschaffung vom Gemeineigentum sowie der Planwirtschaft an, hätten aber gerne ein Mehrparteiensystem, wohingegen im Westen - sehe man einmal von marxistisch-leninistisch orientierten Minderheiten und von zu Problemlösungen unfähigen demokratischen Staaten ab - die formellen Freiheiten und die liberale Demokratie nirgendwo mehr ernsthaft umstritten seien, auch wenn es unter gewissen Umständen Unmut gegen den Staat sowie wirtschaftliche Monopole gebe, wobei sich hieraus jedoch kein revolutionärer Wille zur Befreiung des Menschen bilden könne, weil das Unbehagen sowohl von Verzweiflung als auch von Hoffnung gleich weit entfernt sei - eine Art von Unfreiheit, die keine umfassende Theorie wiedergeben könne.<sup>277</sup>

Die Richtigkeit dieser Analysen vorausgesetzt, herrsche in den modernen, industriellen Gesellschaften eine demokratisch-liberale Verfassungswirklichkeit, die jedoch anders als die geistigen Väter der amerikanischen Verfassung oder die Akteure der Französischen Revolution allein den Despotismus der Regierenden fürchte und dagegen Schutzmaßnahmen vorsehe. Gleichzeitig bestehe aber auch die universelle, prometheische Illusion eines Marx, dass kein gesellschaftlicher Tatbestand, also auch nicht diejenigen Formen des menschlichen Elends, wie sie die in der Atlantik-Charta formulierte Freiheit von Not, Furcht, Hunger sowie Krieg umfasse und von den Menschen selbst verursacht seien, dem rationalen Willen der Menschen entzogen seien. Dieser Ehrgeiz der modernen Gesellschaften, Elend und Gewalt zu beseitigen, sei etwas Neues, ein hochfliegender Stolz, den weder die amerikanischen Verfassungsväter noch Tocqueville gebilligt hätten, für die die Beschränkung menschlichen Handelns im Vordergrund gestanden hätte, was heute zu einer Lähmung parlamentarischer Entscheidungen führe und in der Folge das von Wissenschaft, Technik sowie Organisation erprobte Selbstvertrauen zur Verzweiflung bringe, so dass sich angesichts der Parallelität der realen sowie formellen Freiheiten die Frage stelle, ob man die Macht des Staates zum Schutz vor Willkür beschränken oder zur Beseitigung des Elends unbegrenzt erweitern solle. Dennoch sind für Raymond Aron die westlichen Industriegesellschaften v.a. die Neue Welt liberale Demokratien im Sinne Tocquevilles, denn auch wenn die Prognose Tocquevilles eingetreten wäre und Amerika im Zusammenhang mit der Sklaverei einmal um seine gesellschaftliche Integrität hätte fürchten müssen, so habe sich dieser Staat ansonsten als stabiles Gebilde erwiesen, in dem die Beteiligung an der lokalen Verwaltung, Vereinigungsfreiheit sowie die wechselseitige Stärkung von demokratischer und religiöser Gesinnung lebendig geblieben seien, auch wenn auf der anderen Seite wegen der nun aktiven Außenpolitik die Zentralisierung und die Macht des Präsidenten zugenommen hätten. Dieses Ideal der realen Freiheiten, d.h. das Ziel allen Individuen die notwendigen materiellen Voraussetzungen zur Selbstverwirklichung zu schaffen, stehe nicht mit den formellen Freiheiten, d. h. der im 18. Jahrhundert formulierten Ablehnung von Willkür und Despotismus sowie Einforderung verfassungsrechtlicher Prozeduren im Widerspruch, sondern es zeige zunächst, dass liberaldemokratische Systeme v.a., vielleicht sogar ausschließlich, dort vorzufinden seien, wo die Masse der Bevölkerung im Wohlstand lebe, wobei hier insbesondere Amerika trotz seiner liberalen, Wissenschaft, Technik und Kunst behindernden Verfassung eine wirtschaftliche und finanzielle Vorrangstellung genieße und damit die Vereinbarkeit beider Arten von Freiheit deutlich mache,

---

<sup>277</sup> vgl. zu diesem Abschnitt: Aron, Raymond: Über die Freiheiten, Frankfurt 1981, S. 31 - 41



auch wenn die Furcht vor Willkür und der hochfliegende bzw. prometheische Stolz zwei verschiedenen geistigen Welten angehören und daraus zwei divergierende Grundeinstellungen gegenüber der Gesellschaft resultieren würden. Ob das Gesagte in der selben Weise auch für die anderen westlichen Länder oder gar die Welt zutreffe, möchte der Verfasser nicht entscheiden, doch er stellt fest, dass das wesentliche Element der Modernität das Parlament und die formellen Freiheiten seien und so hätte sich etwa das von äußeren Gefahren bedrohte Japan entschlossen, die westlichen Standards zu übernehmen, und hätte nicht nur die europäisch-amerikanische Wissenschaft und Technik eingeführt, sondern auch eine Verfassung und ein Parlament. Ähnliches wäre auch im Falle der Türkei zu beobachten gewesen, denn diese modernisierte sowohl die Politik als auch das Militär nach westlichem Vorbild. Der Gegensatz zwischen dem westlichen und dem sowjetischen Gesellschaftssystem, habe ganz wesentlich zum Bedeutungswandel im Begriff der Modernität beigetragen, denn die Tatsache, dass die Sowjetunion ohne Verfassung die höchste Stufe technischer Leistungsfähigkeit erreicht habe, mache nun eher den Hochofen zum Zeichen der Moderne, was insbesondere bei den Eliten junger Staaten Anklang finde und deren Gefühlslage anspreche, so dass die Verschmelzung von Staat und Gesellschaft in Form der Einheitspartei in immer mehr Ländern als ein brauchbares schnelles Mittel erscheine, um ein Volk zur Änderung seiner traditionellen Lebensformen zu nötigen und die sozialen und politischen Kräfte in eine Richtung zu bündeln, allerdings auch ohne sich ausdrücklich auf Marx oder den Marxismus-Leninismus zu berufen, sondern in der Hoffnung mit Hilfe der «assozierten Produzenten» die Menschen von Furcht und Not zu befreien.<sup>278</sup>

Am Ende seines ersten Kapitels betont Raymond Aron, dass er die Vereinbarkeit von realen und formellen Freiheit gerade mit Blick auf die westliche, insbesondere jedoch die amerikanische Gesellschaft nicht bezweifle, aber nach diesem geschichtlichen Zwiegespräch zwischen Tocqueville und Marx überzeugt sei, dass man die Vorstellung aufgeben sollte, wir lebten in einer ihrem Wesen nach demokratischen Gesellschaft, es sei denn man verstehe wie der französische Theoretiker hierunter die Abschaffung erblicher Aristokratien. Die industriellen Gesellschaften seien normalerweise, wenn man hierunter die Tendenz zur Verbreitung allgemeinen Wohlstands, aber auch den Umstand, dass keiner aus Bürgergemeinschaft ausgeschlossen sei, verstehe, demokratisch; liberal sei sie dagegen nur aufgrund der Tradition, wenn man hierunter die Achtung der Freiheitsrechte und die Verfassungsprozeduren rechne. Eindeutig ist für den Verfasser allerdings, dass sich die westlichen Gesellschaften zu den schwer gemeinsam zu verwirklichenden Idealen des Bürgers als Staatsbürger, der höchsten technischen Leistungsfähigkeit sowie dem allgemeingültigen Recht sein Leben nach eigenen Wünschen zu gestalten, bekennen würden.<sup>279</sup>

Wie in allen vorangegangenen Arbeiten stellt sich auch bei diesem Werk von Raymond Aron die Frage, zu welchen vergleichenden Ergebnissen er bezüglich den beiden Denkern Alexis de Tocqueville und Karl Marx gelangt. Was den französischen Theoretiker betrifft, so hält er fest, dass er davon ausgehe, die moderne Gesellschaft und damit die Demokratie werde ein Repräsentativsystem, aber keine aristokratische Institution mehr besitzen, sie werde die Freiheit für Person und Geist gewährleisten und werde gleiche soziale Bedingungen bieten, ohne dass sie jedoch eine bestimmte Ausgestaltung annehmen müsse, denn sie könne sowohl despotische als auch liberale Formen ausbilden. Desweiteren sei er überzeugt, dass die zu beobachtende Absonderung der gesellschaftlichen Klassen voneinander, aber auch der Hass und die Eifersucht unter ihnen ein Produkt des alten Königtums sei, das

---

<sup>278</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Aron, Raymond: Über die Freiheiten, Frankfurt 1981, S. 41 - 45

<sup>279</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Aron, Raymond: Über die Freiheiten, Frankfurt 1981, S. 45

bei seiner Fortdauer in den modernen Sozietäten durch eine ungleiche Reichungsverteilung wieder zu Tage trete und hier eine Synthese von ständischen Verhältnissen des Ancien Régime und den charakteristischen Ungleichheiten einer Industriegesellschaft darstelle, womit einerseits klar sei, dass für Tocqueville die Mittelstandsgesellschaft Schichten kenne, andererseits aber unklar bleibe, ob sie für ihn in Klassen zerfalle. Die besondere Vorliebe Tocquevilles gelte allerdings der persönlichen und politischen Freiheit, wobei er aus gesellschaftlichem Konservatismus den Sozialismus abgelehnt und aus Vernunftgründen die liberale Demokratie befürwortet habe, deren entscheidende Voraussetzung für ihn in den repräsentativen Organen dieser Regierungsform lägen. Angesichts dieser Einstellung habe der französische Theoretiker weiterhin die bestehende Ordnung verteidigt und habe sich von der liberalen Demokratie nicht nur den Erhalt der für ihn so wichtigen Freiheit erhofft, sondern er habe sie darüber hinaus auch als wirksamstes Mittel zum Schutz der bestehenden sozialen Hierarchie und ihrer Ungleichheiten betrachtet. Was die Ausgestaltung dieser neuen Regierungsform betroffen habe, so sei er überzeugt gewesen, dass sie dem Vorbild der amerikanischen Demokratie folgen würde. Marx sehe die Zukunft der Gesellschaft dagegen ganz anders: Für ihn werde sie v.a. vom Kapitalismus bestimmt und habe eine sozialistische Herrschaftsordnung zum Ziel. Das damit von ihm verbundene demokratische System sei das endgültige Resultat der Geschichte, die Lösung aller Verfassungen, weil sie die ursprünglich vom Volk ausgegangenen gesellschaftlichen Superstrukturen wieder in dessen Hände zurückgebe, also den Dualismus von privatem und öffentlichem Leben beende, der den Einzelnen neben seinem konkreten, privaten Arbeiter-Leben nur peripher an der Allgemeinheit des Staates teilhaben lasse. Erst ab diesem Zeitpunkt begreife sich der Mensch als Herr und Meister aller Institutionen, die ihn jahrhundertlang von sich selbst entfremdet hätten. Um diese Freiheit zu erreichen, bedürfe es der ökonomischen Revolution, denn Marx nehme im Gegensatz zu dem französischen Denker an, dass ein Primat der Ökonomie über die Politik herrsche und dass die gesellschaftlich privilegierte Klasse mit der politisch herrschenden identisch sei. Obwohl er das tocquevillesche Werk «Über die Demokratie in Amerika» gekannt und gleichzeitig geahnt habe, dass die Geschichte in Amerika anders verlaufen könne, habe er seine Überzeugung von einer unabwendbaren Katastrophe in Form einer ökonomischen Revolution nicht aufgegeben, sondern habe vielmehr aus Empörung über das Unrecht, das den Arbeitern angetan worden sei, versucht, die Vergeltungsprophezeiung für die schlechten, von ihm bereits gebrandmarkten sozialen Zustände wissenschaftlich zu fundamentieren. Für ihn war es daher in erster Linie nicht entscheidend die Freiheit zu erhalten, sondern die private Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel zu beseitigen, um die Grundübel für die sozialen Widersprüche und die Arbeitsmisere aufzuheben. Der wahre Unterschied zwischen Alexis de Tocqueville und Karl Marx liege aber nicht in diesen biographisch-soziologischen Gegensätzlichkeiten, sondern in den von ihnen formulierten Tatsachen und Entwicklungstendenzen für die Zukunft: Während Marx prophezeit habe, dass es wegen des Privatbesitzes der Produktionsmittel zu einer Kluft zwischen Arm und Reich kommen werde und die verfeindeten Klassen bis zum Untergang einer von ihnen miteinander kämpfen würden, sei Tocqueville zu dem Ergebnis gekommen, dass Europa eine durch ihr Interesse am Wohlstand friedliche, aber durch soziale und politische Forderungen unruhige Gesellschaft werden würde, die ihren meisten Mitgliedern den moralischen Status sowie die ökonomischen Bedingungen der Mittelklasse garantieren und ebenso mobil wie die amerikanische sein würde, ohne sich jedoch Gedanken über die Fortdauer von Armut und Klassendiskriminierung zu machen. Letztendlich habe der Letztere mit seiner unbefangenen Beobachtung und historischen Erfahrung allerdings Recht behalten, denn die marxsche Theorie mit ihrer unvollkommenen und einseitigen Spezialistenbetrachtungsweise halte hartnäckig an den von ihr als richtig erkannten Zusammenhängen fest und übersehe etwa, dass sich aus

der Analyse des Kapitalismus nicht zwingend der absolute Pauperismus ergebe. Trotz dieser sehr unterschiedlichen Haltungen seien sich die beiden Denker in ihrem Glauben an die Freiheit, dem Bild einer gerechten Gesellschaft, aber auch in ihrem Abscheu gegenüber jeglichem Opportunismus einig gewesen: Tocqueville gab seine politische Laufbahn auf, als Louis-Napoléon mit seiner Wiedererrichtung des Kaisertums die Verfassung brach und Marx kämpfte bis ans Ende seiner Tage unbeirrbar für die Arbeiterklasse auf der die Last des gesamten gesellschaftlichen Unrechts gelastet habe.

Obwohl Aron literarisch wieder zahlreiche Arbeiten der beiden Denker zugrunde gelegt hat, so «Das Kapital», Bd. 1, «Die deutsche Ideologie», «Kritik des Hegelschen Staatsrechts», «Zur Judenfrage» sowie «Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie» von Marx und «Über die Demokratie in Amerika», Band 1, sowie «Der alte Staat und die Revolution» von Tocqueville macht der Umstand, dass sein Buch sich die Erörterungen der Freiheiten zum Ziel gesetzt hat, bereits deutlich, dass es ihm nicht um einen Vergleich der beiden Denker geht – ein solcher findet nur passagenweise im ersten Kapitel des hier näher betrachteten Werkes statt. Im Mittelpunkt seines Interesses steht ausschließlich die Verwirklichung der formellen und reellen Freiheiten in den Ostblockstaaten sowie im Westen, wobei er anhand der beiden Theoretiker den Ursprung der Debatte deutlich machen möchte und seine gesamte Untersuchung eigentlich nur einen kleinen Bestandteil einer weiteren ist, die sich mit der modernen Zivilisation befasst. Einschränkend muss allerdings gesagt werden, dass für ihn Tocqueville und Marx die grundlegenden Theoretiker der modernen Staatsform darstellen, er ihnen also ein besonderes Gewicht im Rahmen seiner Thematik gibt. Aber auch wenn Aron den beiden Denkern in seinem Werk damit eine zentrale Stellung einräumt und im Gegensatz etwa zu Lee oder Wiener ein direkter, wenn auch knapper Vergleich, vorgenommen wird, so bleibt für ihn die Untersuchung der modernen Gesellschaft das eigentliche Thema seiner Arbeit und nimmt daher den weitaus größten Raum ein.

### **c. Charakterisierung der Literatur in der Phase der Entspannung**

Als Mayer, Benson, Steinert und Treiber, Hornung, Wiener, Linares, Jokisch und Aron nach den Ereignissen des Jahres 1968 ihre Arbeiten veröffentlichten, hatte sich die Gesellschaft durch die Erfahrung der Studentenrevolten erheblich verändert: Hatte es nach der Rede Chruschtschows auf dem Parteitag im Februar 1956 so ausgesehen, als ob dessen Eröffnungsrede über die stalinistischen Greuelthaten dem Kommunismus im Westen einen dauerhaften und nachhaltigen Schaden zugefügt hätte, weil die naive Gläubigkeit vieler Kommunisten erschüttert worden war, so hatte das militärische Eingreifen der Sowjetunion im Jahre 1968 in der Tschechoslowakei, das keinerlei Reaktion der Studentenbewegung hervorrief, aber auch die Verbrechen der RAF gezeigt, dass sich die Etablierung des kommunistischen Gedankengutes an führender Position durch kein auch noch so negatives Ereignis, das mit ihm in Verbindung gebracht werden musste, aufhalten ließ. Eine weitere «Legalisierung» und «Normalisierung» im Westen erfuhr der Marxismus auch in den beginnenden siebziger Jahren, als die frühere Feindschaft zwischen Ost und West zunehmend an Bedeutung verlor, weil sowohl die beiden Hauptgegner USA und UdSSR, als auch die USA und China sowie die UdSSR, Polen, die Tschechoslowakei und die BRD zunächst relativ erfolgreich versuchten, ihre alten Zwistigkeiten beizulegen und ein friedliches Nebeneinander aufzubauen. Hieran konnte auch die Tatsache nichts mehr ändern, dass die Phase der Entspannung zwischen den beiden Supermächten nach der KSZE-Konferenz

von Helsinki 1975 immer mehr Rückschritte machte und in einer offenen Konfrontation endete, weil der neu gewählte Präsident Jimmy Carter im Rahmen seiner Politik die vom Warschauer Pakt seit diesem Zeitpunkt ebenfalls akzeptierte Förderung der Menschenrechte weltweit durchsetzen wollte und nun die Sowjetunion öffentlich angriff, als sie ihre nach dieser Konferenz immer aktiver werdenden Dissidenten etwa durch willkürliche Verhaftungen und Ausweisungen wieder auf die sowjetische Linie bringen wollte. Doch hatte bereits die militärische Niederschlagung des ungarischen Aufstandes durch die sowjetischen Truppen der marxistischen Lehre keinen Schaden zufügen können, so konnten es die in der UdSSR, aber auch im sonstigen Ostblock stattfindenden Menschenrechtsverletzungen erst Recht nicht. Das von Marx geschaffene Gedankengut war bereits ein solch wesentlicher Bestandteil in der Wissenschaft aber auch in der Politik vieler Ländern geworden, dass die Etablierung eines neuen Philosophen mit gleichem Gewicht nur sehr schwer zu verwirklichen war. Hinzu kam, dass es in einer Welt, die es sich zum Ziel gesetzt hatte, den Menschenrechten zur weltweiten Beachtung zu verhelfen, leichter war, Anhänger für ein Theoriekonzept zu finden, das sich in seinem Tenor für die Benachteiligten unter den Menschen einzusetzen schien, als eine Prognose populär zu machen, die statt großer Verheißungen und entscheidender Verbesserungen für die bisherigen Verlierer der Gesellschaft die bloße Mittelmäßigkeit der demokratischen Sozietäten prophezeite. Diese geänderte gesellschaftliche Haltung der westlichen Welt gegenüber der marxistischen Lehre, die sich in Europa durch eine breite Akzeptanz sozialistischer und kommunistischer Parteien zeigte, veränderte auch die Arbeiten, die sich mit den beiden Denkern Alexis de Tocqueville und Karl Marx befassten. Sieht man einmal von der Arbeit Hornungs ab, die immer noch um eine Etablierung Tocquevilles v.a. neben dem immer übermächtig werdenden Marx bemüht war und zudem nach einer ganzheitlichen Betrachtung des Werkes der beiden Philosophen strebte, gaben die anderen Arbeiten, die in den siebziger und Anfang der achtziger Jahre erschienen, dieses Ziel auf und selbst Texte, die sich in ihrem Titel noch einer solchen Aufgabe zu stellen schienen, verwirklichten sie in ihren Ausführungen nicht. Tocqueville wurde sehr neutral und sehr ausgewählt, manchmal auch gar nicht mit Marx in Bezug gesetzt und meistens dienten die beiden Denker in den Arbeiten, in denen sie beide erwähnt wurden, letztendlich nur der Gewinnung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse und Theoriekonzepte. Insgesamt betrachtet hatte sich die von den ursprünglichen Marx-Tocqueville-Vergleichsarbeiten praktizierte ausschnittsweise Betrachtung und Heranziehung der Ideen durchgesetzt. Das Gedankengut fand dabei in der empirischen Forschung verschiedener gesellschaftswissenschaftlicher Bereiche Anwendung, so in der Revolutionsforschung, wo die Beobachtungen der beiden Denker die neuen Erkenntnisse ergänzten, in der modernen Gesellschaftsforschung, die versuchte den Erfolg kommunistischer und kapitalistischer Gesellschaften herauszuarbeiten, in der politischen Geschichtsforschung, zur Erklärung stattgefundenen Ereignisse, zur Interpretation menschlichen Verhaltens oder zur Untersuchung von Klassenkonflikten. Die zunehmende Akzeptanz, aber auch Beliebtheit marxistischer Ideen und Theorien wirkte also einer wissenschaftlich weitreichenden Etablierung Tocquevilles entgegen und die ursprüngliche sehr selektive, sich auf Tatsachen und Prognosen beschränkende Vergleichung der beiden Philosophen verbreitete sich weiter und wurde in anderen Wissenschaftsbereichen lediglich als ein Mittel für den weiteren Erkenntnisgewinn genutzt. Es zeichnete sich also in dieser Phase bereits eine Entwicklung ab, die Tocqueville in bestimmten Forschungsbereichen zu einem Basisbaustein der Forschung werden ließ, allerdings mit der fatalen Nebenwirkung, dass der Gesamtheit seines Werkes und seiner Abgrenzung zu dem immer noch bedeutender werdenden Marx kaum mehr Aufmerksamkeit gewidmet wurde.

### 3. *Die Phase der erneuten Konfrontation*

#### a. **Die politische und gesellschaftliche Situation in dieser Zeit**

Als die Literatur der achtziger Jahre sich mit dem Vergleich der beiden Theoretiker Alexis de Tocqueville und Karl Marx auseinandersetzte, hatte sich die politische Situation in den Vereinigten Staaten und Europa erneut verändert – sie war konservativ geworden.<sup>280</sup> In den Vereinigten Staaten hatte 1981 der Republikaner Ronald Reagan das Präsidentenamt übernommen, der allerdings mit 53% eine noch geringere Wahlbeteiligung als sein Vorgänger Carter mit 56,5% hatte hinnehmen müssen.<sup>281</sup> Der aus Illinois stammende, ehemalige Film- und Fernschauspieler, der mit seinen 69 Jahren der älteste Präsident geworden war, den Amerika jemals besessen hatte, unterstützte in seinen jungen Jahren die «New-Deal»-Politik der Roosevelt-Demokraten und stand 1947 sogar an der Spitze der Filmschauspielergewerkschaft, doch seine Moderatoren- und Rednertätigkeit für General Electric ließ ihn ab Mitte der 50er Jahre allmählich ins republikanische Lager überwechseln.<sup>282</sup> Den Boden für seine Politik hatte die Ende der 70er Jahre zu einem mächtigen Element im politischen Kräftespiel der USA herangewachsene «Neue Rechte» bereitet, die seit den 60er Jahren tätig war und es durch Zeitschriften wie «Commentary» und «The Public Interest» geschafft hatte, ihre Werte wie Familie, Kirche, patriotische Gesinnung, Antifeminismus und sexuelle Moralität auch in anspruchsvollen Leserkreisen zu verbreiten. Als Reagan in dieser Situation sein Amt am 20. Januar 1981 antrat, fand er allerdings nicht nur eine für seine konservative Politik empfängliche Gesellschaft vor, sondern auch der Tiefpunkt des außenpolitischen Einflusses und Ansehens der USA in der Welt war bereits überwunden, denn zwischen 1979 und 1980 hatte Carter unter dem Eindruck der iranischen Revolution sowie des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan die Politik der Entspannung bzw. Détente aufgegeben und war zu einer aktiven Politik des «containment» (Eindämmung) zurückgekehrt, was die weltpolitische Position der USA wieder stabilisiert hatte.<sup>283</sup> Er übernahm allerdings nicht nur ein Amerika, das außenpolitisch wieder erstartet und seiner konservativen Politik geneigt war, sondern er konnte seine Position am Tag seines Amtsantrittes zudem durch ein «Geschenk» seines Amtsvorgängers Carter stärken, denn die von dem Letzteren begonnenen Verhandlungen mit den iranischen Geiselnehmern über die Freilassung der seit dem 22. Oktober 1979 in der amerikanischen Botschaft festgehaltenen Personen wurden an Reagans erstem Tag als Präsident abgeschlossen.<sup>284</sup> Sein Bestreben war von Anfang an darauf ausgerichtet, die wirtschaftliche Misere seines Landes zu beenden, das sich nach der iranischen Revolution und der damit verbundenen

---

<sup>280</sup> vgl. zu dieser konservativen Entwicklung in Europa: James, Harold: Geschichte Europas im 20. Jahrhundert. Fall und Aufstieg 1914-2001, München: 2004, S. 382; zu der Wahlbeteiligung siehe aber auch: Schambeck, Herbert; Widder, Helmut; Bergmann, Marcus: Dokumente zur Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika, Berlin: 1993, S. 624

<sup>281</sup> vgl. Guggisberg, Hans R.: Geschichte der USA, vierte, erweiterte und aktualisierte Auflage, Stuttgart: 2002, S. 301; 307

<sup>282</sup> vgl. zu diesen biographischen Daten: Guggisberg, Hans R.: Geschichte der USA, vierte, erweiterte und aktualisierte Auflage, Stuttgart: 2002, S. 310-311 sowie Heideking, Jürgen: Geschichte der USA, dritte, überarbeitete und erweiterte Auflage, Tübingen: 2003, S. 446;

<sup>283</sup> vgl. zu dieser Entwicklung der amerikanischen Außenpolitik noch unter Präsident Jimmy Carter: Heideking, Jürgen: Geschichte der USA, dritte, überarbeitete und erweiterte Auflage, Tübingen: 2003, S. 450

<sup>284</sup> vgl. zu der Beendigung der Geiselnahme zu Beginn von Reagans Amtszeit: Gustav Schmidt: Geschichte der USA, Darmstadt: 2004, S. 159

zweiten Ölpreisexplosion in einer schweren Rezession befand, die bis zum Herbst 1981 eine Depressionsstimmung hervorrief, die beunruhigende Erinnerungen an die Zeit um 1930 wachrief. Um dieses Problem zu lösen, setzte er auf eine Politik, die sich möglichst wenig in die Angelegenheiten der Bürger einmischte und strebte im Rahmen dieser Überzeugung danach, die Steuern, v.a. die Einkommenssteuern zu senken und dadurch den Investitionswillen zu beleben, das staatliche Defizit im Interesse der kommenden Generationen abzubauen, die Industrie zu deregulieren und dadurch die Konkurrenz anzukurbeln, also insgesamt betrachtet eine angebotsorientierte Wirtschaft zu verwirklichen, wobei er auch eine Lockerung der Umweltschutzbestimmungen anstrebte, wovon er sich eine Vergrößerung der Energiegewinnung erhoffte – eine Wirtschaftspolitik, die später unter der Bezeichnung *Reaganomics* bekannt wurde. Ein weiteres Anliegen Reagans war es, der verunsicherten und misstrauischen amerikanischen Bevölkerung durch rasches Handeln den Eindruck von Mut, Entschlossenheit und Tatkraft zu vermitteln, wobei er auch immer an den amerikanischen Patriotismus appellierte, so etwa in seiner Inaugurationsrede, als er betonte, dass die Amerikaner ein großes Volk seien, das sich nicht auf kleine Träume zu beschränken brauche und auch nicht zum unausweichlichen Niedergang verurteilt sei.<sup>285</sup> Dabei gelang es ihm durch sein gewandtes Auftreten, seine humorvolle Mitmenschlichkeit und seinen festen Glauben an den Fortbestand des «American Dream» eine allgemeine Anerkennung und Popularität in der amerikanischen Bevölkerung zu gewinnen, die seit Präsident Kennedy kein Präsident mehr hatte für sich geltend machen können und die mit dem auf ihn verübten Attentatversuch am 30. März 1981, als ein Geisteskranker ihn mit einem Lungenschuss verletzte, noch zusätzlich gesteigert wurde. Diese Popularität half ihm, sein Wirtschaftsprogramm im von Demokraten dominierten Repräsentantenhaus ohne nennenswerte Abstriche durchzusetzen und die Kredite für verschiedene Sozialprogramme auf fünf Jahre um 500 Milliarden Dollar zu kürzen sowie die Verteidigungsausgaben um 12,7% zu steigern, wobei der letztere Erfolg auch darauf basierte, dass Carter das Wettrüsten bereits eingeläutet hatte und daher die Widerstände in diesem Bereich schon deswegen geringer waren.<sup>286</sup> In den ersten beiden Jahren war der Wirtschaftspolitik Reagans wenig Erfolg beschieden, denn die Arbeitslosigkeit stieg sprunghaft an und erreichte Ende 1982 die beunruhigende Höhe von 11%, die Investitionen nahmen nicht zu und das Haushaltsdefizit wurde durch die immensen Ausgaben für die Aufrüstung noch weiter vergrößert und das Handelsdefizit stieg an, was zwar dem Dollarkurs nicht schadete, der aufgrund des Kapitalzustroms weiter anstieg, aber die amerikanischen Exporte stagnieren und die Importe unverhältnismäßig stark ansteigen ließ, so dass die US-Regierung «Orderly Market Arrangements (OMAs)» erließ, die erfolgreiche Exportländer wie Japan und Südkorea dazu zwangen, ihre Exportbranchen zur Festlegung von Kontingenten und Quoten zu drängen. Der Grund weswegen Präsident Reagan die Verteidigungsausgaben immer mehr erhöhte und das damit verbundene Haushaltsdefizit in Kauf nahm, lag darin, dass er sich das außenpolitische Ziel gesetzt hatte, den Sieg im Rahmen des Kalten Krieges zu erreichen und zu diesem Zwecke wollte er weiter aufrüsten, was die Herstellung der Neutronenbombe, die Bereitstellung nuklearer Mittel- und Langstreckenraketen in Europa, die Vergrößerung von Flotte und Luftwaffe sowie die Schaffung einer Einsatztruppe für den Nahen Osten beinhalten sollte. Einen Sieg gegen Moskau hielt er nämlich nur dann für möglich, wenn die

---

<sup>285</sup> zu diesen Aussagen in seiner Inaugurationsrede vgl.: Schambeck, Herbert; Widder, Helmut; Bergmann, Marcus: Dokumente zur Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika, Berlin: 1993, S. 625-627; zu Reagans Plänen: Guggisberg, Hans R.: Geschichte der USA, vierte, erweiterte und aktualisierte Auflage, Stuttgart: 2002, S. 312-313; zu dem starken Anstieg des Ölpreises nach der Revolution im Iran vgl.: James, Harold: Geschichte Europas im 20. Jahrhundert. Fall und Aufstieg 1914-2001, München: 2004, S. 383

<sup>286</sup> vgl. Heideking, Jürgen: Geschichte der USA, dritte, überarbeitete und erweiterte Auflage, Tübingen: 2003, S. 447; Guggisberg, Hans R.: Geschichte der USA, vierte, erweiterte und aktualisierte Auflage, Stuttgart: 2002, S. 311-312; zum Attentatsversuch auf Reagan vgl. S. 313

amerikanischen Streitkräfte den sowjetischen überlegen wären, denn er ging davon aus, dass die Sowjetunion ihre politisch-strategische Parität mit den USA ausschließlich ihrer Militärmacht verdanke, so dass ihre wirtschaftlichen Ressourcen durch forciertes Wettrüsten überbeansprucht werden würden und sie daher bei weiterem Wettrüsten zur diplomatischen Kapitulation gezwungen sein würde. Die sowjetische Niederlage sollte dabei dadurch beschleunigt werden, dass man die afghanische Widerstandskämpfer (Mudjahedin) durch Waffenlieferungen und Ausbildungshilfe stärkte, so dass der Kreml in Afghanistan sein «Vietnam» erleben würde, denn um so länger er sich dort in verlustreiche Aktionen verstrickte, desto mehr musste die Erfolglosigkeit am Prestige der Sowjetmacht und an der Glaubwürdigkeit der Kremlführung in der eigenen Bevölkerung zehren. Darüber hinaus sah es der amerikanische Präsident als Recht und Pflicht seines Landes an, der kommunistischen Machtexpansion in aller Welt entgegenzutreten.<sup>287</sup> Im Rahmen dieser letzteren Absicht unterstützte er im direkten Einflussbereich Moskaus die polnische Gewerkschaftsbewegung Solidarnosz, die im Sommer 1980 unter Führung des arbeitslosen Elektrikers und ehemaligen Streikführers aus dem Jahre 1970, Lech Walesa, gegen die Erhöhung der Fleischpreise demonstrierte und zu diesem Zweck besetzten die Schiffsbauer von Gdansk ihre Leninwerft. Ziel im Rahmen dieser Streiks war es aber auch, eine freie, von den Behörden genehmigte Gewerkschaft zu gründen, was Walesa mit Hilfe von Johannes Paul II sowie der polnischen Bischöfe erreichte, wobei sie allerdings die Auflage erhielten, die Führungsrolle der kommunistischen Partei auch weiterhin zu respektieren. Dennoch spielte man im Kreml mit dem Gedanken in Polen zu intervenieren, doch die erste geplante Aktion für den 5. Dezember 1980 konnte der neue polnische Staatschef Stanislaw Kania abwenden, indem er Breschnew davon überzeugte, dass er selbst in der Lage sei Solidarnosz auszuschalten. Als sich die Situation im Frühjahr 1981 zuspitzte, zögerten die Sowjets dann, weil sie befürchteten, ein Teil der polnischen Armee würde gegen die Truppen des Warschauer Paktes Widerstand leisten. Zudem hatten sich der Papst, Carter und ab dem Frühjahr 1981 auch Reagan in mehreren Briefen an die sowjetische Führung gewandt und um ein Ablassen von einer Intervention ersucht. In dieser Zeit knüpfte Ronald Reagan über seinen CIA-Direktor William Casey sowie seinen Sonderberater für Polen, Brzezinski, direkten Kontakt zum Papst und zu Walesa, denn er wollte, dass Polen mit Unterstützung der Solidarnosz aus dem Sowjetblock herausgelöst werden sollte. Sein Bestreben schien sich immer mehr zu verwirklichen, denn auch wenn der Kreml einen Streik der freien Gewerkschaft im März 1981 mit Hilfe von Papst Johannes Paul II vermeiden konnte, indem der Letztere seinen Einfluss auf die Polen einsetzte und im Gegenzug hierfür das Versprechen erhielt, dass ein Einmarsch in seine Heimat nicht stattfinden würde, verselbständigte sich die Bewegung immer mehr und forderte auf ihrem Kongress am 11. September 1981 v.a. ein Referendum über die Mitbestimmung der Arbeiter in den Betrieben sowie freie Wahlen, nicht ohne die anderen osteuropäischen Länder ebenfalls zur Errichtung freier Gewerkschaften aufzurufen. Der polnische Regierungschef Kania war nicht mehr Herr der Entwicklung in seinem Lande und wurde daher am 18. Oktober 1981 von Jaruzelski abgelöst, der nach dem Ausbruch von hunderten von Streiks im November 1981 sowie Bestrebungen der Solidarnosz im Dezember 1981 das kommunistische Regime zu beenden, die Gewerkschaft auflöste und den Ausnahmezustand verhängte. Reagan ergriff daraufhin wirtschaftliche Sanktionen gegen das Land und unterstützte die von diesem Zeitpunkt an im Untergrund arbeitende Gewerkschaft Solidarnosz, während die sich nach außen hin zurückhaltende Kirche als moralische und politische Orientierung immer mehr an Macht ge-

---

<sup>287</sup> zu diesen außenpolitischen Überlegungen Reagans: Gustav Schmidt: Geschichte der USA, Darmstadt: 2004, S. 160-161; vgl. aber auch Guggisberg, Hans R.: Geschichte der USA, vierte, erweiterte und aktualisierte Auflage, Stuttgart: 2002, S. 315

wann.<sup>288</sup> Eine weitere für den amerikanischen Präsidenten wichtige Region im Kampf gegen den Kommunismus war der ölfreiche Nahe Osten. Hier wollte er den Friedensprozess von Camp David fortsetzen und den sowjetischen Einfluss auf die allgemeinen Entwicklungen in diesem Krisengebiet nach Möglichkeit ausschalten. So unterstützte man im iranisch-irakischen Krieg den irakischen Staatschef Saddam Hussein, der den Konflikt im Jahr 1980 durch seinen Einmarsch in dem Nachbarstaat Iran ausgelöst hatte, weil er sich aus der Abhängigkeit Moskaus löste und weil man dem islamisch-fundamentalistischen und extrem antiwestlichen Khomeini-Regime nicht die Vorherrschaft am Persischen Golf zugestehen wollte. Zugleich gab dieses Ereignis den Vereinigten Staaten die Möglichkeit ihre militärische Präsenz in dieser Region auszubauen. Dreh- und Angelpunkt der Nahostpolitik blieb aber die Freundschaft mit Israel und so billigte man dessen Invasion in den Libanon im Juli 1982, auch wenn das Ziel der Aktion, nämlich die Vernichtung der Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) von Jasir Arafat, nicht ganz im Interesse Amerikas lag, das die Haltung seiner europäischen Verbündeten kannte, die in der Deklaration von Venedig im Jahre 1980 das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser anerkannt hatten und ihnen die Bildung eines eigenen Staates in Aussicht stellen wollten. Aus diesem Grund beteiligten sich die USA mit 800 Marinesoldaten an der Ende September 1982 gebildeten UN-Friedenstruppe, um die Überwachung des freien Abzugs der PLO-Einheiten sowie Jasir Arafats aus Beirut zu ermöglichen.<sup>289</sup> In seinem Bestreben den Einflussbereich des Kommunismus einzudämmen, war das wichtigste Experimentierfeld allerdings Mittelamerika und hier insbesondere El Salvador und Nicaragua. Während Carter lediglich Ausbildungshilfe an El Salvador eingeräumt hatte, weil die dortige Regierung von einer linksgerichteten Aufstandsbewegung bedroht wurde, begann Reagan die amerikanische Präsenz in diesem Land zu verstärken, indem er die Anzahl der dort stationierten Militärberater und das Kriegsmaterial permanent erhöhte. Er war überzeugt, dass die salvadorianischen Radikalen in Nicaragua von Moskau ausgerüstet werden würden und dass die Sowjetunion und Kuba den Sturz des nicaraguanischen Diktators Anastasio Somoza im Jahr 1979 unterstützt hätten. In Washington wuchs sogar die Befürchtung, dass Nicaragua zu einem neuen Kuba werden könnte und Moskau hier eine mächtige Propagandabasis sowie einen militärischen Aufmarschraum einrichten würden, Außenminister Haig sprach sogar von einer kommunistischen Verschwörung, die ganz Zentralamerika in ihre Gewalt bringen wolle. Viele besorgte Beobachter erinnerten sich allerdings an die Vorgeschichte des Vietnamkrieges und warnten vor einer Eskalation des Konfliktes und das von den Demokraten dominierte Repräsentantenhaus zwang den Präsidenten letztlich zu einer regelmäßigen Berichterstattung über die Fortschritte der salvadorianischen Regierung gegen die Rebellen sowie über die Gewährleistung der Menschenrechte. Als sich die Lage in El Salvador nach den Wahlen 1982 zu stabilisieren schien, konzentrierte sich die amerikanische Regierung auf Nicaragua und beauftragte den mit Reagan befreundeten CIA-Direktor William Casey mit der Unterstützung der nicaraguanischen «Contras», die von Honduras und Costa Rica aus gegen die Sandinisten operierten. Da die CIA-Aktivitäten in den USA ein offenes Geheimnis waren, kam es nicht nur zu einem heftigen innenpolitischen Streit, sondern der amerikanische Präsident machte sich in dem von der Friedensbewegung sehr stark erfassten Europa, wo auch

<sup>288</sup> vgl. zu diesen Ausführungen bzgl. Polens: Berghe, Yvan Vanden: *Der Kalte Krieg. 1917-1991*, Leipzig: 2000, S. 305-308; etwas knapper: Heideking, Jürgen: *Geschichte der USA*, dritte, überarbeitete und erweiterte Auflage, Tübingen: 2003, S. 452; Elze, Reinhard; Repgen, Konrad: *Studienbuch Geschichte. Eine europäische Weltgeschichte. Band 2: Frühe Neuzeit. 19. und 20. Jahrhundert*, 5. unveränderte Auflage, Stuttgart: 1999, S. 702

<sup>289</sup> vgl. zu Reagans Bestrebungen den Einfluss der Sowjetunion in der Welt zurückzudrängen: Heideking, Jürgen: *Geschichte der USA*, dritte, überarbeitete und erweiterte Auflage, Tübingen: 2003, S. 452-453; Guggisberg, Hans R.: *Geschichte der USA*, vierte, erweiterte und aktualisierte Auflage, Stuttgart: 2002, S. 319; Gustav Schmidt: *Geschichte der USA*, Darmstadt: 2004, S. 163



viele Menschen mit den Sandinisten sympathisierten, unbeliebt. Hinzu kam, dass zunächst unklar blieb, woher die Regierung die Gelder hierfür nahm, denn sie hatte vom Kongress hierfür keine Mittel bewilligt bekommen. Als Reagan die nicaraguanischen Häfen zudem verminen ließ, geriet er zudem in Konflikt mit den Vereinten Nationen, aber auch mit dem Internationalen Gerichtshof, der dieses Vorgehen als Bruch des Völkerrechts bewertete.<sup>290</sup> Neben diesen weltweiten «antikommunistischen Aktivitäten» legten Reagan und sein Außenminister Alexander Haig darüber hinaus gegenüber Moskau verbal von Anfang an eine ausgesprochen aggressive Haltung an den Tag und bezeichneten die führenden sowjetischen Politiker etwa als Männer, die sich das Recht herausnahmen, jedes Verbrechen zu begehen, zu lügen und zu betrügen,<sup>291</sup> womit sie dem Kalten Krieg einen dramatischen, unversöhnlich klingenden Akzent gaben. Obwohl all diese Aktivitäten und Äußerungen es nicht vermuten ließen, setzte Reagan die wegen den Präsidentschaftswahlen in den USA unterbrochenen INF-Verhandlungen fort, für die er als Ziel die «Null-Lösung» verkündete. Sein Außenminister verständigte sich wenige Monate später mit seinem sowjetischen Kollegen zudem darüber, dass man die politischen Verpflichtungen aus dem SALT II-Abkommen auch ohne Ratifizierung durch das amerikanische Parlament einhalten werde, denn der an Intensität zunehmende Rüstungswettkampf verstärkte nicht nur in Westeuropa die antinuklearen Widerstandaktivitäten, sondern erfasste auch die Vereinigten Staaten, in denen 57% der im Frühjahr 1982 in einer Umfrage befragten Personen angaben, dass sie sich eine sofortige Einfrierung sämtlicher Atomtests sowie der Produktion und Stationierung nuklearer Waffen wünschten und 200 000 Menschen dazu veranlasste, zu der bis dahin größten amerikanischen Anti-Atom-Demonstration im Juni 1982 im New Yorker Central Park zusammenzukommen. Da diese Haltung auch im Kongress starke Unterstützung fand, gab Reagan teilweise nach, akzeptierte im Jahr 1983 eine bescheidene Reduktion der Rüstungsausgaben und äußerte wiederholt, dass er persönlich den Horror vor der Atombombe teile. Auch in anderer Hinsicht war sein außenpolitischer Kurs gegen Moskau letztlich nicht so hart, wie sein Auftreten vermuten ließ, denn bereits im Frühjahr 1981 hob Reagan das von seinem Vorgänger gegen die Sowjetunion verhängte Getreideembargo auf und ließ wegen des hohen amerikanischen Getreideüberschusses Lieferungen an die Sowjetunion zu.<sup>292</sup> Uneingeschränkte Unterstützung für seine antisowjetische Politik erhielt der amerikanische Präsident von der britischen Premierministerin Margaret Thatcher, die 1979 ihr Amt übernommen hatte, nachdem die Labour-Regierung unter James Callaghan gestürzt worden war, weil ihr Konzept eines einträchtigen Miteinanders zwischen den Sozialpartnern nicht funktioniert hatte und sie zur Jahreswende 1978-79 eine Streikwelle hatte hinnehmen müssen, die mit landesweiten Blockaden von Industrieanlagen und Fabriken einhergegangen war und darüber hinaus das gesamte öffentliche Leben zum Erliegen gebracht hatte. Selbst Frankreich, das 1981 den sozialistischen Präsidenten François Mitterrand gewählt hatte und in den von diesem veranlassten Neuwahlen den Linksruck bestätigte, indem bereits im ersten Wahlgang 37,5% der Wähler die Sozialisten und 16,5% die Kommunisten wählten, wurde nach anfänglichen kühnen Erklärungen über den Abbau der Ungleichheit in Frankreich wieder konservativ. Mitterrand musste nämlich nachdem wich-

<sup>290</sup> Heideking, Jürgen: Geschichte der USA, dritte, überarbeitete und erweiterte Auflage, Tübingen: 2003, S. 456-457; Guggisberg, Hans R.: Geschichte der USA, vierte, erweiterte und aktualisierte Auflage, Stuttgart: 2002, S. 317-318

<sup>291</sup> diese Aussage ist entnommen: Guggisberg, Hans R.: Geschichte der USA, vierte, erweiterte und aktualisierte Auflage, Stuttgart: 2002, S. 315

<sup>292</sup> zu dieser Verhandlungsbereitschaft Reagans trotz seine vehementen antisowjetischen Kurses vgl.: Elze, Reinhard; Repgen, Konrad: Studienbuch Geschichte. Eine europäische Weltgeschichte. Band 2: Frühe Neuzeit. 19. und 20. Jahrhundert, 5. unveränderte Auflage, Stuttgart: 1999, S. 704; Guggisberg, Hans R.: Geschichte der USA, vierte, erweiterte und aktualisierte Auflage, Stuttgart: 2002, S. 316; Gustav Schmidt: Geschichte der USA, Darmstadt: 2004, S. 160

tige Industrieunternehmen und Banken verstaatlicht, die Wochenarbeitszeit reduziert, die Sozialleistungen erweitert, die Wochenarbeitszeit reduziert und ein gesetzlicher Anspruch auf eine fünfte Woche bezahlten Urlaubs eingeführt worden war, konstatieren, dass die Arbeitslosigkeit weiter zunahm und die Finanzmärkte nervös wurden, weil die französische Regierung für die verstaatlichten Betriebe hohe Entschädigungen bezahlen musste und weil es aus Angst vor höheren Steuern sowie einer strengeren Steuerkontrolle zu einer massiven Kapitalflucht gekommen war, die man mit drakonischen Devisenbewirtschaftungsmaßnahmen zu stoppen versuchte. Als das Handelsbilanzdefizit immer weiter anwuchs und der Franc von Oktober 1981 bis März 1983 dreimal abgewertet wurde, entschloss sich Mitterrand zu einer konservativen Wirtschaftspolitik und initiierte mit seiner Regierung ein Bündel Sparmaßnahmen der öffentlichen Hand samt einer Zwangsanleihe, erhöhte die Alkohol- und Tabaksteuer, handelte mit der Europäischen Gemeinschaft ein substantielles Stabilisierungspaket aus und erreichte mit diesem Wandel, dass die kommunistischen Minister bis 1984 die Regierung verließen.<sup>293</sup> Auch bezüglich Deutschland konnte Reagan mit engen Verbündeten rechnen, denn hier war Ende 1982 der sozialliberale Kanzler Helmut Schmidt durch den konservativen Helmut Kohl abgelöst worden, der bei dem nach dem Misstrauensvotum im März 1983 abgehaltenen Wahl große Teile der Bevölkerung hatte hinter sich bringen können, auch Teile aus der Stammwählerschaft der SPD, so etwa bei den Arbeitern aus dem Ruhrgebiet. Der neue Bundeskanzler hatte es sich nämlich nicht nur zum Ziel gesetzt, die Massenarbeitslosigkeit abzubauen und die Wandlungsfähigkeit der sozialen Marktwirtschaft zu dokumentieren, sondern er wollte auch das Bündnis mit dem Westen wieder stärker in den Mittelpunkt rücken, ohne jedoch die mit dem Osten geschlossenen Verträge aufzukündigen, vielmehr wollte man auf der Grundlage der bisherigen Verträge die Verständigung mit diesen Staaten fortsetzen und die deutsche Einheit in Frieden erstreben.<sup>294</sup>

Ende 1982 hatte sich damit die Lage zwischen den Supermächten grundlegend verändert: Den Vereinigten Staaten war es gelungen, die Sowjetunion an den Verhandlungstisch zurückzubringen, ohne auf ihr Programm der «Rekonstruktion militärischer Stärke» zu verzichten. Günstig hatte sich hierbei für die USA ausgewirkt, dass der Kreml mit einer Reihe interner Probleme zu kämpfen hatte, wozu nicht nur die durch die Diskussion um die Menschenrechte im Innern des Warschauer Paktes moralisch und politisch erstarkten Opposition gehörte, sondern auch die Umstände, dass die wirtschaftliche Kraft der Sowjetunion durch die ständige Aufrüstung überfordert war und sie daher mit einem ständig sinkenden Lebensstandard ihrer Bevölkerung, der damit verbundenen im Untergrund tätigen Schattenwirtschaft sowie einer zunehmenden Korruption konfrontiert war, der Andropow erfolglos mit einem Feldzug für «Disziplin und Ordnung» begegnen wollte. Zudem begann sich die sowjetische Gesellschaft immer stärker zu verbürgerlichen, denn auch wenn die seit den 60er Jahren bestehende Menschenrechtsbewegung sich 1982 zusehends auflöste oder in den Untergrund ging, so entstand in dieser Zeit eine inoffizielle Friedensbewegung nach westlichem Vorbild, die sogenannte «Vertrauensgruppe» die zunächst in Privatwohnungen Kurse über Themen wie das sowjetische Atomwaffenarsenal oder die Theorie vom gewaltlosen Handeln anbot, ab 1984 dann allerdings auf die Straße ging und dort etwa Unterschriften für ein Gipfeltreffen der beiden Weltmächte sammelte. Dieser neuen Bewegung gelang es, v.a. junge Leute für sich zu gewinnen, während die grundsätzlich freiwillige Jugendorganisation der Partei, der Kosmosol, immer weniger Jugendliche für sich begeistern und mobilisieren konnte, die die traditionelle Einrichtung als bürokratisch und un-

---

<sup>293</sup> zu diesen Ausführungen bezüglich Großbritannien und Frankreich vgl.: James, Harold: Geschichte Europas im 20. Jahrhundert. Fall und Aufstieg 1914-2001, München: 2004, S. 383; 288-389; 395-397

<sup>294</sup> Lehmann, Hans-Georg: Deutschland-Chronik. 1945 bis 2000, überarbeitete und aktualisierte Auflage, Bonn: 2000, S. 309-310

empfänglich für Ideen von unten empfanden. Aber auch das Afghanistan-Abenteuer blieb ohne jeden Erfolg, denn gegen die sowjetischen Truppen und die Armee der kommunistischen Regierung in Kabul waren vom Ausland mit Waffen und Kriegsmaterial unterstützte irreguläre Verbände angetreten, die weite Teile des Landes unter Kontrolle hatten bringen und halten können, so dass für Moskau auch für die Zukunft keine Aussicht bestand, in diesem Land die Macht übernehmen zu können. In dieser äußerst prekären Lage sah sich die Sowjetunion zudem einer Verschiebung des militärischen Gleichgewichts zugunsten des Westens sowie der Entwicklung eines hochmodernen, weltraumgestützten Raketenabwehrsystem (SDI, Strategic Defense Initiative) gegenüber und wurde nun von der US-Regierung vor die Wahl gestellt, entweder die den USA besonders gefährlichen Waffensysteme zu reduzieren oder eine massive, für sie nicht zu kompensierende Aufrüstung in Kauf zu nehmen. In dieser Situation gab es für Moskau allerdings noch einen Ausweg, wenn die westlichen Verbündeten der USA einer weiteren Verstärkung der Rüstung nicht zustimmen würden. V.a. die Bundesrepublik Deutschland hatte mit einer breiten Front des Widerstandes zu kämpfen, weil die Friedensbewegung weite Schichten der Bevölkerung erfasste und auch aus der professionellen Friedens- und Konfliktforschung warnende Stimmen gegen eine Stationierung kamen. Der für die rüstungspolitische Strategie Reagans entscheidende NATO-Doppelbeschluss war damit in Frage gestellt. Sollten also die Europäer angesichts dieser Situation in ihren Ländern dazu bereit sein, eine wachsende Übermacht der UdSSR auf ihrem Kontinent hinzunehmen und wollten sie jeden militärischen Druck gegen sie vermeiden wissen, so hatte der amerikanische Präsident kein Druckmittel gegen den Kreml mehr in der Hand. In jedem Falle wollte die Sowjetunion jedoch, wenn sie die Nachrüstung nicht verhindern konnte, die Einigkeit zwischen den Vereinigten Staaten und ihren europäischen Verbündeten so belasten, dass die NATO an Schlagkraft verlieren würde. Ihre Chancen den europäischen Widerstand gegen das Projekt Reagans zu verstärken, schien sich zu verwirklichen, als bekannt wurde, dass die Führer der amerikanischen und sowjetischen Verhandlungsdelegationen bei den INF-Verhandlungen in Genf eine Abrüstungsvereinbarung abgesprochen hatten, aber weder Washington noch Moskau bereit waren, diese Vereinbarung zu akzeptieren. Das Scheitern dieser Verhandlungen führte dazu, dass der NATO-Doppelbeschluss, der die Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen in Europa vorsah, nun in die Tat umgesetzt werden sollte, was in den westeuropäischen Ländern, insbesondere aber in der BRD, zu einem schwierigen innenpolitischen Problem wurde. Bundeskanzler Kohl sah sich Großdemonstrationen und Menschenketten der Nachrüstungsgegner gegenüber, zu denen auch Bundeswehrsoldaten in Uniform, v.a. aber der Anhänger der Friedensbewegung gehörten, die gegen eine bevorstehende Stationierung protestierten. Das angespannte Ost-West-Verhältnis veranlasste Erich Honnecker am 28. April 1983 seinen geplanten Besuch in der BRD abzusagen, was er offiziell u.a. mit den westdeutschen Kommentaren zu den bei DDR-Verhören an Herzversagen bzw. Herzinfarkt am 10. und 26. April 1983 verstorbenen beiden Bundesbürgern Rudolf Burkert und Heinz Moldauer begründete. Zusätzlichen Unmut in den eigenen Reihen hatte die CDU zu gewärtigen, als die BRD auf Initiative von Franz Josef Strauß, der privat die ČSSR, Polen und die DDR bereist hatte und auch mit Honnecker zusammengetroffen war, am 29. Juni 1983 die Bürgschaft für einen Milliardenkredit Ostdeutschlands übernahm, dessen wirtschaftlichem System wegem mangelnder Produktivität der Staatsbankrott und die damit zusammenhängende Zahlungsunfähigkeit drohte, die der für Wirtschaft zuständige Zentralsekretär Günter Mittag verschleierte, indem er den aufgeblähten Verwaltungs- und Planungsapparat die volkswirtschaftlichen Disproportionen administrativ verleugnete. Da Strauß damit die von ihm bisher heftig bekämpfte Deutschlandpolitik nun doch unterstützte, traten die empörten CSU-Mitglieder Franz Handlos und Ekkehard Voigt aus der Partei aus und gründeten aus Opposition am 26./27. November 1983 die

neue liberal-konservative Volkspartei «Die Republikaner», die im Laufe der Zeit zunehmend rechtsextreme Positionen einnahm und nach spektakulären Anfangserfolgen wieder an Bedeutung verlor, weil sie sich selbst in Flügel- und Machtkämpfen v.a. um den Parteivorsitz zerstritten und bereits 1985 auseinanderbrachen. Schwierigkeiten hatte Kanzler Kohl aber auch mit der neonazistischen «Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten», die sich am 15. Januar 1983 aus zwei kleineren Gruppierungen gegründet hatte, allerdings bereits am 24. November desselben Jahres durch das Innenministerium verboten und wieder aufgelöst wurde. In der DDR schien sich das System dagegen stabilisiert zu haben und so kündigte Staatschef Erich Honecker an, dass die Selbstschussanlagen bzw. Todesautomaten entlang der innerdeutschen Grenze völlig abgebaut werden sollten. Zudem bemühte sich Ost-Berlin nach seiner internationalen Anerkennung darum, auch seine Beziehungen zu den neutralen Staaten und hier v.a. zu Österreich, Schweden und Finnland durch Staatsbesuche auszubauen.<sup>295</sup>

War 1983 für den deutschen Kanzler eher ein unruhiges Jahr, so brachte es dem amerikanischen Präsidenten eine unerwartete Verbesserung der wirtschaftlichen Lage seines Landes: denn die Arbeitslosigkeit ging auf 7,5% zurück, die 6% Inflation konnte weiter reduziert werden, die Automobilindustrie erholte sich, ein allgemeiner Bauboom setzte ein und die Kauflust der Konsumenten erreichte neue Höhepunkte, so dass das Bruttosozialprodukt im Jahr 1984 auf 6,8% ansteigen konnte und damit den stärksten Jahresanstieg seit 1951 verzeichnete. Auch sein Begehren Amerika seine militärische Stärke zurückzugeben, wurde vom Kongress nach langem Drängen nachgegeben und er gab seine Zustimmung zur Produktion von MX-Raketen. Für 1984 forderte Reagan eine erneute Erhöhung der Rüstungsausgaben um 10% sowie die Erforschung der Möglichkeiten ein strategisches Sicherheitssystem im Weltraum aufzubauen (SDI). War in Amerika zudem bisher eine gewisse Kritik gegen die Sowjetpolitik des republikanischen Präsidenten durchaus zu beobachten gewesen, so änderte sich dies im September 1983, als ein südkoreanisches Passagierflugzeug über dem Ochotskischen Meer vor der Insel Sachalin durch einen sowjetischen Jäger abgeschossen wurde und unter den 300 Toten auch 60 Amerikaner als Opfer zu beklagen waren, denn Moskau reagierte auf diesen Vorfall mit der Behauptung, das Passagierflugzeug habe sich auf einer Spionagemission befunden, was im Westen einen Aufschrei des Protests nachsichzog, der sich in Protestmärschen und antisowjetischen Kundgebungen an den Universitäten sowie Boykottaktionen gegen die sowjetische Luftfahrt entlud und die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen noch zusätzlich belastete. Im Rahmen dieses Vorfalls brüskierte die US-Regierung aber auch die Sowjetunion, indem sie im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen den Funkverkehr der an dem Zwischenfall beteiligten russischen Jägerpiloten öffentlich abspielte, den die Nationale Sicherheitsbehörde (National Security Agency) mit geheimgehaltenen Überwachungs- und Abhörtechniken aufgezeichnet hatte. Auch die Situation in Polen veränderte sich nach dem erneuten Besuch des Papstes im September 1983 positiv, denn selbst wenn er keine unmittelbaren Veränderungen hervorbrachte, so bestätigte er doch einmal mehr, dass die Polen sich nicht mehr von einer reformwilligen kommunistischen Partei eine Besserung erwarteten, sondern eine grundlegende neue politische Ordnung mit demokratischer Freiheit anstrebten. Eine negative Entwicklung im Zusammenhang dieser Ereignisse ergab sich allerdings im Libanon, denn die dort stationierten 800 amerikanischen Marinesoldaten wurden immer mehr in die Streitigkeiten der libanesischen Fraktionen verstrickt und schienen zu einer Art Schutzmacht für

---

<sup>295</sup> zu diesen Ereignissen vgl.: Elze, Reinhard; Repgen, Konrad: Studienbuch Geschichte. Eine europäische Weltgeschichte. Band 2: Frühe Neuzeit. 19. und 20. Jahrhundert, 5. unveränderte Auflage, Stuttgart: 1999, S. 704-706; Lehmann, Hans-Georg: Deutschland-Chronik. 1945 bis 2000, überarbeitete und aktualisierte Auflage, Bonn: 2000, S. 319; 328, 329, 334, 349; zu der Verbürgerlichung der sowjetischen Gesellschaft vgl.: Hosking, Geoffrey: Sowjetunion. Eine Weltmacht am Scheideweg, Bonn, Berlin, Bouvier: 1991, S. 71-74

die Regierung des Christen Amin Gemayel geworden zu sein, weil es den US-Diplomaten nicht gelingen wollte, Israel und Syrien zum Rückzug ihrer Truppen zu bewegen. Demokratische Abgeordnete bestritten daraufhin die Kompetenz des Präsidenten amerikanische Truppen so lange im Libanon zu halten. Am 23. Oktober 1983 explodierte ein mit Sprengstoff beladener Lastwagen vor der Unterkunft der US-Soldaten in Beirut und tötete 241 von ihnen, was zu einer leidenschaftlichen Ablehnung jeglicher amerikanischer Beteiligung am Libanon-Konflikt führte. Reagan konnte diese Niederlage im Nahen Osten durch ein anderes Ereignis kompensieren: Im gleichen Monat hatte nämlich in dem unabhängigen Commonwealth-Staat Grenada ein linksgerichteter Staatsstreich stattgefunden, in dessen Verlauf der dortige frühere Premierminister umgekommen war. Mit der Begründung amerikanische Zivilisten, namentlich einige hundert an der dortigen Fachhochschule in Ausbildung befindliche amerikanische Medizinstudenten, vor der von Kuba aus drohenden Insurrektion schützen zu wollen, besetzten mehrere tausend US-Soldaten die Insel. Tatsächlich befürchtete die amerikanische Regierung zu diesem Zeitpunkt schon länger, Grenada könnte dem Kommunismus anheimfallen, denn bereits die gestürzten Machthaber hatten Militärverträge mit den Ostblockstaaten abgeschlossen und eine große Anzahl kubanischer Arbeiter für den Bau eines Flugplatzes angestellt. Den amerikanischen Truppen gelang es, den Aufstand innerhalb kürzester Zeit zu unterdrücken, aber dennoch musste sich der Präsident vom Kongress und den Medien viele kritische Fragen stellen lassen, denn die Aktion erschien unverhältnismäßig aufwendig. Die US-Öffentlichkeit stuft das Vorgehen Reagans dagegen anders ein: Sie lobte in ihrer Mehrheit die Entschluss- und Tatkraft des Präsidenten und er konnte seine Popularität laut einer weitgestreuten Befragung noch zusätzlich um 15% steigern, indem er in einer Fernsehsendung den Anschlag von Beirut mit dem Sieg von Grenada verband und aufzeigte, wie sehr seine Außenpolitik in den amerikanischen Tugenden der Tapferkeit und Vaterlandsliebe verankert gewesen seien. Im November 1983 begannen die Vereinigten Staaten nach den gescheiterten INF-Verhandlungen unter Protesten in Großbritannien, Italien und der Bundesrepublik Deutschland Pershing-Raketen und «cruise-missiles» zu stationieren, woraufhin Andropow im diplomatischen Gegenschlag ganz aus den erst vor kurzem wieder aufgenommenen INF- sowie START-Abrüstungsverhandlungen in Genf ausstieg und im Gegenzug ankündigte, «operativ-taktische» Raketen in der DDR sowie der ČSSR, aber auch strategische Raketen vor der US-Küste zu stationieren und das am 16. März 1982 von Breschnew verfügte Stationierungsmoratorium für Mittelstreckenraketen im europäischen Teil der Sowjetunion aufzuheben. Es revanchierte sich darüber hinaus für alle anderen Demütigungen, indem der nach dem am 9. Februar 1984 verstorbenen Andropow die Macht am 13. Februar 1984 übernehmende Konstantin Tschernenko am 8. Mai 1984 auch die Olympischen Sommerspiele in Los Angeles absagte und die anderen Ostblockstaaten diesem Vorbild folgten. Trotz dieser sehr angespannten Lage zwischen den beiden Großmächten kamen Bundeskanzler Kohl, Außenminister Genscher und Honecker auf den Beisetzungsfestlichkeiten für Andropow in Moskau überein, dass der Ost-West-Dialog wichtig und fortzusetzen sei.<sup>296</sup>

Während auch das Jahr 1984 für Reagan ein sehr gutes war, weil es ihm dank seiner innenpolitischen Erfolge einen Wahlkampf bescherte, in dem ihm der Sieg sicher war und die Demokraten mit ihrem Kandidaten Walter Mondale nur in dessen Heimatstaat Minnesota sowie im District Columbia siegen konnten, sah sich Tschernenko und das von ihm

---

<sup>296</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Elze, Reinhard; Reppen, Konrad: Studienbuch Geschichte. Eine europäische Weltgeschichte. Band 2: Frühe Neuzeit. 19. und 20. Jahrhundert, 5. unveränderte Auflage, Stuttgart: 1999, S. 702; Guggisberg, Hans R.: Geschichte der USA, vierte, erweiterte und aktualisierte Auflage, Stuttgart: 2002, S. 314-319; Lehmann, Hans-Georg: Deutschland-Chronik. 1945 bis 2000, überarbeitete und aktualisierte Auflage, Bonn: 2000, S. 332; 329; 335

verkörperte System zunehmender, nur schwer zu ignorierender Kritik ausgesetzt und hatte mit der nun auch auf der Straße tätigen «Vertrauensgruppe» zu kämpfen, weil die in Nowosibirsk arbeitende Soziologin Tamara Saslawskaja in einer Untersuchung festgestellt hatte, dass eine bürokratische Wirtschaftslenkung einer wissenschaftlich-technisch entwickelten Produktion nicht angemessen, sondern vielmehr eine Dezentralisierung der Planung, marktwirtschaftliche Elemente und materielle Anreize erforderlich seien. Sie ging in ihren Arbeiten sogar soweit, die weitgehende Homogenität und Interessengleichheit der Bevölkerung im Sozialismus in Frage zu stellen, so dass Tschernenko sich nun dazu verpflichtet sah, eine Bildungsreform einzuläuten und auf einer Konferenz im Dezember 1984 «Die Vervollkommnung des Sozialismus» diskutieren zu lassen, wobei eines der dortigen Stichworte «Glasnost», also Öffentlichkeit, Transparenz und Offenheit hieß und wenig später große Bedeutung erlangen sollte. Auch für Bundeskanzler Kohl sollte das Jahr 1984 unruhig werden. Den Anfang machte am 1. Februar 1984 die «Kießling-Affäre», im Rahmen derer Verteidigungsminister Wörner den stellvertretenden NATO-Generalsekretär, General Günter Kießling, wegen angeblicher Homosexualität und des damit verbundenen «Sicherheitsrisikos» in den einstweiligen Ruhestand versetzt hatte. Als sich im Nachhinein herausstellte, dass die Verdachtsmomente gegen den General auf Gerüchten und fehlerhaften Recherchen beruht hatten, wollte Wörner zurücktreten, doch Kohl lehnte dessen Rücktrittsangebot ab und rehabilitierte am 1. Februar 1984 Kießling uneingeschränkt. Zwar gelang es der christlich-liberalen Regierungskoalition am 23. Mai 1984, ihren Kandidaten für das Bundespräsidentenamt, den regierenden Berliner Bürgermeister und CDU-Politiker Richard von Weizsäcker gegen die unabhängige grüne Kandidatin Luise Rinser durchzusetzen, aber bereits am 27. Juni 1984 wurde es wieder laut um die Koalition. Noch im Mai dieses Jahres hatte die Regierung versucht durch die Einbringung eines Gesetzes Spender und Parteifunktionäre im Schnellverfahren zu amnestieren, doch zog es am 15. Mai 1984 wieder zurück und nicht einmal eineinhalb Monate später musste der erste Minister aus den eigenen Reihen in einer solchen Angelegenheit zurücktreten. Es war Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP), gegen den ein Strafprozess eröffnet werden sollte, in dem ihm vorgeworfen wurde, er habe gegen Geld bzw. Spenden eine gesetzliche Steuerbefreiung erteilt. Nutznießer dieser Befreiung war die Flick-Gruppe gewesen, die im Jahre 1975 Daimler-Benz-Aktien verkauft und zum größten Teil wieder reinvestiert hatte, u.a. in den US-Konzern Grace (Flick-Spendenaffäre). Doch mit der Ablösung Lambsdorffs durch seinen Parteikollegen Martin Bangemann war die Affäre noch nicht beendet: Hatte diese Affäre noch den kleinen Koalitionspartner der CDU betroffen, so sollte wenig später die CDU selbst mit dieser Angelegenheit in die Schlagzeilen kommen, denn der von ihr gestellte Bundestagspräsident Rainer Barzel hatte einen Beratervertrag mit einer Frankfurter Anwaltskanzlei geschlossen und war dadurch in den Verdacht geraten, indirekt ebenfalls vom Flick-Konzern finanziert worden zu sein. Kanzler Kohl war nach Barzels Rücktritt am 25. Oktober 1984 nun gezwungen, auch dieses Amt neu zu besetzen und wählte hierfür am 5. November 1984 den CDU/CSU-Politiker Philipp Jenninger aus, wobei er zehn Tage später eine weitere neue Personalentscheidung fällte und Wolfgang Schäuble als Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes einsetzte. Die Flick-Spendenaffäre zog aber immer weitere Kreise, denn es stellte sich heraus, dass CDU, CSU, SPD und FDP ungesetzlich, nämlich über gemeinnützige Organisationen, Spenden erworben hatten. Neben allen diesen Ereignissen hatten sich in der Zwischenzeit auch die Beziehungen zum Osten sowie zur DDR wieder verschlechtert. Zunächst hatte Moskau die Tatsache missfallen, dass die Deutsche Bank der DDR am 25. Juli 1984 einen Kredit in Höhe von 950 Millionen DM gewährt und die BRD hierfür im Gegenzug eine Rückzahlung in «politischen Zinsen» erhalten hatte. Der Ärger der Sowjetunion über dieses Abkommen wurde zunächst durch versteckte Angriffe der Ostblockpresse deutlich, wobei

sich auffallenderweise die ungarische Presse hieran nicht beteiligte. Am 2. August 1984 kritisierte der Kreml die deutsch-deutschen Sonderbeziehungen aber dann ganz offen im Zentralorgan der KPdSU, der Prawda. Man warf Bonn vor, es tarne seinen Revanchismus mit gesamtdeutschen Parolen und mische sich in die souveränen Angelegenheiten der DDR ein, um auf diese Weise die Grundlagen der sozialistischen Ordnung schrittweise zu unterlaufen. Ende August verschlechterten sich aber auch die Beziehungen zur DDR erneut wieder, nachdem der Fraktionvorsitzende der CDU/CSU im Bundestag, Alfred Dregger, in einem Interview am 23. August 1984 erklärt hatte, dass die Zukunft der BRD nicht davon abhängen würde, dass Herr Honecker zu Besuch käme, woraufhin der Ständige Vertreter der DDR in Bonn, Ewald Moldt, den Besuch Honeckers in der BRD für den 4. September 1984 absagte. Die DDR selbst kämpfte immer stärker gegen die Unzufriedenheit ihrer Bürger an, von denen einige in die deutsche Botschaft in Prag geflüchtet waren und erst am 15. Januar 1985 in die DDR zurückgekehrt waren, nachdem ihnen Straffreiheit und die Prüfung ihrer Ausreisearträge zugesichert worden war. In Leipzig fanden zudem Montagsgebete für Frieden und Menschenrechte statt, die der Staatsicherheit ein Dorn im Auge waren.<sup>297</sup>

Das Jahr 1985 brachte nicht nur die beiden großen Weltmächte am 7. Januar wieder an den Verhandlungstisch und ließ sie über die Weltraumwaffen sowie über die Lang- und Mittelstreckenwaffen verhandeln, sondern es führte zunächst auch für den Ostblock zu entscheidenden Veränderungen, als der am 10. März 1985 verstorbene Staats- und Parteichef Konstantin Tschernenko bereits einen Tag später durch den jungen Michail Gorbatschow ersetzt wurde. Außenpolitisch schlug der neue Mann an der Spitze der Sowjetunion kurz nach seinem Amtsantritt ein Verbot von Weltraumwaffen, die Reduzierung der strategischen Kernwaffen um die Hälfte sowie eine atomwaffenfreie Zone Europa vor und regte bei der UNO einen Vertrag über die ausschließlich friedliche Nutzung des Weltraumes an. Anders als seine Vorgänger machte er darüber hinaus sehr schnell deutlich, dass er zu einem gründlichen Umbau («Perestrojka») der Wirtschaft und Gesellschaft in seinem Lande allerdings auf der Grundlage der Thesen Lenins entschlossen war. Er wollte hierbei die nicht militärischen Zwecken dienende Produktion auf technischen Höchststand bringen und eine generelle Demokratisierung der Wirtschaft durch Förderung der Genossenschaften sowie der individuellen Arbeit erreichen, ohne allerdings zur Privatwirtschaft zurückzukehren. Politisch und gesellschaftlich bedeutete für den neuen sowjetischen Generalsekretär die Demokratisierung v.a. eine stärkere Kommunikation der Bevölkerung mit der Partei und zwar in transparenter, offener und öffentlicher Form («Glasnost»), wobei die KPdSU allerdings ihre führende Position beibehalten sollte. Gorbatschow fand mit seinem Programm zwar bei seinen zahlreichen Reisen ins europäische Ausland eine starke positive Resonanz, doch er besaß kein präzises Programm der von ihm angestrebten Demokratisierung und so wurde der in Gang gesetzte Erneuerungsprozess durch Widerstände in Partei und Armee gehemmt und setzte andererseits unerwünschte und nicht kontrollierbare Energien frei, denn die informellen Gruppen wurden durch die offizielle Politik der Glasnost ermuntert, ihre Aktivitäten und Vorstellungen auf einen größeren Kreis auszudehnen. Sie griffen Themen wie Kultur, Umwelt, Geschichte sowie ethnische und religiöse Identität auf, was in der Öffentlichkeit auf eine lebhaftere Reaktion stieß und ihre Zahl bis Anfang 1988 auf 30.000 ansteigen ließ. Aber auch für Reagan begann innenpolitisch seine schwierigste Zeit, denn er wurde nicht nur international, sondern auch national unverhohlen wegen

---

<sup>297</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: 448; Guggisberg, Hans R.: Geschichte der USA, vierte, erweiterte und aktualisierte Auflage, Stuttgart: 2002, S.319-320; Elze, Reinhard; Repgen, Konrad: Studienbuch Geschichte. Eine europäische Weltgeschichte. Band 2: Frühe Neuzeit. 19. und 20. Jahrhundert, 5. unveränderte Auflage, Stuttgart: 1999, S. 706; Lehmann, Hans-Georg: Deutschland-Chronik. 1945 bis 2000, überarbeitete und aktualisierte Auflage, Bonn: 2000, S. 336; 312-313; 322; 336; Hosking, Geoffrey: Sowjetunion. Eine Weltmacht am Scheideweg, Bonn, Berlin, Bouvier: 1991, S. 75

seiner Starrköpfigkeit, seiner Uneinsichtigkeit sowie seiner Oberflächlichkeit kritisiert. Diese Kritik erreichte ihren Höhepunkt, als er am 5. Mai 1985 anlässlich des Kriegsendes in Europa vor 40 Jahren in der BRD das ehemalige Konzentrationlager Bergen-Belsen und danach auf Wunsch von Bundeskanzler Kohl zusammen mit diesem den Soldatenfriedhof Bitburg in der Eifel besuchte, denn es wurde bekannt, dass hier ehemalige Angehörige der Waffen-SS begraben lagen. Die Reagan-Administration wurde daraufhin in ihrer politischen Grundhaltung etwas gemäßiger und es ergab sich der Eindruck, dass realistischer Pragmatismus nun doch über allzu hochfliegende nationale Wunschträume gesiegt hatte. Zwar gelang es dem amerikanischen Präsidenten, den Kongress 1985 dazu zu bewegen, dem MX-Programm ein weiteres Mal zuzustimmen und nach langen Diskussionen im Repräsentantenhaus auch eine «humanitäre» Unterstützung für die antisandinistischen «Contras» in Nicaragua zu erhalten, obwohl bei manchen kritischen Beobachtern der Verdacht bestehen blieb, die Regierung werde diese Mittel unter geschickter Tarnung letztlich doch zur Finanzierung militärischer Hilfe nutzen, aber er wurde gleichzeitig gezwungen, seine Budgetpläne realistischer zu gestalten. Obwohl er mit diesem letzteren Schritt auch der Kritik seines Budgetberaters David Stockman an den steigenden Militärausgaben nachkam, indem er Maßnahmen zur Verminderung des Budgetdefizits traf, aber auch Zusicherungen gab, die Leistungen der staatlichen Sozialversicherung sowie anderer Sozialprogramme leicht zu erhöhen, trat der Letztere zurück. Hinzu kam, dass sich die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen zwar wieder etwas entspannten, aber dass die ersten Gespräche zwischen Reagan und Generalsekretär Gorbatschow am 19. und 20. November 1985 in Genf wenig ergiebig waren, auch wenn der neue sowjetische Führer die von seinem Vorgänger Anfang 1985 eingeleitete Entspannungspolitik fortsetzte, in der Hoffnung, die Rüstungsausgaben zu drosseln und das Wirtschaftswachstum zu fördern.<sup>298</sup>

Im Gegensatz zur seinem amerikanischen und sowjetischen Amtskollegen konnte die Bundesrepublik durch die Rede ihres Bundespräsidenten von Weizsäcker am 8. Mai 1985 zum 40. Jahrestag der Kapitulation weltweite Beachtung finden, denn hier sprach dieser u.a. vom Ende eines Irrweges deutscher Geschichte, der zugleich den Keim der Hoffnung auf eine bessere Zukunft in sich geborgen habe und sagte, dass es nicht um Vergangenheitsbewältigung, sondern um Einsicht für die Zukunft ginge. Ganz im Sinne dieser Rede hatte der deutsche Bundestag bereits am 25. Januar 1985 alle Entscheidungen des Volksgerichtshofes für nichtig erklärt und am 13. Juni 1985 die Leugnung oder Verharmlosung des NS-Völkermordes unter Strafe gestellt, die Verbreitung oder öffentliche Verwendung von NS-Kennzeichen verboten und ließ die Beleidigung verstorbener Opfer des Nationalsozialismus oder anderer Gewaltherrschaften nun von Amts wegen verfolgen. Trotz der sowjetischen Presseschelte nahm die DDR die finanziellen Hilfen der BRD auch weiterhin in Anspruch und traf am 5. Juli 1985 nicht nur Vereinbarungen über den innerdeutschen Handel mit Kohle- und Mineralölprodukten, sondern ließ sich darüber hinaus den zinslosen Überziehungskredit von 600 auf 850 Millionen Verrechnungseinheiten erhöhen.<sup>299</sup> Am 19. August 1985 kam es für die Bundesrepublik zu einem neuen Spionageskandal, als der alkoholabhängige und verschuldete Hans-Joachim Tiedge – Gruppenleiter in der Spionageabwehr im Kölner Verfassungsschutzamt - in die DDR wechselte und Sonja Lüneburg, Sekretärin des Wirtschaftsministers Bangemann, Ursula Richter, Angestellte beim Bund der Vertriebenen und Kanzleramtssekretärin Herta-Astrid Willner sowie ihr Ehemann nach

---

<sup>298</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Guggisberg, Hans R.: Geschichte der USA, vierte, erweiterte und aktualisierte Auflage, Stuttgart: 2002, S. 320-321; Lehmann, Hans-Georg: Deutschland-Chronik. 1945 bis 2000, überarbeitete und aktualisierte Auflage, Bonn: 2000, S. 312

<sup>299</sup> Guggisberg, Hans R.: Geschichte der USA, vierte, erweiterte und aktualisierte Auflage, Stuttgart: 2002, S. 321; Lehmann, Hans-Georg: Deutschland-Chronik. 1945 bis 2000, überarbeitete und aktualisierte Auflage, Bonn: 2000, S. 312



Ost-Deutschland flohen. Einzig Margarete Höke, Sekretärin im Bundespräsidialamt, konnte am 24. August 1985 festgenommen werden.<sup>300</sup>

Mit dem 1. Januar 1986 begann sich die Beziehung zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion deutlich zu verbessern, was sich daran zeigte, dass Reagan im sowjetischen und Gorbatschow im amerikanischen Fernsehen Neujahrsbotschaften verlasen. Für den immer noch unter heftiger Kritik stehenden amerikanischen Präsidenten brachte das Jahr 1986 zahlreiche weitere Schwierigkeiten, die am 28. Januar 1986 ihren Anfang fanden, als die Weltraumfähre «Challenger» 75 Sekunden nach ihrem bereits mehrfach verschobenen Start in Cape Canaveral über dem Atlantik explodierte und die sieben Besatzungsmitglieder, unter ihnen zwei Frauen, ums Leben kamen. Die Nation, die das tragische Geschehen am Bildschirm miterlebt hatte, stand unter Schock und der weitverbreitete Glaube an die grenzenlosen Möglichkeiten des technischen Fortschritts waren so erschüttert, dass weder die personellen Veränderungen an der Spitze der NASA noch die Beileids- und Trauerbezeugungen des Präsidenten dies zu kompensieren vermochten. Der amerikanische Traum von der Eroberung des Weltalls war damit zunächst einmal für längere Zeit ausgeträumt. Sowohl in Amerika als auch in Europa kam es darüber hinaus zu zahlreichen Protesten, als Reagan am 15. April 1986 Luftangriffe auf die libyschen Städte Tripolis und Benghazi fliegen ließ. Sie dienten der Vergeltung einer Reihe von Terroranschlägen in verschiedenen Ländern Europas sowie im Nahen Osten mit amerikanischen Todesopfern, an denen Lybier mitgewirkt hatten und als deren Drahtzieher man den libyschen Staatschef Gaddafi vermutete. Die Aktion konnte allerdings nur von Großbritannien aus geflogen werden und durfte die Lufträume Frankreichs sowie der seit 1. Januar 1986 ebenfalls der EG zugehörigen Länder Spaniens und Portugals nicht kreuzen, weil allein die britische Regierung das Vorhaben unumschränkt unterstützte. Letztlich überlebte Gaddafi – wenn auch nur sehr knapp – den Luftangriff und die Missstimmung zwischen den USA und ihren kontinentaleuropäischen Verbündeten vertieften sich noch weiter. Die europäischen Verbündeten gerieten aber auch mit Moskau in gewisse Unstimmigkeiten, als es in der ukrainischen Stadt Tschernobyl am 26. April 1986 im dortigen Atomkraftwerk zu einer bis dahin noch nie stattgefundenen Reaktorkatastrophe kam und die sowjetische Regierung anfangs keinerlei Information über das Geschehen weiterreichte, so dass die ebenfalls betroffenen westeuropäischen Staaten vom diesem Ereignis zunächst nur durch die Messung erhöhter radioaktiver Strahlungswerte Kenntnis erlangten. Zu der zögerlichen Informationspolitik des Kreml hatte sicherlich auch beigetragen, dass die örtlichen Funktionäre versucht hatten, das Ereignis herunterzuspielen und Informationen einzuschränken, während sie in aller Eile Vorkehrungen zur Evakuierung der eigenen Familien trafen, so dass die Öffentlichkeit, aber auch die Führung in Moskau zunächst nur sehr unzureichend über das Ausmaß der Katastrophe informiert war und selbst das Mitglied des Notfallausschusses, Legasov, erst wenige Stunden vor seinem Flug an den Unglücksort das erste Mal etwas von einem Zwischenfall in Tschernobyl zu hören bekam. Eine gewisse Mitschuld der sowjetischen Führung an dem Unglück war allerdings nicht von der Hand zu weisen, denn Gorbatschow hatte erst kurz zuvor auf dem 27. Parteitag klargemacht, dass er von der sowjetischen Wirtschaft mehr Tempo erwarte und damit die bisherige Praxis, Vorhaben mit billigem Material und mangelhaft ausgebildeten Mitarbeitern möglichst schnell zu verwirklichen, noch zusätzlich angespornt. Diese lockere Haltung galt auch gegenüber der Betreibung von Kernkraftwerken, von denen die weitverbreitete Meinung glaubte, sie seien viel einfacher als ein Wärmekraftwerk, so dass hier nichts passieren könne. Angesichts dieser von der neuen Regierung ebenfalls geförderten Haltung führte man im Atomkraftwerk Tschernobyl in der Nacht vom 25. auf den 26. April 1986 ein Experiment durch, im Rahmen dessen festge-

---

<sup>300</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Lehmann, Hans-Georg: Deutschland-Chronik. 1945 bis 2000, überarbeitete und aktualisierte Auflage, Bonn: 2000, S. 312-313; 336-337

stellt werden sollte, ob eine Stromerzeugung auch dann noch möglich wäre, wenn dem Reaktor etwa wie im Fall einer Reperatur oder eines Stromausfalls nur noch wenig elektrische Energie zugeführt würde. Da man das Experiment noch vor der bevorstehenden jährlichen Überholung, die mit einer Abschaltung der Anlage verbunden war, abschließen wollte, wurden die üblichen Sicherheitsvorkehrungen übergangen, so dass - als es zu einem plötzlichen und unerwarteten Stromanstieg kam - die Entwicklung einer Kernexplosion nicht mehr verhindert werden konnte. In Reaktion auf dieses Ereignis richtete die bundesdeutsche Regierung am 5. Juni 1986 ein Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit ein, dessen Kopf der bis dahin als Oberbürgermeister von Frankfurt tätige CDU-Politiker Walter Wallmann wurde. Man begann aber auch mit der Ausarbeitung eines Strahlenschutzvorsorgegesetzes, das die Voraussetzungen für die Errichtung einer zentralen Überwachungsstelle von Radioaktivität in der Umwelt schuf und am 19. Dezember 1986 verabschiedet wurde. Am 9. Juli 1986 trat die RAF in ihrer 3. Generation wieder auf den Plan und ermordete bei München das Siemens-Vorstandsmitglied Karl-Heinz Beckurts sowie seinen Fahrer durch eine fernegezündete Sprengladung am Straßenrand. Kurz danach am 14. Juli 1986 schloss das Bundesverfassungsgericht mit seinem Urteil auch die Flick-Spendenaffäre ab und erklärte Zuwendungen an Parteien nur noch bis maximal 100.000 DM für steuerlich absetzbar. Als die RAF am 10. Oktober 1986 ein weiteres Mal zuschlug und den Politischen Direktor des Auswärtigen Amtes, Gerold von Braunmühl vor seinem Haus in Bonn-Ippendorf ermordete, weil sie ihn als eine «zentrale Figur in der Formierung der westeuropäischen Politik» betrachtete, reagierte die Bundesregierung am 19. Dezember 1986 mit einem verschärften Terrorismusbekämpfungsgesetz, das in § 129a StGB Rädelsführer und Hintermänner terroristischer Vereinigungen stärker bestrafte und die Kompetenzen der Oberlandesgerichte und des Generalbundesanwaltes bei der Strafverfolgung erweiterte. Während die BRD immer noch mit der RAF zu kämpfen hatte, wählte der DDR-Staatschef Erich Honnecker trotz der Flucht einiger seiner Bürger in die bundesdeutsche Botschaft in Prag seinen Staat in Takt und sprach auf dem Parteitag vom 17.- 21. April 1986 von einem «unerschütterlichen Vertrauensverhältnis zwischen Partei und Volk» und die Wahlen vom 8. Juni 1986, die seine Partei mit 99, 94% bestätigten, schienen seine Aussage noch zu bekräftigen. Der von Gorbatschow auf dem Parteitag ausgesprochene Hinweis auf Selbstkritik und dessen Warnung «Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben» wurden von der DDR-Führung ignoriert. Sie unterschätzte damit das Verlangen in der Bevölkerung nach Erleichterung der Lebensbedingungen sowie dessen Sorge vor der Zerstörung der Umwelt, denn nach der Katastrophe von Tschernobyl kam es aus der Friedens- und Ökologiebewegung zu einem Appell an die Volkskammer die Wirtschafts-, Energie- und Informationspolitik zu revidieren. Für Präsident Reagan waren die Misserfolge im Jahre 1986 aber mit der heftigen Kritik an seinem Vorgehen gegen Libyen nicht beendet und so musste er trotz der Durchsetzung von Waffenlieferungen an Saudiarabien sowie an die nicaraguanischen Contras im Kongress hinnehmen, dass Regierungstruppen in Nicaragua ein Flugzeug mit Waffen für die Contras abschossen und einen der überlebenden amerikanischen Insassen gefangen nehmen konnten, der zu 30 Jahren Haft verurteilt wurde, um dann in einer verachtungsvollen und demütigenden Geste für Amerika wenige Wochen nach der Verurteilung nach Hause geschickt zu werden. Auch die Verhandlungen mit der Sowjetunion machten keine Fortschritte: Obwohl Gorbatschow angesichts seiner Einsicht in die Leistungsschwächen seines Systems in der rüstungspolitischen Konfrontation mit den USA flexibler agierte als seine Vorgänger und die beiden Großmächte mit einer Gruppe von Bergsteigern verglich, die an einem gemeinsamen Kletterseil hingen und entweder gemeinsam den Gipfel erreichten oder gemeinsam abstürzten und er darüber hinaus einer seit Januar 1984 tagenden Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) entgegenkam, indem er ent-

gegen früherer Haltungen seines Landes der dort getroffenen Bestimmung jedem Partner das Recht zuzugestehen auf dem Territorium eines anderen Teilnehmerstaates Inspektionen zuzulassen, zustimmte, erfüllten sich die hohen Erwartungen an das Gipfeltreffen von Reykjavik am 11. und 12. Oktober 1986 nicht. Zwar befand sich die UdSSR in einer sehr schlechten wirtschaftlichen Lage, die Gorbatschow im Juni 1986 sogar dazu bewogen hatte, sich mit einer Schriftstellerdelegation zu treffen, die er um Hilfe bat, die angestrebten Veränderungen v.a. gegen die an ihren Privilegien hängenden Ministerien, Verwaltungsschichten, aber auch die Partei zu unterstützen, und daher wollte er auf kein weiteres Wettrennen mehr eingehen, hatte aber auch nicht die Absicht ihre über Jahrzehnte errungene Überlegenheit über den Westen aufzugeben und strebte daher danach, gleiche Abrüstung auf beiden Seiten zu erzielen, v. a. aber das SDI-Projekt der Amerikaner zu verhindern. Dieses letztere Projekt wollte Reagan aber auf keinen Fall aufgeben, vielmehr hatte er den Druck auf Moskau rüstungstechnisch weiter erhöht, indem er neue Waffensysteme in Dienst gestellt hatte, die den Rahmen des bislang informell beachteten SALT-II-Vertrages überschritten, und so kam die zuvor bereits provisorisch erzielte Einigung über den Abbau der Mittel- und Langstreckenraketen nicht zustande. Innenpolitisch musste der Präsident einen noch fataleren Rückschlag hinnehmen, da seine Partei bei den im Herbst 1986 stattfindenden Kongresswahlen auch noch ihre Mehrheit im Senat verlor und die Demokraten ihre Mehrheit im Repräsentantenhaus noch weiter vermehren hatten können. Doch auch sein weltpolitischer Gegenspieler Michail Gorbatschow hatte mit inneren Spannungen zu kämpfen, denn in der Stadt Alma Ata in Kasachstan waren aus einem lokalen Anlass Unruhen ausgebrochen, die unter Stalin ausgesiedelten Krimtartaren verlangten in großen Demonstrationen die Rückkehr in ihre Heimat und die Sowjetrepubliken Aserbaidschan und Armenien gerieten wegen der Enklave Nagornyj-Karabach in blutige Auseinandersetzungen.<sup>301</sup>

Das Jahr 1987 brachte für den amerikanischen Präsidenten den schwersten Skandal seiner Amtszeit: den Iran-«Contras»-Skandal. Dessen Aufdeckung hatte bereits Ende 1986 begonnen und Untersuchungen förderten zu Tage, was sich die amerikanische Öffentlichkeit bereits seit langem fragte, nämlich wie die Regierung die Unterstützung der nicaraguanschen «Contras» bewerkstelligte. Schlüsselfigur in diesem Skandal war der Oberstleutnant Oliver North, ein früheres Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates. Entgegen den Äußerungen von Reagan mit dem Iran oder den Drahtziehern des internationalen Terrorismus könne es niemals Verhandlungen geben, hatten die USA durch North Kontakte zur iranischen Regierung aufgenommen und versucht mit Waffenverkäufen an diese die amerikanischen Geiseln zu befreien, die sich nach verschiedenen Terroraktionen im Nahen Osten in der Gewalt muslimischer Extremistengruppen befanden. Die Erlöse aus diesen Verkäufen dienten illegalerweise zur Finanzierung der «Contras» in Nicaragua, nachdem sie zeitweise bei Schweizer Banken hinterlegt worden waren. Reagan selbst nannte North zu Beginn der Untersuchungen öffentlich einen Helden, betonte aber selbst an den Machenschaften nicht beteiligt gewesen zu sein. Oberstleutnant North belastete den Präsidenten in seinen Aussagen nicht direkt und Sicherheitsberater Pointdexter übernahm die gesamte Verantwortung für den Skandal, aber der am 18. November 1987 freigegebene Bericht der mit der Untersuchung beauftragten Kongresskommissionen belastete Reagan jedoch auf das Schwerste,

---

<sup>301</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Guggisberg, Hans R.: Geschichte der USA, vierte, erweiterte und aktualisierte Auflage, Stuttgart: 2002, S. 321-323; Gustav Schmidt: Geschichte der USA, Darmstadt: 2004, S. 163; Heideking, Jürgen: Geschichte der USA, dritte, überarbeitete und erweiterte Auflage, Tübingen: 2003, S. 453-454; Lehmann, Hans-Georg: Deutschland-Chronik. 1945 bis 2000, überarbeitete und aktualisierte Auflage, Bonn: 2000, S. 313-314; 320; 325; 346-347; Elze, Reinhard; Repgen, Konrad: Studienbuch Geschichte. Eine europäische Weltgeschichte. Band 2: Frühe Neuzeit. 19. und 20. Jahrhundert, 5. unveränderte Auflage, Stuttgart: 1999, S. 705-707; 716; 717; Hosking, Geoffrey: Sowjetunion. Eine Weltmacht am Scheideweg, Bonn, Berlin, Bouvier: 1991, S. 157

denn er sprach offen die Vermutung aus, dass das Staatsoberhaupt von den illegalen Finanztransaktionen mehr gewusst habe, als er zugegeben habe. Darüber hinaus wurde dem amerikanischen Präsidenten der Vorwurf gemacht, nicht von Anfang an auf umfassender Information in der Angelegenheit bestanden zu haben. Die Republikanischen Kommissionsmitglieder versuchten Reagan zu schützen und verweigerten ihre Unterschrift unter den Bericht, doch dies konnte nicht verhindern, dass die persönliche Glaubwürdigkeit des Präsidenten erschüttert war. Während Washington ganz im Zeichen des Iran- «Contras»-Skandal stand, musste Bundeskanzler Kohl am 25. Januar 1987 bei der 11. Bundestagswahl eine herbe Niederlage seiner Partei in Kauf nehmen, die mit 44,3% ihre schlechtestes Wahlergebnis seit 1949 hinnehmen musste. Aber auch die SPD mit ihrem Spitzenkandidaten Johannes Rau konnte bei den Wählern nicht punkten und fiel im Vergleich zur vorangegangenen Wahl von 38,2% auf 37%. Gewinner der Wahl waren die beiden kleinen Parteien, also die FDP, die von 7% auf 9,1% zulegen konnte, sowie die Grünen die nicht mehr nur 5,6%, sondern 8,3% der Wähler hinter sich wussten. Entgegen dieses Trends gelang es der CDU allerdings die 42-jährige SPD-Herrschaft in Hessen zu beenden, die zuletzt zusammen mit den bundesweit erstmals beteiligten Grünen regiert hatte und die nach der Entlassung des von diesen gestellten Umweltministers, Joschka Fischer, ihren Koalitionspartner verlor. Am 13. September 1987 am Vorabend der Landtagswahlen in Schleswig-Holstein berichtete der Spiegel, dass Medieinreferent Reiner Pfeiffer im Auftrag des CDU-Ministerpräsidenten Uwe Barschel den SPD-Oppositionsführer Björn Engholm der Steuerhinterziehung verdächtigt, sein Privatleben bespitzelt, im Homosexualität unterstellt und eine Abhöraffaire vorgetäuscht hätte. Barschel versicherte zwar in einer Pressekonferenz die Unrichtigkeit der Vorwürfe, übernahm aber –als Täter offensichtlich entlarvt - am 25. September 1987 die politische Verantwortung und trat am 2. Oktober 1987 als Ministerpräsident zurück. Neun Tage später wurde Barschel in einem Genfer Hotel unter nicht geklärten Umständen tot in seinem Zimmer aufgefunden. Die Affäre stürzte die CDU in eine tiefe Krise und erschütterte die Glaubwürdigkeit der Politiker im Allgemeinen. In der DDR ging unterdessen die Destabilisierung des Regimes weiter, als die Volkspolizei am 6. Juni 1987 gegen Jugendliche einschritt, die vom Brandenburger Tor aus Rockkonzerte vor dem Reichstag in West-Berlin mithören wollten; dabei konnte sie nachfolgende Demonstrationen trotz Repressalien nicht verhindern. Da die Sicherheitskräfte im Rahmen ihres Vorgehens auch westliche Journalisten tätlich angriffen, bewerteten diese am 7. Juli 1987 deren Handeln als Verstoß gegen die Schlussakte von Helsinki. Eine gewissen Unterstützung in ihren Bestrebungen erhielten die DDR-Bürger am 12. Juni 1987 durch den amerikanischen Präsidenten, der anlässlich des 750-jährigen Stadtjubiläums nach Berlin gekommen war und im Rahmen seines dortiges Besuches Gorbatschow aufforderte, die Mauern niederzureißen. Die BRD beschleunigte den Niedergang der DDR noch zusätzlich, indem sie am 26. August 1987 auf eine Modernisierung ihrer im US-Besitz befindlichen mit Atomsprenköpfen bestückten Pershing-Ia-Raketen verzichtete und damit zu einem erfolgreichen Abschluss der bevorstehenden INF-Verhandlungen in Washington beitrug, denn Moskau hatte die Einbeziehung dieser 72 deutschen Raketen gefordert. Da Gorbatschow darüber hinaus auf die gescheiterten Verhandlungen von Reykjavik nicht lediglich mit Polemik reagierte, sondern in Reden und Gesprächen neue Vorschläge unterbreitete, konnte am 8. Dezember 1987 das Abkommen erfolgreich verwirklicht werden und beinhaltete die sogenannte Doppelte-Null-Lösung. Sie war einzigartig in der bisherigen Geschichte des Kalten Krieges, denn es wurde nicht mehr wie bisher eine Obergrenze für bestimmte Waffen vorgeschrieben, sondern alle in Europa stationierten landgestützten amerikanischen und sowjetischen Mittelstreckenraketen bzw. Flugkörper kürzerer und längerer Reichweite waren zu registrieren und innerhalb von drei Jahren abzubauen und zu vernichten. Die tatsächliche Realisierung dieser Maßnahmen sollte hierbei von den Vertragspartnern auf de-

ren jeweiligen Territorien durchgeführt werden, was wie der sowjetische Außenminister Schewardnadse feststellte, einen gigantischen Sprung des menschlichen Denkens von traditionellen Vorstellungen über die nationale Sicherheit darstellte.<sup>302</sup>

In der Sowjetunion selbst hatte Gorbatschow zwischenzeitlich heftig mit den informellen Gruppen zu kämpfen, die nachdem ihre sozialen Engagements von Regierungsseite eher behindert und nicht unterstützt wurden, sich nun mit ihren bitteren Erfahrungen schriftlich in der Form des Samizdat an eine breitere Öffentlichkeit zu wenden begannen, die sie zunächst nicht gesucht hatten. Vorfälle wie in Leningrad 1987, wo die Regierung entgegen der heftigen Proteste des Dichterkлубs 81 das architektonisch wertvolle Hotel Angletterre abreißen ließ, in dem sich auch noch der berühmte russische Dichter Esenin 1925 das Leben genommen hatte, trieben diese Kreise noch zusätzlich in die Öffentlichkeit. Die Schriftsteller, die der junge sowjetische Parteichef um Unterstützung gebeten hatte, hatten zudem begonnen die russische Geschichte und hier v.a. die Verbrechen unter Stalin schriftlich aber auch in Filmen aufzuarbeiten. Hinzu kam, dass die Legalisierung der Privatwirtschaft im Juli 1987 sowie das Inkrafttreten des Unternehmensgesetzes am 1. Januar 1988, das den einzelnen Betrieben die volle ökonomische Verantwortung auferlegte, die Gesamtlage der sowjetischen Wirtschaft bisher nicht hatte verbessern können, was nicht zuletzt daran lag, dass Gorbatschow zwar einige Ministerien auflöste, aber gleichzeitig Superbehörden schuf, die ganze Wirtschaftszweige, etwa den Maschinenbau oder die Energie- und Landwirtschaft leiten sollten. Ausschlaggebend waren aber die tatsächlichen Schwierigkeiten, auf die die Firmen stießen: So fanden es die Unternehmen, die sich selbst finanzieren mussten, praktisch keine Ahnung vom Aufbau von Lieferanten und Kundenstrukturen hatten und bei Rohstoffen, Ersatzteilen und Treibstoff vom Staat abhängig waren, am einfachsten, weiterhin lediglich die vorgegebenen Produktionsziele zu erfüllen, die jetzt unter dem Namen «staatliche Aufträge» liefen. So hatte ein steigendes Gesamtwachstum nicht den Effekt, dass Waren produziert wurden, die die Menschen gebrauchen konnten, vielmehr verschärften sich die Engpässe, weil die Selbständigkeit der Unternehmen geschwächt und damit das Wirken des Marktes vereitelt wurde. Hinzu kam, dass auch die Legalisierung der Genossenschaften im Mai 1988 die von der Bevölkerung als notwendig betrachtete Lebensqualitätssteigerung, v.a. im Bereich der Lebensmittelproduktion nicht leisten konnte, weil sie aus dem staatlichen Bereich abgezweigte Waren stark überteuert verkauften, dadurch die Engpässe zusätzlich verschärften und so bei der Bevölkerung in Misskredit gerieten. Sie konnten aber kaum anders handeln, da sie als Fremdkörper in einer rein staatlich geführten Wirtschaft auf ihnen nicht zugängliche, staatliche Kredite, Räumlichkeiten und Bezugsquellen angewiesen waren, aufgrund ihrer vorangegangenen Schwarzmarktstätigkeit teilweise den Erpressungen von Schutzgeldbanden ausgesetzt und bei den Abgabenzahlungen, aber auch ihrer Existenz von der Willkür der Behörden abhängig waren. Diese schlechte wirtschaftliche Lage ließ die innenpolitische Position Gorbatschows denn auch immer schwächer werden und bereits im März 1988 wurde sein «linksliberaler Intelligenzlersozialismus» in einem führenden Blatt heftig angegriffen. Noch konnte sich der junge Generalsekretär gegen die sich bildenden Strömungen durchsetzen und so beschloss die Parteikonferenz der KPdSU im März 1988, den Obersten Sowjet ständig und nicht nur zweimal im Jahr zu einer kurzen Versammlung zusammenkommen zu lassen und stellte ihm zugleich einen Kongress der Volksdeputierten zur Seite, der demokratisch gewählt werden sollte. In der Folge bildeten sich neue Koalitionen und die Föderation sozialistischer Klubs (FSOK) versuchte eine Volksfront zur Unterstützung von Gorbatschow sowie seiner Perestroika zu mobilisieren In den freien Wahlen zu diesem Kon-

---

<sup>302</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Guggisberg, Hans R.: Geschichte der USA, vierte, erweiterte und aktualisierte Auflage, Stuttgart: 2002, S. 323-325; Lehmann, Hans-Georg: Deutschland-Chronik. 1945 bis 2000, überarbeitete und aktualisierte Auflage, Bonn: 2000, S. 314-316; 320: 330

gress gaben die Wähler dann ihre Stimme aber oftmals nicht den hohen Parteifunktionären, sondern bislang unbekanntem Personen, doch dies wog zunächst nicht so schwer, da nur Angehörige der Partei zur Wahl standen. 90% der Stimmen erhielt im Rahmen dieser Wahl der frühere Parteichef von Moskau, Boris Jelzin, der im Wahlkampf die Privilegien der Parteienhierarchie beanstandet und öffentlich über die Einführung eines Mehrparteiensystems diskutiert hatte. Eine sich nur wenige Monate nach der Wahl um Jelzin bildende «interregionale Parlamentariergruppe» forderte in ihrem Aktionsprogramm die «repräsentative Demokratie», eine Dezentralisierung der Wirtschaft sowie soziale Sicherheit. In den baltischen Republiken verband sich der Wille zur Fortsetzung der von Gorbatschow eingeleiteten Reformen mit dem Wunsch nach mehr Unabhängigkeit, der v.a. unter Stalin stark unterdrückt worden, doch nie ganz verschwunden war, weil Lenin zur Ausweitung der kommunistischen Macht glaubte, die Bildungs- und Moralkultur der verschiedenartigen Bürger seines Landes heben zu müssen, doch er bot den Unterricht in den jeweiligen Landessprachen an und festigte damit die unterschiedlichen Kulturen des alten Zarenreiches. Von Oktober 1988 an begannen verschiedenartige Gruppen und Bewegungen in diesen Sowjetrepubliken sich zu «Volksfronten» zusammenzuschließen, die zunächst lediglich mehr Eigenständigkeit im sowjetischen Staatsverbund und Anerkennung ihrer Landessprachen forderten, aber sehr schnell dazu übergingen, ihre vollständige staatliche Unabhängigkeit sowie eigenes Militär zu verlangen. Schlagzeilen macht hier v.a. die Forderung der Armenier nach Angliederung der Autonomen Region Berg-Karabach, in der sich ein für dieses alte christliche Volk geschichtlich bedeutsames Kloster befand, das samt der Region 1921 Aserbeidschan zugeschlagen worden war und diese Russland nahestehende Bevölkerungsgruppe schwer getroffen hatte. Gorbatschow schritt sehr zögerlich gegen diese Entwicklungen militärisch ein und verlor hierdurch in der Bevölkerung weiter an Ansehen. International gewannen seine Abrüstungsvorschläge 1988 aber immer mehr an Glaubwürdigkeit, weil er das sowjetische Afghanistan-Abenteuer beendete und die Truppen von dort abzog, was die START-Verhandlungen in Genf ihrem Erfolg immer näher brachte. Der immer mehr an Macht verlierende Kommunismus und die gesamte innere Schwäche der Sowjetunion blieben andererseits aber nicht ohne Auswirkungen auf die anderen Staaten des Warschauer Paktes: In Polen war das Jahr 1988 durch eine ganze Serie von wilden Streiks gekennzeichnet, so dass die Regierung die Solidarnosz nicht mehr länger ignorieren konnte. Der polnische Innenminister konnte den Gewerkschaftsführer Lech Walesa hierbei davon überzeugen, die Arbeiter zur Aufgabe der Streiks aufzufordern, aber dieser konnte im Gegenzug erreichen, dass er der Zusammenführung der wichtigsten gesellschaftlichen Kräfte an einem runden Tisch zustimmte, womit die kommunistische Partei ihren Monopolanspruch faktisch preisgab und Walesa die Gründung eines «Bürgerkomitees» erlaubte. In Ungarn versuchte sich die kommunistische Partei, die mit ihrer Wirtschaftspolitik der Bevölkerung einen vergleichsweise hohen Lebensstandard bieten können, erst gar nicht dem inneren Drängen nach Reformen zu widersetzen und so trat der kommunistische Staatschef János Kádár bereits im Mai 1988 zurück. Im Herbst desselben Jahres bildeten sich bereits neue Parteien, die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sowie das Streikrecht wurden garantiert, die Kommunistische Partei Ungarns verzichtete auf ihren Führungsanspruch und ließ die öffentliche Diskussion über die Niederschlagung des Aufstandes von 1956 zu. Eine besondere Entwicklung bahnte sich in Jugoslawien an, das ein künstliches Geschöpf Titos war und nach dessen Tod im Jahre 1980 zusehends an Stabilität verlor, u.a. auch wegen der verfehlten Wirtschaftspolitik, die Fabriken und staatlich kontrollierte Finanzinstitute von jeglicher Aufsicht befreite und dadurch die Inflation anheizte, was schließlich in eine Hyperinflation überging, weil die Notenbank das Staatsdefizit einfach finanzierte. Für die Bürger bedeutete dies, dass die Preise im Jahr 1987 um 120%, im Jahr 1988 um 195% und im Jahr 1999 um 1240% anstiegen. Die Instabilität

wurde aber auch durch die nationalistische Radikalisierung vorangetrieben, die von so bedeutenden Persönlichkeiten wie Slobodan Milošević, der Sekretär der kommunistischen Partei Serbiens war, geschürt wurden. So sagte er im April 1987 den Serben im Kosovo, dass niemand die Hand gegen sie erheben dürfe. In der Tschechoslowakei kam es in der Folge der Entwicklungen in der UdSSR im Jahre 1988 ebenfalls zu Unruhen, als am Jahrestag des Einmarsches der sowjetischen Truppen Protestkundgebungen abgehalten wurden und Bürgerrechtsgruppen entstanden, von denen sich zwölf im folgenden Jahr zum Bürgerrechtsforum zusammenschlossen, doch die Regierung tat nichts um mit dem allgemeinen Reformprozess im Ostblock Schritt zu halten. Ähnlich reformunwillig zeigte sich in diesem Jahr 1988 auch noch die ostdeutsche Regierung. Hier hatten die Kirchen über Jahrzehnte hinweg versucht, ihre Loyalität gegenüber dem Sozialismus mit der Wahrung ihres kirchlichen Auftrags zu vereinen, doch einzelne Pfarrer waren weiter gegangen und öffneten ihre Gemeinden den um Frieden und Umwelt besorgten Gruppen in der Bevölkerung und nachdem im November 1987 die Räume der evangelischen Zionsgemeinde in Berlin durchsucht worden waren, wurden im Januar 1988 ca. 120 Angehörige von Friedens-, Umwelt- und Bürgerrechtsgruppen verhaftet. Der Unmut gegen diese Maßnahmen wuchs sich allerdings in der Bevölkerung nicht zu offenem Unmut aus und so verharrte die Regierung auch weiterhin auf ihrem Kurs. Während die BRD unterdessen unter ihren Verbündeten immer mehr Ansehen genoss und am 1. Juli 1988 zum ersten Mal ein Deutscher zum NATO-Generalsekretär gewählt wurde, nämlich der deutsche Verteidigungsminister und CDU-Politiker Manfred Wörner, hatte die «Waterkante-Affäre» der CDU bei den am 8. Mai 1988 erneut stattfindenden Landtagswahlen in Schleswig-Holstein enorm geschadet: Die SPD erzielte im nördlichsten Bundesland mit 54,8% ihr bisher bestes Ergebnis bei Landtagswahlen in der BRD und ihr Kandidat Björn Engholm wurde neuer Ministerpräsident. Die CDU fiel von 42,6% auf 33,3% zurück und die FDP schied mit 4,4% völlig aus dem schleswig-holsteinischen Landtag aus. Gegenüber diesen ganzen Entwicklungen im Ostblock verhielt sich die US-Regierung sehr zurückhaltend, während ihr Verhältnis zum Iran zunehmend schlechter wurde, insbesondere als ein iranisches Passagierflugzeug durch die Geschütze des amerikanischen Kreuzers «Vincennes» über der Straße von Hormuz abgeschossen worden war und alle 290 Passagiere ums Leben kamen. Washington entschuldigte den Vorfall damit, dass man auf dem mit modernster Technik ausgestatteten Kriegsschiff geglaubt hatte, von einem iranischen Kampfflugzeug angegriffen zu werden.<sup>303</sup>

Im Januar 1989 stürzte über der schottischen Ortschaft Lockerbie durch ein Bombenattentat ein amerikanisches Passagierflugzeug mit 300 Menschen an Bord ab, ohne dass es Überlebende gegeben hatte. Hinter dem Attentat wurden libysche Terroristen vermutet und noch im gleichen Monat spitzten sich die libysch-amerikanischen Beziehungen noch zusätzlich zu, als vor dem Hintergrund einer Kontroverse um den Bau einer Chemiewaffenfabrik in Libyen zwei libysche Mig 23-Jäger von amerikanischen Kampfflugzeugen abgeschossen wurden. Im Ostblock gingen im Jahr 1989 die Auflösungstendenzen in ihre entscheidende Phase: In Polen bekannte sich das im Januar 1989 tagende Plenum des Zentralkomitees der dortigen kommunistischen Partei KPP zur Möglichkeit des gewerkschaftlichen und politischen Pluralismus und in der Folge entstanden Parteien, der «Runde Tisch» ent-

---

<sup>303</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Elze, Reinhard; Repgen, Konrad: Studienbuch Geschichte. Eine europäische Weltgeschichte. Band 2: Frühe Neuzeit. 19. und 20. Jahrhundert, 5. unveränderte Auflage, Stuttgart: 1999, S. 709-716; Lehmann, Hans-Georg: Deutschland-Chronik. 1945 bis 2000, überarbeitete und aktualisierte Auflage, Bonn: 2000, S. 331; Guggisberg, Hans R.: Geschichte der USA, vierte, erweiterte und aktualisierte Auflage, Stuttgart: 2002, S. 330; zur gesellschaftlichen Situation in der Sowjetunion: Hosking, Geoffrey: Sowjetunion. Eine Weltmacht am Scheideweg, Bonn, Berlin, Bouvier: 1991, S. 75-89; 93; 97; 156-159; 163-168; James, Harold: Geschichte Europas im 20. Jahrhundert. Fall und Aufstieg 1914-2001, München: 2004, S. 455-456

warf soziale und wirtschaftliche Reformen, in den Parlamentswahlen vom 4. Juni 1989 siegte das von Walesa gegründete Bürgerkomitee und Ministerpräsident wurde das Solidarnosz-Mitglied Tadeusz Mazowiecki. Eineinhalb Jahre später, am 9. Dezember 1990, übernahm schließlich der entscheidend an der ganzen Entwicklung beteiligte Elektriker Lech Walesa das Amt des polnischen Staatspräsidenten. Was Ungarn betraf, so war es im Jahre 1989 formell noch ein kommunistisch regiertes Land, aber am Jahrestag der Hinrichtung von Imre Nagy, der Ministerpräsident des aufständischen Ungarns im Jahre 1956 gewesen war, wurde dieser am 16. Juni 1989 in großer Zeremonie geehrt und die Opfer des Aufstandes rehabilitiert. In Jugoslawien, das schon seit langem einen nicht-sowjetischen Marxismus betrieb, ging unterdessen der Zerfallsprozess weiter, denn in Slowenien hatte die Slowenische Liga der Sozialdemokraten begonnen, den Machtanspruch der dortigen Kommunisten in Frage zu stellen und blieb bei ihrer Forderung, obwohl die kommunistische Partei unter dem Eindruck der Umwälzungen in Osteuropa bereit war, ihr Machtmonopol aufzugeben. Auch der nationalistische Ton verschärfte sich: so erklärte Milošević am 28. Juni 1989 bei einer Ansprache auf dem Amselfeld, dass bewaffnete Streitigkeiten innerhalb Jugoslawiens nicht mehr auszuschließen seien. Kurz nach den 1989-Ereignissen in Polen und Ungarn gab Gorbatschow auf einem Treffen der Staats- und Parteichefs aus den Staaten des Warschauer Paktes die Breschnew-Doktrin auf und gestand jedem Land das Recht auf seinen eigenen politischen Weg zu. Er erweiterte im September 1989 aber auch auf internationaler Ebene die sowjetischen Zugeständnisse, indem er auf die bisherige Forderung seines Landes verzichtete, die USA müssten ihr SDI-Programm aufgeben, wenn sie ein neues Abkommen über Interkontinentalraketen haben wollten. Im November 1989 kam es nach der Aufgabe der Breschnew-Doktrin in der Tschechoslowakei ebenfalls zu Massendemonstrationen, die die kommunistische Regierung zum Rücktritt zwangen und ein Generalstreik bewirkte, dass das verfassungsmäßig garantierte Recht der kommunistischen Partei auf Führung im Lande getilgt wurde. In der Folge wurde eine von Kommunisten freie Regierung gebildet, in der Alexander Dubček, der Mann des Prager Frühlings, Präsident des Parlaments und Václav Havel Staatspräsident wurde. Eine der ersten Handlungen der neuen Regierung war es den sowjetischen Einmarsch von 1968 zu verurteilen. Die völlige Unabhängigkeit der Tschechoslowakei wurde noch in den ersten Monaten des Jahres 1990 erreicht, als die sowjetischen Truppen das Land verließen und in ihre Heimat zurückkehrten. In Rumänien schien sich dagegen das ein gewisses Maß an Unabhängigkeit von der Sowjetunion genießende Regime Ceauşescus an der Macht halten zu können, obwohl dessen Plan die Hälfte der Bevölkerung aller Dörfer in neu zu errichtende Städte umzusiedeln zu drastischen Einschränkungen im Energieverbrauch und in der Grundversorgung geführt hatten und mit der Unterdrückung von oppositionellen Bewegungen aber auch nationalen Minderheiten verbunden waren, deren Unterlassung von der Parlamentarischen Versammlung des Europarates gefordert wurde. In dieser Zeit bildeten sich Pläne zum Sturz von Ceauşescu, doch erst im Dezember 1989 als die rumänische Geheimpolizei «Securitate» in Temesvar einen reformierten Pfarrer verhaften wollte, der für die Rechte der ungarischen Minderheit eingetreten war, verhinderten Demonstranten seine Abführung und es kam zum offenen Aufstand, den die Polizei nur abriegeln, aber nicht beenden konnte. Ceauşescu versuchte wenige Tage darauf den Sozialismus in einer öffentlichen Rede zu verteidigen, aber er wurde von Demonstranten unterbrochen, womit Streik und Aufstand ausbrachen, denen sich die Armee sehr schnell anschloss, während sich gleichzeitig eine «Front zur Nationalen Rettung» als demokratische Alternative zur bestehenden kommunistischen Partei anbot. Einzig die Geheimpolizei stützte noch den Diktator, doch nach der Verhaftung und Hinrichtung von Ceauşescu und seiner Frau, konnte auch sie die Wende nicht mehr verhindern und so wurde in den Parlamentswahlen des Jahres 1990 die «Front zur nationalen Rettung» Regierungspartei. In Slowenien erlitten die



Kommunisten, obwohl sie sich vom Bund der Kommunisten Jugoslawiens losgesagt hatten, bei den Wahlen im April 1990 eine herbe Niederlage und eine Volksabstimmung im Dezember 1990 ließ 88,5% der Wähler für ein unabhängiges Slowenien stimmen. Was nun die DDR betraf, so war der Unmut in der Bevölkerung angesichts der Durchsuchungen und Verhaftungen zwar angewachsen, aber die Wut kam erst dann zum Ausbruch als die Bürgerrechtsgruppen feststellen mussten, dass die Kommunalwahlen vom Mai 1989, die vom Regime als Votum für den Sozialismus dargestellt worden waren, im großen Umfang gefälscht worden waren. Als die Regierung trotz massiver Kritik keine Reformbemühungen wie in der UdSSR, Polen und Ungarn unternahm, nutzten viele die sommerliche Reisezeit und flohen zu Tausenden in die bundesdeutschen Botschaften in Budapest, Prag und Warschau, um so ihre Ausreise nach Westdeutschland zu erzwingen. Zwar war die ungarische Grenze bereits seit dem 27. Juni 1989 durchlässig, aber am 11. September 1989 brach die ungarische Regierung ihre vertraglichen Verpflichtungen aus dem Jahre 1969 gegenüber der DDR und ließ 15.000 Menschen visafrei nach Österreich ausreisen, woraufhin die Bundesregierung nach kurzen Verhandlungen am 30. September 1989 auch die Ausreise der Prager und Warschauer Botschaftsflüchtlinge in den Westen erreichen konnte. Dies rief die Opposition innerhalb der DDR auf den Plan, die sich seit dem 4. September 1989 in der Leipziger Nikolai-Kirche jeden Montag zum Gebet versammelte und anschließend öffentlich für Reformen demonstrierte. Es gelang ihr im Verlaufe der weiteren Entwicklung nicht nur sich von ihren kirchlichen Wurzeln abzulösen und die unabhängigen Oppositionsgruppen «Neues Forum», «Demokratie jetzt» und «Demokratischer Aufbruch» zu gründen, ohne dass polizeiliche Verbote dies verhindern konnten, sondern sie erhielt auch immer mehr Zulauf aus der Bevölkerung und so konnte sie am 9. Oktober 1989 auf einer friedlichen Kundgebung bereits 70.000 Menschen mobilisieren, auf der Geistliche, Oppositionelle, aber auch Funktionäre der SED die Partei zum offenen Dialog aufforderten. Für eben diesen Kundgebungstag schien die Niederschlagung der Oppositionsbewegung kurz bevor zu stehen, aber die Tatsache, dass die Sowjetunion das reformunwillige System nicht mit militärischer Gewalt unterstützen wollte, führte dazu, dass dieses Vorhaben von der Regierung nicht durchgeführt wurde. Am 18. Oktober 1989 wurde Erich Honecker durch Egon Krenz ersetzt und dieser Regierungswechsel zeigte sich sehr deutlich dadurch, dass die nächste am 4. November 1989 auf dem Berliner Alexanderplatz stattfindende Demonstration öffentlich genehmigt war. An ihr nahmen ca. 600.000 Menschen teil, und Schriftsteller wie Christa Wolf oder Stefan Heym hatten hier die Gelegenheit öffentlich freie Wahlen und Demokratie einzufordern. Aber auch auf dieser Demonstration waren wieder Repräsentanten des Systems zu Wort gekommen, die nun ihre Reformbereitschaft zu erkennen gaben, allerdings von der Menge bei ihren Reden ausgepöffelt wurden. Schien zu diesem Zeitpunkt noch eine eigene Existenz der DDR neben der BRD möglich, so änderte sich dies, als die Regierung nach dem Rücktritt des Politbüros der SED am 8. November 1989 am 9. November 1989 völlig unerwartet am Ende einer Pressekonferenz erklärte, Reisen nach Westberlin und in die Bundesrepublik könnten ohne Vorliegen von Voraussetzungen beantragt werden, woraufhin die Ostberliner Bevölkerung zu den Kontrollstellen eilte, um dort zu prüfen, ob eine solche Ausreise tatsächlich ohne weitere Bedingungen möglich war. Zunächst ließen die Grenzbeamten gemäß ihren Weisungen nur DDR-Bürger mit Ausweispapieren ausreisen, die sie allerdings entwerteten, doch als der Ansturm immer größer wurde, verzichteten sie schließlich auf jegliche Formalitäten. Diese Entwicklung führte dazu, dass noch in der Nacht zum 10. November 1989 die Grenzübergänge geöffnet wurden, so dass in den folgenden Tagen ca. drei Millionen DDR-Bürger die neue Reisefreiheit für einen Besuch im Westens nutzten, so dass sich die Ziele der Oppositionsbewegung unter diesen neuen Eindrücken änderten. Hatte diese zunächst nur auf die Reform des Regimes gesetzt, so wurde nun aus der Parole «Wir sind das Volk» «Wir

sind ein Volk», was zu einer erneuten Umbildung innerhalb der Volkskammer der SED führte. Der bei dieser Umbildung am 13. November 1989 ins Ministerpräsidentenamt gelangte Hans Modrow wollte die sich in der DDR immer stärker werdenden Strömungen ignorieren, sein Land als souveränen Staat erhalten und strebte unter dem Eindruck des Reformdrucks mit der BRD lediglich eine Vertragsgemeinschaft an. Unterstützung für sein Anliegen erhielt er hierbei am 28. November 1989, als zahlreiche Intellektuelle, unter ihnen auch Stefan Heym, den Aufruf «Für unser Land» veröffentlichten, doch Bundeskanzler Kohl legte am gleichen Tag ein Zehn-Punkte-Programm vor, dass ein vereinigt, föderalistisches Deutschland zum Ziel hatte. Damit stand die Frage der deutschen Wiedervereinigung erneut im Zentrum der Weltpolitik und die europäischen Nachbarn sowie die Verbündeten der Bundesrepublik standen einem solchen Schritt skeptisch gegenüber, doch Kohl machte von Anfang an deutlich, dass die Wiedervereinigung unter keinem zeitlichen Druck stehe. Volle Unterstützung für sein Ziel erhielt der deutsche Kanzler dagegen von dem seit Januar 1989 amtierenden amerikanischen Präsidenten, dem Republikaner George Bush. Er hatte Kohl schon früh zu verstehen gegeben, dass er als Ergebnis der Veränderungen in der DDR die Wiedervereinigung Deutschlands erwarte und sicherte dem deutschen Regierungschef bei dessen Besuch in Washington im Februar 1990 seine Unterstützung zu, wobei er allerdings Wert darauf legte, dass ein wiedervereinigtes Deutschland Teil der NATO sein müsse, was allerdings die Bedenken Moskaus gegen einen solchen Schritt verstärkte, da der Warschauer Pakt und die Comecon angesichts der Veränderungen in Ostmitteleuropa an den Rand des Zusammenbruchs geraten waren. Im Dezember 1989 setzte sich der Machtverfall der SED weiter fort: Zunächst strich die Volkskammer am 1. Dezember 1989 den Führungsanspruch der SED aus der Verfassung, während das Zentralkomitee der SED selbst Honecker aus der Partei ausschloss, woraufhin er selbst aber auch das gesamte Politbüro der SED mit Egon Krenz als Generalsekretär zurücktraten. Der am 7. Dezember 1989 nach polnischen Vorbild gegründete «Runde Tisch», einigte sich auf freie Wahlen für den 6. Mai 1990, die die Volkskammer auf Initiative des Runden Tisches am 29. Januar 1990 dann aber auf den 18. März 1990 vorverlegte. Inzwischen kämpfte die SED um ihr Überleben und beschloss daher auf dem außerordentlichen Parteitag der SED, dem bisherigen Parteinamen den Zusatz «Partei des Demokratischen Sozialismus» hinzuzufügen, sich also SED-PDS zu nennen, nachdem ihr langjähriger Parteivorsitzender Erich Honecker nach seiner Entlassung aus der Berliner Charité am 29. Januar 1990 verhaftet, aber tags darauf wegen Haftunfähigkeit wieder entlassen worden war. Die Massen wurden allerdings immer unruhiger, weil die beschlossene Auflösung des Staatssicherheitsdienstes immer noch nicht umgesetzt worden war und obwohl der Runde Tisch am 15. Januar über das Thema diskutierte, hielten sich die Massen nicht mehr zurück und stürmten an diesem Tag die Zentrale des Staatssicherheitsdienstes in Berlin. Doch auch die wirtschaftliche Lage der DDR wurde immer prekärer, denn die Planwirtschaft stand kurz vor dem Kollaps, so dass die Regierung Modrow sich dazu entschloss, die volle Gewerbefreiheit einzuführen. All diesen für eine Zukunft der DDR widrigen Entwicklungen zum Trotz versuchte Modrow im Februar 1990 die DDR zu festigen, indem er die Regierung umbildete und Vertreter der oppositionellen Gruppen zu Ministern ohne Geschäftsbereich machte und Bundeskanzler Kohl um eine einmalige Spende für sein Land in Höhe von 15 Milliarden DM bat, doch die Regierungsumbildung konnte die Stimmung im Land nicht mehr für die DDR gewinnen und der gewünschte Kredit wurde von der BRD ebenfalls nicht mehr gewährt. Doch im Verlauf des Februar 1990 formierten sich für die Wahlen im März bereits zahlreiche Parteien: die CDU und die CSU im Wahlbündnis «Allianz für Deutschland», die sich nicht nur die Pressefreiheit sowie die Wiedererrichtung der Länder zum Ziel gesetzt hatte, sondern v. a. die deutsche Einheit, der die Wirtschafts- und Währungsunion vorausgehen sollte; die oppositionellen Bürgerrechtsbewegungen Neues Forum, Demokratie

jetzt sowie Initiative Frieden und Menschenrechte im Bündnis 90, das für eine stufenweise und vorsichtige Annäherung der beiden deutschen Staaten eintrat; ein Ableger des Neuen Forums konstituierte sich als die Deutsche Forumspartei; die drei liberalen Parteien LDP, FDP und die Deutsche Forumspartei vereinigten sich im Bund Freier Demokraten, der sich die deutsche Einheit und die soziale und ökologische Marktwirtschaft auf der Basis des Privateigentums zum Ziel gesetzt hatte; schließlich noch die Grüne Partei und der Unabhängige Frauenverband, die mit ihrem Wahlbündnis die Gleichberechtigung der Geschlechter, soziale Bestandsgarantien und Sicherheiten sowie die deutsche Vereinigung als schrittweisen Reformprozess anstrebten. Noch bevor die Wahlen am 18. März 1990 stattfanden, verabschiedete die alte Volkskammer der DDR eine «Sozialcharta», in der sie festlegte, welche Rechte den DDR-Bürgern auch nach einer Wiedervereinigung noch verbleiben sollten. Vier Tage vor dem Wahltermin wurde erstmals ein Massengrab mit Opfern der sowjetischen Geheimpolizei NKWD nahe der Bezirksstadt Neubrandenburg entdeckt, weitere sollten später in Bautzen, Buchenwald, Frankfurt a. d. Oder, Hohenschönhausen, Sachsenhausen und Torgau gefunden werden. Als am 18. März 1990 der CDU-Politiker Lothar de Maizière die Führung der neu gewählten großen Koalition übernahm, erklärte die Regierung sehr schnell, dass die DDR der Bundesrepublik gemäß Art. 23 des Grundgesetzes beitreten werde. Als im Juni 1990 die ungarische Regierung andeutete, aus dem Warschauer Pakt austreten zu wollen, wuchsen allerdings die Bedenken der Sowjetunion gegen eine NATO-Zugehörigkeit Deutschlands, doch als im Rahmen des KSZE-Prozesses deutlich wurde, dass die Situation des Kontinents durch ein wiedervereinigtes Deutschland verbessert würde, weil ein die beiden Machtblöcke zusammenfassender Rahmen geschaffen werden konnte, so dass Gorbatschow nicht nur die Wiedervereinigung bejahte, sondern es dem zukünftigen deutschen Staat auch überließ, welchem Bündnis er sich zuwenden wollte. Inzwischen war auch die deutsche Einigung weiter fortgeschritten, denn seit dem 1. Juli 1990 war die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion verwirklicht worden, wodurch die DDR-Bürger nicht nur westliche Waren kaufen, sondern auch die volle Reisefreiheit erhielten, während der wirtschaftliche Handel Ostdeutschlands mit den währungsschwachen anderen Ostblockstaaten völlig zum Erliegen kam, weil denen die nun in D-Mark ausgestellten Rechnungen zu teuer waren und somit die Bestellungen ausblieben. Im Laufe des Sommers verzichtete der Kreml aber auch auf seine Forderung mit der BRD einen förmlichen Friedensvertrag schließen zu wollen und begnügte sich mit einem Vertrag der das deutsche Problem abschließend regelte und zwischen den vier Siegermächten sowie den beiden deutschen Staaten geschlossen werden sollte. Noch bevor dieser Vertrag, in dem sich die Bundesrepublik nicht nur zur UN-Charta und der Schlussakte von Helsinki bekannte, sondern insbesondere auch auf jegliche Gebietsansprüche sowie atomare, biologische und chemische Waffen verzichtete, am 12. September 1990 von den Vertragsparteien unterzeichnet wurde, unterschrieben Kohl und de Maizière am 31. August 1990 den Vertrag über den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik, der noch im September von den beiden deutschen Parlamenten ratifiziert wurde, wobei die SPD unter dem Einfluss ihres Kanzlerkandidaten Lafontaine in einer Entschließung den Staatsvertrag hart kritisierten. Am 3. Oktober 1990 war Deutschland wiedervereinigt, d.h. Berlin war nun nicht mehr in einen Ost- und Westteil aufgespalten und sollte die zukünftige Hauptstadt Deutschlands werden, die alten Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen waren wieder errichtet worden, und am 2. Dezember 1990 fanden die ersten gesamtdeutschen Wahlen statt, aus denen die Koalition aus CDU/CSU und FDP mit 54,8% als deutliche Gewinnerin gegenüber der SPD mit 33,5% hervorging. Bündnis 90/Grüne erreichten im Westen zwar nur 4,8% und im Osten 1,2%, könnten aber aufgrund der separaten Fünfprozentsperrklausel im geänderten Bundeswahlgesetz ebenso in den Bundestag einziehen wie die PDS mit ihren bundesweit lediglich 2,4%. Einen Tag zuvor

war gegen Erich Honnecker Haftbefehl erlassen worden, weil er nach neu entdeckten Akten offensichtlich persönlich für den Schießbefehl an der Berliner Mauer sowie der innerdeutschen Grenze verantwortlich war. Eine Verhaftung war aber nicht ohne weiteres möglich, denn das ehemalige Staatsoberhaupt der DDR befand sich in Beelitz in sowjetischer Obhut<sup>304</sup>

Die Jahre 1989 und 1990 brachten aber für den neuen amerikanischen Präsidenten George Bush trotz des Endes des Kalten Krieges noch eine Reihe außenpolitischer Schwierigkeiten mit sich: Nachdem der in Panama diktatorisch herrschende General Manuel Antonio Noriega im Dezember 1989 eine Kriegserklärung abgegeben hatte, war es zu einer markanten Zunahme der Spannungen zwischen dem mittelamerikanischen Land und den Vereinigten Staaten gekommen, die sich darin äußerte, dass die amerikanische Regierung sich zu einer Intervention in Panama City entschloss, um den wegen Drogenhandels in den Staaten gesuchten Noriega gefangen zu nehmen. Letztlich brachte diese militärische Aktion den USA allerdings nur heftige Kritik in Lateinamerika und auch im eigenen Land ein, denn selbst wenn man dem gewählten Präsidenten Guillermo Endara zur Macht hatte verhelfen können, so waren bei dem Einsatz 1500 Menschen, unter ihnen v.a. Zivilisten, ums Leben gekommen, ohne dass man Noriega hätte fassen können. Der entflohene General leistete vielmehr aus seinem Versteck erbitterten Widerstand und konnte erst nach seiner Flucht in die Botschaft des Vatikans und seiner freiwilligen Aufgabe nach Miami verbracht werden, wo er vom dortigen Gericht zu 40 Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Ins Zentrum des weltpolitischen Interesses geriet aber am 2. August 1990 der Irak, als dessen Diktator Saddam Hussein, der kuwaitische Erdölfelder sowie die Streichung seiner Schulden gegenüber dem Nachbarland gefordert hatte, seine durch die Sowjetunion, die USA, aber auch andere westliche Länder über Jahre aufgerüsteten Truppen im benachbarten Kuwait einmarschieren ließ. Der Emir und seine Regierung flohen ins Ausland und bereits am 6. August 1990 verhängte der UNO-Sicherheitsrat auf Inspiration der USA umfassende und bindende Wirtschaftssanktionen gegen den Irak, während gleichzeitig westliche Streitkräfte unter der Führung der Vereinigten Staaten an den Golf verbracht wurden. Um Angriffe gegen sein Land zu vermeiden, verbrachte der irakische Diktator westliche Geiseln an potentielle Ziele eines Angriffs auf den Irak und versuchte die gegen sein Land verhängte Blockade zu Land, zur See und in der Luft zu umgehen, doch dieses letztere Unterfangen blieb erfolglos zumal sich am 10. September 1990 auch die Sowjetunion auf einer Sondergipfelkonferenz in Helsinki hinter die Sanktionspolitik der UNO stellte, den von äußerst schweren Flüchtlingsproblemen betroffenen Anliegerstaaten Türkei, Jordanien und Ägypten durch Hilfsmaßnahmen geholfen wurde und Sonderabmachungen des Irak mit anderen islamischen Staaten verhindert werden konnten. Darüber hinaus wurde am 29. November 1990 vom Weltsicherheitsrat die Resolution 678 erlassen, die den Irak ultimativ zum Rückzug aufforderte und gleichzeitig den USA eine Führungsrolle bei den Abwehrmaßnahmen gegen den Irak zuerkannte, wobei sich 28 Staaten aus fünf Kontinenten bereiterklärten, ihre Truppen unter amerikanisches Oberkommando zu stellen, sofern die wirtschaftlichen Sanktionen keine Wirkung zeigen sollten. Unter dem Eindruck der Sanktionen reagierte Saddam Hussein auf die amerikanische Offerte zu Gesprächen über eine Lösung der Krise vor dem Ablauf der von der UNO gesetzten Frist und erklärte sich am 6. Dezember 1990 bereit bis Ende des Jahres alle ausländischen Geiseln freizulassen. Bereits in den folgenden Tagen kamen gruppenweise Bürger vornehmlich westlicher Staaten

---

<sup>304</sup> Elze, Reinhard; Repgen, Konrad: Studienbuch Geschichte. Eine europäische Weltgeschichte. Band 2: Frühe Neuzeit. 19. und 20. Jahrhundert, 5. unveränderte Auflage, Stuttgart: 1999, S. 709; 712-720; Lehmann, Hans-Georg: Deutschland-Chronik. 1945 bis 2000, überarbeitete und aktualisierte Auflage, Bonn: 2000, S. 359-360; 362-363; 366; 372; 374-379; 381-384; 387-391; 393; 397; 406; 415; 443-444; James, Harold: Geschichte Europas im 20. Jahrhundert. Fall und Aufstieg 1914-2001, München: 2004, S. 455-456

frei, doch die USA suchten dennoch nicht das Gespräch, vielmehr fuhren sie mit ihrer Truppenverstärkung in Saudiarabien fort. Es zeichnete sich damit am Ende des Jahres 1990 immer deutlicher ab, dass weder die UNO noch Amerika den Konflikt diplomatisch lösen wollten, was in Amerika, aber auch in Europa vielfältige Kritik hervorrief. Die Amerikaner, die nach dem Ende des iranisch-irakischen Krieges von 1988 den Diktator Saddam Hussein mit Waffen versorgt hatten, erkannten erst jetzt, dass dieser Mann das gesamte Gleichgewicht dieser Region bedrohte.<sup>305</sup>

## **b. Die Vergleichsliteratur in der Phase der erneuten Konfrontation**

### **aa. Platt, Gerald: Conditions for Collective Action: Material and Cultural Influences, 1984**

(Bedingungen für gemeinschaftliches Handeln: materielle und kulturelle Einflüsse)

Neuerdings, so stellt Gerald M. Platt in seinem Aufsatz «Conditions for Collective Action: Material and Cultural Influences» fest, sei viel über das Bedürfnis eines kulturellen Marxismus geschrieben worden, dessen Ziel die theoretische Vereinigung materialistischer und idealistischer Positionen sei - allerdings auf einem höchst abstrakten Niveau. In seiner Abhandlung möchte Platt ebenfalls eine solche Integration der beiden unterschiedlichen Haltungen versuchen, wobei er allerdings von zwei bestimmten Typen kulturellen und zwei bestimmten Typen materialistischer Bedingungen ausgeht und zu dem Schluss gelangt, dass ihre Vereinigung vier Typen von Antworten beim Gemeinschaftshandeln auslöse und dass sie nur nach persönlicher Erfahrung überhaupt Einfluss auf solch ein Handeln ausüben könnten.<sup>306</sup>

Die Studien, die sich mit Gemeinschaftshandeln bzw. Revolutionen beschäftigt hätten, seien zahlreich und wären von den Gesellschaftstheoretikern und -aktivisten ausgiebig diskutiert worden, doch will Platt weder den Stand der Debatte in ihren relevanten Punkten wiedergeben, noch möchte er sie entscheiden, sondern ihm ist daran gelegen, sich auf die neuesten Beiträge zu diesem Thema zu konzentrieren, die sich mit den kulturellen und materialistischen Ursprüngen von Revolutionen und Gemeinschaftshandeln befassen würden, wobei es zwei verschiedene Erklärungsansätze gebe: einerseits würden manche Wissenschaftler genetische Codes als Auslöser von revolutionären bzw. gemeinschaftlichem Handeln betrachten, die in gewissen Momenten die Oberhand über die Partikularinteressen des Einzelnen gewannen, das bedeute jedoch nichts anderes, als dass Menschen unbewusst auf symbolisch bedeutsame Ereignisse reagierten, gleichgültig was sie als Individuum bewusst sagen oder denken würden; andererseits würden als Ursache für solch eine menschliche Verhaltensweise auch objektive und subjektive Faktoren angenommen, wobei unter den Ersteren alle politischen, wirtschaftlichen und sozialen Umstände, in denen der Einzelne lebe, zu verstehen seien und unter den Zweiteren alle Faktoren, die aus der sozialen Stellung sowie der persönlichen Haltung der Person herrühren würden. Was die letztere Variante der Erklärungsversuche betreffe, so werde das Phänomen von den Gesellschafts-

---

<sup>305</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Guggisberg, Hans R.: Geschichte der USA, vierte, erweiterte und aktualisierte Auflage, Stuttgart: 2002, S. 330-331; Heideking, Jürgen: Geschichte der USA, dritte, überarbeitete und erweiterte Auflage, Tübingen: 2003, S. 466

<sup>306</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Platt, Gerald M.: Conditions for Collective Action: material and cultural influences, in: Research in Social Problems and Public Policy, Vol. 5, 1984, S. 91 -92

theoretikern durch ein Zusammenstoßen von objektiven mit subjektiven Faktoren erklärt, aber in der Theorie und nach dem generellen Empfinden des gesunden Menschenverstandes seien die objektiven Bedingungen nicht nur der Ursprung der revolutionären Aktivitäten, sondern gälten seit Marx darüber hinaus auch als wissenschaftlich, da sie eindeutig bestimmbar, mathematischen Verfahren, sowie statistischer Manipulation zugänglich seien. Doch auch wenn diese Unterscheidung zwischen objektiven und subjektiven Faktoren sinnvoll erscheine, so sei sie unrealistisch. Die Theoretiker dieser Richtung nähmen also eine «imperialistische» Haltung zu ihrem behandelten Gegenstand ein, was nichts anderes bedeute, als dass die Wissenschaftler ganz bestimmte vorgefasste Meinungen ihres speziellen wissenschaftlichen Zweiges einnahmen und dann das Tatsachenmaterial so analysierten, als ob nur sie die Fähigkeit hätten den revolutionären Prozess richtig zu deuten und andere Perspektiven zum Geschehen, nicht die Realität beschreiben würden. Mit anderen Worten könne man dies auch wie folgt ausdrücken: der Theoretiker lege bereits zuvor die Bedeutung und den Charakter objektiver Ereignisse und subjektiver Empfindungen fest, wobei diese rückblickenden Beurteilungen auf angenommenen Interessen, ideologischen und gefühlsmäßigen Bindungen und einer bestimmten Art von Moral beruhten. Dieses Vorgehen habe zur Folge, dass die wirkliche Komplexität revolutionärer Ereignisse bzw. gemeinschaftlichen Handelns immer unterschätzt werde und daher keine äquivalenten empirischen Beschreibungen gelängen - derselbe Grund, aus dem auch die auf dem genetischen Lösungsansatz beruhende Variante mit ihrem Erklärungsversuch scheitere. Dass diese Behauptung der Realität entspreche, möchte Gerald Platt anhand der Arbeiten von vier Autoren, nämlich von *Charles Tilly*, von *George Rude*, von *Edward Countryman* und von *Peter Shaw* darlegen, die revolutionäre Prozesse bzw. gemeinschaftliches Handeln von verschiedenen Standpunkten, Ideologien, Symbolen und Interessen beleuchten, doch mit ihren Erklärungsversuchen scheitern würden, weil ihre gefundenen Ergebnisse ihren daraus gefolgerten Schlüssen widersprächen.<sup>307</sup>

Zunächst sei es von entscheidendem Interesse den Weg der Annäherung der vier Autoren an revolutionäre Prozesse näher zu umreißen, nämlich ob sie sich dem Problem eher von der materialistischen oder von der kulturellen Seite annähern würden. Das Konzept von *Charles Tilly* stehe im Einklang mit der klassischen marxistischen Klassenkampftheorie und bestehe aus fünf Komponenten, die das Phänomen des gemeinschaftlichen Handelns beschrieben, wobei das Klasseninteresse die Basis aller revolutionären Prozesse darstelle, während die anderen Faktoren wie etwa die Organisation und die Mobilisierung, die wesentlich für die Entwicklung gemeinschaftlichen Handelns seien, die Ereignisse lediglich vorwärtstrieben. Tilly sei sich aber über das Dilemma bewusst, dass er eine Theorie formuliere, deren Gegenstand - nämlich die Bevölkerung - heterogen sei und versuche daher dieses zu berücksichtigen, indem er verschiedene Phasen des kollektiven Handelns formuliere: eine kurze, in der taktische Manöver, wie die Suche Verbündeter und die Ausschaltung des Militärs, durchgeführt würden; eine mittlere, in der streitende Splitterparteien sich zu effektiven Koalitionen zusammenschlössen; und schließlich eine lange, in der sich alle Voraussetzungen - nämlich Kapitalisierung und Proletarisierung - entwickeln und schließlich zum Sieg der Interessen der Arbeiterklasse führen würden. Tilly komme also zu dem Schluss, dass das Klasseninteresse den Ursprung jeglichen gemeinschaftlichen Handelns darstellt. Grundsätzlich spreche allerdings gegen diese Theorie, dass es bisher keine bekannte Revolution gebe, in der sich eine einzige soziale Klasse oder homogene Gruppe für dasselbe Ziel mit dem gleichen Bewusstsein engagiert hätte. Was die drei Entwicklungsphasen der Revolution betreffe, so lasse diese Argumentationskette einige Punkte offen bzw. setze sie stillschweigend voraus, ohne diese näher zu beweisen, denn Tilly gehe da-

---

<sup>307</sup> vgl. zu den gesamten Ausführungen dieses Absatzes: Platt, Gerald M.: Conditions for Collective Action: material and cultural influences, in: Research in Social Problems and Public Policy, Vol. 5, 1984, S. 92 - 94

von aus, dass alle Beteiligten sich ihres sozialen Standes bewusst seien und ihre Entscheidungen an dieser objektiven Bedingung ausrichten sowie dass ihre subjektiv äußerst unterschiedlichen Erfahrungen durch die Interessen der Arbeiterklasse mitumfasst werden würden. Darüber hinaus sei der von Tilly angenommene Verlauf nicht zwingend, sondern es gebe noch einige weitere Möglichkeiten, denn man könne bei Betrachtung der Ergebnisse der Russischen Revolution ebenso behaupten, dass sie den Versuch der Intellektuellen und Spezialisten, die sich mit der Bourgeoisie identifizierten, darstelle, Rußland zu modernisieren, um es auf diese Weise wettbewerbsfähig gegenüber dem Westen zu machen und somit ihre eigene Position zu verbessern. Unbestreitbar wäre es den Bolschewisten ebenso wenig wie dem Zaren oder den Liberalen gelungen, die Massen zu mobilisieren und die Loyalität der Arbeiter und Bauern zu gewinnen, vielmehr hätten ihre Zugeständnisse an die Arbeiterklasse, die etwa die Macht in den Städten garantiert bekommen hätten, dazu geführt, dass die unter der Schutzherrschaft Stalins geschaffene Bürokratie sich ausgebreitet hätte und nicht nur zur Stütze des Systems, sondern auch zur führenden Schicht im Staat geworden wäre. Allerdings, so meint Platt, könne man diese russische Entwicklung auch mit der Logik, die Tocqueville in seinem Werk über die Französische Revolution formuliert habe, beschreiben und sagen, die Russische Revolution sei lediglich eine Fortsetzung der bereits unter der zuvor herrschenden Klasse begonnenen Zentralisation und Administration gewesen, für deren weiteren Ausbau allein die Bolschewiki unter allen sich im Land bietenden Führungskräften geeignet gewesen wären. Mit Tillys Vorgehensweise könne man aber auch rückblickend behaupten, dass die Russen aller gesellschaftlichen Schichten die aus der Revolution hervorgehende Diktatur akzeptiert hätten, weil sie aufgrund ihrer bisherigen politischen Tradition ein kulturelles Bedürfnis gehabt hätten sich einer autoritären Führung zu unterwerfen.<sup>308</sup>

*Edward Countryman* blicke im Gegensatz zu Charles Tilly nicht auf Gemeinschaftshandeln generell, sondern konzentriere sich auf ein ganz spezielles geschichtliches Ereignis dieser Art: die Amerikanische Revolution. Hier stelle er zunächst einmal fest, dass sich diese durch eine enorme Komplexität auszeichnen würde. So benötige man seiner Ansicht nach auch mehr als eine revolutionäre Gruppe um eine Revolution zu machen, was sich auch in Amerika gezeigt hätte: Es hätte in New York militante Royalisten gegeben, die Vermont Separatisten; bewaffnete Indianer; Menschen, die es akzeptiert hätten, New Yorker zu sein, aber die republikanische Unabhängigkeit abgelehnt hätten; andere, die den Bruch mit Großbritannien gut geheißsen hätten, aber keine New Yorker hätten sein wollen sowie wiederum andere, die sowohl angestrebt hätten, New Yorker als auch Republikaner zu sein, etc. Diese große Vielfalt hätte aber mit Fortschreiten der Revolution zu einem Ausleseprozess geführt, in dem sich homogenere Verbände gegründet hätten, je nach Klassenzugehörigkeit, Region oder etwa strukturellen Interessen. Die Untersuchung *Countrymans* werde daher zwar von historischen Fakten getragen, die der revolutionären Realität zwar sehr nahe kämen, aber gleichzeitig nutze er Theorien, um seine historischen Entdeckungen zu ordnen und die historischen Ereignisse zu beschreiben - so etwa das duale Machtsystem von Lenin und Trotzky oder die Konzepte der revolutionären Macht, der Koalitionen sowie der politischen Mobilisierung von den amerikanischen Politikern *Amann*, *Huntington*, *Gurr* und *Nettl* - wodurch bei ihm eine Analyse seines gesammelten Materials unterbleibe, so dass man nichts über die revolutionären Motive und Mechanismen erfahre.<sup>309</sup>

---

<sup>308</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Platt, Gerald M.: *Conditions for Collective Action: material and cultural influences*, in: *Research in Social Problems and Public Policy*, Vol. 5, 1984, S. 94 - 96

<sup>309</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Platt, Gerald M.: *Conditions for Collective Action: material and cultural influences*, in: *Research in Social Problems and Public Policy*, Vol. 5, 1984, S. 96 - 98

Der dritte Autor, *George Rude*, arbeite seine Ideologie weder so stark begrifflich aus wie Tilly, noch sei er empirisch so detailliert wie Countryman, aber dennoch sei die von ihm entwickelte Begrifflichkeit anspruchsvoller als die seiner beiden Kollegen. Er gehe zunächst davon aus, dass bei allen bisherigen Revolutionen die Teilnehmer aus verschiedenen Klassen gekommen seien, so etwa in der im 17. Jahrhundert stattgefundenen Englischen Revolution, an der sowohl die Parlamentsführer, die New Model Army, die Presbyterianer und die Unabhängigen beteiligt gewesen wären, als auch die Levellers (Gleichmacher), Diggers (Erdarbeiter) sowie Gruppen niederer sozialer Schichten. Diese Heterogenität der Klassen, sozialen Positionen sowie Reaktionen würden das gemeinschaftliche Handeln bewirken, denn - und hierin folge Rude Gramsci und Lenin - rebellische und revolutionäre Kräfte entwickelten als Ergebnis einer gemeinsamen Basis eine «innenliegende» Ideologie, die sich dann mit einer von äußeren Anschauungen getragenen «abgeleiteten» Ideologie überlappe, sofern durch Elitekader Anhänger gewonnen und damit der Boden für die Akzeptanz der Letzteren geschaffen werden würde. Letztlich, so sei Rude jedoch überzeugt, seien es die Umstände und Erfahrungen, die die endgültige Mischung der verschiedenen ideologischen Elemente festlegten. Obwohl Platt die Analyse Rudes für einen Schritt in die richtige Richtung hält, weil es ihm gelinge, durch sein Konzept eine Innovation innerhalb des marxistischen Theoriegebäudes aufzustellen, indem er die Ideologie als selbstregierenden Faktor im Rahmen des revolutionären Prozesses formuliere, verrate er es jedoch gleichzeitig wieder, indem er als zentralen und den anderen gegenüber entscheidenden Punkt die Sklaverei bezeichne und sich damit auf eine imperialistische Interpretation, die auf einer Theorie der Klasseninteressen basiere, zurückziehe und damit seiner zuvor herausgearbeiteten Theorie widerspreche. Darüber hinaus arbeite er weder eine klare Unterscheidung zwischen den zwei verschiedenen Ideologiehaltungen heraus noch spezifiziere er genau, in welchem Verhältnis die beiden zur letztlich entstehenden Ideologie beitrügen, aber v.a. werde aus Rudes Konzept nicht deutlich, wie seine Ideologie das gemeinsame Handeln der verschiedenen Klassensegmente bewerkstellige.<sup>310</sup>

Der letzte von Gerald Platt betrachtete Autor, *Peter Shaw*, interessiere sich im Rahmen seiner Untersuchung der Amerikanischen Revolution für das Problem der Vermischung unterschiedlicher Klassen bei gemeinschaftlichem Handeln und stelle in diesem Zusammenhang fest, dass an den Demonstrationen gegen den 1765 erlassenen Stamp Act das Hauptfeld der Teilnehmer nicht aus den betroffenen Kreisen der Rechtsanwälte, Zeitungsbesitzer und Versandgroßhändler gekommen wäre, sondern sich v.a. aus Mechanikern, Lehrlingen, Hafenarbeitern, Sklaven und Seeleuten zusammensetzt hätte, wobei die Letzteren sogar ausdrücklich von dem Gesetz ausgenommen worden wären. Ursächlich für diesen Umstand sei nach Ansicht Shaws weder die Tatsache, dass die Steuermarken auch für das Kartenspiel erhoben werden sollten, noch das Gerücht, sie würden auch für die Eheerlaubnis eingeführt, sondern vielmehr das Festhalten an einerseits religiös fundierten andererseits aber auch verweltlichten Ritualen, die den Wunsch, das Alte durch das Neue abzulösen, ausdrücken und gesellschaftsfähig machen würden. Diese Rituale würden zwar keine Revolution auslösen, aber sie beeinflussten den Stil und den zeitlichen Ablauf von revolutionären Ereignissen, weswegen für Shaw der entscheidende Faktor im Ablauf von gemeinschaftlichem Handeln der ideenbildende Symbolismus und nicht die Interessen seien. Dieses Konzept stamme von Victor Turners Kulturstrukturalismus und stehe im Gegensatz zu demjenigen von Tilly, wobei sich Letzterer irre, wenn er Ideen für unbedeutend erkläre, während Shaw falsch liege, wenn er die verweltlichten religiösen Rituale als grundlegende,

---

<sup>310</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Platt, Gerald M.: Conditions for Collective Action: material and cultural influences, in: Research in Social Problems and Public Policy, Vol. 5, 1984, S. 98 - 99



motivierende Kräfte überbetone und wirtschaftliche und politische Faktoren wie Unterdrückung und Ausbeutung ignoriere.<sup>311</sup>

Insgesamt hält Platt fest, dass alle Arbeiten daran scheitern würden, dass sie nicht erklärten, woher die verschiedenartigen Antworten auf ein und dieselbe Problemlage kommen würden, was eine solch heterogene Teilnahme bei gemeinschaftlichem Handeln hervorbringe und wie die komplexen revolutionären Umstände adäquat erklärt werden könnten. Der Hauptmangel, an dem diese neuen imperialistischen Revolutionsdeutungen leiden würden, sei das begriffliche Primat von kulturellen und materiellen Faktoren, das alle Autoren sowohl beim Ursprung einer Revolution sowie der Beteiligung an ihr, unumwunden akzeptierten. Darüber hinaus werde an den Ausführungen der hier kurz dargestellten Konzepte von vier Wissenschaftlern deutlich, dass sie immer noch einen alten Streit ausfechten würden, der längst behoben sein sollte. Von den beiden einflussreichsten Figuren dieser Debatte hätte etwa Marx gemeint, dass keine Revolution ohne moralische Rechtfertigung geführt werden würde, auch wenn Letztere nichts als eine Ideologie sei, während Weber betont hätte, dass er an die Stelle eines einseitig idealistischen keinen einseitig materialistischen Begriff von kapitalistischer Entwicklung setzen wolle. Ziel von Gerald Platt ist es nun alle Faktoren zu integrieren, ohne die Bedeutung eines einzigen zu schmälern, wozu es jedoch nötig sein werde, die Begriffe, Interessen und Ideen sowie ihre interaktiven Effekte auf die Reaktionen und Teilnahmen an revolutionären Erscheinungen zu spezifizieren.<sup>312</sup>

Obwohl sich die einzelnen Theorien einig seien, dass instabile und inakzeptable materielle und kulturelle Umstände die Bedingungen für eine Revolution schaffen würden, sei es äußerst umstritten, wie diese Instabilität selbst beschaffen sein müsse, um gemeinschaftliches Handeln hervorzurufen. Für die marxistische Position seien in diesem Zusammenhang die materiellen Interessen ausschlaggebend, mit denen sie den Zugang der verschiedenen Klassen zu den wirtschaftlichen, politischen und sozialen Mitteln umschreibe und feststelle, dass bei fehlender Möglichkeit der Teilhabe an diesen Mitteln die Betroffenen zunehmende Armut, Hunger, politische Machtlosigkeit, politische und wirtschaftliche Ungerechtigkeit, verlorene Selbstachtung etc. erfahren würden, was diese letztlich dazu bewege, sich gemeinschaftlich zu organisieren, während die konservativen Kräfte versuchten, ihre bisherigen Machtpositionen zu erhalten. Neben dieser Interessendimension gebe es allerdings noch eine weitere, die von Alexis de Tocqueville formuliert worden sei und in der er die Radikalisierung in der Französischen Revolution darauf zurückführe, dass die Bourgeoisie große Reichtümer angehäuften, Zugang zum Adel erlangt und die wichtigste soziale Schicht, nämlich die Unternehmer, umfasst hätte, was bei ihr das Begehren nach noch mehr Einfluss und Macht geweckt und ihre Kampfbereitschaft für eine weitere Stärkung ihrer Rechte bewirkt hätte. Bei einer von Shapiro und Dawson im Nachhinein durchgeführten Untersuchung hätte sich gezeigt, dass in denselben Städten eine stärkere Radikalisierung des Dritten Standes als des Adels zu beobachten gewesen wäre, deren Ursache die beiden Wissenschaftler in der größeren Chance gesehen hätten, dort in den Adelsstand erhoben zu werden, so dass für sie - wie für Tocqueville - die zunehmende Befriedigung der Interessen die entscheidende Ursache für die Französische Revolution gewesen wäre und nicht wie konservative, liberale und radikale Historiker angenommen hätte, die verhinderte Mobilität. Gerald Platt betont allerdings, Tocquevilles Konzept nicht vor das von Marx stellen zu wollen und bezeichnet daher - wie bereits erwähnt - beide Ansätze neutral mit

---

<sup>311</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Platt, Gerald M.: Conditions for Collective Action: material and cultural influences, in: Research in Social Problems and Public Policy, Vol. 5, 1984, S. 99 - 100

<sup>312</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Platt, Gerald M.: Conditions for Collective Action: material and cultural influences, in: Research in Social Problems and Public Policy, Vol. 5, 1984, S. 100 - 101

dem Begriff Interessendimension, wobei diese für ihn gemäß der soziologischen Tradition die soziale und interaktive Seite der Analyse umfasst.<sup>313</sup>

Diese Interessendimension sei allerdings nicht nur wichtig um kollektives Handeln zu verstehen, sondern auch um die kulturelle Dimension in die Analyse der Revolution mitaufzunehmen. Für seine Belange wählt Platt zunächst die Kulturanalyse Max Webers aus und konzentriert sich hierbei v.a. auf dessen charismatischen Führer, dessen Aufgabe es sei, in einer Gesellschaft, in der es keine kulturellen Rückhalte mehr gebe, neue moralische Prinzipien einzuführen und diesen rechtliche Verbindlichkeit zu verleihen, was etwa im Falle Luthers geschah, der die individualistische Autonomie in der Religion legalisiert und damit u.a. die Beziehung zwischen Gott und dem Einzelnen neu definiert hätte, so dass etwa auch persönliche Verdienste bezüglich der Erfüllung des Glaubens bewertet worden wären und nicht lediglich die Huldigung des Klerus und der Sakramente. Für Platt wird diese webersche Dimension allerdings besser durch den Philosophen Paul Schrecker umschrieben, für den Revolution jeder Art - also auch wissenschaftliche oder wirtschaftliche - einen fundamentalen Wandel der meisten allgemeinen Gesetze mitsichbringen und in der Folge die Aktivitäten und Praktiken auf dem jeweiligen Gebiet sich ändern würden. Eine weitere wichtige kulturelle Dimension für Gerald Platt ist das Anomiekonzept von Durkheim, das er dahingehend formuliert, dass es kulturelle Erwartungen und Prinzipien zum Handeln gebe, aber diese nicht mehr die Fähigkeit hätten Orientierung für das soziale Handeln zu bieten, so etwa wenn ein Familienvater seiner Rolle als Ernährer mangels Arbeitsplatz nicht mehr nachkommen könne, insbesondere wenn bestimmte Berufe in Folge von wirtschaftlichen Veränderungen wegfallen würden. Obwohl Platt sowohl Weber und Durkheim als auch Marx und Tocqueville in seiner Konzeption jeweils einer gemeinsamen Dimension zuordnet, möchte er zum Zwecke seiner nachfolgenden Analyse die vier Theorien in gewisser Weise jedoch wieder separat behandeln. Durch diese erneute Untergliederung entsteht eine Tabelle, deren x-Achse die Interessendimension bzw. das soziale oder interaktive Niveau der Untersuchung umfasst, die wiederum in die Tocquevillesche und Marxsche Dimension unterteilt ist, sowie eine y-Achse, die die kulturelle Dimension bzw. das kulturelle oder symbolische Niveau beinhaltet, die ebenfalls eine Unterteilung in Weber und Durkheim erfährt. Durch diese tabellarische Zuordnung entstehen vier verschiedene Situationen, aus denen heraus sich für Platt Revolutionen entwickeln können, wobei die hypothetischen Akteure eines jeden Szenarios verschiedene Reaktionen zeigen würden. Allerdings würden diese Reaktionen nicht die sich später aus dem Aufruhr entwickelnde Ideologie bestimmen, auch wenn eine gewisse Einwirkung stattfinden werden würde.<sup>314</sup>

Die erste revolutionäre Situation, die Gerald Platt behandelt, ergibt sich aus einer Kombination der weberschen mit der tocquevilleschen Komponente, d.h. in einer Gesellschaft fehle einerseits die kulturelle Moral (Weber) und gleichzeitig existiere in gewissen Kreisen ein wachsendes Verlangen nach Befriedigung derjenigen gesellschaftlichen Bedürfnisse, von denen sie bis dahin ausgeschlossen worden seien. Es ergebe sich damit innerhalb einer solchen Gemeinschaft ein positives Gefühl wegen der zunehmenden materiellen Errungenschaften, die alles erreichbar erscheinen ließen, aber gleichzeitig mache sich Frustration breit, weil die fehlende kulturelle Moral eine Legitimierung und dauerhafte Installierung dieser neuen Errungenschaften verhindere, was den Wunsch fördere, kulturelle und soziale Formen zu schaffen, um diese neue soziale Ordnung zu manifestieren und anzuerkennen.

---

<sup>313</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Platt, Gerald M.: Conditions for Collective Action: material and cultural influences, in: Research in Social Problems and Public Policy, Vol. 5, 1984, S. 101 - 103

<sup>314</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Platt, Gerald M.: Conditions for Collective Action: material and cultural influences, in: Research in Social Problems and Public Policy, Vol. 5, 1984, S. 103 - 105

Ein Beispiel für eine Revolution, die nach diesem Muster zustande gekommen sei, sei die Französische Revolution, deren tragende Schicht die Bourgeoisie gewesen wäre.<sup>315</sup>

Ein ganz anderes Szenario entstehe, wenn man eine Gemeinschaft annehme, in der zwar wie bei der eben dargestellten die moralischen Prinzipien fehlen würden, aber gleichzeitig mit Marx davon ausgehe, dass die Bedürfnis- bzw. Interessenbefriedigung sinke, was in den betroffenen Kreisen Angst, einen Verlust des Selbstwertgefühls sowie den Eindruck, sie seien unfähig, ihr Leben oder dessen Umstände zu kontrollieren, hervorrufe. Die Menschen, die sich in solch einer Situation befänden, strebten nach einem schnellen sowie gleichen Zugang zu den ihnen verwehrten fundamentalen Ressourcen sowie nach einer gleichberechtigten und rechtlich abgesicherten Aufnahme in den wirtschaftlichen, politischen und sozialen Prozess ihrer Gesellschaft, was ihnen aber unter dem bestehenden System nicht möglich sei, so dass für sie lediglich eine rasche und radikale Lösung ihrer Probleme in Frage komme. Aus diesen Gegebenheiten heraus hätte sich die Russische Revolution entwickelt, deren tragende Schicht die Arbeiterklasse gewesen wäre, wobei anzumerken bleibe, dass die Arbeiter und die Führer der Bolschewistischen Partei den Zweck und die Aussichten der Revolution nicht notwendig gleich beurteilt hätten.<sup>316</sup>

Kombiniere man nun den von Marx formulierten revolutionären Grund der abnehmenden Interessenbefriedigung mit dem von Durkheim formulierten Gedanken, dass die immer noch gültigen moralischen Grundsätzen ihre Funktion nicht mehr bzw. nicht mehr vollständig erfüllten, so erhalte man ein neues Klima, das Ausgangspunkt für gemeinschaftliches Handeln sein könne. Wie in der zuvor beschriebenen Situation sähen die Betroffenen keine für sie lebenswerte Zukunft, worauf sie mit Angst und Zorn reagieren würden, so dass ebenfalls eine schnelle und radikale Lösung dieser sozialen Spannungen und Differenzen vonnöten sei. Allerdings sei in einer solchen Gesellschaft, in der noch eine relativ hohe Loyalität gegenüber der alten Moralität herrsche, die Möglichkeit gegeben, diese wieder zu standardisieren und zu verfestigen, so dass lediglich zu einer idealisierten Vergangenheit zurückgekehrt werde. Diese Art gesellschaftlicher Spannungen, sowie die Art und Weise ihrer Lösung sei kennzeichnend für rechtsorientierte Systeme bzw. Ideologien.<sup>317</sup>

Im letzten Szenario, welches sich aus den von Platt entwickelten vier Arten von revolutionären Stimmungen ergebe, würden sich verbessernde, materielle Bedingungen bzw. eine wachsende Bedürfnisbefriedigung herrschen (Tocqueville), allerdings erfüllten die bisherigen moralischen Grundsätze ihre Funktion nicht mehr bzw. nicht mehr ausreichend, so dass die Gefühle von Erfolg, Zufriedenheit und Erfüllung durch den Mangel an verbindlichen moralischen Prinzipien einer erheblichen Bedrohung unterlägen. Die Angst diese positiven Gefühle oder die erreichte gesellschaftliche Position zu verlieren, aber auch das moralische Versagen der Gemeinschaft, was als Beweis der moralischen Korruption der Welt empfunden werde, lasse die Betroffenen versuchen, ihre Lage durch Sicherung noch vorhandener normativer Systeme sowie durch die Schaffung gewisser v.a. auch religiöser Riten, die dieses momentane Gefühl des Erfülltseins, wiederholbar machen sollen, zu festigen. Dieser Wunsch nach einer idealisierten Gesellschaft mit dem sich die Forderungen verbänden, dass alle Regeln strikt befolgt werden sollten, um die Gerechtigkeit für diese und die kommende Welt zu sichern, lasse die Anhänger dieser Richtung eine kompromisslose und feindliche moralische Haltung gegenüber dem Rest der Gemeinschaft einnehmen,

---

<sup>315</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Platt, Gerald M.: Conditions for Collective Action, S. 106

<sup>316</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Platt, Gerald M.: Conditions for Collective Action, S. 106 - 107

<sup>317</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Platt, Gerald M.: Conditions for Collective Action, S. 107

die sich durch ihre Isolation den Glauben an eine bessere Gemeinschaft erhalten würden. Zu dieser Gruppe zählten kultische und utopische Bewegungen.<sup>318</sup>

Gerald Platt möchte diese schematische Einteilung revolutionärer Stimmungen nur für heuristische Zwecke genutzt sehen, denn sie sei von ihm entwickelt worden, einerseits um zu zeigen, dass Interessen und Moral bzw. materielle und kulturelle Motive immer zusammen das gemeinschaftliche Handeln bestimmten und andererseits um klar zu machen, dass es keine simple imperialistische Theorie, keinen allein verantwortlichen Faktor, wie etwa die bloßen Interessen oder die bloße fehlende Moral, für das Zustandekommen von Revolutionen gebe, sondern das hierfür eine ganze Reihe von Faktoren anzuführen seien. Es sei daher ein offensichtlicher Irrtum, wenn Tilly gemeinschaftliches Handeln sowohl bei anfänglichen als auch bei späteren Reaktionen allein von den Interessen abhängig mache, weil man aus keiner Sichtweise heraus erklären könne, ob wir uns am Anfang, in der Mitte oder am Ende von irgendetwas befänden, vielmehr seien alle zeitlichen Analysen willkürlich. Ein Beispiel für die Komplexität revolutionärer Situationen gebe die Französische Revolution, wo einerseits die Bourgeoisie und die liberalen Adligen ihre Herrschaft durch eine neue Moral und politische Struktur legitimieren würden und damit ihrer Ansicht nach den unbegrenzten Fortschritt sichern wollten, während die Sansculotten in der schlechten Lage, in der sie sich befunden hätten, nach Sicherheit und Schutz gestrebt hätten. Diese Heterogenität hätte sich aber nicht nur auf die Unterschiedlichkeit dieser beiden Klassen beschränkt, sondern auch innerhalb der Gruppen selbst hätten noch erheblich verschiedene Interessen ergeben. Nach Gerald Platts Schema ergibt sich ein Szenario, welches sich durch fehlende Moral kennzeichne, was die Umstände ihrer Interessen allerdings betreffe, so seien sie in diesem Schema geteilt, während die Sansculotten eine sinkende Bedürfnisbefriedigung erfahren hätten, hätte die Bourgeoisie und der liberale Adel eine wachsende zu verzeichnen gehabt. Eine starke Komplexität, wenn auch unter kulturell und materiell völlig anderen Umständen, wäre auch der faschistischen Bewegung in Deutschland zugrundegelegen, die ihre Entstehungsgründe in der deutschen Gesellschaft der 20er und 30er Jahre gehabt hätte, welche sich nach ihrer Niederlage nicht in allen Kreisen und Schichten an die neu installierte - zwar traditionelle und demokratische Elemente enthaltende - Demokratie hätte gewöhnen können. Die große Wirtschaftskrise hätte schließlich die ambivalenten und mit Furcht verbundenen Gefühle gegenüber den politischen und gesellschaftlichen Modernisierungen verstärkt, für die sowohl kommunistische als auch faschistische Parteien Lösungen angeboten hätten. Der Wunsch nach einer raschen Lösung aller gesellschaftlicher Probleme und Ängste sowie der moralischen Unklarheiten schien sich am schnellsten durch die faschistischen Hierarchieprinzipien realisieren zu lassen.<sup>319</sup>

Gerald Platt ist klar, dass seine Ausführungen zu dieser Problematik nicht alle nur denkbaren revolutionären Politikmuster und Praktiken sowie möglichen Reaktionen umfassen könnten, weil man in einer heterogenen Welt nur heterogene Lösungen erwarten könne. Trotz dieser offensichtlichen Komplexität seien bedeutende Schlussfolgerungen aus den vorangehenden Erörterungen zu ziehen:

Zunächst seien die herausgearbeiteten vier revolutionären Situationen eine bloße Fiktion, so dass beim tatsächlichen Stattfinden gemeinschaftlichen Handelns noch andere Bedingungen und Erfahrungen die Revolutionsumstände charakterisieren könnten. Außerdem sei keine Bedingung und Erfahrung auf eine Partei, die an den Vorgängen teilhabe, beschränkt, sondern sie könnten bei jeder mehr oder minder ausgeprägt auftreten. Es sei auch

---

<sup>318</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Platt, Gerald M.: Conditions for Collective Action: material and cultural influences, in: Research in Social Problems and Public Policy, Vol. 5, 1984, S. 107 - 108

<sup>319</sup> vgl. zu den vorangegangenen Ausführungen: Platt, Gerald M.: Conditions for Collective Action: material and cultural influences, in: Research in Social Problems and Public Policy, Vol. 5, 1984, S. 108 - 110

im Rahmen des Möglichen, dass die Loyalitäten wechseln und so die Zahl der involvierten Individuen variieren würden.

Desweiteren möchte Gerald Platt mit seinem Schema keine weiter imperialistische Theorie aufstellen, sondern wolle vielmehr die Theoretiker wieder näher an die persönlich erfahrene Welt der Revolutionäre bringen und beschränke sich in seiner Analyse daher nicht nur wie seine Kollegen darauf, einen Teilaspekt der revolutionären Realität zu behandeln. Ziel seiner Typologie sei es, mögliche Revolutionsbedingungen zu formulieren, die helfen sollen, die Perspektive der Teilnehmer an gemeinschaftlichen Handlungen sowie die Bedeutung der wechselseitig auf sich einwirkenden Gegebenheiten zu verstehen.

Als dritte und letzte Schlussfolgerung seiner Analyse, möchte er schließlich unbedingt festhalten, dass seine Typologie heuristisch sei und nicht auf strukturell-analytischen Einfällen beruhe; d.h. er arbeite eine erkennende Skizze aus, mit der man beginnen solle, die deutende Perspektive persönlicher Reaktionen, Interessen und Ideologien von Einzelnen und Gruppen unter revolutionären Umständen zu untersuchen.<sup>320</sup>

Auch in dieser dritten geschichtlichen Phase stellt sich zu Beginn wieder die Frage, welche Vergleiche der Verfasser bezüglich Alexis de Tocqueville und Karl Marx vorgenommen hat. Den ersten Bereich, im Rahmen dessen Platt auf die beiden Denker zu sprechen kommt, befasst sich damit, wie die materiellen und kulturellen Umstände beschaffen sein müssen, um gemeinschaftliches revolutionäres Handeln auszulösen. Was die marxistische Position betreffe, so seien in diesem Zusammenhang allein die materiellen Interessen ausschlaggebend, die den Zugang der verschiedenen Klassen zu den wirtschaftlichen, politischen und sozialen Mitteln umschreiben würden. Fehle die Möglichkeit der Teilhabe an diesen Mitteln, so würden diejenigen, die Armut, Hunger, politische Machtlosigkeit, politische und wirtschaftliche Ungerechtigkeit erfahren müssten, sich gemeinschaftlich organisieren, während die konservativen Kräfte versuchten, ihre bisherige Machtposition zu erhalten. Die entscheidende Ursache für die Französische Revolution hätte Tocqueville dagegen in der zunehmenden Befriedigung der Interessen gesehen, denn die Radikalisierung wäre v.a. im Dritten Stand sehr stark gewesen, obwohl gerade die Bourgeoisie große Reichtümer angehäuft gehabt, Zugang zum Adel erlangt und die wichtigste soziale Schicht, nämlich die Unternehmer, gestellt hätte, also ihre Ansprüche an die Gesellschaft immer mehr hätte verwirklichen können. Diese Ausführungen stellen allerdings nur einen kleinen Teil von Gerald Platts Arbeit dar, denn sein eigentliches Ziel ist es, u.a. mit Hilfe von Tocquevilles und Marx' Erkenntnissen vier, allein heuristischen Zwecken dienende Szenarien zu entwickeln, unter denen sich revolutionäre Ereignisse entwickeln können und damit die bisherige, sich lediglich auf einen einzelnen Aspekte dieses Problems konzentrierende Forschung in ihrem Blickwinkel zu erweitern. Ein Blick in die von Platt verwendete Literatur bestätigt diese Beobachtung, denn sie weist weder tocquevillesche noch marxsche Arbeiten aus, so dass noch einmal deutlich wird, dass es sich bei der vorliegenden Arbeit um keine Vergleich, sondern um die Formulierung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse handelt, die mit Hilfe marxscher und tocquevillescher Erkenntnisse erlangt werden.

## **bb. Dittgen, Herbert: Politik zwischen Freiheit und Despotismus, 1986**

---

<sup>320</sup> vgl. zu den Schlussfolgerungen von Platt: Platt, Gerald M.: Conditions for Collective Action: material and cultural influences, in: Research in Social Problems and Public Policy, Vol. 5, 1984, S. 110 - 112

Herbert Dittgen möchte in seinem Buch «Politik zwischen Freiheit und Despotismus» die Gemeinsamkeiten und Unterschiede darstellen, die Marx und Tocqueville bei ihrer Bestimmung des Standortes des modernen Menschen nach dem zunehmenden Verschwinden der festen aristokratischen Ordnung aufweisen würden, wobei dieser Vergleich ihm gerade deswegen als besonders reizvoll erscheint, weil die Schriften der beiden Denker in der politischen Ideengeschichte einen folgenschweren Wendepunkt markieren würden: Während Tocqueville ganz in der Tradition von Aristoteles, Platon und Kant stehe und den Gegensatz zwischen freiheitlichem gemeinsamen Handeln und despotischer Herrschaft kenne und auf eine Versöhnung dieser beiden Pole hoffe, hebe Marx diese Trennung zwischen Freiheit und Despotismus radikal auf. Allerdings geht es dem Verfasser nicht darum, den Franzosen gegen die revolutionäre Theorie des deutschen auszuspielen und zum Vertreter einer bürgerlichen Staats- und Gesellschaftsordnung zu erklären, sondern er will zunächst die Biographien der beiden dahingehend analysieren, ob sie Anhaltspunkte für deren unterschiedliche Interpretation ihrer Zeit geben, um dann möglichst nahe am Text der beiden Denker herauszuarbeiten, welche Methode sie für ihre Analyse angewandt hätten, wie sich ihr Menschenbild darstelle und welche Freiheiten bzw. Handlungsmöglichkeiten der Mensch in der Geschichte habe.<sup>321</sup> Im Rahmen seiner vergleichenden Analyse von Marx und Tocqueville konzentriert sich Dittgen auf acht verschiedene Bereiche: die Herkunft, Wirkung sowie Tradition, die Intention, das Menschenbild, die Methode, die Soziologie der bürgerlichen Gesellschaft, das Geschichtsverständnis, die Sicht von Demokratie und Freiheit sowie den Bezug zur praktischen Philosophie.

Bevor Dittgen sich jedoch mit seinem eigentlichen Thema befasst, geht er noch kurz auf die Literatur zum Vergleich Marx - Tocqueville ein: Siegfried Landshut habe als erster auf die Fruchtbarkeit einer solchen komparativen Analyse aufmerksam gemacht und bemerkt, dass beide Denker eine Tendenz zu einer vollständigen Aufhebung aller gesellschaftlichen Unterscheidungen sowie eine damit verbundene Entwicklung zur Ausrichtung des Lebens am wirtschaftlichen Erfolg beobachtet hätten. Jacob Peter Mayer sehe Ähnlichkeiten der beiden Theoretiker bei der Geschichtsanalyse, allerdings auch Differenzen in ihren Staatslehren und halte fest, dass Marx im Gegensatz zu Tocqueville das Problem der Vermassung nicht erkannt habe. Falsch erscheint dem Verfasser die von Immanuel Gleiss vorgelegte Interpretation, die Tocqueville, indem sie ihn als intellektuelles Korrektiv und kritische Ergänzung des marxschen Werkes ansehe, unhaltbarerweise in die Nähe des historischen und dialektischen Materialismus rücke. Den Vergleich des marxschen und tocquevilleschen Revolutionsbegriffes kritisiere er, weil Filadelfo Linares sich in seinem Buch fast ausschließlich auf Tocquevilles Werk «L'Ancien Régime et la Révolution» stütze. Eine weitere komparative Perspektive nehme Aron auf, wenn er die Freiheitsbegriffe der beiden Denker mit Blick auf die gegenwärtige Realität untersuche und hierbei feststelle, dass in den kommunistischen Ländern, in denen die Philosophie der realen Freiheit herrsche, die von Marx davon unterschiedene formelle Freiheit gefordert werde, während Tocquevilles Unterscheidung zwischen liberaler und despotischer Demokratie in den westlichen und totalitären östlichen Demokratien Wirklichkeit geworden sei. Klaus Hornung vergleiche den Kern im politischen Denken des deutschen und des französischen Philosophen, indem er die Unterscheidung J.L. Talmons zwischen empirisch-liberaler und messianisch-totalitärer Tradition aufnehme und anhand der für ihn bei Marx und Tocqueville zentralen Begriffe der Emanzipation und Freiheit diesen Konflikt paradigmatisch studiere. Darüber hinaus diskutiere er am Beispiel dieser beiden Theoretiker das Verhältnis von Politik und Religion: am Ende komme er zu dem Ergebnis, dass die unterschiedlichen Analysen sowie

---

<sup>321</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Dittgen, Herbert: Politik zwischen Freiheit und Despotismus, S. 9 - 13

die voneinander differierenden Politikbegriffe in verschiedenen Menschenbildern ihren Ursprung hätten.<sup>322</sup>

Für Dittgen spielen im Rahmen eines Vergleichs von Marx und Tocqueville die Biographien, also die *Herkunft*, aber auch die *Wirkung* sowie die *Tradition* der beiden Denker, eine bedeutende Rolle, weil sie einen wichtigen Erklärungsgrund für die unterschiedlichen Analysen und Prognosen dieser beiden Zeitgenossen darstellen würden. Von großem Einfluss auf Tocqueville wären einerseits sein Großvater mütterlicherseits, Lamoignon de Mallesherbes, ein hoher Verwaltungsrichter im Ancien Régime, der sich im Parlament zunächst gegen die absolute Macht des Königs eingesetzt hätte, um ihn später zu verteidigen und deswegen hingerichtet zu werden; andererseits sein Vater, Präfekt mehrerer französischer Provinzen, der ein gläubiger Katholik sowie Patriot gewesen wäre, aber sich gleichzeitig im Sinne der Aufklärung vehement gegen Sondergerichte, Folter und Sklaverei gestellt hätte. Später wäre der Franzose Richter in Versailles geworden, doch seine Karriere wäre durch die Juli-Revolution 1830 beendet worden, weil er vor dem dadurch endgültig manifestierten Geist der Mittelklasse mit seinem Freund Gustave de Beaumont nach Amerika geflohen sei, um im Auftrag des Innenministers das amerikanische Gefängniswesen zu untersuchen. Zwar habe er diesen Geist als regsam und fleißig eingestuft, aber er hätte ihn auch als unredlich und aufgrund von Egoismus und Eitelkeit als kühn beurteilt. Dies sei allerdings nicht der einzige Grund für seine Reise in die Vereinigten Staaten gewesen, sondern er hätte auch die Aussichtslosigkeit erkannt, jemals im politischen Leben Frankreichs mitwirken zu können und wäre darüber hinaus auch persönlich sehr interessiert daran gewesen, dieses Unternehmen mit seinem Freund durchzuführen, denn er hätte das Kommen der Demokratie für sicher gehalten und hätte wissen wollen, wie sich eine solche in der Realität gestalten würde. Die Erkenntnisse, die er in diesem Zusammenhang gewonnen hätte, hätte er in dem Buch «De la Démocratie en Amérique» veröffentlicht, dessen erster Band ein großer Erfolg geworden wäre. Von nun hätte sich der Aristokrat einer politischen Karriere zugewandt, die er 1839 als Abgeordneter von Valognes begonnen und am 2. Dezember 1851 mit dem Staatsstreich Napoléons beendet hätte, wobei er sich kurz nach seinem Rücktritt darüber klar geworden wäre, dass ein guter politischer Wissenschaftler meist ein schlechter Politiker sei, und so hätte er sich enttäuscht auf das Familienschloss in der Normandie zurückgezogen und sein wiederum erfolgreiches Werk «L’Ancien Régime et la Révolution» verfasst. In diesem Buch zeige er auf, dass die seit Jahrhunderten andauernde administrative und politische Revolution die feudalen Institutionen vernichtet habe, dass Gesinnungen, Gewohnheiten, ja sogar Ideen des alten Staates in der neuen Ordnung beibehalten worden seien, dass Zentralisation und Klassenunterschiede die politische Freiheit sowie die freiheitlichen Institutionen zerstört hätten und dass eine mächtigere, unumschränkte Regierung im nachrevolutionären Staat herrsche. Den zweiten Band dieser Arbeit habe Tocqueville nicht mehr vollendet, aber er habe seine Souvenirs hinterlassen, die 1893 zum ersten Mal, allerdings nur in Auszügen, veröffentlicht worden seien.<sup>323</sup>

Der aus einer zum Protestantismus übergetretenen alten Rabbiner-Familie entstammende Marx hätte seine jüdische Abstammung nie zur Kenntnis genommen und in seinem Aufsatz „Zur Judenfrage“ das Wesen der Bourgeois, des egoistischen, nur am Gewerbe interessierten Menschen, anhand seines Volksstammes dargestellt, der für ihn zudem das Beispiel für eine Entfremdung schlechthin dargestellt habe, weil seine Mitglieder religiös seien. Trotz dieser Ablehnung des Judentums habe seine Lehre eine gewisse Affinität zur messianischen Idee des Talmud, denn sie mache das Proletariat zum auserwählten Volk, das die

---

<sup>322</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Dittgen, Herbert: Politik zwischen Freiheit und Despotismus, S. 14 - 17

<sup>323</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Dittgen, Herbert: Politik zwischen Freiheit und Despotismus, S. 18 - 24

Vorgeschichte beende und die kommunistische, paradiesische Gesellschaft aufbaue. Er wäre in dem jede liberale und revolutionäre Bewegung unterdrückenden, für das liberale Bürgertum und die akademische Jugend als belastend empfundenen Metternichschen System aufgewachsen und hätte 1835 sein Rechtsstudium in Bonn begonnen, wobei er sich bereits von Anfang an neben Philologie und Geschichte ausgesprochen stark mit Philosophie beschäftigt hätte, ein Interessenschwerpunkt, aus dem sich sein - wie Hornung es bezeichne - institutionsloses, messianisch getöntes Harmonie-Modell entwickelt habe, das ganz im Gegensatz zu dem von historisch-politischen sowie institutionellen Beobachtungen getragenen politischen Realismus Tocquevilles stehe. Als er zwei Semester später nach Berlin gewechselt hätte, wo Hegels Denken als Vollendung der abendländischen Philosophie gegolten hätte, was dessen Schüler erhebliche Schwierigkeiten im Selbstverständnis bereitet und sie je nach ihrem Christologieverständnis in ein rechtes und linkes Lager aufgespalten hätte, hätte er sich der auch weiterhin philosophisch beschäftigende Marx einem linkshegelianischen Doktorclub angeschlossen, der sich dazu berufen gefühlt hätte, eine grundsätzlich neue Epoche der Weltgeschichte einzuläuten. In einem Brief aus dieser Zeit an seinen Vater hätte er bereits Unbehagen gegen die Hegelsche Philosophie geäußert und seine Absicht im Wirklichen die Idee zu suchen bekundet, auch wenn er seine Kritik von Hegels Gedankengebäude erst vier Jahre später in einem Aufsatz ausführlich ausgearbeitet hätte. In demselben Schreiben hätte er aber auch festgestellt, dass ihn eine Ironiesucht befallen habe, ein Wesenszug der alle seine späteren Schriften kennzeichne, denn Marx benötige einen Widerpart zum Streiten oder einen Gegner, über den er sich lustig machen könne, um seine Gedanken entwickeln zu können. Nachdem ihm eine akademische Karriere nach Abschluss der Promotion nicht möglich gewesen wäre, wäre er Redakteur der liberal-radikalen Rheinischen Zeitung geworden, die er nach fünf Monaten wegen der Zensur wieder hätte verlassen müssen, bevor sie kurz danach völlig verboten worden wäre. Auch wenn seine Stellung zum Kommunismus in dieser Zeit noch kritisch gewesen wäre, so hätte er in einer Replik zu der Anschuldigung, er hege kommunistische Sympathien, indirekt bereits sein Anliegen aus dem Manifest formuliert, indem er die von ihm später angestrebte theoretische Ausführung der kommunistischen Ideen als die eigentliche Gefahr für den Staat beschrieben hätte. Hätte Marx während dieser ersten Tätigkeit bereits begonnen sich mit ökonomischen Fragen zu beschäftigen, so hätte sich dies Ende 1843 im Pariser Asyl intensiviert und es wären die Aufsätze „Zur Judenfrage“, „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“ sowie die „Ökonomisch-philosophischen Manuskripte“ entstanden. Durch sein Zusammentreffen mit dem Fabrikantensohn Engels, dem eine mit der Brüsseler Emigration beginnende, lebenslange und intensive Zusammenarbeit gefolgt wäre, hätte Marx seine bisher nur sehr geringen Kenntnisse über wirtschaftliche Zusammenhänge vertiefen können und hätte seine lebenslange Anschauung von dem, was Kapitalismus bedeute, erhalten. In dieser Brüsseler Zeit hätten sich die beiden Freunde in ihrer „Deutschen Ideologie“ auch mit den Frühsozialisten Bruno Bauer, Max Stirner, Moses Hess sowie Ludwig Feuerbach auseinandergesetzt und deren Sozialismus als utopisch verdammt, doch erst später hätten sie ihre philosophischen und ökonomischen Erkenntnisse im Auftrag des „Bundes der Kommunisten“ im «Manifest der Kommunistischen Partei» popularisiert. Das Scheitern der Februarrevolution von 1848 hätte nicht nur sein nochmaliges, kurzes Schaffen bei der Rheinischen Zeitung beendet, sondern auch seine in sie gesetzten Hoffnungen enttäuscht und er hätte nach London fliehen müssen, wo er bis an sein Lebensende geblieben wäre und in der Bibliothek des British Museums mit Hilfe der nationalökonomischen Literatur zu beweisen versucht hätte, dass der Kapitalismus an seinen Widersprüchen zugrunde gehen müsse. Marx wäre damit auch weiterhin hauptsächlich schriftstellerisch tätig gewesen und hätte von nun an u.a. an seinem Hauptwerk «Das Kapital» gearbeitet, während er in der praktischen Politik nur wenig erfolgreich gewesen wäre, denn es wäre



ihm abgesehen von brieflichen Beratungen lediglich gelungen, auf die Gründung der internationalen Arbeiterorganisation 1864 in London maßgeblichen Einfluss zu nehmen sowie den Ausschluss der Anarchisten durchzusetzen. Es sei damit festzuhalten, dass sowohl Marx als auch Tocqueville keine großen Politiker gewesen wären, doch der Letztere habe einen bedeutend größeren Realitätssinn aufgewiesen als der Erstere, auch wenn sein Werk im 20. Jahrhundert bedeutend weniger Spuren hinterlassen habe.<sup>324</sup>

Im Anschluss hieran vergleicht Dittgen, wie Marx und Tocqueville Rousseau gelesen hätten, denn nach seiner Ansicht ließen sich die beiden wirkungsgeschichtlichen Richtungen von dessen Werk anhand der beiden Denker veranschaulichen, auch wenn dieser Zusammenhang bisher in der Literatur weitgehend unbeachtet geblieben sei. Was den Franzosen betreffe, so erwähne er Rousseaus Einfluss auf ihn in einem Brief an Louis Kergerlay und wie sein großer Vorgänger kämpfe er gegen den Rückzug der Bürger aus der Öffentlichkeit und die daraus resultierende Vereinzelung. Nachdem die persönliche Herrschaft mit der Französischen Revolution von 1789 ihre Legitimation verloren hätte, hätte sich Tocqueville anders als Rousseau im Zusammenhang mit dieser Problematik auf die Gefährdung der für ihn wichtigen menschlichen Freiheit in der demokratischen Gesellschaft konzentriert. Allerdings erkenne der große Beeinflusser der Ereignisse von 1789 die Freiheit ebenfalls als äußerst wichtiges Gut an und sehe einen Verzicht auf diese als ein Aufgeben der Eigenschaft Mensch, seiner Rechte und Pflichten an. Unumschränkte Einigkeit herrsche zwischen den beiden Philosophen, dass der Mensch nur in der Gemeinschaft seine Freiheit finden könne, diese Letztere aber wiederum ohne die Tugend der Bürger keine Chance habe zu überleben. Diesen Rousseauschen Zusammenhang von Freiheit und Tugend kenne und beachte Marx nicht mehr, denn mit Hegel glaube er, die Geschichte sei auf die Verwirklichung der Freiheit hin angelegt, was für den Vater des Kommunismus nichts anderes bedeute, als dass nicht nur die Möglichkeiten und Fähigkeiten des Einzelnen durch den technisch-wirtschaftlichen Entwicklungszustand festgelegt seien, sondern auch die Tugend und die Freiheit. Dagegen basiere der marxische Entfremdungsbegriff auf dem Werk dieses Aufklärers, für den die Schaffung des Eigentums die bürgerliche Gesellschaft begründet hätte: für den Vater des Kommunismus sei das Eigentum die Ursache für die Selbstentfremdung und nur durch dessen Aufhebung sei eine Rückkehr des Menschen zu einem gesellschaftlichen, d.h. menschlichen Wesen möglich. Das kommunistische Gesellschaftskonzept mit seinem verwirklichten Menschtum wäre zudem nicht ohne die von Rousseau übernommene Annahme denkbar, dass der allein durch die Gesellschaft verdorbene Mensch eigentlich gut sei, und in einer sich verändernden Ordnung die Chance habe, sich zu entwickeln und zu vervollkommen, wobei das an und für sich autarke Individuum sich in den Teil eines größeren ganzen verwandeln solle, von dem es seinen Sinn und sein Dasein empfangen. Übereinstimmung zwischen den beiden Philosophen zeige sich auch in der Ablehnung vermittelnder Institutionen und Parlamente, die für sie nicht das Gemeinwohl vertreten, sondern Klassen- bzw. Partikularinteressen, sowie der Freiheitssicherung durch Gewaltenteilung - alle Einrichtungen, die Tocqueville in seiner Lehre von den Zwischengewalten und bleibenden Vereinigungen fordere, um den Verwaltungsdespotismus eines zentralistischen Staates zu verhindern und den zur Freiheitserhaltung notwendigen Bürgergeist, der zum selbständigen Handeln anleiten soll, zu fördern. Diese fehlende Einsicht Rousseaus und Marx' in die institutionelle Bedingtheit der Freiheit beschreibe Tocqueville mit dem Phänomen der Praxisferne der Schriftsteller des 18. Jahrhunderts. Für Dittgen ist der Franzose der liberale Ausleger der Gedanken Rousseaus, der die Volkssouveränität und die aktive Teilnahme der Bürger an der Politik betone, während Marx die totalitäre Demokratie wirkungsmächtig werden lasse und den Anspruch der Gemeinschaft

---

<sup>324</sup> vgl. zu den gesamten Ausführungen: Dittgen, Herbert: Politik zwischen Freiheit und Despotismus, S. 25 - 33

auf das Individuum sowie die keine Abweichungen duldende Einheit unter Annahme eines Gemeinwohls a priori hervorhebe.<sup>325</sup>

Einen weiteren Vergleichspunkt der beiden Theoretiker biete die *Intention*, von der ihr Werk bestimmt worden sei: Marx' Ziel sei es durch die Herbeiführung der kommunistischen Gesellschaft, in der die Emanzipation des Menschen verwirklicht sei und er sein wahres Wesen entfalten könne, das Los der Menschheit zu verbessern, weshalb seine Arbeiten davon geprägt seien, eine solche gesellschaftliche Ordnung zu bewirken. Der hier formulierte wissenschaftliche Sozialismus, der in Auseinandersetzung mit der idealistischen Philosophie Hegels seinen Ursprung finde und als dessen Begründer sich Marx in Abgrenzung zu den von ihm als Utopisten verdammt Frühsozialisten sehe, wolle die Gesetzmäßigkeiten von Gesellschaft und Geschichte aufzeigen, welche die Notwendigkeit eines Auftretens der kommunistischen Gemeinschaft als Abschluss der Vorgeschichte und Beginn der eigentlichen Geschichte beweisen sollen, wobei dem Proletariat im Kampf um dieses geschichtliche Endziel entscheidende Bedeutung zukomme. Auch wenn er diese Konzeption bereits in seinen Frühschriften darlege, so konzentriere er sich erst nach dessen Formulierung im «Kommunistischen Manifest» darauf, dieses anhand ökonomischer Studien zu rechtfertigen, die ihm zunächst Erkenntnisse über die wirtschaftlichen Gesetze und damit zugleich auch über die Bedingungen der Selbstverwirklichung des Menschen liefern sollten, dessen Entfremdung ja gerade auf den Wirtschaftsverhältnissen begründet sei. Das Marx'sche Werk sei also vom Prinzip der Veränderung und Verwirklichung getragen, während bei Tocqueville dasjenige der Bewahrung bestimmend sei, denn auch wenn eine demokratische Revolution hin zu mehr Gleichheit irreversibel sei, so wolle er dennoch versuchen, die Freiheit zu erhalten und beschreibe aus diesem Grund die Gefahren, die deren Existenz bedrohen würden. Ganz Schüler Montesquieus entwickle er in seinem Amerika-buch die Gedanken über die Gefahr des Despotismus in Anlehnung an dessen Despotismuslehre, ohne zu verkennen, dass dieser Ausdruck die neue Situation nur unzureichend charakterisiere, denn der Kern des Problems liege in der Bevorzugung der Gleichheit und des materiellen Wohlergehens vor der Freiheit sowie in der Bindungslosigkeit zwischen den Menschen, die sie dazu bewege, sich allein mit ihren besonderen Interessen zu beschäftigen, sich also in den Individualismus zurückzuziehen, der jegliche öffentliche Tugend ersticke. Um die Gesellschaft vor solch einer Entwicklung zu bewahren, müssten, wie er durch seine Amerikareise feststelle, die Grundsätze der Ordnung, der Gewaltenmäßigkeit, der wahren Freiheit sowie der aufrichtigen und tiefen Achtung vor dem Recht gegeben sein, aber er fordere auch eine neue politische Wissenschaft, die durch praktisches Wissen die Menschen belehre.<sup>326</sup>

Da jede politische Philosophie von dem ihr zugrundeliegenden *Menschenbild* bestimmt werde, gebe es auch hier für eine Interpretation notwendige Gemeinsamkeiten bzw. Unterschiede festzustellen. Anknüpfend an Hegels Kapitel «Herrschaft und Knechtschaft» in dessen Werk «Phänomenologie des Geistes» und der dort formulierten Überzeugung, die daseiende Natur sei durch die Arbeit des Knechtes ihre Eigenständigkeit genommen und eine geistige Form gegeben worden, so dass sich das menschliche Wesen darin wieder-spiegle, glaube auch Marx, das Wesen der Menschen liege in der Arbeit, durch die er die objektive Wirklichkeit und sich selbst umgestalte, aber sich auch vom Tier unterscheide und begreife den menschlichen Selbsterzeugungsprozess als Vorgang der Entfremdung

---

<sup>325</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Dittgen, Herbert: Politik zwischen Freiheit und Despotismus, S. 33 - 41

<sup>326</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Dittgen, Herbert: Politik zwischen Freiheit und Despotismus, S. 42 - 49

und ihrer Aufhebung. Im Gegensatz dazu fasse er den Menschen jedoch nicht als Selbstbewusstsein, sondern als unmittelbares Naturwesen und damit auch als Gattungswesen mit Gattungsbewusstsein auf, dessen Beziehung zur Natur eine sinnlich praktische, keineswegs jedoch abstrakte sei. Aufgrund dieser Überzeugung sei nicht mehr die Vernunft das höchste Attribut des Menschen, sondern die Arbeit, die er basierend auf der klassischen Nationalökonomie als ein Produzieren bzw. Herstellen verstehe, dessen Zweck-Mittel-Kategorie er auf das politische Handeln übertrage. Für Dittgen liege daher das revolutionäre von Marx' Konzept nicht in dem Umstand, dass er Hegel, sondern dass er die Tradition des politischen Denkens, die das Handeln vor das Herstellen durch den Menschen setzte, auf den Kopf stelle. Der Glaube an die Selbsterzeugung des Menschen finde seinen Ausdruck in Marx' Überzeugung, jedes Individuum sei grenzenlos erziehbar und die Religion sei ein Produkt des Menschen, dessen Wesen wiederum das Ergebnis der gesellschaftlichen Verhältnisse sei. In seinen Frühschriften konzentrierte sich der deutsche Denker darauf, die Diskrepanz zwischen dem entfremdeten, isoliert in der bürgerlichen Gesellschaft lebenden Einzelmenschen und dem Mensch als Gattungswesen aufzuzeigen, der die Verwirklichung seiner Freiheit erst in der kommunistischen Gesellschaft finde, wo wirkliche Bande der Gesellschaftsmitglieder untereinander entstünden. Angesichts dieser essentiellen Bedeutung, die die Arbeit im Marx'schen Menschenkonzept einnehme, erstaune es Hannah Arendt, dass die Revolution die Aufgabe haben soll, von der Arbeit zu befreien, um die künstlerische, wissenschaftliche, etc. Ausbildung der Individuen stattdessen zu fördern.<sup>327</sup> Diesen von Marx konstatierten Bindungsverlust zwischen den Menschen stelle auch Tocqueville als negatives Merkmal der modernen Gesellschaft fest und wie jener sei er überzeugt, dass die mit der Demokratisierung verbundene Entstehung des materialistischen Strebens die für den Einzelnen Sicher- und Geborgenheit gebende, aber auch menschliche Beziehungen stiftenden Bindungen der Aristokratie zusammen mit dieser zerstört worden sei, so dass er mit seinen Mitmenschen nur noch durch Interessen, aber nicht mehr durch Gedanken verbunden sei. Uneinigkeit herrsche jedoch zwischen den beiden Philosophen über die Möglichkeiten diesen Zustand zu verbessern: Marx löse dieses Problem in einer zukünftigen Gesellschaft ohne Arbeitsteilung und Privateigentum, in der sich der wahre Mensch entfalten könne, während Tocqueville glaube, die Bürger müssten aktiviert werden, sich in freiwilligen Vereinigungen zusammenschließen, um sich hier mit öffentlichen Angelegenheiten zu befassen und so wenigstens hin und wieder aus ihrer Selbstschau herausgerissen zu werden und sie müssten im Gegensatz zur marxischen Lehre gläubig bleiben, um sich die Freiheit zu erhalten und nicht hörig zu werden, denn der nach dem unendlichen, unsterblichen verlangende Mensch werde ohne Religion zu einem Entfremdeten und Gefährdeten, weil die dann auftretenden Zweifel seine Seele zerstören und gleichzeitig die den Despotismus fördernden ausschließlichen Neigungen zum Wohlergehen gemäßigt würden.<sup>328</sup>

Eine Gegenüberstellung der beiden Denker erscheine Dittgen auch im Bereich der *Methodik* fruchtbar zu sein, obwohl diese Thematik im 19. Jahrhundert weitgehend unbekannt gewesen wäre und sowohl Tocqueville als auch Marx sich daher nur vereinzelt über ihre methodische Vorgehensweise geäußert hätten. Der Letztere hätte in der kritischen Auseinandersetzung mit Hegel seine dialektische Methode entwickelt, die anders als sein Lehrer die ursprüngliche Realität - das wahrhafte Sein - nicht in der sich im subjektiven Geist subjektivierten Idee sehe und das dingliche oder sinnliche Sein zum entfremdeten Selbstbewusstsein erkläre, sondern vielmehr im Materiellen, für ihn also in den Produktionsver-

---

<sup>327</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Dittgen, Herbert: Politik zwischen Freiheit und Despotismus, S. 50 - 55

<sup>328</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Dittgen, Herbert: Politik zwischen Freiheit und Despotismus, S. 55 - 60

hältnissen, weil diese den sozialen, politischen sowie geistigen Lebensprozess bestimmen würden, während das Ideelle lediglich die im Menschenkopf umgesetzte Form dieser darstelle. Marx sehe es daher als seine Aufgabe an, nach den Gesetzen zu suchen, die die Entwicklung des Materieaustausches zwischen Mensch und Natur beschreiben, weshalb die zentralen Kategorien für ihn die Produktion und das Kapital seien. Analog der biologischen Abstammungslehre gehe er bei seiner Suche davon aus, dass die höher entwickelte Stufe Aufschluss über die niedrigere gebe, d.h. die organisatorisch und produktionstechnisch am weitesten fortgeschrittene bürgerliche Gesellschaft könne Erkenntnisse über Produktionsformen vergangener Ordnungen liefern. Das dialektische seiner Methode vollziehe sich in seiner Kritik der realen Verhältnisse, indem er durch bestimmte Negation ihre Entstehungsursachen aufdecke und auf diesem Wege nicht nur die Voraussetzungen für ihre Überwindung angeben könne, sondern auch einen sicheren Blick in die Zukunft erhalte. Aufgrund des Umstandes, dass Marx glaube, Geschichte und Politik lasse sich nur aus wirtschaftlichen Zusammenhängen heraus erklären und die Erstere unterliege ganz bestimmten Gesetzmäßigkeiten, hält es Dittgen für richtig, wenn Karl Popper dessen Methode als «ökonomischen Historizismus» bezeichne.<sup>329</sup>

Während Marx den jeweiligen Stand der Produktionsweise sowie die Produktionskräfte für den Gesellschaftszustand einer Epoche verantwortlich mache, untersuche der nach Wilhelm Dilthey größte Analytiker seit Aristoteles und Machiavelli, der auch zu den Begründern der modernen Soziologie gezählt werden könne, alle wichtigen Bereiche der Gesellschaft und hier v.a. den Bürger, mit seinen Vorurteilen, Gewohnheiten, Leidenschaften, Gefühlen sowie Anschauungen und entwerfe das Bild einer politischen Kultur. Hierbei sei für Tocqueville das alles beherrschende soziale Strukturelement die Gleichheit, aber er betone, dass dies keineswegs die einzige Ursache für die Geschehnisse seiner Zeit sei, sondern Einflüsse wie Landesbeschaffenheit, Herkunft der Bewohner oder Bildung und Sitten würden ebenfalls eine entscheidende Rolle spielen, wie man am Beispiel der Vereinigten Staaten sehe. Da er den Demokratiesierungsprozess für unabwendbar hält, beschäftigt er sich im 1. Band seines Amerikawerkes mit den Auswirkungen dieser demokratischen Revolution auf die Gesetze und politischen Sitten und im 2. mit ihren Auswirkungen auf Gefühle und Anschauungen der Bürger und bedient sich hierzu wie Montesquieu der vergleichenden Methode, um wie letzterer erklären zu können, weshalb eine Gesellschaft gerade diese und nicht andere Merkmale aufweist. Dieser Vergleich Tocquevilles zwischen der amerikanischen und französischen Gesellschaft weist von der Methodik bereits auf die komparative Sozial- und Kulturanalyse bei Max Weber hin, der nach Angaben seiner Frau die Schriften des Franzosen gekannt habe. Allerdings beschränke sich die Methode des Letzteren nicht nur auf die Empirie, sondern sei in ein normatives Konzept eingebunden, in dem es dem Denker darum gehe, die essentiellen Bedingungen von Freiheit und Gerechtigkeit auch im Zeitalter der Demokratie zu bewahren und nicht bloße Kritik zu üben oder den Zustand einer Gesellschaft aufzuheben - ein Liberaler neuer Art, wie sich Tocqueville in einem Brief an seinen Freund Eugène Stoffels bezeichne.<sup>330</sup>

Was die *Soziologie der bürgerlichen Gesellschaft* betreffe, so tauchten bei beiden Denkern die Begriffe der Klasse sowie der Entfremdung auf, auch wenn der letztere Ausdruck selbst von Tocqueville nicht verwendet werde. Die Benutzung des Klassenbegriffs durch die beiden Theoretiker ist im 19. Jahrhundert zunächst nichts ungewöhnliches, wie Marx selbst in einem Brief an Joseph Weydemeyer feststelle, denn sowohl bei den Physiokraten

---

<sup>329</sup> vgl. zu den gesamten Ausführungen dieses Absatzes: Dittgen, Herbert: Politik zwischen Freiheit und Despotismus, S.61 - 64

<sup>330</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Dittgen, Herbert: Politik zwischen Freiheit und Despotismus, S. 65 - 70

als auch bei Saint-Simon, der in der Französischen Revolution die Ursache für den Übergang von der Drei- zur Zweiklassengesellschaft sehe, sei dieses Wort bereits in Gebrauch. Dittgen stellt sich nun der bisherigen Beurteilung der Literatur entgegen, die eine im wesentlichen gleiche Benutzung des Begriffes bei Marx und Tocqueville annehme, denn während der Erstere Klassen sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht aufgrund ihrer Stellung im Produktionsprozess als Proletariat und Bourgeoisie bezeichne, erfolge die Einteilung bei dem Letzteren aufgrund der Lebensweise und Einkommenshöhe in eine Klasse der Reichen, eine weitere, die nicht reich sei, aber in Wohlstand lebe sowie eine letztere, die besitzlos sei und lediglich von ihrer Hände Arbeit existiere, wobei er jedoch im Bereich der Wirtschaft ähnlich wie sein deutscher Zeitgenosse zwischen Herr und Arbeiter unterscheide. Er spreche hier sogar von der Bildung einer neuen Aristokratie, allerdings mit der Einschränkung, dass jegliche inneren Bande wie sie zwischen Feudalherren und Versallen existierten, fehlen würden - ein Mangel, den auch Marx erkenne, weil eine Beziehung der Menschen untereinander bei ihm nur noch über das Geld bestehe. Trotz dieser Ähnlichkeiten fehle es Tocquevilles Klassenbegriff an der historisch-politischen Dimension, denn er glaube nicht, dass die politische Macht denjenigen gehöre, die auch die Produktionsmittel besäßen und die später - so Marx' Theorie - durch eine proletarische Revolution gestürzt werden würden, sondern er prognostiziere eine ökonomisch-sozial ungleiche, aber politisch gleiche Gesellschaft, für die die Gefahr der Knechtschaft bestehe, sobald die Freiheit nur noch als ökonomische Freiheit verstanden werde. Während Marx somit den Konflikt allein bei den vorgeschichtlichen Gesellschaften ansiedle und in der darauffolgenden kommunistischen Gemeinschaft einen generellen Konsens annehme, sehe Tocqueville in einem solch vollständigen Konsens die Gefahr des Despotismus und halte sowohl Konsens als auch Konflikt zwischen den Klassen sowie Institutionen für erforderlich.<sup>331</sup>

Die bei Hegel im Bewusstsein stattfindende Entfremdung, gebe es für Marx lediglich noch in ganz realer Form als durch die kapitalistische Arbeitsorganisation verursachte Entfremdung des Arbeiters von seinem Produkt, seiner Gattung, dem Akt der Produktion sowie seinen Mitmenschen - ein Phänomen das auch Tocqueville kenne, allerdings nur in den beiden zuletzt genannten Ausprägungen: Für ihn treibe die Liebe zum wirtschaftlichen Wohlergehen die Menschen in die Industrie, wo sie durch die Spezialisierung auf eine bestimmte Betätigung ihre allgemeine Fähigkeit zur geistigen Leitung der Arbeit verlören, d.h. auch er sehe die Arbeitsteilung als zerstörerisch an, ohne ihr jedoch in seiner Gesellschaftsanalyse eine so zentrale Rolle wie sein deutscher Zeitgenosse zuzuordnen. Entfremdung stelle der Franzose jedoch ebenfalls in den zwischenmenschlichen Beziehungen fest, die ihre Ursache jedoch anders als bei Marx nicht in der Trennung der lebendigen Arbeit vom Eigentum habe, sondern in den die Vereinzelung bzw. die eigenen Interessen fördernden Gleichheitsbestrebungen. Einig seien sich die beiden Denker aber wieder, dass das einzige noch einigende Band zwischen den Individuen ökonomischer Natur sei, während ein politisches nicht mehr existiere, doch entgegen Tocqueville, welcher eine neue, heute in Form von Einsamkeit sowie Beziehungslosigkeit tatsächlich eingetretenen Art des Despotismus vorhersage, der sich durch eine bloße Konzentration des Einzelnen auf sich, seine Familie und seine Freunde kennzeichne, sei Marx davon überzeugt, dass die Menschen zu ihrem wahren Dasein als Gattungswesen in naher Zukunft finden werden würden.<sup>332</sup>

Als Tocqueville 1831 Amerika bereist hätte, hätte er einerseits erwartet, dort die Geschichte der ganzen Menschheit in geballter Form kennenzulernen, andererseits hätte er aber auch die Demokratie erfahren und sehen wollen, was sie mitsichbringe. Seine erste Erwar-

---

<sup>331</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Dittgen, Herbert: Politik zwischen Freiheit und Despotismus, S. 71 - 78

<sup>332</sup> vgl. zu den Ausführungen: Dittgen, Herbert: Politik zwischen Freiheit und Despotismus, S. 78 - 83

tung hätte sich nicht erfüllt, denn er hätte eine aus gleichen Elementen zusammengesetzte, in sich homogene Gesellschaft vorgefunden, die sich gleich gekleidet, gesprochen, gedacht, vergnügt, etc. hätte, aber andererseits hätte er in dem Land, in dem die soziale Revolution am weitesten fortgeschritten wäre, feststellen können, dass die politische Freiheit trotz fortschreitender Gleichheit unter den Menschen sowie vorherrschender Wohlstands- und Wohlstandsliebe erhalten geblieben wäre, weil die Bürger durch die Selbstverantwortung in den Gemeinden, durch die Lösung wichtiger Probleme in Vereinen, durch freie Parteien sowie die öffentliche Meinung gelernt hätten, ihre gemeinsamen Angelegenheiten aktiv zu regeln und so die Tugend der Gerechtigkeit und Freiheitsliebe lernen. Auf diese Weise hätten die Amerikaner den Verwaltungsdespotismus gebannt, aber er hätte am Paradigma der Vereinigten Staaten auch die Gefahr gesehen, dass der große Einfluss der Mehrheit sich in den demokratischen Staaten auch in eine Tyrannei verwandeln könne. Die Erwartungen von Karl Marx bezüglich der Neuen Welt, die er nur aus Berichten Dritter gekannt hätte, seien demgegenüber ganz anders: er hätte gehofft, dass dieses Land mit seinem starken Zuwachs an Arbeitern, v.a. aber mit seiner weltweit höchsten industriellen Entwicklung die proletarische Revolution in Gang setzen würde, denn nach dem erfolglosen politischen Aufbruch im Jahre 1848 hätte er eine solche nur noch unter fortgeschrittenen technischen und ökonomischen Bedingungen für möglich gehalten, d.h. wenn die Produktionskräfte der bürgerlichen Gesellschaft voll entwickelt seien und der Widerspruch zu den Produktionsverhältnissen so groß sei, dass sie gesprengt werden müssten. Dittgen merkt in diesem Zusammenhang an, dass Tocqueville, der die Revolutionsgefahr in Amerika sehr gering einschätzte und eine solche nur im Zusammenhang mit der Schwarzenproblematik für möglich gehalten hätte, eine reellere Einschätzung der Situation gehabt hätte als sein deutscher Kollege.<sup>333</sup>

Obwohl Dittgen sowohl Tocqueville mit seinen «Souvenirs» und seinem «Ancien Régime» als auch Marx mit seinem «18. Brumaire» und seinen «Klassenkämpfe in Frankreich» als brillante Historiker einordnet, so gehört für ihn, wie auch für Carl Schmitt, der Erstere mit seinem ungetrübten Blick für die wirkliche Welt in die Reihe der großen Geschichtswissenschaftlern wie Burckhardt, Ranke oder Mommsen, während der Letztere durch seine Prämisse, der Klassenkampf sei der einzige Promotor der Geschichte sowie seine Hoffnung auf das baldige Einsetzen der Revolution zu einem verkrampften und verzerrten Urteil komme und daher nicht die Größe der anderen Wissenschaftler besitze.<sup>334</sup> In seinem Vergleich des *geschichtlichen Aspekts* stellt der Verfasser zunächst fest, dass beide Denker für die Zukunft einen Klassenkampf zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden prognostizieren würden, wobei das Privateigentum den zentralen Konflikt darstelle und ihrer Ansicht nach in der weiteren Entwicklung abgeschafft werde. Ihre Einigkeit sei aber nicht mehr gegeben, wenn es sich um die Bedeutung dieser Entwicklung für die kommenden Gemeinschaften handle, denn Marx sehe das Eigentum des Einzelnen als Ursache allen Übels an und sei überzeugt, dass mit seinem Verschwinden auch die Antagonismen in der Gesellschaft ihr Ende finden würden, während Tocqueville bereits einen Monat vor der Februarrevolution im Jahre 1848 die Gefahr erkannt hätte, die der Freiheit durch einen solchen Konflikt gedroht hätte und die unbesorgten Parlamentarier gewarnt hätte, dass dessen Inhalte die Massen erfassen werden würde und in der Folge zu den furchtbarsten Revolutionen führen müsste.<sup>335</sup>

Obwohl Tocquevilles Geschichtstheorie häufig in die Nähe einer deterministischen Auffassung gerückt werde, wie es der historische Materialismus von Marx sei, mache er in sei-

<sup>333</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Dittgen, Herbert: Politik zwischen Freiheit und Despotismus, S. 84 - 90

<sup>334</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Dittgen, Herbert: Politik zwischen Freiheit und Despotismus, S. 91 - 92

<sup>335</sup> vgl. zu den Ausführungen: Dittgen, Herbert: Politik zwischen Freiheit und Despotismus, S. 92 - 94

nen Souvenirs deutlich, dass er absolute Systeme, die den Gang der Geschichte von großen, schicksalhaft miteinander verketteten Grundursachen abhängig machen würden, verurteile, weil viele bedeutenden historischen Tatsachen nur durch zufällige Umstände erklärt werden könnten, die allerdings zuvor vorbereitet worden seien. Wie Jakob Burckhardt glaube er daher die Geschichte, die lediglich wissenswertes überliefere, nicht im Sinne einer Naturwissenschaft betreiben zu können, so dass die von ihm als unausweichlich prognostizierte Entwicklung der Gesellschaft hin zu mehr Gleichheit nicht absolut ungestaltbar sei, sondern die Menschen es in ihren Händen hätten, ob sie zur Knechtschaft oder in die Freiheit führe. Marx dagegen sei von der „Natur“-Wissenschaftlichkeit seiner materialistischen Geschichtsauffassung überzeugt und formuliere daher objektive vom Menschen nicht beeinflussbare Entwicklungsgesetze, die von einem zielgerichteten Verlauf der Geschichte hin zur kommunistischen Gesellschaft ausgingen, in der die Menschen zum ersten Mal ihr wahres, nicht entfremdetes Wesen zeigen könnten und aufgrund der nun vorhandenen Kenntnis der Gesetzmäßigkeiten diese beherrschen würden. Marx' futuristische Geschichtsdeutung sei ein Zusammenfluss von Aufklärung, Religionskritik und deutschem Idealismus und enthalte sowohl Gedanken von Lessings Schrift «Die Erziehung des Menschengeschlechts», in der er die Erwartung formuliert werde, dass ein Reich der Vernunft, menschlichen Selbstverwirklichung sowie erfüllten christlichen Offenbarung komme, als auch der hegelschen Dialektik, die nach ihrem Schöpfer bereits ihre letzte Stufe, d.h. die Rückkehr des Geistes zu den Begriffen, erreiche.<sup>336</sup>

Beim Thema der Revolutionen und Evolutionen sei Marx 1848, aber auch noch 1871, davon überzeugt, dass das Proletariat nur durch einen gewaltsamen, blutigen Aufstand an die Macht gelangen könne und revidiere diese These erst, nachdem seine Prognosen über eine baldige Revolution sich nicht eingestellt hätten: von nun an halte er in Ländern mit entwickelten Parlamentarismus wie Amerika und England einen Sturz der Bourgeoisie auf gesetzlichem Wege für möglich. Tocqueville dagegen sei ein Gegner der für ihn lange vor den Ereignissen von 1789 beginnenden und auch mit dem Aufruhr im Februar 1848 nicht beendeten Revolution, die allerdings notwendig sei, wenn die gesellschaftlichen und politischen Institutionen sich dem Prozess der Demokratisierung nicht anpassen würden. Ihre Ursachen lägen für den Franzosen in der Diskrepanz zwischen Reichtum und Bildung des Großbürgertums einerseits und der moralischen Einflusslosigkeit der Kirche sowie der tatsächlichen Machtlosigkeit und Erniedrigung des Adels andererseits, aber auch in der Realitätsferne der abstrakte und logische Systeme entwerfenden Schriftsteller, die mit ihren sozialistischen Theorien später die Leidenschaften erregen würden.<sup>337</sup>

Mit Marx beginne die Geschichtsphilosophie den technischen Fortschritt, mit Hilfe dessen, aber auch der Wissenschaft, sich seiner Ansicht nach jegliche Probleme in der Welt lösen lassen, als Ursache für den gesellschaftlichen Fortschritt anzusehen und verlässt damit den auch für Tocqueville gültigen Geist des 18. Jahrhunderts, der vom Fortschritt des Menschen im Zusammenhang mit moralischer Vervollkommnung und Festigung der Sitten sprach und nicht den Zuwachs an äußeren Zivilisationsgütern meinte. Dementsprechend erkennt der französische Denker zutreffend, dass mit der Technik auch Erniedrigung und Rückkehr des zivilisierten Menschen zum Wilden verbunden ist, zudem sieht er für die demokratische Revolution die Gefahr des Rückfalls in den Despotismus, was nicht mit dem Glauben an einen Fortschritt vereinbar ist. Für ihn als letzten Denker nach Rousseau und Montesquieu sind die Sitten, die seiner Meinung nach die alleinige widerstandsfähige und dauerhafte Macht in einem Volk darstellen, ebenfalls Mittelpunkt seiner politischen Theorie und Religion sowie Politik sind die dem Menschen helfenden Grundlagen, um

<sup>336</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Dittgen, Herbert: Politik zwischen Freiheit und Despotismus, S. 95 - 101

<sup>337</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Dittgen, Herbert: Politik zwischen Freiheit und Despotismus, S. 102 - 106

beim stets fragilen Fortschritt die Kunst der Vereinigung zu entwickeln und zu vervollkommen.<sup>338</sup>

Seit Platon und Aristoteles war die Philosophie in die zwei unterscheidbaren Gegenstandsbereiche Theorie, die sich mit dem Göttlichen befasste, und Praxis, die sich der menschlichen Welt widmete, aufgeteilt und hatte jeweils spezifische Erkenntnisziele und Gewissheitsarten, doch für Marx, aber auch für Tocqueville, wird die Theorie potentiell zum Wirkfaktor in der Geschichte: Laut dem Ersteren hat die Theorie den Anspruch auf Verwirklichung, was allerdings zugleich ihre Aufhebung bedeutet, d.h. Theorie und Praxis stehen bei ihm in einem dialektischen Wechselverhältnis, wobei die Letztere entgegen der Tradition den Vorrang habe; bei dem Zweiteren würden für richtig geltende Theorien unvermeidlich zu Leidenschaften und Taten.<sup>339</sup>

Nachdem Dittgen nun auf die neue Ausgestaltung der Philosophie durch Tocqueville und Marx eingegangen sei, wende er sich im Folgenden den von den beiden Theoretikern formulierten Prognosen zu, wobei er sich nicht auf die bei Zeitgenossen weniger erstaunlichen Ähnlichkeiten, sondern auf die grundlegenden Unterschiede konzentrieren möchte. So hält er zunächst fest, dass die aufgrund tiefgreifender Analysen gewonnenen Prognosen Tocquevilles, in denen er die für sein Gesamtwerk unbedeutende Vorhersage einer amerikanischen und russischen Weltherrschaft mache, sowie die Einsamkeit, Beziehungslosigkeit und den durch diese sowie fehlendes öffentliches Engagement hervorgerufenen und die demokratischen Gesellschaften bedrohenden neuen Despotismus als Zukunft der Gesellschaft annehme, in unserer heutigen Zeit eingetreten seien, während die durch eine deterministische Geschichtsauffassung verzerrten Zukunftsaussagen von Marx, wie etwa die von ihm mit fast jeder Krise erwartete proletarische Revolution, sich nicht bewahrheitet hätten. Recht habe der französische Denker auch mit seinem für die Zukunft prognostizierten zentralistischen Staat behalten, der eine omnipotente Bürokratie besitze, wohingegen Marx' Zukunftsvorstellung eines Verschwinden des Staates nicht eingetroffen sei. Dittgen merkt zu diesem Themenkomplex noch an, dass Raymond Aron Marx' Analyse für die europäische Gesellschaft der 30er Jahre und diejenige Tocquevilles für die Zeit nach 1945 als zutreffend eingestuft habe, nicht ohne noch anzumerken, dass der kritische Rationalismus grundsätzlich die Unmöglichkeit der Aufstellung historischer Gesetze festgestellt habe, die der deutsche Philosoph allerdings versucht habe zu entdecken, während Tocqueville nur auf Gefahren aufmerksam habe machen wollen, um den Menschen ihre die Handlungsfreiheit für die Zukunftsgestaltung zu bewahren.<sup>340</sup>

Einen weiteren Unterschied der beiden Denker sieht Dittgen in ihrer Beurteilung des Verhältnisses von Politik und Geschichte und damit in der Frage nach dem Handlungs- und Freiheitsspielraum des Menschen im geschichtlichen Prozess. Karl Marx gehe in einer verhängnisvollen Verwechslung und Vermischung von Politik und Geschichte, so Hannah Arendt, davon aus, dass der von ihm beschriebene Geschichtsverlauf mit zwingender Notwendigkeit eintreten müsse, wodurch auch das Handeln des Menschen nur innerhalb dieser vorgezeichneten Bahn erfolgen könne, wobei er vergesse, dass die Geschichte nur von vergangenen Handlungen der Menschen erzähle und dass das menschliche Handeln allein durch Natalität und Mortalität beschränkt werde. In der Folge sei dann auch erst mit der Auflösung des Politischen in einer kommunistischen Gesellschaft menschliche Freiheit möglich. Tocqueville erkläre die Attraktivität dieser Notwendigkeitslehren mit der anonymen egalitären Gesellschaftsordnung, in der die Menschen mangels Einwirkung Einzelner

---

<sup>338</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Abschnittes: Dittgen, Herbert: Politik zwischen Freiheit und Despotismus, S. 106 - 109

<sup>339</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Dittgen, Herbert: Politik zwischen Freiheit und Despotismus, S. 109 - 112

<sup>340</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Dittgen, Herbert: Politik zwischen Freiheit und Despotismus, S. 112 - 117



glauben würden, Gemeinschaften gehorchten einer höheren, sie beherrschenden Kraft, aber er halte sie für falsche und feige Lehren, aus denen stets nur schwache und kleinmütige Nationen hervorgegangen seien und glaube daran, dass der Mensch die Freiheit habe, sein Schicksal selbst zu gestalten, auch wenn ihm durch die nicht zu verhindernde soziale Revolution eine gewisse Grenze gezogen sei. Der Politik komme dabei in diesem Zusammenhang wie in der Antike die Funktion zu, diese menschliche Freiheit zu ermöglichen. Für Dittgen ist es möglich, Tendenzen und Entwicklungsrichtlinien in der Geschichte zu analysieren, aber er lehnt es ab, Gesetzmäßigkeiten und einen vorgegebenen Sinn, der sich erst bei einem abgeschlossenen Vorgang offenbaren könne, in der Geschichte anzunehmen; darüber hinaus hält er es für ein großes Maß an Hybris, dass eigene Jahrhundert als das auserwählte, kurz vor der Vollendung stehende anzusehen.<sup>341</sup>

Der vorletzte Aspekt in Dittgens Arbeit befasst sich mit dem Themenkomplex **Freiheit und Demokratie** und versucht hier die beiden Denker vergleichend zu analysieren. Hierbei kommt er zunächst auf das Verhältnis von Freiheit und Gleichheit zu sprechen, das für Tocqueville zwar spannungsgeladen, aber nicht gegensätzlich sei, weil die Letztere die Tendenz zur Atomisierung und Individualisierung der Gesellschaft, zur Zentralisierung von öffentlicher Gewalt und Verwaltung sowie zur Tyrannei der Mehrheit habe und damit auf einem verborgenen, aber sicheren Weg zur Knechtschaft führen könne; Marx dagegen lehne den Begriff der Gleichheit als bürgerlich und ideologisch verdächtig ab, beschreibe aber gleichzeitig als Ziel der Geschichte die kommunistische Gesellschaft, in der die Gleichheit der Bedingungen vollkommen verwirklicht sei, die er wiederum als unbedingte Voraussetzung der Freiheit ansehe. Um eine solche gesellschaftliche Ordnung zu erreichen, müsse zuvor eine diktatorische Phase des Proletariats durchlaufen werden, das mit despotischen Maßnahmen an die Macht gelangen solle, wobei dem deutschen Theoretiker nicht bewusst werde, dass Diktaturen keinen ökonomischen Gesetzen gehorchen und auch niemals zeitlich begrenzt seien.<sup>342</sup>

Im Zusammenhang mit diesem Themenkomplex stehe für Dittgen auch der Sozialismus, der für Marx die Übergangsphase zum Kommunismus darstelle und der eine Diktatur des Proletariats nach dem Vorbild der Pariser Kommune beinhalten solle, aber für seinen französischen Kollegen eine neue Formulierung der Knechtschaft darstelle, der mit der Demokratie lediglich den Begriff der Gleichheit gemeinsam habe. Tocqueville kennzeichne den Sozialismus Saint-Simons und Proudhons, da er die Schriften von Karl Marx wahrscheinlich nicht gekannt habe, mit einem nachdrücklichen, ständigen und übersteigerten Appell an die materiellen menschlichen Begierden, mit einem Angriff auf das persönliche Eigentum und - was ihm am wichtigsten sei - mit einem tiefen Misstrauen gegenüber der Freiheit sowie der Vernunft des Menschen, die jener verachte, aber gleichzeitig in jeder Lebenslage wie ein Herr leite.<sup>343</sup>

Gesonderte Erwähnung finde hier auch der Begriff der Freiheit, der bei beiden Philosophen eine zentrale Rolle spiele, ohne jedoch von diesen im gleichen Sinne benutzt zu werden. Er bestehe für den französischen Aristokraten darin, dass der gesamte Bereich, der sich ausschließlich auf den Bürger selbst beziehe, von ihm allein, also unabhängig von seinen Mitmenschen, gestaltet werden könne sowie im politischen Bereich darin, dass ihm das Recht gegeben sei, aktiv am Entscheidungsprozess teilzuhaben, wohingegen der deutsche Denker darunter die Emanzipation von der Religion, von der Klassenherrschaft und damit auch von der Herrschaft und Macht im Allgemeinen verstehe. Mit anderen Worten sei Freiheit

---

<sup>341</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Dittgen, Herbert: Politik zwischen Freiheit und Despotismus, S. 117 - 123

<sup>342</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Dittgen, Herbert: Politik zwischen Freiheit und Despotismus, S. 124 - 127

<sup>343</sup> vgl. zu diesem Abschnitt: Dittgen, Herbert: Politik zwischen Freiheit und Despotismus, S. 127 - 130

beim Ersteren die Freiheit zu etwas, die institutionell gesichert werden und im konkreten Bürger verankert sein müsse, während sie bei Marx die Freiheit von etwas sei, die nur nach dem Absterben des Staates, also des Politischen, vorhanden sei und so bestehe ein Gegensatz zwischen dem von historischen und politischen Erfahrungen geprägten politischen Denker Tocqueville und dem unpolitischen von Institutionsferne und Geschichtsphilosophie gekennzeichneten philosophischen Denker Marx.<sup>344</sup>

Schließlich wendet sich der Verfasser dem unterschiedlichen Demokratieverständnis der beiden Theoretiker zu, das sich bei Marx als eine vom hegelschen Verständnis getragene Definition äußere und bei Tocqueville in einer an der Wirklichkeit orientierten Begriffsbestimmung: Als die über allen anderen stehende Verfassungsform, in der sich die von ihm an Hegel kritisierte Trennung von Staat und Gesellschaft aufhebe, sehe sie Marx - Tocqueville als einen Gesellschaftszustand der Gleichheit, aber auch ganz im Sinne von Aristoteles als eine bloße Staatsform. Die Demokratie hänge für den Franzosen auch eng mit der Freiheit zusammen, aber dennoch drohe Letzterer in dieser Ordnung die Gefahr des Verwaltungsdespotismus, d.h. die Bürger würden nur noch in ihrer Privatsphäre leben, während das politische Leben mangels vermittelnder Körperschaften zwischen der durch die Gleichheitsbestrebungen entstandenen Zentralgewalt und dem Volk erloschen sei, die Bürokratie anwachse und die Unabhängigkeit des Einzelnen durch den Daseinsvorsorge-Staat untergraben werde. Obwohl er diese Tendenz zum Verwaltungsdespotismus klar formuliere, halte er diese Entwicklung nicht für zwingend und wolle mit seinem Demokratiebuch hiervor warnen, gleichzeitig aber auch institutionelle Vorschläge geben, wie Dezentralisierung, lokale Selbstverwaltungskörperschaften sowie horizontale Gewaltenteilung, dieses verhindern könnten. Ein dauerhafter Erfolg solcher Einrichtungen scheinere Tocqueville allerdings nur dann möglich, wenn die durch Erwerbsstreben und Liebe zum materiellen Wohlergehen gefährdete Freiheit in den Sitten eines Volkes verankert sei, womit er als letzter nach Philosophen wie Platon, Aristoteles, Montesquieu und Rousseau diese Forderung in den Mittelpunkt seiner politischen Theorie stellt. Mit dem Erkennen dieser neuen Art von Despotismus sowie seiner Feststellung, dass in einer klassenlosen Gesellschaft die Bereitschaft zum Glauben an die Masse zunehme, habe er die Ursachen für die freiheitsvernichtende totalitäre Herrschaft des 20. Jahrhunderts analysiert, allerdings ohne diese selbst zu sehen, was aber auch nicht möglich gewesen wäre. Marx dagegen habe mit seiner Prognose völlig geirrt, dass Bürokratie und Zentralismus nur Übergangsphänomene seien und sich die Freiheit von allein einstellen würde, wenn die Produktivkräfte ein Entwicklungsstadium erreicht hätten, das einen Überfluss an Konsum erlaube und die Sitten entgegen der bisherigen philosophischen Tradition keine Rolle mehr spielen würden.<sup>345</sup>

Ein an diesen Themenkomplex angefügter Exkurs lege den großen Einfluss dar, den Tocqueville auf Friedrich Nietzsche und Jacob Burckhardt hatte, während Marx mit keinem Wort in deren Werken Erwähnung finde. So wäre der deutsche Nihilist ebenso wie der französische Aristokrat gegenüber dem Egalisierungs- und Demokratisierungsprozess skeptisch gewesen, hätte in den revolutionären Entwicklungen Europas die Gefahr der Tyrannei und Entwürdigung des Menschen gesehen und den Sozialismus als eine neue Form des Despotismus charakterisiert, auch wenn er in seiner weiteren Auslegung abweichend von Tocqueville die Entwicklung hin zu mehr Gleichheit als Diktatur des Allgemeinen über das Besondere und als Degeneration des Menschen zum Herdentier interpretiert hätte, die Zukunft in der Wiederherstellung der aristokratischen Kultur sehe und Parlament sowie Zeitungswesen als ein Mittel einordne, mit dem das Herdentier sich zum Herrn mache. Der mit Nietzsche bekannte Burckhardt, habe ebenfalls einige Ansichten mit Alexis de Toc-

<sup>344</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Dittgen, Herbert: Politik zwischen Freiheit und Despotismus, S. 130 - 133

<sup>345</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Dittgen, Herbert: Politik zwischen Freiheit und Despotismus, S. 133 - 139

queville gemein: Er lehne nämlich wie dieser die Geschichtsphilosophie sowie die Annahme von Gesetzmäßigkeiten in der Historie als Widersinn ab, der Verwirrung alles Wollens und Strebens bedeuten würde, und habe als Kern seiner Konzeption der neuesten Geschichte den Gedanken, dass die Machtanhäufung eine Gefahr für die Demokratie darstelle. Er gerate aber auch mit dem Franzosen in Widerspruch, weil er das Glück im aristokratischen Ästhetizismus suche, also in der Betrachtung der Größe und Schönheit des Vergangenen. Zusammenfassend hält Dittgen fest, dass sowohl Tocqueville als auch Nietzsche und Burckhardt den Fortschrittsoptimismus des 19. Jahrhunderts, sowie die hegelsche und marxsche Geschichtsphilosophie ablehnen würden.<sup>346</sup>

Der letzte Themenkomplex in Dittgens Buch «Politik zwischen Freiheit und Despotismus» vergleiche die Politikbegriffe der beiden Theoretiker in Bezug auf die *traditionelle praktische Philosophie* von Platon und Aristoteles, die zwischen der Theorie als dem Bereich, der die von den Menschen unabhängigen Disziplinen der Physik, Mathematik, Metaphysik umfasse und der Praxis als dem Bereich, der das zum Menschen gehörende beschreibe, unterscheide, wobei die letztere Forschungsrichtung im neuen Wissenschaftsverständnis durch die Wahrheit der Objektivität, d.h. die empirisch fassbare Realität, verdrängt worden sei. Marx Forderung nach einer Einheit von Theorie und Praxis sowie einer dem Menschen gemäßen Gesellschaft lege nun die Vermutung nahe, er stünde mit seinem Denken in der Tradition der praktischen Philosophie, doch viele der für diese gültigen Prinzipien gälten für den Vater des Marxismus nicht mehr: das bis dahin von äußeren Zwecken unabhängige menschliche Handeln, welches durch Tugend und Ethik geleitet werden sollte, werde zu einem bloßen Reflex ökonomischer Bedingungen; die Ökonomie bestimme nicht mehr lediglich die Privatsphäre, sondern auch das Politische; seine Philosophie lege auch nicht mehr das Wünschbare fest, sondern weiß vielmehr, dass die Zukunft die kommunistische Gesellschaft bringen werde; diese neue Ordnung bedürfe dann auch entgegen der Tradition keinerlei Politik, da an die Stelle der Regierung von Menschen die Verwaltung von Sachen sowie die Leitung des Produktionsprozesses trete; schließlich sei für ihn Gewaltherrschaft Geburtshelfer der Geschichte und zentrales Charakteristikum aller vorgeschichtlichen Gesellschaften, während der praktischen Philosophie diese Herrschaftsform als die Schändlichste gegolten hätte. Tocqueville fordere wegen der völlig neuartigen Gefahren, die die demokratische Entwicklung mitsichbringe, eine neue politische Wissenschaft, deren Thema die Gefährdung der Freiheit sei und die die Aufgabe habe den Bürger vor den neuen Gefahren zu warnen und institutionelle Sicherungen zu erforschen, so dass sich ihre Blicke in die Zukunft richten, allerdings ohne den Menschen die Heilserwartungen von Marx in Aussicht zu stellen. Wie die praktische Philosophie möchte er eine freie, gerechte und in dauerhaft ruhigem Zustand lebende Republik, wobei auch für ihn die Sitten die entscheidende Rolle für die Erreichung einer solchen Gemeinschaft spielen würden.<sup>347</sup>

In seiner endgültigen Zusammenfassung hebt Dittgen noch einmal die brillante Gefahrenanalyse Tocquevilles für das demokratische Zeitalter hervor und stellt die Verhaftung von Marx in der Geschichtsphilosophie Hegels fest, die unter dem Diktat der Notwendigkeit stehe. Trotz seiner Hervorhebung Tocquevilles betont er ausdrücklich, dass die Verdienste Marx' bezüglich der Arbeiterbewegung sowie seine ökonomischen Analysen nicht zur Diskussion stünden, vielmehr habe er zeigen wollen, dass die Politikbegriffe beider Denker am Ende einer langen Tradition politischen Denkens stehen und sogar radikal mit dieser

---

<sup>346</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Dittgen, Herbert: Politik zwischen Freiheit und Despotismus, S. 139 - 146

<sup>347</sup> vgl. zu den gesamten Ausführungen dieses Absatzes: Dittgen, Herbert: Politik zwischen Freiheit und Despotismus, S.147 - 154

brechen würden, wobei jedoch nur der deutsche Philosoph den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Freiheit und Despotismus aufhebe, indem bei ihm Revolution und Diktatur des Proletariats zu einer wahrhaft freien Gesellschaft führen würden. Auch wenn die Analysen ihrer Zeit weitgehende Parallelen aufwiesen, so sei einerseits ihre Intention verschieden, denn Marx suche und formuliere Gesetzmäßigkeiten der Geschichte und könne so die Zukunft vorhersagen, Tocqueville dagegen wolle lediglich zukünftige Gefahren warnend für den Leser aufzeigen mit dem Ziel, die Handlungsfreiheit der Bürger zu sichern und den Despotismus zu verhindern; andererseits sei Freiheit für den Deutschen nur möglich, wenn es keine Herrschaft, d.h. auch keine Politik gebe, während diese beiden Komponenten für den Franzosen untrennbar verbunden seien.<sup>348</sup>

Wie in allen vorangegangenen Arbeiten ist auch hier zunächst von Interesse, welche Vergleiche Dittgen bezüglich Alexis de Tocqueville und Karl Marx vornimmt. Zunächst hält er fest, dass beide Theoretiker keine großen Politiker gewesen wären, Tocqueville jedoch mehr Realitätssinn als sein deutscher Zeitgenosse gehabt hätte, dessen Werk aber dafür anders als das des Franzosen im 20. Jahrhundert eine ausgesprochen große Bedeutung haben erringen können. Tocqueville habe unter Anwendung der vergleichenden Methode Montesquieus, die durchaus auch empirisch arbeite, alle wichtigen Bereiche der Gesellschaft untersucht, v.a. aber den Bürger mit seinen Vorurteilen, Gewohnheiten, Leidenschaften, Gefühlen sowie Anschauungen, und habe im Gegenzug zum allmählichen Verschwinden der Aristokratie eine fortschreitende Demokratisierung beobachtet, die nichts anderes als eine zunehmende Gleichheit der Menschen, aber zugleich auch einen Bindungsverlust unter ihnen sowie die Tyrannei der Mehrheit mitsichbringen werde, was zur Knechtschaft, also zum Verlust der eigenbestimmten Privatsphäre sowie Teilnahme am politischen Prozess führen könne, und damit die für ihn ebenso wie für Rousseau bedeutende Freiheit gefährden würde, die nach Ansicht dieser beiden Philosophen nur in einer Tugend besitzenden Gemeinschaft mit Achtung vor dem Recht sowie dem Vorhandensein von Ordnungsgrundsätzen und Gewaltenmäßigkeit bewahrt werden könne. Er strebe also wie die praktische Philosophie nach einer freien, gerechten und dauerhaft friedlichen Republik, die er auch für erreichbar halte, weil die Menschen die Geschichte mitgestalten könnten, allerdings nur, wenn eine Festigung sowie Vervollkommnung der gleichzeitig auch die weiteren Fortentwicklung sichernden Sitten gewährleistet sei. Angesichts der neuen Gefahren im demokratischen Zeitalter fordere er allerdings trotz seiner grundsätzlichen Bejahung der praktischen Philosophie eine neue politische Wissenschaft, deren Thema die Freiheit in der Demokratie sei und die die Bürger auf die Gefahren, der die Freiheit unterliege, aufmerksam machen und institutionelle Sicherungsmöglichkeiten erforschen solle. Marx komme mit seiner wirtschaftliche Gesetzmäßigkeiten formulierenden, dialektischen Methode einerseits zu der von Tocqueville abweichenden Erkenntnis, dass sich die Produktionsprozess arbeitenden Menschen nicht nur vom Akt der Produktion und dem Menschen, sondern auch von ihrem Produkt und seiner Gattung entfremden würden; andererseits stelle er ebenfalls fest, dass die Bindung unter den Menschen durch das Verschwinden der Aristokratie und Aufkommen der Demokratie verloren gehe. Da er nun nicht den Freiheits-, sondern vielmehr den Entfremdungsbegriff Rousseaus teile und wie dieser glaube, dass die Entstehung des Eigentums die den Menschen verderbende bürgerliche Gesellschaft habe entstehen lassen, nehme er an, dass aufgrund der Tatsache, dass der gesellschaftliche Fortschritt an den technischen gebunden sei, eine die völlige Emanzipation verwirklichende, kommunistische Gesellschaft durch eine Revolution kommen werde. Dabei werde für ihn

---

<sup>348</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Dittgen, Herbert: Politik zwischen Freiheit und Despotismus, S. 155 - 157

die Freiheit des Menschen anders als für Tocqueville mit der Gleichheit verwirklicht, die er allerdings gleichzeitig für bürgerlich und ideologisch halte. Da der technische und gesellschaftliche Fortschritt aneinander gekoppelt seien, hätte er anders als der französische Denker Amerika nicht als Forschungsgegenstand für die Demokratie betrachtet, sondern habe gehofft, dass dieses Land mit seinem ständig anwachsenden Proletariat nach dem Misserfolg von 1848 die Revolution auslösen werde. Der dadurch zunächst entstehende Sozialismus, den der französische Denker als eine Form der Knechtschaft betrachte, stelle für den deutschen Theoretiker eine Übergangsphase zu dem von ihm angestrebten Kommunismus dar. Die von Marx im Rahmen seines theoretischen Konzepts vorgenommene Klasseneinteilung sei dabei auch bei Tocqueville zu beobachten, aber er unterscheide anders als der deutsche Theoretiker nur im wirtschaftlichen, nicht im politischen Bereich, in dem die Menschen für ihn gleich seien, zwischen Herr und Arbeiter.

Bei der vorliegenden Arbeit von Herbert Dittgen handelt es sich um eine Arbeit deren zentraler Gegenstand der Vergleich von Alexis de Tocqueville und Karl Marx ist und die in ihrem Tenor zu dem Ergebnis gelangt, dass der im 20. Jahrhundert berühmt gewordene deutsche Denker in Anlehnung an das negative Gesellschaftsbild Rousseaus sowie aufgrund seiner wirtschaftlich-dialektischen Methode eine völlig emanzipierte und damit für die Menschen bessere Gesellschaft als unbeeinflussbaren Endzustand vorhersagte, die die Entfremdung des Menschen beenden und die Freiheit verwirklichen sollte, während Tocqueville die für Rousseau herausragende Freiheit der Menschen in den Mittelpunkt seiner vergleichenden Analysen gestellt hätte, deren nur sehr schwierige Bewahrung er in der von Entfremdung gekennzeichneten und vom Despotismus bedrohten Demokratie durch öffentliches Engagement des Einzelnen habe sichern wollen. Ein Blick in die Literatur, die sämtliche Werke der beiden Denker beinhaltet, zeigt, dass hier eine sehr umfassende Auseinandersetzung mit der Problematik stattgefunden hat. Dabei versucht der Verfasser anders als viele seiner Vorgänger darüber hinaus, diese Gegenüberstellung mehr zu strukturieren, indem er Themenkomplexe formuliert, innerhalb derer er die beiden Theoretiker einander gegenüberstellt. Insgesamt betrachtet, löst sich Dittgen - wie vor ihm übrigens auch Hornung - von der bis dahin sehr selektiven, sich an den «Tatsachen» und Prognosen orientierten Marx-Tocqueville-Forschung und versucht die Aussagen der beiden Denker v.a. von ihren Wurzeln her zu beleuchten, indem er etwa nach der Intention oder dem ihren theoretischen Konzepten zugrundeliegenden Menschenbild fragt. Die Erkenntnisse, die er hierbei gewinnt, dienen nicht der Erforschung eines anderen wissenschaftlichen Bereiches, sondern verbleiben bei der gestellten Problematik, so dass es sich um den ersten ausführlichen Vergleich von Marx und Tocqueville seit dem Beginn der vergleichenden Forschung Mitte/Ende der fünfziger Jahre handelt.

**cc. Nugent, Walter: Tocqueville, Marx, and American Class Structure, 1988**  
(Tocqueville, Marx und die amerikanische Klassenstruktur)

Im Rahmen seines Aufsatzes «Tocqueville, Marx, and American Class Structure» möchte Walter Nugent den Umstand klären, weshalb Amerika während seiner Geschichte eine strukturelle Kontinuität des Verfassungssystems, der kapitalistischen Wirtschaftsform sowie des Zweiparteiensystems aufweise, das keinerlei Aufnahme einer sozialistischen Partei erfahren habe, auch wenn seine Lebensart sich von einer seit 1720 ländlichen, durch die Grenze geprägten Lebensart hin zu einer sich seit 1860 immer stärker durchsetzenden und ab 1920 herrschenden städtischen gewandelt hätte und im Rahmen dieser Entwicklung, die

nicht ohne Arbeiterkonflikte, Unterdrückung, Ungerechtigkeiten und Elend vorsichgegangen sei, den Zuzug von Millionen von europäischen sowie asiatischen Immigranten, aber auch die Wanderung der schwarzen Bevölkerung zwischen 1915 und 1960 in die Städte erlebt hätte. Das einzige Element, das diese strukturelle Konstanz bzw. diese stabilisierende und revolutionsunempfindliche Gesellschaft hätte bewirken können, sei die untere Mittelklasse, die einen großen Teil der Bevölkerung umfasst hätte und umfasse und sich bis heute dadurch kennzeichne, dass sie entweder bereits geringe Besitztümer in ihren Händen habe oder wenigstens die Möglichkeit besitze, solche in ihre Hände zu bekommen. - eine Behauptung, die der Verfasser unter sechs verschiedenen Gesichtspunkten zu diskutieren gedenkt.<sup>349</sup>

In einem ersten Schritt befasst sich Nugent zunächst mit dem Wandel der Mittelklasse, wobei er grundsätzlich überzeugt ist, dass sich die amerikanische Geschichte von 1720 bis heute in drei verschiedene Gesellschaftsperioden einteilen lasse, die alle eine Veränderung des sozialen Charakters, v.a. im Mittelstand, mitsichgebracht hätten und daher eine empirische Grundlage für die Forschung in diesem Wissenschaftsbereich darstellen würden. Im Rahmen seiner Erörterungen konzentriert sich Nugent allerdings auf die Wandlung der Mittelklasse in der mittleren Gesellschaftsperiode, d. h. in den Jahren 1860 bis 1920: Wäre die Lebensweise vor diesem Zeitraum v.a. ländlich geprägt gewesen, so hätte sie sich in diesen Jahren zu einer überwiegend städtischen Gesellschaft hin entwickelt, mit all deren Erscheinungen, wie etwa einer niedrigen Geburtenrate. Verbunden mit diesem gesamtgesellschaftlichen Wandel sei auch eine Abnahme des Bevölkerungszuwachses gewesen, der in den Jahren zwischen 1720 und 1860 von 35% auf 24% gesunken wäre, was darauf zurückzuführen sei, dass dem immer noch starken Wachstum der ländlichen Trans-Missouribereichs an der Grenze, ein bedeutend schwächerer Populationszuwachs in den Industriestädten des Nordostens sowie der Großen Seen, aber auch dem ländlichen Süden gegenübergestanden hätte - ein Diskrepanzverhältnis, das seine Auswirkungen, ja sogar Spannungen, in anderer Hinsicht nachsichgezogen hätte: So hätte es die «greenbackers», später die Populisten, gegeben, die ihre Ansichten in den Städten zu verbreiten versucht hätten, aber mit diesem Unterfangen gescheitert wären, weil Begriffe wie Produzent und Handwerker immer mehr überholt gewesen wären und es durch die Fortschrittsparteien gelungen wäre, städtische Bewohner sowie Farmer mit kleinen Eigentum im politischen System zu etablieren, die ihre «Klientel» nicht proletarisch sondern entsprechend ihrer gesellschaftlichen Stellung behandelt hätten und damit die Natur der in Amerika vorherrschenden Mittelklasse besser getroffen hätten. Darüber hinaus hätte sich durch Wissenschaftler und Intellektuelle wie Richard T. Ely oder John R. Commons eine Sozialphilosophie und eine politische Volkswirtschaftslehre entwickelt, die der städtischen Realität besser gerecht geworden wäre als die Wohlstandsprophezeiungen der Propheten des 19. Jahrhunderts. Anders formuliert: Sie hätten den klassischen Produktionskapitalismus, der den Agrarradikalismus der 1870er sowie 1890er gefördert hätte, durch einen historisch verbesserten «Fabianischen Liberalismus» ersetzt. Zwar wären die Arbeiterkonflikte, die es bereits vor 1893 gegeben hätte und die in den 20er Jahren des folgenden Jahrhunderts unterdrückt worden wären, in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts durch die Großindustrien wieder zurückgekehrt und hätten zur Einführung des fabriklichen Gewerkschaftswesens geführt, auch wenn kaum zwanzig Jahre später die Zahl der Angestellten diejenige der Arbeiter übersteigen sollte, aber die Volkszählung von 1910 – wie Margo Anderson Conk gezeigt habe - hätte nicht mehr nach Klassenbewusstsein kategorisiert, sondern hätte eine am gesellschaftlichen Status orientierte, berufliche Hierarchisierung vorgenommen und auch der Fabianische Liberalismus hätte spezielle amerikanische Formen des Fürsorge-, aber auch

---

<sup>349</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Nugent, Walter: Tocqueville, Marx and American Class Structure, in: Social Science History, Heft 12, 4, 1988, S. 327 - 329

Körperschaftsliberalismus sowie ein Amerikanismus entwickelt, wodurch sich gezeigt hätte, dass die untere Mittelklasse, die bisher v.a. in den ländlichen Regionen zu finden gewesen wäre und sich immer stärker aufgelöst hätte, in der Stadt wiedererrichtet worden sei und zwar ohne größere Konflikte- auch im marxischen Sinne. In den dieser Periode nachfolgenden Jahren sollte die städtische Lebensweise immer mehr Raum gewinnen und der mit ihr verbundene Rückgang des Bevölkerungszuwachses von 24% auf 13 % weiter abnehmen.<sup>350</sup>

Nach diesem Blick auf den Wandel der Mittelklasse und dessen Folgen wendet sich Nugent einigen Definitionen des Klassenbegriffs sowie einigen Klassentheorien zu, wobei er hier zugleich abklärt, ob Marx oder Tocqueville die bessere Prognose der zukünftigen amerikanischen Gesellschaftsstruktur stellten. Er beginnt mit dem Ausdruck Klasse, der so allgegenwärtig, aber dennoch so verschieden und schwer definierbar sei, dass Weber sich zu weiteren Ausführungen bezüglich dieses Begriffs genötigt gesehen und ihn im Kontrast zur gesellschaftlichen Stellung gesetzt hätte, während der polnische, sozialistische Theoretiker Stanislaw Ossowski sich die Mühe gemacht hätte, sechs verschiedenen Arten herauszuarbeiten, in denen Marx und Engels sich des Klassenkonzepts bedient hätten. Auch Karl Marx hätte versucht, den Begriff genauer zu fassen und hätte - wie in Amerika dieser Zeit Henry C. Carey sowie einige Agrarier und Sozialisten - in Anlehnung an Adam Smiths Werk «The Wealth of Nations» zwischen den Erzeugern bzw. Arbeitern, die durch ihre Arbeit den Mehrwert erschufen, und den Nicht-Erzeugern bzw. Kapitalisten unterschieden, die sich den Mehrwert aneignen und deren Produktionsmittel erwerben würden. Zwischen diesen beiden Gruppen des Proletariats und der Bourgeoisie befindet sich die unsichere untere Mittelklasse, die letztlich ihren kleinen Besitz verlieren würde, der Arbeiterschaft gleich werden sowie nach Erkennen ihrer Lage sich dieser anschließen und mit ihr erfolgreich gegen die herrschende Klasse kämpfen werden würde. Dieser ursprüngliche, nicht revidierte Marxismus stoße bei seiner Anwendung auf die sich in der städtischen Phase befindende, amerikanische Gesellschaft auf Probleme, weil einerseits - wie Emil Lederer und Jakob Marschak 1926 bereits festgestellt hätten - eine neue Mittelklasse von anderer Qualität vorhanden gewesen wäre, nämlich die abhängigen, allerdings mit Führungsaufgaben betrauten Angestellten, und andererseits die amerikanischen Arbeiter, die sich dauerhaft geweigert hätten, ein kämpferisches Klassenbewusstsein zu entwickeln, was nach Marx Ansicht aber noch geschehen sollte, wenn der Klassenkonflikt erst augenfällig und verständlich geworden sei, wobei Engels 1886 als u.a. der «Haymarket riot» sowie die «Knights of Labor strikes» gegen Jay Gould ausgebrochen wären, tatsächlich noch geglaubt hätte, die marxische Prophezeiung würde sich erfüllen, doch 1890 seine Hoffnungen diesbezüglich aufgegeben und versucht hätte zu erklären, warum keine Revolution in der Neuen Welt stattfinden würde. Nugent merkt zu diesem Versuch Engels allerdings an, dass Dahrendorf 1957 gesagt hätte, Marx habe ein analytisches Modell des gesellschaftlichen Wandels entwickelt, welches eine große Zahl von Menschen im Urtext oder in der Auslegung durch Lenin, der die gewaltsame Beseitigung der bestehenden Ordnung forderte, durch Gramsci, der sich eine hegemonische Überredung durch einen „historic bloc“ vorstellte, bzw. durch E.P.Thompson, für den die Klasse eine kulturelle, nicht direkt wirtschaftliche Angelegenheit gewesen wäre, überzeugt hätte. Ira Katznelson hätte 1986 versucht, die Distanz zwischen Thompson und dem marxischen Urtext durch eine Gliederung der angesammelten Bedeutungen für den Begriff Klasse in vier Bereiche, u.a. wirtschaftlich und kulturell, zu überwinden, während Stuart Blumin sich Thompson angeschlossen und die amerikanische Klasse, für die wirtschaftliche Bezeichnungen nicht greifen würden, kulturell definiert hätte und unter dieser Prämisse aufgrund der enormen Zunahme der An-

<sup>350</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Nugent, Walter: Tocqueville, Marx and American Class Structure, in: Social Science History, Heft 12, 4, 1988, S. 329 - 330

gestellengruppe seit 1840, aber auch aufgrund der Konsumgewohnheiten des 20. Jahrhunderts zu dem zentralen Paradox gelangt wäre, dass die Mittelklasse in den Vereinigten Staaten sich selbst durch einen gesellschaftlichen Atomismus zusammenhalten würde. Trotz dieser inhaltlichen Ungenauigkeit des Klassenbegriffs, liegt für Nugent selbst das Problem des marxischen Urtextes in einem anderen Bereich, nämlich in der Behauptung, dass sich die Bourgeoisie über ihre Bedürfnisse hinaus Eigentum aneignen würde, was zu einer Verelendung der Arbeiter und in der Folge zur Bildung zweier sich bekämpfender Klassen führen würde.<sup>351</sup>

Ein ganz anderes Bild der amerikanischen Klassenstruktur gebe dagegen Tocqueville in seinem Werk «Über die Demokratie in Amerika», in dem er seine 1830 gemachten Beobachtungen im ländlichen Grenzgebiet des Ohio Valleys festgehalten hätte und die Gesellschaft trotz der vorhandenen, ihn besorgenden Sklaverei sowie des im Norden beginnenden Kapitalismus im Vergleich zu Europa als eine Gemeinschaft von Gleichen eingestuft hätte, in der die Reichen mangels gemeinsamer Gefühle, Ziele, Hoffnungen, Traditionen nicht die für die Bildung einer Klasse notwendigen Gemeinsamkeiten besessen hätten. Trotz ablehnender sowie zustimmender Äußerungen seitens der Geisteswissenschaftler, sei sein Schluss zutreffend, wenn man ihn den zeitlichen Veränderungen anpasse und das Nicht-Vorhandensein bzw. Vorhandensein der Sklaverei berücksichtige. Tocqueville bemerke darüber hinaus, dass die Amerikaner bzw. für Nugent die untere Mittelklasse den Wandel liebten, weil sie zielbewusst, gewinn- und geldsüchtig, aber auch kaufmännisch veranlagt seien und daher versuchen würden, alles zu erlangen, was sie könnten, allerdings Revolutionen hassten, weil sie den von ihnen bereits erreichten - wenn aus geringfügigen Wohlstand - zerstören würden.<sup>352</sup>

In einem weiteren Abschnitt versucht der Verfasser die Mittelklasse, d.h. ihre Mitglieder, die Zugangsmöglichkeiten und die Bourgeoisierung, im Verlauf der amerikanischen Geschichte näher zu beschreiben. Aus einer neueren Studie über die Reichtumsverteilung in den Vereinigten Staaten gehe hervor, dass diese 1774, 1834 - wie auch Tocqueville beobachtet habe - und 1974 ungleich und stark nach Region, Alter, Geschlecht und Rasse differenziert gewesen wäre. 1774 wäre der Landbesitz die am meisten verbreitete, aber nicht die allgemeine Form des Reichtums gewesen, v.a. unter weißen Männern, die die nahezu sichere Aussichten gehabt hätten, sobald sie erwachsen geworden wären, einen solchen zu erlangen. Unter der unteren Mittelklasse versteht Nugent diejenigen mit einem kärglichen Schicksal, zu denen in Zeiten der Grenze (1860) v.a. die Bauern mit ihrem Land, Landarbeiter, Söhne und Töchter von unabhängigen Kleinbauern, die selbst einmal hofften, eine Farm zu bekommen sowie Handwerker mit ihren Werkzeugen und ihrer Arbeitszeit gehört hätten. Bis 1920 hätten sich zu dieser Gruppe Kleineigentümer, Arbeiter und Angestellte mit Eigenheimen sowie Gebrauchsgütern gesellt, die bereits in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts 10 % des gesamten Arbeitskräftepotentials umfassten. Nach 1920 sei eine neue Mittelklasse bestehend aus Staats-, Kommunalbeamten, Gewerkschaftsfunktionären, Technikern, Büroangestellten, niedrigem Führungspersonal in der Großindustrie sowie tausenden von Schreib- sowie Verkaufsangestellten entstanden, doch wie die Historiker Alice Hanson Jones (1980), Michael Katz (1982) und Edward Pessen (1973) auf unterschiedliche Weise dargelegt hätten, sei die Ungleichheit bezüglich Reichtum und Einkommen erhalten geblieben, ebenso wie die von Tocqueville (1840), Chevalier (1834) und Bryse (1891) festgestellte, weite Verbreitung zumindest von geringfügigem Eigentum, das sich allerdings von Land in das gleichwertige Äquivalent Wohnungen, Geräte, Autos, ja sogar

---

<sup>351</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Nugent, Walter: Tocqueville, Marx and American Class Structure, in: Social Science History, Heft 12, 4, 1988, S. 331 - 333

<sup>352</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Nugent, Walter: Tocqueville, Marx and American Class Structure, in: Social Science History, Heft 12, 4, 1988, S. 334



Renten und Kreditlinien gewandelt habe. Die Mittelklasse beinhalte also nicht wie Daniel Rodgers und Mary Ryan meinen die höheren Berufsstände, wie Akademiker, Manager, Priester, Journalisten oder die Reformer der höheren Angestellten aus der Zeit des Fortschritts, sondern sie sei vielmehr eine gesellschaftliche Gruppe, die eine immense Auswahl an Berufen, Reichtümer und Einkommen umfasse, verbunden mit der ursprünglich ländlichen Grenz-Mittelklasse einerseits durch den Besitz von Eigentum, das keinesfalls ertragreich sein müsse, sondern auch bloßes Hauseigentum sein könne sowie andererseits durch die Gleichheit der Chancen, nicht diejenige der Bedingungen, die ihnen die Kontrolle über ihr Leben gegeben und sie zum Mittelstand gemacht hätte. Da also die Kontrolle über die Produktionsmittel, aber auch der berufliche Status für die Zugehörigkeit zum Mittelstand keine Rolle spielten, hätten die Amerikaner auch heute kein proletarisches Bewusstsein entwickeln können und interessierten sich mehr für die Familie als für den Klassenkampf.<sup>353</sup>

Die vierte Problematik, der sich Nugent zuwendet, befasst sich mit der 1906 von Werner Sombart gestellten Frage, warum es in den Vereinigten Staaten keinen Sozialismus gebe, wobei er jedoch nicht auf die von Ira Katznelson in diesem Zusammenhang aufgeworfene spezielle Behauptung eingeht, die Moderne bewirke eine Proletarisierung oder Ausbeutung i.S.d. marxischen Urtextes, weil die Arbeiter weder Besitz noch Kontrolle über die Produktionsmittel oder die Arbeitskraft anderer Arbeiter besäßen und darüber hinaus von nationalen Arbeitsmärkten umgarnt würden, denn vielleicht handle es sich bei der Moderne lediglich um eine von der Geschichte her nicht gestützte Fiktion. Für Sombart nun sei die sich von anderen Ländern unterscheidende amerikanische Klassenstruktur für das Fehlen jeglichen sozialistischen Bewusstseins und des Sozialismus verantwortlich, denn die Arbeiter würden an die kapitalistischen Werte glauben, seien mit ihren relativ hohen Löhnen zufrieden, entwickelten bereits vor der Industrialisierung aufgrund des ihnen gegebenen Wahlrechts weniger Klassenbewusstsein und sähen das Land im Westen als Sicherheit für die Arbeiter im Osten an, wobei dieses letztere Argument in Misskredit gelangt wäre, weil sich die meisten Arbeiter nicht einmal vom Staat angebotenes Land hätten leisten können. Engels hätte sich dieses Phänomen auf andere Weise erklärt, nämlich dadurch, dass sich die Zusammensetzung der Kleinbauern bzw. der unteren Bourgeoisie schnell verändert hätte, etwa weil die Farmer häufig Wanderfarmer mit mehreren Betrieben in verschiedenen Staaten gewesen wären. Ein weiterer, mit dem Wahlrecht zusammenhängender Grund für das fehlende Proletarierbewusstsein sei das allgemeine Rechtssystem insbesondere bezüglich des Eigentums und der Steuern, zu dem zwar nicht alle Zugang gehabt hätten und haben würden, aber das dennoch ein stabiles Einklassensystem sei, weil im Prinzip Arme und Reiche vor dem Gesetz gleich seien. Unterstützend hätte sich zudem ausgewirkt, dass die Chancen der Grenze in der Zeit als die ländliche Lebensart und die Mobilität in der Zeit als die städtische Lebensart vorgeherrscht hätte den sozial-örtlichen Charakter des Eigentums erhalten hätten, so dass es nicht als bloße Produktionskapazität angesehen worden wäre. Hinzu wäre gekommen, dass die Amerikaner in der städtischen Phase bereits im Besitz der Früchte des Klassenkonfliktes wie Heim und Herd, Familie und Arbeitsplatzsicherheit gewesen wären, so dass es in den 40er Jahren des 20. Jahrhunderts als die Gewerkschaften errichtet worden und die Vorstädte gewachsen wären, zu einem Babyboom gekommen wäre. Das Entstehen einer Arbeiterklasse wäre aber auch durch die Volkswirtschaftslehre des 19. Jahrhunderts und hier v.a. durch Carey verhindert worden, denn indem er nur die Einteilung in Erzeuger und Nichterzeuger von Marx bzw. Adam Smith übernommen hätte, ansonsten aber von einer untereinander harmonischen Mehrheit der Erzeuger ausgegangen wäre, weil er Handwerker und Bauern dazu gerechnet hätte, hätte er ein Ideenmodell gelie-

---

<sup>353</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Nugent, Walter: Tocqueville, Marx and American Class Structure, in: Social Science History, Heft 12, 4, 1988, S. 334 - 337

fert, das zwar nicht in eine städtische Variante hätte übertragen werden können, aber dessen Gedanke, dass Harmonie und nicht Konflikt die natürliche Veränderung der Gesellschaft bestimme, wäre erhalten geblieben und hätte die Berufsdefinition verwandelt, indem es nun möglich gewesen wäre, feine Statusgraduierungen vorzunehmen, was die Einheit der Arbeiterklasse zerstört und eher den Weg für die liberale Idee einer harmonischen beruflichen Schicht als denjenigen für einen marxistischen Klassenkampf geebnet hätte. Es wäre also die Bourgeoisierung und nicht die Proletarisierung, die bei Sombart und Engels ihre Frage hervorgerufen hätte, warum es in Amerika keinen Sozialismus gäbe, doch die Erreichbarkeit und das Streben nach einer Zugehörigkeit zur Mittelklasse, aber auch die Angst der Stadtbewohner und Farmer, egal ob zugewandert oder nicht, allein von ihrer Zeit und Arbeitskraft leben zu müssen und ihre kleinen Besitztümer zu verlieren, habe eine massive Abwanderung ins Proletariat verhindert. Im Gegensatz zu Sombart hätte Engels das Ausbleiben sozialistischer Bewegungen in Amerika auch auf ethnische Teilungen zurückgeführt und in diesem Zusammenhang 1893 an Sorge geschrieben, das Fehlen einer Arbeiterpartei sei auf die Schutzzölle sowie dem daraus resultierenden Reichtum, die Weigerung der Arbeiter ihre Stimme an eine Drittpartei zu verschleudern, aber auch auf die die Proletarier stark spaltende Immigration zurückzuführen. Neuere Erkenntnisse würden die Flüchtigkeit der Migrationen nach 1880 betonen, denn sie kämen zu dem Ergebnis, dass die Zuwanderer v. a. gekommen wären, um sich in Amerika das Geld zum Erwerb oder zur Sicherung eines Besitzes zu Hause zu verdienen, und bestätigten damit Engels Interpretation. Zudem wären die Zuwanderer keine Proletarier gewesen, sondern hätten genügend Mittel gehabt, um allein zur Verbesserung ihrer Situation auszuwandern, zudem wären sie gekommen, um den Klassenkampf auszuweichen, während die ländlichen, mittellosen Arbeiter, von denen viele Kinder früherer Leibeigener gewesen wären, in die boomenden europäischen Städte wie Berlin gezogen wären und dort das Proletariat geformt hätten. In der Tat sei der Begriff der Arbeiterklasse, die für jeden ersichtlich vorhanden sei, insbesondere in Amerika in der Praxis nur schwer exakt zu bestimmen, da sie nicht aufgrund Reichtum, Einkommen, Beruf oder Bezug zu den Produktionsmitteln von anderen Klassen unterschieden werden könne und zu viele Menschen zumindest geringfügiges Eigentum besäßen, das sie nach Ansicht von William Levitt daran hindere, ein Kommunist zu werden, denn ein Eigenheimbesitzer, so hätte er 1848 gesagt, habe zu viel zu tun. Generell sei die Arbeiterklasse allerdings schwierig von der Mittelklasse zu unterscheiden, wie an den Beschreibungen der Arbeiterklasse durch verschiedene Wissenschaftler deutlich werde: So hätte sie Thompson, ihm folgend auch Milton Cantor, als eine Gruppe mit gemeinsamen Werten, Traditionen sowie Kultur definiert; für Ossowski hätte es sich um die untere Mittel- sowie die obere Unterklasse innerhalb eines Schichtensystems oder um eine Einkommens- bzw. Berufsgruppe gehandelt; Daniel Walkowitz hätte hierfür die Klassenspezifikation von immigrierenden irischen und französisch-kanadischen Arbeitern festgelegt und Carl Degler hätte beobachtet, dass die Mittel- und die Oberklasse sich nur marginal voneinander unterschieden.<sup>354</sup>

In seinem letzten Themenabschnitt möchte Nugent noch auf die Gruppe der Frauen sowie der Schwarzen eingehen, für die die marxistische Theorie zwar kaum einen Raum lasse, die aber durch die große Aufmerksamkeit, die ihnen die Geschichtswissenschaftler gegenwärtig schenken würden, nicht außer Acht gelassen werden könne. Was die farbige Bevölkerung betreffe, so könne sie in der Periode von 1860 - 1920, v.a. nach dem Bürgerkrieg, nur mit einer großzügigen Betrachtungsweise der unteren Mittelklasse zugeordnet werden. Nach dieser Zeit wären sie als Arbeiter in die Städte Nordamerikas geströmt, doch nur einige hätten es geschafft, sich ein Haus zu kaufen, so dass sie in eine ihrem weißen Pendant

---

<sup>354</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Nugent, Walter: Tocqueville, Marx and American Class Structure, in: Social Science History, Heft 12, 4, 1988, S. 337 -341

angleichende Mittelklasse sowie in eine sich von diesen beiden stetig entfernende, durch schwierige soziale Probleme gekennzeichnete Unterklasse aufgespaltet hätten, die mit Marx' Lumpenproletariat Ähnlichkeit gehabt hätte. Während die Mittelklasse sich in der Mitte des 20. Jahrhunderts aus städtischen Bedingungen heraus, d.h. ohne die Erfahrungen eines ländlichen Lebens an der Grenze, entwickelt hätte, so dass ihr Entstehen ein starker Beweis für seine Bourgeoisierung sei, auch wenn ihr Kampf um diese Existenz andererseits auch ein Zeugnis für ihre Zähigkeit darstelle, so seien die geschichtlichen Wurzeln der Unterklasse, deren soziale Missstände sich seit 1960 und dem Erfolg der Bürgerrechtsbewegung noch verschlechtert hätten, noch nicht völlig geklärt, obwohl Herbert Gutmann gezeigt habe, dass deren Probleme nicht von der Sklaverei oder der Wanderung in die Nordstaaten herrührten. Auf die Frauen passe das klassische, sozialistische Modell dagegen nur schwer, weil sie mangels gesetzlichem Eigentumsrecht keine Rolle bezüglich der Produktionsmittel gespielt und zudem kein Wahlrecht besessen hätten, auch wenn sie zwischen 1860 und 1920 Mehrwert produziert hätten und als geschichtliche Gruppe in das Konflikt- und Ausbeutungsmodell passen würden. Sie seien aber in kein wirtschaftliches Klassenmodell einpassbar und Elizabeth Fox-Genovese meine zutreffender Weise, dass wesentliche Teile der weiblichen Existenz - wie etwa ihr Einfluss bei Entscheidungen über das Eigentum, die Größe der Familie oder die Reise in den Westen - durch ein solches männlich ererbtes Konzept verneint würden. Wenn sich das Geschlecht allerdings wie die Rasse nicht in die Klasse einfüge, so gelte dies auch für die Zuordnung von Frauen in die nach Beruf, Einkommen, Besitz sowie Chancen definierten Mittel - sowie unteren Mittelklassen. Tocqueville, der diese Thematik erkannt, jedoch nicht erschöpfend behandelt hätte, hätte festgestellt, dass die amerikanischen Frauen in mancher Hinsicht sehr abhängig und auch auf das Hauswesen beschränkt gewesen wären, aber dennoch nirgends eine überlegenere Position besessen hätten; seiner Ansicht nach hätten sie sogar sehr wesentlich zum Wohlstand im Einzelnen sowie zur wachsenden Stärke Amerikas beigetragen. Die Entstehung einer schwarzen Mittelklasse und der Zugang einer größeren Anzahl von Frauen in immer höhere Schichten der Arbeitswelt seien ein Zeichen, dass die Bourgeoisierung sich fortsetze. Ein aufgeklärtes bourgeois Eigeninteresse führe zu einer Ausweitung der schwarzen bzw. jeglicher Mittelklasse gegenüber der unteren Klasse, zu einer Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Chancen für Frauen sowie zu die Vermeidung hoher Geburtenraten, womit sich das Muster der vorangegangenen Perioden fortsetze, nämlich dass die Mehrheit ein kleines bißchen Eigentum oder Chance und damit Kontrolle über ihr Leben besitze.<sup>355</sup> Die amerikanische Mittelklasse stelle keine grenzenlose Kategorie dar, denn die schwarze Unterklasse, diejenigen, denen es im 18. und 19. Jahrhundert nicht gelungen wäre, den Status eines Kleinbauern oder im 20. Jahrhundert Arbeitsplatzsicherheit sowie etwas Eigentum zu erlangen, aber auch die ausgesprochen Reichen und die Frauen als Gruppe gehörten nicht zu ihr. Dennoch habe der größte Teil der Bevölkerung immer dieser Klasse angehört - ein Umstand, für den der marxsche Urtext keinen Raum lasse und wie David Brody feststelle, auch nicht der von Thompson in seinem Werk «Making of the English Working Class» formulierte, kulturelle Marxismus. Tocqueville hätte bereits 1830 diese Klasse als «Menschen mit kleinem Wohlstand» beschrieben, die den Wandel liebte und die Revolution hasste und hätte deren Fortdauer prophezeit, während Marx sie als die dem Untergang geweihte untere Bourgeoisie angesehen hätte, von der Engels 1880 gemeint hätte, sie würde sich ändern, doch sie sei die feste Verbindung zwischen der ländlichen Grenze - sowie städtischen Gesellschaft geblieben.<sup>356</sup>

---

<sup>355</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Nugent, Walter: Tocqueville, Marx and American Class Structure, in: Social Science History, Heft 12, 4, 1988, S. 341 - 343

<sup>356</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Nugent, Walter: Tocqueville, Marx and American Class Structure, in: Social Science History, Heft 12, 4, 1988, S. 343

Auch am Ende dieses Aufsatzes von Walter Nugent stellt sich zunächst die Frage, welche Vergleiche im Rahmen dieser Arbeit zwischen Alexis de Tocqueville und Karl Marx vorgenommen werden. Seine erste vergleichende Erkenntnis bezieht sich auf die Prognose der beiden Denker bezüglich der Entwicklung des unteren Mittelstandes: Bezüglich dieser Bevölkerungsgruppe habe Marx die Prognose abgegeben, dass die untere Mittelklasse ihren kleinen Besitz verlieren, der Arbeiterschaft gleich werden, sich nach Erkennen ihrer Situation dieser anschließen und mit ihr erfolgreich gegen die herrschende Klasse kämpfen würde. Diese marxische Prophezeiung sei allerdings in Amerika nie eingetreten und hätte die Anhänger dieser Theorie zu Erklärungsversuchen und Abwandlungen angeleitet, weil die untere Mittelklasse von anderer Qualität gewesen wäre, als Marx angenommen habe. Die Arbeiter hätten nämlich an die kapitalistischen Werte geglaubt, seien mit ihren relativ hohen Löhnen zufrieden gewesen, hätten bereits vor der Industrialisierung aufgrund des ihnen gegebenen Wahlrechts und der damit verbundenen generellen Gleichheit vor dem Gesetz weniger Klassenbewusstsein entwickelt, hätten vor ihrer Zuwanderung meist nicht dem Proletariat angehört, seien in der städtischen Phase bereits im Besitz der Früchte des Klassenkampfes wie Heim, Herd, Familie und Arbeitsplatzsicherheit gewesen, hätten sich gewünscht, der Mittelklasse anzugehören und hätten v.a. Angst gehabt, allein von ihrer Zeit und Arbeitskraft leben zu müssen und ihre kleinen Besitztümer zu verlieren. Anders als Marx sei die Beschreibung der amerikanischen Gesellschaft durch Tocqueville zutreffend gewesen, denn er hätte sie im Vergleich zu der sozialen Situation in Europa als gleich eingestuft und sei davon ausgegangen, dass die dortigen Reichen mangels gemeinsamer Gefühle, Ziele, Hoffnungen, Traditionen nicht die für die Bildung einer Klasse notwendigen Gemeinsamkeiten besäßen. Darüber hinaus hätte der französische Denker erkannt, dass die untere Mittelklasse in Amerika einerseits den Wandel liebte, weil sie zielbewusst, gewin- und geldsüchtig, aber auch kaufmännisch veranlagt sei und daher versuchen würde, alles zu erlangen, was sie könnte, während sie andererseits Revolutionen hasste, weil sie den bereits erreichten, wenn auch geringfügigen, Wohlstand zerstörten. Was die gesellschaftliche Gruppe der Frauen sowie der Schwarzen betreffe, so lasse die klassische marxische Theorie hierfür kaum Raum: So hätte sich innerhalb der Farbigen eine durch schwierige soziale Probleme gekennzeichnete Unterklasse herausgebildet, die mit dem von Marx beschriebenen Lumpenproletariat Ähnlichkeit gehabt hätte, und auch die Frauen hätten zwischen 1860 und 1920 Mehrwert produziert und damit in gewisser Weise das marxische Konflikt- und Ausbeutungsmodell erfüllt, aber beiden Gruppen seien nicht in ein wirtschaftliches Klassenmodell einpassbar, weil Teile der schwarzen Bevölkerung den Sprung in die untere Mittelklasse geschafft hätten und die Frauen mangels gesetzlichem Eigentumsrecht keine Rolle bezüglich der Produktionsmittel gespielt und zudem kein Wahlrecht besessen hätten. Zutreffender erscheine hier die Beschreibung der Stellung der Frauen durch Tocqueville, der gemeint habe, sie seien in mancher Hinsicht zwar sehr abhängig und zudem auf das Hauswesen beschränkt gewesen, aber sie würden nirgendwo sonst eine überlegene Position genießen und hätten wesentlich zum Wohlstand im Einzelnen sowie zur wachsenden Stärke Amerikas beigetragen.

Obwohl Nugent im Rahmen seiner These «die Mittelklasse habe von Anbeginn der amerikanischen Geschichte die Gesellschaft bestimmt und hätte durch ihre Existenz jegliche sozialistischen Bestrebungen verhindert», herausarbeitet, dass Tocqueville eben diese Tatsache bereits im 19. Jahrhundert zutreffend erkannt habe, während Marx Klassentheorie sich als der Realität nicht entsprechend erwiesen hätte, stehen die beiden Theoretiker nicht im Mittelpunkt seiner Erörterungen, sondern allein die besondere Bedeutung des Mittelstandes für die amerikanische Gesellschaftsentwicklung. Die beiden Denker liefern ihm hierbei

neben anderen Wissenschaftlern das für die Begründung seiner Theorie notwendige Erkenntnismaterial, wobei gerade seine Behauptung sozialistische Strömungen seien unterblieben, ein besonderes Eingehen auf deren Positionen im Allgemeinen und nicht nur im Hinblick auf Marx erfordert. Ganz seinem eigentlichen Ziel folgend, beschreibt Nugent die für ihn dreiphasige Bevölkerungsentwicklung der Vereinigten Staaten, geht dann auf den marxischen Klassenbegriff ein, ohne eine Erwähnung derjenigen von Lenin, Gramsci sowie E. P. Thompson zu vergessen und stellt fest, dass dessen Prognose vom Verschwinden des Mittelstandes nicht zutreffe, um dann anhand von Argumenten der beiden Theoretiker Sombart und Engels das Ausbleiben sozialistischer Strömungen zu erklären, nicht ohne noch abschließend darauf hinzuweisen, dass auch die Schwarzen und die Frauen seine Mittelstandstheorie bestätigen würden, weil auch sie in ihren wesentlichen Teilen dieser Bevölkerungsklasse angehören würden. Ein Blick in das Literaturverzeichnis von Nugent bestätigt diesen aus der Arbeit gewonnenen Eindruck, denn neben zahlreichen anderen Autoren sind hier von Marx allein der dritte Band des Kapitals und seine amerikanischen Briefe sowie von Tocqueville sein Werk «Über die Demokratie in Amerika» zitiert. Es handelt sich also um eine Arbeit über den amerikanischen Mittelstand und seine Bedeutung für die gesellschaftliche Entwicklung in den Vereinigten Staaten.

**dd. Calhoun, Craig: Classical Social Theory and the French Revolution of 1848, 1989**

(Klassische Sozialtheorie und die Französische Revolution von 1848)

Craig Calhoun beginnt die Ausführungen seines Aufsatzes „Classical Social Theory and the French Revolution of 1848“ mit den zeitgenössischen Beurteilungen der 48er Revolution durch Alexis de Tocqueville und Karl Marx: Während der Erstere in der schleichenden und kontinuierlichen Zunahme der Klassenausinandersetzungen eine Bedrohung der sozialen Ordnung gesehen und im Oktober 1847 die Veröffentlichung eines «Manifests» zusammen mit Parlamentskollegen geplant hätte, in welchem er die Verteilung des Eigentums als wesentliches Problem der Politik angesehen hätte, das in seiner Folge große öffentliche Unruhen sowie große politische Parteien nachsichziehen würde, hätte Marx die Bourgeoisie für die Entwicklungen des Frankreichs von 1848 verantwortlich gemacht, die den Arbeitern lediglich die Möglichkeit gelassen hätten, mit kämpferischen Mitteln diese bürgerliche Ordnung zu überwinden oder zu hungern. Hierbei hätte der ursprünglich von liberalen Republikanern formulierte Begriff der «permanenten Revolution», der eine graduelle Reform bezeichnen sollte, bei Marx und Engels eine völlig neue Bedeutung erhalten, und beschreibe den Umstand, dass die Revolution der Arbeiter solange andauern sollte, bis alle besitzenden Klassen aus ihren führenden Positionen verdrängt wären und das Proletariat die politische und wirtschaftliche Macht weltweit, ohne noch in Konkurrenz zu stehen, übernommen hätte - doch, so Calhoun, die Revolution wäre nicht permanent gewesen und die Unruhen von 1848 hätten eher das Ende der revolutionären Ära angekündigt als ihren Beginn. In seinem Aufsatz möchte er nun anhand der damals von den Theoretikern vorgetragene Ansichten sowie ihrer später durch die Forschungen der Historiker erfahrenen Überarbeitungen zeigen, wie sich die Soziologie durch die 48er Revolution aufspaltet habe und darüber hinaus deutlich machen, dass trotz der in die Zukunft gerichteten

Haltung der Zeitzeugen, das Ereignis selbst der westeuropäischen Vergangenheit angehört hätte.<sup>357</sup>

Nach dieser Einleitung wendet sich Calhoun einem Aufsatz von Raymond Aron zu, der die Ansichten von Comte, Tocqueville und Marx zu der französischen Revolution von 1848 beschreibe. Für Aron seien diese drei Denker nicht nur die Begründer der gesellschaftlich-konservativen, der autonom politischen oder liberalen sowie der wirtschaftlichen oder radikalen Tradition, sondern die von ihnen geschaffenen Perspektiven wären ein Spiegel des damaligen Konflikts mit seinen monarchistischen, liberal-demokratischen und radikal-sozialistischen Ausprägungen gewesen, die auch die Unruhen des zwanzigsten Jahrhunderts kennzeichnen sollten. Obwohl der Verfasser diese Übernahme der Charakterisierung für das letzte Jahrhundert in gewisser Weise als zutreffend empfindet, weil sich der Faschismus ähnlich dem Bonapartismus einer Mischung aus Nationalismus sowie Appellen an Ordnung und Tüchtigkeit bedient habe und der Aufstieg zur Macht in ähnlicher Weise erfolgt sei, hält er sie doch für unzutreffend, weil es sich bei den Regimen Hitlers und Mussolinis nicht um Monarchienachbildungen gehandelt hätte, sondern um spezielle Gebilde der Moderne, außerdem bedienten sich die rechten und linken Bewegungen ganz anderer Kommunikationssysteme und Verwaltungsapparate. Calhoun möchte die Revolution von 1848 zudem lieber als entscheidende Verbindungsstelle zwischen dem klassischen Zeitalter der Revolutionen und der Moderne ansehen, die auf halbem Wege von der Französischen Revolution von 1789 zum Faschismus stünden, aber dennoch erscheinen ihm Arons Vergleiche so bedeutend, dass er dessen Ausarbeitungen und herausgefundenen Gegensätze über die drei Theoretiker zusammenfassen und zusätzliche Informationen geben möchte, um dann darzulegen, dass von ihm eine entscheidende Dimension der intellektuellen Wurzeln weggelassen worden sei und zwar aus Gründen, die eng mit den Ereignissen von 1848 zusammenhängen würden:<sup>358</sup>

Auguste Comte hätte den repräsentativen Einrichtungen, dem Konstitutionalismus oder dem parlamentarischen System wenig abgewinnen können und gedacht, politische Vereinbarungen wären vornehmlich dazu da, mit dem generellen Entwicklungsprozess der Gesellschaft in Einklang gebracht zu werden, so dass für ihn das politische System Englands lediglich ein Unfall der Geschichte gewesen wäre. So hätte er über den Kommunismus in einer Veröffentlichung nach dem Ende der Revolution von 1848 auch positives sagen können, nämlich dass sich die revolutionären Tendenzen jetzt begännen, auf moralische Fragen zu konzentrieren, während die rein politischen in den Hintergrund träten, wobei er diese Veränderung zum Teil auch auf den Einfluss des Positivismus zurückgeführt hätte. Der an der 48er Revolution unbeteiligte Auguste Comte hätte daher auch den Umsturz Louis-Napoléons gefeiert, denn er hätte bereits 1830 eine über allem stehende Autorität sowie politische Unterordnung für unentbehrlich gehalten. Raymond Aron sage über Comte dann auch, er wäre übergücklich über die Zerstörung der demokratischen und liberalen Einrichtungen gewesen, die für ihn einen anarchistischen Geist besessen und die politische Entwicklung in England blind angebetet hätten.<sup>359</sup>

Tocqueville wäre ein Parteigänger der Republik als solcher gewesen, der keinerlei Sympathie für soziale Gewalt gehabt hätte, so dass er den Bestrebungen Bonapartes ebenso feindlich gegenübergestanden wäre wie den Blutbädern, der Bedrohung des Eigentums und der Auflösung der öffentlichen Ordnung, die eine Revolution mitsichgebracht hätte. Der in den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts politisch aktive Tocqueville, hätte daher auch die Pariser

---

<sup>357</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Calhoun, Craig: Classical Social Theory and the French Revolution of 1848 in: Sociological Theory, Heft 7, 2(fall), 1989, S. 210 - 211

<sup>358</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Calhoun, Craig: Classical Social Theory and the French Revolution of 1848 in: Sociological Theory, Heft 7, 2(fall), 1989, S. 211

<sup>359</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Calhoun, Craig: Classical Social Theory and the French Revolution of 1848 in: Sociological Theory, Heft 7, 2(fall), 1989, S. 212

Ereignisse abgelehnt, die seiner Ansicht nach nicht durch einen Verschwörer hervorgerufen worden wären, sondern durch eine Auseinandersetzung zwischen zwei Bevölkerungsgruppen, deren Ursache das Verlangen nach materiellen Wohlstand, aber auch Neid, wirtschaftliche und politische Theorien, allgemeine Verachtung der führenden Klasse sowie der Regierung, die Zentralisierung der Verwaltung und die generelle Zunahme der Mobilität gewesen wäre; während er der ihm unsympathischen Julimonarchie hätte zugestehen müssen, dass sie, obwohl sie die korrupteste Regierung gewesen wäre, die jemals existiert hätte, doch am wenigsten Blutrünstigkeit aufgewiesen hätte. Tocqueville wäre bereits beim Ausbruch der Unruhen im Jahr 1848 überzeugt gewesen, dass diese Revolution in einem autoritären Regime letztlich ihr Ende finden würde, wobei sie für ihn allerdings keine Fortsetzung der Revolutionen von 1789 und 1830 dargestellt hätte, denn gerade bei der letzten wären die Aufrührer von einst zu den Unterdrückern des neuen Aufstandes geworden. In diesem Zusammenhang komme der französische Denker dann auch zu dem Schluss, dass alle historischen Ereignisse sich unterscheiden würden- die Vergangenheit uns daher wenig für die Zukunft lehre.<sup>360</sup>

Obwohl Marx weit weniger in die Geschehnisse von 1848 involviert gewesen wäre als Tocqueville, hätten insbesondere seine Schriften über diese Revolution die späteren Wissenschaftler beschäftigt - was, wie Calhoun glaubt, auch daran gelegen wäre, dass dieses Ereignis ein entscheidender Test für den Marxismus gewesen wäre. Den Sieg über das Proletariat im Juni 1848 hätte Marx und Engels ihre zuvor sehr engen politischen Verbindungen mit den radikalen Demokraten und Nationalisten abbrechen und sich auf die Arbeiterbewegung konzentrieren lassen, denn für sie hätte sich gezeigt, dass die sozialistische Sache unter der Flagge der demokratischen Bourgeoisie zur Niederlage verurteilt gewesen wäre, weil die Letzteren die Arbeitersklaverei und die Macht des Geldes dauerhaft festsetzen hätten wollen. Der Staatsstreich Louis Napoléons im Jahre 1851 hätte einerseits die Abneigung Marx' gegen den bourgoisen Republikanismus anwachsen lassen, weil das Bürgertum nicht nur das autoritäre Regime, sondern auch die extrem blutige Unterdrückung von Aufständen in einigen Ländern unterstützt hätte, andererseits hätte es seinen Optimismus, Frankreich könne die Führung der europäischen Revolution übernehmen, dahinschwinden lassen, denn in seiner Schrift „Der achzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“ hätte er klargemacht, dass die Radikalen von 1848 versucht hätten, die Revolution von 1789 zu wiederholen anstatt eine eigene proletarische durchzuführen. Einen friedlichen Übergang zum Sozialismus hätte der v.a. theoretisch tätige Marx nur in England, Holland und Amerika für möglich gehalten, wobei er bei der Bourgeoisie im letzteren Staat den Verdacht gehegt hätte, dass sie es ihrem europäischen Gegenstück gleich tun und verschiedene Arten der Unterdrückung einführen könnten.<sup>361</sup>

Wie Lindemann ist auch Calhoun überzeugt, dass Marx und Tocqueville die Juniaufstände von 1848 sehr ähnlich beurteilt hätten, denn für beide hätte hiermit eine völlig neue Art des Kampfes begonnen, die sich dadurch ausgezeichnet hätte, dass das Kapital und die Arbeit als Gegner aufeinandergetroffen wären. Einig seien sich die beiden Denker auch in ihrer Verachtung gegenüber der Herrschaft Louis Napoléons, allerdings unterschieden sie sich in ihren sozialen Erklärungen für diese Entwicklung: Für Marx wäre Bonaparte sowohl durch die Bauern als auch durch einen Kompromiss von Finanz- und Industriekapital an die Macht gelangt, während er für Tocqueville nicht durch Interessen, sondern durch die revolutionären Ereignisse seine Position erlangt hätte. Für den französischen Aristokraten wäre Bonaparte zwar die schlechteste Lösung gewesen, weil er kein Monarch gewesen wä-

---

<sup>360</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Calhoun, Craig: Classical Social Theory and the French Revolution of 1848 in: Sociological Theory, Heft 7, 2(fall), 1989, S. 212 - 213

<sup>361</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Calhoun, Craig: Classical Social Theory and the French Revolution of 1848 in: Sociological Theory, Heft 7, 2(fall), 1989, S. 213 - 214

re, materielle Interessen gefördert und den Geist für eine aufgeklärte politische Teilhabe unterbunden hätte, aber diese Entwicklung erschien ihm immer noch besser zu sein als eine andauernde Revolution sowie die Errichtung einer sozialen Republik. Damit wäre der Franzose bereit gewesen, so zu handeln, wie es die Theorie von Marx vorgesehen hätte: für ihn wären Ordnung und Eigentum untrennbar miteinander verbunden gewesen und es wert, auch wenn im Grunde genommen die politische Freiheit für ihn das wertvollste gewesen wäre, die Republik zu opfern. Als Tocqueville sich aus dem öffentlichen Leben zurückgezogen hätte, hätte er seine Memoiren geschrieben, während Marx nach England emigriert wäre und nach seinen Erfahrungen von 1848, die ihm die Sinnlosigkeit und/oder Trivialität von sich nicht auf den Klassengegensatz stützenden politischen Reformen vor Augen geführt hätten, seinen heroischen Kampf gegen die politische Wirtschaft des Kapitalismus begonnen und versucht hätte, die starke Einheit von Sozialisten und Demokraten zu lösen, was in einer Zeit, in der weder Sozialismus noch Demokratie als selbstverständlich angenommen hätten werden können, sehr schwierig gewesen wäre.<sup>362</sup>

Für Aron sei Tocqueville zusammen mit Montesquieu der Vorfahr der undogmatischen, sich mit der Politik beschäftigenden, liberalen Soziologen, denen er sich selbst zurechnen würde und mit denen Weber - wenn auch etwas nationalistischer - Ähnlichkeit habe. Comte stelle für ihn dagegen den Begründer der offiziellen und genehmigten Soziologie von heute dar, die die politischen und wirtschaftlichen Verbindungen zum Gesellschaftlichen kaum beachte und stattdessen die Einheit des gesellschaftlichen Daseins betone, den Begriff des Konsenses zum Fundament habe und die gesellschaftliche Totalität durch Vervielfältigung der Analysen und Konzepte zu rekonstruieren versuche. Was Calhoun dagegen ablehnt, sei Arons Zuordnung von Durkheim in diese Kategorie, da seine Soziologie bei weitem substantieller und nuancierter sei und sich nicht so stark auf den Begriff des Konsenses stütze. Ebenfalls unfair findet er dessen Beurteilung, dass der Marxismus, das gesellschaftliche Dasein mit wirtschaftlicher Organisation und gesellschaftlicher Infrastruktur zu erklären versuche und dies mit einem Entwicklungsgesetz kombiniere, das seinen Anhängern den Sieg und die friedliche oder gewaltsame Eliminierung der Ketzler garantiere.

Während der Revolution von 1848 hätte es aber noch zwei weitere, erwähnenswerte, intellektuelle Positionen gegeben, die das Geschehen in den Straßen mit ihren Ideen des kommunalen Radikalismus, des direkten Gemeinschaftshandelns sowie der Einheit von Gleichheit und Gerechtigkeit bestimmt hätten, allerdings nach 1851 ihr intellektuelles Ansehen, wenn nicht sogar ihre Anziehungskraft auf das Volk, verloren hätten und verschwunden wären, nämlich die der «barracks» und der «Konstituierenden Versammlung». Auch im 20. Jahrhundert wäre es lange Zeit durch die Verunglimpfung des utopischen Sozialismus seitens des Marxismus sowie durch historische Ungenauigkeiten, Irrtümer bei der politischen Taktik und Verarmung der theoretischen Schöpfergabe zu einer Überbewertung von politischen und wirtschaftlichen Faktoren für eine Revolution gekommen, während kulturelle und soziopsychologische Strömungen unterbewertet worden wären. Erst die Aufstände im Jahre 1968 hätten einige Ideen von 1848 wieder in die Debatte zurückgebracht.<sup>363</sup>

Im Jahre 1848 wären die damaligen Ereignisse von den Zeitgenossen weitgehend im Zusammenhang mit den Geschehnissen und Ideen von 1789 gesehen worden, doch Calhoun möchte die Französische Revolutionstradition oder generell gesprochen die Tradition der bourgeoisen Revolution, wie er die Position der Verfassungsgebenden Versammlung auch

---

<sup>362</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Calhoun, Craig: Classical Social Theory and the French Revolution of 1848 in: Sociological Theory, Heft 7, 2(fall), 1989, S. 214 - 215

<sup>363</sup> vgl. zu den bisherigen Ausführungen: Calhoun, Craig: Classical Social Theory and the French Revolution of 1848 in: Sociological Theory, Heft 7, 2(fall), 1989, S. 216, 220 sowie S. 220 Fußnote 9



bezeichnet, nicht nur als eine Benutzung von Ideen über 1789 ansehen, sondern als die Fortdauer einiger Gedanken, die die Erste Französische Revolution beseelt hätten. Hierbei handle es sich um so zentrale Forderungen wie Gerechtigkeit und soziale Gleichheit, die als Voraussetzung für Glück, soziale Solidarität und Freiheit angesehen worden wären, sowie das direkte Handeln durch das Volk, das als äußerstes Mittel politischer Legitimität gegolten hätte, wobei alles in der Form von Rechten formuliert worden wäre. All diese Ideen hätten in angesehenen akademischen Kreisen gedeihen können und wären in die Akademie als zur Tradition der politischen Theorie gehörig aufgenommen worden, wobei sowohl dieses Gedankengut als auch diese Institution ihre Bindung an revolutionäre Programme gelöst und sich von konkreten sozialen Analysen abgesondert hätten. Während der Ereignisse von 1848 wäre es nicht außergewöhnlich gewesen, dass diese Französische Revolutionstradition mit einer Mischung aus utopischem Sozialismus und Kommunitarismus angereichert worden sei, allerdings wäre das utopische Gedankengut von der Akademie ausgeschlossen worden und wäre nach seiner Niederlage verrufen gewesen, so dass diese Tradition - die Calhoun als „the barracks“ bezeichnet - zu großen Teilen verschwunden wäre. Ein bedeutender, auf den Syndikalismus und George Sorel einwirkender sowie während der 48er Revolution und der Pariser Kommune äußerst einflussreicher Theoretiker wäre Pierre-Joseph Proudhon gewesen, der allerdings trotz seiner zu seiner Zeit wesentlich höheren Geltung als Marx heute hauptsächlich durch die heftigen und verachtenden Angriffe des Letzteren auf seine Person bekannt sei. Obwohl die nicht-radikalen Theoretiker Marx' Ansichten eigentlich in keinem Punkt geteilt hätten, wären sie doch dessen Verurteilungen bezüglich des Syndikalisten Proudhon gefolgt, denn sie wären über den Erfolg dieses «Sprechers der Arbeiter» beim Volk verärgert gewesen. Das Verschwinden der zunächst sehr erfolgreichen Lehre von Proudhon und seinen Gesinnungsgenossen ist für Calhoun einerseits darauf zurückzuführen, dass es hierüber kaum bedeutende, abstrakt-theoretische Ausarbeitungen gebe und andererseits darauf, dass die Akademiker bereits widerwillig Abhandlungen über den Marxismus zuließen und bei diesem Zugeständnis sich der Illusion hingäben, dies sei die einzige seriöse und intellektuelle radikale Theorie. Allerdings räumt Calhoun auch ein, dass Proudhons Gedankengut sich schwer in die Kategorien links bzw. rechts einordnen ließe, was die Gefahr des Abgleitens in den Faschismus mitsichgebracht hätte. Proudhon selbst wäre der für ihn heuchlerischen und ideenlosen, die Schauspiele des 10. August 1792 sowie 29. Juli 1830 wiederholenden Februarrevolution von 1848 skeptisch gegenübergestanden und hätte erst auf Drängen von Anhängern an ihr teilgenommen, um dann ein vehementer Befürworter der «sozialen Republik» und ein führender Kritiker des allgemeinen Wahlrechts zu werden, das für ihn den Gegensatz zum direkten Handeln dargestellt hätte, ohne welches aber die Republik in die Gefahr kommen würde, in eine Monarchie zurückzufallen, während sie gleichzeitig auch ihre Chancen mindern würde, dass es nach einer politischen Revolution auch zu einer wirtschaftlichen komme. Bei seinen ersten Wahlen zur konstituierenden Versammlung im April hätte er keinen Erfolg gehabt; doch nach dem glücklosen Aufstand vom 15. Mai wäre er auf der Liste gewesen, die die neun Mitglieder für eine provisorische Regierung bezeichnet hätten und im Juni wäre es ihm dann schließlich gelungen, neben Louis Napoléon in die Versammlung gewählt zu werden. Trotz dieses Erfolges wäre er zu Beginn misstrauisch gegenüber den Ereignissen gewesen, die ihm als ein Werk von Intriganten und Provokateuren erschienen wären, doch dann wäre er überzeugt gewesen, der Aufstand sei nicht künstlich, sondern spontan und echt sozialistisch in seiner Intension gewesen, hervorgerufen durch die vier Monate andauernde Arbeitslosigkeit und den darauffolgenden Angriff auf die Nationalen Werkstätten, womit für ihn das wesentliche Kriterium erfüllt gewesen wäre: eine Revolution müsse von einem großen Teil der Bevölkerung getragen werden und nicht mittels einer aufgeklärten Staatsführung durchgeführt werden. Calhoun wollte mit seiner aus-

führlichen Erörterung von Proudhon und seinen Ideen diesen nicht mit Tocqueville, Marx oder Comte auf eine Stufe stellen, sondern lediglich auf die für die 48er Revolution bestimmenden und einflussreichen Ideen dieses Theoretikers aufmerksam machen, die heute oft vergessen würden. Allerdings werde diese Französische Revolutionstradition - wenn auch etwas eigenwillig - durch Emile Durkheim vertreten, der die Loyalität gegenüber dem republikanischen Staat mit einer Minimierung des politischen kombiniert hätte. Aufgrund dieser Überzeugung lehnt es der Verfasser ab, diesen Denker wie Aron dies tut, auf seine comtesche Linie zu reduzieren.<sup>364</sup>

Die klassische Sozialtheorie habe drei Dinge aus der Revolution von 1848 gelernt: Aus der Februarrevolution werde deutlich, dass man undemokratische Regierungen leicht stürzen könne, während es andererseits schwer sei, demokratische zu errichten, wobei aufgrund späterer Erfahrungen auch diskutiert worden wäre, ob das Scheitern der liberalen Demokratie nicht zum Faschismus geführt hätte. Mit dem im Juni 1848 stattfindenden Aufbruch wäre die Klassentreue ein zentraler Gegenstand der Politik geworden und der Klassenkampf über eine bloße bourgeoise Demokratie hinaus hätte begonnen, so dass eine Interesseneinheit unter den Menschen nicht mehr angenommen worden wäre. In der neueren Literatur gebe es eine Reihe von hervorragenden Arbeiten, die den Handwerkern und nicht irgendeinem marxistischen Proletariat die entscheidende Rolle in der Revolution von 1848 zuschreiben würden, allerdings bestehe Uneinigkeit wie man die Bedeutung dieser Gruppe theoretisieren solle. Eine Linie habe versucht innerhalb des marxistischen Konzepts dieses Problem zu lösen und habe den Begriff des Proletariats erweitert, während die andere argumentiere, dies würde die theoretischen Kategorien von Marx untergraben und die entscheidenden Unterschiede zwischen den Handwerkern, aber auch anderen auf traditionellem Fundament stehenden Radikalen und der modernen Arbeiterklasse verdunkeln. Darüber hinaus hätten weitere Forschungen ergeben, dass sowohl Marx als auch Tocqueville falsch gelegen wären, als sie gravierende soziale Klassenunterschiede zwischen Aufständischen und Unterdrückten gesehen hätten. Mark Traugott nehme sogar an, dass der Einfluss spezieller, zufälliger historischer Faktoren bei der Entscheidung, welche Seite die Einzelnen einnehmen, enorm sei, während strukturelle Faktoren eine untergeordnete Rolle spielen würden. Die Ereignisse vom Dezember 1848 und 1851 machten klar, dass Revolutionen, die im Falle Frankreichs das Ergebnis der wirtschaftlichen Rückständigkeit gewesen wären, ein bonapartistisches oder autoritäres Regime hervorrufen würden und die Zentralisierung sowie das Wachstum der Regierung fördern könnten. Auch wenn neuere Wissenschaftler - wie etwa Max Weber - diesen letzten Punkt bestärken würden, so wird - etwa von Calhoun selbst - nicht angenommen, dass der Autoritarismus das Zweite Empire wirtschaftlich ineffektiv gemacht hätte oder das Ideal der Bevölkerung, den industriellen Wandel zu verlangsamen, völlig unsinnig gewesen wäre.<sup>365</sup>

Für Calhoun hat die Revolution von 1848 aber noch eine weitere Gewissheit gebracht, die Marx und Tocqueville nicht bemerkt und daher auch die gegenteilige Schlussfolgerung gezogen hätten: Sie wäre die letzte Revolution in einer Reihe von vorangegangenen gewesen, die in der klassischen städtischen Weise, d.h. fast ausschließlich innerhalb der Mauern von Paris, stattgefunden hätte. Genauer gesagt, hätte sie auf einer Konzentration der Macht in der Stadt beruht, aber auch dem Vorhandensein einer städtischen Öffentlichkeit, in der die Ideen weit über die nächstgelegenen sozialen Kreise hätten zirkulieren können sowie einer städtischen Menge, die bereit gewesen wäre, zu den Waffen zu greifen, aber auch auf der latenten Unterstützung durch normalerweise relativ unpolitische, traditionelle Gruppen, de-

<sup>364</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Calhoun, Craig: Classical Social Theory and the French Revolution of 1848 in: Sociological Theory, Heft 7, 2(fall), 1989, S. 216 - 220

<sup>365</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Calhoun, Craig: Classical Social Theory and the French Revolution of 1848 in: Sociological Theory, Heft 7, 2(fall), 1989, S. 220 - 221

ren seit langem aufgestaute Unzufriedenheit sie zu Aktionen gegen das alte Regime motiviert hätte. Diese Voraussetzungen für eine Revolution wären zwar nicht über Nacht aus Europa verschwunden, aber in dieser revolutionsfruchtbaren Kombination sollten sie nicht mehr auftreten. Weder Marx noch Tocqueville hätten diesem urbanen Charakter der Aufstände große Bedeutung beigemessen, denn auch wenn der Erstere noch zwischen den Interessen des städtischen Proletariats und den Bauern unterschieden habe, so habe er in seiner Theorie jedoch nicht beachtet, dass das Modell der alten Stadtdominanz zu seinem Ende gekommen wäre. So wäre nach 1848 nicht nur die Industrieverteilung und der Sitz der Regierungsgebäude verändert, sondern auch die Administration über das gesamte Land verteilt worden, so dass die Chancen von Aufständen, die sich zu Revolutionen hätten auswachsen können, stark reduziert worden wären, was sich 1871 bei der städtischen Revolte der Pariser Kommune dann auch gezeigt hätte, die daran gescheitert wäre, eine nationale Revolution in Gang zu setzen. Auch wenn Calhoun an späterer Stelle behauptet, das bessere Transport- und Informationssystem von 1848 hätte die französische Krise über die Grenzen des Landes hinaus in andere Staaten getragen, so führt er zunächst aus, dass ein Ereignis wie 1848 auch deswegen nicht mehr möglich wäre, weil Eisenbahnen, die ein direktes Eingreifen der Provinz bei Aufständen etwa in Paris ermöglicht hätten, aber auch Telegraphen ebenso wie die verbesserte Verwaltungsinfrastruktur unter der Kontrolle des Kapitalismus gewesen wären, so dass dieser bestimmt hätte, welche Ideen der Revolution, des Nationalismus und der Demokratie von einem Ort zum anderen gelangen sollten, was Organe der Unterdrückung, v.a. aber die Kreierung von Verwaltung zur Vermeidung von Krisen hätte entstehen lassen. Diesen Veränderungen hätte sich aber auch die Französische Revolutionstradition anpassen müssen, denn für die neuen Zeiten wäre sie in ihrer alten Form nicht mehr anwendbar gewesen und die Fortsetzung dieser Tradition durch Durkheim sei eben unter Berücksichtigung dieses Umstandes zu beurteilen. Diesen Wandel bemerke, allerdings ohne ihn zu theoretisieren, auch Gramsci, der festgestellt habe, die Technik der Politik habe sich nach 1848 komplett gewandelt, was jedoch notwendig gewesen sei, um die Art ideologischer Hegemonie emporzuheben, die charakteristisch für den vollentwickelten Kapitalismus sei. Die alte Revolutionstradition sei damit nur dort erhalten geblieben, wo die nationale Infrastruktur schwach und die Hauptstädte eine überdimensional große Rolle spielen würden: in der Dritten Welt. Damit wäre die Revolution von 1848, anders als Marx gehofft und Tocqueville gefürchtet hätte, kein Vorbote einer kommenden Arbeiterrevolution gewesen, denn die sie hervorrufenden Bedingungen wären nicht von linearen, kumulativen, sondern lediglich von vorübergehendem Charakter gewesen.

Zusammenfassend hält Calhoun die Schlüsselpunkte seiner Ausführungen fest: Zunächst beobachtet er, dass sich zahlreiche klassische Theoretiker von der 1848er Revolution stark hätten beeindruckt lassen, so dass dieses Ereignis durch seine Lektionen, die es durch die Beobachtung seiner Kämpfe geliefert hätte, einen bemerkenswert gestaltenden Einfluss auf die klassische Sozialtheorie gehabt hätte, wie man an den beiden Denkern Marx und Tocqueville sehen könne, die eine Intensivierung des Klassenkampfes erwartet hätten. Beide hätten aber die Zentralität und Stärke einer populistischen Ideologie wie Proudhon verkörpert und die Tatsache, dass es Arbeiter aus Kleinbetrieben waren, die in der Hauptsache die Revolution getragen hätten, überschätzt. Das Scheitern der Aufstände von 1848 hätte zudem die radikale Französische Revolutionstradition sowie den utopischen Sozialismus aus der klassischen Sozialtheorie verschwinden lassen. Die Letztere hätte es aber auch nicht geschafft, den sozialen Wandel adäquat zu thematisieren, der 1848 mehr mit 1789 verwandt gemacht hätte, als dass er ein Beweis für das zukünftige Wachstum des revolutionären Klassenkampfes in Westeuropa gewesen wäre.

Auch bei dem Aufsatz von Craig Calhoun soll zunächst noch einmal festgehalten werden, welche Unterschiede und Ähnlichkeiten der Verfasser zwischen den beiden Denkern Alexis de Tocqueville und Karl Marx beschreibt. In seiner Arbeit lassen sich hierbei drei Bereiche beobachten, in denen er die beiden Denker zueinander in Bezug setzt: Zunächst ist dies die Französische Revolution von 1848. Hier ist der Verfasser grundsätzlich überzeugt, dass Marx und Tocqueville die Juniaufstände sehr ähnlich beurteilt hätten, denn für beide hätte hiermit eine völlig neue Art des Kampfes begonnen, die sich dadurch ausgezeichnet hätte, dass das Kapital und die Arbeit als Gegner aufeinandergetroffen wären. Ihre Bewertung dieses Ereignisses sei dagegen sehr unterschiedlich ausgefallen: Während der französische Theoretiker die Pariser Ereignisse abgelehnt hätte, weil er in der schleichenden und kontinuierlichen Zunahme der Klassenauseinandersetzungen eine Bedrohung der sozialen Ordnung gesehen hätte, hätte Marx die Bourgeoisie für die Entwicklungen des Frankreichs von 1848 verantwortlich gemacht, die den Arbeitern lediglich die Möglichkeit gelassen hätten, mit kämpferischen Mitteln diese bürgerliche Ordnung zu überwinden oder zu hungern. Ganz im Sinne dieser Einschätzung, kam der in dieser Zeit aktive, französische Theoretiker nach der Revolution dann auch zu der Erkenntnis, dass das Verlangen nach materiellem Wohlstand, aber auch Neid, wirtschaftliche und politische Theorien, allgemeine Verachtung der führenden Klasse sowie der Regierung, die Zentralisierung der Verwaltung und die generelle Zunahme der Mobilität die Ursache für die Kämpfe gewesen wäre und dass die revolutionären Ereignisse letztlich ihr Ende in einem autoritären Regime finden müssten. Als sich Marx Vorhersagen einer proletarischen Revolution 1848 nicht erfüllten, hätte sich für den hauptsächlich theoretisch tätigen deutschen Denker dagegen gezeigt, dass die sozialistische Sache unter der Flagge der demokratischen Bourgeoisie zur Niederlage verurteilt gewesen wäre, weil die Letzteren die Arbeitersklaverei und die Macht des Geldes dauerhaft festsetzen hätten wollen und daher hätte er seine zuvor engen politischen Verbindungen mit den radikalen Demokraten und Nationalisten abgebrochen. Hierbei hätte der ursprünglich von liberalen Republikanern formulierte Begriff der «permanenten Revolution», der eine graduelle Reform bezeichnen sollte, bei Marx und Engels dann auch eine völlig neue Bedeutung erhalten, und den Umstand beschrieben, dass die Revolution der Arbeiter solange andauern sollte, bis alle besitzenden Klassen aus ihren führenden Positionen verdrängt wären und das Proletariat die politische und wirtschaftliche Macht weltweit, ohne noch in Konkurrenz zu stehen, übernommen hätte. Dabei hätte er einen friedlichen Übergang zum Sozialismus nach diesen Ereignissen nur noch in England, Holland und Amerika für möglich gehalten. Der zweite Bereich, auf den Calhoun Craig näher eingeht, ist die Machtübernahme von Louis Napoléon im Jahre 1851: Hier seien sich die beiden Denker in der Verachtung der Herrschaft dieses bürgerlichen Monarchen einig gewesen, die Reaktion auf dieses Ereignis sei aber wie 1848 wieder unterschiedlich ausgefallen: Während sie bei Tocqueville eine gewisse Akzeptanz erfahren hätte, weil der Franzose lieber dessen Regime mit seinen materiellen Interessen sowie seiner Unterbindung des für eine aufgeklärte politische Teilhabe notwendigen Geistes in Kauf genommen hätte, als die mit einer andauernden Revolution verbundene soziale Republik, wäre bei Marx einerseits die Abneigung gegen den bourgoisen Republikanismus angewachsen, weil das Bürgertum nicht nur das autoritäre Regime, sondern auch die extrem blutige Unterdrückung von Aufständen in einigen Ländern unterstützt hätte, und andererseits der Optimismus geschwunden wäre, Frankreich könne die Führung der europäischen Revolution übernehmen. Darüber hinaus hätte Tocqueville anders als Marx geglaubt, dass Louis Napoléon durch die revolutionären Ereignisse an die Macht gekommen wäre und nicht einem Kompromiss der Finanz- und Industrielwelt sowie den Bauern seinen Aufstieg zu verdanken gehabt hätte. In Reaktion auf diese Machtübernahme Louis Napoléons hätte Tocqueville seine politische Karriere beendet und angefangen, seine Memoiren zu schreiben, während Marx nach Eng-

land emigriert wäre und seinen heroischen Kampf gegen die politische Wirtschaft des Kapitalismus begonnen und versucht hätte, die starke Einheit von Sozialisten und Demokraten zu lösen. Am wichtigsten ist dem Verfasser allerdings sein dritter Bereich. Hier hält er fest, dass sowohl der Franzose als auch der Deutsche die Stärke und Wirkung einer populistischen Ideologie à la Proudhon unterschätzt und daher eine Intensivierung des Klassenkampfes erwartet hätten, wobei ihnen beiden die eigentliche Bedeutung dieses Ereignisses entgangen wäre, nämlich dass die Revolution von 1848 die letzte Revolution gewesen wäre, die in der klassischen städtischen Weise, d.h. in den Mauern von Paris, stattgefunden hätte und daher als ein Ereignis der westeuropäischen Vergangenheit einzustufen gewesen wäre. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Craig zu der Erkenntnis gelangt, beide Denker hätten Louis Napoléons Herrschaft verachtet und darüber hinaus geglaubt, dass mit der 48er Revolution eine neue Art der gesellschaftlichen Auseinandersetzung begonnen hätte, auch wenn sie den Ursprung und die Qualität dieser beiden geschichtlichen Ereignisse sehr unterschiedlich beurteilten, wobei sie die Bedeutung des in ihrer Zeit sehr populären Proudhon nicht erfasst und die vergangenheitsgerichtete Bedeutung der Revolution nicht erkannt hätten.

Die hier herausgearbeiteten Parallelen und Unterschiede zwischen den beiden Theoretikern legen die Vermutung nahe, dass es sich bei dem vorliegenden Aufsatz um einen Vergleich der beiden Denker Alexis de Tocqueville und Karl Marx handelt, doch das vom Verfasser formulierte Ziel seiner Arbeit ist es, anhand der von den Theoretikern des 19. Jahrhunderts vorgetragenen Ansichten sowie ihrer später durch die Forschungen der Historiker erfahrenen Überarbeitungen zu zeigen, wie sich die Soziologie durch die 48er Revolution aufgespalten habe sowie deutlich zu machen, dass trotz der in die Zukunft gerichteten Haltung der Zeitzeugen, das Ereignis selbst der westeuropäischen Vergangenheit angehört hätte. Diesem Ziel verpflichtet, betrachtet der Verfasser neben den beiden Denkern auch den französischen Sozialisten Proudhon sehr ausführlich und baut seine Ausführungen über Marx und Tocqueville v.a. auf ein Werk von Raymond Aron auf. Ein Blick in das Literaturverzeichnis weist zwar bezüglich des deutschen Denkers dessen Werke «Das Elend der Philosophie», «Klassenkämpfe in Frankreich», «Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte», «Das Kommunistische Manifest» aus sowie bezüglich des französischen Denkers eine von J.P. Mayer in Englisch herausgegebene Textkollektion, deren Inhalt nicht näher ersichtlich ist, doch die Auseinandersetzung mit den Originaltexten steht eher im Hintergrund der Arbeit von Craig. Ähnlich wie Raymond Aron in seinem Buch «Über die Freiheiten» nimmt der Verfasser zwar Vergleiche zwischen Tocqueville und Marx vor, aber sein eigentliches Anliegen bleibt die Klärung des Problems, welche Bedeutung die Revolution in soziologischer und historischer Hinsicht gehabt hat.

**ee. Servoise, René; Tocqueville et Karl Marx. Visionnaires, 1990**  
(Tocqueville und Karl Marx. Visionäre)

Vor ca. 150 Jahren - so René Servoise - hätten zwei junge Männer im Alter von 30 bzw. 33 zwei Prognosen formuliert, die in ihrer Epoche selbst unbemerkt geblieben wären. Die eine stamme von dem 1835 von seiner Amerikareise zurückgekehrten, durch einen besonnenen und überlegten Verstand sich auszeichnenden, im festen und fundierten, keinesfalls aufsehenerregenden Stil eines Montesquieu schreibenden, normannischen Edelmann, Alexis de Tocqueville, der zu dieser Zeit am Ende seines ersten Bandes von «La démocratie en Amérique» eine in seinem Werk ansonsten selten brillante, auch den Einfluss des Familien-

freundes Châteaubriand zeigende Vision formuliere, nämlich dass es einen Triumphzug des amerikanischen und russischen Volkes geben werde, die dann die Verantwortlichkeit der Welt unter sich aufteilen würden. Die andere stamme von dem nach London geflohenen und geächteten Deutschen, Karl Marx, der 1851 die Verschiebung des Zentrums der Welt vom Atlantik zum Pazifik prophezeit habe.<sup>366</sup>

Geboren worden sei der französische Aristokrat im Jahre der Austerlitzschlacht, seinen 10. Geburtstag habe er gefeiert, als die Kosaken Paris besetzten und seine Vision habe er zwanzig Jahre nach diesem Ereignis geschrieben, 1835, als die Russen in Europa eine maßgebliche und immer gewichtigere Rolle in den wiederkehrenden Anti-Napoléon-Strömungen gespielt hätten, auch wenn sie in Amerika nach Tocquevilles Einschätzung nur unbedeutende Besitzungen in Alaska und Californien gehabt hätten, und die Vereinigten Staaten mit weniger als 25 Bundesstaaten und ohne jeglichen Territoriumbesitz an der 1.296 Meilen langen Pazifikküste, die zu dieser Zeit noch in der Hand der Spanier und Briten gewesen wäre, und ohne den Staat Texas kaum jemanden interessiert hätten, insbesondere nicht seine französischen Landsleute: Albert Sord und A. de Custine hätten die kommende russische Gefahr für Europa angekündigt und sie an den Pranger gestellt, während sie gleichzeitig gesagt hätten, Napoléon habe die Invasionsroute gezeigt; ein weiterer, Joseph de Maistre, habe zutreffend gemutmaßt, der europäische Kontinent werde eines Tages entweder republikanisch oder kosakisch und Stendehal schließlich habe mit eingefleischtem Argwohn behauptet, der Kontinent werde kosakisch werden. Keiner von ihnen hätte allerdings eine Parallele zwischen Rußland und den U.S.A. gezogen, denn deren Expansion in dieser Epoche habe kaum vorhersehen lassen, dass sie sich nur wenige Kilometer voneinander entfernt in der Behringstraße gegenüberstehen würden und dass sie das Archipel Diomèdes in einen größeren russischen und einen kleineren amerikanischen Teil aufteilen würden, doch Tocqueville habe diesen kühnen, verdienstvollen und genialen Einfall gehabt. Allerdings habe er lediglich vorausgesagt, dass einerseits Frankreichs, Großbritanniens und Spaniens Zeit der Stärke vorbei sei, während diejenige der Vereinigten Staaten sowie Russland immer noch schnell wachse, ohne dass ein Ende in Sicht wäre und andererseits dass diese beiden Letzteren jeweils das Schicksal einer Hälfte der Welt in ihren Händen halten würden, während die Konfrontation der beiden Mächte die westlichen Länder in seine Prophezeiung hineininterpretiert hätten. Wie wichtig dem Franzosen diese Prognose gewesen sei, zeige sich daran, dass er sie ans Ende seines Werkes und seiner Analyse gestellt habe, wo sie selbst von einem eiligen Leser gelesen werde, wobei sie eine Wendung zu internationalen Problemen darstelle, die die großen Mächte der damaligen Zeit wie Großbritannien, Frankreich, Österreich, Preußen sowie die Türkei außer Acht lasse und nach der soliden, wenig aufsehenerregenden Analyse der internen Probleme einer gerade entstehenden großen Nation ganz plötzlich komme.<sup>367</sup>

Karl Marx messe anders als Tocqueville seiner Vision, dass der Pazifik in der Zukunft die zu diesem Zeitpunkt noch sehr bedeutende Rolle des Atlantiks übernehme und sich ähnlich dem Mittelmeerraum zu Zeiten der Antike und des Mittelalters entwickeln werde, keine prophetische und würdevolle Bedeutung im Rahmen seiner Forschungserkenntnisse bei, denn sie stelle für ihn im Zusammenhang mit seinen wissenschaftlichen Untersuchungen zu den Auswirkungen der Entdeckung von Gold an der amerikanischen Westküste und der damit verbundenen, die Rocky Mountains und damit die Kontinentscheide überschreitende Wanderung der Amerikaner nach Westen lediglich eine nebensächliche Folge dieses Prozesses dar. Darüber hinaus beschränke sich seine Prophezeiung nur auf das ame-

---

<sup>366</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Servoise, René: Tocqueville et Marx, Visionnaires, in: Tocqueville Review, Heft 10, 1989/1990, S. 229

<sup>367</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Servoise, René: Tocqueville et Marx, Visionnaires, in: Tocqueville Review, Heft 10, 1989/1990, S. 230 - 231

rikanische Ufer, wie man an der Feststellung sehe, der Ansturm auf das Gold werde eine Kapitalisierung und weiße Kolonialisierung nachsichziehen, sowie an der Tatsache, dass nichts in seinen Ausführungen einen Hinweis auf das Auftauchen eines großen wirtschaftlichen Handelsaustausches zwischen Amerika und Asien hinweise oder gar die entscheidende Rolle des Fernen Ostens in diesem Gefüge vorhersage, so dass man obwohl wir heute dazu neigen würden, Marx Aussagen in ihrer Bedeutung auszuweiten, wie bei Tocqueville eine Relativierung vornehmen müssten. Die Vision des deutschen Denkers sei in keinsten Weise mit derjenigen von dem Geographen Albert Demangeon aus dem Jahre 1920 zu vergleichen, der prophezeit hätte, dass der lange Zeit nur auf das jeweilige Ufer konzentrierte Wirtschaftsmarkt sich über den Pazifik hinweg verbinden und zu einem neuen Mittelmeerraum werde.<sup>368</sup>

In einem weiteren Schritt möchte nun René Servoise klären, wie unsere heutige Zeit die beiden Vorhersagen einschätzt und inwieweit sie sich bestätigt haben. Was Tocqueville betreffe, so sei seine auch heute noch kühne und intelligente Einschätzung, zunächst schrittweise bestätigt worden, könne jedoch die zeitgenössischen Ereignisse nicht mehr erklären oder erlaube gar eine Deutung der Zukunft. So seien im Verhältnis zum früheren internationalen Engagement die Kräfte Amerikas und Rußlands geschwunden und ihre Macht entspreche auch nicht mehr ihren Ambitionen, so dass nun auch die beiden Großmächte an ihren Grenzen angelangt und gezwungen seien, ihre internen und externen politischen, wirtschaftlichen oder strategischen Probleme durch eine Neugestaltung zu lösen, doch das Beharren auf ihren Positionen sowie ihr Machtverständnis verhindere dies. Zudem hätte Tocqueville zu seiner Zeit eine amerikanische Gesellschaft mit anderer ethnischer Zusammensetzung als im angehenden 21. Jahrhundert analysiert: Es hätte sich um eine weiße Gesellschaft gehandelt, die eine Projektion des abendländischen Europas oder besser Großbritanniens in einem weiten, reichen Kontinent mit gemäßigtem Klima gewesen wäre, an dessen Grenzen anders als in Europa keine Feinde gesessen hätten, denn Kanada und Mexiko hätten sie nicht gefürchtet, und so benötigten sie auch keine dauernd einsatzbereite Armee - wie Hegel schon 1831 bemerkt hätte. Zu guter Letzt habe sich auch das Untersuchungsobjekt geändert: Während Tocqueville die politischen Verhaltensweisen der Anglo-Amerikaner untersucht und den Schwarzen sowie den Ureinwohnern nur 60 von 1.000 Seiten gewidmet hätte, habe es von damals zu heute ethnische Veränderungen gegeben, so dass die schmeichelhafte Parallele zu den Briten die heutigen gesellschaftlichen Realitäten nicht mehr zuverlässig beschreibe und noch weniger die Folgen dieses Wandels - diese müssten im Verhältnis zum ursprünglichen Bild von 1835 von einem neuen Tocqueville bearbeitet werden.<sup>369</sup>

Die Vision von Karl Marx werde dagegen jeden Tag bestätigt, auch wenn sie in bestimmten Bereichen differenziert werden müsse: So weise die Literatur nicht ohne politische Fiktion und Propaganda in gewissen Kommentaren mit Gefälligkeit darauf hin, dass sich das weltliche Zentrum Richtung Pazifik verschiebe, was Statistiken unanfechtbar belegen würden, denn seit 1984 habe der wirtschaftliche Austausch im Pazifischen Raum denjenigen im atlantischen wertmäßig überholt, im Jahre 2000 werde der Handel dem zwischen dem «pazifischen» Amerika und Asien doppelt so hoch sein wie zwischen Amerika und Europa und in 25 Jahren werde sich der innere Handel des Pazifikraumes verdreißigfachen, während er im Bereich des Atlantik sich nur verzehnfachen werde. Allerdings bleibe dieser Letztere bei der Zirkulation von Ideen und Menschen im Vorteil und so handle es sich bei der Deutung, es werde eine Verschiebung des wirtschaftlichen und technologischen

---

<sup>368</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Servoise, René: Tocqueville et Marx, Visionnaires, in: Tocqueville Review, Heft 10, 1989/1990, S. 231 - 232

<sup>369</sup> vgl. zu den bisherigen Ausführungen: Servoise, René: Tocqueville et Marx, Visionnaires, in: Tocqueville Review, Heft 10, 1989/1990, S. 232 - 233

Schwerpunktes geben, um eine subjektive Interpretation und auch wenn die Bedeutung des Handels in beiden Räumen vergleichbar sei, so löse der pazifische Raum jedoch den atlantischen nicht ab, sondern gleiche sich diesem an. Genau genommen habe sich der zweite Teil von Karl Marx Vorhersage sowie der universalistischen germanischen Schule des Othmar-Spann-Schülers Eric Weber nicht erfüllt, denn der Aufstieg eines Teiles der Welt oder eines Volkes habe nicht den Verfall des anderen Teiles der Welt bzw. eines anderen Volkes zur Folge und so führe die Weiterentwicklung des pazifischen Bereichs zu einem erneuten Aufblühen des atlantischen, wie etwa die Entwicklung des ursprünglichen Versuchs Europäische Gemeinschaft zeige, der nicht die sowjetischen Schwierigkeiten und Probleme des dem marxischen Gedankengut unterworfenen Zentraleuropas gehabt hätte oder die zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten geschaffene Freihandelszone, die mächtiger sei als der gesamte amerikanische Kontinent. Was den Handel zwischen dem Süden Amerikas sowie Afrika angehe, so sei dessen Geringfügigkeit nicht eine Folge des Aufstiegs des pazifischen Raumes, sondern stelle ein altes Phänomen dar, so dass die von Karl Marx getroffene Prognose differenziert und berichtigt werden müsse. Zunächst müssen die von Marx gekennzeichneten Wirtschaftsräume spätestens seit den Studien von Fernand Braudel, der gezeigt habe, dass die große Zeit des Mittelmeeres über die Antike und das Mittelalter hinaus angedauert und erst im 17. Jahrhundert mit dem Abgang Spaniens und dem Rückzug Habsburgs und Osmalis' geendet habe, genauer unterschieden werden, so etwa zwischen einem Nord- sowie Südatlantischen bzw. -pazifischen Raum, sowie einem orientalischen und okzidentalischen Bereich im Mittelmeer. Außerdem könne der Aufstieg des Pazifikraumes nicht allein auf die Entdeckung von Gold in Kalifornien und die unerschöpfliche Energie der Yankees zurückgeführt werden, vielmehr sei diese Entwicklung auf einen wesentlich komplexeren Sachverhalt zurückzuführen. Beispielhaft könne hier etwa der Niedergang des Mittelmeerraumes herangezogen werden, der nicht einfach durch den Verfall insbesondere Venedigs verursacht worden sei, sondern vielmehr durch eine Art Festnahme seitens der nordischen Nationen England und Holland sowie den Hanseatischen Staaten. Ein Vergleich mit diesem Raum biete sich aber auch für die innerpazifischen Verhältnisse der 80er Jahre an und der sich hier entwickelnden militärischen Rolle Amerikas sowie wirtschaftlichen Rolle Japans, wenn man die Äußerung eines 1687 in Paris tätigen Diplomaten betrachte, die besage, das Spinnrad und damit der wirtschaftliche Erfolg der englischen Königin habe mehr gebracht als der Degen des spanischen Königs.<sup>370</sup>

Am Ende seiner Ausführungen fasst René Servoise noch einmal zusammen: Tocquevilles reflektierende und argumentierende Ankündigung aus dem Jahre 1835 prognostiziere, dass die von der Freiheit inspirierten Amerikaner und die von der Knechtschaft geführten Russen einen triumphalen Weg vor sich hätten und tatsächlich seien diese beiden Nationen nach dem 2. Weltkrieg die beiden führenden Weltmächte geworden, wobei sie zu diesem Zeitpunkt allerdings bereits auch die Grenzen ihrer Macht sowie ihrer territorialen Ausdehnung erreicht hätten. Nicht gesehen worden seien von dem französischen Aristokraten dagegen die großen Probleme im Inneren sowie an den Grenzen dieser beiden Staaten, die ihre äußere Macht gehemmt und gelähmt hätten. Marx' nebenbei formulierte Vorhersage aus dem Jahre 1851 hätte das Heraufkommen des pazifischen Raumes gesehen und hätte daher in gewisser Hinsicht Tocquevilles Prognose abgelöst, indem er den Rahmen der Nationen gesprengt und sich mit der Zukunft der großen Gesamtheiten der zivilisierten Welt - Mittelmeer-, Atlantik- und Pazifikraum - sowie ihrer Aufeinanderfolge über einen sehr langen Zeitraum beschäftigt hätte. Keiner der beiden überlegenen Geister wäre jedoch in der Lage gewesen, in ihrer Umgebung und ihrer Zeit das Auftauchen einer außergewöhnli-

---

<sup>370</sup> vgl. zu den restlichen Ausführungen diese Absatzes: Servoise, René: Tocqueville et Marx, Visionnaires, in: Tocqueville Review, Heft 10, 1989/1990, S. 233 - 236



chen Herausforderung vorauszuahnen: Den neuen Prometheus, der durch nichts anderes als die asiatischen Küsten des Pazifik mit der zentralen Nation Japan verkörpert werde, forde-re die alten Götter, nämlich die herrschende abendländische Wirtschaft und Kultur, heraus, denen er das Feuer gestohlen habe.

Auch im Falle von Servoise Aufsatz stellt sich zunächst die Frage, zu welchen verglei-chenden Ergebnissen er bezüglich Alexis de Tocqueville und Karl Marx gelangt ist. Wich-tig ist in diesem Zusammenhang festzuhalten, dass sich der Verfasser nur auf jeweils eine Prognose der beiden Denker konzentriert. Im Falle Tocquevilles ist dies dessen am Ende des ersten Band vorhergesagter Aufstieg Russlands und der Vereinigten Staaten zur Welt-macht; im Falle von Marx stellt dies dessen beiläufig getroffene Aussage im Rahmen sei-ner Untersuchungen zum Goldrausch an der amerikanischen Westküste dar, dass der Pazi-fik zukünftig die noch vom Atlantik eingenommene bedeutende Rolle übernehmen werde. Die tocquevillesche Vorhersage habe die Situation zwischen den beiden Weltmächten nach dem 2. Weltkrieg beschrieben, auch wenn sie keinerlei Konfrontation der beiden Na-tionen prognostiziert habe. In unserer heutigen Zeit sei sie allerdings bereits überlebt, weil Rußland und Amerika bereits nach 1945 an ihre territorialen Grenzen gelangt gewesen sei-en, sie sich politisch, wirtschaftlich und strategisch nach außen hin neu orientieren müs-sen und die amerikanische Gesellschaft sich seit den Untersuchungen Tocquevilles in ihrer ethnischen Zusammensetzung geändert hätte und darüber hinaus auch Feinde habe und eine Armee besitze. Karl Marx habe dagegen richtig erkannt, dass der pazifische Raum den atlantischen an wirtschaftlicher Bedeutung in Zukunft überragen würde, auch wenn er sei-ne Erkenntnisse sehr einseitig auf den Goldrausch in Kalifornien und die unerschöpfliche Energie der Amerikaner zurückführe sowie jegliche Prognose über die Zunahme des Han-delsaustausches vermissen lasse. Doch auch wenn sich das wirtschaftliche Zentrum der Welt Richtung Pazifik verschiebe, so bleibe jedoch im atlantischen Raum der Austausch von Ideen und Menschen im Vorteil und er blühe wie man an der Europäischen Union und der nordamerikanischen Freihandelszone sehe durch den Aufstieg des pazifischen Raumes ebenfalls auf, so dass tatsächlich nur eine Angleichung der beiden Räume vorliege. Außer-dem habe er übersehen, dass der Aufstieg des Pazifik nur die nördliche Hemisphäre betreffe, denn der Handel zwischen Südamerika und Afrika sei traditionell geringfügig geblieben.

Zwar handelt es sich bei dem Aufsatz von Servoise um eine Arbeit, die allein den Ver-gleich von Alexis de Tocqueville und Karl Marx zum Gegenstand hat, aber Gegenstand ist jeweils nur eine sehr kleine Textpassage aus den Arbeiten der beiden Denker, so dass hier keine weitreichende Auseinandersetzung mit den beiden Theoretikern vorliegt. Man er-fährt nicht inwieweit sich Marx und Tocqueville in ihren generellen Ideenkonzepten annä-hern oder unterscheiden, vielmehr kreist die ganze Auseinandersetzung allein darum, wo-hin sich die wirtschaftlichen und politischen Machtzentren der Welt verschieben werden und welcher der beiden Denker diese Zukunft besser vorhergesehen hat.. Da in seinem Li-teraturverzeichnis keine Arbeiten von Tocqueville und Marx angeführt werden, ist davon auszugehen, dass er sich bei seinem Vergleich ausschließlich auf die beiden Textstellen konzentriert hat.

### **c. Charakterisierung der Vergleichsliteratur in der Phase der erneuten Konfrontation**

Hatte der Kalte Krieg in seinen Anfängen, v.a. aber der große Ansehensverlust des Kommunismus nach Chruschtschows Rede im Jahre 1956 den Nährboden für die Etablierung eines neuen Philosophen neben Karl Marx in der Wissenschaft geschaffen, so schienen die 80er Jahre, die die politischen Anstrengungen der 70iger Jahre, die zunächst eine Entspannung der weltweiten Lage gesucht hatten, fast komplett zu revidieren, so dass sich erneut die Rahmenbedingungen für eine Renaissance von Alexis de Tocqueville ergaben und eine wirkliche Chance für die Etablierung dieses Denkers gegeben war: Zunächst war durch das Auftreten Ronald Reagans gegenüber der Sowjetunion, aber auch durch seine massive militärische Aufrüstung der Kalte Krieg erneut wiederbelebt worden, so dass sich für liberale Wissenschaftler die Möglichkeit geboten hätte, diesen Zeitgeist in ihrer Arbeit aufzugreifen und dem dominierenden marxistischen Gedankengut die liberalen Ideen eines Alexis de Tocqueville gegenüberzustellen. Noch mehr spielte liberalen Forschern der Umstand in die Hände, dass sich ab Mitte der 80er Jahre abzeichnete, dass die sozialistischen Staaten nicht nur wirtschaftlich und finanziell vor dem Kollaps standen, sondern dass die dort lebenden Menschen das politische System immer mehr ablehnten und nach anfänglichen einfachen Reformbestrebungen dazu übergingen die Einführung der Demokratie einzufordern. Als 1989/90 praktisch der gesamte Ostblock zur klassischen Demokratie mit ihrem Mehrparteiensystem, ihrer Presse-, Meinungs- und Reisefreiheit sowie ihrer Wirtschaftsform zurückkehrte und ganz offen die Zugehörigkeit zum Westen begehrte, wurde endgültig klar, dass die dort praktizierte Planwirtschaft, aber auch das gewaltsam eingeführte Gesellschaftssystem gescheitert waren. Da die Gesellschaftsvorstellungen im Ostblock sich v.a. auf Marx stützten und versucht hatten, dessen Ideen in die Realität umzusetzen, war nun rein äußerlich ein Anlass gegeben, nicht nur die marxsche Philosophie erneut auf den Prüfstand zu stellen, sondern ihm einen neuen, vom Gedankengut der sich nun neu ergebenden Realität gekennzeichneten Philosophen gegenüberzustellen. Entgegen der äußeren Umstände erfuhr die vergleichende Tocqueville-Marx-Forschung durch die geschichtlichen Ereignisse keinerlei Auftrieb. Zwar erschien 1986 die Arbeit von Herbert Dittgen, die ganz im Sinne Hornungs den bloßen Vergleich von Textstellen aufgab und sich auf eine ganzheitliche Betrachtung verlegte, die bestimmte Themenbereiche wie Menschenbild oder Intention bildete, in deren Rahmen sie die Äußerungen der beiden Denker verglich und dadurch eine ganz neue Dimension dieses Forschungsbereiches aufzeigte, aber auch dies konnte zu keiner wesentlichen Belebung der Marx-Tocqueville-Forschung beitragen. Vielmehr blieb man den alten, in den 50er Jahren etablierten Untersuchungsschematas treu und konzentrierte sich auf die Prognosen von Marx und Tocqueville oder man betrachtete weiterhin die Erkenntnisse der beiden Denker - wie sich dies im Verlaufe der Forschungen immer deutlicher herauskristallisierte - als eine Art Basiserkenntnisse, deren man sich im Rahmen der eigenen Arbeiten bediente, ohne sie wirklich auf ihre Gültigkeit oder Nicht-Gültigkeit zu hinterfragen. Es verstärkte sich damit die bereits Ende der 70er Jahre abzeichnende Tendenz, dass man die beiden Philosophen als wichtigen Erkenntnisfundus für das weitere wissenschaftliche Arbeiten betrachtete, aber deren vergleichenden Gegenüberstellung praktisch keine Aufmerksamkeit mehr widmete.

## **4. Die Phase nach der Wende des Jahres 1989/90**

### a. Die politische und gesellschaftliche Situation

Im Januar 1991 zeichnete sich immer deutlicher ab, dass eine diplomatische Lösung des Irak-Konfliktes nicht zustande kommen würde, denn sowohl das amerikanisch-irakische Außenministertreffen als auch eine zwei Tage vor dem Ablauf des UNO-Ultimatums am 15. Januar 1991 durchgeführte Mission des UNO-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar in Bagdad blieben erfolglos. Am 17. Januar begann die Operation «Desert Shield» (Wüstenschild) mit dem Aufbau einer 500 000 starken alliierten Streitmacht in der Golfregion, die ohne die bisher von amerikanischer Seite gepflegten Beziehungen zu Saudi-Arabien und Ägypten nicht möglich gewesen wäre. Zunächst versuchten die taktischen Luftflotten strategisch wichtige Ziele zu vernichten, um dann gegen die in irakischen Besatzungstruppen in Kuwait vorzugehen. Die Kommandostruktur von Saddam Hussein war trotz der Angriffe einigermaßen intakt geblieben und er hatte versucht durch den Einsatz von Scud-Raketen gegen Städte in Saudi-Arabien und Israel dem Konflikt eine gesamtarabische Dimension zu geben, was die israelische Regierung erzürnte. Nur mit Mühe konnte Bush diese von ihrem Vorhaben selbst militärische Gegenschläge zu unternehmen abbringen, doch es wurde endgültig klar, dass ein Rückzug der irakischen Truppen aus Kuwait nur durch den massiven Einsatz alliierter Bodentruppen möglich war. Nachdem darüber hinaus der Versuch eines Kompromissfriedens scheiterte, eröffneten die Vereingten Staaten am 24. Januar 1991 ihre Bodenoffensive, doch auch wenn ihre technische Überlegenheit ihnen nicht den Sieg durch die Luftstreitkräfte gebracht hatte, so hatten sie der Weltöffentlichkeit ihre militärische Überlegenheit durch Fernsehübertragungen des CNN beeindruckend demonstrieren können, denn nach der heftigen Kritik über den Ausschluss der Reporter von der Grenada-Invasion im Jahre 1983 wurde die Presse dieses Mal zugelassen, wobei ihre Bewegungsfreiheit jedoch eingeschränkt wurde und ihre Berichte der Militärzensur unterlagen. Die Bodenoffensive der Alliierten schnitt den irakischen Truppen den Rückzug ab, was zu verheerenden Verlusten bei den Letzteren führte und den Krieg 100 Stunden später, am 28. Februar 1991, beendete, denn Saddam Hussein musste den ihm in dieser Kriegspause angebotenen, sehr harten Waffenstillstand widerwillig annehmen, doch seine Niederlage einzuräumen, war er nicht bereit. Als der schiitisch dominierte Norden des Iraks sowie die kurdischen Gebiete sich daraufhin mit Aufständen gegen das diktatorische Regime ihres Landes wandten, schlug Saddam Hussein mit seinen noch verbliebenen Truppen diese mit aller Härte nieder, so dass sich in der Folge riesige Flüchtlingsströme in Richtung Türkei und Iran bewegten, die die alliierten Truppen in Flüchtlingslagern begannen aufzufangen. Da der Krieg auf Seiten der Alliierten weniger als 200 Todesopfer gefordert hatte und der Sieg relativ schnell errungen werden konnte, kam es in den Vereinigten Staaten zu patriotischen Aufwallungen, die man seit 1945 nicht mehr erlebt hatte und die Glauben machten, das Vietnam-Trauma sei überwunden. Auch in Europa, wo sich zunächst noch antim Amerikanische Proteste unter der Parole «Kein Blut für Öl» formiert hatten, zeigte sich v.a. auch unter dem Eindruck der irakischen Angriffe auf Israel ein deutlicher Stimmungswandel ab. Hinzu kam, dass über amerikanische Kanäle bekannt wurde, dass bundesdeutsche Firmen beim Aufbau einer Giftgasproduktion im Irak geholfen hatten, wobei ungenannt blieb, dass an der geheimen chemischen und nuklearen Aufrüstung des Irak auch Amerika und Großbritannien beteiligt waren. Die aus dem Sieg für Bush resultierende Popularität verleitete den Präsidenten dazu, die Vision einer neuen Weltordnung zu verkünden und er nutzte das internationale Stimmungshoch für sein Land, um den Friedensprozess im Nahen Osten auf einer unter amerikanischer und sowjetischer Schirmherrschaft stehenden internationalen Konferenz in Madrid vom 30. Oktober 1991 bis zum 1. November 1991 wieder in Gang zu bringen, doch auch wenn die USA, die EG bzw. EU und Japan gute Dienste und materielle Hilfe für die Lösung etwa der Probleme bei der

Wasserversorgung, der wirtschaftlichen Entwicklung sowie der Erziehung und Ausbildung anboten, so stand das Treffen unter keinem glücklichen Stern: Syrien, der Irak und der Iran boykottierten das Treffen, Israel ließ die PLO selbst nicht als Verhandlungspartner zu und nutzte ebenso wie die arabischen Staaten die Anwesenheit der Fernsehteams aus aller Welt, um ihre Standpunkte zu verbreiten, so dass der Plan Bushs sowie seines Außenministers Baker Israel solle sich aus allen besetzten Gebieten zurückziehen und die arabischen Staaten dessen Recht auf ein Leben in Frieden anerkennen («Land für Frieden») sich noch nicht verwirklichen ließ. Obwohl es Präsident Bush neben dem militärischen Sieg im Nahen Osten, am 20. Dezember 1991 gelang, das Ende des Ost-West-Konfliktes nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion endgültig zu beenden und mit Hilfe des Nordatlantischen Kooperationsrates eine neue Militärstruktur vorzubereiten, verlor er in dieser Zeit zunehmend an Popularität, sowohl bei seinen Landsleuten als auch auf internationaler Ebene. Es sollte sich zunächst rächen, dass der amerikanische Präsident auf Wunsch der arabischen Verbündeten und aus Sorge über einen Zerfall des Irak die Offensive abgebrochen hatte, bevor Saddam Hussein gestürzt worden war, denn so verblieb diesem genügend Potential, seine Rivalen auszuschalten, weiter an der Macht zu bleiben und die Verfolgung der schiitischen Minderheiten sowie der Kurden fortzusetzen. Dies aber auch der Umstand, dass der nach Kuwait zurückgekehrte Emir kein demokratisches politisches System errichtete, fügte Bush in der Folge erheblichen Schaden zu. Bei den Verbündeten verlor die USA aber insbesondere deswegen an Boden, weil sie die Kriegskosten weitgehend auf die beiden unbeteiligten Staaten Japan und Deutschland abwälzte, wodurch der Eindruck finanzieller Schwäche entstand, der noch erhärtet wurde, als der amerikanische Kongress mit seinen Finanzbeiträgen zur UN im Rückstand blieb und diese dadurch in Zahlungsschwierigkeiten brachte, so dass nicht nur die alten Ressentiments gegen die UN und der Wunsch auf absolute Handlungsfreiheit bei den Amerikanern wieder aufzukommen schienen, sondern sich v. a. bei den Partnern Zweifel am zukünftigen amerikanischen Führungsvermögen breit machten. Hinzu kam, dass die internationale Lage nach der Beendigung des Kalten Krieges nicht übersichtlicher, sondern instabiler geworden war und etwa die Sowjetunion auf dem Balkan und im Kaukasus aufgrund einer Welle von Nationalismus und religiösem Fanatismus mit blutigen Konflikten und Bürgerkriegen zu kämpfen hatte und internationale amerikanische Aktionen erfolglos blieben, so etwa eine von der UN geführte humanitäre Aktion im von Bandenkämpfen und Hungernöten geplagten Somalia. Trotz dieser Misserfolge auf internationaler Ebene sollte der Nahost-Plan des amerikanischen Präsidenten im Wahljahr 1992 entscheidene Fortschritte machen, denn in diesem Jahr vollzog sich in Israel ein Regierungswechsel und das neue der Arbeiterpartei angehörende Staatsoberhaupt Isaac Rabin sprach sich offen für eine Anerkennung der PLO als Verhandlungspartner aus, so dass in der Folge unter norwegischer Vermittlung ein Abkommen zustandekam, im Rahmen dessen ein Zeitplan festgelegt wurde, an dessen Ende die Ausrufung eines Palästinenserstaates stehen sollte, doch sein Vorstoß, Syrien zu Verhandlungen mit Israel zu bewegen, scheiterte, weil Assad im ersten Schritt die bedingungslose Rückgabe der Golan-Höhen verlangte. Entscheidend für den *innenpolitischen* Popularitätsverfall waren aber letztlich nicht die außenpolitischen Rückschläge von Bush, sondern die Tatsache, dass der Erfolg des Golfkrieges die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Vereinigten Staaten nicht auf Dauer hatte aus dem Bewusstsein der Amerikaner verdrängen können, denn die seit 1990 andauernde Rezession dauerte auch noch im Wahlkampfsjahr 1992 an. Die bereits unter Reagan ausgesprochen hohe Staatsverschuldung vergrößerte sich immer mehr, insbesondere weil sich die Bausparkassen im vorhergehenden Aufschwung mit Immobilienspekulationen übernommen hatten, die den ohnehin durch die Konjunkturschwäche hoch verschuldeten amerikanischen Staat mehr als 200 Milliarden Dollar kostete. Angesichts dieser Entwicklung sah sich Bush Anfang 1992 dazu gezwun-

gen, sein altes Wahlversprechen, keine neuen Steuern einzuführen, aufzugeben und verabschiedete zusammen mit dem Kongress einen Budgetkompromiß, der nicht nur Einsparungen, sondern auch höhere Steuern und Abgaben vorsah, die zu Unmut in der Bevölkerung führten. Hinzu kam, dass in einigen Gebieten des Landes die Arbeitslosigkeit bis zum Herbst 1992 auf 10% anstieg und damit 2,5% über dem nationalen Durchschnitt lag. Neben diesen wirtschaftlichen Problemen sah sich die Bush-Regierung auch erheblichen sozialen Spannungen gegenüber, die von der Unterklasse ausgingen und zu mehrtätigen, Tote und Verletzte mitsichbringenden Rassenunruhen in Los Angeles führten. Diese Tumulte und Plünderungen griffen in der Folge auch auf andere Großstädte wie San Francisco, Atlanta, Las Vegas und Seattle über, und hatten ihre Ursache in der beängstigend ansteigenden Kriminalität, der Verbreitung der Armut in den Millionenstädten, der illegalen Einwanderung aus den Lateinamerikanischen Ländern, den schweren Zerfallserscheinungen im öffentlichen Erziehungswesen sowie der allgemeinen Verbreitung von Gewalt, Bandenwesen, Drogensucht und AIDS. Die Bush-Administration reagierte hierauf mit Appellen an die Hochachtung der traditionellen «amerikanischen Werte» sowie mit der Ermahnung, die Institution der Familie zu schützen. Infolge dieser sozialen Spannungen sowie der anhaltenden Wirtschaftsrezession gaben die amerikanischen Wähler entgegen den Erwartungen der Europäer, die den außenpolitisch erfolgreichen Bush favorisierten, ihr Votum im November 1992 dem bis dahin national wenig bekannten, jugendlichen demokratischen Gouverneur von Arkansas, William Jefferson Clinton, der sich nicht nur im Stile John F. Kennedys als Hoffnungsträger der jungen Generation darbot, sondern auch offen für die wirtschaftlichen Sorgen seiner Bevölkerung war und eine liberale Erneuerung von Staat und Gesellschaft in Aussicht stellte. Neben diesen Punkten wirkte sich für den 46jährigen demokratischen Präsidentschaftskandidaten aber auch positiv aus, dass ein Milliardär aus Texas als parteiloser Drittkandidat im Wahlkampf auftrat, der mit seinen simplifizierenden populistischen Stellungnahmen zunächst große Erfolge erzielte, plötzlich vorzeitig aus der Kampagne ausschied, um dann kurz vor dem Wahltermin seine Kandidatur wieder aufzunehmen und zahlreiche potentielle Wähler von Bush abzuwerben. Clinton wurde dann auch sehr klar zum 42. Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt: Er siegte in 32 von 50 Staaten und brachte 43% der Stimmen hinter sich, während sich Bush mit 38% begnügen musste und der Drittkandidat Perot 19% erhielt.<sup>371</sup>

Die Sowjetunion kämpfte in der Zwischenzeit weiter mit ihren informellen Gruppen und sah sich zunehmend unlösbaren wirtschaftlichen Schwierigkeiten gegenüber, denn durch den Preisverfall ihres Hauptexportproduktes Erdöl, aber auch Versäumnisse, allzu ehrgeizige Projekte zu kürzen oder die Subventionierung von Betrieben zu stoppen, die Probleme hatten, weil sie unverkäufliche Waren produziert hatten, hatten zu einem staatlichen Haushaltsdefizit von 120 Milliarden Rubel geführt, das dreimal so hoch war wie das bereits sehr bedenkliche US-Defizit. Der sowjetische Staat beglich dieses Defizit, indem er Geld druckte, was 1989 einen Geldanstieg um 56 Prozent und 1990 um 70 Prozent bewirkte und den Rubel immer mehr zum «Spielgeld» werden ließ, der für ernsthafte Geschäfte wertlos war. Der damit verbundene Vertrauensverlust in die Währung ließ die Menschen in der Sowjetunion dazu übergehen, Waren zu horten und zu tauschen, was sowohl die Märkte als auch die zentralen Verteilungssysteme störte, so dass die regionalen Sowjets Verordnungen erließen, die den Käufer verpflichteten, Ausweispapiere mit sich zu führen, um so zu gewährleisten, dass nur Leute, die am Ort wohnten, Waren kaufen konnten. Im Frühjahr 1990 wurde klar, dass der sowjetische Staat seine Probleme nur noch durch die Einführung

---

<sup>371</sup> Guggisberg, Hans R.: Geschichte der USA, vierte, erweiterte und aktualisierte Auflage, Stuttgart: 2002, S. 329-336; Heideking, Jürgen: Geschichte der USA, dritte, überarbeitete und erweiterte Auflage, Tübingen: 2003, S. 465-469; Gustav Schmidt: Geschichte der USA, Darmstadt: 2004, S. 168-189; Lehmann, Hans-Georg: Deutschland-Chronik. 1945 bis 2000, überarbeitete und aktualisierte Auflage, Bonn: 2000, S. 480

der Marktwirtschaft lösen konnte und so legten Ministerpräsident Ryschkov und ein Mitglied der Akademie der Wissenschaften zwei unterschiedlich Konzepte vor. Da man sich auf keinen der beiden Pläne einigen konnte, diese aber auch nicht vereinbar waren, kam es im Herbst 1990 u.a. auch deswegen zu einer allgemeinen Verfassungskrise. Begleitet wurden diese Probleme von Unabhängigkeitsbestrebungen der Republiken, an deren Spitze sich im März 1990 die Letten setzten, deren Parlament die Abspaltung von der Sowjetunion verabschiedet hatte und deren Vorbild die Parlamente in Litauen und Estland folgten. Zwar arbeitete Gorbatschow zu diesem Zeitpunkt bereits an einer Reform des «Unionvertrages», beschloss aber gleichzeitig militärisch gegen die abtrünnigen Staaten vorzugehen. Die sowjetischen Truppen unter General Dschochar Dudajew widersetzten sich allerdings dem Befehl, doch am 13. Januar 1991 kam es im litauischen Vilnius dennoch zu einem Zwischenfall, bei dem sowjetische Truppen dreizehn Demonstranten erschossen, was die Lage nicht nur dort, sondern auch im Rest der Sowjetunion verschärfte und so erklärte nun auch Armenien seine Unabhängigkeit von der UdSSR. Gorbatschow hatte zwischenzeitlich in der russischen Bevölkerung so sehr an Ansehen verloren, dass am 12. Juni 1990 nicht er, sondern Boris Jelzin, der sich durch seinen ausgesprochen Gorbatschow-kritischen Kurs hervorgetan hatte, zum russischen Präsidenten gewählt worden war. Er hatte aber an einem neuen Unionsvertrag gearbeitet, der am 20 August 1991 unterzeichnet werden sollte und der nicht nur auf das Bekenntnis zum Sozialismus verzichtete, sondern auch den Grundsatz der freiwilligen Mitgliedschaft festschrieb. Konservative Führungskader, die den hiermit verbundenen Zerfall der Sowjetunion aufhalten wollten, unternahmen einen Putschversuch gegen den sich auf der Halbinsel Krim aufhaltenden Gorbatschow und forderten diesen auf, den Ausnahmezustand auszurufen. Als er sich weigerte dies zu tun, verlangten sie, er solle öffentlich erklären, er sei krank, doch auch dieser Forderung kam er nicht nach und so gaben sie die letzte Erklärung selbst bekannt und traten im Fernsehen auf. Da der neue starke Mann, Vizepräsident Genadi Janajew offenkundig betrunken war und der entscheidende Mann Verteidigungsminister General Dmitri Jasow gar nicht erschien, wurde deutlich dass Putschisten offensichtlich selbst nicht glaubten, dass die Geschichte auf ihrer Seite stand und so waren die opportunistischen Führungskader im Staats- und Parteiapparat nicht bereit, ein Risiko einzugehen. Während Boris Jelzin umringt von jubelnden Massen auf einen Panzer vor dem Weißen Haus kletterte und sich als Führer des Widerstandes gegen die Putschisten und als Verteidiger von Demokratie und russischer Autonomie profilierte, wartete der am 19. August 1991 mit seiner Taman-Elitedivision nach Moskau beorderte General Aleksandr Lebed vergeblich auf Befehle, denn Jelzin wollte die Befehlsgewalt der Truppen nicht von der Sowjetunion auf Russland übertragen und General Jasow wollte ihm den Sturmangriff nicht befehlen, um ein größeres Blutbad zu vermeiden. So kam es, dass Jasow die Soldaten in die Kaserne zurückbefahl und anschließend Boris Jelzin die Verfügungsgewalt über diese, aber auch über die Bodenschätze auf russischem Territorium übernahm. Der rechtreaktionäre Staatsstreich fand sein definitives Ende am 23. August 1991, als Jelzin in Anwesenheit Gorbatschows ein Dekret unterzeichnete, das der KPdSU in Russland alle Aktivitäten verbot. Bereits einen Tag nach diesen Ereignissen proklamierte die Ukraine und einen Monat später Weißrussland, Moldawien, Aserbaidschan, Kirgistan, Usbekistan, Tadschikistan und schließlich Armenien ihre Unabhängigkeit von der Sowjetunion. Da die Präsidenten Russlands, der Ukraine sowie Weißrusslands sich einig waren, dass der Zerfall der Union nicht mehr aufgehalten werden könne, gründeten sie am 8. Dezember 1991 bei Brest einen neuen Staatenbund, die GUS (Gemeinschaft unabhängiger Staaten), der am 21. Dezember 1991 in Alma Ata Armenien, Aserbaidschan, Kasachstan, Kirgisien, Moldawien, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan beitraten. Den Abschluss fand diese Entwicklung am 25. Dezember 1991, als die sowjetische Fahne über dem Kreml eingeholt und die russische aufgezogen wurde, womit

Gorbatschow endgültig entmachtet war. Obwohl sich Russland erst als letzte der ehemaligen Ostblockstaaten der Demokratie zugewandt hatte, schien es zunächst das dynamischste Reformland zu sein, denn Boris Jelzin hatte radikale junge Wirtschaftsreformern wie Jegor Gadar und Anatoli Tschubais in die Regierung mitaufgenommen und diese gaben die Preise mit Ausnahme im Energie- und Verkehrsbereich bereits Anfang 1992 frei. Sie brachten auch ein Privatisierungsprogramm auf der Basis von Bezugsscheinen auf den Weg, so dass zwischen 1992 und 1996 122.000 Betriebe privatisiert wurden, wobei allerdings viele Unternehmen bereits zuvor auf Initiative ihrer Führungskader informell oder in krimineller Weise privatisiert worden waren, was diese Initiative in Russland sehr schnell schwer in Verruf geraten ließ. Sie hatte als bloße Reform von oben zudem Schwierigkeiten auch in den unteren Behördenregionen akzeptiert zu werden, denn die größte Zahl der Beamten, aber auch die Richterschaft sowie der KGB waren immer noch von tief konservativen Ansichten durchdrungen und so konnten die Reformen nur in sehr ungleichem Tempo verwirklicht werden. Das entscheidende Hindernis für sie war aber die starke Kreditausweitung des Jahres 1992, die einerseits darauf zurückzuführen war, dass sich die Unternehmen wechselseitig immer höhere Kredite einräumten, von denen sie annahmen, sie würden letztlich von der Zentralbank finanziert, andererseits gaben die ehemaligen Sowjetrepubliken das Geld mit vollen Händen aus, für das Russland ebenfalls einzustehen hatte, weil es auf internationalen Druck an der Währungsunion mit diesen festhielt. Jelzin wollte allerdings die dadurch entstandenen Haushaltsdefizite nicht weiter ausdehnen, weil dies das Ende für das IWF-Programm, aber auch die ausländische Finanzhilfe bedeutet hätte, doch eben dies forderte das Parlament. Um sein Ziel aber dennoch zu erreichen, kündigte die Regierung unter Jelzin im Juli 1993 eine Währungsreform an und verordnete, dass alle Rubelnoten aus der Sowjetzeit im Verlaufe eines Wochenendes umgetauscht werden sollten. Außerdem versuchte sie die Aufnahme neuer Kredite zu blockieren. Das Parlament war empört über diese letztere Maßnahme, weil es sich in seinem Recht beschnitten fühlte, neue Mittel und Projekte zu bewilligen. Der Dauerstreit zwischen der Duma und Jelzin spitzte sich zu, als der Letztere Anfang September 1993 Vizepräsident Aleksandr Ruzkoi, der als Führer der parlamentarischen Opposition hervorgetreten war, entließ und den im April 1992 seines Amtes als Finanzminister und im Dezember 1992 seines Amtes als stellvertretender Ministerpräsidenten enthobenen Gaidar wieder in dieses Amt erhob. Das Parlament erklärte die Amtsenthebung für illegal, ernannte Ruzkoi zum amtierenden Präsidenten und besetzte zusammen mit diesem das Weiße Haus, das Jelzin zunächst belagern und später stürmen ließ, wobei 187 Menschen ums Leben kamen. Ein herber Rückschlag für die Demokratisierung wurden allerdings die Parlamentswahlen im Dezember 1993, denn auch wenn das gleichzeitig stattfindende Referendum für Jelzins neue Verfassung positiv ausging, so brachten sie v.a. für die extremen Parteien Gewinne, die nicht nur den amtierenden Präsidenten, sondern auch die Marktwirtschaft sowie die Demokratie ablehnten: So erhielten die sich als Liberaldemokraten bezeichnenden Nationalisten unter ihrem Anführer Wladimir Schirinowski 22,8% und die konservativen Kommunisten 12,4%, während sich das regierungstragende Wahlbündnis «Russlands Wahl» mit 15,4% begnügen musste. Im Ausland befürchtete man ein «Weimarer Russland» und Jelzin und seine Mitarbeiter gelangten zu der Überzeugung, die wirtschaftlichen Reformen könnten unter demokratischen Verhältnissen nicht erfolgreich beendet werden und hielten einen aufgeklärten Autoritarismus für richtig, doch einen solchen ließ die Verfassung von 1993 nicht zu. Auf internationaler Ebene setzte Jelzin die Phase der Entspannung, die sein Vorgänger Gorbatschow eingeleitet hatte und im Rahmen derer er mit dem wiedervereinigten Deutschland am 12. Oktober 1990 einen Stationierungsvertrag über den Abzug der russischen Truppen aus der ehemaligen DDR sowie 9. November 1990 einen Partnerschaftsvertrag über die Achtung der territorialen Integrität aller Staaten sowie die friedliche Beilegung von Kon-

flikten unterzeichnet hatte, fort und erklärte sich am 16. Dezember 1992 dazu bereit, die in Deutschland stationierten russischen Truppen nicht erst am 31. Dezember 1994, sondern bereits am 31. August 1994 abzuziehen, wobei er als Gegenleistung von Bundeskanzler Kohl 550 Millionen DM Wiedereingliederungshilfe, Zusagen für günstigere Umschulungsbedingungen sowie eine Milliarde DM zur humanitären Wiedergutmachung von NS-Unrecht in besonderen Härtefällen zugesagt erhielt. Am 31. Juli 1991 unterzeichnete er darüber hinaus zusammen mit Präsident Bush den START-II-Vertrag, der eine Reduktion der beiderseitigen strategischen Atomwaffenarsenale um ca. zwei Drittel des damals vorhandenen Bestandes innerhalb der kommenden zehn Jahre vorschrieb.<sup>372</sup>

Das wiedervereinigte und zwischenzeitlich auch in rechtlicher Hinsicht angegliche Deutschland stand zunächst vor der Frage, ob die Bundeshauptstadt in Bonn bleiben oder in das alte, geschichtsträchtige politische Zentrum Berlin verlegt werden sollte. Nach langen öffentlichen Auseinandersetzungen und einer ganztägigen Plenardebatte entschieden sich die Bundestagsabgeordneten am 20. Juni 1991 mit knapper Mehrheit für Berlin als künftigen Parlaments- und Regierungssitz, wobei die Ministerien für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, für Verteidigung, für Gesundheit, für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie sowie für Post und Telekommunikation in Bonn verbleiben und lediglich einen zweiten Dienstsitz in Berlin erhalten sollten. Der Bundesrat beschloss am 5. Juli 1991 dagegen - anders als Bayern und Niedersachsen dies wollten - in Bonn zu verbleiben, behielt sich allerdings vor, diesen Beschluss in späteren Jahren unter Berücksichtigung der tatsächlichen Entwicklung der föderativen Struktur noch einmal zu überprüfen. Die Nachteile, die die Stadt Bonn durch den Verlust von Parlament und Regierung entstanden, wurden zudem drei Jahre später durch den Bonn-Vertrag zusätzlich abgemildert, indem die Region einen Betrag von 2,81 Milliarden DM als abschließende finanzielle Kompensation erhielt. Überschattet wurde das freudige Ereignis der Wiedervereinigung nicht nur durch die Tatsache, dass Bundeskanzler Kohl angesichts der Finanzkrise der fünf neuen Bundesländer entgegen seiner ursprünglichen Versprechungen nun doch die Steuern erhöhen musste und im Rahmen dieser Maßnahmen vom Bundestages am 8. März 1991 die Zustimmung für die Erhebung eines 7,5% Solidaritätszuschlag und eine Erhöhung der Lohn-, Einkommens-, Körperschafts-, Mineralöl- und Versicherungssteuer sowie eine Anhebung der Telefon- und Postgebühren zum 1. Juli 1992 erhielt, sondern auch dadurch, dass es dem jungen deutschen Staat nicht gelang, die Flucht des ehemaligen DDR Staats- und Parteichefs Erich Honecker am 13. März 1991 nach Moskau zu verhindern, von wo er am 11. Dezember 1991 weiter nach Chile floh, nachdem das russische Parlament seine Auslieferung nach Deutschland beschlossen hatte. Die deutsche Staatsanwaltschaft hatte nämlich bereits am 1. Dezember 1990 Haftbefehl gegen Honecker erlassen, nachdem neu entdeckte Akten der Staatssicherheit darlegten, dass er persönlich für den Schießbefehl an der Berliner Mauer und der innerdeutschen Grenze verantwortlich war. Seine erste Flucht konnte ihm gelingen, weil er zunächst von den Sowjets wegen angeblich akuter Herzbeschwerden in das sowjetische Militärhospital Beelitz bei Potsdam eingeliefert und von dort mit dem Flugzeug in die russische Hauptstadt verbracht worden war. Hinzu zu diesen innenpolitischen Vorfällen kam, dass am 20. September 1991 ein Angriff von Rechtsextremisten auf ein Ausländerwohnheim in Hoyerswerda stattfand, bei dem etwa 30 Menschen verletzt wurden und der das internationale Ansehen Deutschlands beschädigte. Die Bundesregierung war sich zwar darüber bewusst geworden, dass ein Ausländeranteil von 8% an der Gesamtbevölkerung Maßnahmen erfor-

---

<sup>372</sup> Hosking, Geoffrey: Sowjetunion. Eine Weltmacht am Scheideweg, Bonn, Berlin, Bouvier: 1991, S. 168-172; James, Harold: Geschichte Europas im 20. Jahrhundert. Fall und Aufstieg 1914 – 2001, München: 2004, S. 421-422; Lehmann, Hans-Georg: Deutschland-Chronik. 1945 bis 2000, überarbeitete und aktualisierte Auflage, Bonn: 2000, S. 479, 503, 507, 509-510



derte, die eine Integration unterstützten und hatte deswegen bereits am 1. Januar 1991 das Ausländergesetz neu geregelt, das nun v.a. die Eingliederung dauerhaft im Bundesgebiet lebender Ausländer fördern und die Einbürgerung der hier geborenen und aufgewachsenen Generation sowie der lange hier wohnenden Elterngeneration erleichtern sollte, aber sie wollte die BRD keinesfalls zu einem Einwanderungsland machen und beschloss daher den Zuzug aus Nicht-EG-Staaten im Zuge des Anwerberstopps auch weiterhin aufrechtzuerhalten. Um dieses Ziel auch tatsächlich umzusetzen, wurde der Bundesgrenzschutz ab dem 1. April 1992 neu organisiert und sein Aufgabenbereich erweitert, d.h. er erhielt nicht nur die Funktionen der Bahnpolizei und den Schutz des zivilen Luftverkehrs, sondern übernahm auch grenzpolizeiliche Aufgaben an der Ostgrenze, denn Polen und Tschechien waren zu Zentren der illegalen Einreise nach Mittel- und Westeuropa geworden, so dass die Zahl der Asylbewerber von 73.832 im Jahre 1985 auf 256.112 im Jahre 1991 angeschwollen war und die BRD 78% aller Asylbewerber in der EG zu bewältigen hatte. Angesichts dieser Entwicklung erfuhr das Asylrecht auch mit der Zustimmung der SPD und der FDP am 1. Juli 1992 eine Verschärfung: das Verfahren wurde generell verkürzt, die Asylanten erkenntnisdienstlich behandelt, um einen Missbrauch des Asylrechtes einzudämmen, und abgelehnte Bewerber konnten von nun an schneller abgeschoben werden. Die ausländerfeindlichen Ausschreitungen hielten trotz dieser Maßnahmen an und als nach zweitägigen fremdenfeindlichen Ausschreitungen in der Nacht vom 24. auf den 25. August 1992 rechtsextreme Jugendliche in Rostock unter dem Beifall erwachsener Sympathisanten und ungehindert von der Polizei einen Wohnblock anzündeten, in dem Vietnamesen lebten, löste dies weltweites Entsetzen aus, zumal dieser Vorfall weitere Krawalle gegen Ausländer und Asylbewerber nachsichzog. Die Öffentlichkeit reagierte auf diese Vorfälle mit einer 350.000 Menschen großen Demonstration am 8. November 1992 in Berlin, an der Anhänger von Regierungs- und Oppositionsparteien, Mitglieder von Kirchen, Gewerkschaften, Verbänden und Bürgerinitiativen teilnahmen, doch das Ereignis wurde dadurch getrübt, dass Bundespräsident von Weizsäcker bei seiner Rede von randalierenden linken «Autonomen» mit Eiern beworfen wurde. In vielen anderen Städten bekundeten Hunderttausende ebenfalls ihre Solidarität mit den Ausländern durch Lichterketten, während der Bundestag in zwei Debatten am 8. und 10. November 1992 über den politischen Extremismus debattierte und ihn beides Mal einhellig verurteilte. Diese Demonstrationen gegen Ausländerhass konnten jedoch nicht verhindern, dass es in der Nacht vom 22. auf den 23. November 1992 erneut zu Brandanschlägen in Mölln kam, wo zwei Rechtsextremisten von Türken bewohnte Häuser anzündeten und drei Bewohnerinnen ums Leben kamen. Spontan kam es in der Folge dieser Vorfälle zu Kundgebungen gegen Ausländerfeindlichkeit. Während die deutsche Regierung aufgrund dieser Ereignisse einen internationalen Imageschaden für ihr Land weltweit hinzunehmen hatte, gelang es ihr jedoch, Erich Honecker mit dem Druck Russlands am 29. Juli 1992 wieder nach Deutschland zu verbringen, wo das Strafverfahren am 12. November 1992 eröffnet wurde. Wie bereits zuvor in den Fällen des DDR-Ministerratsvorsitzenden Willy Stoph sowie Stasi-Chef Erich Mielke wurde es jedoch wegen Verhandlungsunfähigkeit am 12. Januar 1993 eingestellt. Verurteilt wurden letztlich der DDR-Verteidigungsminister Heinz Keßler, sein Stellvertreter Heinz Strelitz sowie der frühere SED-Sekretär im Bezirk Suhl, Hans Albrecht. Erich Honecker verstarb am 29. Mai 1994 in Chile an seinem Leberkrebsleiden. Obwohl die Bundesregierung zahlreiche Unrechtstatbestände, die in der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone geschaffen worden waren wieder auszugleichen versuchte, etwa indem sie rechtsstaatwidrig verfolgte und verurteilte DDR-Bürger rehabilitierte, entschädigte und versorgte und auch Entschädigungen und Ausgleich für die 1991 auch verfassungsrechtlich anerkannten Enteignungen in Aussicht stellte und am 27. September 1994 auch tatsächlich einführte, verlor sie dennoch innenpolitisch durch zahlreiche Affären an Ansehen. Begonnen hatte das gan-

ze am 31. März 1992 mit dem Rücktritt von Verteidigungsminister Gerhard Stoltenberg (CDU), der eine Lieferung von Panzern des Typs Leopard an die Türkei ohne Genehmigung des Haushaltsausschusses zugelassen hatte. Am 3. Januar 1993 folgte ihm Wirtschaftsminister Günter Rexrodt (FDP), der für das Produkt von Verwandten auf Behördenpapier geworben hatte (Briefbogenaffäre) und am 6. Mai 1993 Verkehrsminister Günther Krause (CDU), der wegen staatlich finanzierter Umzugskosten, Haushaltshilfe und Autobahnraststättenaufenthalt in die Schlagzeilen geraten war. Diese Affären förderten die Politikverdrossenheit in Deutschland, insbesondere auch weil die SPD mit ihrem Vorsitzenden und schleswig-holsteinischen Ministerpräsident Björn Engholm in die Kritik geriet und dieser seine Ämter niederlegte, weil sich herausstellte, dass er bereits früher als zugegeben von den Machenschaften Barschels und Pfeiffers gewusst und im Untersuchungsausschuss im Jahre 1988 hierzu bewusst falsch ausgesagt hatte. Betroffen war schließlich auch die CSU, deren Ministerpräsident Max Streibel zurücktreten musste, weil er Zuwendungen aus der Industrie angenommen hatte (Amigo-Affäre). Frei von solchen Affären blieben bis auf weiteres allein die Grünen, die sich am 15./16. Mai 1993 in Leipzig mit dem Bündnis 90 zusammenschlossen und nun nicht nur anstrebten die drittstärkste Kraft in Deutschland zu werden, sondern auch Regierungsverantwortung übernehmen wollten. Während sich das Image der Deutschen in der Welt weiter verschlechterte, nachdem am 29. Mai 1993 erneut ein ausländerfeindlicher Brandanschlag auf ein von Türken bewohntes Haus in Solingen verübt wurde und fünf Frauen verbrannten, verlor die Regierung innenpolitisch noch weiter an Boden, weil es bei einer Antiterroraktion zu Pannen kam. Bei dem wenig koordinierten Polizeieinsatz gegen mutmaßliche RAF-Terroristen am 27. Juni 1993 auf dem Bahnhof von Bad Kleinen wurden Birgit Hogefeld und irrtümlicherweise ein eingeschleuster V-Mann, der eigentlich fliehen sollte, festgenommen, während Wolfgang Grams zu entkommen versuchte und bei seiner Flucht einen GSG-9-Beamten erschoss. Der Fluchtversuch Grams misslang jedoch und er wurde selbst von einer Kugel tödlich getroffen, wobei ungeklärt blieb, ob er aus nächster Nähe erschossen wurde, sich beim Sturz auf die Bahngleise versehentlich selbst in den Kopf geschossen oder Selbstmord begangen hatte. Innenminister Rudolf Seiters (CDU) übernahm die Verantwortung für die Pannen, Koordinationsfehler und Informationsmängel und trat am 4. Juli 1993 zurück, Generalbundesanwalt Alexander von Stahl wurde wegen seiner widersprüchlichen Informationspolitik in den einstweiligen Ruhestand versetzt und der zu diesem Zeitpunkt diensthabende Vizechef des Bundeskriminalamtes Gerhard Köhler wurde versetzt. Am 1. Juli 1993 trat der am 6. Dezember 1992 gefundene Asylkompromiss in Kraft, der Personen die per Flugzeug, Schiff oder auf dem Landwege aus sicheren Drittstaaten einreisen, keine Berufung auf das Asylrecht mehr ermöglichte. Über die noch verbleibenden Asylanträge entschieden ab sofort neu geschaffene Außenstellen des Zirndorfer Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, über Einsprüche Verwaltungsrichter möglichst vor Ort und Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge, die auf einen Asylantrag verzichteten, erhielten von nun an einen eigenständigen Status, eine befristete Aufenthaltsbefugnis nach dem Ausländergesetz und den vollen Sozialhilfesatz. Abgerundet wurde die verfassungsrechtliche Regelung am 1. November 1993 durch das Asylbewerberleistungsgesetz, das Asylbewerber und geduldeten Ausländern keine Sozialhilfe mehr zugestand, sondern lediglich die Grund- und Sachleistungen für Ernährung, Unterkunft, Heizung, Kleidung, Körperpflege, Haushaltsgüter sowie zusätzlich ein Taschengeld. Außerdem wurden die Leistungsberechtigten verpflichtet, in den Sammelunterkünften Tätigkeiten der Selbstversorgung zu erledigen und für gemeinnützige Arbeiten gegen eine Aufwandsentschädigung zur Verfügung zu stehen. Eine weitere wichtige Entscheidung am Ende dieses Jahres 1993 fiel das neu unter Manfred Kanther geführte Innenministerium, als es nach der Äußerung von PKK-Führer Abdullah Öcalan, Deutschland sei Kriegsfeind Nr. 2 nach der Türkei, am 26. No-

vember 1993 die straff marxistisch-leninistisch geführte Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) verbot, die für ihr über die Türkei, den Irak und den Iran verstreutes Volk einen autonomen kurdischen Staat einforderte und zu diesem Zweck Gewalttaten gegen türkische Einrichtungen im In- und Ausland steuerte. Die gesunkene Popularität der Bundesregierung Kohl nach den zahlreichen Affären wurde dann auch in der Bundestagswahl vom 16. Oktober 1994 deutlich, in der die CDU/CSU mit 41,5% der Zweitstimmen ihr bisher schlechtestes Bundestagswahlergebnis seit 1949 erzielte und die FDP von 11% auf 6,9% absank, während die SPD von 33,5% auf 36,4% und die Grünen von 3,8% auf 7,3% zulegen konnten, so dass die Letzteren drittstärkste Partei im Bundestag wurden. Die PDS konnte die Fünfprozentklausel in ihrem Wahlergebnis von 4,4% zwar nicht überschreiten, aber diese wurden aufgrund der mit der deutschen Vereinigung geschlossenen Sonderregelung dennoch gezählt.<sup>373</sup>

Europa befand sich Anfang der 90iger Jahre ebenfalls in sehr unruhigen Gewässern, denn die Lage in Jugoslawien spitzte sich immer stärker zu: Nachdem die Slowenen im Dezember 1990 mit 88,5% für die Unabhängigkeit ihrer Teilrepublik gestimmt hatten, brachten sie den Zerfall Jugoslawiens in Gang, denn bereits im März 1991 erörterten Milošević und der kroatische Präsident eine Aufteilung des Landes zwischen Serbien und Kroatien. Zwei Monate später folgte Kroatien allerdings dem Vorbild Sloweniens und hielt ein Referendum ab, bei dem sich 94% der stimmberechtigten Bürger für die Errichtung eines unabhängigen und souveränen Staates aussprachen. Mit diesen Unabhängigkeitsentwicklungen hardten die meisten Staaten, denn sie waren der Ansicht, die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) sei der Schlüssel für die künftige Entwicklung Europas und eben diese hatte in ihren Vereinbarungen von Helsinki den Grundsatz der territorialen Integrität der Staaten sehr nachdrücklich betont. Bereits nach dem ersten Referendum warnte daher der amerikanische Außenminister James Baker, aber auch die EG, Slowenien und Kroatien vor einseitigen Unabhängigkeitsschritten. Kommissionspräsident Jacques Delors und der amtierende Ratspräsident der EG reisten sogar nach Jugoslawien, boten ein Hilfspaket von 4 Milliarden Dollar an, wenn der Konflikt friedlich beigelegt werden sollte und erklärten die EG werde Teilrepubliken weder anerkennen noch Hilfe gewähren. Die beiden Staaten ließen sich aber von diesen Drohungen nicht beeindrucken und erklärten am 25. Juni 1991 ihren Austritt aus dem Vielvölkerstaat und ihre Unabhängigkeit. Damit brach der bisher latente Bürgerkrieg offen aus, denn die Bundesarmee griff im Juni 1991 die «abtrünnigen» Staaten an, wobei es sich aus Slowenien rasch wieder zurückzog, so dass die dortige Wirtschaft zügig eine dynamische Wachstumsphase aufnahm, während in Kroatien der Krieg v.a. in Gebieten mit überwiegend serbischer Bevölkerung weiter andauerte. Die EG unternahm in der Folge mehrere Versuche Frieden zu stiften oder einen Waffenstillstand zu vermitteln, blieb aber erfolglos. Das von den Vereinten Nationen verhängte Waffenembargo konnte die kriegerischen Auseinandersetzungen ebenfalls nicht beenden, vielmehr begünstigte es sehr einseitig die Serben, die den größten Teil der Waffenbestände der ehemaligen jugoslawischen Bundesarmee kontrollierten. Deutschland, das nicht nur am 9. November 1990 mit der Sowjetunion, am 17. Juni 1991 mit Polen und am 9. Oktober 1991 mit Bulgarien Freundschaftsverträge geschlossen, sondern auch mit den abtrünnigen baltischen Staaten bereits am 28. August 1991 diplomatische Beziehungen aufgenommen hatte, vertrat anders als die anderen Staaten die Ansicht, die Einheit Jugoslawiens könne weder mit Waffengewalt noch gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker aufrechterhalten werden und favorisierte daher eine Anerkennung der beiden neuen Staaten auf dem Balkan. Mit dieser Haltung setzte es sich v.a. in krassen Gegensatz zu den EG-Mitgliedstaaten Frankreich und Großbritannien, die einer solchen raschen Anerken-

<sup>373</sup> Lehmann, Hans-Georg: Deutschland-Chronik. 1945 bis 2000, überarbeitete und aktualisierte Auflage, Bonn: 2000, S. 444-453; 459-462; 465-467; 474; 514-517; 531; 533

nung ablehnend gegenüberstanden. Sie waren einerseits der Überzeugung der Eile Bonns in dieser Angelegenheit lägen praktische Erwägungen zugrunde, da die meisten jugoslawischen Gastarbeiter aus Kroatien kamen, andererseits vermuteten sie, es läge hier eine historisch bedingte Solidarisierung Deutschlands mit den Kroaten vor. Dennoch konnte sich der deutsche Bundeskanzler Kohl mit seiner Sichtweise des Konfliktes durchsetzen und so nahm die BRD am 15. Januar 1992 und mit ihr zeitgleich alle übrigen EG-Staaten diplomatische Beziehungen mit Slowenien und Kroatien auf. Die US-Regierung, aber auch viele Kommentatoren hatten vorausgesagt, dass ein solcher Schritt die Lage in Bosnien immer stärker zuspitzen würde, denn bereits nach der Abspaltung Sloweniens und Kroatiens erlangten die Serben und Milošević auf Bundesebene einen erheblichen Machtzuwachs im noch verbleibenden Jugoslawien. Sie hatten zudem bereits im September 1991 begonnen, in Bosnien-Herzegowina «autonome Gebiete» zu errichten, woraufhin Bosnien die völkerrechtliche Anerkennung durch die EG verlangt hatte, doch eine europäische Schiedskommission zu dem Ergebnis gekommen war, dass der Wille nach Unabhängigkeit nicht zweifelsfrei erwiesen sei. Nach der völkerrechtlichen Anerkennung Sloweniens und Kroatiens wurde im Februar 1992 eine UN-Schutztruppe zur Einhaltung der Waffenstillstandsvereinbarung in Kroatien entsandt, die ihr Hauptquartier allerdings im bosnischen Sarajewo aufschlug. Die Stadt geriet aber sehr bald unter schweren Beschuss von serbischen Verbänden und die Einwohner hungerten, flohen oder wurden von Heckenschützen und Granaten getötet. Um die völkerrechtliche Anerkennung als eigener Staat zu erhalten, wurde im März 1992 ein Referendum über die Unabhängigkeit Bosniens abgehalten, das die Serben boykottierten, aber vom Rest der wählenden Bevölkerung zu 99% befürwortet wurde. Angesichts dieser Entwicklung beschloss die BRD am 6. April 1992 in Absprache mit der EG und den Vereinigten Staaten Bosnien-Herzegowina mit Wirkung vom 7. April 1992 als unabhängigen Staat anzuerkennen. Kurz darauf, am 15. April 1992 erkannte Bonn auch Mazedonien völkerrechtlich an. Während all dieser Ereignisse hatte die EG ihren entscheidenden Schritt hin zur politischen Union getan: Der Europäische Rat hatte bei seiner Zusammenkunft in Maastricht vom 9.-11. Dezember 1991 beschlossen, die EG zur Europäischen Union fortzuentwickeln, d.h. eine gemeinsame Währungs- und Wirtschaftsunion zu errichten mit freiem Personen-, Waren-, Kapital- und Zahlungsverkehr sowie eine gemeinsame Wirtschafts-, Außen-, Sicherheits-, Innen-, Rechts- und Sozialpolitik einzuführen. Im Rahmen dieses Beschlusses wurden auch am 7. Februar 1992 die Kompetenzen des Europäischen Parlaments erweitert, der Ausschuss der Regionen eingerichtet, die Unionsbürgerschaft eingeführt und das Subsidiaritätsprinzip verankert. Amerika befand sich in diesem Jahr im Präsidentschaftswahlkampf und Bill Clinton warf dem amtierenden Präsidenten Bush vor, er sei zu nachgiebig gegenüber Tyrannen und verlangte Maßnahmen um die Täter für ihre Verbrechen gegen die Menschlichkeit gerichtlich zur Verantwortung zu ziehen, was den UN-Sicherheitsrat eine Resolution über die Einsetzung eines Internationalen Gerichtshofes verabschieden ließ, der die schweren Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht in Jugoslawien verfolgen sollte. Deutschland hatte sich aber nicht nur politisch in die Haltung der EU zum Jugoslawienkonflikt eingemischt, sondern er begann auch sich aktiver in außenpolitischen Dingen zu profilieren: So kam unter dem maßgeblichen Einfluss der BRD am 13. Januar 1993 ein weltweites Chemiewaffenübereinkommen zustande (CWÜ), das die Entwicklung, Herstellung, Lagerung und den Einsatz chemischer Waffen verbot und eine Vernichtung der vorhandenen Bestände sowie Produktionsanlagen innerhalb von 10 Jahren festlegte. Überwacht werden sollte die Einhaltung dieses Vertrages die eigens dafür gegründete Organisation für das Verbot chemischer Waffen (QVCW) mit Sitz in Den Haag. Man beschränkte sich allerdings nicht nur auf das diplomatische Gebiet und machte hier seinen Einfluss geltend, sondern der neue unabhängige Staat begann auch das erste Mal nach 1945 in der Außenpolitik militärisch tätig zu werden. So beschloss die

deutsche Bundesregierung am 2. April 1993 deutsche Soldaten an der Überwachung des UN-Flugverbots über Bosnien-Herzegowina zu beteiligen, was die SPD und FDP Eilanträge an das Bundesverfassungsgericht stellen ließ, weil ein solcher Schritt mit einem Vertrauensverlust bei allen Bündnispartnern sowie allen europäischen Nachbarn verbunden wäre. Das Gericht lehnte diesen Antrag und am 12. Juli 1994 auch den Hauptantrag ab, der anführte, dass humanitäre und bzw. oder militärische Einsätze der Bundeswehr außerhalb des NATO-Gebietes unzulässig seien, denn sie seien durch vorherige in Ausnahmefällen auch nachträgliche einfache Mehrheit des Bundestages genehmigungsfähig. Circa. zwei Monate zuvor, am 21. April 1993 hatte die Bundesregierung mit nachträglicher Genehmigung des Bundestages ein Nachschub- und Transportbatallion der Bundeswehr ins vom Bürgerkrieg gebeutelte Somalia zur Unterstützung der dortigen UN-Aktion entsandt. Am 1. November 1993 trat schließlich auch die in Maastricht neu gestaltete EU in Kraft und etwa ein Jahr später, am 1. Januar 1995, erhielt das neu gestaltete Gebilde drei neue Mitglieder, nämlich Finnland, Österreich und Schweden. Es zeichnete sich aber sehr schnell ab, dass nicht alle Mitgliedsstaaten bereit waren, die politische Union mit allen ihren Konsequenzen mitzutragen und so trat etwa das Schengener Abkommen, das den Wegfall der Grenz-, Flugzeug- und Zugkontrollen sowie ein zentrales System für Fahndungsdaten (Schengener Informationssystem, SIS) vorsah, nur in Deutschland, Frankreich, den Beneluxstaaten, Spanien und Portugal in Kraft. Die Bemühungen um die Beilegung des Jugoslawienkonfliktes gingen in der Zwischenzeit weiter: Der ehemalige amerikanische Außenminister Cyrus Vance und der ehemalige britische Außenminister David Owen legten einen Plan vor, nach dem Bosnien in zehn weitgehend autonome Provinzen aufgeteilt werden sollte, doch auch wenn das bosnische Parlament und der bosnische Serbenführer Radovan Karadžić zustimmten, so lehnte das selbsternannte Parlament der bosnischen Serben diesen Plan ab und so entschloss sich der UN-Sicherheitsrat sechs «Schutzzonen» auf serbisch kontrolliertem Territorium zu errichten, u. a. Goražde und Srebrenica. Doch die Tatenlosigkeit der EU in dieser Angelegenheit hatte dazu geführt, dass sowohl die Kroaten als auch die Serben Konzentrationslager eingerichtet hatten, in denen Gräueltaten verübt wurden. Im Jahr 1995 zeichnete sich ab, dass die Kroaten den langwierigen Krieg gegen die Serben gewinnen würden, was viele Serben dazu veranlasste von Kroatien nach Bosnien zu fliehen, wo ihre Truppen eine Offensive gegen Srebrenica starteten, die von einer kleinen niederländischen Truppeneinheit gesichert wurde, und im Verlauf der militärischen Aktion zwischen 7.500 und 8.000 Muslime töteten. Die niederländischen Soldaten entwickelten während dieser Kämpfe – was eine durchaus zu beobachtende menschliche Reaktion auf misshandelte, jammernde Menschen ist – eine zunehmende Antipathie gegen die muslimischen Einwohner, die sie beschützen sollten und verbündeten sich mit den Serben, so dass sie bei den Gräueltaten zusahen, ohne einzugreifen. Dieses skandalöse Verhalten der UN-Friedenstruppe, die nicht gegen den Genozid einschritt, sowie die offizielle niederländische Untersuchung über das Massaker von Srebrenica führten sieben Jahre später zum Rücktritt der niederländischen Regierung.<sup>374</sup>

Obwohl Bill Clinton während des Wahlkampfes 1992 die Internationalisierung amerikanischer militärischer Interventionen gefordert hatte, gab er dieses Ziel bald auf und wandte sich stattdessen der Innenpolitik zu, während er das Bosnien-Problem den europäischen Verbündeten und der UN überließ. Die Ursache hierfür lag einerseits im gescheiterten Somalia-Engagement, das der neue amerikanische Präsident von seinem Vorgänger Bush übernommen und im Rahmen dessen er nicht allein danach gestrebt hatte, eine sichere Zone für die hungernde Zivilbevölkerung Somalias zu schaffen, sondern versucht hatte, in dem

---

<sup>374</sup> vgl. zu den Ausführungen bzgl. Jugoslawien: James, Harold: Geschichte Europas im 20. Jahrhundert. Fall und Aufstieg 1914-2001, München: 2004, S. 456-459; zur EU: Lehmann, Hans-Georg: Deutschland-Chronik. 1945 bis 2000, überarbeitete und aktualisierte Auflage, Bonn: 2000, S. 482-483; 489-496; 509;

afrikanischen Land darüber hinaus demokratische Regierungsverhältnisse schaffen. Durch dieses neue Ziel wurden die amerikanischen Truppen sehr schnell in die Kämpfe der rivalisierenden Clanhäuptlinge verwickelt, was zu Toten geführt und in der amerikanischen Öffentlichkeit Abbscheu erregt sowie den Widerstand im Kongress hatte anwachsen lassen, so dass er im Herbst 1993 den Rückzug der Truppen binnen sechs Monate angekündigt hatte. Andererseits hatte sich ein von Clinton nach seinem Amtsantritt in Auftrag gegebenes Grundsatzpapier im Mai 1994 gegen eine generelle Unterstützung multinationaler friedensstiftender und friedenserhaltender Aktionen der UNO und anderer internationaler Organisationen ausgesprochen und dem Kongress im konkreten Einzelfall eine große Mitbestimmung zugestanden. Da nicht einmal die im September 1994 reibungslos verlaufende Militäraktion, in der die USA den gestürzten haitischen Präsidenten Bertrand Aristide wieder in sein Amt eingesetzt hatte, auf breite Zustimmung in der amerikanischen Bevölkerung gestoßen war, schien dem Präsidenten ein militärisches Engagement im bosnischen Bürgerkrieg, dessen Grausamkeit die großen Fernsehanstalten täglich vor Augen führten kaum möglich. Außenminister Warren Christopher hatte daher seine diplomatischen Anstrengungen auf die Lösung des Nahostkonflikts konzentriert, die nach dem Golfkrieg in greifbare Nähe gerückt war und der Präsident auf die Innenpolitik. Doch selbst auf diesem Gebiet konnte Clinton keine deutlichen Erfolge verzeichnen, denn auch wenn sich die Konjunktur zusehends erholt und für Wachstumsraten zwischen zwei und drei Prozent gesorgt hatte, so hatte er es versäumt, zu den demokratischen Senatoren und Repräsentanten ein enges und vertrauensvolles Verhältnis zu schaffen, so dass sie ihm bei wichtigen Vorhaben, wie der Einführung einer Krankenversicherung nach europäischem Vorbild oder einer Energieverbrauchssteuer die Gefolgschaft verweigerten, während sein republikanischer Gegenspieler und späterer Präsidentschaftskandidat Bob Dole mit seiner Partei Geschlossenheit demonstrierte. Die Schwäche des Präsidenten wurde zudem vom konservativen Sprecher des Parlaments Newt Gingrich ausgenutzt, der den Kongress zur Vollendung der von Reagan eingeleiteten konservativen Revolution antrieb. Während der Wahlen zum Kongress 1994 spielten außenpolitische Themen denn auch kaum eine Rolle und die innenpolitische Erfolglosigkeit wurde durch den wenig koordinierten und thematisch zerfahrenen Wahlkampf der Demokraten nur noch mehr unterstrichen und so konnten die Republikaner, die um eine Aufwertung der Prinzipien der individuellen Freiheit und persönlichen Verantwortlichkeit, eine Entmachtung der Position des Präsidenten sowie eine Verlagerung des politischen Schwergewichts in den Kongress kämpften und das Defizit des Bundesbudgets kritisierten, die Mehrheit erringen. Nach dieser Niederlage konzentrierte sich Bill Clinton innenpolitisch auf den Abbau des defizitären Bundeshaushaltes und verlegte seinen neuen politischen Schwerpunkt auf die Außenpolitik, wo ihm die Verfassung weitgehende Entscheidungsbefugnisse und größere Gestaltungsmöglichkeiten einräumte. Dieser Wende verdankte die EU das nunfolgende militärische Engagement der Vereinigten Staaten im Jugoslawienkonflikt, denn nach der Eroberung von Srebrenica und Zepa im Juli 1995 durch die Serben erreichten die Massaker an der moslemischen Bevölkerung ihren brutalen Höhepunkt und die europäischen Bündnispartner, v.a. Frankreich, das der Demütigungen seiner Blauhelmsoldaten leid war, wünschten nun eine Beteiligung der USA, die sich ab August 1995 an den Luftangriffen beteiligten. Während all dieser Vorfälle hatte Milošević in Belgrad konsequent bekräftigt, dass er keine Befehlsgewalt über die «irregulären» serbischen Truppen habe, obwohl sie von seiner Regierung finanziert wurden. Mit amerikanischer Hilfe gelang es, den Belagerungsring um Sarajevo zu sprengen und die kroatischen Truppen griffen wichtige Stellungen der Serben in Knin an, so dass sich eine weitere Welle von serbischen Flüchtlingen nach Bosnien ergoss. Unter dem massiven Druck von Clinton und seinem Vermittler Richard C. Holbrooke wurde der Bosnienkonflikt endgültig beendet, denn am 21. November 1995 paraphierten Slobodan Milošević

(Serbien), Alija Izetbegović (Bosnien-Herzegowina) und Franjo Tudjman (Kroatien) auf dem Flugwaffenstützpunkt in Dayton, Ohio, ein Friedensabkommen, das am 14. Dezember 1995 in Paris unterzeichnet wurde. Nach den dort getroffenen Vereinbarungen sollte Bosnien-Herzegowina in seiner gegenwärtigen Form zwar als einheitlicher, völkerrechtlich anerkannter Staat mit einer Zentralregierung, einem aus Ober- und Unterhaus bestehenden Parlament, einer dreiköpfigen Präsidentschaft, einem Verfassungsgericht, einer einheitlichen Währung und Sarajevo als Hauptstadt fortbestehen, aber es sollte sich gleichzeitig in zwei selbständige Teilrepubliken aufgliedern: in eine muslimisch-kroatische Föderation, die 51% des Territoriums umfassen sollte und eine serbische Republik, die 49% des Gebietes umfassen sollte, wobei sich alle Bürger sich auf dem gesamten Staatsgebiet frei niederlassen und Flüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren können sollten. Zur Absicherung des Friedens sollte eine 60.000 Mann starke IFOR-Truppe (internationale Friedenstruppe) dort stationiert werden, an der auch amerikanische Streitkräfte mit 20.000 Mann teilhatten, da der Kongress, der den Bosnien-Aktivitäten der Clinton-Administration lange skeptisch gegenübergestanden hatte, nach diesem Erfolg nur noch seine Zustimmung erteilen konnte, denn der Präsident hatte nicht nur die Kriegsgreuel in Bosnien beendet, sondern auch für die NATO ein neues Betätigungsfeld eröffnet und den Europäern die Unerläßlichkeit amerikanischer Führung vor Augen geführt. In der Bundesrepublik stieß dieser erneute militärische Einsatz der eigenen Truppen zur Sicherung des Friedens in Bosnien entgegen der anfänglichen Schwierigkeiten auf parteienübergreifende Zustimmung und so entsandte die deutsche Regierung mit überwältigendem Mehrheitsbeschluss des Bundestages vom 6. Dezember 1995 4.000 Soldaten zur IFOR-Truppe, die an der kroatischen Adriaküste stationiert wurden und v.a. Logistik-, Pionier-, Sanitäts-, Transport- und Versorgungsaufgaben übernahmen. Beteiligt an dieser Operation wurde auch die Sowjetunion, deren Truppen allerdings nicht unter NATO-Kommando standen.<sup>375</sup>

Nach den ausländerfeindlichen Ausschreitungen der Jahre 1991, 1992 und 1993 war der deutsche Staat darauf bedacht, weitere solche Entwicklungen zu unterbinden und so verbot Bundesinnenminister Kanther (CDU) am 24. Februar 1995 die neonazistische Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei und der hamburger Innensenator Hartmuth Wrocklage (SPD) am selben Tag die Hamburger Nationale Liste. Die Bundesrepublik Deutschland hatte seit dem Fall der Mauer 1989 im Inneren deutliche Fortschritte gemacht und erhebliche Anstrengungen zum Wiederaufbau des Ostens unternommen wie etwa durch den Solidaritätszuschlag, den neuen Bund-Länder-Finanzausgleich sowie Privatisierung von Bahn und Post. Außenpolitisch zeigte sich der junge, nach dem Abzug der alliierten Truppen im August und September 1994 auch tatsächlich souveräne Staat immer emanzipierter und beschränkte sich nicht nur darauf, 1991 mit der ehemaligen Sowjetunion, Polen sowie Bulgarien und 1992 mit Ungarn, der CSFR und Rumänien freundschaftliche Beziehungen aufzunehmen, der UN-Umweltdeklaration von Rio de Janeiro beizutreten, die die Biologische Vielfalt zu erhalten, gefährliche Klimaveränderungen und Wüstenbildung zu verhindern, die ökologische Waldbewirtschaftung verbindlich einzuführen und Handlungsaufträge an alle Staaten zur Gestaltung ihrer Entwicklungs- und Umweltpolitik (Agenda 21) zu geben versuchte, sondern hatte auch begonnen, seine neu gewonnene Souveränität nach außen hin deutlicher als zuvor geltend zu machen. So stellte er nicht nur entgegen dem Widerstand seiner europäischen Partner entscheidende Weichen im Jugoslawienkonflikt oder initiierte das Chemiewaffenverbot, sondern er verurteilte auch den Angriff des russischen

---

<sup>375</sup> Heideking, Jürgen: Geschichte der USA, dritte, überarbeitete und erweiterte Auflage, Tübingen: 2003, S. 473-475; Guggisberg, Hans R.: Geschichte der USA, vierte, erweiterte und aktualisierte Auflage, Stuttgart: 2002, S. 337-340; Lehmann, Hans-Georg: Deutschland-Chronik. 1945 bis 2000, überarbeitete und aktualisierte Auflage, Bonn: 2000, S. 486-487; James, Harold: Geschichte Europas im 20. Jahrhundert. Fall und Aufstieg 1914-2001, München: 2004, S. 462

Freundes auf Tschetschenien und gedachte 1995 mit aller Welt des Endes des Zweiten Weltkrieg vor fünfzig Jahren, wobei an den Feierlichkeiten neben hochrangigen Politikern wie Bundeskanzler Kohl, Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth sowie dem 1994 zur Enttäuschung der SPD mit absoluter Mehrheit gewählten Bundespräsidenten Roman Herzog auch der polnische Außenminister Bartozewski zu Wort kam. Ganz entscheidend im Rahmen dieser Entwicklung war aber auch das militärische Engagement, das das wiedererstandene Deutschland im Rahmen seines NATO-Bündnisses im Falle Bosniens entwickelte. Die Lösung eben dieses Problems v.a. durch Mithilfe der Amerikaner im Jahre 1995 trug aber dazu bei, dass sich Wiederwahlaussichten des amerikanischen Präsidenten Bill Clinton im Wahlkampfjahr 1996 erheblich verbesserten. Genau genommen trugen allerdings noch weitere außenpolitische Erfolge zu der positiven Haltung der amerikanischen Bevölkerung gegenüber ihrem Staatsoberhaupt bei, die ihn in der Presse zum gefeierten Friedenspräsidenten werden ließen: So etwa die unbefristete Erneuerung des Atomsperrvertrages im Mai 1995, das durch amerikanische Vermittlung im September 1995 erlangte Abkommen zwischen der PLO und Israel über die Ausweitung der palästinensischen Autonomie im Westjordanland, die trotz der Ermordung des israelischen Staatschefs Yitzhak Rabin durch jüdische Fanatiker im November 1995 Anfang Januar 1996 erfolgreich durchgeführten freien Wahlen in den Autonomiegebieten, die signalisierte Verhandlungsbereitschaft des bis dahin unbeweglichen syrischen Präsidenten Hafez el Assad sowie die Vermittlungsbemühungen im Nordirland-Konflikt. Innenpolitisch konnte Clinton Anfang 1996 zusätzlich punkten, als er die Durchsetzung der von den Republikanern eingebrachten Verfassungsgrundsätze, nämlich die Festschreibung eines ausgeglichenen Bundeshaushaltes, die Einschränkung der Wiederwahl von Senatoren und Abgeordneten, die strafrechtliche Verfolgung des Verbrennens der amerikanischen Flagge durch sein Veto verhinderte und es den lediglich eine einfache Mehrheit besitzenden republikanischen Abgeordneten nicht gelang, eine Zweidrittelmehrheit im Repräsentantenhaus zu erlangen, um ihr Vorhaben gegen den Präsidenten durchzusetzen. Der Streit spitzte sich zu, als die Republikaner sich angesichts dieser Niederlage weigerten, bis zur Verabschiedung des Haushaltes zeitlich befristeten Finanzbewilligungen zuzustimmen, in der Hoffnung, Clinton doch noch zur Zustimmung zu ihrem Gesetzevorhaben zu bewegen. Der Präsident blieb allerdings hart und so mussten Teile des Washingtoner Regierungsapparates geschlossen werden, was v.a. die Republikaner Sympathien in der amerikanischen Bevölkerung kostete, deren mit harscher Polemik vorgetragenes Streben nach einer auf alte amerikanische Tugenden gegründeten Leistungsgesellschaft in weiten Kreisen für den verheerenden Bombenanschlag von Rechtsextremisten in Oklahoma City im April 1995 verantwortlich gemacht wurde. Darüber hinaus begingen die Republikaner im Wahlkampf den Fehler, das sie nach den gewonnenen Kongresswahlen 1994 glaubten, ihr Ziel, die von Reagan eingeleitete konservative Revolution zu vollenden, würde ihnen auch ihm Präsidentschaftswahlkampf den Sieg sichern. Sie übersahen allerdings, dass bei der damaligen Wahl weniger als 40% der wahlberechtigten Bürger ihre Stimme abgegeben hatten, und forderten u. a. weiterhin die Festschreibung eines ausgeglichenen Haushaltes in der Verfassung, Abbau der Bürokratie und weitere Deregulierung der Wirtschaft, Lockerung von Umweltauflagen, Drosselung der Einwanderung und Bekämpfung der Kriminalität sowie Steuersenkungen und Ausgabenkürzungen zur Ausgleichung des Haushaltes, die überwiegend durch Kürzung und Beseitigung von bundesstaatlichen Ausgabenprogrammen erreicht werden sollte. Dass sie hierbei ihre Forderungen auch auf den Gesundheitsbereich erstreckten und u.a. auch Einschnitte beim Medicare-Programm verlangten, ließ sie noch unpopulärer werden. Clinton bot den Wählern hierzu eine eindeutige Alternative, indem er einen moderaten Konservatismus vertrat und nicht nur die wesentlichen Errungenschaften des Sozialstaates bewahren wollte und dem «big government» abgeschworen hatte, sondern er konnte auch auf einen andau-



ernden Wirtschaftsaufschwung verweisen, der es ihm ermöglicht hatte das Haushaltsdefizit von 290 Milliarden Dollar im Jahre 1992 auf 107 Milliarden Dollar im Jahre 1996 abzubauen. Angesichts dieses deutlichen Popularitätszuwachses konnte Clinton die Wahl Ende 1996 mit einem Stimmenanteil von 49%, was einem Zuwachs von 7% gegenüber dem Wahljahr 1992 bedeutete, gegen seinen republikanischen Gegner Bob Dole gewinnen.<sup>376</sup>

Der russische Präsident Jelzin war 1996 unterdessen immer noch mit der größten Militäraktion seit der Intervention seines Staates in Afghanistan beschäftigt, dem Tschetschenienkrieg, der am 11. Dezember 1994 durch den Angriff russischer Truppen auf die Kaukasusrepublik seinen Anfang genommen hatte. Die Ursache für diesen Schritt der jungen russischen Föderation war, dass die Tschetschenen, die in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts unter Stalin zusammen mit den Iguschen und Daratschaiern nach Zentralasien deportiert worden waren und erst in den nach 1950 wieder in ihre alte Heimat hatten zurückkehren dürfen, im August 1991 die Unabhängigkeit ihrer Republik erklärt hatten, was Jelzin allerdings wegen des Zerfalls der Einheit Russlands nicht zulassen wollte. Die militärische Operation richtete sich auch gegen zivile Ziele, v.a. in der Hauptstadt Grosny, doch die tschetschenischen Verbände bereiteten den zahlenmäßig überlegenen, aber demoralisierten russischen Streitkräften demütigende Niederlagen und im Rahmen der Bemühungen um eine friedliche Beilegung des Konfliktes zog Jelzin seine Truppen im August 1996 aus Grosny ab. Während der Krieg in der nordkaukasischen Republik damit sein Ende gefunden haben zu schien, war die EU seit dem 20. März 1996 ganz mit einem Lebensmittelskandal beschäftigt, der seine Wurzeln in Großbritannien hatte: Die Briten kämpften seit 1986 mit einer sich immer stärker ausbreitenden Rinderseuche (Bovine Spongiforme Enzephalopathie, BSE), die zur Degeneration des Gehirns und letztlich zum Tod der Tiere führte und von der sie beharrlich behaupteten, dass sie nicht auf den Menschen übertragbar sei. Man hatte zwar auf der Insel 1988 Gegenmaßnahmen gegen die Krankheit getroffen, als man herausfand, dass die Ursache hierfür in der Verfütterung von nicht ausreichend erhitztem Tiermehl lag, in dem Schafskadaver weiterverarbeitet worden waren, aber man beschränkte sich lediglich darauf, die Verarbeitung dieser Tierrasse zu verbieten und verfütterte weiter Tiermehl an Wiederkäuer, so dass die Verbreitung der Seuche nicht wirklich eingedämmt wurde. Als bei jungen britischen Erwachsenen die dieser Seuche sehr ähnliche Creutzfeld-Jakob-Krankheit gehäuft auftrat, musste London am 20. März 1996 einräumen, dass offenbar ein Zusammenhang zwischen dem Verzehr von Rindfleisch und den Todesfällen gegeben war, wobei jedoch die lange Inkubationszeit dieser Krankheit von 6-40 Jahren eine eindeutige Rekonstruktion des Infektionsweges nicht zuließ. Bereits drei Tage nach dem Eingeständnis der britischen Regierung, verbot die Bundesrepublik Deutschland die Einfuhr von britischem Rindfleisch, dem die EU-Kommission am 27. März 1996 folgte und bereits die Ausfuhr dieses Produktes aus Großbritannien untersagte, was London allerdings zu einer nationalistischen Kampagne bewegte, die darin bestand, dass man es als unpatriotisch darstellte, kein britisches Rindfleisch mehr zu verzehren. Der britische Landwirtschaftsminister ließ sich auf einer Landwirtschaftsmesse sogar dabei fotografieren, wie er seiner Tochter von einem Hamburger zu essen gab. Das Importverbot konnte aber die Ausbreitung der Krankheit nicht verhindern, denn durch verseuchtes Tiermehl gelangte BSE auch in Rinderbestände anderer europäischer Länder, v.a. in Frankreich, der Schweiz und Deutschland und führte zu einem kompletten Zusammenbruch des europäischen Rindermarktes. Das Bosnien-Problem hatte währenddessen noch nicht sein endgültiges Ende gefunden, denn die neue amerikanische Außenministerin, tschechisch-jüdischer Herkunft,

---

<sup>376</sup> Lehmann, Hans-Georg: Deutschland-Chronik. 1945 bis 2000, überarbeitete und aktualisierte Auflage, Bonn: 2000, S. 450-451; 455-456, 486-487; 503-509; 510; 516-519; 536; Heideking, Jürgen: Geschichte der USA, dritte, überarbeitete und erweiterte Auflage, Tübingen: 2003, S. 476-478; Guggisberg, Hans R.: Geschichte der USA, vierte, erweiterte und aktualisierte Auflage, Stuttgart: 2002, S. 340-341

Madeleine Albright, deren Vater vor den Nazis und den Sowjets geflohen war und die sich zuvor schon als US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen entschlossen für die Menschenrechte eingesetzt hatte, übernahm dieses Ziel auch für ihr neues Amt und vertrat die Ansicht, dass die Aufklärung der Vorgänge in Bosnien wesentliche Voraussetzung und nicht Hindernis für eine nationale Aussöhnung sei. So wurde denn auch im Mai 1996 der eher rangniedere Offizier Duško Tadić vor dem Internationalen Kriegsverbrechertribunal in Den Haag angeklagt und beschuldigt, muslimische Insassen der serbischen Konzentrationslager Omarska und Keraterm misshandelt und getötet zu haben. In der Folge wurden zunächst nur die rangniederen Chargen angeklagt, denn bei den Verhandlungen in Dayton hatten die Westmächte die Sorge gehabt, dass die Verhaftung von bosnischen Serbenführern die Friedensverhandlungen erschweren würden. In Europa war zwischenzeitlich der Handel mit Rindfleisch praktisch völlig zum Erliegen gekommen, so dass sich London 1997 dazu entschloss, den Verkauf nicht entbeinten Rindfleisches zu verbieten, worauf die einheimischen Landwirte mit einer Blockade von importiertem Rindfleisch, v.a. irischem, reagierten. Der Lebensmittelskandal ließ in Deutschland ein weiteres sehr bedeutendes Ereignis fast in den Hintergrund rücken: Die deutsch-tschechische Aussöhnungserklärung vom 21. Januar 1997, in der sich Deutschland dazu bekannte, dass die Zerschlagung und Besetzung der Tschechoslowakei durch das Münchner Abkommen verursacht wurde und das Leid und Unrecht bedauerte, das die tschechische Bevölkerung durch die NS-Gewaltpolitik erlitten hatte, während die tschechische Seite die Vertreibung und zwangsweise Aussiedlung der Sudetendeutschen sowie ihre Enteignung und Ausbürgerung als Unrecht anerkannte. Bedeutender war zudem die in diesem Jahr 1997 umsichgreifende internationale Finanzkrise, die im Sommer Thailand, Malaysia und Indonesien und rasch alle anderen Märkte in Asien erfasste, was die bereits kränkelnde japanische Wirtschaft zusätzlich belastete und schließlich auch Russland und Lateinamerika in Mitleidenschaft zog. Die EU selbst hatte bereits Ende 1996 auf Drängen des deutschen Finanzministers Theo Waigel Maßnahmen zur Stabilisierung ihrer neuen gemeinsamen Währung getroffen und schrieb den beteiligten Ländern vor, sie dürften in ihrem jährlichen Haushaltsdefizit die Grenze von drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes nicht überschreiten, ansonsten sollte ein ausgefeiltes Sanktionssystem greifen. Was nun die internationale Finanzkrise betraf, so hatte sie andere Ursachen und ihre Wurzeln lagen auch nicht in dem am 15. April 1994 abgeschlossenen weltweiten Handelsabkommen (GATT-Schlussakte), das an die Stelle des bisherigen GATT-Sekretariats die neue World Trade Organization (WTO) setzte, v.a. aber die Zölle für Industriegüter senkte, tarifäre und nichttarifäre Handelshemmnisse beseitigte, Subventionen begrenzte und geistiges Eigentum besser schützte als bisher. Sie war eine Kombination aus dem unverantwortlichen Handeln von Politikern, Ökonomen und Bankiers vor Ort sowie aus dem ständigen Drängen von Präsident Clinton und seinem Finanzminister Robert Rubin auf eine Liberalisierung der Finanzmärkte und eine möglichst ungehinderte Kapitalbewegung. Die Stabilisierungsbemühungen der westlichen Industrienationen - allen voran der Vereinigten Staaten - sowie das Krisenmanagement des Internationalen Währungsfonds (IWF) zeigten nur wenig Wirkung, doch eine intensivere Bemühung des im Inland mit einem florierenden Wirtschaftswachstum und sinkenden Haushaltsdefizit ausgestatteten amerikanischen Präsidenten um das Problem wurde v.a. durch die Lewinsky-Affäre verhindert. Bereits seit 1994 stand Bill Clinton im Visier der Justiz, einerseits wegen einer Privatklage bezüglich sexueller Belästigung einer ehemaligen Regierungsangestellten namens Paula Jones, die während seiner Zeit als Gouverneur von Arkansas stattgefunden haben sollte, andererseits wegen des bereits 1978 von ihm und seiner Frau getätigten Whitewater-Immobiliengeschäfts, im Rahmen dessen der ehemalige Bundesrichter und Justizbeamte in der Reagan- und Bush-Administration, Kenneth Starr als Sonderermittler zur Klärung der Vorfälle eingesetzt wurde. Starr weitete seine Ermittlungen

auch auf die Privatsphäre des Präsidenten aus und gelangte in diesem Zusammenhang an Tonbandaufnahmen, aus denen hervorging, dass Clinton zwischen November 1995 und März 1997 im Weißen Haus mehrfach sexuellen Kontakt mit der Praktikantin Monica Lewinsky hatte. Im Januar 1998 gab sowohl der Präsident als auch Lewinsky eine eidesstattlich Erklärung ab, in denen sie eine Beziehung zueinander bestritten und Clinton wies in einer Fernsehansprache an die Nation die kursierenden Gerüchte diesbezüglich zurück. Obwohl eine Richterin in Arkansas im April 1998 die Klage von Paula Jones verworfen hatte, ermittelte Kenneth Starr in der anderen Affäre weiter und bewog Monica Lewinsky durch die Zusage umfassender Straffreiheit dazu, unter Eid am 6. August 1998 sexuelle Kontakte zum Präsidenten einzuräumen, so dass dieser in einer Video-Aussage für die Grand Jury eine «unangemessene und unschickliche» Beziehung zu der Praktikantin einräumen musste. Die Abgeordneten machten daraufhin den intime Details über die sexuellen Praktiken des amtierenden Präsidenten enthaltenden Starr-Report der Öffentlichkeit zugänglich und der Justizausschuss folgte kurz darauf diesem Vorbild und gab auch das vertrauliche Clinton-Video für die Medien frei, woraufhin sich die republikanische Mehrheit zu einem förmlichen Amtsenthebungsverfahren wegen Meineides und Behinderung der Justiz gemäß Artikel 11 Absatz 4 der Verfassung entschloss. Angesichts dieser Situation überließ Clinton viele Angelegenheiten in der Außenpolitik seiner neuen Außenministerin Madeleine Albright, die sich einer schwierigen Lage in der Golfregion gegenüber sah, wo sich der Iran und Afghanistan dem amerikanischen Einfluss zu entziehen versuchten und islamistischen Terroristen wie Osama bin Laden Unterschlupf gewährten, der offensichtlich für die verheerenden Bombenattentate gegen die US-Botschaften in Kenia und Tansania im August 1998 die Verantwortung zu übernehmen hatte. Belastet von seiner Affäre, bemühte sich der Präsident aber dennoch einerseits den Irak zur Erfüllung der UNO-Abrüstungsverhandlungen zu zwingen und andererseits den ins Stocken geratenen nahöstlichen Friedensprozess wieder in Gang zu bringen, der seit der Wahl des konservativen Benjamin Netanjahu im Mai 1996 zum israelischen Staatschef keine Fortschritte mehr machte. Doch beide Anstrengungen waren nicht mit Erfolg gekrönt, denn Saddam Hussein widersetzte sich erfolgreich dem amerikanischen Drängen nach Abrüstung, indem er die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Amerikanern und Briten auf der einen Seite und den Russen, Franzosen und Chinesen auf der anderen Seite im Sicherheitsrat für seine Zwecke instrumentalisierte, während Netanjahu aus innenpolitischen Gründen zäh an seinen harten Positionen gegenüber den Palästinensern festhielt und sich weder auf der eigens von Clinton Ende Oktober 1998 abgehaltenen Konferenz am Wye River in Maryland noch durch die Reise des amerikanischen Präsidenten nach Gaza und Jerusalem zur Änderung seiner Haltung bewegen ließ. Fast ohne Beachtung blieb in diesem Jahr 1998 ein anderer Krisenherd: das Kosovo. Dieser zu Jugoslawien gehörende Landstrich war von Anfang an ebenfalls wichtiger Bestandteil in Miloševićs serbischem Nationalismus gewesen und so hatte er bereits 1989 die von Tito 1963 gewährte und 1976 verfassungsrechtlich gefestigte Autonomie widerrufen und die überwiegend albanische Polizeitruppe aufgelöst und durch serbische Sicherheitskräfte ersetzt. Der Albanerführer Ibrahim Rugova versuchte es zunächst wie die polnische Solidarność mit Protesten sowie Gründung von Schulen und Universitäten im Untergrund, doch nach dem Friedensabkommen von Dayton beschritt er neue Wege und gründete die extrem gewalttätige albanische Kosovo-Befreiungsarmee (KAB), die im Februar 1998 vier serbische Polizisten in einen Hinterhalt lockte und tötete, woraufhin die Serben im Kosovo Albaner angriffen und aus ihren Häusern vertrieben. Über tausend OSZE-Beobachter mussten die Angriffe der Serben mitansehen, ohne dagegen einschreiten zu können, während die verfolgten Albaner nach Mazedonien, Albanien und Montenegro flohen oder auch nur in den Bergen Zuflucht suchten, wo sie unter menschenunwürdigen Bedingungen lebten. In einer ersten Reaktion auf diese Ereignisse verhängte

der UN-Sicherheitsrat am 31. März 1998 ein Waffenembargo gegen Jugoslawien, doch der serbische Präsident Milošević, der im Besitz sämtlicher Waffenvorräte des Landes war, zeigte sich unbeeindruckt und lehnte jede internationale Vermittlung in der Angelegenheit als Einmischung ab.<sup>377</sup>

In Europa blieb der Bosnien-Konflikt in dieser Zeit immer noch der Mittelpunkt des Interesses und so entschied etwa der deutsche Bundestag am 6. Juni 1998 die SFOR-Mission seiner Soldaten in Bosnien noch einmal – und zwar unbefristet - zu verlängern, wobei auch die ansonsten solchen Einsätzen eher ablehnend gegenüberstehenden Abgeordneten der Grünen in ihrer überwiegenden Zahl ihre Zustimmung zu diesem Vorhaben gaben. In der Zwischenzeit hatte sich auch in den Reihen der SPD - wie sich in diesem Jahr 1998 zeigen sollte – eine wesentliche Änderung vollzogen, die sich für die Partei in den anstehenden Wahlen als entscheidend herausstellen sollte: Auf ihrem Mannheimer Parteitag hatten die Sozialdemokraten bereits am 16. November 1995 zum ersten Mal in ihrer Geschichte einen kandidierenden Parteivorsitzenden in einer überraschend anberaumten Kampfabstimmung abgelöst. Rudolf Scharping verlor an diesem Tag sein Amt ohne vorheriges Wissen an seinen Parteikollegen, den saarländischen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine und musste sich in Zukunft mit dem Posten des stellvertretenden Parteivorsitzenden begnügen. Sein Amt als Fraktionsvorsitzender der SPD im Bundestag blieb ihm allerdings erhalten. Letztlich wurde Lafontaine jedoch nicht Kanzlerkandidat der SPD, sondern musste diese Position seinem bei den niedersächsischen Landtagswahlen am 1. März 1998 äußerst erfolgreichen Parteikollegen Gerhard Schröder überlassen. Während des Wahlkampfes dieses Jahres 1998 besuchte auch der von der Lewinsky-Affäre belastete amerikanische Präsident Deutschland, um an der Berliner Feier zum 50. Jahrestag der Luftbrücke teilzunehmen. Dabei wurde sein Bekenntnis zur deutsch-amerikanischen Freundschaft und zur europäischen Einigung vielfach als Wahlkampfhilfe für Bundeskanzler Kohl missverstanden. Am 27. September 1998 wurde dann Gerhard Schröder zum neuen Kanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt und bereitete dem Amtsinhaber und Spitzenkandidaten der CDU, Helmut Kohl, eine herbe Niederlage, denn dieser erreichte nur noch 35,1% der Zweitstimmen im Vergleich zu 41,5% im Jahr 1994, während er selbst 40,9% erzielte und damit das Ergebnis seiner Partei um 4,5% steigern konnte. Damit wurde das erste Mal in der deutschen Geschichte der Bundeskanzler nicht durch einen Koalitionswechsel abgelöst, sondern durch das Votum der Wählerinnen und Wähler. Bündnis 90/Die Grünen verloren zwar mit 6,7% 0,6% der Stimmen, aber sie blieben drittstärkste Kraft und übernahmen zusammen mit der SPD die Regierung, während die FDP mit 6,2% erstmals nach der Regierungsperiode von 1966-1969 wieder auf die Oppositionsbank musste. Bereits am 7. November 1998 zog die CDU personelle Konsequenzen aus der verlorenen Bundestagswahl und wählte mit überwiegender Mehrheit den Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Wolfgang Schäuble, zum neuen Parteivorsitzenden, während mit Angela Merkel zum ersten Mal eine Frau Generalsekretärin wurde. Was Altbundeskanzler Kohl betraf, so wurde er einstimmig zum Ehrenvorsitzenden seiner Partei gewählt. Clinton hatte sich nach seinem Besuch in Berlin im September 1998 nach Irland begeben, wo er wegen seiner Vermittlungsbemühungen im Nordirland-Konflikt trotz des bereits über ihm schwebenden Impeachment-Verfahrens begeistert empfangen wurde. Die amerikanische Regierung und die NATO versuchten weiterhin die seit Februar 1998 im Kosovo herrschenden bürgerkriegsähnlichen Zustände zu beenden, doch es bedurfte eines Ultimatums der NATO vom 13. Oktober 1998 bevor US-Sonderbotschafter Richard C. Holbrooke Milošević dazu bewegen

---

<sup>377</sup> Heideking, Jürgen: Geschichte der USA, dritte, überarbeitete und erweiterte Auflage, Tübingen: 2003, S. 485-486; Lehmann, Hans-Georg: Deutschland-Chronik. 1945 bis 2000, überarbeitete und aktualisierte Auflage, Bonn: 2000, S. 496-498; 512; 538-539; 565; James, Harold: Geschichte Europas im 20. Jahrhundert. Fall und Aufstieg 1914-2001, München: 2004, S. 475-476; 462-464; 498

konnte, unbewaffnete internationale Beobachter der OSZE sowie zusätzliche unbewaffnete NATO-Flugzeuge zuzulassen, die die Einstellung der Gewalttätigkeiten sowie den Abzug überzähliger Streit- und Polizeikräfte im Kosovo überwachen sollten. Trotz dieses Zugeständnis des serbischen Präsidenten, musste ihm am 13. November 1998 erst ein erneutes Ultimatum gestellt werden, bevor die Operation Kosovo Verification Mission (KVM) endgültig anlaufen konnte. Während der deutsche Bundestag am 13. November 1998 beschloss, sich an der NATO-Luftüberwachungsoperation «Adlerauge» zu beteiligen, zeichnete sich in den Vereinigten Staaten immer deutlicher ab, dass es zu einem Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten kommen würde. Als Ende Dezember 1998 schließlich endgültig klar war, dass Clinton sich als zweiter Präsident in der amerikanischen Geschichte solch einem Verfahren zu unterziehen hatte, spitzte sich die Lage im Nahen Osten immer stärker zu: Nach einem kritischen Bericht des UNO-Abrüstungsbeauftragten Richard Butler, eskalierte der Streit mit dem irakischen Machthaber Saddam Hussein, weil sich die Regierungen in Washington und London nun dazu entschlossen, schwere Luftangriffe gegen irakische Militär- und Rüstungseinrichtungen zu fliegen (Operation Wüstensturm, Desert Fox), was dem eventuell bald entmachteten Clinton in seinem Land jede Menge Spekulationen über die Gründe für dieses massive Vorgehen einbrachte, obwohl dieser Schritt, ebenso wie die Versuche das Regime des irakischen Diktators durch Sanktionen oder Maßnahmen der Opposition, aber auch des CIA zu destabilisieren, im Kongress breite Unterstützung fanden. Zu Beginn des Jahres 1999 eskalierte trotz aller Bemühungen der NATO die Konfliktparteien auf friedlichem Wege zum Einlenken zu bewegen auch die Situation im Kosovo, als die Serben am 16. Januar 1999 ein Massaker an albanischen Zivilisten im Dorf Račak bei Priština verübten. Eine institutionalisierte Balkan-Kontaktgruppe (KG), der Diplomaten der Vereinigten Staaten, Russlands, Großbritanniens, Frankreichs, Deutschlands und Italiens angehörten, stellten den Konfliktparteien erneut ein Ultimatum und brachten die verfeindeten Parteien im Schloss Rambouillet bei Paris an den Verhandlungstisch, doch die Friedensverhandlungen scheiterten an unüberbrückbaren Meinungsverschiedenheiten. Während dieser Entwicklung in der Kosovo-Angelegenheit kämpfte der amerikanische Präsident um sein Amt, nachdem das Verfahren am 7. Januar 1999 vor dem Senat unter der Leitung des obersten Richters des Supreme Court William Rehnquist gegen ihn eröffnet worden war. Das die Anklage vertretende Repräsentantenhaus scheiterte allerdings am 12. Februar 1999 mit seinem Vorhaben Clinton vorzeitig aus dem Amt zu bringen, denn der Senat wies mit 55 zu 45 die Anklage wegen Meineides und mit 50 zu 50 den Vorwurf wegen Behinderung der Justiz zurück und so konnte Bill Clinton im Amt verbleiben. Am 18. Februar 1999 gelang es der NATO erneut die Führer der Serben sowie der Albaner in Rambouillet zu Friedensgesprächen an den Verhandlungstisch zu bekommen. Sie unterbreitete hier den beiden Konfliktparteien den Vorschlag, die Unabhängigkeit des Kosovo zu verschieben und NATO-Truppen vor Ort zu stationieren, was die Albaner letztlich auch bereit waren zu akzeptieren, doch die Serben lehnten ab und so entschloss sich die NATO zu militärischen Schritten und zog am 20. März 1999 aus Sicherheitsgründen die KVM nach Mazedonien ab. Bevor sie jedoch tatsächlich angriff, versuchte US-Sonderbotschafter Holbrooke am 22. und 23. März 1999 ein letztes Mal Milošević von der Notwendigkeit eines Waffenstillstandes sowie der Stationierung von NATO-Truppen im Kosovo zu überzeugen, doch diese Bemühungen blieben erfolglos. Ohne UN-Mandat und zum ersten Mal außerhalb ihrer vertraglich festgeschriebenen Verteidigungsfunktion sowie unter Beteiligung deutscher Truppen, die seit 1945 nie mehr direkt in Kampfhandlungen gestanden waren, begann die NATO am 24. März 1999 die angedrohten Luftangriffe gegen Jugoslawien im Rahmen der Operation Allied Force, im Rahmen derer nicht nur Belgrad und die Industrieanlagen sowie die Infrastruktur in Serbien, sondern auch serbische Stellungen und Dörfer im Kosovo angegriffen wurden, um so der systematischen Vertreibung

der albanischen Bevölkerung in dieser Region Einhalt zu gebieten. Milošević und seine Anhänger behaupteten später, die erneute Flüchtlingswelle der Kosovo-Albaner sei durch die Luftangriffe der NATO und nicht durch serbischen Terror ausgelöst worden und die zu beklagenden Toten seien Opfer der abgeworfenen Flugzeugbomben. Dabei schien der Serbenführer Unterstützung von Präsident Jelzin zu erhalten, der sich zu dieser Zeit im Machtkampf mit der Duma befand, doch die russische Regierung gab sehr schnell ihre Vorbehalte auf und beteiligte sich dann sogar an der militärischen Operation. Noch während der Kriegshandlungen trafen sich am 6. Mai 1999 die führenden Industriestaaten und Russland auf dem Petersberg bei Bonn und verständigten sich auf die Eckpunkte eines Friedensplanes für das Kosovo: „Sofortiges Ende der Gewalt, Rückzug militärischer, polizeilicher und paramilitärischer Kräfte, Stationierung von internationalen zivilen Beobachtern und «Sicherheitsrepräsentanzen» unter UN-Mandat, Rückkehr aller Vertriebenen und Flüchtlinge, Selbstverwaltung für das Kosovo im Rahmen der Souveränität Jugoslawiens, Entwaffnung der UÇK (Ushtria Çlirimtare e Kosovës, Kosovarische Befreiungsarmee).“<sup>378</sup> Darüber hinaus einigten sich die G8-Außenminister am 8. Juni 1999 in Köln über den Text der UN-Resolution und einen Tag später wurde das Militärabkommen zwischen der NATO und Serbien über den geordneten und überprüfbaren Rückzug aus dem Kosovo unterzeichnet. Am 10. Juni 1999 kapitulierte die serbische Armee, woraufhin sich die NATO zur Stationierung von Bodentruppen im Kosovo entschloss (Kosovo Force, KFOR), die die Voraussetzungen für ein friedliches Zusammenleben der serbischen und albanischen Bevölkerung schaffen sollten. An dieser Mission beteiligte sich mit überwältigender Zustimmung des Bundestages auch die deutsche Armee mit 8.500 Soldaten. Bereits im August 1999 zeigte sich auch in Serbien Widerstand gegen den Milošević, als sich über 100.000 Menschen zu einer Protestkundgebung in Belgrad versammelten. Die Russen, die sich an dieser Operation beteiligt hatten, nahmen in diesem Monat den Krieg in Tschetschenien wieder auf, nachdem es in Moskau zu einer Reihe von Bombenanschlägen gekommen war, die von tschetschenischen Banden durchgeführt worden sein sollten und es darüber hinaus im benachbarten Dagestan zu Erhebungen radikaler Muslime gekommen war, die von russischen Truppen niedergeschlagen worden waren. Am 31. Dezember 1999 trat Jelzin, der während seiner zweiten Amtszeit immer bemüht gewesen war, Russlands Anspruch auf die Rolle einer Weltmacht durch seine Außenpolitik zur Geltung zu bringen, zurück und übergab die Amtsgeschäfte dem Chef des Inlandsgeheimdienstes Wladimir Putin, der im März 2000 dann auch die Wahlen zum Staatspräsidenten gewinnen sollte.<sup>379</sup>

Während im Kosovo Anfang 1999 die Situation eskalierte, wuchs die EU weiter zusammen, denn seit dem 1. Januar 1999 konnte im bargeldlosen Zahlungsverkehr bereits die gemeinsame Währung Euro verwendet werden. Diese erfolgreiche Entwicklung erhielt allerdings einen Dämpfer, als am 16. März 1999 kurz nach Mitternacht die EU-Kommission mit ihrem Präsidenten Jacques Santer trotz des erfolglosen Misstrauensvotums des EU-Parlaments zwei Tage zuvor zurücktrat, nachdem eine unabhängige internationale Untersuchungskommission sowie die Expertengruppe der «Fünf Weisen» zu dem Ergebnis kam, die Kommission habe die Kontrolle über die Verwaltung verloren, die französische Wissenschaftskommissarin Edith Cresson habe Vetternwirtschaft betrieben und die Strukturkommissarin Monika Wulf-Mathies habe Mitarbeiter ohne Beachtung der Vorschriften einge-

---

<sup>378</sup> Lehmann, Hans-Georg: Deutschland-Chronik. 1945 bis 2000, überarbeitete und aktualisierte Auflage, Bonn: 2000, S. 568

<sup>379</sup> Lehmann, Hans-Georg: Deutschland-Chronik. 1945 bis 2000, überarbeitete und aktualisierte Auflage, Bonn: 2000, S. 456; 476; 486-487; 553-556; 565-567; Heideking, Jürgen: Geschichte der USA, dritte, überarbeitete und erweiterte Auflage, Tübingen: 2003, S. 487-488; Guggisberg, Hans R.: Geschichte der USA, vierte, erweiterte und aktualisierte Auflage, Stuttgart: 2002, S. 343; zum Machtwechsel in Russland vgl.: Der Brockhaus in fünfzehn Bänden: Band 7 und 11, 2. durchgesehene und aktualisierte Auflage, Leipzig, Mannheim 2001, 2002, S. 91-92 bzw. 241

stellt. Noch im selben Jahr, am 3. Juni 1999, beschlossen die fünfzehn europäischen Mitgliedsstaaten nicht nur Russland bei der politischen und marktwirtschaftlichen Stabilisierung zu helfen, sondern sie bekräftigten mit Blick auf den Kosovo-Konflikt auch die Absicht, sich verstärkt in den Bereichen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung zu engagieren, weswegen das europäische Verteidigungsbündnis innerhalb der NATO, die WEU (Westeuropäische Union) integraler Bestandteil der EU werden sollte und der NATO-Generalsekretär Javier Solana übernahm nach dem er sein Amt dem Briten George Robertson übergeben hatte, den Posten als «Hoher Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik» der EU. Während die Santer-Kommission ihr Amt noch provisorisch weiterführte, war bereits auf dem EU-Sondergipfel in Berlin zwischen dem 24. und 26. März 1999 der frühere italienische Regierungschef Romano Prodi zum neuen Kommissionschef nominiert worden, der am 15. September 1999 zusammen mit seinen Kommissaren nach der Zustimmung durch das Europäische Parlament seine Tätigkeit aufnahm. In Deutschland hatten unterdessen die Bundesregierung sowie nach einem Beschluss vom 27. September 1996 auch der Bundesrat ihre Arbeit in der neuen Bundeshauptstadt aufgenommen und die ehemalige Regierungspartei schien sich nach dem schlechten Abschneiden bei den Bundestagswahlen 1998 und der Machtübernahme durch die SPD sowie PDS in Mecklenburg-Vorpommern am 3. November 1998 zunächst zunächst in ihrer Wählergunst wieder zu stabilisieren, denn auch wenn sie das Amt des Bundespräsidenten zum zweiten Mal in der Geschichte der BRD einem SPD-Kandidaten überlassen musste, nämlich Johannes Rau, so konnte sie doch die Macht in den beiden Bundesländern Hessen, Saarland und Thüringen am 7. Februar, 5. und 12. September 1999 übernehmen und ihre Regierungsposition in Sachsen am 19. September 1999 wiedererringen. Das Blatt wendete sich allerdings am 30. November 1999, als die Staatsanwaltschaft gegen den früheren CDU-Schatzmeister Leisler Kiep wegen der Nichtangabe von Spenden im Rechenschaftsbericht zu ermitteln begann und Exkanzler Kohl einräumte, dass er Spenden in schwarze Kassen gelenkt habe. Den Verdacht dadurch seien politische Entscheidungen erkaufte worden, wies er allerdings zurück, doch fortan gingen Parteikollegen zu ihm auf Distanz und forderten ihn auf, die unbekanntes Geldgeber zu nennen. Die EU hatte anders als die CDU mit der neuen Kommission ihre Krise beendet und verdoppelte die Zahl ihrer Beitrittskandidaten von sechs, zu denen Estland, Polen, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern gehörten auf zwölf, indem es in eine weitere, terminlich noch nicht festgelegte Beitrittsrunde auch Bulgarien, Lettland, Litauen, Malta, Rumänien und die Slowakei eine Aufnahme in die EU in Aussicht stellte. Offiziell wurde auch der Türkei der Status eines Beitrittskandidaten gegeben, allerdings sollten Beitrittsverhandlungen erst aufgenommen werden, wenn das Land die Rechtsstaatlichkeit sowie die Menschenrechte auch tatsächlich gewährleistete. Am 10. Januar 2000 erreichte die CDU-Finanzaffäre einen weiteren Höhepunkt, als auch der neue CDU-Parteivorsitzende Schäuble Mitverantwortung für das Spendengebahnen des ehemaligen Bundeskanzlers einräumen und darüber hinaus zugeben musste, selbst von dem Waffenhändler Schreiber 1994 eine Spende über 100.000 DM entgegengenommen zu haben. Abgemildert wurde dieses Vergehen in gewisser Hinsicht, weil sich am selben Tage herausstellte, dass verschiedene Minister Nordrhein-Westfalens seit 1985 insgesamt 63 Mal mit Chartermaschinen der Westdeutschen Landesbank geflogen waren, wobei die Flüge des damaligen Ministerpräsidenten Johannes Rau hier noch nicht miteingerechnet waren. Letztlich musste am 26. Januar 2000 der nordrhein-westfälische Finanzminister Heinz Schleußer, der den Flugdienst am häufigsten in Anspruch genommen hatte, zurücktreten. Einen deutlichen Vorteil brachte dieser Vorfall der CDU allerdings nicht, denn am 14. Januar musste die hessische CDU einräumen, dass sie Schwarzgeld im Ausland angelegt und als Vermächtnis angeblich reicher Juden getarnt hatte. Der hessische CDU-Vorsitzende Manfred Kanther trat daraufhin am 17. Januar 2000 zurück, doch Ministerpräsident Koch

blieb im Amt, auch wenn er einräumen musste, in der Schwarzgeldaffäre nicht alles richtig gemacht zu haben. Um die Angelegenheit wieder in den Griff zu bekommen, forderten die CDU-Spitzengremien Kohl auf, die Namen der anonymen Spender zu nennen und so zur Aufklärung der Affäre beizutragen oder den Ehrenvorsitz ruhen zu lassen. Kohl legt daraufhin umgehend den Ehrenvorsitz nieder, weil er sein Versprechen an die Spender, ihre Namen nicht zu nennen, nicht brechen wollte. Den angebotenen Rücktritt Schäubles zur Bereinigung der Affäre, nahmen die Gremien dagegen nicht an, sondern sprachen ihm vielmehr ihr volles Vertrauen aus. Die Situation änderte sich, als der Bundestagspräsident Thierse (SPD) am 15. Februar 2000 die Rückzahlung von 41 Millionen DM aus der staatlichen Parteienfinanzierung forderte, woraufhin Helmut Kohl 6,3 Millionen DM Spenden sammelte, um zumindest die von ihm nicht deklarierten Spenden in Höhe von 2,1 Millionen DM auszugleichen. In Reaktion auf dieses Ereignis verzichtete Wolfgang Schäuble, der zwischenzeitlich abgestritten hatte, die Spende von Schreiber persönlich entgegengenommen zu haben, auf den Partei- sowie auf den Fraktionsvorsitz, um der CDU in ihrer schwersten Krise einen Neuanfang zu ermöglichen. In Reaktion auf die Spendenaffäre musste die CDU Stimmenverluste bei der Landtagswahl vom 27. Februar 2000 in Schleswig-Holstein hinnehmen, während die SPD deutlich zulegte. Auf ihrem Parteitag zwischen dem 9. und 11. April 2000 in Essen wurde die vom Vorstand nominierte Angela Merkel mit 96% der Stimmen zur neuen Parteivorsitzenden gewählt und bereits auf der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 14. Mai 2000 konnte sich die CDU wieder stabilisieren und ihr Wahlergebnis von 1995 halten, während die SPD und die Grünen deutliche Stimmenverluste hinnehmen mussten.<sup>380</sup>

Im September 2000 fanden in der Bundesrepublik Jugoslawien Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt, auf die der Sicherheitsapparat von Milošević durch Einschüchterung der Wähler und Opponenten Einfluss zu nehmen versuchte, doch sein Gegner Vojislav Kostunica erklärte sich zum Wahlsieger und weigerte sich in eine Stichwahl zu gehen. Zu diesem Zeitpunkt hatte Milošević das regimetreue jugoslawische Verfassungsgericht hinter sich, das das Wahlergebnis zunächst für ungültig erklärte und Milošević zugestand, dass er seine Amtszeit, die noch bis zum Juni 2001 lief, zu Ende bringen könne. Als am 5. Oktober 2000 jedoch Demonstranten das Parlament in Belgrad stürmten und das staatliche Fernsehen verkündete, Kostunica habe die Wahl gewonnen, trat Milošević zurück und erklärte, er wolle sich ins Privatleben zurückziehen. Sofort nach dieser Entwicklung hob die EU die Sanktionen gegen Jugoslawien auf und die Vereinigten Staaten kündigten ein Hilfsprogramm in Höhe von 100 Millionen Dollar an, wenn die neue jugoslawische Regierung mutmaßliche Kriegsverbrecher, zu denen auch Milošević gezählt wurde, an das Internationale Kriegsverbrechertribunal in Den Haag überstellen würde. Bei dieser Entscheidung handelte es sich allerdings um eine der letzten Handlungen der Regierung Clinton, denn um diese Zeit befand sich die USA schon im Endspurt des Wahlkampfes um das Präsidentenamt, im Rahmen dessen der republikanische Kandidat und Sohn des ehemaligen Präsidenten George Bush, George W. Bush, mit christlich konservativem Gedankengut um das Amt kämpfte und in den Bereichen Erziehung, Gesundheit und Umwelt eine größere Zurückhaltung der Politik verlangte. Anders als sein demokratischer Gegenkandidat, der Vizepräsident Al Gore, hielt er eine nationale Neuordnung des Krankenversicherungswesens für unnötig und verlangte stattdessen eine Förderung des privatrechtlichen Versicherungswesens. Das Klimaabkommen von Kyoto lehnte er ab und bezeichnete es als schädlich für die amerikanischen Interessen, forderte andererseits aber drastische Steuersenkungen sowie Rückgabe der Budgetüberhänge an die Steuerzahler anstatt wie die Gegenseite vorschlug, sie als Mittel zur Finanzierung von Reformvorhaben sowie einer allgemeinen

---

<sup>380</sup> Lehmann, Hans-Georg: Deutschland-Chronik. 1945 bis 2000, überarbeitete und aktualisierte Auflage, Bonn: 2000, S. 556-563; 570-574



Krankenversicherung zu verwenden. Er strebte aber auch eine Reduktion der Bundeskompetenzen sowie eine Stärkung der Regierungskompetenzen der Einzelstaaten an. Eine entscheidende Rolle im Wahlkampf spielte allerdings das Problem der Krankenversicherung, da die Anzahl der über 65jährigen in den USA von 31 Millionen im Jahre 1991 auf 34 Millionen im Jahre 1999 angestiegen war und die Kosten in diesem sozialen Bereich in die Höhe hatte schnellen lassen. Doch Al Gore konnte aus dieser gewandelten Alterstruktur und den mit ihr verbundenen hohen medizinischen Kosten kein Kapital für sich schlagen, da das von ihm aufgezeigte Problem in Zeiten mit immer noch hohem Wirtschaftswachstum sowie einer boomenden Börse von den älteren Menschen, die die Hauptgruppe der Wähler letztlich ausmachten, nicht wahrgenommen wurde. Letztlich konnte aber keiner der beiden Kandidaten große Begeisterung bei den Wählern wecken und so zeichnete sich bereits in fast allen Meinungsumfragen eine Pattsituation zwischen den beiden Kandidaten ab, die sich am Wahlabend dann auch tatsächlich einstellte. Entscheidend war schließlich der Wahlausgang in Florida, da Bush bundesweit eine halbe Million weniger Stimmen als Gore auf sich vereinen konnte, doch hier stellte sich heraus, dass mehrere Wähler das Stanzloch offensichtlich versehentlich an die falsche Stelle gesetzt hatten und ihre Stimme anstatt dem demokratischen Kandidaten eigentlich an Pat Buchanan hatten geben wollen. Gores Rechtsanwälte beantragten angesichts dieser Situation die manuelle Nachzählung von Stimmen in vier Counties, doch die konnten in der vorgeschriebenen Zeit nicht beendet werden und die führende an Bushs Wahlkampf beteiligte Staatssekretärin des Bundesstaates Katherine Harris weigerte sich, die Frist zu verlängern, so dass das Verfahren zunächst vor dem Obersten Gerichtshof in Florida und schließlich in Washington landete. Dort votierten die mehrheitlich republikanisch orientierten Richter mit 5:4 Stimmen für die Beendigung der Nachzählung und begründeten dies damit, dass in den verschiedenen Counties jeweils verschiedene Auszählungskriterien gelten würden, was gegen den verfassungsmäßigen Grundsatz der Gleichheit verstoße. Darüber hinaus stünde dem Gerichtshof in Florida nicht genügend Zeit zur Verfügung, um die aufgetauchten Fehler rechtzeitig zu korrigieren und so wurde George W. Bush am 21. Dezember 2000 mit 271 Stimmen zum Wahlsieger erklärt, während Al Gore lediglich 267 erhielt. Das Urteil des Obersten Gerichtshofes in Washington löste sowohl Empörung als auch Genugtuung aus, doch die Problematik zeigte, dass die veralteten Zählmaschinen in mehreren Bundesstaaten eine hohe Fehlerquote aufwiesen und das viele Erstwähler in Florida mit dem Ausfüllen der Wahlscheine überfordert waren.<sup>381</sup>

## **b. Die Vergleichsliteratur nach der Wende 1989/90**

### **aa. Whiteside, Kerry H.: Urbanisation and the Genealogy of Freedom in Marx and Tocqueville, 1992**

(Verstädterung und die Genealogie der Freiheit in Marx und Tocqueville)

Die großen Revolutionstheoretiker Alexis de Tocqueville und Karl Marx hätten eine theoretische Aufklärung des Zusammenhangs zwischen dem Phänomen der Großstädte und radikaler politischer Bewegungen geben wollen, aber auch einen Ausblick, welche Chancen

---

<sup>381</sup> Guggisberg, Hans R.: Geschichte der USA, vierte, erweiterte und aktualisierte Auflage, Stuttgart: 2002, S. 344-347; Heideking, Jürgen: Geschichte der USA, dritte, überarbeitete und erweiterte Auflage, Tübingen: 2003, S. 509-512

die Freiheit unter städtischen Bedingungen hätte und Kerry Whiteside möchte in seinem Aufsatz nun herausarbeiten, dass die Beurteilung der Wechselwirkungen zwischen Stadt und Freiheit bei den beiden Denkern untrennbar mit deren verschiedenem Verständnis der Genealogie der Freiheit zusammenhängt.<sup>382</sup>

In der „Deutschen Ideologie“ von Marx und Engels sei die Schlüsselbehauptung ihrer materialistischen Methode, dass mit dem Wachstum der Bevölkerung sowie des technischen Fortschritts die Arbeitsteilung immer stärker zunehme, um die Bedürfnisse aller besser befriedigen zu können, wobei der entscheidende Schritt dieser Teilung derjenige zwischen geistiger und körperlicher Aktivität sei, was seinen Ausdruck v.a. in der Trennung zwischen Stadt und Land finde. In den modernen Städten werde die Entstehung geistiger Tätigkeiten einerseits durch eine neue Art der Kapitalkonzentration, die eine neue Industrie- und Finanzelite hervorbringe, gefördert, andererseits aber auch durch die starke Bevölkerungsbewegung von den verarmten ländlichen Regionen hin zu den städtischen Produktionsstätten, die eine umfangreichere Verwaltung, größere Polizeipräsenz sowie ein Steuersystem erfordere. Diese Ballung von Kapital und Arbeitskräften verbunden mit neuen Technologien und kapitalistischen Methoden verkürze nicht nur die Transportwege und beschleunige die Produktion, sondern lasse auch die Forderung von Seiten der neuen Bourgeoisie aufkommen, diesen neu errungenen, die Individualität fördernden freien Arbeitsmarkt, die Abschaffung des Straßenzolls und die Mitbestimmung bei der Formulierung der internationalen Wettbewerbsbedingungen, gesetzlich zu fixieren, womit sie dem Adel zuwiderlaufende Interessen verfolgt hätten, weil diese neuen Strukturen unabhängig von denen des Feudalismus gewesen seien. Gleichzeitig hätte diese Verstädterung aber auch die Entwicklung eines kritischen Bewusstseins des Individuums sowie die Emanzipation der Menschen untereinander gefördert, weil die auf dem Land geltenden, von der Religion und dem Aberglauben geprägten Mystizismen und die vom Arbeitsablauf her verlangten mächtigen sozialen Autoritäten weggefallen wären, so dass die Neuankömmlinge in der Stadt der vielfältigen und weltlichen Umwelt in schonungsloser Härte ausgesetzt gewesen wären, was von ihnen ein hohes Maß an selbstdurchgeführten Denkprozessen zur Bestimmung ihrer Ziele erfordert hätte, womit sie allerdings gleichzeitig ihre technischen, ästhetischen und intellektuellen Fähigkeiten gefördert hätten. Für Marx könne sich die bürgerliche Freiheit daher letztlich nur in einer städtischen Umgebung voll entwickeln.<sup>383</sup>

Anders als Marx, so Whiteside, sei Tocqueville beinahe blind gegenüber der Tatsache, dass er in einer Zeit des historischen Umbruchs gelebt habe, in der die meisten Menschen begonnen hätten, in die Städte zu ziehen. Die Ursache dafür, dass die Revolution von 1789 städtischen Ursprungs gewesen sei, liege für Tocqueville - wie er in «L'Ancien regime et la Révolution» darlege - darin, dass die französischen Könige bewusst eine Politik der Verwaltungszentralisierung betrieben hätten, was den auf dem Land bestimmenden Adel nicht nur entmachtet, sondern auch in die Städte hätte streben lassen, wo sie allein die Möglichkeit zu einer neuen Karriere gehabt hätten. Die verhängnisvollste Konsequenz dieser Zentralisierung sei allerdings gewesen, dass das wirtschaftliche Zentrum der Nation auch wegen der sich dort bietenden Arbeitsplätze zum Sammelpunkt der revolutionären Arbeiterklasse geworden wäre und diese hätten begonnen sich zu den Herrn in Paris aufzuschwingen, wobei ihr Bestreben vor allem die Erreichung der Gleichheit nicht jedoch der Freiheit gewesen wäre. Diese Beobachtung hätte der französische Denker in ähnlicher Weise auch in seinem früheren Werk «Democracy in Amerika» beschrieben, in dem er einerseits zwar die Größe der Städte und die soziale Heterogenität als Gefahr für die Freiheit angesehen

---

<sup>382</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Whiteside, Kerry H.: Urbanisator and the Genealogy of Freedom in Marx and Tocqueville, in: History of European Ideas, Heft 15, 4-6 (Aug) 1992, S. 473

<sup>383</sup> vgl. zu diesem Absatz: Whiteside, Kerry H.: Urbanisator and the Genealogy of Freedom in Marx and Tocqueville, in: History of European Ideas, Heft 15, 4-6 (Aug) 1992, S. 473 - 475

habe, andererseits aber auch den Pöbel, dessen Konzentration in den Städten die Bedingungen für eine Stärkung dieser Klasse geschaffen hätte und damit eine ebenso große zerstörerische Macht gewesen wäre, was sich nach Tocquevilles Ansicht auch in den französischen Ereignissen von 1848 gezeigt hätte, als sich Arbeiter und Arbeitslose beherrscht vom demokratischen Unbehagen des Neides und der durch die Theorien geschaffenen Überzeugung, ihr Elend sei von den Gesetzen verursacht, sich zu den Herrn von Paris gemacht hätten, um ihre Revolution zu vollenden. Für ihn sei daher die Verteilung der Armen über das gesamte Land die einzige Möglichkeit, um eine solche Gefahr zu bannen. Freie demokratische Institutionen seien für den Franzosen etwa die Gemeindeversammlungen Neu Englands, die sehr klein seien und in denen die Regierungsgewalt stark dezentralisiert sei, denn sie gäben dem durchschnittlichen Bürger durch die Unmittelbarkeit ihrer Beobachtung und die Regelmäßigkeit ihrer Entscheidungsabgabe den Geist der Unabhängigkeit und damit die von Tocqueville geforderte Freiheit, die nur dann gegeben sei, wenn man die Möglichkeit habe, sich äußeren Machteingriffen zu widersetzen und seine eigenen Ideen und Projekte zu verfolgen und dafür Verantwortung zu übernehmen. Für Whiteside steht in diesem Zusammenhang fest, dass diese Aspekte aristokratischen Ursprungs sind, was in Tocquevilles Analyse des alten französischen Staates deutlich werde, in der er die Aristokratie als ein politisches System der Freiheit bezeichne, die den Stolz zur Verteidigung ihrer Regierungsrechte hätte und die Mittel - nämlich Eigentum, Erziehung, Kriegsführungskennnisse und die Untertanentreue ihrer Vasallen - um von einer zentralen Macht unabhängig zu sein. Gleichzeitig habe diese Art der Freiheit wie die demokratische auch eine «ländliche» Komponente, indem die Rechte des Adels - Steuererhebungsrecht, Richterfunktion, sowie Ordnungsrecht über den landwirtschaftlichen Grundbesitz und die Dörfer - an eine räumliche Streuung sowie gewisse Homogenität der Bevölkerung geknüpft seien. Für Tocqueville sei Freiheit anders als bei seinem Kollegen Marx durch die Städte gefährdet.<sup>384</sup>

Weder diese Angst Tocquevilles vor den Armen noch Marx' Vertrauen in das Emanzipationsprojekt der Arbeiter sei einfach als abstraktes Freiheitskonzept zu verstehen, das durch eine städtische Revolution zerstört bzw. verwirklicht werde, vielmehr bewirke ein unterschiedliches Verständnis darüber, was Freiheit bedinge bzw. wie sie beschaffen sei, einen besseren oder schlechteren Zugang zum städtischen Leben: Und so sei es dann für Marx die Stadt, die das Freiheitskonzept vorantreibe, wenn es auch erst auf einem anderen Schauplatz verwirklicht werden würde, während der liberale Franzose aus seiner Perspektive der idealisierten Vergangenheit glaube, die göttliche Vorsehung habe die Armut zum Schicksal der Menschheit gemacht und aus diesem Standpunkt heraus dann auch nicht sehe, wie die Verstädterung neue Formen menschlicher Zusammenarbeit hervorbringen könne, die es wert seien, mit dem Prädikat Freiheit bezeichnet zu werden.<sup>385</sup>

Wie in den vorangegangenen Geschichtsabschnitten so soll auch in diesem letzten am Ende eines jeden in diesem Zeitraum verfassten Textes in einer abschließenden Zusammenfassung noch einmal kurz festgehalten werden, welche Ähnlichkeiten und Unterschiede der Verfasser zwischen Alexis de Tocqueville und Karl Marx herausarbeitet. Im Mittelpunkt des Interesses bei Kerry Whiteside steht hierbei der Freiheitsbegriff der beiden Denker: Während für Marx die Stadt die Keimzelle der Freiheit sei, weil sie eine neue, mit eigenen Interessen ausgestattete, vom Adel unabhängige Elite hervorbringe, die ihre Forderungen

---

<sup>384</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Whiteside, Kerry H.: Urbanisator and the Genealogy of Freedom in Marx and Tocqueville, in: History of European Ideas, Heft 15, 4-6 (Aug) 1992, S. 475 - 477

<sup>385</sup> vgl. zum Gesagten: Whiteside, Kerry H.: Urbanisator and the Genealogy of Freedom in Marx and Tocqueville, in: History of European Ideas, Heft 15, 4-6 (Aug) 1992, S. 477 - 478

durchsetzen wolle und gleichzeitig ärmere Bevölkerungsschichten in großen Mengen anziehe, so dass eine umfangreichere Verwaltung, größere Polizeipräsenz sowie ein Steuersystem erforderlich werde und eine Arbeiterschicht entstehe, die keine soziale Autorität mehr über sich kenne und aufgrund des dadurch entstehenden unabhängigen Daseins völlig freie Entscheidungen fällen müsse, sei für Tocqueville die Stadt der Ursprung für die Zerstörung der Freiheit, weil der Pöbel an die Macht strebe, dessen einziges Ziel im Gegensatz zu seinen früheren aristokratischen Herren die Verwirklichung der Gleichheit sei, was das Ende jeglicher Freiheit bedeute, so dass man in einer Demokratie darauf achten müsse, große homogene Menschenansiedlungen zu vermeiden. Abgesehen davon, dass Whiteside Tocqueville für blind gegenüber den sehr bedeutenden Veränderungen seiner eigenen Zeit ansieht, gesteht er den beiden Freiheitskonzepten der Denker keine abstrakte Geltung zu, vielmehr seien sie konkret von der jeweiligen Beurteilung abhängig, die Marx bzw. Tocqueville der Stadt im Prozess der Freiwerdung des Menschen abgebe.

Im Mittelpunkt der Arbeit von Kerry Whiteside steht tatsächlich ein Vergleich zwischen Alexis de Tocqueville und Karl Marx, der sich allerdings in seiner Betrachtung ausschließlich auf das Verständnis der beiden Männer von Freiheit beschränkt. Der Verfasser gelangt hierbei zu dem Ergebnis, dass die Freiheitskonzepte der beiden Denker zwar beide auf einer konkreten Ebene verbleiben und daher keine abstrakte Geltung besitzen würden, dass sie aber die Verwirklichung der Freiheit für den Einzelnen völlig unterschiedlich bewertet hätten. Im Rahmen dieser Untersuchung zieht der Verfasser Tocquevilles wesentliche Werke, d.h. seine Arbeiten über Amerika, über den alten französischen Staat sowie seine Lebenserinnerungen, heran und stützt sich bezüglich Marx auf dessen Deutsche Ideologie sowie dessen Grundzüge der politischen Ökonomie. Obwohl damit eine intensivere Auseinandersetzung mit den Originalwerken angenommen werden kann, so handelt es sich letztlich um einen thematisch begrenzten Vergleich, durch den keine weiteren Schlüsse auf Übereinstimmungen und Abweichungen der beiden Denker in genereller Hinsicht möglich sind.

**bb. Boudon, Raymond: The «Cognitivist Modell» . A Generalized «rational-choice modell» , 1996**

(Das «Cognitivistische Modell». Ein allgemeines «Rational-choice Modell»)

Raymond Boudon hält das Rational-Choice-Modell, das davon ausgeht, dass jeder Handelnde nach Kosten-Nutzen Erwägungen agiert, für ein hervorragendes soziologisches Handlungskonzept, weil es in denjenigen Fällen, in denen es angewandt werden könne, zu endgültigen Erklärungen führe bzw. eine große Anzahl sozialer Phänomene effektiv erläutern könne, während Konzepte wie «Sozialisation» oder die «Verinnerlichung von Normen» nur neue Fragen aufwerfen würden, nämlich welche Mechanismen sich hinter diesen verbergen würden. Allerdings versage der Rational-Choice-Ansatz, wenn Überzeugungen oder Meinungen Entscheidungsträger für das Handeln des Einzelnen seien, die allein nach dessen Ansicht auf triftigen Gründen beruhten und daher auch für das Verhalten anderer bestimmend seien, weil hier selten Kosten-Nutzen-Erwägungen ausschlaggebend seien. Diese gerade nicht zweckgebundenen und nicht-rationalen Überzeugungen, würden von Max Weber als axiologische von den instrumentellen unterschieden und mit seinem Begriff «Wertrationalität» umschrieben - eine Auslegung die andere Wissenschaftler ablehnen würden, weil es für sie keine axiologische Rationalität geben könne. Mit seinen nachfolgenden Beispielen möchte Boudon beweisen, dass sich sehr viele Handlungsweisen von

Menschen nur mit der Wertrationalität erklären lassen, wobei er jedoch gerne für dieses webersche Wort zusätzlich den Ausdruck «cognitive Rationalität» einführen möchte. Dieser neue Erklärungsansatz sei aus dem Rational-Choice-Modell abgeleitet, bei dem allerdings die Ursache des Handelns nicht mehr ausschließlich den rationalen Überlegungen von Kosten und Nutzen unterworfen sei, so dass sein Einsatzgebiet ein größeres Spektrum umfasse als sein Ursprungsmodell. Boudon möchte in seinem Aufsatz nicht nur zeigen, dass sein cognitives Modell die generelle Regel ist, nach der Überzeugungen analysiert werden können, und der Rational-Choice Ansatz lediglich ein spezieller Fall, sondern darüber hinaus, dass es jede irrationale Methode wegen seiner stichhaltigeren wissenschaftlichen Erklärung übertrifft.<sup>386</sup>

Hierzu arbeitet er zunächst einmal drei Typen von Überzeugungen heraus, wobei der erste für seine nachfolgende Beweisführung keine Rolle spiele, weil er einen bereits akzeptierten Sonderfall seiner Methode umfasse, nämlich das Rational-Choice Modell, d.h. die vom Akteur vertretene Ansicht stimmt mit der Realität überein. Auf größeren Widerstand stoße dagegen die Anwendung des cognitiven Ansatzes bei der **zweiten Typenkategorie**, bei der die Akteure ihre Meinungen als solide und begründet betrachten würden, auch wenn sie keinesfalls allein auf rein objektiven Tatsachen oder subjektiven Eindrücken beruhten, sondern von beiden Seiten genährt würden, also transsubjektiv seien,<sup>387</sup> denn hier bestehe zwar die Wahrscheinlichkeit, dass die Überzeugung sich mit den realen Tatsachen decke, doch dies müsse zunächst noch überprüft werden. Die **dritte und letzte Typenkategorie**, umschreibe Ansichten von Akteuren, die überhaupt nicht bestätigt werden könnten, weil es sich hier um axiologische Ansichten i. S. Webers handle. Ein oberflächlicher Blick in die soziologische Literatur zeige dann auch, dass in den beiden letzten Fällen häufig versucht werde, ihr Erscheinen mit irrationalen Gründen zu erklären, etwa mit Marx und Durkheim als Effekt der Internalisierung kollektiver Meinungen oder mit Pareto, Freud und Nietzsche als Effekte von affektiven Faktoren oder schließlich ganz schlicht als Effekte des kulturellen bzw. biologischen Evolutionsprozesses. Solche Erklärungsversuche von nichtlogischen Meinungen oder Handlungen von Akteuren könnten in vielen Fällen ihre Berechtigung haben, aber sie würden auch dann eingesetzt, wenn das rationale Modell mit seinen auf der Vernunft beruhenden aus wissenschaftlicher Sicht akzeptableren Erklärungen Lösungen zur Verfügung stelle, weil der cognitive Ansatz davon ausgehe, dass unabhängig vom Inhalt oder der Art menschlicher Überzeugungen der Entstehungsprozess dieser immer gleich verlaufe. Dieses Konzept stimme mit dem weberschen Konzept des deutenden Verstehens überein, welches - ebenso wie sein Modell - Überzeugungen, Handlungen und Einstellungen von Menschen durch das Herausfinden der Gründe, weshalb jemand diese Überzeugung, Handlung oder Einstellung unterstütze, zu erklären versuche. Die Überlegenheit seines cognitiven Ansatzes im Vergleich zum irrationalen und Rational-Choice Ansätzen möchte der Verfasser des Aufsatzes anhand einiger grundsätzlicher Punkte zeigen, bevor er die bessere Tauglichkeit seines Modells für den von ihm beschriebenen Typ II und III anhand von Beispielen näher ausführt. So werde durch den cognitiven Ansatz die bedeutende subjektive Tatsache erklärt, dass das Handeln eines sozialen Subjektes in der Regel auf Überzeugung beruhe und seine Wurzeln nicht mit Marx bzw. Durkheim in einem Internalisierungsprozess oder gar Zwangsgefühl habe, wobei bei Letzterem meist explizit oder implizit vom systematischen Falschsein des menschlichen Bewusstseins ausgegangen

---

<sup>386</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Boudon, Raymond: The „Cognitivist Modell“. A Geeneralized „Rational-Choice Model“, in: *Rationality and Society*, Heft 3, 2<sup>nd</sup> May, 1996, S. 123 - 125 sowie S. 146 - 147

<sup>387</sup> vgl. zu dieser Entstehung der Meinung von Klassifizierungstyp II: Boudon, Raymond: The „Cognitivist Modell“. A Geeneralized „Rational-Choice Model“, in: *Rationality and Society*, Heft 3, 2<sup>nd</sup> May, 1996, S. 129 - 130

werde. Darüber hinaus arbeiteten diese irrationalen Theorien häufig mit magischen Ursachen, deren Existenz nicht nachweisbar sei, so dass Weber und Popper unabhängig voneinander vorgeschlagen hätten, irrationale Erklärungsversuche von einzelnen Verhaltensweisen nur dann als legitim zu akzeptieren, wenn eine plausible rationale Erklärung mit den vorhandenen bekannten Daten ausgeschlossen werden könne. Mit dem cognitiven Ansatz lasse sich zudem die transsubjektive Dimension von Überzeugungen, bei der angenommen werde, dass der sozial Handelnde, wenn er eine Meinung einmal als begründet und vernünftig identifiziert habe, auch glaube, dass etwa sein Nachbar diese Ansicht teilen würde, leichter begründen, wobei dieses Gefühl von einer Meinung überzeugt zu sein, nichts mit den Vorlieben des Handelnden für bestimmte Getränke oder ähnliches zu tun habe. Letztlich ignoriere der cognitive Ansatz auch nicht das Phänomen der Sozialisation, allerdings mache er deutlich, dass dieser Einflussfaktor niemals die einzige Ursache für eine Ansicht sein könne.<sup>388</sup>

In den nachfolgenden Ausführungen gibt Boudon zunächst Beispiele für die von ihm festgelegte **zweite Typenkategorie**, die er aus der cognitiven Psychologie entnimmt und die sich dadurch kennzeichnen, dass viele Versuchspersonen die gestellte Aufgabe in der gleichen Weise falsch lösen, was sich weder durch affektive Faktoren noch durch Sozialisationseffekte erklären lasse, denn die Fragestellung sei aus affektiver Sicht neutral und könne nicht der Sozialisation unterlegen sein, denn bei dem gestellten Problem handle es sich um ein völlig neuartiges. Das erste Beispiel aus der Psychologie befasse sich mit der Beantwortung einer Testfrage, die an eine Gruppe von Ärzten gestellt worden sei und in der geklärt werden sollte, welche tatsächliche Wahrscheinlichkeit vorliege, an einer Krankheit erkrankt zu sein, wenn bei 5 Prozent von den positiv Getesteten das Ergebnis falsch sei, die Prävalenz des Testes 1/1000 betrage und man über die Symptome der Personen nichts wisse. Bei dieser Frage sei allerdings unklar geblieben, ob sich die 5 Prozent der falsch positiv Getesteten auf die wirklich positiv oder wirklich negativ Getesteten bezogen habe. Der größte Teil der Befragten hätte ersteres angenommen und errechnete eine Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent, dass das positive Ergebnis zutreffen würde, nur 18 Prozent der Ärzte hätten sich auf die richtige zweite Variante gestützt und eine Wahrscheinlichkeit von 0,02 Prozent errechnet. Dass affektive Faktoren sowie die Sozialisation hier keine Erklärung für dieselbe falsche Beantwortung der Testfrage durch die Majorität der Ärzte gegeben hätten, sei bereits anfangs erwähnt worden und so würden die Anhänger irrationaler Theorien zur Deutung dieses Phänomens auf eine praktisch nicht zu widerlegende stammesgeschichtliche Vermutung zurückgreifen: Das Gefühl für statistische Fragen hätte sich bereits zu Urzeiten der Menschheitsgeschichte aus den Jagderfahrungen heraus entwickelt und sei von Generation zu Generation weitervererbt worden, was dazu geführt habe, dass der Mensch mit den Bayesischen Schlussfolgerungsweisen nicht vertraut sei. Diese Theorie erkläre allerdings nur, warum die Mehrheit falsch antworte, aber keineswegs warum die Antwortenverteilung von der Interpretation der Testfrage abhängen. Außerdem widerspreche diese Lösung der Evolutionstheorie, nach der nachteilige Eigenschaften dazu tendieren würden, im Verlaufe der stammesgeschichtlichen Entwicklung eliminiert zu werden. Das cognitive Modell gebe demgegenüber eine befriedigendere, einfachere, aber auch akzeptablere Antwort auf die durch den Test aufgeworfenen Fragen, denn es gehe davon aus, dass die Ärzte mit einem für sie völlig neuartigen Problem konfrontiert worden seien, für das sie keine vorgefertigte Antwort parat gehabt hätten, so dass sie nun versuchten eine möglichst angemessene Lösung zu finden. Hierbei wies die Testfrage eine objektive Zweideutigkeit auf, wobei die falsche Variante mit ihrer Antwort für 95 Prozent der befragten Ärzte wegen ihrer Einfachheit für die Befragten attraktiver gewesen sei und mit der Ab-

---

<sup>388</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Boudon, Raymond: The „Cognitivist Modell“. A Geeneralized „Rational-Choice Model“, in: *Rationality and Society*, Heft 3, 2<sup>nd</sup> May, 1996, S. 124 - 129

sicht des Testes mehr übereinzustimmen schien als die richtige, so dass diese falsche kollektive Ansicht nicht nur durch diese besseren Gründe hervorgerufen, sondern auch beibehalten worden sei. Dieses Experiment mache daher deutlich, warum ineffektive Politik, insbesondere auf dem Gebiet des Gesundheitswesens, von der Öffentlichkeit ohne beachtenswerte Widerstände akzeptiert werde, wobei diese gefundenen psychologischen Annahmen in anderen Situationen ebenfalls Anwendung finden würden. Das cognitive Modell erkläre also nicht nur, weshalb es zu einer kollektiven Falschantwort gekommen sei und führe psychologische Annahmen ein, sondern es lasse darüber hinaus zu, Versuchsmodelle zu entwickeln, bei denen geklärt werden könne, ob sich die Art und Weise der Bewertung durch eine Veränderung der Parameter oder Formulierung ebenfalls verändert hätte, so dass es mehr Erläuterungskraft und einen höheren heuristischen Wert habe als die irrationale stammesgeschichtliche Theorie.<sup>389</sup>

Das zweite Beispiel für die **Typenkategorie II** sei einer aus mehreren Experimenten bestehenden Studie Schwedens entnommen, bei der den Versuchspersonen statistisches Material vorgelegt worden sei, welches sie abweichend zu den anerkannten statistischen Schlussfolgerungen interpretiert hätten. Shweder wolle dieses Verhalten – was allerdings umstritten sei - in der Lévy-Brublian Tradition irrational als ein Denken bezeichnen, das „magischen“ Regeln folge, was nichts anderes bedeute, als dass es neben den statistischen Regeln der Schlussfolgerung auch natürliche gebe, die im wissenschaftlichen Denken als inkorrekt gelten würden. In einem Experiment hätte eine Gruppe von Krankenschwestern 100 Karten erhalten, von denen jede einen Patienten repräsentiert und Angaben darüber enthalten hätte, ob dieser ein dort genanntes Symptom zeige sowie ob er eine dort bezeichnete Krankheit gehabt hätte, wobei sie nun klären sollten, ob das Symptom Ursache für die Krankheit gewesen sei. Die Befragten hätten anscheinend nur einen Teil der Information für ihre Entscheidung verwendet und so wäre bei ihnen die Anzahl der Kranken, die ein Symptom aufgewiesen hätten höher gewesen, als diejenigen, bei denen kein Symptom zu beobachten gewesen wäre, obwohl es sich tatsächlich gerade umgekehrt verhalten hätte. Bei diesem Test wäre anders als beim vorangegangenen keine doppeldeutige Aufgabenstellung vorgelegen und die Lösungen der Krankenschwestern wären im offensichtlichen Widerspruch mit den gegebenen Daten gestanden, allerdings hätte hier auch ein sehr komplexes Problem gelöst werden müssen. Boudon geht nun davon aus, dass auch wenn es mehrere Informationen gegeben hätte, eine einzige ausreichen könne, um ein gestelltes Problem zu lösen, wenn man ein unterbewusstes Wissen über die Bedeutung der anderen Faktoren habe und so würden die Krankenschwestern vielleicht aufgrund ihrer Erfahrungen davon ausgehen, dass die Krankheit selten auftrete, weil dies bei den meisten Krankheiten, mit denen sie zu tun hätten, der Fall sei, ebenso wie sie normalerweise annehmen würden, dass das gleichzeitige Auftreten des Symptoms selten sei. Gerade umgekehrt hätte es sich allerdings bei demjenigen durchgeführten Test verhalten, der eine irrealer Häufigkeit von 37 aus 100 Fällen - und damit einem Prozentsatz von 37 % - aufgewiesen hätte, die sowohl die Krankheit als auch das Symptom gezeigt hätten, wobei bereits ab einem Prozentsatz von über 4 Prozent angenommen werde, dass ein Symptom eine gewisse Krankheit repräsentiere, so dass im Versuchsfall eine sehr hohe Plausibilitätsrate zwischen den beiden Faktoren gegeben gewesen wäre. Boudon nimmt nun an, dass die Krankenschwestern im Unterbewusstsein diesen Umstand bemerkt hätten, d.h. sie hätten sich auf die Vertrauenswürdigkeit der «statistischen Intuition» verlassen, die letztlich zu ihrer falschen Antwort geführt hätte, obwohl die ihnen gegebene Situation sehr künstlich gewesen wäre und sich stark von ihrer sonstigen Erfahrungswelt unterschieden hätte. Anhand der Antworten der Versuchspersonen hätte sich darüber hinaus feststellen lassen, dass sie in

<sup>389</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Boudon, Raymond: The „Cognitivist Modell“. A Generalized „Rational-Choice Model“, in: *Rationality and Society*, Heft 3, 2<sup>nd</sup> May, 1996, S. 129 - 132

gewissem Umfang einen richtigen intuitiven Begriff bzgl. der Komplexität der Schlussfolgerung aus statistischem Datenmaterial gehabt hätten, denn es hätte auf den Karten fiktive Patienten gegeben, die das Symptom einer Krankheit, diese selbst aber nicht aufgewiesen hätten; was die Schwestern nicht darin beirrt hätte, dass es sich um das Symptom der Krankheit gehandelt hätte, vielleicht weil sie aus ihrer Berufserfahrung wüssten, dass eine Ursache bereits vor ihrer Auswirkung vorhanden sein könne. Auch in diesem Beispiel - wie im vorangegangenen - hätten die Testergebnisse leichter, detaillierter und auf den speziellen Fall bezogen mit dem kognitiven Ansatz erklärt werden können, bei dem die Herausarbeitung möglicher Vermutungen, intuitiver Handlungsweisen und implizierter Informationen sowie deren Synthetisierung erfolge, aus denen für die Testpersonen wichtige Schlüsse gezogen würden, die auf Gründen basierten, die diesen gut und richtig erschienen. Hinzu komme, dass man durch eine erneute Durchführung des Tests überprüfen können würde, ob die hier herausgearbeiteten Gründe für die Überzeugungen der Krankenschwestern tatsächlich zuträfen, wobei hierzu das Experiment so konzipiert sein müsste, dass es die gestellten Fragen auch beantworten könne. Dabei wäre es aber nicht nur interessant, die Antworten der Schwestern festzuhalten, sondern die Gründe herauszuarbeiten, warum sie die getroffene Entscheidung in dieser Weise gefällt hätten.<sup>390</sup>

Für die **dritte Typenkategorie**, die durch die Realität nicht überprüfbare Überzeugungen umfasse, will Boudon die besondere Überlegenheit seines kognitivistischen Modells zunächst im Bereich der Wissenssoziologie anhand von Marx und Tocqueville und anschließend im Bereich der Normen- und Wertesoziologie anhand von Adam Smith, C.W. Mills sowie den «Französischen Doktoren» belegen. Bevor der Verfasser allerdings seine Beispiele von Marx und Tocqueville näher darlegt, stellt er fest, dass die beiden Denker, die in so vielen Punkten einander völlig gegensätzlich seien, interessanterweise in ihren Analysen der Wissenssoziologie die webersche kognitivistische Methode indirekt unterstützen würden, auch wenn die Neo-Marxisten entweder aus Mehrings Begriff vom «falschen Bewusstsein» oder Marx' «Entfremdung» irrationale Theorien formulieren würden. Die Letzteren übersähen jedoch, dass sich Marx' Methodologie in der Praxis erheblich von der Theorie unterscheidet, denn das Entfremdungsprinzip tauche nur in seinen frühen Arbeiten auf, nicht in seinen späteren, in denen er von der Unterstützung kollektiver Ansichten ausgehe, weil sie nach der Überzeugung des Einzelnen gut begründet seien, auch wenn sie in der Realität ihren Interessen abträglich wären.<sup>391</sup>

Was das Beispiel von Marx betrifft, so entnimmt Boudon es aus dessen Werk «Das Kapital», in dem sich jener frage, weshalb die Arbeiter ihre Ausbeutung so widerstandslos hinnehmen. Bei der Rekonstruktion von Marx Argumentationskette kommt Boudon zu folgendem Ergebnis: Der Arbeiter könne über die Fairness seiner Entlohnung nur entscheiden, wenn er einen Vergleichspunkt besitze, wozu sich die Kollegen seines Betriebes anböten, doch hier bestehe die Gefahr, dass auch diese ausgebeutet würden und so sei es besser, wenn er seinen Verdienst mit einem in einer ähnlichen Position beschäftigten Arbeiter in einer anderen, kleineren, nichtkapitalistischen Firma vergleiche, denn wenn dessen Gehalt nicht weitaus höher sei, so könne er davon ausgehen, dass seine Bezahlung fair sei. Marx gehe weiter davon aus, dass die Arbeiter seine Theorie unterstützen würden, weil sie eine gerechte Entlohnung für ihren Beitrag zur Produktion anstreben würden und sie Anhaltspunkte benötigten, um zu entscheiden, ob sie ihrer Leistung entsprechend bezahlt würden, auch wenn sie nicht berücksichtigten, dass die industrielle Herstellung günstiger

<sup>390</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Boudon, Raymond: The „Cognitivist Modell“. A Generalized „Rational-Choice Model“, in: Rationality and Society, Heft 3, 2<sup>nd</sup> May, 1996, S. 132 - 136

<sup>391</sup> vgl. zum Gesagten: Boudon, Raymond: The „Cognitivist Modell“. A Generalized „Rational-Choice Model“, in: Rationality and Society, Heft 3, 2<sup>nd</sup> May, 1996, S. 136 - 137



sei. Bisher hätten sie ihre Ausbeutung lediglich akzeptiert, weil sie mit der Ökonomischen Theorie nicht vertraut wären, nicht jedoch weil ihr Bewusstsein durch die Entfremdung unklar oder falsch gewesen sei, denn im Rahmen ihrer Möglichkeiten hätten sie versucht herauszufinden, ob ihre Entlohnung gerecht sei oder nicht. Interessant sei dieses Beispiel von Marx außer wegen seiner Argumentationsweise auch deshalb, weil es zeige, dass die kollektive axiologische Überzeugung als bedeutsam für die Handelnden analysiert werde, d.h. das Handeln auch auf transsubjektiven Gründen beruhen könne.<sup>392</sup>

Was Tocqueville betreffe, so sei zunächst festzuhalten, dass der französische Wissenschaftler kollektive Überzeugungen mit Hilfe einer auf zwei Prinzipien basierenden Methodologie analysiere: er behandle sie zunächst so, als ob sie idealtypisch konzipierten Individuen zuzuordnen wären und anschließend fordere er, die Bedeutung dieser kollektiven Überzeugungen wieder auf den Einzelnen zurückzureduzieren, um sie so auf adäquate Weise erklären zu können. Damit lege Tocqueville klar, dass Überzeugungen ein ganzes System von Gründen haben können, von denen manche umgebungsabhängig seien, andere wiederum nicht. In seinem Werk «Der alte Staat und die Revolution» wundere sich Tocqueville darüber, weshalb die französischen Intellektuellen so begeistert vom Gedanken der Vernunft gewesen wären und weshalb dieser Begriff sich so leicht hätte verbreiten können, während in England nichts dergleichen zu beobachten gewesen wäre. Ganz in cognitiver Manier erkläre der Denker dieses Phänomen damit, dass die Aufklärer des 18. Jahrhunderts an die Vernunft als Grundlage jeder Verbesserung der französischen, sozialen und politischen Zustände geglaubt hätten, weil die alte Tradition viele Einrichtungen aufrecht erhalten hätte, die sie als Ursache der zahlreichen Missstände in Frankreich angesehen hätten. So hätten sich die reichen Adligen meist ein mit äußerst einfachen Tätigkeiten verbundenes Amt am königlichen Hofe gekauft und ihre Zeit im Gericht von Versailles verbracht, während der mit dem Volk in Kontakt stehende arme Landadel v.a. auf seinen Vorrechten beharrt hätte, die einzig und allein ihren besseren Status begründet hätten, wodurch sie sich bei der Landbevölkerung völlig unbeliebt gemacht hätten. In England dagegen hätte der Adelsstand für jedermann ersichtliche lokale, national politische und soziale Aufgaben erfüllt und aus diesem Grund wäre seine übergeordnete Stellung als legitim im Volk akzeptiert worden. Bei seinen gesamten Ausführungen zu dieser französischen Problematik zeige Tocqueville, dass die Franzosen aus guten Gründen ihre sozialen und politischen Institutionen ablehnten, denn diese wären unzweckmäßig und schlecht gewesen, was schließlich auch zur Ablehnung der Tradition geführt hätte, auf denen das gesamte System beruht hätte, so dass die Ideen der Aufklärer die Gefühle vieler ihrer Zeitgenossen getroffen hätten und aus diesem Grund hätte deren Forderung nach auf Vernunft begründeten Institutionen eine große Unterstützung gefunden. Tocqueville verwerfe die Annahme, die Ideen der Theoretiker hätten einzig durch einen Ansteckungseffekt eine solch große Popularität erhalten, denn wäre dem wirklich so gewesen, so hätte sich etwa die Religionsfeindlichkeit, die eine rasende Ausbreitung erfuhr, weil die Kirche nicht nur ein Produkt des alten Staates gewesen wäre, sondern auch als Wächter der Tradition fungiert und damit die politische Staatserneuerung verhindert hätte, nur sehr langsam weiterverbreiten können. In Wirklichkeit allerdings wäre diese kollektive Kirchenablehnung also die Anhäufung individueller Überzeugungen gewesen, die auf guten Gründen beruht hätten. Auch wenn der französische Denker das Vertrauen der Aufklärer in die Vernunft nicht als irrational angesehen hätte, sondern dieses für gut begründet gehalten habe, so habe er es aber dennoch als illusionär und gefährlich eingeschätzt, diese zum Dreh- und Angelpunkt der sozialen Planung zu machen. Bisher habe Tocqueville, um die Haltung der französischen Theoretiker und Bürger zu erklären, das cognivistische Modell verwendet, aber seine Analyse enthalte

---

<sup>392</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Boudon, Raymond: The „Cognitivist Modell“. A Geeneralized „Rational-Choice Model“, in: Rationality and Society, Heft 3, 2<sup>nd</sup> May, 1996, S. 137 - 138

auch Erläuterungen, die auf dem Rational-Choice Ansatz beruhten - so hätten sich viele von der anti-christlichen Haltung nicht anstecken lassen, weil sie eingesehen hätten, dass es besser für sie wäre, nicht ihre Stimme gegen die Kirche zu erheben. Die Kombination der aus dem cognitiven und Rational-Choice Ansatz gewonnenen Effekte würden auch auf die Ansichten der Unentschlossenen einwirken und bei diesen den nachhaltigen Eindruck hinterlassen, die Religion gehöre der Vergangenheit an. Diese Vorgehensweise kennzeichne alle Analysen Tocquevilles und sie behaupte nicht einfach die Existenz bestimmter Systeme, sondern mache die Gründe der Handelnden, weshalb sie dieses oder jenes System unterstützten, deutlich, wodurch die Solidität der Theorien des Franzosen gewährleistet sei. Sie sei selbst bei makroskopischen diffusen kulturellen Unterschieden einsetzbar, die sich mit der Anhäufung verschiedener Gründe erklären lassen würden, so etwa die ausgeprägte Religiosität der Amerikaner im Gegensatz zu der Religionsfeindlichkeit der Franzosen, die ihre Ursache darin habe, dass die amerikanischen Glaubensgemeinschaften einen sektiererischen und pluralen Charakter hätten, was sie niemals in Konkurrenz mit dem Staat gebracht habe. In der Folge hätten sie dann auch ihre sozialen Funktionen auf dem Gebiet der Erziehung, der Gesundheit sowie Wohltätigkeit beibehalten, die die großen europäischen Religionen an den Staat hätten abtreten müssen und sie seien moralisch geblieben - wie auch die neuesten Umfragen bestätigen - und wären nicht wie in Europa dogmatisch geworden, was die Letzteren noch in Konflikt mit den Wissenschaften gebracht und zusätzlich zu ihrem Bedeutungsverfall beigetragen hätte.<sup>393</sup>

Im Bereich der Normen- und Wertesoziologie möchte Boudon einen Punkt, der sich an seinem Beispiel von Marx bereits gezeigt habe - nämlich dass normativ wertende Überzeugungen als Einfluss von Vernunft analysiert werden könnten - anhand von drei weiteren Beispielen bekräftigen. Das erste stammt von Adam Smiths Werk „Wealth of Nations“, von dem manchmal angenommen werde, es beruhe auf dem Rational-Choice Modell, weil es sich mit der ökonomischen Theorie befasse, welches allerdings instinktiv mehr den cognitivistischen Ansatz gebrauche. Deutlich werde dies daran, wenn Smith die Frage beantworte, weshalb normale Soldaten schlechter bezahlt würden als Bergarbeiter, wenn man davon ausgehe, dass die Bezahlung die geleistete Arbeit honorieren und für gleichwertige Tätigkeiten gleich hoch ausfallen solle, wobei hier etwa der Aufwand einfließe, der notwendig sei, um eine gewisse Befähigung zu erreichen, oder die Risiken die mit einem Job verbunden seien. Soldaten und Bergarbeiter müssten nach diesen letzten beiden Kriterien ähnliche Entlohnungen erhalten, da ihr Beruf mit vergleichbarem Ausbildungsaufwand und Lebensrisiko verbunden sei. Allerdings würden die Ersteren eine zentrale Funktion im Staat erfüllen, denn sie garantierten die Identität und Existenz des Staates, so dass sie Auszeichnungen erhalten, Prestige genießen und ihr Tod auf dem Schlachtfeld als Opfer empfunden würde, welches mit einer Ehrenbezeichnung honoriert werde, während der Letztere eine Arbeit erledige, die sozial nicht höher bewertet werde als die eines Textilarbeiters, weshalb sein Tod auch lediglich als Unfall angesehen werde, so dass ein Ausgleich dieser gleichwertigen Berufe nur im Wege einer besseren Bezahlung der Bergleute erfolgen könne. Smith arbeite hier mit dem kollektiven Gefühl der Fairness, das sich auf gewichtige und solide transsubjektive Gründe stütze und für ihn offensichtlich in einer intuitiven Art bei den Einzelnen gegenwärtig sei.<sup>394</sup>

Das zweite Beispiel entnimmt Boudon C.W. Mills Schrift „White Collars“, in der es um eine nach den taylorischen Prinzip gestaltete Firma gehe, in der weibliche Angestellte sämtlich dieselbe Aufgabe verrichten würden und zwar im gleichen Raum, an gleichen Ti-

---

<sup>393</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Boudon, Raymond: The „Cognitivist Modell“. A Generalized „Rational-Choice Model“, in: Rationality and Society, Heft 3, 2<sup>nd</sup> May, 1996, S. 138 - 142

<sup>394</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Boudon, Raymond: The „Cognitivist Modell“. A Generalized „Rational-Choice Model“, in: Rationality and Society, Heft 3, 2<sup>nd</sup> May, 1996, S. 142 - 144

schen sowie in der gleichen Umgebung. Die Frauen würden sich untereinander häufig wegen so geringfügiger Dinge, wie einen näheren Platz am Licht oder an der Heizung streiten, was der Beobachter mit Hilfe des Rational-Choice Modell als kindisch klassifizieren würde. Für Boudon liefert sein cognitivistischer Ansatz hier bessere Erklärungen, denn er gehe davon aus, dass sich die Frauen in diesem taylorisierten System in solch einer strikten Gleichordnung befänden, bei der jegliche kleine Ungleichbehandlung als nicht tolerierbar angesehen werde. Vom Nutzenstandpunkt aus, sei es daher unbedeutend, ob ein Kollege näher oder ferner von einem Fenster sitze, aber sobald dieser Vorteil durch den Leiter entschieden werde, werde es von den anderen nicht als Nachteil, sondern als eine ihren Vertrag verletzende Ungerechtigkeit empfunden. Boudon hält Ungerechtigkeit für einen berechtigten Grund, um sich darüber zu echauffieren, insbesondere wenn man wie die Frauen hier einen berechtigten Anlass dazu hätte - auch die Heftigkeit der Reaktion sei für ihn mit Hilfe seiner Methode als angemessen einzustufen. Die Austauschtheorie, die hier zum gleichen Ergebnis kommen würde, indem sie Erwägungen über die Gleichheit der Austauschprozesse anstelle, sei allerdings nur ein spezieller Fall des cognitivistischen Ansatzes. Alle irrationalen Ansätze sowie das Rational-Choice Modell könnten das Missverhältnis zwischen Ursache und Wirkung nicht erklären: Der Ertere, weil er nicht begründe, weshalb der Konflikt unabhängig von persönlichen Eigenschaften auftrete, der Zweitere, weil er die Stärke der Wirkung im Vergleich zur generellen Bedeutung der Angelegenheit nicht erklären könne.<sup>395</sup>

Sein viertes und letztes Beispiel entnimmt Boudon den aktuellen französischen Gesellschaftsereignissen: In einem Prozess, der sich mit der Verwendung von AIDS-verseuchten Blutkonserven befasst habe, seien zwei Ärzte verurteilt worden, doch zahlreiche Kollegen weltweit sowie 30 Nobelpreisträger hätten versucht mit einer Petition den französischen Präsidenten dazu zu bewegen, von seinem Gnadenrecht Gebrauch zu machen und so die Freilassung der Inhaftierten zu ermöglichen. Die kollektive Überzeugung gegen eine Begnadigung der beiden Doktoren sei jedoch außergewöhnlich stark gewesen und so hätten einflussreiche Mitglieder der Regierung bereits klar gemacht, dass sie solch einen Schritt nicht empfehlen würden. Weder der Rational-Choice Ansatz noch die klassische soziologische Theorie der Internalisierung von Normen könnten diese Reaktion nachvollziehen, aber das cognitive Modell könne dies: Die Petition argumentiere für die Begnadigung mit dem Argument, dass niemand verurteilt werden solle, solange nicht alle, die ebenso schuldig seien, verurteilt würden. Würde diese Regelung angewendet, könne jedoch niemand mehr verurteilt werden, weshalb das Anliegen letztlich abgelehnt worden sei.<sup>396</sup>

Es stellt sich bei diesem Aufsatz von Boudon zunächst die Frage, inwieweit hier vergleichende Analysen zwischen Alexis de Tocqueville und Karl Marx vorgenommen werden. Dabei ist festzuhalten, dass die eigentliche Thematik seines Aufsatzes die Darlegung der uneingeschränkten Einsetzbarkeit der cognitiven Methode bei der Erklärung menschlichen Handelns ist. Ganz diesem Ziel seiner Arbeit verbunden, versucht der Verfasser die uneingeschränkte Einsetzbarkeit seines Ansatzes durch Beispiele aus unterschiedlichen Bereichen zu belegen. Seine vergleichende Betrachtung der beiden Denker ist denn auch sehr knapp und beschränkt sich darauf, ob sie sich der cognitiven Methode in ihren Arbeiten bedient haben. Boudon greift in diesem Zusammenhang jeweils einen Erklärungszusammenhang aus den Werken der beiden Theoretiker heraus, ohne dass er sie selbst in einem

---

<sup>395</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Boudon, Raymond: The „Cognitivist Modell“. A Geeneralized „Rational-Choice Model“, in: *Rationality and Society*, Heft 3, 2<sup>nd</sup> May, 1996, S. 144 - 145

<sup>396</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Boudon, Raymond: The „Cognitivist Modell“. A Geeneralized „Rational-Choice Model“, in: *Rationality and Society*, Heft 3, 2<sup>nd</sup> May, 1996, S. 145 - 146

weiteren Schritt einander vergleichend gegenüberstellt. Im Falle von Karl Marx führt er etwa aus, dass dieser davon ausgegangen sei, dass die Arbeiter ihre Ausbeutung nur deswegen akzeptiert hätten, weil sie aufgrund den ihnen möglichen Überprüfungen keine Ungleichbehandlung hätten feststellen können. Was Tocqueville betrifft, so sei dieser davon überzeugt gewesen, dass sich die revolutionären Ideen der Aufklärer nur deswegen im Volk so stark hätten verbreiten können, weil sie damit Verbesserungen von den bereits festgestellten Missständen angeboten hätten, unter denen die Bürger Frankreichs schon seit langem gelitten hätten. Die beiden Denker hätten das Handeln der von ihnen beobachteten Menschen in beiden Fällen nicht versucht rational zu erklären, sondern aus der gegebenen gesellschaftlichen Situation, was nichts anderes bedeute, als dass sie sich des von Max Weber formulierten kognitiven Ansatzes bei ihrer Analyse bedient hätten. Betrachtet man diese Ausführungen Boudons zu Tocqueville und Marx, so kann man feststellen, dass sie einen Beweisbaustein im Rahmen eines anderen Erkenntnisgewinns dargestellt haben, also ihr Vergleich nicht im Vordergrund der Arbeit stand. Ein Blick in das Literaturverzeichnis erhärtet dieses Ergebnis, da Werke von Marx gar nicht angeführt sind und von Tocqueville lediglich seine Arbeit über das Ancien Regime.

#### **cc. Mendras, Henri / Étienne, Jean: Les grands auteurs de la sociologie, 1996**

(Die großen Autoren der Soziologie)

In ihrem Werk „Les grands auteurs de la sociologie« behandeln Mendras und Étienne je kapitelweise die Soziologen Tocqueville, Marx, Durkheim sowie Weber und betrachten kurz deren Biographie, Werk, Methode, aber auch den Einfluss auf die Nachwelt. Hierbei werden sehr kurze Bezüge u.a. auch zwischen Tocquville und Marx in den sie betreffenden Kapiteln hergestellt, die nachfolgend dargestellt werden sollen.

Den ersten Bezug zwischen Marx und Tocqueville stellen die Autoren im Rahmen ihrer Beschäftigung mit dem Werk des französischen Aristokraten her, das sie nicht in Hinsicht auf seine soziologischen Beschreibungen oder politischen Erkenntnissen betrachten wollen, sondern mit Blick auf den allgemeinen Soziologen Tocqueville, der auf die zeitgenössischen Gesellschaften transponierbare Analyseschemen gesucht habe. Die Fragen, die sich der französische Denker vor der Reise nach Amerika gestellt habe, wären gewesen, wie man in einer egalitären Gesellschaft die Freiheit sichern könne, welche Ausbreitung die Gleichheit nach dem Verschwinden der feudalen Ordnung nehmen würde und was eine Gesellschaft zusammenhalte.<sup>397</sup>

Obwohl Tocqueville im Alter von 16 Jahren eine tiefe Krise gehabt und jeden Glauben verweigert hätte, hätte er sich der Meinung seiner meisten Zeitgenossen angeschlossen, die Frankreich wieder christianisieren hätten wollen, weil er geglaubt hätte, außer militärischer Gewalt und Gefängnissen könne nur die Religion ein Volk ruhig halten und hätte sie damit wie Marx als Opium für das Volk angesehen. In den Vereinigten Staaten hätte er erkannt, dass die Religion mit der Demokratie kompatibel sei, denn dort hätte er im Gegensatz zu Europa unabhängige, lokale Glaubensgemeinschaften vorgefunden, die allein Angelegenheit des Volkes und damit völlig abgetrennt vom Staat gewesen wäre, auf den sie aber dennoch einwirken würden, indem sie die Sitten der dieses Gefüge regulierenden Menschen bestimmten und auf diese Weise die erste Position unter allen politischen Institutionen einnehmen würden. Tocqueville hätte noch einen weiteren wesentlichen Unterschied innerhalb der religiösen Gemeinschaften Amerikas beobachtet, nämlich dass die Priester nicht

---

<sup>397</sup> vgl. zu diesem Absatz: Mendras, Henri / Étienne, Jean: Les grands auteurs de la sociologie, S. 12 - 13

versucht hätten die gesamte Aufmerksamkeit der Menschen auf das zukünftige Leben zu richten, sondern einen Teil der Seele freiwillig der Gegenwart überlassen würden, deren Vermögenswerte sie als wichtige Dinge betrachteten, so dass Religion, Demokratie und wirtschaftliche Betätigung in Amerika besser Hand in Hand gehen würden als in Europa.<sup>398</sup>

Im Rahmen der Besprechung des tocquevilleschen Werkes kommen Mendras und Étienne im Punkt Wissenssoziologie noch einmal kurz auf Marx zu sprechen, der sich - wie auch François Furet feststelle - ebenfalls die Frage stelle, warum sich die Wissenschaft zum gleichen Zeitpunkt wie die Bourgeoisie entwickelt habe. Der durch gesellschaftliche Umstände und nicht durch persönliche Neigungen bestimmte Tocqueville halte - Plutarch zitierend - streng kausal theoretisch formulierend fest, dass Ende des 17. Jahrhunderts die Gelehrten eine Wissenschaft allein für den Geist betrieben hätten und er bedaure es, dass Pascal seine wissenschaftlichen und technischen Forschungen aufgegeben habe, um sich nur noch göttlichen Studien zu widmen. Die aristokratische Gesellschaft habe kein Band zwischen Wissenschaft und Technik begründet, von denen ihr die Erstere als vornehm, die Zweitere als schändlich gegolten habe, während in der demokratischen Gesellschaft die mit ihrer Situation nie zufriedenen Menschen ständig einen schnellen Weg suchen würden, reich zu werden und es daher als das herausragendste ansähen, die menschliche Intelligenz etwa zur Entwicklung neuer die Arbeitszeit verkürzender Maschinen oder zur Erfindung neuer, die Produktionskosten senkenden Instrumenten zu nutzen, was die industrielle Gesellschaft und die Demokratie habe entstehen lassen. In China konstatiere der französische Aristokrat dagegen die umgekehrte Entwicklung, denn hier wäre die Wissenschaft auf einem bestimmten Niveau abgestorben, so dass die gelehrtesten Techniker keine den Fortschritt fördernden wissenschaftlichen Entdeckungen mehr hätten machen können. Weniger streng formuliere Tocqueville allerdings seine das intellektuelle und künstlerische Amerika ablehnende «Soziologie der Kunst», in der er davon ausgehe, dass in einem Land, indem die Kunst prächtige Erzeugnisse hervorbringe, nichts über den gesellschaftlichen Zustand und die politische Struktur zu erfahren sei; seien die Erzeugnisse der Kunst dagegen generell unvollkommen, so sei sicher, dass sich in diesem Land die Privilegien abschwächen und die Klassen sich zu mischen begännen. Die Demokratie durchdringe nicht nur den Geschmack der schönen Literatur in den industriellen Klassen, sondern der industrielle Geist gelange in den Schoß der Literatur.<sup>399</sup>

Im Rahmen der Erörterungen der Verfasser zur Methode findet Marx in Bezug auf Tocqueville nochmals Erwähnung. Zunächst hatten Étienne und Mendras bei diesem Punkt festgestellt, dass die intellektuelle Methode des französischen Denkers unerklärlich sei, weil man nicht feststellen könne, wie er seine Schlüsse ziehe und wie er wisse, was von der beobachteten Realität für seine Analysen von Bedeutung sei. Sein Fragesystem stehe bereits im Alter von zwanzig Jahren fest, was François Furet für einen jungen Mann aus solch einem engstirnigen Milieu, der in kaum mehr als Recht bewandert gewesen wäre, für außergewöhnlich halte. Während Marx' Konzepte - so Furet weiter - in keiner geschichtlichen Epoche des Denkens einfach gewesen wären und sein Erbe gestützt auf intellektuelle Konstrukte, nicht jedoch existentielle Erfahrungen, durch die deutsche Philosophie umgearbeitet oder durch die englische Wirtschaftspolitik umgeformt worden sei, basiere Tocquevilles System auf empirischer Augenscheinlichkeit, das er auf abstraktem Niveau als einen irreversiblen Prozess immer größerer Gleichheit beschreibe, wobei sein analytisches

---

<sup>398</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Mendras, Henri / Étienne, Jean: Les grands auteurs de la sociologie, S. 14 - 15

<sup>399</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Mendras, Henri / Étienne, Jean: Les grands auteurs de la sociologie, S. 24 - 26

Werkzeug weniger die Gleichheit als die Darstellung eben dieser sei. Im Gegensatz zu Marx, so Mendras und Étienne, untersuche der französische Denker aber nicht den Ursprung und das Schicksal des Kapitalismus, sondern die Entwicklung der Demokratie und den Fortschritt der Gleichheitsidee, die zwar in dieser Epoche gängig, aber als Postulat unbeweisbar gewesen wäre, auf der er aber sein System aufbaut und die aristokratische Gesellschaft als Gegenpunkt genommen hätte. Damit sei sein Werk eine Reflexion über sich selbst, seinen Stand und dessen bzw. seinen Platz in der demokratischen Gesellschaft, die er versucht habe zu verstehen, während er gleichzeitig ein leidenschaftlicher Anhänger der Freiheit gewesen wäre.<sup>400</sup>

Eine gewisse Beachtung, wenn auch nur sehr am Rande, findet Marx in dem abschließenden Kapitel über Tocquevilles Einfluss auf die Nachwelt. Zunächst stellen die Verfasser fest, dass das Erbe des französischen Aristokraten von niemanden übernommen oder weitergetragen worden sei, etwa in der Form einer Schule: Die Amerikaner würden zwar seine Klarheit bewundern und ihn als Vorfahren der Soziologen verehren, aber sie benutzten ihn nicht; die Franzosen lehrten ihn in der Politikwissenschaft als Liberalen neben Benjamin Constant, in der Philosophischen Fakultät wäre er bei den Philosophen und Soziologen jedoch unbekannt und die Historiker hätten seiner Interpretation der Revolution kaum Aufmerksamkeit geschenkt und erst 1965 habe ihn Raymond Aron unter die sieben Begründer der modernen Soziologie eingereiht - zwischen Marx und Durkheim, nach Montesquieu und Comte, vor Pareto und Weber. 1967 hätte Aron in seinem Werk «Eléments de sociologie» Tocqueville und Marx auf eine Ebene gestellt und damit die Leser seiner Zeit überrascht, doch dieser späte Durchbruch und diese allgemeine Anerkennung seien von keinem erkennbaren Einfluss auf soziologische Arbeiten begleitet gewesen, weil sich die tocquevillesche Methode nicht routinisieren lasse. Autoren, die sich explizit auf ihn beziehen würden, seien die Analysten der französischen Kultur, wie Alain Peyrefitte, Michel Crozier, Philippe d'Iribarne, Pierre Bourdieu, Pierre Gremion und Jean-Claude Thoening, die feststellen würden, dass Frankreich durch die Jahrhunderte und trotz tiefgreifender Veränderungen unverändert und launisch geblieben sei. Die außergewöhnliche Aktualität, die Tocqueville seit zwanzig Jahren finde, sei darin zu suchen, dass er nach der brutalen Abkehr, die der Marxismus erfuhr, eine liberale Gesellschaftsvision geboten habe, die die neoliberalistischen Ideologen verführt hätte. Das wieder erwachte Interesse an der politischen Philosophie hätte zu dieser Entwicklung beigetragen und so weit geführt, dass Tocqueville heute verpflichtend und anerkennend zitiert werde und so den Platz von Marx eingenommen habe - zuweilen sogar bei den gleichen Autoren.<sup>401</sup>

Ein etwas explizierterer, aber dennoch knapper Vergleich findet sich im Kapitel über Karl Marx und zwar im Rahmen von Mendras' und Étiennes Untersuchungen zur Methode des deutschen Theoretikers. Während Tocquevilles Methode darin bestehe, die Realität zu beobachten und dadurch völlig autonom seine alleinige Frage nach dem Prinzip der demokratischen Gesellschaften zu beantworten, gehe Marx den entgegengesetzten Weg und konstruiere anhand einer kritischen philosophischen Reflexion sowie der Lektüre der Wirtschaftswissenschaftler Adam Smith und Ricardo seine Theorie, den dialektischen Materialismus, der gegen Hegel und dessen Idealismus gerichtet sei und den er mit Hilfe der Werke der genannten Ökonomen sowie endlosen Kontroversen mit Engels, anderen Revolutionären und Intellektuellen, die ihn zu einer Präzisierung seiner Sichtweise, aber auch zum Aufzeigen des Zusammenhangs seines Systems verpflichtet hätten, verfeinere: seine Gegner versuche er zu überzeugen und wende sein Konzept auf die 48er Revolution und

---

<sup>400</sup> vgl. zu diesem Absatz: Mendras, Henri / Étienne, Jean: Les grands auteurs de la sociologie, S. 29 - 30

<sup>401</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Mendras, Henri / Étienne, Jean: Les grands auteurs de la sociologie, S. 38 - 40

den Staatsstreich Napoleon III an, kommentiere und interpretiere aber gleichzeitig journalistisch die Ereignisse seiner Zeit; seinen Kameraden analysiere er eine Situation und leite hieraus eine Doktrin revolutionären Handelns ab. Was die Revolution von 1848 betreffe, so erleben sie die beiden Männer höchst unterschiedlich: Tocqueville sei ein Aktivist der Revolution von 1848, er nehme an allen Debatten teil, er lasse sich wieder ins Parlament wählen und beobachte als Spaziergänger die Ereignisse des Februars und Junis - Marx befinde sich dagegen als Redakteur in Köln und dirigiere die ihm in Frankreich vertrauten sozialistischen und revolutionären Kreise, aber sie seien sich einig, dass es sich um eine soziale und nicht mehr um eine politische Revolution handle, die Ausdruck tiefer Auseinandersetzungen der sozialen Gruppen sei und deren Hauptakteure die Bauern, die untere Pariser Bourgeoisie, die Pariser Arbeiter, die Bourgeoisie und Teile der Aristokratie seien. Allerdings sei der Erstere gleichzeitig davon überzeugt, dass zu Beginn der Ereignisse die Politik eine Rolle spiele und dass die Revolution einen Fortschritt in die von ihm erwartete Gleichheitsentwicklung bringen würde, wobei sie jedoch niemals zu der von den Sozialisten erwarteten absoluten Gleichordnung führen würde, während der Letztere die Geschehnisse von 1848 als eine Etappe des Klassenkampfes betrachte, der gegen die ökonomische Ungleichheit und das kapitalistische System gerichtet sei. Charakteristisch für Marx sei auch sein Strukturalismus, der die Gesamtheit als ein System begreife, in dem die Beziehungen der Elemente wichtiger seien als die Elemente selbst und so definiere auch der Kampf die Klasse und nicht umgekehrt, was nichts anderes bedeute, als dass sich die Klassen der Bourgeoisie sowie des Proletariats durch die Konfrontation miteinander formen und das jeweilige Bewusstsein bilden würden. Der Begriff des Konflikts gebe dem marxschen Modell nicht nur seinen dynamischen Charakter, sondern führe in seiner Folge auch zur Ordnung in der kapitalistischen Gesellschaft, weil er die Elemente der Gesellschaft definiere und ihre Beziehungen zueinander regle - ein Punkt den die Soziologen bisher kaum beachtet hätten und bezüglich dessen sich die einander kennenden und respektierenden Denker Marx und Durkheim bekämpft hätten, denn der Letztere hätte Konflikte nach ihrer generellen Erscheinung als Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt angesehen und sich daher um deren Integration gesorgt. Darüber hinaus trenne Marx zwischen Basis und Überbau, eine Vorstellung, die mit Tocquevilles Idee in Einklang stehe, dass die verschiedenen Elemente der Gesellschaft miteinander korrespondieren würden, ohne dass jedoch wie bei Marx die Wirtschaft eine große Rolle spiele. Der deutsche Theoretiker gehe aber zugleich von dem lächerlichen Konzept aus, das viele orthodoxen Marxisten aber auch wir selbst im Kopf hätten, nach welchem die Basis den Überbau bestimme, d.h. die Technik die Wirtschaft, diese wiederum die Gesellschaft, welche wiederum die Politik und Ideologie dirigiere, wobei er aber zu sehr Dialektiker sei, um an diesem mechanistischen Schema festzuhalten, aber Passagen seines Werkes rechtfertigen diese Kritik. So würden etwa in seinen Analysen Rückwirkungen und dialektische Produktionskräfte eine essentielle Rolle spielen und es sei offensichtlich, dass das technische Niveau Resultat wissenschaftlicher Entdeckungen, also der Ideologie sei und die Bourgeoisie den Kapitalismus eingeführt habe, doch das Konzept Basis / Überbau sei dem Deutschen wichtiger, stelle aber eine große Schwäche des Marxismus dar, denn es bereite den Anhängern in der konkreten Situation, etwa wenn sie damit die Gesellschaft und ihre Entwicklung beschreiben wollen würden, Schwierigkeiten und sei von seinem Schöpfer im Falle der Klassen auch nur in einem abstrakten Modell verwendet worden. Tatsächlich ließen sich Statistiken im Rahmen von Marx' intellektueller Methode aufgrund der Abstraktion der theoretischen Elemente nur schwer verwenden und so bevorzuge er auch strukturelle Feststellungen und halte sich an das hegelsche Prinzip, dass Änderungen der Quantität tatsächlich qualitative Veränderungen seien. Von Hegel habe der Deutsche auch die Negation der Negation übernommen, die besage, dass eine gesellschaftliche Struktur sich leugnen und verschwinden

müsse, um sich in eine neue zu verwandeln: so sei das individuelle Eigentum die Negation des primitiven Kollektiveigentums, das kapitalistische die Negation des individuellen und schließlich das sozialistische werde die Verneinung dieser Verneinung.<sup>402</sup>

Auch hier sollen abschließend noch einmal die Stellen betrachtet werden, in denen Mendras und Étienne auf die beiden Klassiker des Denkens eingehen: Übereinstimmungen finden die Verfasser insoweit, als sowohl Marx als auch Tocqueville glauben würden, dass die Religion ein Mittel sei, um ein Volk ruhig zu halten oder wie es der Vater des Marxismus formuliere, sie diene als Opium für das Volk. Darüber hinaus gingen sie beide der Frage nach, warum sich die Wissenschaft zum gleichen Zeitpunkt wie die Bourgeoisie entwickelt habe und seien überzeugt, dass die sich ereignende Revolution eine soziale und keine politische Revolution sei. Abgesehen von diesen Gemeinsamkeiten erwähnen die Verfasser allerdings nur noch Unterschiede, so untersuche der französische Aristokrat mit seiner bisher noch nicht geklärten intellektuellen Methode im Gegensatz zu Marx nicht den Ursprung und das Schicksal des Kapitalismus, sondern den seine Epoche beherrschenden und als Prinzip den Menschen geläufigen aber unbewiesenen Fortschritt der Gleichheitsidee sowie die Entwicklung der Demokratie, und stelle ihnen die aristokratische Gesellschaft gegenüber. Seine Methode bestehe genau genommen darin, die Realität zu beobachten, wobei er völlig unabhängig arbeite, während Marx anhand philosophischer Reflexionen und der Lektüre der wirtschaftswissenschaftlichen Werke Ricardos und Adam Smiths seine Theorie konstruiere und verfeinere, wobei an dieser Verfeinerung auch Kontroversen mit Engels, anderen auch gegnerischen Revolutionären und Intellektuellen beteiligt seien. Erhebliche Unterschiede seien auch im Zusammenhang mit der Revolution von 1848 zu beobachten, die Tocqueville nicht nur als Zeitzeuge vor Ort, sondern auch als Abgeordneter des französischen Parlaments, an dessen Debatten er in dieser Periode ausnahmslos teilgenommen hätte, erlebt hätte, während Marx als Redakteur in Köln gewesen wäre und die ihm vertrauten sozialistischen und revolutionären Kreise dirigiert hätte. Die sich ereignende soziale Revolution betrachtete französische Denker als einen Fortschritt auf dem von ihm erwarteten Weg hin zu mehr Gleichheit, während der deutsche Denker sie als eine Etappe des gegen die ökonomische Ungleichheit und das kapitalistische Regime gerichteten Klassenkampfes ansehe.

Da es sich bei Mendras und Étiennes Werk um eine Darstellung einzelner Theoretiker und ihres Werkes handelt, stehen Bezugnahmen der einzelnen behandelten Denker untereinander naturgemäß im Hintergrund. Dies zeigt sich auch an der Tatsache, dass die Bibliographie nur ganz allgemein, ohne die Angabe von Ausgaben und Auflagen und nicht für die konkreten Stellen angegeben wird. Es handelt sich damit um ein Werk, das einen Überblick über verschiedene Soziologen geben möchte, so dass vergleichende Elemente zwar vorhanden, aber nicht der eigentliche Gegenstand des Werkes sind

**dd. Finkielkraut, Alain: Le goût perdu de la liberté, 1997**

(Die verlorene Vorliebe für die Freiheit)

Über zu viele Jahrzehnte, in denen sich das Missverständnis zwischen Ost- und Westeuropa auf dem Höhepunkt befunden habe, hätten französische Intellektuelle für ein erstarr-

---

<sup>402</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Mendras, Henri / Étienne, Jean: Les grands auteurs de la sociologie, S. 61 - 65



tes Auditorium Stunden in der marxischen Lehre gegeben, doch als dieser „Kalte Krieg“ sein Ende gefunden habe, hätten diese Kreise das unwiderstehliche Bedürfnis gefühlt, sich für diese von ihnen lange Zeit in unterdrücktester Sprache sowie verschönernden und herrlichen Arabesken gegebenen Lesungen, die die Philosophie von Marx als die bedeutendste dargestellt hätten, zu entschuldigen und so hätten Denker der freien sowie mehr oder weniger befreiten Welt in den Orten des Verbrechens also, in Novi Sad, Bukarest, Sofia, Krakau, Moskau, Budapest, Zagreb sowie in der Geburtsstadt des Autors von «Über die Demokratie in Amerika», Valognes, zwischen 1991 und 1994 eine Reihe von Kolloquien über Tocqueville gehalten. Damit habe in Frankreich seit etwa zehn Jahren ein Paradigmenwandel stattgefunden und der Abgang des langen marxistischen Winterschlafs wurde zu einer kritischen Lektüre von Marx mittels Tocqueville.<sup>403</sup>

Indem Marx die radikale Trennung zwischen Realität und Schein behauptete und dadurch die große eröffnende Geste der Metaphysik auf die Politik übertragen hätte, wäre er davon ausgegangen, dass die gesamten demokratischen Rechte in Wahrheit die Ungleichheit überdeckt hätten, und sich so etwa hinter der juristischen Gleichheit wirtschaftliche Diskrepanz, hinter dem bürgerlichen Frieden die Ausbeutung des Proletariats, hinter dem Gesellschaftsvertrag der Klassenkampf, und hinter der liebevollen Fürsorge für das Individuum eine völlig andere Situation des realen Menschen verborgen hätte. In diesem Stil hätte auch Jean-Paul Sartre, einer der unablässigsten Besucher Moskaus, Sofias, Prags, Warschaus und Belgrads, hartnäckig in seinem Leitartikel «Sommes-nous en démocratie?» in der Zeitung «Temps modernes» daran festgehalten, dass aufgrund der republikanischen Verfassung die Gleichheitsillusion aufrechterhalten würde, während im heutigen Frankreich die Privilegien zunähmen, denn nur ihm sei es möglich, ins Ausland zu reisen, den französischen Arbeitern aber ebensowenig wie den sowjetischen Bürgern, was die alte Aufteilung in passive und aktive freie Bürger aufrechterhalte. Sartre hätte sich für zu erfahren gehalten, um neugierig auf die Welt zu sein, wäre zu überzeugt gewesen, dass das wahre Drama sich hinter den Kulissen oder in den unterirdischen Tiefen der Geschichte abspiele, als dass er dauerhaft von den tatsächlichen Ereignissen berührt worden wäre, und so hätte er sich von der aufklärerischen Macht des Marxismus blind machen und hätte in dem Glauben zu wissen, woran er ist, die im Ostblock existierenden Konzentrationslager ebenso wie die bürgerlichen Freiheiten im Westen ignoriert. Diese von Marx und anderen praktizierte Verschlussheit gegenüber der Realität, im Glauben so deren äußeren Schein zu durchdringen, würde von den neuen Tocqueville-Interpretatoren anhand des Kapitels «Wie die Demokratie die Beziehungen zwischen Herr und Diener modifiziert» im tocqueville-schen Werk «Über die Demokratie in Amerika» meisterhaft herausgearbeitet, indem sie darlegten, dass die Demokratie zwar die Existenz zweier Menschenklassen nicht verhindern könne, aber im Gegensatz zur aristokratischen Gesellschaft die totale Trennung aufhebe, indem sie aufgrund der sich auf die Ordnung der alltäglichen Dinge stützenden öffentlichen Meinung alle Menschen auf ein gleiches Niveau bringe und eine vorgestellte Gleichheit unter ihnen schaffe, also die Diener das Licht, die Ideen, die Gefühle, die Tugenden sowie die Untugenden ihrer Zeitgenossen teilen und so der große Distanzen schaffende Unterscheidung zwischen reich und arm, befehlen und gehorchen der Aristokratie ein Ende setzen würden. Tocqueville unterscheidet zwar ebenso wie Marx objektiv zwischen realer und materieller Ungleichheit und subjektiv vorgestellter Gleichheit, aber er stelle sie nicht als Wahrheit und Irrtum gegenüber, weil Vorstellung für ihn nicht gleichbedeutend sei mit Illusion, sondern entgegen dem in der metaphysischen Tradition stehenden materialistischen Marxismus, der angenommen hätte, hinter der Demokratie verberge sich die durch Klassenkampf gekennzeichnete Realität, halte er die Illusion für eine neue

---

<sup>403</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Finkielkraut, Alain: Le goût perdu de la liberté, in: Revue Tocqueville, Heft 18, 1, 1997, S. 129

Erscheinungsform der menschlichen Realität, die zunächst den Menschen und dann die Verfälschung sehe, so dass selbst die offenste Ungleichheit gegen diesen ersten Eindruck machtlos sei. Mit diesem Vorrang des Menschen unterscheide sich die Demokratie von allen ihren vorangegangenen - von Tocqueville als Revolutionen bezeichneten - menschlichen Bewegungen, denn sie sei kein Trugbild, um die Ungerechtigkeit zu verdecken, die Geknechteten zu hypnotisieren und die revolutionären Energien einzuschläfern, sondern, im Gegenteil, diese imaginäre Gleichheit bedrohe die materielle Ungleichheit, denn sie entstehe durch die sich auf die alltäglichen Dinge stützende öffentliche Meinung, die das allgemeine Niveau einander annähere. Hinzu komme, dass die Annäherung der Klassen die erblichen Hierarchien der alten Gesellschaft, aber auch die beruflichen und privaten Verbindungen zerstört und alle Aspekte des Lebens trotz Widerständen verändert hätte, was den meisten Menschen den Eindruck vermittelt hätte, das Spiel als Gleichgestellte zu beginnen, also diese voreingestellte Gleichheit geschaffen hätte. Marx hätte geglaubt, dieser nicht zu verhindernde Marsch hin zu mehr Gleichheit breite sich wie ein Schleier über die Welt und die Geschichte, während Tocqueville sie als das bestimmende Zeichen der Moderne und Motor der Geschichte angesehen hätte und da sich für Finkielkraut das Wesentliche nicht hinter irgendeinem Schleier, sondern an der Oberfläche, im Blick, dem Empfindungsvermögen sowie den oberflächlichen Reaktionen der Menschen zeigt, steht für ihn fest, dass nicht der Kommunismus, sondern die Demokratie dabei sei, den Staat abzuschaffen. Diese Kritik an Marx durch Tocqueville habe nicht eine Verbürgerlichung des Denkens und die bloße Aufgabe der Revolutionsidee zur Folge, sondern führe zu einer Ausöhnung mit dem demokratischen bzw. revolutionären Charakter der ehemals als kapitalistisch oder bürgerlich bezeichneten Gesellschaften.<sup>404</sup>

In einem weiteren Schritt wendet sich Finkielkraut nun dem Freiheits- sowie Gleichheitskonzept des französischen Denkers sowie dessen Ausgestaltung durch seine heutigen Anhänger zu: Tocqueville wäre in seinen Werken davon ausgegangen, dass die unaufhaltbare demokratische Revolution hin zu mehr Gleichheit nicht unbedingt mit einer gleichzeitigen Durchsetzung der Freiheit verbunden sei, denn auch wenn die aristokratische Aufteilung der Gesellschaft einerseits in eine von Macht, Privilegien, Luxus, Lebensstil, Kunst und Wissensgenuss sowie andererseits in eine von Arbeit, Plumpheit sowie Unwissenheit bestimmte Gruppe sowohl in freien als auch von Zwang geprägten Herrschaften durch diese neue Bewegung beendet worden wäre und nun jeden Menschen den durch das Leben sowie die Notwendigkeit verursachten Sorgen unterwerfe, so müsse die Freiheit bewusst von den Menschen gewählt werden, weil sie ansonsten der ständigen Gefahr unterliege, sich im stürmischen Egoismus sowie der Leidenschaft für den Wohlstand zu verlieren, durch das die gesellschaftlichen Interessen verdrängende Privatinteresse vernachlässigt zu werden oder durch den Verlust der Urteilsfähigkeit, die sich ohne eine durch ständige Konfrontation der Ansichten sowie aktive Teilnahme am Stadtleben gewonnene öffentliche Meinung nicht entwickeln könne, in ihrer Existenz zu gefährden. Für den französischen Denker sei also die Demokratie mit zunehmender Gleichheit nicht jedoch notwendigerweise mit einer Aktualisierung der gesellschaftlichen Freiheit verbunden, wobei die Ursache hierfür, wie aus seinem Werk «Über die Demokratie in Amerika» hervorgehe, im Individualismus liege: Mit seiner dortigen Feststellung «nichts menschliches sei ihm fremd», mache er nämlich klar, dass sich im demokratischen Jahrhundert alle einander ähnlich fühlen würden, was jeden Bürger, nachdem er eine Gesellschaft nach seiner Verwendung geschaffen habe, dazu veranlasse, sich von der Gemeinschaft zu isolieren und sich in sein Privatleben zurückzuziehen, wohin ihm der Staat allerdings folge, so dass immer unklarer werde, ob die Gesellschaft einen individuellen oder gemeinschaftlichen Charakter besitze.

<sup>404</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Finkielkraut, Alain: Le goût perdu de la liberté, in: Revue Tocqueville, Heft 18, 1, 1997, S. 130 - 132

Dieser Stolz allen anderen ebenbürtig zu sein, lasse ihn aber auch keine Persönlichkeit, Namens- oder sonstige Hierarchie neben sich zu dulden, nicht einmal diejenige der Intelligenz und so witterte er hinter jeglichem äußeren Einfluss einen Betrug oder einen Götzendienst und betrachte es als höchst empfehlenswerte Aktivität, Idole aus ihrer Stellung zu drängen. Diese Gleichheit gebe ihm allerdings nicht nur Selbstsicherheit, sondern lasse bei ihm gleichzeitig das Gefühl entstehen, bedeutungslos und schwach gegenüber den gesellschaftlichen Handlungen und Äußerungen, d.h. der öffentlichen Meinung, zu sein. Damit sei der Individualismus nicht im alltäglichen Wortgebrauch mit einer Stärkung der Unterschiedlichkeit verbunden, sondern beinhalte eine unbeschränkte Macht der gesellschaftlichen Totalität, die auf dem Individuum in ihrer Gesamtheit laste und zu einer in der Geschichte noch nie dagewesenen Inbesitznahme und Homogenisierung, also Sozialisierung, der Menschen führe, die die Freiheit gefährde, weil sie einen Verzicht auf die Idee sowie Praxis dieser möglich mache. Eine Verstärkung erfahre diese Sozialisierung zusätzlich durch das in aristokratischen Gesellschaften sowohl bei den oberen Klassen, weil sie ihn ererbt hätten, als auch bei den unteren Klassen, weil sie ihn nicht hätten erreichen können, nicht vorhandene Streben nach Wohlstand, das mit seinen kleinen, präzisen, lückenhaften sowie flüchtigen materiellen Genüssen zwar einen Fortschritt darstellen würde, aber auch die Gefahr in sich berge, zur ausschließlichen Leidenschaft in einer Demokratie zu werden, die die Menschen dann nicht unabhängiger werden lasse oder ihnen Individualität gebe, sondern sie sich der Macht der Gesellschaft sowie des Lebensverlaufs unterordnen lasse. Unterliege der Mensch damit der Gefahr zum bloßen Gesellschaftswesen zu werden, so geselle sich hierzu noch diejenige, dass sein Handeln sowie sein Bezug zu den Dingen allein durch seine Lebensbedingungen bestimmt werde, was sowohl Tocqueville als auch seine liberalen Zeitkollegen dazu bewegt hätte, die Sorge um das Leben als das primäre Problem der Menschen zu sehen, die zunächst versuchen würden, ihre Position unabhängig von der gesellschaftlichen Stellung mit den aus ihrer Sicht am besten zu beurteilenden Mitteln zu sichern. Seine Kollegen hätten nun eine Identität zwischen dem von jedem Einzelnen betriebenen, ungehinderten Streben nach Unterhalt und Wohlergehen sowie der Ausübung der Freiheit sehen wollen, doch für den französischen Aristokraten sei die Freiheit - ganz i.S. ihrer Bedeutung der Vergangenheit sowie i.S. von Benjamin Constant - ein Übergang zwischen dem guten Dasein und dem guten Leben sowie durch eine aktive und dauerhafte Teilnahme an der kollektiven Macht gekennzeichnet, deren Rückeroberung und Wiederherstellung er für erforderlich halte, um die Menschen aus ihrer durch die Unabhängigkeit verursachten Isolation wieder herauszureißen, indem sie sich durch die Beschäftigung mit den kommunalen Angelegenheiten versammeln, einigen und überzeugen müssen, ihren alltäglichen Sorgen entrissen werden und das Vaterland in jedem Moment über sowie an ihrer Seite fühlen, und so eine moderne, unterscheidbare, unvergleichliche, durch die christliche Gleichheitsbotschaft in ihren instinktivsten Reaktionen gestaltbare Gleichheit schaffen. Noch am Beginn der Französischen Revolution wäre die politische Freiheit eine von den Massen mit Leidenschaft, Entschlossenheit, von Selbstlosigkeit, Einsatz für das beste Leben und eine gute Öffentlichkeit getragene Euphorie gewesen, die im Verlauf der Ereignisse allerdings dem blutigsten Despotismus hätte weichen müssen, denn die von Tocqueville weder i.S. der offiziellen Republikaner mit Milde bedachten noch wie von Benjamin Constant verteufelten Revolutionäre, wollten mit aller Gewalt die antike Freiheit realisieren. Sie hätten seiner Ansicht nach ein Bild der antiken Polis vor sich gehabt, dass v.a. durch eine Aufgabe von Freiheit, politischer Teilhabe sowie menschlichen Vielfalt zugunsten einer totalen Einheit, die jegliche Eigentümlichkeit auf dem Altar des Allgemeinwillens opferte, gekennzeichnet gewesen wäre, d.h. es sei ängstlich über die öffentliche Angelegenheit gewacht und jegliche Perspektivenvielfalt, jeglicher Meinungsaustausch unterbunden worden. Robespierre hätte es sogar als unnatürlich empfunden, wenn

die Menschen trotz ihrer einheitlichen Begeisterung für das öffentliche Wohl getrennt gewesen wären oder eine Koalition gegen die Regierung aufgebaut hätten, um sich für die Rettung des Staates zu opfern, wodurch jeder Bürger vor der Alternative gestanden wäre, entweder ein Individuum bestimmt von seinen Interessen, Gefühlen und Begierden zu bleiben und die Republik zu verraten oder diese natürlichen Neigungen aufzugeben und sich freiwillig, bedingungslos den Gesetzen der Gemeinschaft zu unterwerfen. Damit wäre die Bewunderung der Jakobiner für die Antike rein rhetorischer Natur gewesen, denn sie hätten nicht das alte Staatsglück etablieren wollen, sondern hätten es zugunsten eines politischen Absolutismus abgeschafft, denn sie hätten sich dem modernen Menschenverständnis verpflichtet gefühlt, dass den einzelnen für fähig hielt, ohne persönliche Momente rein nach dem Gewissen und Willen zu entscheiden. In der Moderne schließlich werde die politische Freiheit zu einer schlimmen Gefahr, weil etwa persönliche Erhaltungs- sowie Wohlstandsbestrebungen dazu führen würden, dass die Menschen zunehmend dem unaufhörlich wachsenden Staatsapparat die Sorge um die öffentlichen Angelegenheiten sowie alle anderen menschlichen Sehnsüchte, etwa nach Sicherheit, Planung der Bedürfnisse oder der Industrie übertragen würden. Tocqueville hat für Alain Finkielkraut nicht nur entdeckt, dass die demokratische Revolution bereits am Beginn der Moderne ihren Ausgangspunkt hat und eine Art religiöser Terror sei, weil sie nicht nur einen irreversiblen alles miteinbeziehenden, durch ihre Gleichheitsidee auch die biblische Botschaft erfassenden Prozess, sondern darüber hinaus auch eine Gefahr für die Freiheit darstelle, weswegen er sich gegen das Gleichheit und Freiheit sowie Prozess und Herrschaft vereinigende und damit jegliche Unstimmigkeit unterdrückende Individualismuskonzept ebenso stelle wie gegen die Einordnung der Demokratie als historische Bewegung, die den Einzelnen von seinen Zugehörigkeiten befreie und damit heimlich die Philosophie in eine notwendige, allerdings nicht friedliche Ausformung der Freiheit transformiere. Die heutigen Anhänger des französischen Denkers allerdings würden das Konzept ihres gedanklichen Vaters, das die Gleichheit als grundlegendes, antreibendes und wichtigstes Prinzip ansehe, entkräften und verfälschen, indem sie die von diesem als gefährlich und furchtbar eingestufte Eigenschaft der Gleichheit, den Individualismus, umkehren und an die Stelle der ontologischen Priorität der Gesellschaft, die als Gesamtheit betrachtet werde und in der jedes Mitglied von Vereinsamung erfüllt sei, die logische Priorität der Gesellschaft setzen, in der sich das Individuum nicht für die aus dem Gesellschaftsvertrag zwischen den anfänglich unabhängigen Menschen und dem Titel völliger Gleichheit hervorgehende Gemeinschaft interessiere. Hinzu komme, dass die Neo-Tocquevillianer von einem rücksichtslosen Kampf zwischen Vergangenheit und Moderne ausgingen, weil für sie die heutigen Menschen zwar einerseits souverän seien, über Dinge und Sinn herrschen würden und durch ihre Individualisierung gelöst bzw. frei seien, aber andererseits aufgrund dieser Errungenschaften keinen Gott mehr besäßen und daher von den guten alten Zeiten träumten, in denen alle gleich gedacht, jeder seinen fest bestimmten Platz besessen und seine Zugehörigkeit zur Gemeinschaft gefühlt hätte, die Interessen übereingestimmt hätten, die konkurrenzlose Komplementarität der verschiedenen Bediensteten gegeben gewesen und die Spannung des Ganzen zur Erreichung eines einzigen, offenkundigen Zieles reibungsfrei verlaufen wäre. Sie würden daher nicht die alte unzeitgemäße Freiheit untersuchen, sondern den jegliche Freiheit zugunsten eines sozialen Organisationstypen mit Gesetzgebung von oben ablehnenden Totalitarismus, der unter dem revolutionären Heiligenschein den Kurs der demokratischen Revolution umkehren wolle: eine Revolution also, die als paradoxes Wiedererscheinen des vor der individualistisch-demokratischen Revolution geltenden gesellschaftlichen Schlüsselprinzips zu verstehen sei, für deren Anhänger Gott es versäumt habe, die individualistische Gesellschaft zu verhindern.<sup>405</sup> Es sei eben dieser Totalitarismus gewesen, den Tocqueville

---

<sup>405</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Finkielkraut, Alain: *Le goût perdu de la liberté*, in: *Revue*

trotz seiner gedanklichen Vorwegnahmen, die stärker die okzidentale Welt, als den von Orwell dargelegten realen Sozialismus beschrieben hätten, übersehen hätte: Der Kommunismus hätte eine absolute Menschlichkeit versprochen, ohne das von der Religion benutzte Trugbild eines außerhalb liegenden Gottes, allein durch die endgültige Eroberung des Seins seitens des Menschen sowie die Übergabe der gesamten Realität an die Vernunft und sei daher von Vladislav Vancura und seiner Generation als Inbegriff der Moderne angesehen worden, die ebenso wie der neue Mensch ihr Zentrum in der U.d.S.S.R. gehabt hätte, was v.a. dadurch möglich gewesen wäre, dass die Sowjetunion jegliche traditionellen Bestandteile von sich gewiesen und sich hierbei - was die eigentliche Revolution darstelle - einen auf einem bestimmten Konzept beruhenden Gattungsnamen gegeben und nicht wie andere Staaten außergewöhnliche Personen hierfür herangezogen hätte. Letztlich sei diese Revolution allerdings gescheitert, die U.d.S.S.R. existiere nicht mehr und die von Marx in die kommunistische Zukunft entlassene Mission, dass sich die Übereinstimmung von Vernunft und Realität erfüllen werde und die reale Welt genießbarer sowie uneingeschränkter Konsum für alle Tatsache werde, werde mit Gewalt in das tocquevillesche Gedankengut gepresst. Die Tocqueville-Anhänger, die das eigentliche Werk der Freiheit in der Abschaffung aller transzendenten Instanzen, wie Sprache, Nation, Kultur und Welt zugunsten des Wohllebens sähen, gingen nach dem Fall des Kommunismus davon aus, dass das Kollektiv Neues auf Kosten persönlicher Erfüllungswerte auflasten, die Gruppe ihre Mitglieder beanspruchen und die totalitäre Versuchung das Sein stärker als die Demokratie bedrohen werde. Damit scheine das antitotalitäre Denken durch das Band zwischen alter und neuer Moderne sowie durch große Beständigkeit geeinigt zu werden, doch die bloße Kritik von Marx durch Tocqueville hätte die dominierende Demokratie ebensowenig wie den vergangenen Kommunismus davor behütet, auf die nationale Frage zu stoßen, die der Letztere etwa im Falle Ex-Jugoslawiens durch seine Unfähigkeit Ideologie vom Nationalgefühl der Pathologie zu trennen, also die Freiheit zu denken, ebenso verheerend gelöst hätte wie dies die Kritik der bürgerlichen Freiheiten getan hätte, so dass man feststellen müsse, dass uns der Freiheitsverfechter Tocqueville heute fehle.<sup>406</sup>

Auch bei diesem Aufsatz stellt sich in der abschließenden Betrachtung die Frage, welche vergleichenden Betrachtungen der Verfasser bezüglich Alexis de Tocqueville und Karl Marx angestellt hat. Er geht zunächst davon aus, dass beide Denker eine Trennung zwischen Realität und Schein konstatiert hätten. Während Marx allerdings geglaubt hätte, diese Trennung würde sich in Übertragung der Metaphysik auf die Politik dahingehend ausdrücken, dass sich hinter der die Welt und die Geschichte verbergenden Demokratie die durch Klassenkampf gekennzeichnete reale Welt verberge, also hinter der vordergründig friedlichen, bürgerlichen Fassade in Wahrheit die Ausbeutung des Proletariats stattfinde, sei Tocqueville davon ausgegangen, dass die Demokratie die Moderne bestimme und die geschichtliche Entwicklung vorantreibe. Sie sei für ihn eine neue Erscheinungsform der menschlichen Wirkungsgeschichte, weil die durch sie geschaffene imaginäre Gleichheit den meisten Menschen nicht nur den Eindruck vermittle, das Spiel als Gleichgestellte zu beginnen, sondern auch die materielle Ungleichheit bedrohe, indem sie ihre Wurzeln in der das allgemeine Niveau einander annähernden öffentlichen Meinung habe. Der Schwerpunkt des Aufsatzes liegt allerdings in dem von den heutigen Tocqueville-Anhängern falsch verstandenen Individualismusbegriff des französischen Denkers sowie der Nicht-Beachtung seines Freiheitsbegriffes. Dies bedeutet aber nichts anderes, als dass der Ver-

---

Tocqueville, Heft 18, 1, 1997, S. 132 - 142

<sup>406</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Finkielkraut, Alain: Le goût perdu de la liberté, in: Revue Tocqueville, Heft 18, 1, 1997, S. 142 - 145

gleich mit Marx im Hintergrund steht – eine Feststellung, die durch einen Blick in das Literaturverzeichnis bestätigt wird, in dem kein Werk von Marx aufgeführt ist, dafür Tocquevilles Werke «Über die Demokratie in Amerika», «Der alte Staat und die Revolution» sowie Briefe dessen sowie darüber hinaus Sekundärliteratur über den französischen Denker.

**ee. Thériault, Yvon J.: Sociologie, démocratie et aventure du sujet moderne, 1998**  
(Soziologie, Demokratie und das Abenteuer des modernen Untertanen)

Für Thériault drängt sich die Soziologie als eine Lektüre der Moderne auf: So verstehe Tocqueville die Modernität als eine Regierungsform, in der eine bestimmte Form der Macht sowie Gesellschaft entwickelt werde, verursacht durch ein auslösendes Prinzip - den Individualismus - und charakterisiert durch die Demokratie. Befremdlich schein es daher zunächst zu sein, dass eben diese „Wissenschaft der Moderne“ mit der Demokratie und dem Individualismus gehadert hätte, was den Verfasser aber nicht zu dem Schluss kommen lässt, die Soziologie sei blind gewesen. Vielmehr könne diese Distanz zwischen der soziologischen Skepsis der Theoretiker jener Zeit gegenüber der Demokratie einerseits und der wachsenden öffentlichen Zustimmung zu dieser für die Moderne schlechthin charakteristische Regierungsform andererseits Aufschluss geben über die inneren Spannungen der demokratischen Gegenwart, denn wenn man diese Spannung verstanden habe, so sei es möglich sich auch heute eine Soziologie vorzustellen, die sowohl die Radikalisierung der Demokratie und die Geschichte des modernen Untertanen als auch die Konstituierung dieses neuen Gebildes durch den Individualisierungsprozess akzeptiere. Thériault möchte dieses Problem in seinen nachfolgenden Ausführungen in dreifacher Weise behandeln: Zuerst versucht er die Bedenken der Soziologie in Bezug auf die Demokratie zu erklären, indem er die Komplexität der historischen Beziehung zwischen diesen beiden Phänomenen ins Gedächtnis zurückruft. Dies führt ihn dann zu seinem zweiten Punkt, nämlich der paradoxen Erscheinung des Individualismus, der sich einerseits durch reine Rationalität, d.h. die Autonomie aber gleichzeitige Transparenz des Menschen, auszeichne, damit zugleich jedoch die reine Subjektivität offenbare, d.h. die soziale und nicht öffentliche Seite der Menschen. Zuletzt möchte der Verfasser die jüngsten gesellschaftlichen Veränderungen wie etwa die Radikalisierung der Demokratie sowie die Verschärfung der inneren Spannungen in demokratischen Gemeinschaften erörtern. Nur wenn man sich dieser Problematik auf diese Weise nähere, so Thériault, werde man verstehen, dass die Soziologie ihre Rolle als Disziplin der demokratischen Moderne in unserer Zeit völlig ausfüllen könne.<sup>407</sup>

Thériault legt in seinem Aufsatz zunächst klar, dass die Soziologie ihr Entstehen aber auch ihre weitere Existenz der Demokratie verdanke, auch wenn Denker dieser neuen Wissenschaft gerade dieser neuen Regierungsform starke Skepsis entgegengebracht hätten, weil es ihr nicht gelungen wäre, ihre theoretischen Ideale in die Realität umzusetzen. Die Soziologie hätte ihre Geburtsstunde also zusammen mit den modernen demokratischen Revolutionen an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert gehabt und wäre durch ihre im wesentlichen empirische Natur entwicklungsmäßig an die Demokratie gebunden. Für Thériault findet diese Verbindung zwischen demokratischer Regierungsform und soziologischer Wissenschaft ihre Bestätigung in den autoritären bzw. totalitären Regimen des 20. Jahr-

---

<sup>407</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Thériault, Yvon: Sociologie, démocratie et aventure du sujet moderne, in: Cahiers de recherche sociologique, Heft 30, 1998, S. 231 - 232

hunderts, denn hier wäre mit dem Zurückweichen des demokratischen Elements zugleich eine Schwächung der neuen geisteswissenschaftlichen Disziplin verbunden gewesen: von Stalin bis Pinochet wäre die Soziologie eine gefährliche, das Gift demokratischer Revolutionen verspritzende Forschungseinrichtung gewesen. Diese gegenseitige Bedingtheit der beiden Erscheinungen sei nicht purer Zufall und es handle sich hier keineswegs um zwei verschiedene als vielmehr ergänzende Formen der empirischen Wiedererkennung des Volkes, denn wenn man die Demokratie als sichtbare Macht von unten begreife, als politischen Ausdruck einer gesellschaftlichen Macht, dann trete die Soziologie als Wissenschaft dieser demokratischen Gesellschaft zutage, die gemäß den Worten Auguste Comtes deren Beschaffenheit konstruiere, d.h. versuche, die Gesetze ihrer Selbstentwicklung bzw. Befreiung von sozialen Notwendigkeiten herauszufinden. Diese rein immanente Konzeption der soziologischen Wissenschaft finde man - wie Wolf Lepenies erinnere - überall, wo diese entstehe: in Frankreich in der Form der sozialistischen Utopien Saint-Simons und Proudhons; in Deutschland als Romantik und Wissenschaft des Geistes, in England als leidenschaftliche Volkserregung der Arbeiter wie sie sich ausdrücke in Werken von Beatrice Potter Webb und Sidney Webb. Allerdings fehle es dieser jungen Forschungsrichtung - sehe man einmal von Spencer ab, der keine wirkliche Schule begründet hätte - an Werken, in denen Soziologen die Entfaltung der Demokratie nicht heftiger Kritik aussetzen würden: sie würden den Widerspruch zwischen der von Gegensätzen und Herrschaft geprägten sozialen Realität und dem demokratischen Ideal einer Gemeinschaft von gleichen Bürgern skeptisch aufzeigen. Es handle sich aber bei dieser Kritik nicht nur um eine Gegnerschaft in Bezug auf die reelle Demokratie im Namen der wahren Demokratie, sondern bei genauerer Betrachtung ebenso sehr um einen Klageprozess seitens der gerade entstehenden Soziologie bezüglich der Natur der demokratischen Gesellschaften. Um die Bedeutung dieses Klageprozesses für die Soziologie der modernen Demokratie herauszuarbeiten, will Thériault die Kritiken der Gründerväter dieser Wissenschaft kurz darstellen. Er beginnt mit Marx' Beschreibung der neuen Gesellschaftsform und zwar nach seinem Werk „Die Judenfrage“, weil dies für ihn die bissigste Kritik im Zusammenhang mit dieser Problematik sei und der deutsche Denker hier bereits sein Konzept der modernen Demokratie entwickle, das die Grundlage seines gesamten Werkes darstelle. In diesem Aufsatz sei für Marx die Demokratie, die nichts besseres wisse, als die Interessen der herrschenden Klasse zu verschleiern, die bourgeoise Bestätigung der Trennung zwischen Mensch und Bürger, d.h. eine Manifestierung der Unabhängigkeit des politischen vom sozialen Moment, was eine Entmenschlichung der Gesellschaft bewirke, die er mit seinem intellektuellen Projekt anstrebe aufzuheben. Eine wahre Demokratie sei für ihn nur dann vorhanden, wenn die politische Autonomie wieder aufgehoben und die Gesellschaft mit sich selbst versöhnt sei.<sup>408</sup> Tocqueville erscheine auf den ersten Blick ein der Demokratie mit Sympathie gegenüberstehender Beobachter zu sein, doch er betone, dass man diese neue Form der gesellschaftlichen Organisation mit ihrem homo democraticus nicht zu sehr lieben sollte, weil sie die sozialen Bande löse, einen neuen Individualismus, den Egoismus, schaffe und eine neue Form des Despotismus ankündige, der aus dem Gleichheitskult hervorgehe und fordere daher aus dieser Skepsis heraus, die Tugenden des Vereinslebens sowie der Freiheit zu pflegen, die diese Erscheinungen einer demokratischen Gesellschaft mindern, allerdings nicht völlig aufzuheben vermögen würden. Anders als Marx sehe er jedoch im Bereich, der sich zwischen dem verschärfenden Gegensatz von Politik und der Realität des sozialen Lebens auf tue und nicht völlig der neuen gesellschaftlichen Macht unterliege, etwa derjenigen der

---

<sup>408</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Thériault, Yvon: Sociologie, démocratie et aventure du sujet moderne, in: Cahiers de recherche sociologique, Heft 30, 1998, S.232 - 234

öffentlichen Meinung, die Kapazität für eine fruchtbare Demokratie, aber auch dort, wo sie sich von einer politischen Tradition der Freiheit und Pluralität durchdringen lasse.<sup>409</sup>

Auch Durkheim sehe in der Demokratie einen soziologischen Prozess, der mit dem Fortschreiten der Arbeitsteilung verbunden sei. Sie sei für ihn einerseits die größtmögliche Ausdehnung des Regierungsbewusstseins, die sich jedoch andererseits durch die geringfügigste Verbindung dieses Bewusstseins mit dem Individuellen auszeichne. Aus dieser Sichtweise erscheine die Demokratie als eine Politikform, durch welche die Gesellschaft aus eigenem Antrieb zum reinsten Bewusstsein gelange und um so demokratischer sei, als Beratung, Überlegung und ein kritischer Geist eine beachtliche Rolle beim Gang der öffentlichen Angelegenheiten spielen würden. Diese nachdenkende und beschließende Natur sei für Durkheim in keinster Weise mit der politischen oder institutionellen Dimension der Demokratie verbunden, sondern hänge entscheidend mit der Zunahme der Kommunikationsfähigkeiten einer Gesellschaft, die sich - wie bei Tocqueville - durch das Fortschreiten der Individualisierung entwickeln würde, zusammen. Sowohl die Ausdehnung jener Fähigkeiten, als auch die Ausbreitung der Demokratie hätten auf das soziale Band eine schädliche Auswirkung und könnten zu einem Sturz der Letzteren selbst führen, weil die dadurch entstehenden Willens- und Vertragskonzepte die Abstraktheit bzw. Künstlichkeit der demokratischen Gesellschaft fördern und zusammen mit dem sie durchdringenden Individualismus zu einer Gefahr der Anomie führen würden, so dass die Zukunft der nachdenkenden Demokratie in der Stärkung des sozialen Bandes durch ihre berufsständischen Organisationen liege. Durkheim sei zudem überzeugt, dass es im Rahmen der sozialen Entwicklung keinen Zeitpunkt gegeben habe, an dem die einzelnen Individuen sich wirklich beraten hätten, um zu wissen, ob sie nun einem gemeinschaftlichen Leben beitreten hätten wollen oder nicht, wobei dies bei der gemeinschaftlichen Form des Zusammenlebens wahrscheinlicher sei.<sup>410</sup>

Auch für Max Weber stehe die Idee im Mittelpunkt, dass die Demokratie im Schoße der modernen Gesellschaft mit einer Ausdehnung der nachdenkenden Formen verbunden sei, durch welche sich die Gemeinschaft aus eigenem Antrieb ein Bewusstsein nehme. Die neue Regierungsform sei im Denken dieses Wissenschaftlers das Ergebnis einer ernüchterten Gesellschaft, entstanden durch einen allgemeinen Rationalisierungsprozess, der sich mit den Mitteln der rechtsstaatlichen Logik, der Bürokratisierung sowie der Professionalisierung der Politik behaupte und zu einer rational-legalen Herrschaftsform führe, in der die Macht nicht, wie die demokratischen Reden glauben machen würden, beim Volk liege. Demokratie bedeute das Ende des Individuums mit seiner Fähigkeit bedeutungsvoll auf Grundlage der Realität zu handeln, wovon die von der rationalen Politik abstammenden formellen Strukturen profitieren würden. So zögere Weber dann auch nicht den Professionalisierungsprozess, der sich im politischen Leben der Parlamente und Parteien seiner Epoche erfülle und umgestalte, als politische Enteignung zu qualifizieren und mit Wolfgang Mommsen möchte Thériault dessen Skeptizismus dahingehend formulieren, dass für ihn die Demokratie eine passive sei, weil sie von der Bürokratie getragen und der Passivität der Bürger genährt werde, mit anderen Worten es handle sich um eine plebiszitäre Demokratie strukturiert durch eine Renaissance des Charismas. Aufgrund dieser Erkenntnis strebe Weber eine Rehabilitierung des politischen Willens in der neuen Regierungsform an, hin zu einer Verantwortungsethik, die für das rationale politische Leben geeignet sei und erinnere daran, eine Ethik der Überzeugung beizubehalten. Hier stimme der deutsche Denker mit Tocqueville überein, der die Zukunft der Moderne ebenfalls nicht in der Wie-

---

<sup>409</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Thériault, Yvon: Sociologie, démocratie et aventure du sujet moderne, in: Cahiers de recherche sociologique, Heft 30, 1998, S.234 - 235

<sup>410</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Thériault, Yvon: Sociologie, démocratie et aventure du sujet moderne, S.235 - 236



dereinführung einer normativen Dimension gesehen hätte und wie diesem gelinge es ihm ebenfalls nicht, innerhalb der gegebenen sozialen Formen das Material ausfindig zu machen, das eine solche Wiederherstellung erlaube. Deswegen, wie Habermas erinnere, hätte Weber diese Normativität im problematischen Raum des Machtwillens charismatischer Führer gesucht.<sup>411</sup>

Thériault behauptet nun, alle diese Theoretiker seien nicht gegen die Verwirklichung der wahren Demokratie gewesen, sondern unterstützten - jeder auf seine Art - die Entwicklung der demokratischen Wirklichkeit, auch wenn sie diese als gefährlich für die gesellschaftliche Idee beurteilten. Darüber hinaus gestalte dieser demokratische Skeptizismus, den die gerade entstehende Soziologie entwickelt hätte, die Natur dieses beklagten Prozesses sowie seine Spannungen innerhalb des modernen demokratischen Regimes. Es stelle sich aber zunächst die Frage, worauf diese Unzufriedenheit der beginnenden Soziologie mit der sich entwickelnden Demokratie beruhe: Bei genauerer Betrachtung habe dieses Gefühl seine Ursache nicht in erster Linie in der Angst vor der durch die Enthierarchisierung entstehenden Atomisierung der Gesellschaft, denn sowohl Marx, Tocqueville als auch Weber würden glauben, diese Zersplitterung würde nicht durch die inhärenten, neuen Regeln der Gemeinschaft in der demokratischen Wirklichkeit umgestoßen, sondern liege in dem Widerspruch zwischen der Politik auf der einen und dem Sozialen auf der anderen Seite: dem Riss zwischen der dauerhaften und notwendigen Unterordnung des Individuums unter die Gemeinschaftsregeln und seiner Entfaltung als freies und autonomes Wesen. Einerseits werde durch die universalistische und abstrakte Natur der Demokratie verhindert, dass die realen Umstände der Gesellschaft, sei es bei Marx die in ihr vorhandene soziale Teilung oder bei Durkheim ihre Funktion als Ort der Verwirklichung von Solidarität, sich ausdrücken könnten; andererseits lasse der normative Raum der Politik durch seine universalistische und abstrakte Natur bei Tocqueville die Freiheit und bei Weber die Intentionalität in der neuen Regierungsform verkümmern. Die Soziologie gehe also davon aus, dass die demokratische Wirklichkeit, also der tatsächliche Fortschritt der Gesellschaft sowie die in ihr vorhandenen politischen Formen, nicht mit ihrem normativen Projekt, d.h. ein Regime der Freiheit und Autonomie zu schaffen, übereinstimme und deswegen gelinge es ihr nicht, dieses Problem zu lösen. Sheldon Wolin und Robert Nisbet sähen das soziologische Vorhaben sogar als einen konservativen Rückschritt gegenüber der Aufklärungsphilosophie sowie der notwendig schöpferischen Natur des Sozialen an, die sie selbst postulieren würden, denn die Soziologie knüpfe aus ihrer Sicht wieder an die Gemeinschaftskonzeption an, der sie die Künstlichkeit des modern-demokratischen Vorhabens gegenüberstellen würden. Auch Hannah Arendt und Pierre Manent sähen in der aufkommenden Soziologie eine Partei, die entschieden für die Moderne sei und dadurch verhindere, dass die Frage nach dem Menschen und seiner Natur anders als nur in seiner historischen und sozialen Dimension gestellt werde. Diese beiden Einwände sind für Thériault allerdings nur teilweise zutreffend, denn die neu entstehende Wissenschaft hätte weder der Demokratie den Rücken zugekehrt, noch hätte sie sich für eine soziale Deutung dieser entschieden, sondern sie hätte ihre Entwicklung für eine Sackgasse gehalten. Sie sei daher weit davon entfernt eine nostalgische Wissenschaft von der Gesellschaft zu sein, die feststelle, dass die Demokratie ihre Versprechungen nicht erfülle, sie sei auch nicht antipolitisch, sondern sie sei eine moderne Gesellschaftswissenschaft, die fähig sei, die inneren Probleme eines auf freiem Willen der Untertanen basierenden Regime ebenso klar zu erkennen wie die gemeinschaftliche Realität, die alles den Einzelnen bestimmende überhole, allerdings mit der Unfähigkeit dieses widersprüchliche Resultat, das sie studiert habe, zu akzeptieren. Ihr Skeptizis-

---

<sup>411</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Thériault, Yvon: *Sociologie, démocratie et aventure du sujet moderne*, in: *Cahiers de recherche sociologique*, Heft 30, 1998, S. 236 - 237

mus gebe der heutigen Soziologie darüber hinaus aufschlussreiche Erklärungen über die Spannungen zwischen der gesellschaftlichen Zersplitterung und der Existenz eines kollektiven Daseins, zwischen der politischen Idee einer konstruierten politischen Macht von oben und einer aus dem kollektiven Willen der Einzelnen durch Aufsummierung oder Aktion der Gesellschaft selbst abgeleiteten Macht von unten sowie zwischen den neuen Formen des Gemeinschaftszwanges, wie Staat, Bürokratie, Markt und öffentliche Meinung, die für den modernen Individualismus geeignet seien, und der Fähigkeit des einzelnen Untertanen ihre Freiheit und ihren Willen zu akzeptieren.<sup>412</sup>

Während die junge Soziologie zu sehr an der Sichtbarwerdung des modernen Untertanen geklebt wäre, als dass sie fähig gewesen wäre, abzuschätzen, ab wann die Demokratie eine noch nie dagewesene Form der konstruierten Solidarität um das zugleich autonom und kollektiv wieder erschaffene Gemeinschaftswesen eingeführt hätte, habe man heute in dieser Wissenschaft genügend Abstand zu den Theorien der Aufklärung und könne zudem auf zwei Jahrhunderte demokratische Erfahrung zurückblicken, so dass man nicht nur verstehe, warum solch ein System funktioniere, sondern auch gelernt habe, sich mit den dort bestehenden Widersprüchen abzufinden. Alain Touraine hätte zudem darauf aufmerksam gemacht, dass die Geschichte des modernen Untertanen nicht auf die durch die Aufklärungsphilosophie und durch Markt- sowie Techniklogik entwickelte Rationalität reduziert werden könne, wie dies die ersten kritischen Beobachter getan hätten, als sie das von Tradition, Kultur und Hierarchie verzauberte alte Herrschaftssystem mit dem von reiner Vernunft, Marktgesetzen, Bürokratie sowie unbegrenztem, utilitaristischem und vernichtendem Individualismus geprägten System der Moderne verglichen hätten, vielmehr existiere darüber hinaus auch eine - wenn auch zurückgedrängte - Bekräftigung des religiösen Ursprungs des Menschen als Urheber der Welt. Für die Pioniere der Soziologie hätte ein Bruch zwischen dieser intentionalen und der rationalen Dimension bestanden, doch Touraine sei überzeugt, dass die Erstere sich gegen die Idee eines rationalen Untertanen nicht sperre, jedoch gegen den Willen dieses Untertanen sich als freies Wesen - indem er seinen Freiheitswunsch belohne und seine Bestimmung als soziales Wesen in der rationalen Welt neu festlege - seine Geschichte zu machen, denn es existiere keine Demokratie, wenn nicht ein Staatsangehöriger die Rückgabe der Intentionalität bzw. der subjektiven Seite in die menschlichen Angelegenheiten zu erreichen versuche. Der Glaube, die demokratischen Systeme beruhten im Wesentlichen auf der Vernunft ihrer Mitglieder, entbehre nicht jeder Grundlage, weil sowohl die Aufklärungsphilosophie als auch der dieser Konzeption anhängende Habermas den Ursprung einer solchen Gemeinschaft im Naturrecht sähen, gemäß dem die Bürger sich willentlich versammeln würden, um eine legale Gesellschaft von Freien und Gleichen zu bilden, womit das autonome Individuum als schaffende Basis der Sozietät angesehen werde. Hieraus entwickle sich die Idee einer rein transparenten Gesellschaft, die die Mechanismen ihrer eigenen Funktionsweise kenne bzw. kennen könne. Während die alte Soziologie nach den Charakteristiken dieses Seins frage, hätte sie freilich die Existenz eines menschlichen Wesens entdeckt, das aber nicht ontologisch-autonom gewesen wäre und nicht die Transparenz aufwies, die ihm seine modernen Gesellschaftsvertrag-Konzepture gegeben hätten, sondern eine bedeutend komplexere Struktur besessen hätte: Es sei im Inneren durch das Unterbewusste, das er nicht kontrolliere, bewohnt und von außen durchdrungen von verschiedenen Kräften, wie Leidenschaften, Interessen, Klassenzugehörigkeit, Geschlecht oder Ethik, die die Handlungen des Einzelnen schwer entzifferbar machen würden. Die Entdeckung der Illusionen des modernen Staatsbewohners, an dem die Soziologie teilhabe, erkläre aber keineswegs die Demokratie für

---

<sup>412</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Thériault, Yvon: Sociologie, démocratie et aventure du sujet moderne, in: Cahiers de recherche sociologique, Heft 30, 1998, S. 237 - 239

ungültig, sondern gebe vielmehr Aufschluss über die hiermit für sie verbundenen Schwierigkeiten. Die Demokratie erscheine hier als eine schwierige Bestätigung eines in sich gespaltenen Individuums, die mal an die freie Natur seines Wesens, seinen transzendenten Pol, mal an seine Realität als Gemeinschaftswesen, seinen praktischen Pol, appelliere und damit eine Bekräftigung des wahren modernen Menschen sei, der eine neue Form der Freiheit fordere, während sie gleichzeitig an der Schaffung neuer Unterwerfungsformen teilnehme. Sie sei damit die Entdeckung des Abenteurers des modernen Untertanen in Begegnung mit seiner entschlossenen sozialen Dimension, wobei dieses Abenteuer, so Claude Lefort, seine Anstöße aus der Stärkung des autonomen Staatsmitglieds hole, aber nicht wisse, diese zu reduzieren. Indem der äußerste Sitz der Macht beim Einzelnen lokalisiert werde, der nicht anders benannt werden könne, als durch seine Abstraktion als Vernunftwesen, und damit ein leerer Ort sei, führe man in demokratischen Gesellschaften eine unüberwindbare Distanz zwischen dem Sitz der Macht und der Stelle, an welcher sie in der Praxis ihre Aktualisierung erhalte, ein, was den praktischen Pol der Demokratie belebe, der es erlaube, die Vielfältigkeit des neuen Gesellschaftsmitgliedes sichtbar werden zu lassen. Aber auch wenn das demokratische Modell weit von seinen ursprünglichen Ideen, nämlich der reinen Transparenz des Staatsbürgers der Aufklärung, entfernt sei, so habe auch die Letztere anhand von Tatsachen keinen authentisch subjektiveren Menschen aufgedeckt. Für Thériault war die Soziologie nicht nur eine Wissenschaft, die in der politischen Illusion eines freien Staatsmitglieds soziale Tatsachen entdeckt hatte, auch stellte sie nicht einfach das gesellschaftliche Wesen dem politischen gegenüber, sondern sie hatte in der demokratischen Wirklichkeit zwei widersprüchliche Arten der Entfaltung des modernen Menschen erkannt: einerseits die Verwirklichung der neuen Freiheit unmittelbar nach der Zerstörung der Traditionen durch die Individualisierung und Rationalisierung der Welt; andererseits zugleich die Fortdauer der kollektiven Zwänge durch die soziale Wirklichkeit, in der die Menschen weiterhin lebten sowie die neuen Regeln, die die modernisierende Logik selbst ihnen aufbürdete. Entscheidend für diese Schlussfolgerungen wäre der demokratische Skeptizismus gewesen, der auf der Feststellung beruht hätte, dass sich innerhalb der neu entstehenden Gesellschaften ein Individualismus entwickle, der den Einzelnen atomisiere, während dies gleichzeitig die Wirkung abstrakter Gemeinschaftsregeln immer mehr fördere. Damit sei die theoretische Stärkung des Individuums durch die Aufklärungsphilosophie zur Realität geworden, was allerdings auch Gefahren in sich geborgen hätte. Obwohl die Soziologie diese im Grunde genommen ewig wiederkehrenden und niemals glückenden Versuche des neuen Menschen, die zwei Seiten seiner Natur wieder zu vereinigen, erkannt hätte, hätte sie nicht festzustellen vermocht, dass dieser Umstand auch die Demokratie charakterisiere und hätte daher versucht, diese zwei Komponenten wieder zusammenzuführen.<sup>413</sup>

Genaugenommen seien die aktuellen Streitgegenstände der Soziologie bezüglich der Demokratie dieselben wie zur Zeit ihrer Entstehung, denn diese Wissenschaft versuche immer noch die paradoxe Welt der demokratischen Regime zu akzeptieren, die nach und nach sowohl theoretisch als auch praktisch die widersprüchliche Natur des menschlichen Wesens, die ihre Existenz ausmachen würde, wieder zusammensetzen müsse. Diese Forderung sei heute, so Thériault, dringender als jemals, denn durch die Radikalisierung der Demokratie, könne die Soziologie nicht wie in ihren Anfängen die Frage nach der demokratischen Wiederaussetzung wegen der offensichtlichen Randexistenz der modernen Regierungsform, vermeiden. Dass eine solche Radikalisierung der zeitgenössischen Demokratie tatsächlich vorliege, möchte Thériault daher anhand einiger Fakten darlegen: Zu-

---

<sup>413</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Thériault, Yvon: *Sociologie, démocratie et aventure du sujet moderne*, in: *Cahiers de recherche sociologique*, Heft 30, 1998, S. 240 - 243

nächst hätten die demokratischen Gesellschaften über lange Zeit ihre soziale Kohärenz dank der Reste von kulturellen Traditionen, die sie von den vordemokratischen Gemeinschaften geerbt hätten, bewahren können, weil die demokratische Wirklichkeit noch nicht bis in das tägliche Leben vorgedrungen wäre, aber wie Habermas feststelle, sei diese Ressource erschöpft und so müsse nun radikaler denn je nach der normativen Dimension des Zusammenlebens gefragt werden, auch auf das Risiko einer Motivationskrise hin. Heute sei die Frage nach der Versöhnung von Rationalität und Werten, von der Freiheit des Einzelnen mit seiner sozialen Dimension keine theoretische von Intellektuellen und Politikern mehr, vielmehr betreffe sie die große Mehrheit der Bürger.<sup>414</sup>

Darüber hinaus gebe es aber eine weitere Facette der Radikalisierung der inneren Logik der Demokratie. Indem die Befreiungsideologien die Welt der Traditionen verlassen und sich der Zukunft zugewandt hätten, hätten sie geglaubt, eine Welt zu unterbreiten, in der das freie Wesen und das gesellschaftliche Wesen, das transzendente und das private, das verursachende und das wirkende schließlich sich ohne weiteres Zutun wieder vereinen würde und die demokratischen Gesellschaften hielten es lange für möglich, die Angst des modernen Menschen vermeiden zu können, doch durch die Geschichte lerne man, das sich diese Ideologien in totalitäre verwandelten und in Bezug auf die Historie des modernen Menschen mehr als eine Übergangsperiode erscheinen würden, denn als Ausprägung seiner wahren Natur. Ihr Ende hätte dann auch eine Gesellschaft angekündigt, die der demokratischen Widersinnigkeit radikal die Stirn biete, allerdings könne man heute die Notwendigkeit Autonomie und Gemeinschaftsleben in Einklang zu bringen, nicht mehr für die Zukunft planen.<sup>415</sup>

Die Radikalisierung der Demokratie, aber auch das Abenteuer des modernen Menschen in seiner Gänze, enthülle sich in der gewaltigen Verschärfung des Individualisierungsprozesses in den letzten vierzig Jahren. Zwar bedeute eine solche Individualisierung nicht das Ende der kollektiven Zugehörigkeit, doch erscheine Letztere zunehmend aufgespalten angesichts der weitverbreiteten Stärkung des Individuums, das seine eigene Identität zu basteln gedenke, was die Wiedervereinigung der Doppelnatur des Menschen zu einer Sache des Einzelnen werden lasse. Dies erlaube es, ein Wachstum der Reflexivität im Herzen der fortgeschrittenen modernen Gesellschaftsaktivität anzunehmen und auch wenn eine solche Lesart richtig sei, so könne sie sehr leicht zu einer neuen Reduzierung der Geschichte des Menschen auf seine rationalistische und utilitaristische Seite führen, wie es bereits einige tun würden, die in der fortgeschrittenen Moderne den Sieg des utilitaristischen Individuums und der universellen, formellen Systeme sähen.<sup>416</sup>

Diese Radikalisierung der Demokratie beinhalte jedoch nicht ihren Sturz, denn nichts deutet heute wie im 19. Jahrhundert darauf hin, dass die Stärkung des autonomen Menschen zu einer transparenten Gesellschaft oder zur Verwirklichung einer funktionellen, völlig rationalisierten Demokratie führe: Die Ausbeutung der Tradition, das Ende der großen Befreiungsideologien und die zunehmende Individualisierung habe nämlich nicht zum Verschwinden des sozialen, von Leidenschaften geprägten Menschen geführt. Die heutigen gesellschaftlichen Bewegungen hätten noch die Aufgabe mit ihren dauernden Appellen an den Körper, das Geschlecht und die kulturelle Identität an die Gemeinschaft zu erinnern, wobei - mit Charles Taylor gesprochen - sich dieses Wiedererkennen nicht nur durch einen Appell an die gleiche Würde zeige, was ein definitiver Sieg des universellen und die Gleichheit fordernden Poles der Moderne wäre, sondern auch durch die Forderung von Au-

---

<sup>414</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Thériault, Yvon: Sociologie, démocratie et aventure du sujet moderne, in: Cahiers de recherche sociologique, Heft 30, 1998, S. 243 - 244

<sup>415</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Thériault, Yvon: Sociologie, démocratie et aventure du sujet moderne, in: Cahiers de recherche sociologique, Heft 30, 1998, S. 244

<sup>416</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Thériault, Yvon: Sociologie, démocratie et aventure du sujet moderne, in: Cahiers de recherche sociologique, Heft 30, 1998, S. 244 - 245

thentizität, welche die gemeinschaftliche Natur anspreche. In den meisten Ansprüchen der heutigen Zeit könne diese doppelte Natur des modernen Menschen gefunden werden, so etwa auch bei der Frauenbewegung, die einerseits zwar die Gleichheit der Geschlechter verlange, andererseits aber auch die rechtmäßige Anerkennung der Bedeutung und Gepflogenheiten, die geschichtlich mit dem Sein als Frau verbunden seien.<sup>417</sup>

Heute ebenso wie gestern müsse die Soziologie lernen die Dynamik zu berücksichtigen, mit welcher der Mensch seine Identität in einer Demokratie kontinuierlich wieder herstelle, indem sie an die widersprüchlichen Standpunkte von Freiheit und Geschichte, Autonomie und Gemeinschaft appelliere. Allerdings könne sie aus der Radikalisierung des demokratischen Systems lernen, dass es künftig für den Soziologen unmöglich sei, sich zum Verständnis dieser Dynamik auf Gebilde wie Klasse, Nation oder Befreiungsideologien zu stützen, vielmehr müsse sie dem von Max Weber vorgezeichneten Weg folgen und keine Weltkonzepte verfolgen, sondern ihren Vorrang auf den Akteur sowie bedeutsame Handlungen richten, durch welche sie das wieder zusammenfüge, was die Moderne fortwährend trenne. Im Zentrum der soziologischen Arbeit müsse wie in der demokratischen Praxis, mit der sie eng verbunden sei, die Autonomie stehen, d.h. sie müsse die sozialen und politischen Formen aufmerksam untersuchen, die eine Wiedervereinigung des Menschen erlauben bzw. nicht erlauben, wobei die Beziehung zwischen gesellschaftlichem Handeln und juristischen Institutionen, die eine wesentliche Vermittlerstelle einer solchen Rekomposition darstellen würden, analysiert werden müsse. Hinzu komme eine genaue Erforschung der neuen gesellschaftlichen Zwänge und zwar sowohl der aus der Demokratie entspringenden als auch der nicht davon herrührenden, denn die Gemeinschaftsregeln seien immer mehr eine direkte Auswirkung des reflexiven Gewissens der gesellschaftlichen Akteure. Die Zukunft der Soziologie liege, wie sich bereits in ihren Anfängen zeige, in ihrer Fähigkeit sich über die Bastardisierungspraktiken zwischen dem autonomen und dem sozialen Menschen klar zu werden, denn die Demokratie scheine ihr zu schwach, um diese Spannungen gänzlich bewältigen zu können, aber auch ihre theoretischen Prinzipien helfen ihr hier nicht weiter, denn sie würden die Frage des autonomen Menschen in den Bereich der metaphysischen Spekulation oder in eine gefährliche Wirklichkeit verlegen. Angesichts der Radikalisierung der Demokratie in der heutigen Zeit sei die Soziologie verpflichtet, die Existenz des Menschen ernst zu nehmen und als Herz ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit die demokratische Dynamik zu sehen, die eine endlose Arbeit über das menschliche Wesen sei.<sup>418</sup>

Bei der abschließenden Betrachtung von Thériaults Aufsatz stellt sich wiederum die Frage, welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Verfasser zwischen den beiden Denkern Alexis de Tocqueville und Karl Marx herausarbeitet. Hierbei ist festzuhalten, dass er bei beiden Theoretikern eine starke Skepsis gegenüber der Demokratie beschreibt, denn Marx hätte geglaubt, dass diese Regierungsform die Entfaltung des wahren Menschseins verhindert hätte, weil sie einen Bruch zwischen Mensch und Bürger bewirkt hätte und Tocqueville wäre überzeugt gewesen, dass sie eine Gleichheitslogik hervorbringe, die einen neuen, die Freiheit gefährdenden Despotismus entstehen lassen könne. Mit diesen Ausführungen sind die Ausführungen Thériaults zu den beiden Denkern allerdings beendet, weil der Schwerpunkt seine Interessen auf einer völlig anderen Ebene liegt: Er möchte mit seinen

---

<sup>417</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Thériault, Yvon: *Sociologie, démocratie et aventure du sujet moderne*, in: *Cahiers de recherche sociologique*, Heft 30, 1998, S. 245 - 246

<sup>418</sup> vgl. zu den Ausführungen dieses Absatzes: Thériault, Yvon: *Sociologie, démocratie et aventure du sujet moderne*, in: *Cahiers de recherche sociologique*, Heft 30, 1998, S.246 - 247

Ausführungen nämlich darlegen, dass die Soziologie keine nostalgische Wissenschaft von der Gesellschaft ist, die der Demokratie den Rücken zugekehrt oder sich für eine soziale Deutung dieser entschlossen hat, sondern dass sie fähig ist, ihre Rolle als Disziplin der demokratischen Moderne in unserer Zeit völlig ausfüllen. Sein Eingehen auf Marx und Tocqueville hat dann auch den alleinigen Zweck die Skepsis der ersten Soziologen gegenüber diesem Phänomen aufzuzeigen und gleichzeitig deutlich zu machen, dass diese Wissenschaftsrichtung ihr Entstehen gerade im Wesentlichen der aufkommenden Demokratie verdankt und eng mit ihr verbunden ist. Bei der vorliegenden Arbeit handelt es sich also um keine Vergleichsarbeit über Alexis de Tocqueville und Karl Marx, wobei hier keine weitere Bestätigung durch ein Literaturverzeichnis möglich ist, da der Verfasser ein solches seiner Arbeit nicht beigefügt hat. Die Aussagen und Erkenntnisse der beiden Denker dienen lediglich als Argumente für einen anderen Themenzusammenhang, den Thériault eigentlich behandeln möchte.

### **c. Charakterisierung der Vergleichsliteratur nach der Wende 1989/90**

Der Zerfall des Ostblocks nach 1989 und die nachfolgende Entstehung demokratischer Staaten in diesem Bereich schien einen herben Schlag für die marxistische Lehre darzustellen, als dessen Repräsentanten die Sowjetunion sich selber, aber auch die Länder in ihrem Einflussbereich immer dargestellt hatte. Noch zu verstärken schien sich die Niederlage dieses Systems durch den Umstand, dass es den Amerikaner nicht nur gelang, den irakischen Diktator Saddam Hussein zu besiegen, sondern auch den vier Jahre andauernden Bürgerkrieg in Bosnien-Herzegowina nach wenigen Monaten zu beenden und die Parteien zur Unterzeichnung eines Friedensabkommens zu bewegen. Hinzu kam, dass es dem neu gegründeten Rußland nur schwer gelang, die unter sowjetischer Herrschaft marode gewordene Wirtschaft wieder auf die Füße zu bringen, vielmehr verschlimmerte sie die Situation noch indem sie einfach die Geldmenge erhöhte und damit die eigene Währung wertlos machte, während die USA nach 1992 einen steilen wirtschaftlichen Aufstieg erlebten. Auch in der Bundesrepublik wurde durch die Öffnung der Stasi-Akten die Abgründe des sozialistischen DDR-Regimes der Öffentlichkeit vor Augen geführt, so dass sich eine Neubeschäftigung mit der marxschen Lehre sowie die Etablierung einer neuen für alle Wissenschaftler weltweit geradezu anbot. Tatsächlich blieb eine solche Entwicklung aber wiederum aus und Aufsätze, die sich mit einem Vergleich der beiden Theoretiker Alexis de Tocqueville und Karl Marx beschäftigten, wurden auch weiterhin kaum verfasst. Betrachtet man die in diesem Zeitraum verfassten Arbeiten, so stellt man fest, dass im Vordergrund fast aller völlig andere Themen standen, im Rahmen derer der Vergleich allein einen kleinen Einzelaspekt darstellte, etwa bei der Untersuchung der kognitiven Arbeitsmethode bei Raymond Boudon oder bei der Betrachtung der Rolle der Soziologie in unser heutigen Zeit durch Yvon Thériault. Nur eine der betrachteten Arbeiten, nämlich diejenige von Kerry Whiteside, beschäftigt sich in der Hauptsache mit dem Vergleich der beiden Denker, doch die Untersuchung beschränkt sich bei diesem Aufsatz lediglich auf einen Teilaspekt von deren Ideen, nämlich die Freiheit. Angesichts dieser Tatsache muss davon ausgegangen werden, dass während der sechziger und siebziger Jahre offensichtlich eine derart feste Etablierung, aber auch Verselbständigung des marxschen Gedankengutes in der Wissenschaft stattgefunden hatte, dass es trotz des Niedergangs des Ostblocks seinen Platz in der Lehre beibehielt. Seine Arbeiten wurden weiterhin neben denjenigen von Alexis de Tocqueville als gedankliche Quellen für die Aufstellung neuer Theorien oder Erklärung von

Phänomenen herangezogen. Das Ausbleiben von Vergleichen wurde sicherlich noch begünstigt durch die politischen Skandale, die die Bundesrepublik Deutschland und die Vereinigten Staaten in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre belasteten, aber auch durch die Tatsache, dass der Konflikt mit dem Irak, aber auch der Bürgerkrieg in Jugoslawien nicht dauerhaft hatte beendet werden können, denn diese Ereignisse zeigten deutlich, dass auch die westlichen Systeme nicht das beste und glorreichste System darstellten wie ihr «Sieg» nach 1990 zunächst vermittelt hatte. Vielmehr gab es auch in diesen liberalen Staaten Übergriffe auf andersartige Mitbürger, wie die ausländerfeindlichen Übergriffe in Deutschland der Weltöffentlichkeit zeigten; und man kämpfte mit sozialen Missständen und Ungerechtigkeiten, wie die gewalttätigen Ausschreitungen in den Vereinigten Staaten in verschiedenen Städten zeigten.

## **5. Die Grundlinien der vergleichenden Forschung über Alexis de Tocqueville und Karl Marx**

Am Ende der Arbeit soll nun versucht werden, die Entwicklung der Vergleichsforschung über Alexis de Tocqueville und Karl Marx idealtypisch zu charakterisieren.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war der Nationalismus durch seine Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Verruf geraten und gerade der Kommunismus schien v.a. in intellektuellen Kreisen die Gewähr für ein menschliches Politiksystem zu garantieren, in dem alle Menschen frei und glücklich werden konnten. Dabei schien das System gerade in der Sowjetunion zu zeigen, dass es auch beim Fehlen jeglicher gesellschaftlicher Unterschiede zu wirtschaftlichen Höchstleistungen fähig war. Die Situation veränderte sich, als bekannt wurde, welche Verbrechen gegen die Menschlichkeit auch unter einem kommunistischen System möglich waren und gerade in kommunistischen Kreisen führte dies zu heftigen enttäuschten Reaktionen. Die Glücks- und Gleichheitsgarantie des Kommunismus war zum ersten Male ins Wanken geraten, was Wissenschaftler dazu veranlasste, es mit der Etablierung einer «Gegenphilosophie» zu versuchen. Der Zeitpunkt schien äußerst günstig die marxsche Lehre aus den Angeln zu heben und einen liberalen Denker, nämlich Alexis de Tocqueville, in der wissenschaftlichen Welt als führenden Philosophen zu etablieren. Zunächst versuchte man es mit mündlichen Vorträgen im Rundfunk, aber auch Vorlesungen an den Universitäten, doch das Interesse an Vergleichen zwischen den beiden Theoretikern blieb gering. In der Folge begann man mit der Veröffentlichung von Vergleichsaufsätzen, doch auch hier sollte kaum ein Echo folgen. Ende der fünfziger Jahre begannen Wissenschaftler an den Universitäten sich wieder mit der marxschen Lehre zu befassen und es dauerte nur wenige Jahre und es gehörte in intellektuellen, aber auch politischen Kreisen zum guten Ton Marx zu zitieren und die gegen das gesellschaftliche Establishment rebellierende Jugend glaubte, in dem deutschen Denker den ihren Zielen und Wünschen entsprechenden Freigeist zu finden. In dieser Zeit kam der Vergleich Tocqueville-Marx fast ganz zum Erliegen. Nachdem der Westen zunehmend auf Entspannungskurs mit dem Ostblock ging und in der Öffentlichkeit sich der Eindruck verfestigte, dass ein normaler Umgang auch mit diesen Mächten durchaus möglich war, die vorangegangene Verteufelung dieser Systeme somit unberechtigt erschien, konnte sich das marxsche Gedankengut weiter in wissenschaftlichen Kreisen etablieren und Tocqueville verblieb weiterhin von geringem Interesse. Hieran änderte sich auch nichts durch linke Gewalttaten, die in Deutschland verübt wurden, sowie Menschenrechtsverletzungen, die gegen Ende der sechziger und siebziger Jahre in den Ostblockstaaten stattfanden und an die Weltöffentlichkeit drangen. Zwar begannen die Menschen sich im Westen wieder mehr für konservative Regierungssysteme zu entscheiden, aber die Wissenschaft blieb von diesen Entwicklungen weiter unbeeindruckt und ließ keinerlei Bedürfnis erkennen einen Marx gleichwertigen Philosophen einzuführen oder auch nur die marxsche Philosophie einem eingehenden Vergleich mit einem anderen Denker zu unterziehen. In der Folge verblieb die vergleichende Tocqueville-Marx-Forschung auch in den siebziger und achtziger Jahren ein Stiefkind der wissenschaftlichen Betätigung. Die Forschung hatte bis zu diesem Zeitpunkt zwar eine Vielfalt von Erkenntnissen zu Tage gefördert, deren wissenschaftlicher Wert allerdings sehr beschränkt war, weil sie in der überwiegenden Zahl der Fälle aus sehr begrenzten Betrachtungen gewonnen und mangels gegenseitiger Diskussion auch keiner wissenschaftlichen Überprüfung unterzogen wurden. Hinzu kam, dass der überwiegende Teil der Arbeiten thematisch eher nebensächlich einen Vergleich vornahm, weil es hier um die Erörterung ganz anderer Thematiken ging und die Gegenüberstellung von Marx und Tocqueville lediglich neue Er-



kenntnisse für die untersuchte Problematik geben sollte. All dies trug dazu bei, dass die komplexe und intellektuell sehr anspruchsvolle marxsche Theorie ihr großes Ansehen in wissenschaftlichen Kreisen behielt und auch weiterhin gepflegt wurde. Eine einschneidende Veränderung dieser wissenschaftlichen Haltung schien sich abzuzeichnen, als die kommunistischen Systeme Ende der achziger Jahre ihren wirtschaftlichen, aber auch gesellschaftlichen Niedergang einräumen mussten und die in ihnen lebende Bevölkerung von Land zu Land demokratische Systeme einzuführen begann. Hiermit schien sich endgültig vor aller Welt darzulegen, dass der Marxismus ein Gesellschaftssystem predigte, das sich in der Realität nicht verwirklichen ließ. Doch wieder Erwartung kam es nicht zu dem völligen und endgültigen Popularitätsverfall der marxschen Lehre. Es zeigte sich, dass sie sich über die Jahrzehnte dauerhaft in der universitären Wissenschaft aber auch den Köpfen der Menschen hatte festsetzen können und dass selbst ein solch überraschender und abschließender Zusammenbruch der sozialistischen Staaten sie nicht dauerhaft aus den wissenschaftlichen Kreisen tilgen konnte. Zu dieser Entwicklung trug darüber hinaus bei, dass der Gleichheit und dauerhaftes Glück für jedermann in Aussicht stellenden Lehre von Karl Marx das nüchterne und weniger charismatische Ideenkonzept Tocquevilles keine gleichartige Faszination entgegensetzen konnte und sich eine Gegenüberstellung der doch sehr unterschiedlichen Theoretiker auch bei näherer Untersuchung nicht unmittelbar anbot, so dass ein Vergleich der beiden Denker auch in den neunziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts in der Wissenschaft kein Thema war und häufig eine Randerscheinung im Rahmen anderer Untersuchungen oder Überblicksarbeiten verblieb.

### III. SCHLUSSANALYSE

Die vergleichende Tocqueville-Marx-Forschung hat ihre anfängliche Initialzündung also im Wesentlichen durch die geschichtlichen Ereignisse erhalten und war bestrebt, dem Westen auf diesem Wege einen eigenen Ideologielieferanten in der Person Alexis de Tocquevilles zu geben, doch die späteren gesellschaftlichen Entwicklungen prägten die wissenschaftlichen Kreise so nachhaltig, dass eine anhaltende und Fachkreise beeinflussende Diskussion auf diesem Wissenschaftsgebiet niemals zustandekam. Hinzu kam, dass sich ein eingehender Vergleich der beiden Theoretiker nicht unbedingt anzubieten schien: So gelangt etwa Immanuel Geiss zu dem Ergebnis, Marx und Tocqueville hätten den Klassenbegriff identisch verwendet, während Raymond Aron dies in seinem Essay «Über die Freiheiten» eben gerade bestreitet. Herbert Dittgen nun bewegt sich zwischen diesen beiden Ansichten, denn er glaubt, dass zwar beide Theoretiker zwischen proletarischen und bourgeois Bevölkerungskreisen unterscheiden würden, aber Tocqueville anders als Marx eine solche Aufteilung nur im wirtschaftlichen nicht aber im politischen Bereich vornehmen würde. Nugent nun wiederum geht davon aus, dass der französische Denker von einem absoluten Überwiegen der Mittelklasse ausgegangen sei. Es zeigt sich also, dass die Arbeiten der beiden Theoretiker eine große Deutungsvielfalt zulassen, was sich etwa auch noch im Bereich der Revolutionsursachen bemerkbar macht, wo Gerald Platt, Raymond Aron in seinem Werk «Les grandes doctrines de sociologie historique» und Linares Filadelfo zu sehr unterschiedlichen Interpretationen gelangen. Auch die Tatsache, ob Marx und Tocqueville beide die Französische Revolution als Schlüsselereignis betrachtet haben, wird von Aron und Geiss unterschiedlich beantwortet. Wenn Aron daher in seinem Aufsatz «Über die Freiheiten» feststellt, dass die biologisch-soziologischen Unterschiede anfechtbar sind, so bestätigt er die hier gemachte Beobachtung.<sup>419</sup> Nun ist es aber gerade im Rahmen eines Vergleiches von entscheidender Bedeutung, dass zwei feste Größen miteinander verglichen werden, um überhaupt zu aussagekräftigen Ergebnissen zu kommen. Kann oder ist es jedoch möglich, dass jeder einzelne Wissenschaftler in seiner Arbeit durch selektive Betrachtung festlegt, wie er die Theorien von Tocqueville bzw. Marx verstanden haben will, so wird es schwieriger für die Forscher untereinander zu diskutieren, wenn sie bereits von ganz unterschiedlichen Ausgangspositionen ausgehen. Allein dieser Umstand dürfte bereits dazu beigetragen haben, dass eine breite wissenschaftliche Auseinandersetzung in der vergleichenden Tocqueville-Marx-Forschung niemals zustandekam. Als Vergleichsbereich würde sich angesichts dieser Problematik daher allein anbieten, ihre Beschreibungen von geschichtlichen Ereignissen zu vergleichen, wie Steinert und Treiber dies getan haben, oder ihre Prognosen einander gegenüberzustellen. Im Rahmen eines solchen Vergleiches ließe sich dann allerdings nur feststellen, inwiefern sie die Ereignisse ihrer Zeit gleich oder abweichend beschrieben haben und inwieweit diese Beschreibungen mit den tatsächlichen Geschehnissen übereinstimmen bzw. wo die Abweichungen und Übereinstimmungen in ihren Prognosen liegen und inwieweit sie sich tatsächlich erfüllt haben. Problematisch an diesem Vergleich ist, dass er sehr leicht auf der bloßen Ebene richtig bzw. falsch prognostiziert bzw. übereinstimmend oder abweichend zur tatsächlichen Geschichte beschrieben, bewegen kann, ohne weitere Untersuchungsgebiete für die Zukunft zu eröffnen, wie dies in den vorliegenden Arbeiten – sofern ein solcher vorgenommen wurde – auch geschehen ist, was wiederum für das wissenschaftliche Forschen wenig Anreize bietet, weitere wissenschaftliche Aktivität zu entfalten. Es stellt sich angesichts der hier festgestellten Umstände

---

<sup>419</sup> Aron, Raymond. Über die Freiheiten. Berlin, Wien: 1984, S. 32

nun die Frage, ob aufgrund dieser Deutungsvielfalt sowie wegen der aufgrund des geringen Abstraktionsgrades eher einfach gelagerten Untersuchungsergebnisse etwa bei einem Prognosenvergleich eine Gegenüberstellung der beiden Theoretiker für die Zukunft überhaupt sinnvoll ist oder ob man die Erkenntnisse der beiden nicht besser – wie dies bisher auch immer wieder geschehen ist – weiterführend nutzt. Sollte man aber dennoch für einen Vergleich dieser beiden Denker plädieren, so müsste man sich zunächst darüber klar werden, auf welche Art und Weise man sie zukünftig vergleichen sollte, um zu aussagekräftigen und für die Forschung interessanten Ergebnissen zu kommen. Die einzige Vergleichsebene, die eventuell für die Wissenschaft ein interessantes Forschungsfeld eröffnen könnte, wäre eine Gegenüberstellung der methodischen Vorgehensweise von Marx und Tocqueville, wie dies ansatzweise bei Dittgen, bei Raymond Aron in seinen Werken «Les grandes doctrines de sociologie historique» und «Über die Freiheiten» oder bei Henri Mendras und Jean Étienne geschieht. Dass es sich hierbei um ein sehr interessantes Untersuchungsgebiet für die Wissenschaft handeln könnte, wird anhand eines Aufsatzes von Theodor Eschenburg deutlich, dessen Titel «Tocquevilles Wirkung in Deutschland» lautet und der am Ende von Hans Zbindens Ausgabe des tocquevilleschen Amerikabuches abgedruckt ist. Hier stellt er nämlich unter Zugrundelegung der wissenschaftlichen Situation des 19. Jahrhunderts fest, dass Tocqueville die von Hegel im Jahre 1831 in seinem Aufsatz über die englische Reformbill in Ansätzen praktizierte und daher in Deutschland bereits bekannte empirische Methode zum ersten Mal in seinem Jahrhundert in ihrer vollen Konsequenz anwandte. Dies bedeutet nichts anderes, als dass er die Tatbestände des gesellschaftlichen Lebens empirisch erfasste und deren konkrete empirische Wechselwirkung untereinander analysierte und damit die bis dahin allein herrschende rein staatstheoretische Gesellschaftsbetrachtung aufgab.<sup>420</sup> Die Männer lebten also in einer Zeit, in der sich die Wissenschaft in einem methodischen Umbruch befand und es wäre im Rahmen eines Vergleiches interessant, ob sich allein Tocqueville oder nicht vielleicht doch auch Marx der neuen empirischen Methode bediente, wie sich dies methodische Vorgehen gestaltete und welchen Erkenntnisse man hieraus für den wissenschaftlichen Forschung im Bereich der Politikwissenschaft und der Soziologie für die Zukunft gewinnen könnte. Zu diesem Zweck müsste allerdings eine ganzheitliche Betrachtung der Werke bezüglich ihrer methodischen Vorgehensweise stattfinden. Um abschließend aufzuzeigen, dass sich hieraus ein äußerst interessantes Vergleichsgebiet der beiden Theoretiker ergeben könnte, soll hier kurz dargelegt werden, wie sich ein solcher Vergleich gestalten, zu welchen Ergebnissen er führen und welche Bedeutung er für die moderne Wissenschaft haben könnte.

Betrachtet man zunächst Alexis de Tocquevilles Vorgehen, so kann man feststellen, dass er in seinem Amerikabuch nach ausführlicher Betrachtung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der neuen Welt zunächst einmal die These festlegt, dass sich die christlichen Gesellschaften aufgrund göttlicher Vorsehung und damit ohne es aufhalten zu können, in einer allgemeinen und dauerhaften Entwicklung hin zur Gleichheit der Bedingungen befänden, deren generelle Ursache in dem Umstand liege, dass sich im Laufe der geschichtlichen Entwicklung immer mehr Wege zur Erlangung der gesellschaftlichen Macht eröffnet und dadurch die alten auf der Abstammung beruhenden Quellen der Macht, wie Adel und Königtum, an Bedeutung verloren hätten. Bestandteil dieser Demokratisierung ist für Tocqueville insbesondere auch Frankreich, dass vor 700 Jahren noch durch die Herrschaft einer kleinen Anzahl von Familien gekennzeichnet gewesen wäre, die den Boden besessen hätten, über die Einwohner befehligten und ihre ererbte und auf dem Grundbesitz ruhende

---

<sup>420</sup> vgl. zu den methodischen Einflüssen des Franzosen: Eschenburg, Theodor: Tocquevilles Wirkung in Deutschland, in: Tocqueville, Alexis de: Über die Demokratie in Amerika. Zweiter Teil von 1840, S. 494-495, 521

Macht durch Gewalt ausgeübt hätten. Mit der Entstehung der politischen Macht des für alle Bevölkerungsschichten zugänglichen Klerus' wäre die Gleichheit allerdings in den Schoß der Regierung getragen worden, die sich dort immer stärker festsetzen und in der Folge immer weiter hätte ausbreiten können, denn einerseits hätten sich durch die Zivilisierung und Stabilisierung der Gesellschaft die Beziehungen der Individuen immer mehr verwickelt, so dass ein neuer Berufsstand nötig geworden wäre, nämlich derjenige des Rechtsgelehrten, der aufgrund seiner wichtigen Position sowohl an den Hof des Fürsten als auch an die Seite der Feudalherrn gelangt wäre, sowie andererseits durch die zwischen König und Adel aber auch der Nobilität untereinander ausgetragenen Machtkämpfe, in denen jede Seite jeweils zur Schwächung der gegnerischen dem Volk immer mehr Rechte zugestanden hätte, so dass es sehr bald Land besitzen und dadurch seine gesellschaftliche Stellung den oberen Ständen annähern hätte können. Diese Annäherung der Stände wäre noch weiter durch das Aufkommen der beweglichen Güter gefördert worden, die mit jedem entdeckten Verfahren, jedem neugeborenen Bedürfnis, jedem zu befriedigenden Wunsch an Bedeutung gewonnen hätten, was zu einer Ausdehnung des Handels geführt und diesen nicht nur zur Quelle des Reichtums, sondern mit dem zunehmenden Einfluss des Geldes auf die Staatsgeschäfte auch der Macht hätte werden lassen, wobei diese letztere Entwicklung auch die Finanzleute zu einem politischen Einflussfaktor hätte werden lassen. Hinzu wäre gekommen, dass die Wissenschaft zu einem Mittel der Regierung und die Intelligenz zu einer gesellschaftlichen Machtgröße geworden wäre, was den Gebildeten den Zugang zu den öffentlichen Angelegenheiten verschafft, aber darüber hinaus dazu geführt hätte, dass jede wissenschaftliche Entwicklung, jede neue Erkenntnis, jede neue Idee angesichts der völlig willkürlichen Verteilung der Begabungen von Seiten des Himmels sich zu einem Keim der Macht entwickelt hätte, denn die neuen Erkenntnisse wären nicht nur dem Volk verständlich gewesen, und hätten sich mit zunehmender Zivilisation über die allen zugängliche Literatur ausgebreitet, sondern sie hätte den Armen und Schwachen Waffen für ihren Kampf geliefert, der letztlich der Demokratie zugute gekommen wäre und zwar auch dann, wenn sich deren Gegner dieser neuen Erkenntnisse bedienten, da auch sie immer die natürliche Größe des Menschen hervorgehoben hätten. Zusätzlich befördert worden wäre diese Angleichung der Menschen durch die großen geschichtlichen Ereignisse, wie etwa die Erfindung der Feuerwaffen, die den Adligen mit dem Gemeinen auf dem Schlachtfeld gleichgestellt hätte, die Entstehung des Buchdrucks, der jeder Intelligenz die gleichen Möglichkeiten eröffnet hätte, die Einführung des Postwesens, das die Aufklärung sowohl bis zur Schwelle der Hütte des Armen, als auch bis zum Tor des Palastes gebracht hätte oder das Aufkommen des Protestantismus', der gelehrt hätte, dass alle Menschen in gleicher Weise dazu in der Lage seien, den Weg in den Himmel zu finden.<sup>421</sup> Obwohl Alexis de Tocqueville überzeugt ist, dass man diesen stattfindenden Demokratisierungsprozess in der Vergangenheit nicht aufhalten hätte können und in der Zukunft nicht aufhalten könne, so hält er es dennoch für möglich, deren Entwicklungsprozess zu steuern, indem dieser durch die Staatsmänner angeleitet, durch den Glauben belebt, durch die Sitten geläutert, durch Ordnung in seiner Bewegung koordiniert, durch Wissen die Unerfahrenheit und durch Bewusstsein jeder unüberlegte Trieb ersetzt, durch Anpassung an Ort und Zeit die Regierung aktualisiert und durch Modifizierung an neue Umstände und veränderte Menschen angeglichen werde. In Frankreich hätte die Demokratie zwar ihre größten Fort-

---

<sup>421</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Tocqueville, Alexis de: *De la démocratie en Amérique*, tome premier, Paris: 1868, herausgegeben von Madame de Tocqueville, das hier verwendete Exemplar wurde allerdings mit der Originalausgabe von Alexis de Tocqueville aus dem Jahre 1835 verglichen und die Abweichungen verbessert, die hier gemachten Ausführungen beziehen sich auf die Seiten 1-8, 19; diese Ansicht, die Geschichte in der christlichen Welt entwickle sich hin zur Demokratie bzw. hin zur Gleichheit äußert Tocqueville auch in: Tocqueville, Alexis de: *L'ancien régime et la révolution*, Paris: 1856, S. 31; zur Ausbreitung der Gleichheit in Frankreich: S. 23-27

schritte gemacht, aber weder die Staatsmänner noch die mächtigsten, klügsten und moralischsten Klassen hätten sie erkannt und in der Folge versucht, sie zu steuern.<sup>422</sup> Genauer gesagt, wären sie auch nicht in der Lage dazu gewesen, denn die zentralistisch organisierte Regierung hätte die Organisation des politischen und privaten Lebens in die Hand genommen und so alle Bevölkerungsklassen ihrer Fähigkeit politisch oder gemeinschaftlich zu handeln beraubt und die Könige hätten zwar bis 1850 die Chance zur Steuerung gehabt, aber gerade Ludwig XV., der zu diesem Zeitpunkt noch im Amt gewesen wäre, hätte nicht das Format Friedrichs des Großen gehabt, um eine solche Aufgabe auch tatsächlich durchzuführen. Sich der umwälzenden Situation unbewusst, in der man sich befunden hätte, hätte das alte Regime alles unternommen, um eine gewaltsame Revolution, die für Tocqueville nach 1771 wegen der Abschaffung der *parlements* nicht mehr vermeidbar gewesen wäre, zu befördern, indem es das politische System durch die Schaffung der Institutionen des *conseil du roi*, des *Generalkontrolleurs*, des *Intendanten* und des *Subdelegaten* zentralisiert und alle alten umsturzhemmenden Organe ohne Rücksicht auf gewachsene Traditionen beseitigt, das gemeine Volk willkürlich und hart behandelt und den Schriftstellern praktisch ungestört erlaubt hätte, ihre Ideen zum Staat in der politisch unmündigen Bevölkerung zu verbreiten, ja sogar deren anti-feudalistisches und den Geist des Menschen aus dem Gleichgewicht bringendes anti-religiöses Gedankengut selbst öffentlich geäußert hätte. Hätte man hiermit bereits wesentliche Grundlagen für eine spätere gewaltsame Revolution geschaffen, so hätte man sie letztlich durch die aufgrund der Philosophen gewonnenen Einsicht in die Notwendigkeit politischer Reformen ausgelöst, indem man sich mehr um das öffentliche Wohl bemüht und die Verwaltung von Grund auf neu gestaltet hätte, doch die mit den ersteren Bemühungen verbundenen Projekte involvierten zu ihrer Durchführung zahlreiche Bürger, deren Bezahlung der Staat in Beibehaltung seiner altgewohnten Willkür nicht geleistet und damit den Widerstand der Betroffenen erregt hätte, und die letzteren Anstrengungen konfrontierten die Bürger mit einem nicht vertrauten Verwaltungsapparat, der sie so verunsichert hätte, dass eine richtige Revolution kaum mehr schlimmere Veränderungen mit sich hätte bringen können. Als die Demokratie die Macht an sich gerissen hätte, wäre sie von allen französischen Staatsbürgern aufgrund des Bildes der Kraft, das sie produzierte, verehrt worden und man hätte ihr unterwürfig gehorcht, als dann die bereits im Ancien Régime vorbereitete gewaltsame Revolution losgebrochen wäre, weil die gebildeten Klassen aufgrund der allgemeinen Bindungslosigkeit, die unter den Gesellschaftsmitgliedern geherrscht hätte, nicht in der Lage gewesen wären, sich untereinander zu verständigen und daher allein das von ihnen isolierte Volk in der Lage gewesen wäre die Macht zu übernehmen, die es angesichts der jahrhundertelangen Willkürherrschaft, die es hätte ertragen müssen und des Hasses, der Vorurteile sowie der Eifersucht die es in sich hätte aufstauen können nun hartherzig und brutal ausgelebt hätte. Das Ergebnis dieser Revolution wäre gewesen, dass man eine auf den am Schicksal seiner Untergebenen teilnehmenden tugendhaften Adel gestützte, friedliche, geordnete, feste, ruhmreiche und wegen ihrer Rechtmäßigkeit auch bei willkürlicher Herrschaft akzeptierte, ansonsten sogar geliebte monarchische Ordnung aufgegeben hätte und eine keine Rangunterschiede kennende sowie durch weitverbreitete Bildung sowie weitverbreiteten Besitz, aber auch Neid, Hass, Gewalt, Selbstsucht, Verachtung gegenüber der Regierung sowie allein nach der Nützlichkeitstheorie handelnden Individuen sich auszeichnende neue Ordnung an ihre Stelle gesetzt hätte, die sich in einem kärglichen gesellschaftlichen, aber auch geistigen

---

<sup>422</sup> vgl. zu diesen Ausführungen: Tocqueville, Alexis de: De la démocratie en Amérique, tome premier, Paris: 1868, S. 8-10

Zustand befunden hätte, der weder das Gute der alten Welt beibehalten, noch das Gute der neuen Welt geschaffen hätte.<sup>423</sup>

Betrachtet man nun im zweiten Schritt Karl Marx, so kann man feststellen, dass er nach ausführlicher Darlegung und in Abgrenzung zu den deutschen Philosophen seiner Zeit die Realität zur Grundlage seiner Forschungen erklärt, und daher seine wissenschaftlichen Erkenntnisse nicht aus philosophischen Ideenkonzepten erlangt, sondern aus der Französischen Revolution des Jahres 1789.<sup>424</sup> Die hierbei angestellten Betrachtungen führen ihn zu der Erkenntnis, dass die menschliche Entwicklung nicht von der göttlichen Vorsehung der Gleichheit bestimmt sei, sondern allein von den vorgefundenen Lebensbedingungen bzw. materiellen Verhältnissen oder Produktivkräften, die ihren stetigen Wandel der sich immer ausgeprägteren Arbeitsteilung verdanken würden, wobei das mit der Arbeitsteilung entstehende und von ihr hervorgebrachte Eigentum sie im Fortschritt der Geschichte zunehmend ausschließlich bestimme.<sup>425</sup> Mit der Entwicklung dieser Produktivkräfte würden für die Menschen zwei Welten entstehen, in denen sie sich bewegten, nämlich eine persönliche sowie eine durch ihre berufliche Zugehörigkeit bestimmte Welt, wobei diese Trennung solange nicht zu Tage trete, solange die Menschen einem Stamm oder Stand angehörten, weil hier etwa die Qualität ein Adliger oder ein Bürgerlicher zu sein, noch fest mit der Individualität des Einzelnen verbunden sei. In dieser Situation empfänden alle Individuen, gleich ob sie dem herrschenden oder beherrschten Teil angehören würden, die gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen sie verkehrten als etwas zu ihnen gehöriges, was sich allerdings zu verändern beginne, wenn durch neue Produktionsweisen die Klassen in der Geschichte erscheinen und sich nicht nur der Unterschied zwischen persönlichem und Klassenindividuum manifestieren, sondern Konkurrenz und Kampf unter den Individuen entstehen würde, die zu einer Zufälligkeit der Lebensbedingungen führten.<sup>426</sup> Von nun an entsprächen die materiellen nicht mehr den gesellschaftlichen Verhältnissen und die bisherige Gemeinschaft zeige der beherrschten Klasse ihr wahres, illusionär-scheinbares Gesicht und werde für sie von nun an zur Fessel und wecke das Bedürfnis, an den Früchten der Zivilisation

---

<sup>423</sup> es handelt sich bei diesen Ausführungen um eine knappe Zusammenfassung von Tocquevilles Werk *L'ancien régime et la révolution*, Paris: 1856, wobei der Verfasser in seinem Kapitel XX „Comment la Révolution est sortie d'elle-même de ce qui précède“ eine knappe Darstellung der vorangegangenen Ausführungen gibt, S. 311-323; die hier gegebene Wiedergabe stützt sich allerdings auf sein gesamtes Werk

<sup>424</sup> zu der hier aufgestellten Annahme, Marx erlange seine wissenschaftlichen Erkenntnisse aus der Revolution von 1789 lässt sich aus einigen Aussagen aus seinem Werk <Die deutsche Ideologie> erschließen, nämlich: Marx, Karl; Engels, Friedrich: *Die deutsche Ideologie*, abgedruckt in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED: MEW, Band 3, S. 70-71 (Fußnote), 176-177; 449; 48

<sup>425</sup> Dieses Ergebnis ergibt sich aus folgenden Textstellen seines Werkes: Marx, Karl; Engels, Friedrich: *Die deutsche Ideologie*, abgedruckt in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED: MEW, Band 3, S. 13, 14, 18-22, 24-25; 26-32, 37; 39-40, 43, 50-54; 56-59; 61-66; 113, 167, 311-313; 395; Marx, Karl, Engels, Friedrich: *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie*: abgedruckt in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED sowie KPdSU: MEGA: Karl Marx. Werke. Artikel. Entwürfe. Erste Abteilung. Band 2. Text. März 1843 bis August 1844, S. 135, Marx, Karl, Engels, Friedrich: *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie*. Einleitung, abgedruckt in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED sowie KPdSU: MEGA: Karl Marx. Werke. Artikel. Entwürfe. Erste Abteilung. Band 2. Text. März 1843 bis August 1844, S.170-171; Marx, Karl; Engels, Friedrich: *Die heilige Familie*, abgedruckt in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED: MEW, Band 2, S. 56, 126, 162, 203-205; Marx, Karl: *Das Elend der Philosophie*, abgedruckt in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED: MEW, Band 4, S. 109; 130; 152; 153; 155; Marx, Karl; Engels, Friedrich: *Ökonomische Manuskripte*, abgedruckt in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED sowie KPdSU: MEGA: Karl Marx <Das Kapital> und Vorarbeiten, 2. Abteilung. Text. Band 1. Teil 1. 1857/58, S. 137, 141, 150-151, 155-156, 166-167, 200-203

<sup>426</sup> Marx, Karl; Engels, Friedrich: *Die deutsche Ideologie*, abgedruckt in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED: MEW, Band 3, S. 32; 74-76

sowie den neu erworbenen Produktivkräften teilzuhaben.<sup>427</sup> In der Folge komme es zu tatsächlichen und geistigen Kämpfen, doch letztlich gelinge es der beherrschten Klasse nur ihr Ziel zu erreichen, wenn sie die herrschende Klasse, die das bestehende Gemeinwesen bewahren wolle, durch eine Revolution verdränge und die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse beseitige. Dabei komme es zur Verschmelzung der bestehenden und angestrebten Verhältnisse, d.h. es finde eine dialektische, die Geschichte fortentwickelnde Bewegung statt, die nicht im großen Rahmen stattfinden müsse, sondern in verschiedenen Lokalitäten, Stämmen und Nationen sich ereignen könne und nie eine völlige Überwindung der besiegten Entwicklungsstufe und Interessen mit sich bringe, allerdings sich von Mal zu Mal eine breitere Basis für ihren Umsturz suchen müsse.<sup>428</sup> Hätten die Produktivkräfte die nationalen Schranken überwunden und seien zu Destruktivkräften geworden, die die Masse der Individuen eigentumslos und absolut arm gemacht hätten, während nur ein kleiner Teil Reicher und Gebildeter verblieben sei, dann sei die Realisierung des Kommunismus, d.h. des wahren Humanismus, also die Aufhebung der Arbeitsteilung und damit die Basis allen Bestehenden möglich, so dass keiner mehr einem ausschließlichen Tätigkeitsbereich zugeordnet sei, sondern den Dingen nachgehen könne, die ihm beliebt würden, während die Gesellschaft die allgemeine Produktion regle.<sup>429</sup> Marx lässt diese kleineren Entwicklungen aber außer Acht und betrachtet den Geschichtsverlauf im Folgenden nur in seinen wesentlichen Zügen, und erkennt darin zunächst als dessen ersten entscheidenden Schritt im Entstehen der Städte, mit denen nicht nur eine neue, aus Arbeit und Handwerkszeug bestehende Form des Eigentums entstünde, sondern als notwendige Konsequenz dessen, eine neue, vom Grundeigentum unabhängige, und damit die Entwicklung richtigen Kapitals einleitende Produktionsweise, das Handwerkertum, das allein in der Arbeit und im Austausch seine Basis hätte, allerdings angesichts der Verbundenheit seiner Mitglieder mit dem Feudalismus keine gesellschaftlichen Veränderungen bewirkt hätte.<sup>430</sup> Der sich im Laufe der Zeit entwickelnde Kaufmannsstand hätte zwar weitere wesentliche Veränderungen, nämlich die Hebung des Geldverkehrs in seine dritte Ordnung, das Entstehen von Manufakturen und damit auch eine Ausdehnung der bereits in den Städten aufgetretenen Arbeiterschicht mitsichgebracht sowie durch die neu entstandene Kommunikation auch die langsame Bildung einer bürgerlichen Klasse, was jedoch wiederum zu keiner Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse geführt hätte.<sup>431</sup> Entscheidende Fortschritte in der Arbeitsteilung wäre gelungen, als mit der Entdeckung Amerikas sowie des

<sup>427</sup> Marx, Karl: Das Elend der Philosophie, abgedruckt in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED: MEW, Band 4, S. 130, 140-141; Marx, Karl; Engels, Friedrich: Die deutsche Ideologie, abgedruckt in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED: MEW, Band 3, S. 46-47; 71-74

<sup>428</sup> Marx, Karl; Engels, Friedrich: Die deutsche Ideologie, abgedruckt in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED: MEW, Band 3, S. 33-34, 38; 45-48; 72-74; 417; Marx, Karl: Das Elend der Philosophie, abgedruckt in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED: MEW, Band 4, S. 91-92; 128-129; 181; 140-141

<sup>429</sup> Marx, Karl; Engels, Friedrich: Die deutsche Ideologie, abgedruckt in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED: MEW, Band 3, S. 22; 33-34; 38-39; 42; 45; 50; 67-70; 74-76; 164; 417; 424; Marx, Karl; Engels, Friedrich: Die heilige Familie, abgedruckt in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED: MEW, Band 2, S. 116; Marx, Karl; Engels, Friedrich: Ökonomische Manuskripte, abgedruckt in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED sowie KPdSU: MEGA: Karl Marx <Das Kapital> und Vorarbeiten, 2. Abteilung. Text. Band 1. Teil 1. 1857/58, S. 263; Marx, Karl: Zur Judenfrage, abgedruckt in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED und KPdSU: MEGA: Karl Marx. Werke. Artikel. Entwürfe. 1. Abteilung. Band 2. Text. März 1843 bis August 1844, S. 161-163; Marx, Karl; Engels, Friedrich: Das kommunistische Manifest, S. 41

<sup>430</sup> Marx, Karl; Engels, Friedrich: Die deutsche Ideologie, abgedruckt in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED: MEW, Band 3, S. 24-25; 50-52

<sup>431</sup> Marx, Karl; Engels, Friedrich: Die deutsche Ideologie, abgedruckt in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED: MEW, Band 3, S. 25; 53-54; 62-63; Marx, Karl: Das Elend der Philosophie, abgedruckt in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED: MEW, Band 4, S. 152-153; 155

Seeweges nach Indien der Handel zugenommen und die Manufaktur, überhaupt die Produktion einen enormen Aufschwung genommen hätte und neue Produkte, aber auch große Massen von Gold und Silber importiert aber nicht mehr exportiert worden wären, wodurch die Kaufleute und Fabrikanten große Mengen an mobilem Kapital hätten anhäufen können, der Handelskampf unter den Nationen gewachsen wäre, das Grundeigentum und die damit verbundene feudale Struktur sich zu zersetzen, aber auch die Stellung der Klassen zueinander sich zu ändern begonnen hätte – Bedingungen, unter denen das Privateigentum an Bedeutung gewonnen hätte, die durch die Einführung des römischen Privatrechts, der damit verbundenen Verfügungsfreiheit über das Eigentum sowie Vertragsfreiheit – noch gesteigert worden wäre, doch dies hätte die alte gesellschaftliche Ordnung nicht beseitigen können.<sup>432</sup> Die Zunahme des Handels hätte nun aber im 17. Jahrhundert angesichts der steigenden Nachfrage in den Kolonien noch einen bedeutenden Zuwachs erfahren, der eine weitere zunehmende Konkurrenz unter den Nationen mit Kriegen und Handelsschranken, das Ende der Gold- und Silberausfuhrverbote, die Entwicklung des Geldwesens, die Akkumulation der Kapitalien, die große gesellschaftliche Bedeutung des allgemeinen bzw. geldlichen Reichtums, die freie innere Konkurrenz und die Entwicklung der Mechanik bewirkt hätte, was in Frankreich dazu geführt hätte, dass das mächtig gewordene Bürgertum seine den materiellen Verhältnissen entsprechende Lebensstellung auch im Rahmen der gesellschaftlichen Verhältnisse hätte erhalten wollen, sich aber angesichts des Widerstandes der alten herrschenden Mächte mit dem Volk hätte zusammentun und eine Revolution bewerkstelligen müssen, um das gewünschte Ziel zu erreichen. Diese Revolution hätte allerdings lediglich eine politische Emanzipation vollzogen, d.h. sie hätte den Menschen als Gesellschaftsmitglied auf das egoistische, unabhängige Individuum und als Staatsbürger auf die moralische Person reduziert, ohne jedoch eine wirkliche Emanzipation durch Zurückführung der Verhältnisse auf den Menschen selbst zu erreichen, was allerdings zu diesem Zeitpunkt auch mangels entsprechend entwickelter Produktivkräfte nicht möglich gewesen wäre, denn auch wenn das Geld bereits in seiner dritten Dimension vorgelegen und seine Naturwüchsigkeit zum größten Teil verloren hätte, so wäre es doch verhältnismäßig langsam geblieben, weil der Weltmarkt in einzelne, von bestimmten Nationen kontrollierte und ausgebeutete Teile zerfallen wäre und so noch keine richtige Konkurrenz entstanden gewesen wäre, weil die Produktion noch unbeholfen und das sich aus seinen ersten Stufen heraus entwickelnde Geldwesen in der Zirkulation noch sehr behindert gewesen wäre, so dass allen Kaufleuten – auch wenn sie gegenüber den Fabrikanten Großbürger waren – immer noch ein krämerhafter, schmutzig-kleinlicher Geist angehangen wäre.<sup>433</sup> Die Entwicklung jener Zeit, d.h. die Freigabe des Handels vom zwischenzeitlich in großen Mengen vorhandenen Goldes, die erhöhte Nachfrage der Kolonien, die Konzentration der Kapitalien sowie die Entwicklung der ausgedehntesten Arbeitsteilung durch das Aufkommen der Mechanik, hätten die große Industrie entstehen lassen, die die naturwüchsigen Verhältnisse der Familie, des Stammes, aber auch der Leibeigenschaft und der Sklaverei zerstört und stattdessen den freien Arbeiter sowie den Kapitalisten erschaffen hätte, die nur noch in Geldverhältnissen und damit zufällig miteinander verbunden gewesen wären, untereinander

---

<sup>432</sup> Marx, Karl; Engels, Friedrich: Die deutsche Ideologie, abgedruckt in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED: MEW, Band 3, S. 56-58; 62-64

<sup>433</sup> Marx, Karl; Engels, Friedrich: Die heilige Familie, abgedruckt in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED: MEW, Band 2, S. 58-59; Marx, Karl; Engels, Friedrich: Die deutsche Ideologie, abgedruckt in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED: MEW, Band 3, S. 58-59; 62; 66; 395; Marx, Karl; Engels, Friedrich: Ökonomische Manuskripte, abgedruckt in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED sowie KPdSU: MEGA: Karl Marx <Das Kapital> und Vorarbeiten, 2. Abteilung. Text. Band 1. Teil 1. 1857/58, S.137; 141; 150-151; 155-156; Marx, Karl: Zur Judenfrage, abgedruckt in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED und KPdSU: MEGA: Karl Marx. Werke. Artikel. Entwürfe. 1. Abteilung. Band 2. Text. März 1843 bis August 1844, S. 161-163



der in Konkurrenz gestanden hätten und zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse wie die Nationen insgesamt von der ganzen Welt abhängig gewesen wären. Sie hätte aber auch der Handelsstadt zum Sieg über das Land verholfen, hätte die Naturwissenschaft unter das Kapital subsumiert, die naturwüchsige Ausschließlichkeit der Nation vernichtet und die Ideologie, Religion, Moral, etc. zerstört oder sie doch zumindest zur handgreiflichen Lüge gemacht und so wäre es schließlich möglich geworden, dass trotz des zunächst praktizierten Protektionismus unter den Nationen die Konkurrenz bzw. die Handelsfreiheit sich universalisierte, die Kommunikation und der Weltmarkt errichtet worden seien, der Handel sich unterworfen und das gesamte vorgefundene Eigentum sich in industrielles den Staat kontrollierendes Kapital bzw. Privateigentum verwandelt hätte. Die Folgen dieser durch die große Industrie bewirkten Entwicklungen seien, dass die Produktivkräfte einerseits egal welche Ereignisse auch kommen würden dauerhaft gesichert seien, weil das Vermögen der Banken sowie das industrielle Kapital nur bei Übernahme der herrschenden Produktions- und Verkehrsbedingungen, nicht aber durch Übernahme des nur noch eine besondere, vom Privateigentum abhängige, *bourgoise* Organisationsform darstellenden Staat genommen werden könne, und andererseits völlig losgerissen und unabhängig von den Individuen seien, was nichts anderes bedeute, als dass sie dem Einzelnen als sachliche Gewalt gegenüberstünden, mit der dieser ebenso wie mit sich selbst nur noch über die Arbeit in Verbindung stehe. Indem diese aber auch jeden Schein der Selbständigkeit verloren habe und das Leben der Individuen nur noch erhalte, indem sie es verkümmere, werde deutlich, dass Kapital und Arbeit in Gegensatz zueinander getreten seien, was nicht nur die Produktivkräfte zu Destruktivkräften werden lasse, sondern auch eine überwiegende Zahl von Menschen produziere, das Proletariat, die alle Lasten der Gesellschaft zu tragen hätten ohne deren Vorteile genießen zu können, denen eine kleine Zahl von reichen und gebildeten Machthabern, die Bourgeoisie, gegenüberstehe. Die zunehmend aus der Gesellschaft hinausgedrängten Proletarier geraten in Widerspruch zur ganzen Welt, was sich in immer gewaltsameren und größeren Kollisionen äußere, da die ausweglose Situation dieser Klasse jegliche Nationalität vernichte und bei allen Zugehörigen dasselbe Interesse produziere, so dass sie letztlich ein kommunistisches Bewusstsein erlange und erkenne, dass sie nur durch eine gründliche Revolution die herrschende Klasse beseitigen und ihre Situation verändern könne. Diese Erkenntnis führe schließlich zu der jegliche Arbeitsteilung und damit die Basis alles Bestehenden aufhebenden Revolution und zur Errichtung der kommunistischen Gesellschaft.<sup>434</sup>

Was ist nun methodisch bei diesen beiden Denkern geschehen? Alexis de Tocqueville gewinnt aus seiner Betrachtung Amerikas Anfang der 30er Jahre des 19. Jahrhunderts sein Gleichheitsprinzip, unter dessen Einbeziehung er die geschichtlichen Ereignisse deutet. Karl Marx gewinnt aus seiner Betrachtung Frankreichs Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre des 18. Jahrhunderts sein Produktivkräfteprinzip, unter dessen Anwendung er die geschichtlichen Ereignisse deutet. Sieht man einmal davon ab, dass die beiden Männer ihre beiden Prinzipien unterschiedlich bindend formuliert haben und daher zu einer unterschiedlich stringenten Geschichtsdeutung gelangten, so kann man angesichts der oben festgestellten Zusammenhänge sagen, dass Alexis de Tocqueville und Karl Marx methodisch gleich vorgegangen sind: Sie entnahmen ihr Geschichtsprinzip aus der Realität, um es eben dann wieder auf die Realität anzuwenden, wobei angesichts der Feststellung Theodor E-

<sup>434</sup> Marx, Karl; Engels, Friedrich: Ökonomische Manuskripte, abgedruckt in : Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED sowie KPdSU: MEGA: Karl Marx <Das Kapital> und Vorarbeiten, 2. Abteilung. Text. Band 1. Teil 1. 1857/58, S. 195-196; 200-204; 206; 208-211; 215-216; Marx, Karl: Das Elend der Philosophie, abgedruckt in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED: MEW, Band 4, S. 151; 160 iVm. 163; Marx, Karl; Engels, Friedrich: Die deutsche Ideologie, abgedruckt in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED: MEW, Band 3, S. 53- 54, 60-62, 64-67, 69-70, 77, 395; Marx, Karl; Engels, Friedrich: Das kommunistische Manifest, S. 36, 41-42

schenburgs, dass in Deutschland eine solch empirische Betrachtung der gesellschaftlichen Wirklichkeit allein bei Hegel und hier auch nur in Ansätzen zu beobachten war, aber auch der Tatsache, dass Karl Marx sein methodisches Arbeiten etwa mit Kenntnis des tocquevilleschen Werkes – wie aus seinem Aufsatz «Zur Judenfrage» hervorgeht<sup>435</sup> - in den Jahren 1843 / 1844 empirisch ausrichtete sowie dem Umstand, dass der französische Aristokrat diese Methode als erster in ihrer Reinform anwandte, davon ausgegangen werden muss, dass der deutsche Berufsrevolutionär ganz wesentlich durch Tocquevilles Mitwirkung zum Empiriker wurde. Doch welche Bedeutung hat die Erkenntnis, dass beide Denker empirisch gearbeitet haben, für die heutige moderne Politikwissenschaft bzw. für die Gesellschaftswissenschaften? Haben die beiden Theoretiker eine methodische Vorgehensweise eingeführt, mit der man allein unserer damals entstehenden modernen Gesellschaft und ihren Erkenntnisbedürfnissen gerecht werden konnte oder haben sie sich lediglich einen Forschungsgegenstand ausgewählt, der ein solche Methode erforderte? Wie konsequent haben sie sich selbst dieser neuen Methode verschrieben? Inwieweit bedarf die von ihnen eingeführte empirische Methode der Veränderung?

Um diese Fragen näher klären zu können, muss man sich noch einmal ins Gedächtnis zurückrufen, zu welchen wissenschaftlichen Erkenntnissen die beiden Theoretiker in ihren Arbeiten bei der Beobachtung der Realität kamen: Während Tocqueville im Rahmen seiner Überzeugung, die Menschheitsgeschichte sei durch eine Bewegung hin zu mehr Gleichheit bestimmt, die gewalttätige Revolution von 1789 zu einem für Frankreich unabwendbaren Ereignis auf der Entwicklung hin zu mehr Gleichheit erklärt, kommt Marx bei seinen Betrachtungen dieses Jahrhundertereignisses auf dem europäischen Kontinent zu dem Schluss, allein die Produktivkräfte bzw. materiellen Verhältnisse würden die Entwicklung der Menschen und ihrer Umgebung bestimmen. Dabei waren beide Theoretiker davon überzeugt, das Gesetz für die menschliche Entwicklungsgeschichte gefunden zu haben. Eine eingehende Betrachtung der Geschichte Frankreichs im Zeitraum zwischen 1776 und 1781 sowie 1787 imd 1794 führt allerdings zu dem Ergebnis, dass die Französische Revolution kein unabwendbares Ereignis war oder aufgrund weiterentwickelter, der neuen gesellschaftlichen Situation nicht mehr entsprechenden Produktivkräften hervorgerufen wurde und deswegen unbedingt erfolgen musste, sondern dass sie letztlich das Produkt eines reformunwilligen, sich äußerst ungeschickt verhaltenden Monarchen war, auf den als zentrale Figur seines Staates alle Blicke ruhten und den sowohl das Volk als auch das Bürgertum anfänglich beibehalten wollten.<sup>436</sup> Wie aber kam es nun dazu, dass beide Denker die Be-

<sup>435</sup> Dass Marx Tocqueville bereits in den Jahren 1843 / 1844 kannte, geht aus seinem Aufsatz <Zur Judenfrage> hervor, in welchem er ausführt: „An diesem Punkt, wo die Frage aufhört, theologisch zu sein hört Bauer’s Kritik auf, kritisch zu sein. «Il n’existe aux États - unis ni religion de l’état, ni religion déclarés celle de la majorité ni prééminence d’un culte sur un autre. L’état est étranger à tous les cultes.» (Marie ou l’esclavage aux états - unis etc, par G. de Beaumont, Paris 1835, p. 214) Ja es gibt einige nordamerikanische Staaten, wo «la constitution n’impose pas les croyances religieuses et la pratique d’un culte comme condition des privilèges politiques» (i c.p. 4.) Dennoch «on ne croit pas aux États - unis qu’un homme sans [...] religion puisse être un honnête homme» (1 n.p. 224). Dennoch ist Nordamerika vorzugsweise das Land der Religiosität, wie Beaumont, **Tocqueville** und der Engländer Hamilton aus einem Munde versichern. [...]“Marx, Karl: Zur Judenfrage, abgedruckt in: Institut für Marxismus - Leninismus beim ZK der SED sowie KPdSU: MEGA, Karl Marx. Werke. Artikel. Entwürfe. 1. Abteilung. Band 2. Text. März 1843 bis August 1844, S. 146; Hervorhebung erfolgte durch Verfasserin.

<sup>436</sup> zu den geschichtlichen Ereignissen der Französischen Revolution vergleiche die nachfolgenden Werke: Soboul, Albert: La civilisation et la révolution française. Band 1. La crise de L’ancien régime, Paris: 1970; Schulin, Ernst: Die Französische Revolution, München: 1988; Markov, Walter: Revolution im Zeugenstand: Frankreich 1789-1799, Band 2, Gesprochenes und Geschriebenes, Frankfurt a. Main: Januar 1987; Mager, Wolfgang: Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft auf dem Weg in die Moderne, in: Berding, Helmut:

deutung dieser in einem absolutistischen Staat so wichtigen Persönlichkeit in ihren endgültigen Theoriekonzepten nicht wahrgenommen haben? Eine Erklärung hierfür wäre, dass sie die Realität selektiv betrachteten und auswerteten und sich hierbei nicht klar machten, dass der Gegenstand ihrer Betrachtung menschliches Handeln war. Das menschliche Handeln nun kann aufgrund unterschiedlicher Antriebe erfolgen, etwa aus Vernunft, aus Hass, aus Liebe, aus Angst, aus Erfahrung, aus Zwang, etc., was in der Folge zu sehr unterschiedlichen Erfolgen führen kann, aber deutlich macht, dass man im Rahmen einer Wissenschaft, die diesen Bereich als Untersuchungsgegenstand gewählt hat, nie zu gesetzmäßigen kausalen Erklärungen gelangen kann und unternimmt man diesen Versuch dennoch, so muss man sich der Tatsache bewusst sein, dass er scheitert, entweder in dem sich wie im Falle von Marx die aufgestellte Zukunftsprognose für die weitere gesellschaftliche Entwicklung nicht erfüllt, oder wie im Falle Tocquevilles, dass sich bei näherer Betrachtung der Realität das gesetzmäßige Eintreten eines geschichtlichen Ereignisses als nicht so festes Gesetz entpuppt.<sup>437</sup> Diese Unzulänglichkeit des menschlichen Handelns für Gesetzmäßigkeiten, ist allerdings keineswegs eine völlig neue Erkenntnis dieser Arbeit, sondern wurde bereits von Aristoteles erkannt, der, auch wenn er nur den vernünftigen Menschen zum Gegenstand seiner Wissenschaft von der Politik machte, feststellte, dass es im Bereich des Handelns und der Nützlichkeiten keine Stabilität gebe und daher auch keine mathematische Strenge gefordert werden dürfe.<sup>438</sup> Eine Einschätzung die Max Weber mit ihm teilt, denn

---

François, Étienne; Ullmann, Hans-Peter: Deutschland und Frankreich im Zeitalter der Französischen Revolution, Frankfurt 1989, S. 59 – 99; Madelin, Louis: La Révolution française. Tome I: Le crépuscule de la monarchie. De la mort de Louis XV. à la convocation des États Généraux. 1774 - 4. mai 1789, 1980; Lever, Evelyne: Ludwig XVI., Stuttgart: 1988; Horris, Richard B.: The Peacemakers: The Great Powers and American Independence, New York: 1965; Harris, Robert D.: Necker. Reform Statesman of the Ancien Régime, Berkeley, Los Angeles, London: 1979; Harich, Wolfgang: Zur Kritik der revolutionären Ungeduld. Eine Abrechnung mit dem alten und dem neuen Anarchismus, Basel: 1971; Gomel, Charles: Les causes financières de la révolution française. 2 vols. Paris 1892 – 1893; Gayot, Gérard: Die städtischen Unterschichten in Frankreich 1770 - 1820, abgedruckt in: Berding, Helmut; François, Etienne; Ullmann, Hans-Peter: Deutschland und Frankreich im Zeitalter der Französischen Revolution, Frankfurt: 1989, S. 339 – 369; Furet, François, Richey, Denis: Die Französische Revolution: Frankfurt a. Main: März 1997; François, Etienne: Alphabetisierung und Lesefähigkeit in Frankreich und Deutschland um 1800, abgedruckt in: Berding, Helmut; François, Etienne; Ullmann, Hans-Peter: Deutschland und Frankreich im Zeitalter der Französischen Revolution, Frankfurt: 1989, S. 407 – 425; Egret, Jean; Necker. Ministre de Louis XVI. 1776 – 1790, Paris: 1975; Dupâquier, Jacques: Die Trendwende in der Geschichte der französischen Bevölkerung. 1750 - 1850, in: Berding, Helmut; François, Étienne; Ullmann, Hans-Peter: Deutschland und Frankreich im Zeitalter der Französischen Revolution, Frankfurt: 1989, S. 42 – 58;

<sup>437</sup> in diesem Sinne äußert sich auch: Weber, Max: Die «Objektivität» sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis, abgedruckt in: Winkelmann, Johannes: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, S. 195 - 196, wobei Weber auf S. 196 direkt auf Karl Marx bezugnimmt

<sup>438</sup> „Was die Darlegung betrifft, so muß man zufrieden sein, wenn sie denjenigen Grad von Bestimmtheit erreicht, den der gegebene Stoff zuläßt. Die Genauigkeit darf man nicht bei allen Untersuchungen in gleichem Maße anstreben, so wenig als man das bei den verschiedenen Erzeugnissen der Künste und des Handwerks tut. Das sittlich Gute und das Gerechte, das die Staatswissenschaft untersucht, zeigt solche Gegensätze und solche Unbeständigkeit, daß es scheinen könnte, als ob es nur auf dem Gesetz, nicht auf der Natur beruhe. Und eine ähnliche Unbeständigkeit haftet auch den verschiedenen Gütern und Vorzügen an, indem viele durch sie zu Schaden kommen. Schon mancher ist wegen seines Reichtums und mancher wegen seines Mutes zugrunde gegangen. So muß man sich denn, wo die Darstellung es mit einem solchen Gegenstand zu tun hat und von solchen Voraussetzungen ausgeht, damit zufrieden geben, die Wahrheit in gröberen Umrissen zu beschreiben. Und ebenso muß man, wo nur das häufiger Vorkommende behandelt und vorausgesetzt werden kann, auch nur solches folgern wollen. Ganz ebenso hat aber auch der Hörer die einzelnen Sätze aufzunehmen. Darin zeigt sich der Kenner, daß man in den einzelnen Gebieten je den Grad von Genauigkeit verlangt, den die Natur der Sache zuläßt, und es wäre genauso verfehlt, wenn man von einem Mathematiker Wahrscheinlichkeitsgründe annehmen, wie wenn man von einem Redner in einer Ratsversammlung strenge Beweise fordern wollte.“ (Aristoteles: Nikomachische Ethik, Ausgabe: Aristoteles: Philosophische Schriften in

seine sich mit der wirklichen, also individuellen Gestaltung des den Menschen „umgebenden sozialen Kulturlebens in seinem *u n i v e r s e l l e n*, aber deshalb natürlich nicht minder *i n d i v i d u e l l* gestalteten Zusammenhänge und in seinem Gewordensein aus anderen selbstverständlich wiederum individuell gearteten, sozialen Kulturzuständen“<sup>439</sup> befas- sende Sozialwissenschaft, hat kein anderes Ziel als soziales Handeln, also menschliches, vom Handelnden mit einem subjektiven Sinn verbundenes, insofern weiter als bei Aristoteles gefasstes Verhalten, das selbst auf das Verhalten anderer bezogen ist und sich daran orientiert, deutend zu verstehen und es in seinem Ablauf und seinen Wirkungen ursächlich zu erklären,<sup>440</sup> wobei die sich stetig wandelnden Kulturprobleme, die die Menschen bewegen sowie die verändernden Gedankenzusammenhänge, unter denen sie betrachtet und erfasst werden, bewirken, dass es im Rahmen dieser Wissenschaft unmöglich ist, ein «Gesetz» bzw. ein geschlossenes System von Begriffen zu bilden, in dem die Wirklichkeit in einer in irgendeinem Sinne *e n d g ü l t i g e n* Gliederung zusammengefasst und aus dem heraus sie dann wieder deduziert werden könnte<sup>441</sup>. Die aufgrund ihrer Präzision und Prägnanz faszinierende gesetzmäßige Erklärung menschlicher Lebenswirklichkeit hat einen Teil der Gesellschaftswissenschaftler allerdings bis in unsere heutige Zeit nicht verlassen und dazu geführt, dass sie - auch wenn sie letztlich keine Gesetzmäßigkeiten formulieren - die Aura der wissenschaftliche Exaktheit genießenden mathematischen und physikalischen Begriffe sowie Ideen falsch und missbräuchlich verwenden, was einen Naturwissenschaftler namens Alan Sokal dazu veranlasste, der amerikanischen Zeitschrift «*Social Text*» den Aufsatz «*Transgressing the Boundaries: Toward a Transformative Hermeneutics of Quantum Gravity*»<sup>442</sup> anzubieten, in dem er - ohne dies allerdings offenzulegen - eine mit wörtlichen, aus mathematischer und physikalischer Sicht allerdings unsinnigen

---

sechs Bänden, Band 3, Hamburg 1995, S. 2 – 3 bzw. 1, 1094b, 11 – 24; ausführlich mit dieser Thematik, dass Aristoteles im Bereich der praktischen Philosophie keine mathematische Strenge anstrebt, beschäftigt sich auch Günther Bien in seinem Werk «Die Grundlegung der politischen Philosophie bei Aristoteles», 3. unveränderte Auflage, Freiburg / München 1985)

*„Da die gegenwärtige Untersuchung keine bloße Erkenntnis verfolgt, wie es sonst bei den Untersuchungen der Fall ist (denn wir betrachten die Tugend nicht, um zu wissen was sie ist, sondern um tugendhaft zu werden; sonst wäre unsere Arbeit zu nichts nütze), so müssen wir unser Augenmerk auf die Handlungen und auf die Art ihrer Ausführung richten. Denn die Handlungen sind es, wie wir gesagt haben, durch welche die Beschaffenheit des Habitus bestimmt wird.*

*Daß man nun nach der rechten Vernunft handeln muß, ist eine allgemeine Regel, die wir hier zugrunde legen, um hernach zu bestimmen, was die rechte Vernunft ist, und wie sie sich zu den anderen Tugenden verhält. Das aber möge im voraus als zugestanden gelten, daß jede Theorie der Sittlichkeit nur allgemeine Umrisse liefern und nichts mit unbedingter Bestimmtheit vortragen darf. Darum haben wir ja auch gleich eingangs bemerkt, daß die Anforderungen an eine Erörterung sich je nach dem Stoff richten müssen. Was aber den Bereich des sittlichen Handelns und des im Leben Nützlichen angeht, hat nichts an sich, was ein für allemal feststände, so wenig als das Gesunde. Und wenn das schon für die allgemeinen Regeln gilt, so läßt das Einzelne und Konkrete noch weniger genaue und absolut gültige Vorschriften zu, da es unter keine Kunst und keine Lehrüberlieferung fällt. Hier muß vielmehr der Handelnde selbst wissen, was dem gegebenen Fall entspricht, wie dies auch in der Heilkunst und in der Steuermannkunst geschieht.“ (Aristoteles: Nikomachische Ethik, Ausgabe: Aristoteles: Philosophische Schriften in sechs Bänden, Band 3, Hamburg 1995, S. 28 bzw. 2, 1103b – 1104a, 11)*

<sup>439</sup> Weber, Max: Die «Objektivität» sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis, abgedruckt in: Winkelmann, Johannes: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, S. 172 - 173

<sup>440</sup> vgl. Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen 1980, S. 1

<sup>441</sup> Weber, Max: Die «Objektivität» sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis, abgedruckt in: Winkelmann, Johannes: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, S. 184; vgl. zum Rest S. 180, 184, 202

<sup>442</sup> im vollen Text ist dieser Aufsatz abgedruckt in: Sokal, Alan; Bricmont, Jean: Eleganter Unsinn. Wie die Denker der Postmoderne die Wissenschaften missbrauchen, S. 262 - 309

Zitaten französischer und amerikanischer Intellektueller gespickte Parodie auf diese Praxis in den Geistes- und Sozialwissenschaften schrieb. Der Aufsatz wurde in der Folge in einer Sondernummer von «*Social Text*» abgedruckt, die die Kritik anderer Geisteswissenschaftler an eben diesem «naturwissenschaftlichen» Vorgehen widerlegen sollte, doch das Gegenteil bewirkte, als Sokal umgehend die scherzhafte Absicht seines Aufsatzes publik machte.<sup>443</sup>

Sind die Sozialwissenschaften und somit auch die politische Wissenschaft methodisch gesehen einer gesetzesmäßigen Bearbeitung nicht zugänglich, weil der von ihnen behandelte Erkenntnisgegenstand, das menschliche Handeln, eine solche Exaktheit wie bereits Aristoteles, Weber aber auch Sokal<sup>444</sup> bereits erkannt haben, nicht zulässt, so verbleibt das Problem, dass auch diese Wissenschaft um die Wirklichkeit in ihrer Kulturbedeutung, d.h. den Sinnzusammenhang menschlichen Handelns erklären zu können, die hier wirksamen Faktoren, etwa Psyche, Wirtschaft, etc. herausarbeiten, die individuelle Gruppierung dieser Faktoren und ihr dadurch bedingtes, konkretes Zusammenwirken analysieren und ordnend darstellen sowie Grund und Art ihrer Bedeutsamkeit verständlich machen, die einzelnen, individuellen, für die Gegenwart Bedeutung besitzenden Eigentümlichkeiten dieser Gruppierungen in ihrem Gewordensein soweit als möglich in die Vergangenheit zurückverfolgen und aus früheren, individuellen Konstellationen historisch erklären und die möglichen Zukunftskonstellationen abschätzen muss, wozu sie klare Begriffe benötigt.<sup>445</sup> Wie aber soll sie die zur Erfüllung der genannten Aufgaben notwendigen Begriffe gewinnen, wenn sie sich gerade Gesetzmäßigkeiten nicht bedienen kann? Die Lösung für dieses Problem kann auch hier wieder bei Tocqueville und Marx gefunden werden, denn betrachtet man die von ihnen formulierten «Gesetzmäßigkeiten» im Hinblick auf ihre methodische Entstehungsweise etwas näher, so stellt man fest, dass beide einzelne Aspekte der Realität herausgegriffen und sie anschließend zu einem neuen in sich schlüssigen, ihrer Ansicht nach die tatsächlichen gesellschaftlichen Gegebenheiten in ihrem wahren Zusammenspiel beschreibenden, in Wirklichkeit allerdings nichts weiter als ein von ihnen geschaffenes, an die gesellschaftliche Wirklichkeit angelehntes Gedankenbild, verbunden haben. Formuliert man solche Gedankengebilde bzw. Utopien der Realität nicht als Gesetzmäßigkeiten, unter die man jegliche gesellschaftliche Erscheinung zu subsumieren versucht, sondern sieht sie als das an, was sie reell sind, nämlich Abstrahierungen der betrachteten gesellschaftlichen Wirklichkeit, so kann man mit ihnen sofern sie sich auf gewisse gesellschaftliche Phänomene wie Demokratie, Kapital, usw. beschränken, eine eindeutige Begrifflichkeit erlangen, mit der es möglich ist, die sich in den Sozialwissenschaften stellenden Aufgaben zu erfüllen. Was bedeutet dies nun aber konkret? Bildet man etwa ein abstraktes Gedankenbild der Demokratie, so könnte man dies dergestalt tun, dass man sagt, es handle sich hier um ein Staatsgebilde in dem alle Einwohner unter festgelegten allgemeingültigen Voraussetzungen das Recht aber nicht die Pflicht besitzen, ihre Regierung frei zu wählen sowie direkt an ihr teilzunehmen, während sie darüber hinaus indirekt auf ihre Führenden Einfluss nehmen können und ansonsten in ihrer Bewegungsfreiheit nicht beschränkt sind. Diese - zugegeben sehr unvollständige - Utopie einer Demokratie leistet nun aber sehr wertvolle Dienste, wenn man etwa das Regierungssystem des russischen Staates beschreiben möchte und hier nach einer Betrachtung der Realität feststellt, dass die Bevölkerung zwar ihre Regierung frei, ohne jegliche Pflicht an den Wahlen teil-

---

<sup>443</sup> vgl. zu diesen neueren Vorfällen in den Geisteswissenschaften: Sokal, Alan; Bricmont, Jean: Eleganter Unsinn. Wie die Denker der Postmoderne die Wissenschaften missbrauchen, S. 9, 17, 18, 310

<sup>444</sup> zum Letzteren vgl.: Sokal, Alan; Bricmont, Jean: Eleganter Unsinn. Wie die Denker der Postmoderne die Wissenschaften missbrauchen, S. 235

<sup>445</sup> vgl. zu diesen Aufgaben der Sozialwissenschaften: Weber Max: Die «Objektivität» sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis, abgedruckt in: Winckelmann, Johannes: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, S. 174 - 175; sowie Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft, S. 6

zunehmen, wählen kann, dass aber ihre Einwirkungsmöglichkeiten auf dieselbe - etwa durch freie Meinungsäußerung - beschränkt ist, so dass es sich um eine Nation handelt, die einer Demokratie nahe kommt, aber nach dem hier konstruierten Gedankenbild nicht alle wesentlichen Merkmale besitzt.<sup>446</sup> Man kann nun feststellen, dass im Falle von Tocquevilles Gleichheits- und Marx' Produktivkräfte-theorie ein Gedankenbild wie hier beschrieben nicht unbedingt vorliegt, weil sie kein einzelnes gesellschaftliches Phänomen beschreiben, sondern vielmehr die gesellschaftliche Entwicklung im Verlauf der Geschichte darstellen wollten, auch wenn der Deutsche im Rahmen seines Konzeptes andere, untergeordnete Utopien, etwa die vom Kapital<sup>447</sup>, und der Franzose im Rahmen des zweiten bzw. dritten und vierten Band von «Über die Demokratie in Amerika» die von der Demokratie definieren. Kann man solche Gedankenbilder aber nur für gesellschaftlich relativ dauerhafte oder besser ausgedrückt sich erst allmählich verändernde Phänomene wie Christentum, Demokratie gebrauchen oder lassen sich hiermit auch gesellschaftliche Entwicklungen festhalten? Auch eine solche Vorgehensweise ist methodologisch unbedenklich, solange man nicht wie die beiden hier verglichenen Denker das die Entwicklung beschreibende Gedankenbild und die Wirklichkeit ineinanderschiebt, mit anderen Worten das Erstere für tatsächlich stattgefundenen Geschichte hält.<sup>448</sup> Bei diesem aus der geschichtlichen bzw. gesellschaftlichen Wirklichkeit entnommen, abstrahierten Gedankenbild handelt es sich aber um nichts anderes als um den von Max Weber definierten Idealtypus, der „durch einseitige Steigerung eines oder einiger Gesichtspunkte und durch Zusammenschluss einer Fülle von diffus und diskret, hier mehr, dort weniger, stellenweise gar nicht, vorhandenen Einzelerscheinungen, die sich jenen einseitig herausgehobenen Gesichtspunkten fügen, zu einem in sich einheitlichen Gedanken gebilde“<sup>449</sup> erarbeitet wird und allein dazu dient, den von den Sozialwissenschaften - und damit auch von der Politikwissenschaft - untersuchten Sinnzusammenhang menschlichen Handelns deutend zu verstehen sowie in seinem Ablauf und seiner Wirkung ursächlich zu erklären.<sup>450</sup> Die Schaffung von Idealtypen nach dieser Definition macht es Wissenschaften, deren Gegenstand das menschliche Handeln ist, möglich, eine eindeutige Begrifflichkeit aufzubauen, die sich allerdings - und das gibt es zu beachten - mit der ständig wandelnden Kultur und den dadurch stets neu geschaffenen Problemstellungen wandeln muss, um nicht zu veralten, wobei sie trotz allem den großen Vorteil besitzt, dass es im Rahmen sozialer Erörterungen nicht zu Verwirrungen kommt und etwa aus der Sprache des Lebens entnommene, ihrem Inhalt unüberschaubare Kollektivbegriffe wie «Interessen der Landwirtschaft» oder «Klasseninteresse der Arbeiter» die „stets [nur] Deckmantel von Unklarheiten des Denkens oder Wollens oft genug das Werkzeug bedenklicher Erschleichungen, immer aber ein Mittel, die Entwicklung der

<sup>446</sup> vgl. zum abstrakten Gedankenbild sowie seiner Bedeutung als eindeutige Begrifflichkeit für die Sozialwissenschaften: Weber, Max: *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*, S. 1, 6 - 7, 9 - 10; sowie Weber, Max: *Die «Objektivität» sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis*, abgedruckt in: Winckelmann, Johannes: *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*, S. 193 - 194, 197

<sup>447</sup> die Leistung von Marx «Gedankengebilde» geschaffen zu haben, erkennt auch Max Weber ausdrücklich an, in: Weber, Max: *Die «Objektivität» sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis*, abgedruckt in: Winckelmann, Johannes: *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*, S. 204 - 205

<sup>448</sup> zur Möglichkeit dieser Form eines Gedankenbildes, vgl.: Weber, Max: *Die «Objektivität» sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis*, abgedruckt in: Winckelmann, Johannes: *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*, S. 203

<sup>449</sup> Weber, Max: *Die «Objektivität» sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis*, abgedruckt in: Winckelmann, Johannes: *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*, S. 191

<sup>450</sup> vgl. zu dieser Definition des Arbeitsbereiches der Sozialwissenschaften: Weber, Max: *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*, S. 1

richtigen Problemstellung zu hemmen“<sup>451</sup> sind, zu langanhaltenden, unklaren, zu keinem Ergebnis führenden Analyseprozessen führen.

Gibt diese «idealtypische» Begrifflichkeit den Sozialwissenschaftlern zwar ein genau definiertes Instrumentarium in die Hand, mit dem sie die häufig sehr komplexe, gesellschaftliche Realität in einer für alle anderen Kollegen eindeutigen Form beschreiben und diskutieren können, ja verhilft sie denjenigen, die sie erschaffen und sich in diesem Zusammenhang eine umfassende und detaillierte Kenntnis des von ihnen beschriebenen gesellschaftlichen Phänomens aneignen müssen, sogar dazu, zu einem sehr weitreichenden sozialen Verständnis zu gelangen, das es ihnen ermöglicht, Entwicklungen, wie etwa die problematische Neigung demokratischer Völker zu einer unklaren, d.h. verallgemeinernden und gattungsmäßigen Ausdrucksweise, in ihrer weitreichenden Bedeutung für die Sozietät zu erkennen,<sup>452</sup> so bleibt sie aufgrund der Tatsache, dass ihr Inhalt nicht allgemein sondern vom definierenden Wissenschaftler festgelegt wird und damit individuellen Charakter besitzt sowie dem Umstand, dass sie sich mit dem Wandel des menschlichen Kulturlebens stetig verändert immer nur **relativ** exakt, eine Problematik, die - wie Aristoteles zutreffend feststellt - aufgrund des zugrundeliegenden Erkenntnisgegenstandes, nämlich des menschlichen Handelns, auch gar nicht zu lösen ist. Dafür leistet diese «*idealtypische Begrifflichkeit*», die nichts anderes darstellt als eine *sozialwissenschaftliche* und somit auch *politische Relativitätsmethode*, deren *Wegbereiter Alexis de Tocqueville* und *Karl Marx* waren, aber etwas sehr entscheidendes: Sie kann der Sozialwissenschaft, also auch der Politikwissenschaft, diejenige wissenschaftliche Seriosität verschaffen, die sie mit ihren Ausflügen in die naturwissenschaftliche Begriff- und Ideenwelt immer zu erlangen trachtete.

Abschließend lässt sich festhalten, dass die beiden großen Denker sicherlich konkurrierende Analytiker des sozialen Wandels waren, die sich beide der modernen Methode der Empirie bedienten, Ideologie-Lieferant für den Kalten Krieg war aber höchstens Karl Marx, denn Alexis de Tocqueville und seine Ideen blieben nur in einem sehr kleinen Kreis von Wissenschaftlern beachtet, ohne dass sie weitgehende gesellschaftliche Außenwirkung erzielt hätten wie die theoretischen Konzepte eines Karl Marx.

---

<sup>451</sup> Weber, Max: Die «Objektivität» sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis, abgedruckt in: Winckelmann, Johannes: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, S. 213; zu den restlichen Ausführungen vgl.: S. 191, 206 - 207, 210

<sup>452</sup> vgl. zu dieser Erkenntnis Tocquevilles: Tocqueville, Alexis de: De la démocratie en Amérique, Tome Troisième, Paris 1840, S. 131 - 138

## IV. LITERATURVERZEICHNIS

### A. PRIMÄRLITERATUR

- Bernays, Karl Ludwig:** Brief von Karl Ludwig Bernays vom 13. Juni 1846 aus Sarcelles an Karl Marx in Brüssel, abgedruckt in: Institut für Marxismus und Leninismus beim ZK der SED sowie KPdSU: MEGA: Karl Marx. Friedrich Engels. Briefwechsel. Dritte Abteilung. Band 2. Text. Mai 1846 bis Dezember 1848. Berlin 1979, S. 227 - 229
- Blanc, Louis:** Brief von Louis Blanc vom 26. Oktober 1847 aus Paris an Karl Marx in Brüssel, abgedruckt in: Institut für Marxismus und Leninismus beim ZK der SED sowie KPdSU: MEGA: Karl Marx. Friedrich Engels. Briefwechsel. Dritte Abteilung. Band 2. Text. Mai 1846 bis Dezember 1848. Berlin 1979, S. 371
- Bürgers, Heinrich:** Brief von Heinrich Bürgers vom 30. August 1847 aus Köln an Karl Marx in Brüssel, abgedruckt in: Institut für Marxismus und Leninismus beim ZK der SED sowie KPdSU: MEGA: Karl Marx. Friedrich Engels. Briefwechsel. Dritte Abteilung. Band 2. Text. Mai 1846 bis Dezember 1848. Berlin 1979, S. 351 - 357
- Daniels, Roland:** Brief von Roland Daniels vom 30. Januar 1846 aus Köln an Karl Marx in Brüssel, abgedruckt in: Institut für Marxismus und Leninismus beim ZK der SED sowie KPdSU: MEGA: Karl Marx. Friedrich Engels. Briefwechsel. Dritte Abteilung. Band 1. Text. Bis April 1846. Berlin 1975, S. 500
- Daniels, Roland; Bürgers, Heinrich:** Brief von Roland Daniels und Heinrich Bürgers vom Mai / Juni 1846 aus Köln an das Kommunistische Korrespondenzkomitee in Brüssel, abgedruckt in: Institut für Marxismus und Leninismus beim ZK der SED sowie KPdSU: MEGA: Karl Marx. Friedrich Engels. Briefwechsel. Dritte Abteilung. Band 2. Text. Mai 1846 bis Dezember 1848. Berlin 1979, S. 212 - 214
- Engels, Friedrich:** Brief von Friedrich Engels vom 14. - 15. November 1847 aus Paris an Karl Marx in Brüssel, abgedruckt in: Institut für Marxismus und Leninismus beim ZK der SED sowie KPdSU: MEGA: Karl Marx. Friedrich Engels. Briefwechsel. Dritte Abteilung. Band 2. Text. Mai 1846 bis Dezember 1848. Berlin 1979, S. 118 - 120
- Engels, Friedrich:** Brief von Friedrich Engels vom 14. Januar 1848 aus Paris an Karl Marx in Brüssel, abgedruckt in: Institut für Marxismus und Leninismus beim ZK der SED sowie KPdSU: MEGA: Karl Marx. Friedrich Engels. Briefwechsel. Dritte Abteilung. Band 2. Text. Mai 1846 bis Dezember 1848. Berlin 1979, S. 127 - 129
- Engels, Friedrich:** Brief von Friedrich Engels vom 21. Januar 1848 aus Paris an Karl Marx in Brüssel, abgedruckt in: Institut für Marxismus und Leninismus beim ZK der SED sowie KPdSU: MEGA: Karl Marx. Friedrich Engels. Briefwechsel. Dritte Abteilung. Band 2. Text. Mai 1846 bis Dezember 1848. Berlin 1979, S. 130
- Engels, Friedrich:** Brief von Friedrich Engels vom 25. April 1848 aus Barmen an Karl Marx in Köln, abgedruckt in: Institut für Marxismus und Leninismus beim ZK der SED sowie KPdSU: MEGA: Karl Marx. Friedrich Engels. Briefwechsel. Dritte Abteilung. Band 2. Text. Mai 1846 bis Dezember 1848. Berlin 1979, S. 152 - 153
- Engels, Friedrich:** Brief von Friedrich Engels vom 28. - 30. September 1847 in Brüssel an Karl Marx in Zalt-Bommel, abgedruckt in: Institut für Marxismus und Leninismus beim ZK der SED sowie KPdSU: MEGA: Karl Marx. Friedrich Engels. Briefwechsel. Dritte Abteilung. Band 2. Text. Mai 1846 bis Dezember 1848. Berlin 1979, S. 99 - 105
- Ewerbeck, August Hermann:** Brief von August Hermann Ewerbeck vom 15. Mai 1846 aus Paris an Karl Marx in Brüssel, abgedruckt in: Institut für Marxismus und Leninismus beim ZK der SED sowie KPdSU: MEGA: Karl Marx. Friedrich Engels. Briefwechsel. Dritte Abteilung. Band 2. Text. Mai 1846 bis Dezember 1848. Berlin 1979, S. 202 - 204
- Heß, Moses:** Brief von Moses Heß vom 29. Mai 1846 aus Verviers an Karl Marx in Brüssel, abgedruckt in: Institut für Marxismus und Leninismus beim ZK der SED sowie KPdSU: MEGA: Karl Marx. Friedrich Engels. Briefwechsel. Dritte Abteilung. Band 2. Text. Mai 1846 bis Dezember 1848. Berlin 1979, S. 211
- Heß, Moses:** Brief von Moses Heß vom 5. Juni 1846 aus Verviers an Karl Marx in Brüssel, abgedruckt in: Institut für Marxismus und Leninismus beim ZK der SED sowie KPdSU: MEGA: Karl Marx. Friedrich Engels. Briefwechsel. Dritte Abteilung. Band 2. Text. Mai 1846 bis Dezember 1848. Berlin 1979, S. 218



- London, Kommunistisches Korrespondenz-komitee:** Brief des Kommunistischen Korrespondenzkomitees in London vom 11. November 1846 an das Kommunistische Korrespondenzkomitee in Brüssel, abgedruckt in: Institut für Marxismus und Leninismus beim ZK der SED sowie KPdSU: MEGA: Karl Marx. Friedrich Engels. Briefwechsel. Dritte Abteilung. Band 2. Text. Mai 1846 bis Dezember 1848. Berlin 1979, S. 317 - 320
- London, Kommunistisches Korrespondenz-komitee:** Brief des Kommunistischen Korrespondenzkomitees in London vom 17. Juli 1846 an das Kommunistische Korrespondenzkomitee in Brüssel, abgedruckt in: Institut für Marxismus und Leninismus beim ZK der SED sowie KPdSU: MEGA: Karl Marx. Friedrich Engels. Briefwechsel. Dritte Abteilung. Band 2. Text. Mai 1846 bis Dezember 1848. Berlin 1979, S. 250 - 255
- London, Kommunistisches Korrespondenz-komitee:** Brief des Kommunistischen Korrespondenzkomitees in London vom 6. Juni 1846 an Karl Marx in Brüssel, abgedruckt in: Institut für Marxismus und Leninismus beim ZK der SED sowie KPdSU: MEGA: Karl Marx. Friedrich Engels. Briefwechsel. Dritte Abteilung. Band 2. Text. Mai 1846 bis Dezember 1848. Berlin 1979, S. 219 - 223
- London, Zentralbehörde des Bundes der Kommunisten:** Brief der Zentralbehörde des Bundes der Kommunisten in London vom 18. Oktober 1847 an den Kreis Brüssel, abgedruckt in: Institut für Marxismus und Leninismus beim ZK der SED sowie KPdSU: MEGA: Karl Marx. Friedrich Engels. Briefwechsel. Dritte Abteilung. Band 2. Text. Mai 1846 bis Dezember 1848. Berlin 1979, S. 368 - 370
- Lüning, Heinrich Otto:** Brief von Heinrich Otto Lüning vom 16. Juli 1847 aus Schooren bei Zürich an Karl Marx in Brüssel, abgedruckt in: Institut für Marxismus und Leninismus beim ZK der SED sowie KPdSU: MEGA: Karl Marx. Friedrich Engels. Briefwechsel. Dritte Abteilung. Band 2. Text. Mai 1846 bis Dezember 1848. Berlin 1979, S. 346 - 347
- Marx, Karl:** Brief von Karl Marx vom 16. März 1848 aus Paris an Friedrich Engels in Brüssel, abgedruckt in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, MEW, Band 27, Berlin 1963, S. 119
- Marx, Karl:** Brief von Karl Marx vom 1. Februar 1859 aus London an Joseph Weydemeyer in Milwaukee, abgedruckt in: Institut für Marxismus und Leninismus beim ZK der SED: MEW, Band 29, Berlin 1963, S. 570 - 573
- Marx, Karl:** Brief von Karl Marx vom 11. Februar 1851 aus London an Friedrich Engels in Manchester, abgedruckt in: Institut für Marxismus und Leninismus beim ZK der SED: MEW, Band 27, Berlin 1963, S. 184 - 185
- Marx, Karl:** Brief von Karl Marx vom 13. Februar 1860 aus London an Justizrat Weber in Berlin, abgedruckt in: Institut für Marxismus und Leninismus beim ZK der SED: MEW, Band 30, Berlin 1964, S. 448 - 453
- Marx, Karl:** Brief von Karl Marx vom 21. Dezember 1857 aus London an Ferdinand Lassalle in Düsseldorf, abgedruckt in: Institut für Marxismus und Leninismus beim ZK der SED: MEW, Band 29, Berlin 1963, S. 547 - 548
- Marx, Karl:** Brief von Karl Marx vom 3. März 1860 aus Manchester an Justizrat Weber in Berlin, abgedruckt in: Institut für Marxismus und Leninismus beim ZK der SED: MEW, Band 30, Berlin 1964, S. 500 - 511
- Marx, Karl:** Brief von Karl Marx vom 8. Mai 1861 aus London an Ferdinand Lassalle in Berlin, abgedruckt in: Institut für Marxismus und Leninismus beim ZK der SED: MEW, Band 30, Berlin 1964, S. 602 - 604
- Marx, Karl:** Brief von Karl Marx von der 2. Augushälfte 1851 aus London an Hermann Ebner in Frankfurt a. Main, abgedruckt in: Institut für Marxismus und Leninismus beim ZK der SED: MEW, Band 27, S. 571 - 577
- Marx, Karl:** Brief von Karl Marx, Friedrich Engels und Philippe Charles Gigot vom 5. Mai 1846 aus Brüssel an Pierre-Joseph Proudhon in Lyon, abgedruckt in: Institut für Marxismus und Leninismus beim ZK der SED sowie KPdSU: MEGA: Karl Marx. Friedrich Engels. Briefwechsel. Dritte Abteilung. Band 2. Text. Mai 1846 bis Dezember 1848. Berlin 1979, S. 7 - 8
- Marx, Karl:** Brief von Karl Marx, Friedrich Engels, Philippe-Charles Gigot und Wilhelm Wolff vom 15. Juni 1846 aus Brüssel an Adolph Köttgen in Elberfeld: abgedruckt in: Institut für Marxismus und Leninismus beim ZK der SED sowie KPdSU: MEGA: Karl Marx. Friedrich Engels. Briefwechsel. Dritte Abteilung. Band 2. Text. Mai 1846 bis Dezember 1848. Berlin 1979, S. 12 - 16
- Marx, Karl:** Das Elend der Philosophie. Antwort auf Proudhons „Philosophie des Elends“, abgedruckt in: Institut für Marxismus und Leninismus beim ZK der SED: MEW, Band 4, Berlin 1959, S. 63 - 180
- Marx, Karl:** Ökonomisch-philosophische Manuskripte (Erste Wiedergabe) , abgedruckt in: Institut

- für Marxismus - Leninismus beim ZK der SED sowie der KPdSU: MEGA: Karl Marx. Werke. Artikel. Entwürfe. Erste Abteilung. Band 2. Text. März 1843 bis August 1844. Berlin 1982, S. 187 - 322
- Marx, Karl:** Ökonomisch-philosophische Manuskripte (Zweite Wiedergabe), , abgedruckt in: Institut für Marxismus - Leninismus beim ZK der SED sowie der KPdSU: MEGA: Karl Marx. Werke. Artikel. Entwürfe. Erste Abteilung. Band 2. Text. März 1843 bis August 1844. Berlin 1982, S. 323 - 444
- Marx, Karl:** Zur Judenfrage, abgedruckt in: Institut für Marxismus - Leninismus beim ZK der SED sowie der KPdSU: MEGA: Karl Marx. Werke. Artikel. Entwürfe. Erste Abteilung. Band 2. Text. März 1843 bis August 1844. Berlin 1982, S. 139 - 169
- Marx, Karl:** Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, abgedruckt in: Institut für Marxismus - Leninismus beim ZK der SED sowie der KPdSU: MEGA: Karl Marx. Werke. Artikel. Entwürfe. Erste Abteilung. Band 2. Text. März 1843 bis August 1844. Berlin 1982, S. 3 - 137
- Marx, Karl:** Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, abgedruckt in: Institut für Marxismus - Leninismus beim ZK der SED sowie der KPdSU: MEGA: Karl Marx. Werke. Artikel. Entwürfe. Erste Abteilung. Band 2. Text. März 1843 bis August 1844. Berlin 1982, S. 170 - 183
- Marx, Karl; Engels, Friedrich:** Das Kommunistische Manifest. Mit Vorreden von Karl Marx und Friedrich Engels sowie Vorworten von Karl Kautsky und Johannes Schult. Anhang: Kundgebung des Parteitages der SPD am 11. Mai 1846, Hamburg 1846
- Marx, Karl; Engels, Friedrich:** Die deutsche Ideologie, abgedruckt in: Institut für Marxismus - Leninismus beim ZK der SED: MEW, Band 3, Berlin 1962, S. 9 - 530
- Marx, Karl; Engels, Friedrich:** Die deutsche Ideologie. IV. Karl Grün: „Die soziale Bewegung in Frankreich und Belgien“ (Darmstadt 1845) oder „Die Geschichtsschreibung des wahren Sozialismus“, abgedruckt in: Institut für Marxismus und Leninismus beim ZK der SED: MEW, Band 3, Berlin 1962, S. 473 - 520
- Marx, Karl; Engels, Friedrich:** Die heilige Familie, abgedruckt in: Institut für Marxismus - Leninismus beim ZK der SED: MEW, Band 2, Berlin 1962, S. 5 - 223
- The New Moral World:** Meeting of English and Foreign Communist, abgedruckt in Auszügen in: Institut für Marxismus und Leninismus beim ZK der SED und KPdSU: Der Bund der Kommunisten. Dokumente und Materialien. Band 1. 1836 - 1849, Berlin 1970, S. 180 - 182, deutsch S. 182 - 184
- Tocqueville, Alexis de:** Brief vom 21. September 1856 von Alexis de Tocqueville aus Tocqueville an Louis de Kergorlay, abgedruckt in: Mayer, J.P.: Alexis de Tocqueville. Oeuvres complètes, Tome XIII: 2 Correspondance d'Alexis de Tocqueville et de Louis de Kergorlay, Paris 1977, S. 314 - 316
- Tocqueville, Alexis de:** Brief vom 29. Juli 1856 von Alexis de Tocqueville aus Tocqueville an Louis de Kergorlay, abgedruckt in: Mayer, J.P.: Alexis de Tocqueville. Oeuvres complètes, Tome XIII: 2 Correspondance d'Alexis de Tocqueville et de Louis de Kergorlay, Paris 1977, S. 302 - 304
- Tocqueville, Alexis de:** Das alte Staatswesen und die Revolution, Leipzig 1857
- Tocqueville, Alexis de:** De la démocratie en Amérique, tome premier, Paris 1868, herausgegeben von Madame de Tocqueville; das hier verwendete Buch wurde allerdings mit der Originalausgabe von Alexis de Tocqueville aus dem Jahre 1835 verglichen und die Abweichungen verbessert
- Tocqueville, Alexis de:** De la démocratie en Amérique, Tome Troisième, Paris 1840
- Tocqueville, Alexis de:** L'ancien régime et la Révolution, Paris 1856
- Tocqueville, Alexis de:** Über die Demokratie in Amerika, Erster Teil von 1835, Zürich: 1987
- Tocqueville, Alexis de:** Über die Demokratie in Amerika, Zweiter Teil von 1840, Zürich 1987
- Weber, Max:** Die «Objektivität» sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis, in: Winkelmann, Johannes: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, 5. erneut durchgesehene Auflage, Tübingen: 1982
- Weber, Max:** Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie, 5. revidierte Auflage, Tübingen: 1980

## B. SEKUNDÄRLITERATUR

- Aron, Raymond :** Opium für Intellektuelle oder die Sucht nach Weltanschauung, Köln, Berlin : 1957  
**Aron, Raymond:** Dix-huit leçons sur la société industrielle, 1962  
**Aron, Raymond:** Les grandes doctrines de sociologie historique. Montesquieu. Auguste Comte. Karl Marx. Alexis de Tocqueville, Les cours de Sorbonne, Paris 1961  
**Aron, Raymond:** Über die Freiheiten, Essay, Frankfurt /M., Berlin, Wien, 1981  
**Aron, Raymond:** Opium für Intellektuelle oder die Sucht nach Weltanschauung, Köln, Berlin: 1957  
**Bailly, Antoine:** Histoire financière de la France depuis l'origine de la monarchie jusqu'à la fin de 1786. 2 vols. Paris 1830  
**Bauer, Bruno; Bauer, Edgar; Jungnitz, Ernst:** Geschichte der Französischen Revolution bis zur Stiftung der Republik, Bd. 1: Baur, Edgar: Die ersten Kämpfe des konstitutionellen Prinzips mit dem Königtum und der Volkspartei, Neudruck der 2. Auflage, Leipzig 1847, Aalen 1979  
**Bebel, August:** Aus meinem Leben, Frankfurt a. Main 1964  
**Benson, Lee:** Group Cohesion and Social and Ideological Conflict, in: American Behavioral Scientist, Vol. 16, No. 5, 1973, S. 741 – 767  
**Benz, Wolfgang:** Die Gründung der Bundesrepublik. Von der Bizone zum souveränen Staat, München: 1984  
**Benz, Wolfgang:** Die Bundesrepublik Deutschland, Geschichte in vier Bänden, Frankfurt a. Main: erweitert 1989  
**Benz, Wolfgang; Graml, Hermann:** Fischer Weltgeschichte, Band 35: Das Zwanzigste Jahrhundert II. Europa nach dem Zweiten Weltkrieg. 1945 – 1982, Frankfurt a. Main: 1983  
**Berghe, Yvan Vandenden:** Der Kalte Krieg, 1917-1991, Leipzig: 2002  
**Boudon, Raymond:** The „Cognitivist Model“. A generalized „Rational-Choice Model“, in: Rationality and Society. 1996, Nr. 8, 2nd May, S. 123 – 150  
**Burckhardt, Werner; Januschke, Bernd; Warner, Karl-Friedrich (Redaktion):** Große Weltgeschichte in sechs Bänden, Band VI: Bewaffneter Friede (1871-1914). Weltkriege – Zeit danach – Ferner Osten, Köln: 1992  
**Calaprice, Alice:** Einstein sagt, München 1997  
**Calhoun, Craig:** Classical Social Theory and the French Revolution of 1848, in: Sociological Theory, Bd. 7, Heft: 2 (fall), 1989, S. 210 – 225  
**Carlyle, Margaret:** Documents on International Affairs, 1947 – 1948, London, New York, Toronto: 1952  
**Czempel, Ernst-Otto:** Die Bundesrepublik und Amerika: Von der Okkupation zur Kooperation, abgedruckt in: Löwenthal, Richard; Schwarz, Hans-Peter: Die zweite Republik, 2. Auflage, Stuttgart: 1974, S. 554-579  
**Der Brockhaus:** in fünfzehn Bänden, Band 7, 11; 2. durchgesehene und aktualisierte Auflage, Leipzig / Mannheim, 2001 / 2002  
**Dittgen, Herbert:** Politik zwischen Freiheit und Despotismus. Alexis de Tocqueville und Karl Marx, Freiburg, München, 1986  
**Dupâquier, Jacques:** Die Trendwende in der Geschichte der französischen Bevölkerung. 1750 - 1850, in: Berding, Helmut; François, Étienne; Ullmann, Hans-Peter: Deutschland und Frankreich im Zeitalter der Französischen Revolution, Frankfurt 1989, S. 42 - 58  
**Eggebrecht, Axel:** Vorwort, in: Die zornigen alten Männer. Gedanken über Deutschland seit 1945, Reinbek bei Hamburg, S. 7 – 28  
**Egret, Jean:** Necker. Ministre de Louis XVI. 1776 – 1790, Paris 1975  
**Eschenburg, Theodor:** Tocquevilles Wirkung in Deutschland, in: Tocqueville, Alexis de: Über die Demokratie in Amerika, Zweiter Teil von 1840, Zürich 1988  
**Finkielkraut, Alain; François, Etienne:** Le goût perdu de la liberté, in: Revue Tocqueville, Bd. 18, Heft 1, 1997, S. 129 - 146  
Alphabetisierung und Lesefähigkeit in Frankreich und Deutschland um 1800, abgedruckt in: Berding, Helmut; François, Etienne; Ullmann, Hans-Peter: Deutschland und Frankreich im Zeitalter der Französischen Revolution, Frankfurt 1989, S. 407 - 425  
**Friedrichs, Günter:** Zur Strategie des koordinierten Angriffs. Wie kann die SPD die Mehrheit erringen?, abgedruckt in: Die neue Gesellschaft, 6. Jahrgang, Heft 3, Mai/Juni 1959, S. 220 – 226

- Furet, François; Richet, Denis:** Die Französische Revolution, Frankfurt a. Main: März 1997
- Gasteyger, G.: Gayot, Gérard:** Europa zwischen Spaltung und Einigung. 1945 – 1990. Köln: 1990  
Die städtischen Unterschichten in Frankreich 1770 - 1820, abgedruckt in: Berding, Helmut; François, Etienne; Ullmann, Hans-Peter: Deutschland und Frankreich im Zeitalter der Französischen Revolution, Frankfurt 1989, S. 339 - 369
- Geiss, Immanuel; Georg, Karl:** Tocqueville und Karl Marx, in: Die neue Gesellschaft, 6, 1959, S. 237 - 240  
Schlagwort-Katalog. Verzeichnis der im deutschen Buchhandel erschienenen Bücher und Landkarten in sachlicher Anordnung. Band I - VII, Hannover 1889, 1898, 1900, 1903, 1910, Leipzig 1913
- Glaser Hermann:** Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Grundgesetz und Großer Koalition, 1949 – 1967, München, Wien: 1986
- Gomel, Charles:** Les causes financières de la révolution française. 2 vols. Paris 1892 - 1893
- Grüner, Stefan; Wirsching Andreas:** Frankreich: Daten, Fakten, Dokumente, Tübingen: 2003
- Guggisberg, Hans R.; Harich, Wolfgang:** Geschichte der USA, viert, erweiterte und aktualisierte Auflage, Stuttgart: 2002  
Zur Kritik der revolutionären Ungeduld. Eine Abrechnung mit dem alten und dem neuen Anarchismus, Basel 1971
- Harris, Robert D.:** Necker. Reform Statesman of the Anc ien Régime, Berkeley, Los Angeles, London, 1979
- Haupt, Heinz-Gerhardt; Hinrichs, Ernst; Martens, Stefan:** Kleine Geschichte Frankreichs, Stuttgart: 2000
- Heideking, Jürgen:** Geschichte der USA, dritte, überarbeitete und erweiterte Auflage, Tübingen: 2003
- Herzen, Alexander; Hildermeier, Manfred:** Mein Leben. Memoiren und Reflexionen. 1847 - 1852, Band 1 und 2, Berlin 1963  
Die Sowjetunion 1917-1991, München: 2001
- Hornung, Klaus:** Die Dialektik von Emanzipation und Despotismus. Alexis de Tocqueville und Karl Marx, in: Der Staat, 15. Band, 1976, S. 305 - 333
- Horris, Richard B.; Hosking, Geoffrey; Hüttenberger, Peter:** The Peacemakers: The Great Powers and American Independence, New York 1965  
Sowjetunion. Eine Weltmacht am Scheideweg, Bonn, Berlin: 1991  
Deutsche Gesellschaft 1945, abgedruckt in: Funke, Manfred; Jacobsen, Hans-Adolf; Knütter, Hans-Helmuth; Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.): Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa, Bonn: 1987, S. 316 – 330
- Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion sowie der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands** (MEGA) Karl Marx . Friedrich Engels . Gesamtausgabe . Briefwechsel . Band 2 . Mai 1846 bis Dezember 1848 - Apparat, Berlin 1979
- Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands** (MEW) Anhang und Register. Personenverzeichnis. Band 29, S. 760 - 800; Band 30, S. 794 - 836; Band 31, S. 721 - 759; Band 32, S. 853 - 897; Berlin 1963, 1964, 1965
- Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands** (MEW) Band 6 und Band 5, Berlin 1961 und Berlin 1959
- Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands** Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in 15 Kapiteln. Kapitel I., Periode von den Anfängen der deutschen Arbeiterbewegung bis 1849, Berlin 1966
- Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands** Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in 15 Kapiteln. Kapitel II., Periode von 1849 bis 1871, Berlin 1966

- Jackson, Gabriel:** Zivilisation und Barbarei. Europa im 20. Jahrhundert, Frankfurt a. Main, Leipzig: 1999
- Jäger, Wolfgang:** Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Band 5: Republik im Wandel. 1974 – 1982. Die Ära Schmidt, Stuttgart, Mannheim: 1987
- Link, Werner:** Die Geschichte Europas im 20. Jahrhundert, Fall und Aufstieg 1914 – 2001, München: 2004
- James, Harold:** Die Geschichte Europas im 20. Jahrhundert, Fall und Aufstieg 1914 – 2001, München: 2004
- Jardin, André:** Alexis de Tocqueville. Leben und Werk, Frankfurt a. Main, New York, 1991
- Jokisch, Rodrigo:** Die nichtintentionalen Effekte menschlicher Handlungen: ein klassisches soziologisches Problem, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 1981, 33, 3, Oktober, 547 – 575
- Kielmansegg, Peter Graf:** Die Deutschen und ihre Nation. Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschlands, Berlin: 2000
- Kiesinger, Kurt-Georg:** Die Prognosen des Grafen Alexis de Tocqueville am Beginn des industriellen Zeitalters, abgedruckt in: Karlsruher Akademische Reden; Karlsruhe: 1961
- Krauss, Werner:** Karl Marx im Vormärz, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 1. Jhg, Heft 1, 1953, S. 429 – 460
- Landshut, Siegfried:** Alexis de Tocqueville. Das Zeitalter der Gleichheit, Opladen: 1967
- Lehmann, Hans-Georg:** Deutschland-Chronik. 1945 bis 2000, überarbeitete und aktualisierte Auflage, Bonn: 2000
- Lever, Evelyne:** Ludwig XVI., Stuttgart 1988
- Liebknecht, Wilhelm:** Karl Marx zum Gedächtnis. Ein Lebensabriss und Erinnerungen, in: ZK der SED: Mohr und General. Erinnerungen an Marx und Engels, S. 8 - 162, Berlin 1982
- Linares, Filadelfo:** Die Revolution bei Marx und Tocqueville, Percha a. Starnberger See, 1977
- Lipgens, Walter:** Europäische Integration, abgedruckt in: Löwenthal, Richard; Schwarz, Hans-Peter: Die zweite Republik, 2. Auflage, Stuttgart: 1974, S. 519-553
- Löwenthal, Richard:** Vom Kalten Krieg zur Ostpolitik, abgedruckt in: Löwenthal, Richard; Schwarz, Hans-Peter: Die zweite Republik, 2. Auflage, Stuttgart: 1974, S. 604-699
- Madelin, Louis:** La Révolution française. Tome I: Le crépuscule de la monarchie. De la mort de Louis XV. à la convocation des États Généraux. 1774 - 4. mai 1789, 1980
- Mager, Wolfgang:** Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft auf dem Weg in die Moderne, in: Berding, Helmut; François, Étienne; Ullmann, Hans-Peter: Deutschland und Frankreich im Zeitalter der Französischen Revolution, Frankfurt 1989, S. 59 – 99
- Markov, Walter:** Revolution im Zeugenstand: Frankreich 1789 - 1799, Band 2, Gesprochenes und Geschriebenes, Frankfurt a. Main, Januar 1987
- Marx, Jenny:** Ein bewegtes Leben, Berlin 1989
- Mayer, J.P.:** Alexis de Tocqueville - Analytiker des Massenzeitalters, München 1972, Dritte Auflage
- Mayer, J.P.:** Alexis de Tocqueville und Karl Marx: Affinitäten und Gegensätze, in: Zeitschrift für Politik, Jahrgang 13 (neue Folge), Heft 1, 1966, S. 1 - 13; ebenfalls in: Alexis de Tocqueville - Analytiker des Massenzeitalters, 3. Auflage, München 1972, S. 133 - 152
- Mayer, J.P.:** Reflections on Equality, in: Kolakowski, Leszek; Hampshire Stuart: The Socialist Idea. A Reappraisal, New York: 1974
- Mayer, J.P.:** Tocqueville und Marx, in: Geist und Tat, Band 13, Heft 1, 1958, S. 16 - 20
- Mehring, Franz:** Karl Marx. Geschichte seines Lebens, Leipzig 1918
- Meißner, Alfred:** Revolutionäre Studien aus Paris. 1849. Zweiter Band. Frankfurt a. Main 1849
- Mendras, Henri; Étienne, Jean:** Les grands auteurs de la sociologie. Tocqueville, Marx, Durkheim, Weber, Paris, Août 1996
- Miemiec, Olaf; Tamm Sascha:** Freiheit und Gesellschaft – Marx und Tocqueville als Fortsetzer Hegelschen Entfremdungsdenkens, abgedruckt in: Comparativ, Heft 4, 1998, S. 31-44
- Mirow, Jürgen:** Geschichte des deutschen Volkes. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Band 2: 1850 bis heute, Gernsbach: 1996
- Morse, Rudolf:** Die Bundesrepublik Deutschland, München: 1987
- Na'aman, Shlomo:** Emanzipation und Messianismus. Leben und Werk des Moses Hess, Frankfurt, New York 1982
- Nimtz, August H. Jr.:** Marx, Tocqueville and Race in America. The <Absolute Democracy> or <Defiled Republic>, Lanham, Boulder, New York, Toronto, Oxford: 2003
- Noelle-Neumann, Elisabeth; Piel, Edgar:** Eine Generation später. Bundesrepublik Deutschland 1953 – 1979. Institut für Demoskopie Allensbach, München, New York, London: 1983
- Nugent, Walter:** Tocqueville, Marx, and American Class Structure, in: Social Science History, Band 12, Heft 4, 1988, S. 327 – 347
- Overesch, Manfred:** Deutschland 1945 – 1949. Vorgeschichte und Gründung der Bundesrepublik, Düssel-

- dorf: 1979
- Platt, Gerald M.:** Conditions for Collective Action: Material and Cultural Influences, in: Research in Social Problems and Public Policy, Volume 3, 1984, pages 91 - 114
- Raddatz, Fritz J.:** Karl Marx. Eine politische Biographie, Hamburg 1975
- Rhodes, Robert James:** Winston S. Churchill. His complete speeches. 1897 – 1963. Volume VII 1943 – 1949, New York, London: 1974, S. 7484
- Schambeck, Herbert; Widder, Helmut; Bergmann, Marcus; Schieder, Theodor:** Handbuch der Europäischen Geschichte. Eine europäische Weltgeschichte. Band 2. Frühe Neuzeit. 19. und 20. Jahrhundert, 5. unveränderte Auflage, Stuttgart: 1999
- Schmidt, Gustav:** Geschichte der USA, Darmstadt: 2004
- Schmidt, Walter (leitender Herausgeber):** Deutsche Geschichte, Band 9: Die antifaschistische demokratische Umwälzung. Der Kampf gegen die Spaltung Deutschlands und die Entstehung der DDR von 1945 bis 1949, Köln: 1989
- Schulin, Ernst:** Die Französische Revolution, München 1988
- Schweigler, Gebhard:** Von Kissinger zu Carter. Entspannung im Widerstreit von Innen- und Außenpolitik. 1969 – 1981, München, Wien: 1982
- Servoise, René:** Tocqueville et Karl Marx Visionnaires, in: Tocqueville Review, 10, 1989 / 1990, S. 229 – 237
- Soboul, Albert:** La civilisation et la révolution française. Bd. 1. La crise de L'ancien régime, Paris 1970
- Sokal, Alan; Bricmont, Jean:** Eleganter Unsinn. Wie die Denker der Postmoderne die Wissenschaften mißbrauchen, München 1999
- Sommer, Theo:** Wiederbewaffnung und Verteidigungspolitik: abgedruckt in: Löwenthal, Richard; Schwarz, Hans-Peter: Die zweite Republik, 2. Auflage, Stuttgart: 1974, S. 580-603
- Steinert, Heinz; Treiber, Hubert:** Die Revolution und ihre Theorien. Frankreich 1848: Marx, v. Stein, Tocqueville im aktuellen Vergleich, Opladen 1975
- Tenbruck, Friedrich H.:** Alltagsnormen und Lebensgefühle in der Bundesrepublik, abgedruckt in: Löwenthal, Richard; Schwarz, Hans-Peter: Die zweite Republik, 2. Auflage, Stuttgart: 1974, S. 289-310
- Thériault, Yvon:** Sociologie, démocratie et aventure du sujet moderne, in: Cahiers de recherche sociologique, Band 30, 1998, S. 231 – 248
- Vogt, Martin:** Deutsche Geschichte. Von den Anfängen bis zur Wiedervereinigung, 2. Auflage, Stuttgart: 1991
- Whiteside, Kerry H.:** Urbanisation and the Genealogy of Freedom in Marx and Tocqueville, in: History of European Ideas, Vol. 15, No. 4 - 6, S. 473 - 479, 1992
- Wiener, Jon:** Tocqueville, Marx, Weber, Nixon: Watergate in Theory, in: Dissent, Vol. 23, No. 2, 103 spring, 1976, S. 171 – 180

## **C. ABKÜRZUNGEN / BERICHTIGUNGEN**

### **Abkürzungen:**

MEGA: Karl Marx – Friedrich Engels – Gesamtausgabe

MEW: Marx Engels Werke

ZK: Zentralkomitee

SED: Sozialistische Einheitspartei Deutschlands

KPdsU: Kommunistische Partei der Sowjetunion